

Franz Birndorfer

Der erstinstanzliche Prozessalltag von 1938 bis 1949

Der erstinstanzliche Prozessalltag im Dritten Reich und in der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde bislang noch kaum erforscht. Die vorliegende Arbeit befasst sich mit dieser Forschungslücke. Hierzu standen rund 2.600 Verfahrensakten des Landgerichts Amberg zur Verfügung. Der Autor schränkt die Untersuchung auf die Ehescheidungsverfahren und hier im Speziellen auf den Zerrüttungstatbestand ein. Dieser Tatbestand wurde von den Nationalsozialisten zur Umsetzung der Bevölkerungspolitik eingeführt. Der Scheidungstatbestand galt auch nach dem Ende des Dritten Reiches weiter und bildet die Basis für unser heutiges Ehescheidungsrecht. Der Autor untersucht, inwieweit sich das Landgericht Amberg von den Nationalsozialisten in das Regime einbinden ließ und die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik nachvollzog. Im zweiten Teil der Arbeit wird der erstinstanzliche Alltag der unmittelbaren Nachkriegszeit dargestellt. Durch die vollständigen Verfahrensakten, Spruchkammerakten sowie Personalakten konnte ein sehr differenziertes Bild eines erstinstanzlichen Ehescheidungsverfahrens vor dem Landgericht Amberg gezeichnet werden.

Das Landgericht Amberg passte sich auch in den bislang als unkritisch bewerteten Zivilverfahren weitgehend der nationalsozialistischen Ideologie an und setzte die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik um. Die Personen, die im Dritten Reich tätig waren, traten auch nach dem Ende des Dritten Reiches wieder in derselben Position in Erscheinung. Eine kritische Selbstreflexion fand dabei nicht statt. Die Nazi-Richter konnten sogar auf ihren äußerst positiven Personalbeurteilungen aus dem Dritten Reich aufbauen, da Beförderungen nicht rückgängig gemacht wurden und sie nach Durchlaufen der Schauverfahren der Entnazifizierung, wieder als lupenreine Demokraten galten.

ISBN: 978-3-86646-415-5



9 783866 464155

Rechtskultur Wissenschaft

Birndorfer: Der erstinstanzliche Prozessalltag von 1938 bis 1949

Rechtskultur Wissenschaft

Franz Birndorfer

Der erstinstanzliche Prozessalltag von 1938 bis 1949

anhand der Ehescheidungsakten des Landgerichts Amberg zu § 55 EheG 1938 und § 48 EheG 1946

Rechtskultur Wissenschaft

Rechtskultur Wissenschaft

Band 11

Herausgegeben von

Martin Löhnig (Regensburg) und Ignacio Czeguhn (Berlin)

Über den Autor

Franz Birndorfer wurde 1981 geboren im Landkreis Rottal-Inn. Er besuchte das Gymnasium Pfarrkirchen und absolvierte nach seinem Studium in Passau das Referendariat in Landshut. Seine Tätigkeit als Anwalt übte er in Nürnberg (Schwerpunkt Insolvenzrecht) aus; Franz Birndorfer ist nun seit 2010 beim Freistaat Bayern tätig.

Franz Birndorfer

Der erstinstanzliche Prozessalltag von 1938 bis 1949

anhand der Ehescheidungsakten des Landgerichts Amberg

zu § 55 EheG 1938 und § 48 EheG 1946

Rechtskultur Wissenschaft

Bibliografische Informationen der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
ISBN: 978-3-86646-415-5

©2013 Edition Rechtskultur
in der H. Gietl Verlag & Publikationsservice GmbH, Regensburg
www.gietl-verlag.de / www.edition-rechtskultur.de
Satz und Gestaltung: Simon Naczinsky und Thomas Hornberger, Regensburg
ISBN: 978-3-86646-415-5

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, die mir obliegenden Richterpflichten nach bestem Wissen und Gewissen mit Fleiß und Sorgfalt zu erfüllen, keine Partei zu begünstigen, keiner mit Rat zu dienen, und kein Geschenk und oder Versprechen weder unmittelbar noch mittelbar anzunehmen, nirgends aus Hass, Gunst, Furcht, Rücksicht auf die Person oder aus ähnlichen Ursachen zu handeln, sondern bei allen Richteramtshandlungen nur Gott, die Gerechtigkeit und Wahrheit vor Augen zu haben, so wahr mir Gott helfe.“

(EIDESFORMEL, DIE ALLE RICHTER AUS DEN UNTERSUCHTEN AKTEN VORHER GELEISTET HABEN)

„Ich schwöre, ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

(EIDESFORMEL AUFGRUND REICHSGESETZ ÜBER DIE VEREIDIGUNG DER BEAMTEN UND DER SOLDATEN DER WEHRMACHT VOM 20.08.1934 UND DER MINISTERIALBEKANNTMACHUNG HIERZU VOM 24.08.1934)

„Politisch ordnet sich der stille Mann dem Staate Adolf Hitlers treu und vorbehaltlos unter.“

(DIENSTLICHE BEURTEILUNG EINES RICHTERS VOM NOVEMBER 1936, ENTNOMMEN AUS DESSEN PERSONALAKTE)

„Landgerichtsdirektor E. ist ein ernster Charakter, gereift während des Dritten Reiches im Kampf um seine nackte Existenz. Gerade weil er sich verlassen sah, ist er selbst verlässlich geworden.“

(DIENSTLICHE BEURTEILUNG DES LANDGERICHTSDIREKTORS E. VOM 17.01.1948, ENTNOMMEN AUS DESSEN PERSONALAKTE)

INHALT

I. EINLEITUNG	19
1. TEIL: ZEIT VON 1938 BIS 1945 23	
I. ENTSTEHUNGSGESCHICHTE UND HINTERGRÜNDE DES EHEGESETZES	24
1. Entstehungsgeschichte des § 55 EheG	24
2. Die ideologischen Hintergründe zu § 55 EheG	28
3. Zusammenfassung	38
II. EINFLUSSNAHMEVERSUCHE UND GLEICHSCHALTUNG	40
1. Einflussnahmeversuche auf Richter	40
2. Einflussnameversuche auf Rechtsanwälte	51
3. Tätigkeit des BNSDJ bzw. NSRB	56
4. Gleichschaltung der Presse	59
5. Staatsverständnis im Dritten Reich	60
6. Zusammenfassung	62
III. DER UMGANG MIT DEM NEUEN RECHT	64
1. Gesetzesverständnis der amtlichen Begründung	64
2. Entwicklung der Rechtsprechung des Reichsgerichts	65
3. Die Änderung weiterer Rechtsvorschriften	76
4. Zusammenfassung	80
IV. DAS LANDGERICHT AMBERG IM DRITTEN REICH	81
1. Das Umfeld des Amberger Landgerichts	81
a. Die geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung	81
2. Statistische Erhebungen zu den Verfahren	90
a. Übersicht	90
3. Die Rechtsprechung des Landgerichts Amberg von 1938 bis 1945 zu § 55 EheG	107
a. Einführung	107
4. Wertende Betrachtung	210
a. Ausgangspunkt	210
V. WERTENDE BETRACHTUNG TEIL 1	222
2. TEIL: ZEIT VON 1945 BIS 1949 229	
I. DIE GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG NACH DEM ZUSAMMENBRUCH	230
1. Die Kapitulation	230

2. Der Neubeginn	232
a. Die neue Machtverteilung	232
II. ENTNAZIFIZIERUNG UND WIEDERAUFBAU	241
1. Die Abrechnung mit den Nationalsozialisten	241
2. Die Entnazifizierung der Juristen	244
a. Allgemein	244
3. Einordnung der Amberger Entnazifizierungsverfahren in den Kontext	255
4. Die Entnazifizierung der Gesetze	256
5. Stunde Null der Justiz?	259
6. Zusammenfassung	262
III. DIE HÖCHSTGERICHTLICHE RECHTSPRECHUNG ZU DEM NEUEN EHEGESETZ	265
1. Entscheidungen zu der Frage der Auflösung der häuslichen Gemeinschaft	267
2. Entscheidungen zu der Frage der Zulässigkeit des Widerspruchs	267
3. Entscheidungen zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs	268
4. Entscheidungen zu § 48 Absatz 3 EheG	279
5. Entscheidungen zu sonstigen Fragen	280
6. Zusammenfassung und Wertung	282
IV. DAS LANDGERICHT AMBERG NACH DEM ZUSAMMENBRUCH	285
1. Statistische Erhebungen zu den Verfahren	285
a. Übersicht	285
2. Die Rechtsprechung des LG Amberg zu § 48 EheG nF	295
a. Einführung	295
3. TEIL: DAS PERSÖNLICHE VERHALTEN DER JURISTEN IM	
UNTERSUCHUNGSZEITRAUM	347
1. Richter	348
2. Rechtsanwälte	383
4. TEIL: ZUSAMMENFASSUNG UND WERTUNG	415
LITERATURVERZEICHNIS	441

INHALT

I. EINLEITUNG	19
1. TEIL: ZEIT VON 1938 BIS 1945	23
I. ENTSTEHUNGSGESCHICHTE UND HINTERGRÜNDE DES EHEGESETZES	24
1. Entstehungsgeschichte des § 55 EheG	24
2. Die ideologischen Hintergründe zu § 55 EheG	28
a. Familienbild der Weimarer Republik	28
b. Familienbild des Nationalsozialismus	33
c. Unterschiede und Konsequenzen	37
3. Zusammenfassung	38
II. EINFLUSSNAHMEVERSUCHE UND GLEICHSCHALTUNG	40
1. Einflussnahmeversuche auf Richter	40
2. Einflussnahmeversuche auf Rechtsanwälte	51
3. Tätigkeit des BNSDJ bzw. NSRB	56
4. Gleichschaltung der Presse	59
5. Staatsverständnis im Dritten Reich	60
6. Zusammenfassung	62
III. DER UMGANG MIT DEM NEUEN RECHT	64
1. Gesetzesverständnis der amtlichen Begründung	64
2. Entwicklung der Rechtsprechung des Reichsgerichts	65
a. Erste Entscheidungen	66
b. Weitere Entwicklung	67
aa. Entscheidungen zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs	67
[1]. minderjährige Kinder	68
[2]. Alter der Parteien	69
[3]. Ehedauer / Trennungsdauer	70
[4]. Verschulden an der Zerrüttung	70
[5]. Opfer der Ehefrau	71
[6]. Zusammenfassung	71
bb. Entscheidungen zu der Zulässigkeit des Widerspruchs	71
cc. Rechtsprechung zur Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft	72
dd. Rechtsprechung zu der Frage der Anwendbarkeit von § 616 ZPO	75
ee. Entscheidungen zu sonstigen Fragen	75
ff. Zusammenfassung	76
3. Die Änderung weiterer Rechtsvorschriften	76
4. Zusammenfassung	80

1. Das Umfeld des Amberger Landgerichts	81
a. Die geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung	81
b. Die politische Lage in Amberg	82
c. Amberg während des Krieges	85
d. Berichte aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Nürnberg	85
2. Statistische Erhebungen zu den Verfahren	90
a. Übersicht	90
aa. Entwicklung der Verfahrenszahlen	91
bb. Entwicklung der Scheidungsquote	91
cc. Auswirkung der Widerklagen auf die Scheidungsquote	92
dd. Klagerücknahmen	92
ee. Zusammenfassung	93
b. Verteilung der Scheidungsverfahren	93
aa. Entwicklung der Klagen aus § 49 EheG 1938	94
bb. Entwicklung der Klagen aus § 47 EheG 1938	94
cc. Entwicklung der Klagen aus § 47, 49 EheG 1938	95
dd. Entwicklung der Klagen aus § 55 EheG 1938	95
ee. Zusammenfassung	95
c. Verteilung der ausgesprochenen Scheidungen	95
aa. Klagen aus § 49 EheG	96
bb. Klagen aus § 47 EheG	97
cc. Klagen aus § 47, 49 EheG	97
dd. Klagen aus § 55 EheG	97
ee. Zusammenfassung	97
d. Verfahrensdauer	98
aa. Gesamtverfahrensdauer	99
bb. Verfahrensdauer bei einer Klage nur aus § 49 EheG	100
cc. Verfahrensdauer bei einer Klage nur aus § 47 EheG	101
dd. Verfahrensdauer, wenn die Klage sowohl auf § 47 EheG, als auch auf § 49 EheG gestützt wurde	101
ee. Verfahrensdauer bei einer Klage nur aus § 55 EheG	102
ff. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage erhoben wurde	102
gg. Verfahrensdauer insgesamt ohne Widerklage	103
hh. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage auf unterschiedliche Normen gestützt wurden	103
ii. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage auf § 49 EheG gestützt wurden	103
jj. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage auf § 47 EheG gestützt wurden	104
kk. Verfahrensdauer, wenn Klage oder Widerklage auf § 55 EheG gestützt wurden	104
ll. Zusammenfassung und Auswertung	105
e. Zusammenfassung der statistischen Auswertung	106

3. Die Rechtsprechung des Landgerichts Amberg von 1938 bis 1945 zu § 55 EheG	107
a. Einführung	107
aa. Eheleiche Kinder	108
bb. Trennungszeit	110
cc. Alter der Parteien	113
dd. Religionszugehörigkeit	114
ee. Herkunft der Parteien	115
ff. Berufe	115
gg. Armenrechtsverfahren	116
hh. Sühneverfahren	117
ii. Anzahl der mündlichen Verhandlungen	120
jj. Anzahl der geladenen Zeugen	121
kk. Umfang der Akten	122
[1]. Umfang der anwaltlichen Schriftsätze	123
[a]. Anzahl der anwaltlichen Schriftsätzen mit rechtlichen Ausführungen	123
[b]. Ideologische Argumentation und Verhalten der Rechtsanwälte	124
[2]. Umfang der Urteile	125
[a]. Rechtliche und ideologische Ausführungen in den Urteilen	126
[b]. Anteil der schriftlichen Verfahren nach § 7 EntlVO	128
[3]. Zusammenfassung	130
ll. Rechtsmittel eingelegt	132
mm. Vorherige Ehescheidungsklage	133
nn. Einverständliche Scheidung ohne Widerspruch	134
oo. Zusammenfassung	135
b. Entwicklung der Rechtsprechung zu den einzelnen Tatbestandsmerkmalen	136
aa. Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft	136
[1]. Einführung	136
[2]. 1938	136
[3]. 1939	139
[4]. 1940	140
[5]. 1941	141
[6]. 1942	141
[7]. 1943	141
[8]. 1944	142
[9]. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	142
bb. Unheilbare Zerrüttung der ehelichen Gemeinschaft	143
[1]. Einführung	143
[2]. 1938	143
[3]. 1939	144
[4]. 1940	144
[5]. 1941	144

[6]. 1942	144
[7]. 1943 und 1944	144
[8]. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	144
cc. Zulässigkeit des Widerspruchs	145
[1]. Einführung	145
[2]. 1938	145
[3]. 1939	146
[4]. 1940	147
[5]. 1941	148
[6]. 1942	149
[7]. 1943	150
[8]. 1944	151
[9]. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	151
dd. Beachtlichkeit des Widerspruchs	152
[1]. Einführung	152
[2]. 1938	153
[3]. 1939	156
[4]. 1940	159
[5]. 1941	160
[6]. 1942	162
[7]. 1943	162
[8]. 1944	166
[9]. Schlussfolgerung	167
c. Umgang mit NS-Ideologie und Argumentation mit dieser in den Verfahren	167
aa. Einführung	167
bb. 1938	168
cc. 1939	172
dd. 1940	175
ee. 1941	181
ff. 1942	189
gg. 1943	191
hh. 1944	195
ii. Schlussfolgerung	199
[1]. Arten der Argumentation	200
[2]. Veränderung der Rechtsprechung nach Einführung der Richterbriefe?	206
d. Zusammenfassung und Wertung	208
4. Wertende Betrachtung	210
a. Ausgangspunkt	210
b. Ein Erklärungsversuch?	214
aa. Gesetzespositivismus – Entstehung und Theorie	214
bb. Gesetzespositivismus in der Weimarer Republik?	216

cc. Gesetzespositivismus im Dritten Reich?	218
c. Zusammenfassung	221
V. WERTENDE BETRACHTUNG TEIL 1	222
2. TEIL: ZEIT VON 1945 BIS 1949	229
I. DIE GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG NACH DEM ZUSAMMENBRUCH	230
1. Die Kapitulation	230
2. Der Neubeginn	232
a. Die neue Machtverteilung	232
b. Der Flüchtlingsstrom	233
c. Alltäglicher Überlebenskampf	234
d. Neuorientierung der Besatzungspolitik	237
e. Auswirkungen	239
II. ENTNAZIFIZIERUNG UND WIEDERAUFBAU	241
1. Die Abrechnung mit den Nationalsozialisten	241
2. Die Entnazifizierung der Juristen	244
a. Allgemein	244
b. Die Amberger Juristen	247
aa. Die Richter	247
[1]. Schriftliche Verfahren	247
[2]. Mündliche Verfahren	248
bb. Die Rechtsanwälte	251
[1]. Eingestellte Verfahren	251
[2]. Durchgeführte Verfahren	252
cc. Zusammenfassung	254
3. Einordnung der Amberger Entnazifizierungsverfahren in den Kontext	255
4. Die Entnazifizierung der Gesetze	256
5. Stunde Null der Justiz?	259
6. Zusammenfassung	262
III. DIE HÖCHSTGERICHTLICHE RECHTSPRECHUNG ZU DEM NEUEN EHEGESETZ	265
1. Entscheidungen zu der Frage der Auflösung der häuslichen Gemeinschaft	267
2. Entscheidungen zu der Frage der Zulässigkeit des Widerspruchs	267
3. Entscheidungen zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs	268
4. Entscheidungen zu § 48 Absatz 3 EheG	279
5. Entscheidungen zu sonstigen Fragen	280
6. Zusammenfassung und Wertung	282
IV. DAS LANDGERICHT AMBERG NACH DEM ZUSAMMENBRUCH	285
1. Statistische Erhebungen zu den Verfahren	285

a. Übersicht	285
aa. Entwicklung der Verfahrenszahlen	285
bb. Entwicklung der Scheidungsquote	286
cc. Auswirkungen der Widerklagen auf die Scheidungsquote	286
dd. Klagerücknahmen	286
ee. Zusammenfassung	286
b. Verteilung der Scheidungsverfahren	287
aa. Entwicklung der Klagen aus § 43 EheG	287
bb. Entwicklung der Klagen aus § 42 EheG	287
cc. Entwicklung der Klagen aus §§ 42, 43 EheG	288
dd. Entwicklung der Klagen aus § 48 EheG	288
ee. Zusammenfassung	288
c. Verteilung der ausgesprochenen Scheidungen	288
aa. Klagen aus § 43 EheG	289
bb. Klagen aus § 42 EheG	289
cc. Klagen aus §§ 42, 43 EheG	289
dd. Klagen aus § 48 EheG	290
ee. Zusammenfassung	290
d. Verfahrensdauer	290
aa. Gesamtverfahrensdauer	291
bb. Verfahrensdauer bei einer Klage nur aus § 43 EheG	291
cc. Verfahrensdauer bei einer Klage nur aus § 42 EheG	291
dd. Verfahrensdauer, wenn die Klage auf § 42, 43 EheG gestützt wurde	291
ee. Verfahrensdauer bei einer Klage nur aus § 48 EheG	291
ff. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage erhoben wurden	291
gg. Verfahrensdauer insgesamt ohne Widerklage	292
hh. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage auf unterschiedliche Normen gestützt wurden	292
ii. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage auf § 43 EheG gestützt wurden	292
jj. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage auf § 42 EheG gestützt wurden	292
kk. Verfahrensdauer, wenn Klage oder Widerklage auf § 48 EheG gestützt wurden	293
ll. Zusammenfassung und Auswertung	293
e. Zusammenfassung der statistischen Auswertung	293
2. Die Rechtsprechung des LG Amberg zu § 48 EheG nF	295
a. Einführung	295
aa. Eheleiche Kinder	297
bb. Trennungszeit	298
cc. Alter der Parteien	299
dd. Religionszugehörigkeit	300
ee. Herkunft der Parteien	300
ff. Berufe	301

gg. Armenrechtsverfahren	302
hh. Sühneverfahren	302
ii. Anzahl der mündlichen Verhandlungen	303
jj. Anzahl der geladenen Zeugen	304
kk. Umfang der Akten	305
[1]. Umfang der anwaltlichen Schriftsätze	306
[aa]. Anzahl der anwaltlichen Schriftsätze mit rechtlichen Ausführungen	307
[a]. Ideologische Argumentation und Verhalten der Rechtsanwälte	307
[b]. Umfang der Urteile	308
[aa]. Rechtliche und ideologische Ausführungen in den Urteilen	308
[bb]. Anteil der schriftlichen Verfahren nach § 7 EntlVO	309
[2]. Zusammenfassung	310
ll. Rechtsmittel	311
mm. Vorherige Ehescheidungsklage	312
nn. Einverständliche Scheidung ohne Widerspruch	312
oo. Wertende Zusammenfassung und Vergleich mit dem Dritten Reich	313
b. Entwicklung der Rechtsprechung zu den einzelnen Tatbestandsmerkmalen	316
aa. Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft	316
[1]. Einführung	316
[2]. 1946	316
[3]. 1947	317
[4]. 1948	318
[5]. 1949	319
[6]. Zusammenfassung	320
bb. Unheilbare Zerrüttung der ehelichen Gemeinschaft	321
cc. Zulässigkeit des Widerspruchs	321
[1]. Einführung	321
[2]. 1946	321
[3]. 1947	322
[4]. 1948	323
[5]. 1949	324
[6]. Zusammenfassung	325
dd. Beachtlichkeit des Widerspruchs	326
[1]. Einführung	326
[2]. 1946	326
[3]. 1947	330
[4]. 1948	331
[5]. 1949	332
[6]. Zusammenfassung	333
ee. Zusammenfassung zur Rechtsprechung	334
c. NS-Ideologie in den Verfahren nach dem Ende des Dritten Reiches?	335

aa. Einführung	335
bb. Darstellung besonderer Verfahren	336
[1]. Instrumentalisierungsversuche des Dritten Reiches	336
[2]. Beispiele für unsaubere Subsumtion und Willkür durch das Gericht	340
cc. Zusammenfassung	343
d. Zusammenfassung	343
3. TEIL: DAS PERSÖNLICHE VERHALTEN DER JURISTEN IM	
UNTERSUCHUNGSZEITRAUM	347
1. Richter	348
a. Richter Z	350
aa. Persönliches	350
bb. Dienstliche Beurteilungen	350
cc. Spruchkammerentscheid	352
dd. Prozessverhalten im Dritten Reich	352
[1]. Arbeitsweise in der Nachkriegszeit	353
ee. Zusammenfassung	354
b. Richter S	355
aa. Persönliches	355
bb. Spruchkammerverfahren	355
cc. Prozessverhalten	356
[1]. Im Dritten Reich	356
[2]. In der Nachkriegszeit	358
dd. Zusammenfassung	359
c. Richter Gt	359
aa. Persönliches	359
bb. Dienstliche Beurteilungen	360
cc. Spruchkammerverfahren	362
dd. Prozessverhalten	362
[1]. Im Dritten Reich	362
[2]. In der Nachkriegszeit	364
ee. Zusammenfassung	365
d. Richter H	365
aa. Persönliches	365
bb. Dienstliche Beurteilungen	366
cc. Spruchkammerverfahren	367
dd. Prozessverhalten	367
ee. Zusammenfassung	369
e. Richter J	370
aa. Persönliches	370
bb. Dienstliche Beurteilungen	370
cc. Spruchkammerverfahren	372

dd. Prozessverhalten	373
ee. Zusammenfassung	375
f. Richter E	376
aa. Persönliches	376
bb. Dienstliche Beurteilungen	376
cc. Spruchkammerverfahren	377
dd. Prozessverhalten	378
ee. Zusammenfassung	379
g. Richter K	379
aa. Persönliches	380
bb. Dienstliche Beurteilungen	380
cc. Spruchkammerverfahren	380
dd. Zusammenfassung	382
h. Zusammenfassung	383
2. Rechtsanwälte	383
a. Rechtsanwalt Lei	388
aa. Persönliches	388
bb. Spruchkammerverfahren	388
cc. Prozessverhalten	389
[1]. Klägervertreter	390
[2]. Beklagtenvertreter	391
dd. Zusammenfassung	391
b. Rechtsanwalt Bir	392
aa. Persönliches	392
bb. Prozessverhalten	393
[1]. Klägervertreter	393
[2]. Beklagtenvertreter	394
cc. Zusammenfassung	394
c. Rechtsanwalt Sch	395
aa. Persönliches	395
bb. Prozessverhalten	395
[1]. Klägervertreter	396
[2]. Beklagtenvertreter	396
cc. Zusammenfassung	397
d. Rechtsanwalt Mug	397
aa. Persönliches	397
bb. Prozessverhalten	398
[1]. Klägervertreter	399
[2]. Beklagtenvertreter	399
cc. Zusammenfassung	400
e. Rechtsanwalt Hös	400

f. Rechtsanwalt Nel	401
g. Rechtsanwalt Auh	401
aa. Persönliches	401
bb. Prozessverhalten	402
cc. Zusammenfassung	403
h. Rechtsanwalt Ruh	403
aa. Persönliches	403
bb. Prozessverhalten	404
cc. Zusammenfassung	405
i. Rechtsanwalt Schi	405
aa. Persönliches	405
bb. Prozessverhalten	406
cc. Zusammenfassung	406
j. Rechtsanwalt Grü	406
aa. Persönliches	406
bb. Zusammenfassung	412
k. Zusammenfassung	412
4. TEIL: ZUSAMMENFASSUNG UND WERTUNG	415
LITERATURVERZEICHNIS	441

I. EINLEITUNG

Thema dieser Dissertation ist die Darstellung des erstinstanzlichen Prozessalltags in der Zeit von 1938 bis 1945 anhand der Ehescheidungsakten des Landgerichts Amberg. Abhandlungen zum Dritten Reich gibt es mittlerweile in Hülle und Fülle. Inwieweit daher eine weitere Abhandlung zu diesem Thema interessant sein sollte, ist eine durchaus berechtigte Frage. Verschärft wird die Frage der Daseinsberechtigung dieser Arbeit durch die Einschränkung auf den Landgerichtsbezirk Amberg und die weitere Einschränkung auf die Ehescheidungsakten. Weder die Stadt Amberg noch das Landgericht Amberg hatten eine herausragende Stellung, wie etwa das Reichsgericht oder der Volksgerichtshof. Soweit ersichtlich, wurde auch kein Urteil des Landgerichts Amberg in der überregionalen Presse oder in einer juristischen Fachzeitschrift thematisiert. Amberg war mit seinen 30.000 Einwohnern ein eher verschlafenes Städtchen fernab von den Orten, die bislang in den Geschichtsbüchern aufgetaucht sind. Auch die Einschränkung auf das Ehescheidungsrecht lässt schon vermuten, dass in diesen Verfahren keine Urteile gefällt wurden, die mit denen des Volksgerichtshofes vergleichbar wären. Die aus der heutigen Rückschau auf das Dritte Reich so typische Sensationslust kann daher von vorneherein mit dieser Arbeit nicht befriedigt werden. Allerdings ist die Frage des erstinstanzlichen Prozessalltages im Dritten Reich und in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis heute kaum thematisiert worden. Zwar gibt es viele Arbeiten, die sich mit den zentralen Unrechtsinstitutionen des Dritten Reiches, wie eben dem Volksgerichtshof, auseinandersetzen, der Alltag wie er sich für die allermeisten Bürger gestaltet hat, ist wissenschaftlich bislang kaum untersucht worden. Gerade weil das Landgericht Amberg fernab von den politisch zentralen Orten lag, ist dieses Gericht interessant, weil dies auf die wenigsten Gerichte zutraf. Um den Alltag darzustellen, ist kaum ein Gericht besser geeignet, als ein solches, das nicht im zentralen Interesse der damaligen gesamtdeutschen Öffentlichkeit stand.

Auch die Einschränkung auf das Ehescheidungsrecht ist nur auf den ersten Blick fragwürdig. Die Nationalsozialisten haben, gemessen an dem allumfassenden Veränderungswunsch der Gesellschaftsstruktur, nur wenig eigene Gesetze verabschiedet, wenn man von den Rassegesetzen einmal absieht. Das Familienrecht war eines der wenigen Rechtsgebiete, die von den Nationalsozialisten mit einer eigenen Gesetzgebung umfassend umgestaltet wurde. Die meisten Normen wurden im Dritten Reich lediglich in einem nationalsozialistischen Sinne interpretiert aber vom Wortlaut der Norm kaum verändert. Gerade mit dem Ehescheidungsrecht versuchten die Nationalsozialisten, ihre Vorstellung von einer Familie im nationalsozialistischen Sinne umzusetzen. Dabei war eine der zentralen Neuerungen im Ehegesetz von 1938 die Einführung der Zerrüttungsscheidung. Diese wurde zwar schon in der Weimarer Republik diskutiert und war auch schon in anderen europäischen Ländern umgesetzt worden.¹ Die Nationalsozialisten verfolgten damit aber nicht die liberalen Tendenzen, die mit der Zerrüttungsscheidung andernorts

¹ Vergleiche dazu die Ausführungen im ersten Teil der Arbeit.

umgesetzt wurden, sondern waren der Ansicht, dass aus zerrütteten Ehen keine wertvollen ehelichen Kinder hervorgehen würden, weswegen diese Ehen aus Sicht der Nationalsozialisten zu scheiden waren. Wie diese durchaus ideologische Norm von den zentralen Instituten, wie zum Beispiel dem Reichsgericht umgesetzt wurde, wurde in der Arbeit von Dieter Niksch² ausführlich dargestellt. Hier soll jedoch der Schwerpunkt auf die erste gerichtliche Instanz gelegt werden. Wie sind die Untergerichte mit der nationalsozialistischen Ideologie des Ehegesetzes von 1938 umgegangen? Wurde die Bevölkerungspolitik auch durch die Untergerichte so rigoros durchgesetzt, wie es das Reichsgericht vormachte, oder arbeiteten die erstinstanzlichen Gerichte weiter wie in der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Politik war Sache der höheren Instanzen? Inwieweit waren die Zivilgerichte überhaupt von der nationalsozialistischen Ideologie betroffen?

Vielfach wird behauptet, dass ein Zivilrechtsstreit aufgrund der Rechtsmaterie für die nationalsozialistische Ideologie weniger anfällig war. Die wohl bekannteste Untersuchung auf diesem Gebiet stammt von Schröder³. Schröder hat die Urteilssammlung des OLG Celle untersucht, die im Hauptstaatsarchiv Niedersachsen archiviert wurde.⁴ Prozeßakten zu diesen Urteilen waren in einer aussagekräftigen Anzahl nicht mehr vorhanden.⁵ Bei der Auswertung dieser Entscheidungen kommt Schröder zu dem Ergebnis, dass 95% der über 2.000 untersuchten Urteile keine Merkmale eines typisch nationalsozialistischen Urteils aufweisen würden. Andere Untersuchungen ermittelten ähnliche Ergebnisse.⁶ Eine andere Untersuchung kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass die Anzahl der ideologisch gefärbten Entscheidungen sehr viel höher war.⁷

Der bisherige Forschungsstand geht daher davon aus, dass die Masse der Verfahren im zivilrechtlichen Bereich unideologisch abgelaufen sei. Dabei stellt sich allerdings das Problem, dass viele Arbeiten auf keinen vollständigen Quellenbestand zurückgreifen konnten und dass der erstinstanzliche Alltag kaum dargestellt wird. Für die Frage, wie das Regime funktionieren konnte, sind aber gerade die erstinstanzlichen Gerichte von entscheidender Bedeutung. Wenn man Abhandlungen über das Dritte Reich liest, drängt sich der Eindruck auf, dass der Nationalsozialismus lediglich ein Thema der abgehobenen Eliten war und dass das Volk damit kaum in Berührung kam. Dieser Eindruck hätte auch seine Berechtigung, wenn die nationalsozialistische Ideologie umso stärker ausgeprägt war, je höher die Gerichtsinstanz war. Eine umfassende Auswertung erstinstanzlicher Entscheidungen, die diese Frage beantworten könnte, steht noch aus.

² Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 bis 1944, 1990.

³ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988.

⁴ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 26.

⁵ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 27.

⁶ Vgl. z.B. Philip Hackländer, „Im Namen des Deutschen Volkes“, 2001; Christof Schiller, Das Oberlandesgericht Karlsruhe im Dritten Reich, 1997; Reginald A. Puerschel, Trügerische Normalität in: Klaus Bästlein, Helge Grabitz, Wolfgang Scheffler, „Für Führer Volk und Vaterland“, 1. Auflage 1992.

⁷ Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen, 2002.

Die dieser Arbeit zu Grunde liegenden Akten sind nahezu vollständig erhalten geblieben. Im Landgericht Amberg wurden glücklicherweise die Akten nicht ausgedünnt. Anders als bei den vorgenannten Untersuchungen kann bei dieser Arbeit die Untersuchungsspanne auch auf den Nachkriegszeitraum ausgedehnt werden. Die Juristen, die im Dritten Reich tätig waren, waren in der Regel auch nach dem Ende des Dritten Reiches tätig. Im Landgerichtsbezirk Amberg gab es sogar Richter, die während des gesamten Untersuchungszeitraumes Urteile gefällt haben, so dass hier das komplette Verhalten der Juristen von 1938 bis 1949 dargestellt werden kann. Die Prozessakten konnten durch die Spruchkammerakten und die teilweise noch vorhandenen Personalakten der Richter vervollständigt werden. Leider waren die Personalakten der Rechtsanwälte nicht zugänglich, da die Rechtsanwaltskammer Nürnberg aus Datenschutzgründen keinen Zugang zu den Personalakten gewährte.

Die nahezu vollständig erhalten gebliebenen Akten wurden im Hinblick auf die Zerrüttungsscheidung untersucht. Da es sich hier um einen Anteil von 7 bis 24% der Verfahren im Dritten Reich und 5 bis 11% der Verfahren in der Nachkriegszeit handelte, konnten die Zerrüttungsscheidungen vollständig untersucht werden, ohne dass dies die Arbeit gesprengt hätte. Um die Prozessakten zu vervollständigen und auch einen Blick auf die handelnden Personen zu werfen, wurden die Personalakten, soweit sie vorhanden und zugänglich waren, sowie die Spruchkammerakten untersucht.

Basierend auf diesem Quellenmaterial und den bisherigen Forschungsdefiziten stellen sich in der vorliegenden Arbeit folgende zentrale Fragen:

Bezogen auf das Dritte Reich:

- Inwieweit war das Landgericht Amberg integraler Bestandteil des Regimes? Wurde vom Landgericht Amberg die obergerichtliche Rechtsprechung nachvollzogen?
- Hatte es für das Prozessergebnis Auswirkungen, wenn die Streitsteile ideologisch argumentierten oder eine besondere Stellung in dem Regime inne hatten?
- Mit welchen Fällen musste sich das Landgericht Amberg in der Kriegszeit überhaupt beschäftigen? Wer waren die Streitsteile, die im Zweiten Weltkrieg eine Ehescheidungsklage erhoben hatten? Wie gestaltete sich der allgemeine Alltag vor einem erstinstanzlichen Gericht im Dritten Reich?

Bezogen auf die Nachkriegszeit:

- Wie wirkte sich der Zusammenbruch verbunden mit den typischen Erscheinungen der Nachkriegszeit, wie zum Beispiel Flucht und Vertreibung oder Entnazifizierung, auf das Landgericht Amberg aus?
- Inwieweit sind die Richter von der Rechtsprechung im Dritten Reich abgewichen? Konnte hier überhaupt ein Unterschied festgestellt werden?
- Hatte es für die Streitsteile Auswirkungen, wenn sie im Dritten Reich in einer besonderen Stellung im Regime waren? Wirkte die NS-Ideologie in der Nachkriegszeit fort?

- Hat das Landgericht Amberg die obergerichtliche Rechtsprechung nachvollzogen, oder ist es hier einen eigenen Weg gegangen?
- Wie gestaltete sich der allgemeine Alltag in der Nachkriegszeit? Wer waren die Parteien, die in der Nachkriegszeit eine Ehescheidungsklage erhoben hatten? Mit welchen Schwierigkeiten wurde das Landgericht Amberg in der Nachkriegszeit konfrontiert?

Ausgehend von diesen Fragen wird in der Arbeit zunächst ein allgemeiner Teil vorangestellt, in dem die Entstehungsgeschichte und die Hintergründe zu dem neuen Ehegesetz dargestellt werden. In einem weiteren Schritt werden die Einflussnahme- und Gleichschaltungsversuche der Nationalsozialisten dargestellt. Um untersuchen zu können, inwieweit das Landgericht Amberg die obergerichtliche Rechtsprechung nachvollzogen hat, wird daran anschließend die obergerichtliche Rechtsprechung anhand der veröffentlichten Entscheidungen des Reichsgerichts in der amtlichen Sammlung dargestellt. Im Hauptteil wird das Landgericht Amberg zunächst in den allgemeinen historischen Kontext eingestellt. Daran schließt sich die Auswertung der Ehescheidungsakten aus dem Staatsarchiv Amberg an. In einer Statistik wird zunächst der untersuchte Zerrüttungstatbestand verortet. Bei der Untersuchung der Zerrüttungsscheidungen wurden sodann die äußeren Umstände der Prozesse, wie zum Beispiel Verfahrensdauer und Erfolgswahrscheinlichkeit einer Zerrüttungsklage, untersucht. Daran anschließend werden die Zerrüttungsklage systematisch zunächst anhand der Rechtsprechung zu den einzelnen Tatbestandsmerkmalen untersucht und schließlich in einem zweiten Schritt die besonders bedeutsamen Entscheidungen mit einem ideologischen Kontext näher dargestellt. Im zweiten Teil der Arbeit wird zunächst die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung sowie die Entnazifizierung auch anhand der Amberger Juristen dargestellt. Analog zum ersten Teil der Arbeit wird dann die obergerichtliche Rechtsprechung dargestellt. Im Hauptteil des zweiten Teiles wird wie im ersten Teil zunächst ein allgemeiner Überblick über die Amberger Verfahren gegeben und anschließend die Rechtsprechung des Landgerichts Amberg zu den einzelnen Tatbestandsmerkmalen dargestellt. In einem zweiten Schritt wurden dann die besonders bedeutsamen Entscheidungen in der Nachkriegszeit dargestellt. Im dritten Teil der Arbeit werden dann die Hintergründe zu den einzelnen Juristen dargestellt und auch dargestellt, inwieweit sich diese auf das Verhalten der Juristen im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit ausgewirkt hat. Im vierten Teil der Arbeit wird das Untersuchungsergebnis zusammengefasst und eine Wertung abgegeben.

1. TEIL: ZEIT VON 1938 BIS 1945

Im ersten Teil der Arbeit wird zunächst die Entstehungsgeschichte des in der Arbeit untersuchten Zerrüttungstatbestandes dargestellt. Wie bereits angedeutet, war die Zerrüttungsscheidung keine Erfindung der Nationalsozialisten, sondern wurde von diesen im Dritten Reich gezielt für die Umsetzung der Bevölkerungspolitik instrumentalisiert. Daher wird auch der ideologische Hintergrund näher beleuchtet. Bedingt durch die nationalsozialistische Familienpolitik wird in diesem Abschnitt auch auf die Veränderung des Familienbildes eingegangen. In einem weiteren Untersuchungsschritt wird die Einflussnahme auf die Juristen und die Gleichschaltung der Gerichte näher beleuchtet. Weiter folgt eine Darstellung der höchstrichterlichen Rechtsprechung sowie die Einordnung des Landgerichts Amberg in den historischen Kontext. Im Hauptteil des ersten Teiles folgt eine Auswertung des Aktenbestandes des Landgerichts Amberg im Dritten Reich sowie die Darstellung der Rechtsprechung des Landgerichts Amberg und endet mit einer wertenden Betrachtung und Zusammenfassung.

I. ENTSTEHUNGSGESCHICHTE UND HINTERGRÜNDE DES EHEGESETZES

1. Entstehungsgeschichte des § 55 EheG

Die Nationalsozialisten hatten mit der Absicht, das Ehescheidungsrecht zu reformieren, die Diskussion, die bereits in der Weimarer Republik geführt wurde, aufgegriffen. Es wurde darüber diskutiert, die Zerrüttungsscheidung einzuführen. Das Neue an der Zerrüttungsscheidung war, dass erstmals eine Scheidung ohne Verschulden eines Ehepartners möglich war. Voraussetzung für die Scheidung war, dass die häusliche Gemeinschaft der Ehepartner seit mindestens drei Jahren aufgehoben sein musste und die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft infolge einer tiefgreifenden und unheilbaren Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses ausgeschlossen sein musste. Andererseits konnte der Ehegatte, gegen den die Scheidungsklage erhoben wurde, der Scheidung nach § 55 Abs. 2 EheG widersprechen, wenn wiederum der Kläger die Zerrüttung ganz oder überwiegend verschuldet hatte.

§ 55 EheG hatte folgenden Wortlaut:

„§ 55 Auflösung der häuslichen Gemeinschaft

(1) Ist die häusliche Gemeinschaft der Ehegatten seit drei Jahren aufgehoben und infolge einer tiefgreifenden unheilbaren Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten, so kann jeder Ehegatte die Scheidung begehren.

(2) Hat der Ehegatte, der die Scheidung begehrt, die Zerrüttung ganz oder überwiegend verschuldet, so kann der andere der Scheidung widersprechen. Der Widerspruch ist nicht zu beachten, wenn die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten sittlich nicht gerechtfertigt ist.“

An sich ist die Scheidung ohne Verschulden keine Erfindung der Nationalsozialisten. Wie oben angedeutet, wurde bereits in der Weimarer Republik über die Einführung einer Zerrüttungsscheidung heftig diskutiert⁸. Die Reformbestrebungen scheiterten endgültig, als die Abgeordneten der Zentrumspartei sich am 05.11.1929 im Rechtsausschuss weigerten, an den Beratungen weiter teilzunehmen.⁹ Auch nach der Machtergreifung Hitlers wurde über mehrere Jahre hinweg über die Einführung und Ausgestaltung der Scheidung einer zerrütteten Ehe zunächst nur diskutiert¹⁰.

⁸ Michael Humphrey, Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip, 1. Auflage 2006, S. 281.

⁹ Alfred Wolf, Das Zerrüttungsprinzip im Ehescheidungsrecht und die Nationalsozialisten, FamRZ 1988, 1217 (1219).

¹⁰ Michael Humphrey, Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip, 1. Auflage 2006, S. 283.

Auch in anderen europäischen Ländern wurde die Scheidung ohne Verschulden diskutiert, bzw. war schon eingeführt,¹¹ als die Nationalsozialisten die Reform des Scheidungsrechts diskutierten.

Ausgangspunkt für die Reformbestrebungen war, dass man mit Einführung des BGB die Ehe als einen privatrechtlichen Vertrag gesehen hat.¹² Dieser sollte dennoch seinem Wesen nach unauflöslich sein,¹³ so dass eine Scheidung auch mit beiderseitigem Einverständnis ausgeschlossen sein sollte. Die Scheidungsgründe des BGB waren der Ehebruch, die Lebensnachstellung und das böslliche Verlassen, §§ 1565 – 1567 BGB (1900). Daneben stellte es gemäß § 1568 BGB (1900) einen Scheidungsgrund dar, wenn der andere Ehegatte durch eine schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten oder durch ehrloses und unsittliches Verhalten eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses verschuldet hatte, dass dem anderen Ehegatten die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet werden konnte. Die einzige Ausnahme vom ansonsten uneingeschränkt geltenden Verschuldensprinzip war die Scheidung wegen Geisteskrankheit nach § 1569 BGB (1900). Letztlich scheiterte in der Weimarer Republik die Reform des Ehescheidungsrechts am Widerstand der christlich orientierten Parteien und der Kirche.¹⁴

Uneinheitlich beantwortet wurde jedoch die Frage, ob die Ehescheidung grundsätzlich erleichtert werden sollte und demzufolge die Scheidung einer zerrütteten Ehe ermöglicht werden sollte,¹⁵ oder ob die Voraussetzungen für eine Scheidung grundsätzlich erschwert werden sollten. Dabei war die Einführung der Zerrüttungsscheidung keineswegs ein erklärtes Ziel der Nationalsozialisten. In der Weimarer Republik war die Forderung nach der Einführung der Zerrüttungsscheidung eine Forderung der linksliberalen Fraktionen, der sich die Nationalsozialisten zunächst entschieden entgegenstellten.¹⁶

Die Nationalsozialisten stellten sich jedoch eher der Argumentation als dem Ziel entgegen.¹⁷ Während die linksliberale Forderung auf das Individuum abzielte, ging es den Nationalsozialisten um die nationalsozialistischen Ziele der Ehe. Wenn die Ehe ihren bevölkerungspolitischen Zweck nicht mehr erfüllte, war sie unabhängig vom Verschulden, das zur Zerrüttung führte, scheidungswürdig.¹⁸ Dabei lag der anerkannte Ursprung der Zerrüttung durchaus im individuellen Bereich, nämlich darin, dass die Ehepartner die

¹¹ Schweizer Zivilgesetzbuch vom 10.12.1907; Schweden, Gesetz vom 12.11.1915; Norwegen, Gesetz vom 31.05.1918; Tschechoslowakei, Gesetz vom 22.05.1919.

¹² Lothar Gruchmann, Das Ehegesetz vom 6. Juli 1938, ZNR 11 (1989), S. 63 ff (63); amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 2.

¹³ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 108.

¹⁴ Wolf. Lüke, Hax, Scheidung und Scheidungsrecht, 1959, S. 74.

¹⁵ amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 18.

¹⁶ Michael Humphrey, Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip, 1. Auflage 2006, S. 294; Holzhauer behauptet, dass sich die Nationalsozialisten, die seit 1924 im Reichstag vertreten waren, an der Diskussion um die Einführung der Zerrüttungsscheidung nicht beteiligt hätten, in: Heinz Holzhauer, Die Scheidungsgründe der nationalsozialistischen Familienrechtsgesetzgebung, in: NS-Recht in historischer Perspektive, 1981, 58.

¹⁷ Lothar Gruchmann, Das Ehegesetz vom 6. Juli 1938, ZNR 11 (1989), S. 63 ff (64).

¹⁸ Roquette, Die Familie im völkischen Staat, DR 1943, 107 (109).

Ehegemeinschaft aufgegeben haben.¹⁹ Entscheidendes Kriterium war jedoch nicht der innere Zerfall der Ehe, sondern die daraus resultierenden bevölkerungspolitischen Folgen als Verlust der Ehe als volkspolitischer Keimzelle.²⁰ Die Ehe wurde damit zu einem Instrument zur Bevölkerungspolitik der Nationalsozialisten degradiert.²¹

Im November 1933 wurde der Münchner Rechtsanwalt Ferdinand Mößmer vom bayrischen Justizminister Hans Frank beauftragt,²² den Vorsitz im Familienrechtsausschuss der Akademie für Deutsches Recht zu übernehmen und einen Entwurf für die Reform des Eherechts vorzubereiten. Mößmer war ein Befürworter der Zerrüttungsscheidung.²³ Im Entwurf der Akademie für Deutsches Recht vom Januar 1936 war die Scheidungsmöglichkeit bei der Zerrüttung der Ehe noch an keine Frist gebunden.²⁴ Reichsjustizminister Gürtner war ein entschiedener Gegner dieses Vorschlags. Nach Ansicht Gürtners wurde dadurch die Entscheidung, wann eine Ehe bevölkerungspolitisch wertlos war, vom Gesetzgeber auf die Gerichte verlagert, die zu sehr unterschiedlichen Entscheidungen kommen würden.²⁵

Gürtner stützte sich auf ein Gespräch mit Hitler bei einer Ressortbesprechung vom 17.11.1936.²⁶ Dabei hatte Hitler gesagt, dass er für eine Erleichterung der Scheidungsmöglichkeit für den Fall sei, in dem einer der beiden Ehegatten geisteskrank sei. Darüber hinaus halte er besondere Erleichterungen der Scheidung nicht für erforderlich, die Ehescheidungsziiffer sei so hoch, dass er meine, Ehen würden leichter geschieden, als geschlossen.²⁷ Gürtner schloss offensichtlich daraus, dass Hitler gegen eine Erleichterung der Scheidungsmöglichkeit, also gegen die Zerrüttungsscheidung sei. Gürtner befürchtete, dass „die Einführung des Zerrüttungsgrundsatzes zu einer schrankenlosen Erleichterung der Ehescheidung und damit zu einer biologischen, sittlichen und allgemein kulturellen Gefahr für die Gemeinschaft werden könnte.“²⁸ In einem eigenen Entwurf vom 17.11.1936 schlug Gürtner eine 10 jährige Trennungsfrist vor, die er in einem zweiten Entwurf vom 12.2.1937 auf 5 Jahre verkürzte. In beiden Entwürfen war bereits eine Wi-

¹⁹ Roquette, Die Familie im völkischen Staat, DR 1943, 107 (109); Michael Humphrey, Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip, 1. Auflage 2006, S. 297.

²⁰ Lothar Gruchmann, Das Ehegesetz vom 6. Juli 1938, ZNR 11 (1989), S. 63 ff (64).

²¹ Bernd Rüthers, Unbegrenzte Auslegung, 6. Auflage 2005, S. 401.

²² Michael Humphrey, Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip, 1. Auflage 2006, S. 283.

²³ Michael Humphrey, Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip, 1. Auflage 2006, S. 285.

²⁴ Michael Humphrey, Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip, 1. Auflage 2006, S. 284.

²⁵ Lothar Gruchmann, Das Ehegesetz vom 6. Juli 1938, ZNR 11 (1989), S. 63 ff (65).

²⁶ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 123.

²⁷ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 123.

²⁸ Rundschreiben Reichsjustizminister Gürtner, Bundesarchiv R 22/472, Bl. 13 ff.

derspruchsmöglichkeit desjenigen Ehegatten vorgesehen, der die Zerrüttung nicht verschuldet hatte.²⁹

Letztlich war es ein außenpolitisches Ereignis, das zur Einführung der Zerrüttungsscheidung geführt hat³⁰. Mit dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich entstand Handlungsbedarf.³¹ Durch den 1938 erfolgten Anschluss Österreichs, galten im neuen Deutschen Reich, zwei verschiedene Ehescheidungsgesetze. In Österreich galt noch das Eherecht aus dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch von 1811, das für verschiedene religiöse Gruppen jeweils verschiedene Eheschließungs- und Ehescheidungsmöglichkeiten vorsah.³² Bis dahin war es in Österreich nicht möglich, eine Ehe zu scheiden, bei der mindestens ein Ehegatte Katholik war.³³ Für die größtenteils katholische Bevölkerung Österreichs konnte zwar nach § 103 ABGB die eheliche Lebensgemeinschaft aufgehoben werden (Scheidung von Tisch und Bett³⁴), das Rechtsband der Ehe war aber nach § 111 ABGB unlösbar. Es war jedoch von 1919 bis 1934 möglich, von der Verwaltungsbehörde einen Dispens zu erhalten und dann eine Dispensehe einzugehen.³⁵ Nachdem jedoch der Verwaltungsgerichtshof die Verwaltungsakte für gesetzwidrig erklärt hatte, bestand das Problem, dass bis dahin ca. 50.000 Dispensehen geschlossen worden waren, die nunmehr als Doppelehen nichtig waren.³⁶ Nichtsdestotrotz wurde bis 1934 an der Praxis der Dispensehe festgehalten.³⁷ Hitler sah hierin dringend Reformbedarf und sprach sich für eine unverzügliche Umsetzung des zwischenzeitlich weit vorangeschrittenen Reformvorhabens aus.³⁸ Die amtliche Begründung des neuen Ehegesetzes sprach sogar davon, dass die Missstände in Österreich das öffentliche Leben zu vergiften drohten.³⁹

Das neue Ehescheidungsrecht war letztlich ein Kompromiss zwischen den Entwürfen der Akademie für Deutsches Recht und dem Entwurf von Reichsjustizminister Gürt-

²⁹ Michael Humphrey, Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip, 1. Auflage 2006, S. 286.

³⁰ Gerhard Simson, Die Veränderungen des europäischen Ehescheidungsrechts im letzten Jahrhundert, DRZ 1949, 289 (289).

³¹ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 177.

³² Herbert Guthjahr, Das neue deutsche Ehegesetz, DR, 1938, 311; amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 1.

³³ Stefan Christian Saar, Familienrecht im NS-Staat – ein Überblick, in: Peter Salje: Recht und Unrecht im Nationalsozialismus, 1985, S. 89.

³⁴ Lothar Gruchmann, Das Ehegesetz vom 6. Juli 1938, ZNR 11 (1989), S. 63 ff (69).

³⁵ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 177.

³⁶ Lothar Gruchmann, Das Ehegesetz vom 6. Juli 1938, ZNR 11 (1989), S. 63 ff (69).

³⁷ Lothar Gruchmann, Das Ehegesetz vom 6. Juli 1938, ZNR 11 (1989), S. 63 ff (69).

³⁸ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 178; Auch in der amtlichen Gesetzesbegründung steht, dass das Gesetz in erster Linie zur Vereinheitlichung des Rechts dienen soll (amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 1).

³⁹ amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 1.

ner. Gürtner forderte zuletzt eine 5jährige Trennungszeit.⁴⁰ Die Akademie für Deutsches Recht und der Nationalsozialistische Rechtswahrerbund forderten keine Trennungszeit,⁴¹ so dass man sich schließlich auf 3 Jahre Trennungszeit einigte.⁴²

Das Gesetz zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet vom 6.Juli 1938 trat schließlich am 1.August 1938 in Kraft.⁴³

Aufgrund der bevölkerungspolitischen Absichten der Nationalsozialisten muss daher die Einführung der Zerrüttungsscheidung in Form des § 55 EheG als typisch nationalsozialistisches Gesetz bezeichnet werden.⁴⁴

2. Die ideologischen Hintergründe zu § 55 EheG

Mit der Reform des Ehescheidungsrechtes wollten die Nationalsozialisten ihre Bevölkerungspolitik durchsetzen. Im Folgenden soll erläutert werden, wie sich das Familienbild der Nationalsozialisten von dem der Weimarer Republik unterschied und welche Folgen sich daraus ergaben. Da das Eherecht keine statische Erscheinung war, sondern sich in einem dynamischen Prozess entwickelt hat, soll hier kurz die Entwicklung dargestellt werden, wie sie auch für die Ehescheidungsrichter prägend war.

a. Familienbild der Weimarer Republik

In der Weimarer Republik galt das Familienrecht des 1900 in Kraft getretenen BGB. Das BGB war geprägt vom Individualismus auf der einen Seite⁴⁵ und von konservativen Anschauungen auf der anderen Seite.⁴⁶ Das Reichsgericht formulierte zum Beispiel in der Entscheidung vom 22.01.1903, Az. IV 288/02:⁴⁷

„Die Gemeinschaft soll der Förderung und Erfüllung der Lebensaufgaben der Ehegatten dienen; diesem Zweck hat sich auch die Gestaltung ihrer häuslichen Gemeinschaft anzupassen, und zwar entsprechend den Anschauungen, die in dieser Beziehung im gewöhnlichen Leben herrschen.“

⁴⁰ Michael Humphrey, Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip, 1. Auflage 2006, S. 289.

⁴¹ Michael Humphrey, Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip, 1. Auflage 2006, S. 289.

⁴² Michael Humphrey, Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip, 1. Auflage 2006, S. 289.

⁴³ RGBl I 1938, 807.

⁴⁴ Anders: Heinz Holzhauser, die Scheidungsgründe in der nationalsozialistischen Familienrechtsgesetzgebung, in: Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte, NS-Recht in historischer Perspektive, 1981, S. 53; wie hier aber auf Seite 63.

⁴⁵ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 27.

⁴⁶ Stefan Christian Saar, Familienrecht im NS-Staat – ein Überblick, in: Peter Salje: Recht und Unrecht im Nationalsozialismus, 1985, S. 80.

⁴⁷ RGZ 53, 337 ff.

Zwar unterschied sich das BGB vom kanonischen Recht insoweit, als es grundsätzlich eine Scheidungsmöglichkeit vorsah.⁴⁸ Gleichzeitig sah das BGB von 1900 jedoch nicht eine einverständliche Scheidung vor.⁴⁹ Grundsätzlich war die Ehe unauflöslich.⁵⁰ So war es nicht möglich, sich von einer Ehe zu lösen, wenn man für deren Scheitern verantwortlich – also der „Schuldige“ – war.⁵¹ Man konnte sich lediglich dann scheiden lassen, wenn der andere Ehegatte gegen seine ehelichen Pflichten verstieß, man also selbst keine Schuld an dem Scheitern der Ehe hatte.⁵²

Auch im römischen Recht war die durch *confarreatio* begründete Ehe⁵³ grundsätzlich unlösbar. Erst später konnte Ehe aufgrund einer priesterlichen *diffareatio* aufgelöst werden.⁵⁴ Die im römischen Rechtssystem nach weltlichem Recht gegründete sog. Manusehe konnte nur vom Ehemann wegen gewisser Verfehlungen⁵⁵ der Ehefrau gelöst werden.⁵⁶ Später konnte die Ehe, ähnlich wie ein Vertrag, gelöst werden.⁵⁷ Im Mittelalter erblickte man in der Ehe ein Institut zur Erzeugung von Nachkommenschaft.⁵⁸ Da man in der Ehe weniger eine Liebes- und Lebensgemeinschaft erblickte, musste man sich auch nicht die Frage stellen, was passierte, wenn die Liebesgemeinschaft der Ehegatten aufgelöst war.⁵⁹ Erst ab dem ausgehenden Mittelalter begann sich eine subjektivierte Sicht der Ehe durchzusetzen, die zunehmend Gewicht auf die individuelle Gattenbeziehung legte.⁶⁰ Gleichzeitig begann sich ab dem 10. Jahrhundert im Gebiet des Deutschen Reichs zunehmend die kirchliche Gerichtsbarkeit und damit die Anwendbarkeit kanonischen Rechts durchzusetzen.⁶¹ Das Fundament des kanonischen Ehegesetzes war aber der

⁴⁸ Stefan Christian Saar, Familienrecht im NS-Staat – ein Überblick, in: Peter Salje: Recht und Unrecht im Nationalsozialismus, 1985, S. 80.

⁴⁹ Planck hatte befürchtet, bei Zulassung einverständlicher Scheidungen würde das Ansehen einer über dem Willen der Ehegatten stehenden Institution leiden, weil nach Außen lediglich die Willkür der Ehegatten in Erscheinung treten würde, vgl. Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Ehegesetz, 1983, S. 148.

⁵⁰ Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Ehegesetz, 1983, S. 145.

⁵¹ Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Ehegesetz, 1983, S. 147.

⁵² Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Ehegesetz, 1983, S. 146.

⁵³ Endemann, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 8. und 9. Auflage 1908, S. 226.

⁵⁴ Endemann, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 8. und 9. Auflage 1908, S. 226.

⁵⁵ Z.B. Fremdgehen oder Weintrinken, vgl. Endemann, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 8. und 9. Auflage 1908, S. 226.

⁵⁶ Endemann, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 8. und 9. Auflage 1908, S. 226.

⁵⁷ Endemann, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 8. und 9. Auflage 1908, S. 226.

⁵⁸ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, II. Teil, FamRZ 1962, 273 (274).

⁵⁹ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, II. Teil, FamRZ 1962, 273 (274).

⁶⁰ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, II. Teil, FamRZ 1962, 273 (274).

⁶¹ Endemann, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 8. und 9. Auflage 1908, S. 227.

Grundsatz der absoluten Unauflöslichkeit der vollzogenen sakramentalen Ehe.⁶² Damit wurde die Ehe grundsätzlich für unlösbar gehalten.⁶³ Eine Abkehr von diesem starren Ausgangspunkt wurde erst durch die Reformation eingeleitet,⁶⁴ die in der Ehe nicht mehr ein Sakrament im Sinne der katholischen Sakramentenlehre sahen.⁶⁵ Mit der Reformation wurde in Gebieten, in denen das protestantische Kirchenrecht galt, eine weltliche Scheidung anerkannt,⁶⁶ weil die Ehe auch als eine weltliche Angelegenheit angesehen wurde.⁶⁷ Dabei ging man aber nicht so weit, etwa die Zerrüttungsscheidung anzuerkennen, sondern hielt sich im Wesentlichen an strenge Verschuldensmaßstäbe.⁶⁸

Durch den Einfluss der Kirche auf das Grundverständnis der Ehe war das Verhältnis der Ehe nicht allein durch die Ehegatten bestimmt, sondern aufgrund der kirchenrechtlichen Elemente als öffentlich-rechtlich einzustufen.⁶⁹ Durch diesen öffentlich-rechtlichen Einschlag war die Ehe in einem großen Maße fremdbestimmt.⁷⁰ Erst im 18. Jahrhundert wurde, allen voran in Frankreich, die Lehre von der Doppelnatur der Ehe entwickelt.⁷¹ Man ging basierend auf dieser Entwicklung immer mehr dazu über, zwischen der Ehe als Sakrament und der Ehe als weltlicher Institution zu unterscheiden.⁷² Dadurch konnte man den weltlichen Teil der Ehe dem staatlichen Recht zuordnen, was es ermöglichte, auch in katholischen Staaten, die Ehescheidung durchzusetzen.⁷³ Die preußischen Ehegesetze (Edikt vom 17. November 1782) sahen vor, dass bei mehrjähriger kinderloser Ehe, wenn sich der Richter davon überzeugen konnte, dass die Ehescheidung nicht aus bloßem Leichtsinn oder Übereilung gewünscht wurde, eine einverständliche Ehescheidung möglich sein sollte.⁷⁴ Das Allgemeine Preußische Landrecht vom 5. Februar 1794

⁶² Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, I. Teil, FamRZ 1962, 81 (83).

⁶³ Mit gewissen Ausnahmen, vgl. Endemann, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 8. und 9. Auflage 1908, S. 227.

⁶⁴ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, I. Teil, FamRZ 1962, 81 (83).

⁶⁵ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, I. Teil, FamRZ 1962, 81 (85).

⁶⁶ Endemann, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 8. und 9. Auflage 1908, S. 227.

⁶⁷ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, I. Teil, FamRZ 1962, 81 (885).

⁶⁸ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, II. Teil, FamRZ 1962, 273 (275).

⁶⁹ Ernst Wolf, Grundgesetz und Ehe recht, JZ 1973, 647 ff.

⁷⁰ Ernst Wolf, Grundgesetz und Ehe recht, JZ 1973, 647 ff.

⁷¹ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, III. Teil, FamRZ 1962, 497 (497).

⁷² Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, III. Teil, FamRZ 1962, 497 (497).

⁷³ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, III. Teil, FamRZ 1962, 497 (497).

⁷⁴ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, III. Teil, FamRZ 1962, 497 (499).

sah dagegen die Zerrüttungsscheidung in nahezu reiner Form vor.⁷⁵ Gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts zeigte sich eine Liberalisierung des Scheidungsrechtes in vielen europäischen Staaten.⁷⁶ Gleichzeitig hielt aber die katholische Kirche an ihrer Ideologie fest und ließ die Ehescheidung nicht zu.

Bestimmend für die Rechtsentwicklung in Deutschland war die Rechtsprechung des Reichsgerichtes, das für die Länder, in denen noch kein spezielles Eherecht galt nach dem gemeinen katholischen oder protestantischen Eheverständnis entschieden hat.⁷⁷ Dadurch wurden teilweise unlösbar Verflechtungen geschaffen, wenn in bestimmten Landesteilen nicht nur kanonisches, sondern auch protestantisches Kirchenrecht Anwendung fand. Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts setzte aber wieder eine Gegenbewegung in Richtung Verschärfung der Ehescheidungsmöglichkeiten ein,⁷⁸ die schließlich im BGB mit relativ strengen Ehescheidungsmöglichkeiten kodifiziert wurde.⁷⁹

Dennoch begegnete das BGB zwei gegenläufigen Strömungen in Deutschland, weil in den Teilen, in denen vorher gemeines Recht galt, eine gewisse Liberalisierung des Scheidungsrechtes ermöglicht wurde, während in den protestantischen Bereichen des Preußischen Allgemeinen Landrechtes jedoch eine Verschärfung des Scheidungsrechtes erreicht wurde.⁸⁰

Die vorher bestehende Fremdbestimmung durch die Kirche wurde, zumindest juristisch, durch das Personenstandsgesetz von 1875^{81, 82} und das Bürgerliche Gesetzbuch von

⁷⁵ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, III. Teil, FamRZ 1962, 497 (499).

⁷⁶ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, III. Teil, FamRZ 1962, 497 (499).

⁷⁷ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, III. Teil, FamRZ 1962, 497 (502).

⁷⁸ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, IV. Teil, FamRZ 1963, 65 (65).

⁷⁹ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, IV. Teil, FamRZ 1963, 65 (66).

⁸⁰ Endemann, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 8. und 9. Auflage 1908, S. 229.

⁸¹ Mit der Einführung des Personenstandsgesetzes wurde der alleinigen kirchlichen Trauung die bürgerlich-rechtliche Gültigkeit aberkannt. Wollten zwei Personen heiraten, mussten sie zwingend die Ehe vor einem Standesbeamten schließen, Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, 1983, S. 34.

⁸² In Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz und teilweise in Mittel- und Oberfranken galt auch nach der Einführung des Personenstandsgesetzes von 1875 kirchliches Recht und das Personenstandsgesetz nebeneinander. Das kirchliche Recht war bestimmt durch den Codex Maximilianeus Bavaricus Civilis von 1756, der wiederum dem kanonischen Recht nachgebildet war. Erst durch die Einführung des BGB kam es auch in Bayern zu einer Vereinheitlichung des Eherechtes, vgl. Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, 1983, S. 37.

1900 beendet.^{83, 84} Die Ehe wurde auf die Ebene des Privatrechts⁸⁵ gestellt und als Verhältnis des sachlichen Rechts eingeordnet.⁸⁶ Damit wurde die Ehe im Wesentlichen als Vertrag zwischen zwei Personen angesehen,⁸⁷ der jedoch grundsätzlich unlösbar war.⁸⁸ Mit Einführung des BGB wurde die Ehe als Ausprägung des Individualismus gesehen.⁸⁹ Definiert wurde die Ehe als „ein durch die Eheschließung begründetes Rechtsverhältnis zwischen zwei Personen verschiedenen Geschlechts.“⁹⁰ Damit endete zwar formell die Fremdbestimmung der Ehe durch die Kirche. Gleichwohl ging das BGB materiell nicht so weit, diese Fremdbestimmtheit auf allen Ebenen zu beenden. Die Scheidung war nur in bestimmten Fällen möglich (siehe oben). Gleichwohl sah das BGB von 1900 von einer Definition der Ehe ab.⁹¹ Das BGB von 1900 enthielt lediglich eine funktionale Be-

⁸³ Ekkehard Kaufmann, Das „sittliche Wesen der Ehe“ als Maßstab für die inhaltliche Bestimmung der Normen bei der Kodifizierung des Bürgerlichen Gesetzbuches, in: Festschrift für Adalbert Erler zum 70. Geburtstag, 1976, S. 649 (649).

⁸⁴ Bereits in der zweiten Kommission bestand Einigkeit, dass auf konfessionelle Befindlichkeiten keine Rücksicht zu nehmen sei, vgl. Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, 1983, S. 171.

⁸⁵ Vorkommission und Justizausschuss zur Kodifizierung eines einheitlichen Zivilgesetzbuches gingen übereinstimmend davon aus, dass das Eherecht dem Privatrecht zuzuordnen sei. (vgl. Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, 1983, S. 41). Der Vorschlag, das gesamte persönliche Eherecht aus dem BGB herauszunehmen, weil die Ehe nicht ein vorzugsweise bzw. ausschließliche privatrechtliches Verhältnis sei, wurde abgelehnt, (vgl. Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, 1983, S. 54). So war auch klar, dass das Familienrecht des BGB nicht mehr hinter an dem erreichten Zivilstatus der Ehe aus dem Personenstandsgesetz zurücktreten würde. (vgl. Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, 1983, S. 56, der auf die Ausführungen Planck's Einleitung zum Eherecht in den Motiven Bezug nimmt.

⁸⁶ Ekkehard Kaufmann, Das „sittliche Wesen der Ehe“ als Maßstab für die inhaltliche Bestimmung der Normen bei der Kodifizierung des Bürgerlichen Gesetzbuches, in: Festschrift für Adalbert Erler zum 70. Geburtstag, 1976, S. 649 (649); Mit der Einführung des Personenstandsgesetzes wurde aber lediglich die Frage der Eheschließung umfassend geregelt. Im Bereich der Ehescheidung wurde lediglich die Trennung von Tisch und Bett abgeschafft, da dies kirchlich motiviert war. Das Recht der Ehescheidung blieb aber weiterhin uneinheitlich geregelt, Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, 1983, S. 35.

⁸⁷ Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, 1983, S. 75; Thilo Ramm, Eherecht und Nationalsozialismus, in: Günther Doeker, Winfried Steffani, Klassenjustiz und Pluralismus, Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag am 26. Dezember 1973, S. 152.

⁸⁸ Lothar Gruchmann, Das Ehegesetz vom 6. Juli 1938, ZNR 11 (1989), S. 63 ff (63).

⁸⁹ Dies war zugleich Anlass scharfer Kritik, vgl. Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, 1983, S. 68.

⁹⁰ Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, 1983, S. 34.

⁹¹ Zwar nahm die Ehe in allen abendländischen Kulturen einen besonderen Platz ein. Aussagen über den Sinn und Zweck der Ehe waren jedoch in keiner Kodifikation enthalten. Lediglich im Allgemeinen Preussischen Landrecht wurde aufgeführt, dass die Ehe der Erzeugung und Erziehung von Kindern diene. Dies kommt daher, weil allgemeine Meinung war, dass die Ehe in erster Linie ein sittliches und erst in zweiter Linie ein rechtliches Verhältnis sei, vgl. Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, 1983, S. 72. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sah die Rechtswissenschaft den Zweck des Eherechtes eine Grundlage für die Ehe, als der auf der Verschiedenheit der Geschlechter beruhenden Vereinigung von Mann und Frau zur innigsten und vollständigsten Gemeinschaft aller Verhältnisse des Lebens zu geben. Wegen der Würde der Ehe sollte die Bestimmung der Eheinhalte den einzelnen entzogen sein, da die Ehe als eine von dem Willen der Eheleute unabhän-

schreibung des Instituts der Ehe.⁹² Durch den Begriff der ehelichen Lebensgemeinschaft in § 1353 BGB (1900) verweist das BGB wiederum auf einen komplexen gesellschaftlichen und sozialen Bezug. Dadurch dass das BGB die Ehegatten auf die eheliche Lebensgemeinschaft verweist, nimmt es Bezug auf den sozialen Sinn der Ehe.

Die Weimarer Reichsverfassung stellte in Art. 119 Abs. 1 die Ehe als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter den besonderen Schutz der Verfassung. In Art. 119 Abs. 2 WRV wurde die Reinerhaltung, Gesundheit und soziale Förderung der Familien als Aufgabe des Staates definiert. Nach Art. 120 WRV war bestimmt, dass die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern ist, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht. Die Weimarer Reichsverfassung sah damit die Erhaltung und Vermehrung der Bevölkerung als Staatsziel vor, ebenso wie die Überwachung der Eltern in der Erziehung des Nachwuchses.

Die Rechtsordnung der Weimarer Zeit sah zumindest im Familienrecht formell also durchaus Regularien vor, die ein Eingreifen in die Individualsphäre des Einzelnen ermöglichten. Insoweit erscheint die Behauptung der Nationalsozialisten, durch den Liberalismus der Weimarer Republik sei eine Neuordnung des Familienrechtes notwendig geworden⁹³, fraglich. Jedenfalls nach dem Wortlaut der Weimarer Reichsverfassung hätte es seiner solchen Neuordnung nicht bedurft.⁹⁴

b. Familienbild des Nationalsozialismus

Die Ehereform basierte auf der nationalsozialistischen Auffassung vom Wesen der Ehe.⁹⁵ Der Nationalsozialismus sah in dem bestehenden Eherecht im Deutschen Reich einen übersteigerten Individualismus⁹⁶ der Weimarer Republik. In der Weimarer Republik lag der Fokus mehr auf dem Einzelinteresse⁹⁷ als auf dem Gemeinwohl. Während das Bürgerliche Gesetzbuch im Wesen der Ehe die Würde der Ehe als Institution und die individuelle Freiheit⁹⁸ sah, hatten die Nationalsozialisten ein widersprüchliches Bild von der Institution der Ehe. Zum einen mussten sie die Institution der Ehe grundsätzlich in die-

gige sittliche und rechtliche Ordnung sei, vgl. Johann Peter Schäfer, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, 1983, S. 72.

⁹² Ekkehard Kaufmann, Das „sittliche Wesen der Ehe“ als Maßstab für die inhaltliche Bestimmung der Normen bei der Kodifizierung des Bürgerlichen Gesetzbuches, in: Festschrift für Adalbert Erler zum 70. Geburtstag, 1976, S. 649 (651).

⁹³ Lange, Nationalsozialismus und bürgerliches Recht, in: Frank, Nationalsozialistisches Handbuch, S. 935.

⁹⁴ Ebenso: Thilo Ramm, Eherecht und Nationalsozialismus, in: Günther Doeker, Winfried Steffani, Klassenjustiz und Pluralismus, Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag am 26. Dezember 1973, S. 161.

⁹⁵ amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 19.

⁹⁶ Lange, Nationalsozialismus und bürgerliches Recht, in: Frank, Nationalsozialistisches Handbuch, S. 935.

⁹⁷ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 27.

⁹⁸ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 28.

ser Absolutheit ablehnen, weil dies die Unauflöslichkeit der Ehe bedeutet hätte.⁹⁹ Dies stand aber im Widerspruch zu dem Postulat der Vermehrung der ehelichen Bevölkerung. Andererseits stellten die Nationalsozialisten aber auf die Ehe als kleinste Zelle des völkischen Lebens ab.¹⁰⁰ Damit wurde durch das Ehegesetz vom 6. Juli 1938 die Institution der Ehe neu definiert, als eine Ehe nach dem nationalsozialistischen Sinn. Eine solche Ehe war schützenswert. Eine nicht nationalsozialistische Ehe war zu „vernichten“¹⁰¹.

Eine Ehe war dann eine solche im nationalsozialistischen Sinn, wenn sich die Ehegatten nicht mehr als Individuen begriffen, sondern als kleinsten Teil des Volksganzen.¹⁰² Der Nationalsozialismus sah die „Weihe“¹⁰³ der Institution Ehe nicht in religiösen Bindungen, sondern in der Bedeutung der Ehe für den Bestand und der Gesundheit des deutschen Volkes.¹⁰⁴ Dadurch waren religiöse Befindlichkeiten unerheblich, andererseits sollte aber auch nicht im Sinne einer individualistischen Auffassung¹⁰⁵ die Scheidung erleichtert werden.¹⁰⁶ Denn würde die Scheidung erleichtert werden, würde man den Wert der Institution Ehe herabsetzen und

„bei den Volksgenossen das Gefühl für die heilige Pflicht, aus ihrer Ehe das Beste zu machen und sich mit Unzulänglichkeiten des Gefährten abzufinden, statt zu stärken abschwächen. Das Ziel kann daher nur sein, es zu ermöglichen, daß eine Ehe, die für die Volksgemeinschaft wertlos geworden ist, die auch für die Ehegatten, die sich ihrer sittlichen Pflichten in vollem Maße bewusst sind, nicht mehr zu einem rechten ehelichen Gemeinschaftsleben führen kann, auf einem ehrlichen Weg lösbar wird.“¹⁰⁷

Weiterer Zweck der Ehe war die Erhaltung und Schaffung einer reinen Rasse¹⁰⁸ und eines gesunden Volkes.¹⁰⁹ Dabei erkannten die Nationalsozialisten, dass durch die Einführung einer verschuldensunabhängigen Scheidungsmöglichkeit die Geburtenrate der

⁹⁹ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 29.

¹⁰⁰ Lothar Gruchmann, Das Ehegesetz vom 6. Juli 1938, ZNR 11 (1989), S. 63 ff (64).

¹⁰¹ Roquette, Die Familie im völkischen Staat, DR 1943, 107 (108), allerdings bezogen auf die „Vernichtung“ der Ehe durch eine Nichtigkeitseklage des Staates, bezogen auf nach dem Blutschutzgesetz unzulässige Ehen.

¹⁰² Amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 19; Adolf Hitler schreibt dazu in Mein Kampf, 1940, S. 279: „Das Recht der persönlichen Freiheit tritt zurück gegenüber der Pflicht der Erhaltung der Rasse.“

¹⁰³ amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 19.

¹⁰⁴ amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 19.

¹⁰⁵ So aber das Verständnis der Zerrüttungsscheidung in Skandinavien zu der damaligen Zeit: Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, IV. Teil, FamRZ 1963, 65 (68).

¹⁰⁶ amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 20.

¹⁰⁷ amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 20.

¹⁰⁸ Lothar Gruchmann, Das Ehegesetz vom 6. Juli 1938, ZNR 11 (1989), S. 63 ff (63); amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 22.

¹⁰⁹ Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, IV. Teil, FamRZ 1963, 65 (68).

ehelichen Kinder gesteigert werden konnte. Es sollten ja gerade mehr eheliche Kinder geboren werden, da nur die eheliche Gemeinschaft als kleinste völkische Zelle sozusagen im Kleinen den Geist des Nationalsozialismus reflektieren sollte.¹¹⁰

Es lag daher im Interesse der Nationalsozialisten durch eine gezielte Reform des Ehescheidungsrechts die Scheidung solcher Ehen zu beschleunigen, die schon lange zerfallen waren, aber derjenige, der eine neue Ehe eingehen wollte, mangels Scheidungsgrund die Ehe nicht auflösen konnte.

War die Ehe vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten als Sphäre zweier Individuen gedacht, deren Sinn die Verwirklichung des individuellen Wohlergehens war,¹¹¹ war nach Machtergreifung die Ehe als eine völkische Ehe zu sehen.¹¹² Entscheidend war nicht mehr, was dem Interesse des Einzelnen diente,¹¹³ sondern maßgeblich war allein das Volksganze, d.h. das Interesse der Allgemeinheit.¹¹⁴ Von Bedeutung war daher allein, ob die jeweilige Ehe vom bevölkerungspolitisch Ganzen aus gesehen wertvoll war.¹¹⁵

Hermann Auert schrieb dazu in seinem 1938 in 2.Auflage erschienen Kommentar zum Eherecht:¹¹⁶

„Nach diesem neuen Recht gibt es keine individuellen Ansprüche mehr, die nicht zu gleicher Zeit, von höherer Warte aus betrachtet, der Volksgemeinschaft dienen.“

Adolf Hitler hat in seinem Buch „Mein Kampf“ geschrieben,¹¹⁷ dass die Ehe „dem einen größeren Ziele, der Vermehrung und Erhaltung der Art und Rasse dienen (müsse). Nur das ist ihr Sinn und ihre Aufgabe.“¹¹⁸

Eine Ehe, die nicht diesem Leitgedanken des nationalsozialistischen Familienbildes entsprochen hat, die also nicht eine Keimzelle des völkischen Lebens darstellen konnte, weil die Ehegatten getrennt lebten, sollte gelöst werden, weil die Allgemeinheit kein Interesse an solchen Ehen hatte.¹¹⁹

Hermann Auert äußerte sich dazu in seinem Kommentar:

„Dann liegt aber auch der über allen Familien waltenden Volksgemeinschaft nichts mehr an der krampfhaft-künstlichen Aufrechterhaltung solcher

¹¹⁰ Lothar Gruchmann, Das Ehegesetz vom 6. Juli 1938, ZNR 11 (1989), S. 63 ff (64).

¹¹¹ Hermann Auert, Das neue großdeutsche Eherecht, 2. Auflage 1938, S. XVII.

¹¹² Hermann Auert, Das neue großdeutsche Eherecht, 2. Auflage 1938, S. XVII.

¹¹³ Michael Humphrey, Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip, 1. Auflage 2006, S. 281.

¹¹⁴ Hermann Auert, Das neue großdeutsche Eherecht, 2. Auflage 1938, S.XVII; Lothar Gruchmann, Das Ehegesetz vom 6. Juli 1938, ZNR 11 (1989), S. 63 ff (79).

¹¹⁵ Hermann Auert, Das neue großdeutsche Eherecht, 2. Auflage 1938, S.XVII.

¹¹⁶ Hermann Auert, Das neue großdeutsche Eherecht, 2. Auflage 1938, S.XVII.

¹¹⁷ Adolf Hitler, Mein Kampf, 107.-111. Auflage, München 1934, S. 275 f.

¹¹⁸ Adolf Hitler, Mein Kampf, 107.-111. Auflage, München 1934, S. 275 f.

¹¹⁹ Gustav von Scanzoni, Das großdeutsche Ehegesetz, 1. Auflage 1939, S. 81; Roquette, Die Familie im völkischen Staat, DR 1943, 107 (109).

*Ehe(n), dann ist es, als hafte an einem sonst gesunden Körper ein hässliches Geschwür, das herausgeschnitten werden muss.*¹²⁰

Dieser Gedanke stand zu sich selbst in einem gewissen Widerspruch. Auf der einen Seite beklagte Hitler die hohe Anzahl der Scheidungen,¹²¹ auf der anderen Seite sollte der Volksgenosse gerade nicht sein individuelles Wohl über das der Allgemeinheit stellen, sondern die Ehe als Keimzelle des Nationalsozialismus aufgewertet werden. In dieser Aufwertung lag aber auch implizit die Forderung nach Unauflöslichkeit dieser Keimzelle. Das Ziel war daher, den Einzelnen dazu zu bringen, aus einer Ehe eine bevölkerungspolitisch wertvolle Ehe zu machen. Mit der Ermöglichung einer verschuldensunabhängigen Scheidung wurde aber faktisch das Gegenteil ermöglicht.

Anton Scharnagl¹²² schreibt dazu in seinem Kommentar zum EheG:

„Andererseits kann aber auch das Ziel der Reform nicht sein, eine allgemeine Erleichterung der Ehescheidung im Sinne individualistischer Eheauffassung herbeizuführen. Denn wollte man jedem Ehegatten, der in der Ehe nicht das volle von ihm erwartete persönliche Glück findet, ermöglichen, von seiner Ehe frei zu werden, so würde man den Wert der Ehe herabsetzen, man würde bei den Volksgenossen das Gefühl für die heilige Pflicht, aus ihrer Ehe das Beste zu machen und sich mit den Unzulänglichkeiten des Gefährten abzufinden, statt zu stärken abschwächen. Das Ziel kann daher nur sein, es zu ermöglichen, daß eine Ehe, die für die Volksgemeinschaft wertlos geworden ist, die auch für die Ehegatten, die sich ihrer sittlichen Pflichten im vollen Maße bewußt sind, nicht mehr zu einem rechten ehelichen Gemeinschaftsleben führen kann, auf einem ehrlichen Wege lösbar wird.“

Auf der einen Seite wurde daher gefordert, dass eine Ehe nur dann lösbar sein sollte, wenn diese bevölkerungspolitisch wertlos war. Wenn also die Ehegatten alles unternommen hatten, die Ehe zu retten. Auf der anderen Seite konnten die Gerichte gerade diesen Punkt nur schwer nachprüfen. Wie sollte man überprüfen, ob der klagende Ehegatte alles unternommen hatte, um die Ehe zu einer bevölkerungspolitisch wertvollen Ehe zu machen?

Das Ehegesetz vom 6. Juli 1938 trägt daher schon von seiner Grundkonzeption her Widersprüche in sich. Auf der einen Seite sollte die Ehe als Grundpfeiler der Gemeinschaft, wie auch die Gemeinschaft selbst, unauflöslich sein, auf der anderen Seite, sollten bevölkerungspolitisch wertlose Ehen aufgelöst werden können. Dies wird auch in der amtlichen Begründung deutlich. Dort heißt es:¹²³

„Die schwierigste Frage ist jedoch die, (...) ob man (...) generell jede Ehe für lösbar erklären soll, die ohne Rücksicht auf die Frage eines etwaigen Ver-

¹²⁰ Hermann Auert, Das neue großdeutsche Eherecht, 2. Auflage 1938, S. XX.

¹²¹ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 124.

¹²² Anton Scharnagl, Das neue deutsche Ehegesetz, 1939, S. 97.

¹²³ Amtliche Begründung, abgedruckt in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 20.

schuldens der Ehegatten so zerrüttet ist, daß sie für die Volksgemeinschaft keinen Wert mehr besitzt. Die letztgenannte, von beachtlichen Stellen empfohlene Regelung würde annehmbar sein, wenn die große Mehrzahl der Volksgenossen von der nationalsozialistischen Weltanschauung schon so tief durchdrungen wäre, wie dies nach einer erst fünfjährigen nationalsozialistischen Erziehungsarbeit noch nicht erwartet werden kann.“

Dieser Widerspruch lässt die These Wolfs, der in seinem Aufsatz behauptet,¹²⁴ Hitler habe keine „große Idee“¹²⁵ gehabt, wie die Ehescheidungsfrage gelöst werden sollte und sei nicht in der Lage gewesen systematisch zu denken, plausibel erscheinen. Trotz aller Widersprüchlichkeiten sollte ausweislich der amtlichen Begründung zum Ehegesetz 1938 eine einverständliche Scheidung vermieden werden.¹²⁶

c. Unterschiede und Konsequenzen

Während das Familienbild in der Weimarer Republik überwiegend im individuellen Glück des jeweiligen Ehegatten gesehen wurde, lehnte der Nationalsozialismus das individuelle Glück als vorrangiges Argument grundsätzlich ab. Entscheidend war ausschließlich der Wert der jeweiligen Familie für das Volksganze.

Hatte der Richter im Familienbild der Weimarer Republik das individuelle Wohlergehen, in den Vordergrund zu stellen, war dieser Aspekt im Nationalsozialismus belanglos. Allein maßgeblich war der Wert der zu beurteilenden Ehe für die Allgemeinheit. Das Familienbild in der Weimarer Republik unterschied sich daher ganz wesentlich von dem des Nationalsozialismus.

Für die Familienrichter im Dritten Reich bedeutete damit der Machtwechsel auch einen Wechsel in der Anschauung der Ehe und der Familie. Entschied sich also ein Richter dafür, in seiner täglichen Praxis der „neuen“ Anschauung zu folgen, ging damit ein deutlicher Gesinnungswandel einher. Das neue Ehegesetz war damit nicht eine Fortentwicklung einer bereits vor der Machtergreifung eingeleiteten allgemeinen Richtung, sondern ein Schnitt in der Entwicklung des Ehegesetzes. Während zwar bereits in der Weimarer Republik die Zerrüttungsscheidung diskutiert wurde und damit nichts Neues war, war aber die Umsetzung im Dritten Reich nicht die Fortentwicklung dieser Linie, sondern eine Entwicklung in eine ganz andere Richtung. Ein Richter musste sich in der Anwendung des neuen Ehegesetzes bewusst sein, dass damit ein Gesinnungswandel vollzogen werden musste. Dies gilt jedenfalls dann, wenn der Richter auch die hinter der Einführung der Zerrüttungsscheidung stehende Ideologie nachvollzog. Aber selbst damit ist noch nichts darüber gesagt, dass sich die nationalsozialistische Ideologie im Bereich des umgesetzten Ehegesetzes um eine Unrechtsideologie handelte. Jeder Staat hat ein Interesse daran, dass die Bevölkerung wächst und dass es viele Kinder gibt. Auch das Interes-

¹²⁴ Alfred Wolf, Das Zerrüttungsprinzip im Ehescheidungsrecht und die Nationalsozialisten, FamRZ 1988,1217 (1221).

¹²⁵ Alfred Wolf, Das Zerrüttungsprinzip im Ehescheidungsrecht und die Nationalsozialisten, FamRZ 1988,1217 (1221).

¹²⁶ amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 21.

se daran, dass gescheiterte Ehen als Ursache ständigen Streits und Unfriedens aufgelöst werden, ist an sich nicht verwerflich. Auch in der heutigen Bundesrepublik ist ein Einwirken des Staates auf die Entwicklung der Familien etwas ganz Normales.¹²⁷ Auch heute greift die Politik wesentlich in den familienrechtlichen Bereich ein. Hinter diesem Eingriff steckt ebenfalls ein Konzept zur Vermehrung der Bevölkerung und Erleichterung der Kindererziehung. Die Ehescheidungsmöglichkeiten sind seit dem Ende des Dritten Reiches deutlich erleichtert worden, so dass an sich in der Scheidung zerrütteter Ehen kein Unrecht zu erkennen wäre. Genauso wenig kann man per se in der Vermehrung der Zahl der Kinder Unrecht erkennen.

Man könnte daher der Meinung sein, dass in der Umsetzung der Familienpolitik der Nationalsozialisten kein Unrecht liege, weil es sich um ein legitimes Ziel eines Staates handelt, auf die Ehescheidungen und die Anzahl von ehelichen Kindern, Einfluss zu nehmen. Damit blendet man aber aus, dass es sich hier nicht lediglich um die Umsetzung eines Ehegesetzes ging, sondern darum, wie sich die Richter im System verhalten haben und wie sie mit einem Gesetz umgingen, das von einer Partei erlassen wurde, die verbrecherische Ziele verfolgt hat. Diese Ziele waren bereits zu Beginn des Dritten Reiches deutlich erkennbar. Bereits im Sommer 1933 waren alle konkurrierenden Parteien zerschlagen worden.¹²⁸ Ob sich die Amberger Richter dem System anschlossen und ihr Familien- und Ehebild änderten, wird die vorliegende Arbeit zeigen.

3. Zusammenfassung

Die Zerrüttungsscheidung war keine Erfindung der Nationalsozialisten. In einer jahrhundertelangen Entwicklung wechselten sich - insbesondere in den letzten Jahrhunderten - liberale mit konservativen Strömungen ab. Das Allgemeine Preußische Landrecht zum Beispiel war in seiner Entwicklung hin zu einem liberalen Scheidungsrecht wesentlich weiter, als das BGB von 1900. Die Zerrüttungsscheidung trägt in seiner ursprünglichen Konzeption dem Gedanken Rechnung, dass die Ehe eine Liebesgemeinschaft und keine Institution zur Erzeugung von Nachkommenschaft war und dort wo die Liebesgemeinschaft nicht mehr vorhanden war, aufgelöst werden können sollte. Absurderweise hat aber gerade die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik dazu geführt, dass die an sich äußerst liberale Zerrüttungsscheidung eingeführt wurde, obwohl das Familienbild der Nationalsozialisten eher die Ehe als unauflösliches Institut gesehen hat. Freilich war das Institutsdenken der Nationalsozialisten ein völlig anderes, als in den vorherigen Jahrhunderten. Wurde vorher die Ehe als Institut zur Erzeugung von Nachkommenschaft betrachtet, betrachteten die Nationalsozialisten die Ehe nicht nur als eine Institution zur Erzeugung der Nachkommen, sondern als kleinstes Abbild des alles umspannenden Führerprinzips. Dementsprechend unterschiedlich war auch das Familienbild in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Für die Juristen stellte sich die Einführung des Ehegesetzes von 1938 daher nicht als Fortentwicklung einer in der Wei-

¹²⁷ Man denke hier z.B. an Instrumentarien wie Kindergeld, Elterngeld usw.

¹²⁸ Schor, Ambros, „Machtergreifung“ und Gleichschaltung – Die Nationalsozialisten errichten den totalitären Staat, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Der Nationalsozialismus, Band I, Machtergreifung und Machtsicherung 1933 – 1935, 3. Auflage 1994, S. 76.

marer Republik beginnenden Idee dar, sondern als Neuentwicklung, die von den Juristen ein klares Bekenntnis erforderten. Wandten die Richter den § 55 EheG an, setzten sie damit das Familienbild der Nationalsozialisten um. Die höchstrichterlichen Entscheidungen aus dieser Zeit zeigen immer wieder, dass sich die Untergerichte mit dieser Anpassung zum Teil recht schwer getan haben.

II. EINFLUSSNAHMEVERSUCHE UND GLEICHSCHALTUNG

1. Einflussnahmeversuche auf Richter

Wie weit die Einflussnahme auf die Richter während des Dritten Reiches ging, lässt sich vermutlich nicht mehr vollständig aufklären.¹²⁹ Die Landesjustizverwaltungen hatten bereits Anfang 1933 Berichtspflichten für bestimmte Angelegenheiten eingeführt.¹³⁰ Mit Rundverfügung vom 18.12.1934 wurden diese Berichtspflichten beim Reichsjustizministerium zentriert.¹³¹ Die Mitteilungspflichten bestimmter Verfahren wurden in der folgenden Zeit weiter ausgebaut.¹³² Ab dem 01.12.1935 mussten die Generalstaatsanwälte alle zwei Monate vertrauliche Lageberichte erstellen, die per Einschreiben direkt an den Reichsjustizminister zu richten waren. Die Oberlandesgerichtspräsidenten mussten erstmals ab 05.01.1936 ebenfalls alle zwei Monate einen derartigen Lagebericht erstellen.¹³³ Ein direktes Eingreifen mittels einer gezielten Weisung an den Richter ist wohl nicht erfolgt. Bei der Frage, inwieweit die richterliche Unabhängigkeit gewährleistet war, muss zwischen Einmischversuchen der Partei und Lenkung der Rechtsprechung durch das Reichsjustizministerium unterschieden werden. Bei den Einmischversuchen der Partei und der Parteistellen gab es bei den Gerichten Widerstand,¹³⁴ bei denen des Reichsjustizministeriums war dieser Widerstand nicht vorhanden. Dies lässt sich aus dem Lagebericht des OLG Präsidenten des Oberlandesgerichts Nürnberg an den Reichsjustizminister vom 30.07.1943 ableiten.¹³⁵ Darin teilt der Oberlandesgerichtspräsident dem Reichsjustizminister mit, dass der Gauleiterstellvertreter an seine nachgeordneten Dienststellen strengste Anordnung gegeben habe, dass sie sich jeder Einmischung in einen schwebenden Prozess zu enthalten hätten. Weiter teilte er mit, dass die Landgerichtspräsidenten bisher (also zum 30.07.1943) noch keinen Fall eines Einmischversuches gemeldet hätten. Zwar wurde offensichtlich den Richtern keine Weisung erteilt, das Reichsjustizministerium erteilte jedoch Weisungen an die jeweiligen Staatsanwälte, die dann ihrerseits wiederum diese Weisung von „ganz oben“ dem Richter kundtaten und die Richter dadurch in Zugzwang brachten.¹³⁶ Dies führte dazu, dass die Richter wohl überwiegend den Anträgen der Staatsanwaltschaft folgten und durch die Absprachen zwischen Richter und Staatsanwaltschaft, der Eindruck erweckt wurde, dass die Strafhöhe von vornherein feststand.¹³⁷ Die Weisung des Reichsjustizministeriums sei aber nur als Anregung

¹²⁹ Jürgen Meinck bestreitet z.B., dass es vor der Verteilung der Richterbriefe eine Strategie zur Lenkung der Rechtsprechung gegeben habe. Vgl. Jürgen Meinck, Justiz und Justizfunktionen im Dritten Reich, Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte, 3 (1981), 28 (30).

¹³⁰ Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933 – 1940, 2. Auflage 1990, S. 1091.

¹³¹ Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933 – 1940, 2. Auflage 1990, S. 1091.

¹³² Überblick bei Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933 – 1940, 2. Auflage 1990, S. 1091 bis 1094.

¹³³ Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933 – 1940, 2. Auflage 1990, S. 1094.

¹³⁴ Hans Michelberger, Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches, 1989, S. 296.

¹³⁵ Bayerisches Staatsarchiv Nürnberg. Bestand Oberlandesgericht Nürnberg, Nr. 760, Rep.-Nr. 280/2.

¹³⁶ Hans Michelberger, Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches, 1989, S. 289.

¹³⁷ Hans Michelberger, Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches, 1989, S. 289.

unter Vorbehalt zu verstehen gewesen.¹³⁸ Eine direkte Sitzungsüberwachung insofern, als Kriminalpolizeibeamte in der Verhandlung anwesend waren und die Verhängung eines bestimmten Strafmaßes überwachten, wurden lediglich von den Landgerichten Dortmund und Bielefeld gemeldet.¹³⁹

Bereits am 09.01.1934 wurde im Preußischen Justizministerium eine Arbeitstagung abgehalten, bei der alle Oberlandesgerichtspräsidenten zugegen waren.¹⁴⁰ Diese Arbeitstagungen fanden alle 2 Monate statt. Aus einem Interview mit Roland Freisler wird die Gleichschaltungsabsicht dieser Tagungen deutlich:

*„Die energische Führung der Justiz in Preußen durch Minister Kerrl erfordere täglich neue Entschlüsse und neue Maßnahmen. Entschlüsse, Maßnahmen, Anordnungen und Gesetze blieben aber tot, wenn nicht Männer da seien, die sie ausführten. Aus diesem Gedanken heraus habe der Preuß. Justizminister sich entschlossen, in etwa achtwöchigen Abständen seine Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte nach Berlin zu berufen, um immer wieder die Gleichrichtung seines Willens und des Willens seiner Vertrauensleute in der Justiz festzustellen. Die Leiter der Justizbehörden in den Provinzen seien es, die durch ihre Persönlichkeit die Gewähr dafür geben müßten, daß das, was die Staatsführung auf dem Gebiete der Justiz wolle, auch durchgeführt werde.“*¹⁴¹

Anlässlich einer Tagung zu dem neuen § 55 EheG wurden Richtlinien des Reichsjustizministeriums herausgegeben, die Hinweise zur Auslegung des neuen Ehegesetzes enthielten.¹⁴² Bekannt ist, dass es häufig in Strafverfahren eine Urteilskorrektur insofern gegeben hat, als die Urteile, die aus Sicht der NSDAP zu milde ausgefallen waren, dadurch verschärft wurden, dass der Angeklagte von der Gestapo verhaftet wurde und so lange inhaftiert wurde, wie es aus Sicht der Partei notwendig war, um eine ausreichende Bestrafung sicherzustellen.¹⁴³ Ein weiteres Mittel der Beeinflussung war die gelenkte Presse, allen voran „Das Schwarze Korps“, das Presseorgan der SS.¹⁴⁴ In dieser Zeitung

¹³⁸ Hans Michelberger, Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches, 1989, S. 293.

¹³⁹ Hamm LB (15) v. 7.7.42, Blt. 154/1, zitiert nach: Hans Michelberger, Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches, 1989, S. 304.

¹⁴⁰ Dieter Nicksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944, Dissertation 1990, S. 196.

¹⁴¹ DJ 1934, 135, Presseunterredung mit Staatssekretär Dr. Freisler.

¹⁴² BAArch R 3001/24473, Bl. 120 – 131; insoweit ist die Aussage von Rainer Schröder, Der zivilrechtliche Alltag des Volksgenossen, in: Bernhard Diestelkamp, Michael Stolleis, Justizalltag im Dritten Reich, 1988, S. 42, wonach 95% der entschiedenen Zivilrechtsfälle solche Materien betrafen, wie sie in der Weimarer Republik und in der BRD vorkommen und nicht wesentlich anders entschieden werden, kritisch zu hinterfragen. Es ist unerheblich, wie viele Fälle wann vorkommen, sondern einzig und allein entscheidend ist, wie diese Fälle entschieden werden. Mit welchen Erkenntnismethoden die Gerichte arbeiten und welches Rechtsverständnis der jeweiligen Entscheidung zu Grunde liegt. Darüber hinaus ist schon fraglich, ob man anhand einer Untersuchung von Oberlandesgerichtsakten den zivilrechtlichen Alltag abbilden kann.

¹⁴³ Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, Einleitung XIII.

¹⁴⁴ Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, Einleitung XIV.

wurden immer wieder Urteile veröffentlicht, die aus Sicht der Partei zu milde ausgefallen waren oder sonst durch einseitige Darstellung geeignet waren, die Richterschaft insgesamt bloßzustellen und verächtlich zu machen.¹⁴⁵ Diese Veröffentlichung der missliebigen Urteile erfolgte, obwohl Rudolf Heß 1935 strengstens untersagt hatte, dass sich die Parteidienststellen in laufende Verfahren einmischten, ebenso war öffentliche Kritik an Urteilen verboten.¹⁴⁶ Das Schwarze Korps ließ sich allerdings nicht davon abhalten, weiter Urteilsschelte zu verüben.¹⁴⁷ An diesem Beispiel wird deutlich, dass es der Führungsebene der NSDAP immer schwerer fiel, die von ihr selbst ausgelöste Dynamik der Bewegung zu kontrollieren und in eine bestimmte Richtung zu drängen. Das zeigt aber auch, dass der Nationalsozialismus nicht nur eine von oben oktroyierte Bewegung war, sondern auch von unten ausging und nicht nur die obersten NSDAP-Größen die Zugpferde der Bewegung waren, sondern diese wie Kutscher auf den Pferdewägen saßen und einigermaßen die Richtung aber nicht die Geschwindigkeit vorgeben konnten.

In den Lageberichten des Sicherheitsdienstes (SD) der SS, die seit 1938 regelmäßig erstattet wurden, wurden Urteile vorgelegt, die dem „gesunden Volksempfinden“ nicht gerecht wurden.¹⁴⁸ Aus dem Jahreslagebericht 1938 geht hervor, dass sich „auf dem Gebiet des Zivilrechtes zuweilen eine stimmungsmäßige Abneigung in der Bevölkerung gegen die Rechtsprechung der Gerichte bemerkbar gemacht [habe], ohne daß sich beweisbare Unterlagen für etwaige Beanstandungen ergeben hätten.“¹⁴⁹ In Ehesachen hätten jedoch einzelne Entscheidungen „die Frage nach der Abschaffung oder Beibehaltung der richterlichen Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit laut werden“ lassen.¹⁵⁰ Kurze Zeit später konnte jedoch das SD-Hauptamt feststellen, dass in Ehescheidungssachen eine einheitliche, nicht zu beanstandende Rechtsprechung durchgesetzt habe, nachdem das Reichsjustizministerium Richtlinien erlassen habe und Angriffe gegen Fehlentscheidungen anerkannt habe.¹⁵¹ Hitler kündigte in der letzten Rede im Reichstag am 26. April 1942 an, dass er bei Urteilen, die er nicht billige, „eingreifen und Richter, die ersichtlich das Gebot der Stunde nicht erkennen, ihres Amtes entheben“ werde.¹⁵² Diese Rede wurde vom „Schwarzen Korps“ als Ermutigung empfunden, weiter gegen die richterliche Unabhängigkeit vorzugehen und missliebige Urteile zu propagieren und so die Richter in der Öffentlichkeit bloßzustellen.¹⁵³ Hiergegen protestierten einige OLG-Präsidenten beim Reichsjustizministerium.¹⁵⁴ Die Rede Hitlers wurde überwiegend als Ende der richterlichen Un-

¹⁴⁵ Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 338.

¹⁴⁶ Ralph Angermund, *Deutsche Richterschaft 1919 - 1945*, 1990, S. 76.

¹⁴⁷ Ralph Angermund, *Deutsche Richterschaft 1919 - 1945*, 1990, S. 97.

¹⁴⁸ Heinz Boberach, *Richterbriefe*, 1975, Einleitung XV; siehe auch Lagebericht des OLG Präsidenten Karlsruhe vom 03.12.1942 in Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 285.

¹⁴⁹ BAarch R 58/1095, zitiert nach Heinz Boberach, *Richterbriefe*, 1975, Einleitung XV.

¹⁵⁰ BAarch R 58/1095, zitiert nach Heinz Boberach, *Richterbriefe*, 1975, Einleitung XV.

¹⁵¹ BAarch R 58/717, zitiert nach Heinz Boberach, *Richterbriefe*, 1975, Einleitung XV.

¹⁵² Heinz Boberach, *Richterbriefe*, 1975, Einleitung XVIII.

¹⁵³ Lagebericht des GStA Bamberg vom 3.8.42, Bamberg GStA v. 3.8.42, Bl. 64/1 ff, zitiert nach: Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 306.

¹⁵⁴ Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 306 ff.

abhängigkeit empfunden.¹⁵⁵ Ende des Jahres 1942 erschien der erste Richterbrief von Reichjustizminister Thierack. In den insgesamt 21 Richterbriefen wurden Fälle vorgestellt, in denen das Urteil entweder besonders hervorzuheben war oder das Urteil nicht dem entsprach, was sich Thierack vorstellte. Dabei wurde aber weder angegeben, wer das Urteil gesprochen hatte, noch von welchem Gericht das Urteil stammte. In jedem Richterbrief war nach der Darstellung des Falles eine Stellungnahme des Reichsjustizministers enthalten. Bei einer Konferenz mit den Chefpräsidenten der Oberlandesgerichte und Generalstaatsanwälte sagte Thierack:¹⁵⁶

„Das ist eine glatte Richterlenkung, die ich mir erlaube durchzuführen und die ich auch verantworten zu können glaube.“

Die Richterbriefe wurden in einer Auflage von 11.000 Exemplaren gedruckt und an die Gerichte verteilt.¹⁵⁷ In dem ersten im Oktober 1942 erschienen Richterbrief teilte Thierack den Richtern mit:¹⁵⁸

„Nach alter germanischer Rechtsauffassung war immer der Führer des Volkes sein oberster Richter. Wenn also der Führer einen anderen mit dem Amt eines Richters belehnt, so bedeutet das, daß dieser nicht nur seine richterliche Gewalt vom Führer ableitet und ihm verantwortlich ist, sondern auch daß Führertum und Richtertum wesensverwandte sind. (...) Ein solches Richterkorps wird sich nicht sklavisch der Krücken des Gesetzes bedienen. Er wird nicht ängstlich nach Deckung durch das Gesetz suchen, sondern verantwortungsfreudig im Rahmen des Gesetzes die Entscheidung finden, die für die Volksgemeinschaft die beste Ordnung des Lebensvorgangs ist.“

Einen direkten Einfluss beabsichtigte aber offensichtlich auch Thierack nicht. In dem ersten Richterbrief schreibt er:¹⁵⁹

„Führung der Rechtspflege heißt nicht, dem Richter eine bestimmte Rechtsauffassung befehlen. Der Richter muß weisungsfrei bleiben, sonst ist er kein Richter mehr.“

In dem Richterbrief Nr. 5 vom 01.02.1943¹⁶⁰ fordert Thierack, dass die Rechtswahrer das erreichen müssen, was die Juristen der Vergangenheit nicht vermochten, nämlich wahre Mittler zwischen Recht und Volk zu sein.¹⁶¹ Die Gesetze müssten in dem Urteil dem Volk so verständlich gemacht werden, dass jeder es verstehen könne. Dies erschöpfe sich nicht bloß in der Wiedergabe des Gesetzeswortlautes. Diese Forderung bezieht sich zwar ausdrücklich auf Strafurteile, trifft aber in der Praxis, wie noch zu zeigen sein wird,

¹⁵⁵ Z.B. Lagebericht der Präsidenten der OLG Bamberg, Kiel und Köln zitiert nach: Hans Michelberger, Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches, 1989, S. 308nf.

¹⁵⁶ Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, Einleitung XX.

¹⁵⁷ Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, Einleitung XX.

¹⁵⁸ BA R 22/4002, zitiert nach: Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 5.

¹⁵⁹ BA R 22/4002, zitiert nach: Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 5.

¹⁶⁰ Richterbrief Nr. 5, BA R 22/4002, zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 68 ff.

¹⁶¹ Richterbrief Nr. 5, BA R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 72.

auch auf die Amberger Urteile zu. Häufig wurde dort nur der Gesetzeswortlaut wiedergegeben, ohne nähere Erklärung oder Auslegung des Wortlautes. Nach der Forderung Thieracks hätten sich die Amberger Richter danach mehr darauf verlegen müssen, neben dem Gesetzeswortlaut auch den Sinn des Gesetzes verständlich zu machen. Ob sie dieser Forderung gefolgt sind, wird noch zu zeigen sein. Zu der Ausführlichkeit eines Urteils schreibt Thierack:¹⁶²

„Die durch den Erlaß des Führers vom 21.03.42 angeordnete bündige Kürze der gerichtlichen Entscheidung darf nicht – wie in dem mitgeteilten Ehescheidungsurteil – zur Inhaltlosigkeit führen. Ein Volksgenosse, der vom Richter die Aufhebung seiner Ehe erbittet, kann verlangen, daß der Richter ihm die Gründe seiner Entscheidung mitteilt, die für das künftige Leben der Betroffenen oft von entscheidender Bedeutung sind. Bündige Kürze bedeutet nicht Verzicht auf eine Begründung, sondern Beschränkung der Begründung auf das Wesentliche.“

Die Belastung der Urteilsgründe mit Rechtsprechung sei gerade in Urteilen der Untergerrichte entbehrlich.¹⁶³ Im Richterbrief Nr. 12¹⁶⁴ geht es vorwiegend um die Scheidung von Soldatenehen. Thierack schreibt, dass ein Mann, der seine Frau vernachlässigt, sich nicht wundern dürfe, wenn sie ihre eigenen Wege gehe und eine Frau, die ihren Mann, der sich im Fronteinsatz befindet, nicht die Treue hält, darf sich nicht wundern, wenn er ihr in einer Weise gegenübertritt, wie er es sonst vielleicht nicht getan hätte.¹⁶⁵ Im Richterbrief Nr. 13¹⁶⁶ ging es um Gesetz und gesundes Volksempfinden. Thierack schreibt, dass der nationalsozialistische Richter lebensnahes Recht sprechen soll, das mit dem gesunden Volksempfinden in Einklang stehe, er aber andererseits auch die bestehenden Gesetze als die von der Staatsführung gegebenen Befehle achten müsse.¹⁶⁷ Erst wenn zwischen Gesetz und dem gesunden Volksempfinden ein ansonsten nicht mehr lösbarer Konflikt entstehe, sei zu Gunsten des gesunden Volksempfindens zu urteilen.¹⁶⁸ Geradezu grotesk beschreibt Thierack im Richterbrief Nr. 16¹⁶⁹ die Selbsteinschätzung der Richter:

„Wir Rechtswahrer sind uns der großen Verantwortung, die gerade jetzt auf uns ruht, voll bewußt. Wir wissen, daß es heute mehr denn je darauf ankommt, das Recht unseres durch eine unmenschliche Kriegsführung unserer Feinde schwergeprüften Volkes zu wahren und gegen alle Angriffe äußerer und innerer Feinde zu verteidigen. Wir wissen aber auch, daß wir diese Aufgabe lösen werden, wenn wir diesen gewaltigen Rechtskampf als eine geschlossene Kampfgemeinschaft und Arbeitskamaradschaft führen. (...) Ich

¹⁶² Richterbrief Nr. 5, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 73.

¹⁶³ Richterbrief Nr. 5, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 74.

¹⁶⁴ Richterbrief Nr. 12, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 174 ff.

¹⁶⁵ Richterbrief Nr. 12, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 179.

¹⁶⁶ Richterbrief Nr. 13, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 188 ff.

¹⁶⁷ Richterbrief Nr. 13, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 194.

¹⁶⁸ Richterbrief Nr. 13, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 194.

¹⁶⁹ Richterbrief Nr. 16, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 250 ff.

*weiß, daß die Richtlinien, die ich in diesen Richterbriefen zu den vordringlichen Fragen unserer Zeit aufstelle, von meinen Richtern und Staatsanwälten heute freudig und erwartungsvoll aufgenommen werden und daß sich niemand in seiner richterlichen Freiheit beschränkt oder seiner eigenen Verantwortung enthoben fühlt. Auch in Zukunft sollen diese Briefe deshalb Freund und Helfer in unserer verantwortungsvollen Alltagsarbeit sein.*¹⁷⁰

Im Richterbrief Nr. 19 schildert Thierack den Umgang mit unehelichen Kindern:¹⁷¹

„Weil der Staat schwach war und sich keine Führung fand, die dem Volk seine echten Lebensgesetze und –werte zeigte, die es in sich trug und mit denen es allein seine Zukunft gestalten kann, konnte sich in Teilen des Volkes jene bürgerliche Moral oder konfessionell gebundene Auffassung durchsetzen, die diese „Kinder der Sünde“ ohne Rücksicht auf ihren blutsmäßigen völkischen Wert mit dem unverschuldeten Makel ihrer Herkunft versah, sie damit der Mißachtung der sogenannten Gesellschaft preisgab und sie rangmäßig unter jeden noch minderwertigen Mischling degenerierte oder kranker Sippen stellte, nur weil sie nicht „legal“ erzeugt waren.“

Im Richterbrief Nr. 20¹⁷² gibt Thierack „Hinweise“, wie mit dem Problem der Strafanzeige des anderen Ehegatten in Ehescheidungsverfahren umzugehen ist. Darin schreibt Thierack, dass jeder Ehegatte nicht nur Treuepflichten gegenüber seinem Lebenskameraden, sondern auch gegenüber der Gemeinschaft habe.¹⁷³ Es wäre aber grundfalsch zu glauben, die Treuepflicht gegenüber der Gemeinschaft gehe der Treuepflicht gegenüber dem Ehegatten vor.¹⁷⁴ Dies wäre nur dann der Fall, wenn die Gemeinschaft selbst in jedem Falle eine Strafanzeige erwarten oder verlangen würde, was aber keineswegs der Fall sei.¹⁷⁵ Wenn also in Fällen, in denen die Gemeinschaft keine Anzeige erwarte, dennoch eine solche erstattet werde, handele der Ehegatte ehewidrig. Wenn aber die Straftat ein Verbrechen darstelle, das das Leben und den Bestand der Gemeinschaft unmittelbar berühre, handele der Ehegatte, der die Strafanzeige erstatte auch nicht ehewidrig.¹⁷⁶

Im letzten Richterbrief Nr. 21 vom 01.12.1944¹⁷⁷ setzt sich Thierack mit der Ehescheidung im totalen Krieg auseinander. Zunächst betont Thierack, dass die Zurückstellung die Regel und die Durchführung eines Scheidungsverfahrens die Ausnahme darstellen solle.¹⁷⁸ Die Entscheidung über die Zurückstellung solle anhand der jeweiligen Arbeitsbelastung des Richters erfolgen, es sei denn, die Erledigung wäre mit dem Ernst der Zeit

¹⁷⁰ Richterbrief Nr. 16, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 250.

¹⁷¹ Richterbrief Nr. 19, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 355.

¹⁷² Richterbrief Nr. 20, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 363 ff.

¹⁷³ Richterbrief Nr. 20, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 369.

¹⁷⁴ Richterbrief Nr. 20, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 370.

¹⁷⁵ Richterbrief Nr. 20, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 370.

¹⁷⁶ Richterbrief Nr. 20, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 371.

¹⁷⁷ Richterbrief Nr. 21, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 376 ff.

¹⁷⁸ Richterbrief Nr. 21, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 386.

nicht vereinbar.¹⁷⁹ Dann solle wiederum die Zurückstellung aus erzieherischen Gründen erfolgen.¹⁸⁰ Bei der Frage der Zurückstellung stehe das bevölkerungspolitische Interesse im Vordergrund.¹⁸¹ Dieses richte sich nach der Zahl, der Gesundheit und den rassisch erbmäßigen Eigenschaften der Kinder, die bisher aus der Ehe hervorgegangen oder zu erwarten waren.¹⁸² Daneben spiele aber auch das Alter, der Persönlichkeitswert der Ehegatten und der Wert einer etwaigen neuen Ehe eine entsprechende Rolle.¹⁸³ Als weiteres Kriterium sei die Frage zu beantworten, ob es sich um eine glatte Sache handle, die grundsätzlich durchzuführen seien.¹⁸⁴ Danach führte Thierack Einzelfallkriterien auf, die als Richtwert dienen sollen:¹⁸⁵

Bei glatten Scheidungssachen:

- ältere Eheleute ohne Kinder: Verfahren durchzuführen
- ältere Eheleute mit wertvollen Kindern: grds. zurückzustellen
- jüngere Eheleute ohne Kindern: Verfahren ausnahmslos durchzuführen
- jüngere Eheleute mit wertvollen Kindern: grds. zurückzustellen, es sei denn, die Ehe ist völlig unheilbar zerrüttet

Bei nicht glatten Scheidungssachen:

- ältere Eheleute ohne Kinder: fast ausnahmslos zurückzustellen
- ältere Eheleute mit Kinder: regelmäßig zurückzustellen
- jüngere wertvolle Eheleute ohne/mit wenigen Kindern: grds. durchzuführen
- jüngere Eheleute mit wertvollen Kindern: Durchführung verbietet sich regelmäßig

Jeweils Ausnahme: Fortsetzung der Ehegemeinschaft unzumutbar. Als letzter Ausrichtungspunkt sei jedoch heranzuziehen, ob die Gemeinschaft mehr den Bestand oder die Scheidung der Ehe verlange.¹⁸⁶

Inwieweit die Richter des Landgerichts Amberg diese Richterbriefe als „Auslegungshilfe“ herangezogen haben, wird im Folgenden zu untersuchen sein. Seit der Einführung der Richterbriefe ging die öffentliche Richterschelte in der Zeitung „Das Schwarze Korps“ zurück.¹⁸⁷ Ob dies der Grund für die breite Zustimmung der Justiz zu den Richterbriefen war, kann lediglich vermutet werden, da mit den Richterbriefen zumindest formal die Entscheidungskompetenz beim Richter lag und dieser bei Einhaltung der Richtlinien aus den Richterbriefen mit keinen weiteren Obstruktionen rechnen musste. Neben die-

¹⁷⁹ Richterbrief Nr. 21, BACh R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 386.

¹⁸⁰ Richterbrief Nr. 21, BACh R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 386.

¹⁸¹ Richterbrief Nr. 21, BACh R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 388.

¹⁸² Richterbrief Nr. 21, BACh R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 388.

¹⁸³ Richterbrief Nr. 21, BACh R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 388.

¹⁸⁴ Richterbrief Nr. 21, BACh R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 389.

¹⁸⁵ Richterbrief Nr. 21, BACh R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 390nf.

¹⁸⁶ Richterbrief Nr. 21, BACh R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 392.

¹⁸⁷ Hans Michelberger, Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches, 1989, S. 340nf.

sen Richterbriefen gab es für die Richter, wie auch für die übrigen Juristen Schulungen, die von der NSDAP ausgerichtet wurden.¹⁸⁸ An welchen Schulungen die Amberger Richter teilgenommen haben und wie häufig diese Schulungen erfolgt sind, lässt sich nicht mehr aufklären. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der OLG-Präsident des Oberlandesgerichts Nürnberg seine Erkenntnisse, die er in den oben erwähnten Arbeitstagungen im Reichsjustizministerium gewonnen hat, an die LG-Präsidenten und diese an die einzelnen Richter weitergegeben haben werden. Probleme mit der „Lenkung“ der Richter gab es offensichtlich mit älteren Richtern.¹⁸⁹ Diese Richter seien, der neuen Zeit gegenüber nicht in dem gewünschten Maße aufgeschlossen gewesen und deswegen auch der Lenkung nicht so zugänglich wie jüngere Richter.¹⁹⁰ Anders sieht dies der Präsident des OLG Nürnberg in seinem Lagebericht vom 01.08.1944.¹⁹¹ Er meint, dass die zunächst harten Strafen von den älteren Richterkollegen zwar als Angriffspunkt angesehen worden wären, dass aber die Richterbriefe „besonders aufklärend und überzeugend gewirkt“ hätten.¹⁹² Insgesamt war die Reaktion auf die Richterbriefe durchweg positiv.¹⁹³ Die Richterbriefe wurden von der Richterschaft offensichtlich als Lenkung ohne Gängelung empfunden und waren, wenn man den Lageberichten Glauben schenken kann, hierüber sehr dankbar.^{194, 195}

Aber nicht nur durch die Richterbriefe und Weisungen bzw. Strafanträgen an die Staatsanwaltschaft wurden Gerichtsverfahren beeinflusst, sondern auch dadurch, dass die Polizei die nach ihrer Einschätzung zu weich geratene Urteile nach eigenem Gutdünken änderte und an die gerichtlich festgesetzte Strafe noch eine eigene anhängen konnte.¹⁹⁶ Wieweit die Justiz in die verbrecherischen Machenschaften der Diktatur involviert war und Bescheid wusste, zeigt darüber hinaus der Lagebericht des Generalstaatsanwalts in Königsberg vom 31.05.1943.¹⁹⁷ In diesem Lagebericht kritisiert der Generalstaatsanwalt den Erlass vom 21.04.1943, wonach Polen, die zu mehr als 6 Monaten Straflager verurteilt waren, nach Verbüßung der Strafe an die Polizei zu überstellen waren.¹⁹⁸ Es bestehe die „Gefahr, daß sich manche Strafrichter bei der Festsetzung der Art und Höhe

¹⁸⁸ Schreiben von Rudolf Heß an den Reichsjustizminister Gürtner vom 26.02.1938, BAArch R 3001/22479.

¹⁸⁹ Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 284.

¹⁹⁰ Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 285.

¹⁹¹ Nürnberg LB (19) v. 1.8.44, Bl. 148/1, zitiert nach: Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 286.

¹⁹² Nürnberg LB (19) v. 1.8.44, Bl. 148/1, zitiert nach: Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 286.

¹⁹³ Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 323.

¹⁹⁴ Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 324fn.

¹⁹⁵ Angesichts der überaus positiven Reaktion in den jeweiligen Lageberichten verwundert der Vergleich dieser Richterbriefe mit den Hirtenbriefen für Einschwörung und Ausrichtung der Gläubigen. Soweit ersichtlich ist die Ansicht von Dieter Simon, Waren die NS-Richter „unabhängige Richter“ im Sinne des § 1 GVG, S. 18, in: Bernhard Diestelkamp, Michael Stolleis, *Justizalltag im Dritten Reich*, 1988, nur eine Einzelmeinung und spiegelt nicht die herrschende Ansicht wieder.

¹⁹⁶ Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 544.

¹⁹⁷ Zitiert nach: Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 332.

¹⁹⁸ Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 332.

der Strafe dazu verleiten lassen könnte, nicht die tatsächlich verwirkte Strafe auszusprechen, sondern entweder auf eine unterhalb der Überstellungsgrenze liegende Freiheitsstrafe (zu erkennen) oder aber anstelle einer hohen Freiheitsstrafe die Todesstrafe auszusprechen, um im ersten Fall die sichere Entlassung zu ermöglichen und im zweiten Fall einem Verbrecher die mit dem sofortigen Vollzug der Todesstrafe verbundenen Vorteile zu verschaffen.¹⁹⁹ Der Generalstaatsanwalt befürchtete daher, dass ein Richter sich dazu genötigt fühlen könnte, die Todesstrafe auszusprechen, um den Angeklagten Vorteile zu verschaffen.²⁰⁰ Dies zeigt, dass das vielfach gehörte Argument, man habe von nichts gewusst unzutreffend ist. Sonst hätte man mit dem sofortigen Tod keinen Vorteil gegenüber einem Einschreiten der Gestapo verbunden.²⁰¹

Eine weitere Art der Einflussnahme wurde auf die Richter durch die Personalpolitik des Reichsjustizministeriums ausgeübt. Dabei lässt sich feststellen, dass ältere Richter weniger beeinflussbar waren, als die jüngeren.²⁰² Während ältere, teilweise aus dem Ruhestand zurückgeholte, Richter aufgrund dieser Unbeeinflussbarkeit vielfach als untauglich für den Einsatz als Strafrichter angesehen wurden,²⁰³ waren insbesondere Assessorinnen den „Bitten“ der Kreisleiter ausgeliefert, weil sie später deren politische Beurteilung brauchten, um überhaupt in den Staatsdienst übernommen zu werden.²⁰⁴ Für eine Beförderung musste zunächst eine positive politische Beurteilung vorliegen.²⁰⁵ § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 07.04.1933 bot die Möglichkeit, einen Richter zu entlassen, „wenn er nicht Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für den nationalsozialistischen Staat eintreten“ werde.²⁰⁶ § 171 des Deutschen Beamtengesetzes vom 27.01.1937 bestimmte jedoch, dass ein Richter aufgrund einer in Ausübung seiner richterlichen Tätigkeit getroffenen Entscheidung nicht in den Ruhestand versetzt werden durfte.²⁰⁷ Dieser drohende Personalabbau war Gegenstand einiger Ängste der Rich-

¹⁹⁹ Lagebericht GStA Königsberg vom 31.05.1943, zitiert nach: Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 332.

²⁰⁰ Dieses Vorgehen, dass eine möglichst hohe Strafe ausgesprochen wurde, um den Angeklagten in der Justiz zu bestrafen und ihn damit der Gestapo zu entziehen, wurde auch von Fritz Ostler geschildert. Danach waren z.T. auch die Rechtsanwälte danach bestrebt, möglichst hohe Strafen zu erreichen, um den Mandanten der Gestapo zu entziehen, Fritz Ostler, *Rechtsanwälte in der NS-Zeit*, AnwBl. 1983, 50 (57).

²⁰¹ Dass dies auch der Anwaltschaft bekannt sein musste, zeigt der Aufsatz von Fritz Ostler, *Rechtsanwälte der NS-Zeit*, AnwBl. 1983, 50 (57). Dies steht im Widerspruch zu der Aussage in demselben Aufsatz auf Seite 59, wo Fritz Ostler schreibt, dass „das volle Ausmaß staatlicher Rechtsbrüche auch uns erst nach 1945 bekanntgeworden ist.“ Wer von den „Außenstehenden“, wenn nicht die Verteidiger hatten ein Bild davon, was in den Konzentrationslagern passierte? Wie kann man von staatlichen Rechtsbrüchen überrascht werden, wenn man als Vertreter eines „freien“ Berufes, um den kriminellen Verhaftungen durch die Gestapo zuvorzukommen, eine möglichst hohe Freiheitsstrafe für seinen Mandanten fordert?

²⁰² Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 314 und 316.

²⁰³ Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 314.

²⁰⁴ Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1989, S. 316.

²⁰⁵ Hubert Schorn, *Der Richter im Dritten Reich*, 1959, S. 19; Wobei allerdings anzumerken ist, dass diese Fundstelle den Eindruck erweckt, als ob eine Beförderung der Richter im Dritten Reich nicht möglich war, weil die NSDAP in der Richterschaft generell den Gegner erblickte.

²⁰⁶ § 4 zitiert nach: Jürgen Meinck, *Justiz und Justizfunktionen im Dritten Reich*, *Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte*, 3 (1981), 28 (29).

²⁰⁷ § 171 zitiert nach: Jürgen Meinck, *Justiz und Justizfunktionen im Dritten Reich*, *Zeitschrift für neuere*

ter, insbesondere nach der Reichstagsrede Adolf Hitlers vom 26.04.1942. Diesen Eindruck gewinnt man aus dem Schreiben des Landgerichtspräsidenten des LG Dortmund an den Staatssekretär des Reichsjustizministeriums vom 28.10.1942:²⁰⁸

„Während der Wechsel im Justizministerium von der Richterschaft zunächst als Befreiung von einem Alpdruck aufgefaßt wurde, habe ich Ende September eine Änderung beobachtet, die mir so bedeutend erscheint, daß ich unmittelbar an Sie schreibe.

Mehr und mehr ist von außerhalb in die Kreise der Richterschaft der Gedanke getragen, daß ein rigoroser Personalabbau als unvermeidlich angesehen werden müsse. Die Angriffe auf die Justiz seien gar nicht deshalb erfolgt, um einzelne Fehlentscheidungen (die immer mal vorkommen würden) zu unterbinden, sondern um die Richterschaft mehr oder minder in ihrer Gesamtheit zu treffen. Überall sei nämlich beobachtet, daß der Richter, in dem Augenblick, wo er sich auf seinen Stuhl setze, der Partei gegenüber eiskalt werde. Nur durch eine sehr weitgehende Personalumstellung könnten erträgliche Verhältnisse geschaffen werden.

Ich habe selbstverständlich das meinige getan, um Unruhe zu beseitigen. Nachdem ich aber ähnliche Nachrichten nicht nur von anderen Gerichten gehört, sondern vor allem von einer Persönlichkeit, der ich glaube Vertrauen schenken zu können, eine Bestätigung erhalten habe, habe ich mich für verpflichtet gehalten, Ihnen diese vertraulichen Zeilen unmittelbar zukommen lassen zu sollen.“

Dies veranlasste den Reichsjustizminister offensichtlich in einem Rundschreiben unter anderem an alle OLG-Präsidenten vom 25.11.1942:²⁰⁹

„!Vertraulich!

Mir ist mehrfach zu Ohren gekommen, daß in der Richterschaft und auch sonst Gedanken über einen rigorosen Personalabbau erörtert und Gerüchte darüber verbreitet werden. Im Zusammenhang damit werden auch Vermutungen über die Ziele der Neugestaltung der Rechtspflege verbreitet, deren Urheber entweder wenig verantwortlich oder nicht gutwillig handeln. Es scheint mir daher erforderlich, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß niemand an einen rigorosen Personalabbau innerhalb der Richterschaft denkt. Wenn als Fernziel die zahlenmäßige Verringerung des Richterkorps aufgestellt ist, so bedeutet das für jeden, der die Verhältnisse kennt und nachdenkt, daß dieses erst in vielen Jahren zu erreichende Ziel ohne weiteres auf organischem Wege ohne irgendwelchen ins Gewicht fallenden Personalabbau erfolgen kann. Die große Überalterung der Richterschaft, der an sich schon geringere und nach neuen Auslesegrundsätzen geleitet Zustrom

Rechtsgeschichte, 3 (1981), 28 (29).

²⁰⁸ BArch R 3001/24495.

²⁰⁹ BArch R 3001/24495.

an Nachwuchs und die Verluste des Krieges werden die notwendige zahlenmäßiger Verringerung zur Folge haben, ohne daß irgendwelche besonderen Eingriffe erforderlich werden.

Ich ersuche, die Richterschaft in geeignet erscheinender Weise bei sich bietenden Gelegenheiten zu unterrichten und dafür Sorge zu tragen, daß auch außerhalb der Richterschaft unbegründeten und nicht ungefährlichen Gerüchten mit Nachdruck entgegen getreten wird.“

Angesichts der Gräueltaten der Nationalsozialisten klingt ein Stellenabbau auf „organischem Wege“ zweideutig makaber. Er erweckt aber dennoch den Eindruck, dass es nicht im Interesse der NSDAP lag, auf die Zivilrechtsprechung direkten Einfluss auszuüben und gezielt mittels Abbaus missliebiger Richterstellen Einfluss zu nehmen. Ob diese Annahme, die auch von Schröder²¹⁰ geteilt wird, tatsächlich der Wirklichkeit entsprach, ist eher zweifelhaft. Auch wenn es keine direkten Einzelfallweisungen gegeben haben mag, wurden die Juristen, auch die Richter an den Zivilgerichten, in nationalsozialistischer Weltanschauung geschult. Diese Schulungen wurden nicht von den vorgeetzten Behörden durchgeführt, sondern allein durch die NSDAP. Dies geht aus einem Schreiben von Rudolf Heß an den Reichsjustizminister vom 26.02.1938 hervor:²¹¹

„Eine Anzahl staatlicher Dienststellen ist dazu übergegangen, ihre Beamten und Angestellten neben einer zusätzlichen beruflichen und fachlichen Schulung noch einer eingehenden politischen und weltanschaulichen Schulung zu unterziehen. Es ist verständlich, dass hierbei die Behördenchefs von der Absicht geleitet sind, die ihnen unterstellte Beamtenschaft in der nationalsozialistischen Weltanschauung zu festigen. Die Erreichung dieses Zieles ist nur zu begrüßen.

Der Führer hat aber das gesamte Hoheitsrecht der Menschenführung allein der Partei vorbehalten und ihr daher die Pflicht der weltanschaulichen Schulung und nationalsozialistischen Ausrichtung der deutschen Volksgenossen auferlegt. Als wirksamste Grundlage für eine erfolgreiche weltanschauliche Beeinflussung hat sich für die Partei diejenige weltanschauliche Schulung erwiesen, die die Volksgenossen aus allen Berufen und Schichten der Bevölkerung zusammenführt. In einer solchen Schulungsgemeinschaft sind die Teilnehmer einem nachhaltigen Gemeinschaftserlebnis besonders zugänglich und damit für die Festigung und Vertiefung der nationalsozialistischen Weltanschauung besonders aufgeschlossen. Eine von der größeren Gemeinschaft abgesonderte weltanschauliche Schulung eines Berufsstandes entbehrt der wichtigsten Grundlage und ist im übrigen sehr stark dazu angetan, überlebte Berufs- und Standesschränken in neuer Form aufleben zu lassen.

²¹⁰ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben.“ 1. Auflage 1988.

²¹¹ BArch R 3001/24479.

Es darf sich daher die Schulung eines Berufsstandes nur noch auf das Fachlich-Berufliche erstrecken. Die weltanschauliche Schulung ist Sache der Partei.

Ich bitte deshalb, von der Errichtung und Weiterführung weltanschaulicher Schulungsstätten abzusehen. Die Überleitung von vorhandenen Schulungsstätten bitte ich im Einvernehmen mit mir vorzunehmen.“

Zusammenfassend kann man feststellen, dass mit mehreren Mitteln versucht wurde, die Rechtsprechung zu lenken und zu vereinheitlichen. Lenkungsmaßnahmen waren die Absprachen zwischen Staatsanwaltschaft und Strafrichter über das Strafmaß, die Richterbriefe, die öffentliche Urteilkritik und die Urteilskorrektur durch die Polizei. Zwar wurden die Richter nicht direkt angewiesen, sondern nur „angeleitet“. Es drängt sich jedoch der Eindruck auf, dass die Richter aus Angst vor dem, was kommen könnte, dem Regime willig folgten. Zwar konnten nach dem Ende des Dritten Reichs die höheren Parteistellen für sich behaupten, dass sie die Bluthunde, die der Justiz gefolgt waren, nicht von der Leine gelassen hatten und deswegen eine direkte Einflussnahme nicht erfolgt sei. Dies ändert aber nichts daran, dass die Bluthunde kräftig gebellt haben, um in dem Bild zu bleiben. Die Juristen mussten fürchten, dass diese jederzeit losgelassen werden konnten. Man könnte daher zusammenfassend zu den Juristen und den Richtern im Speziellen zusammenfassend feststellen: „Halb zog es ihn, halb sank er hin.“

2. Einflussnahmeversuche auf Rechtsanwälte

Auch die Rechtsanwälte wurden von Einflussnahmeversuchen nicht verschont. Die Ausgangssituation der Rechtsanwälte war jedoch im Vergleich zu den Richtern und Staatsanwälten eine andere. Die freie Advokatur wurde durch die Reichsrechtsanwaltsordnung von 1878 begründet und bestand bis 1933.²¹² Waren 1880 noch 4.091 Rechtsanwälte zugelassen, waren 1913 bereits 12.297 zugelassen und 1933 waren bereits schon 19.208 zugelassen.²¹³ Von diesen 19.208 Rechtsanwälten waren rund 4.500 Rechtsanwälte jüdischer Abstammung.²¹⁴ Während die allgemeine Bevölkerung nur um 0,21% jährlich wuchs, wuchs die Rechtsanwaltschaft jährlich um 3%, 1929 sogar um 5%.²¹⁵ Mit der „Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanzen, der Wirtschaft und der Rechtspflege“ vom 18.03.1933 wurde die auf dem Führerprinzip aufbauende Reichsrechtsanwaltskammer gegründet.²¹⁶ Die Einführung einer reichsweiten Organisationsstruktur war eine langjährige Forderung der Anwaltschaft gewesen. Dementsprechend erfreut reagierten die Anwälte auf die Gründung der Reichsrechtsanwaltskammer, weil sie sich dadurch eine bessere Vertretung ihrer Interessen erhofften.²¹⁷ Mit der Ein-

²¹² Friedo Schröder, Die anwaltliche Tätigkeit während der nationalsozialistischen Herrschaft, 2001, S. 43.

²¹³ Ostler, Die deutschen Rechtsanwälte, zitiert nach: Angelika Königseder, Recht und nationalsozialistische Herrschaft, 2001, S. 14 nf.

²¹⁴ Fritz Ostler, Rechtsanwälte in der NS-Zeit, AnwBl 1983, 50 (52).

²¹⁵ Friedo Schröder, Die anwaltliche Tätigkeit während der nationalsozialistischen Herrschaft, 2001, S. 37.

²¹⁶ Angelika Königseder, Recht und nationalsozialistische Herrschaft, 2001, S. 61.

²¹⁷ Angelika Königseder, Recht und nationalsozialistische Herrschaft, 2001, S. 61.

führung der Reichsrechtsanwaltskammer wurden alle zugelassenen Rechtsanwälte zusammengeschlossen, die noch bestehenden Anwaltskammern verloren ihre Rechtsfähigkeit und wurden zu weisungsgebundenen Organen der Reichsrechtsanwaltskammer, die der Aufsicht des Reichsjustizministers unterlag.²¹⁸ Bereits am 02.07.1934 legte die Reichsrechtsanwaltskammer neue Richtlinien für die Ausübung des Anwaltsberufes vor.²¹⁹ Die damit verbundene Staatsnähe wurde in diesen Richtlinien auch niedergelegt:²²⁰

„Trägerin des deutschen Staats- und Rechtsgedankens ist die NSDAP. In ihrem Sinne soll der Anwalt deutschen Blutes an den großen Aufgaben des Volkes mitarbeiten und sich in der nationalsozialistischen Bewegung und ihren Organisationen nach Kräften beteiligen.“

In diesen Richtlinien wurde auch niedergelegt, dass bei der Vertretung eines Volksschädlings stets die Belange des deutschen Volkes zu beachten waren.²²¹ Bereits nach wenigen Monaten hatte sich die Reichsrechtsanwaltskammer ideologisch angepasst. Dies wird deutlich, in dem Versuch der Reichsrechtsanwaltskammer im April 1934 ohne ersichtliche Not die von den Ehrengerichten gegen Rechtsanwälte verhängten Vertretungsverbote in der „Deutschen Justiz“ zu veröffentlichen. Der Schutz des einzelnen Anwalts und die Unschuldsvermutung wurden für unbeachtlich gehalten. Die preußische Justizverwaltung hatte gegen diesen Vorschlag erhebliche Bedenken, so dass dieser letztlich nicht umgesetzt wurde.²²² Der 1871 gegründete und 15.000 Mitglieder umfassende Deutsche Anwaltverein beschloss am 26.03.1933, in seiner demokratisch gewählten Besetzung, den DAV nicht in den BNSDJ einzugliedern.²²³ Dieser Widerstand wurde vom Vorstand des DAV aufgegeben,²²⁴ als Roland Freisler im Mai 1933 ankündigte, dass der DAV ansonsten aufgelöst werde und dessen Vermögen dem BNSDJ übergeben werde.²²⁵ Bei einer Versammlung am 18. Mai 1933 sagte Reichjustizkommissar Frank zu den Mitgliedern:²²⁶

„Und glauben Sie mir: das Ziel der Einheit der deutschen Anwaltschaft unter Führung Adolf Hitlers wird erreicht werden... Die deutschen Anwälte haben es selbst in der Hand, ob sie Führer, Mitführer in diesem Ringen sein wollen oder ob Sie unter die Räder des revolutionären Geschehens kommen müssen.“

Nach dieser Rede beschlossen die Delegierten den Beitritt zum BNSDJ. Im neuen Vorstand waren lediglich drei alte Vorstandmitglieder vertreten, die Mehrheit lag in den

²¹⁸ Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 62.

²¹⁹ Zitiert nach: Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 63.

²²⁰ Zitiert nach: Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 63.

²²¹ Zitiert nach: Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 63.

²²² Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 63 nf.

²²³ Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 78 nf.

²²⁴ Albrecht Schaich, *Hundert Jahre Deutscher Anwaltverein*, AnwBl. 1971, 1 (3).

²²⁵ Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 79 nf.

²²⁶ Abgedruckt in: JW 1933, 154 ff.

Händen von NS-Anwälten.²²⁷ Den Höchststand an Mitgliedern verzeichnete der NSRB (Umbenennung BNSDJ in NSRB auf dem Leipziger Juristentag²²⁸ 1936²²⁹) im Jahre 1939 mit 104.171 Mitgliedern.²³⁰

Neben dieser Gleichschaltung wurde die Anwaltschaft dadurch verunsichert, dass unmittelbar nach Machtergreifung die Propaganda verbreitet wurde, dass dem Beruf des Rechtsanwaltes im nationalsozialistischen Staat eine völlig andere Bedeutung zukommen müsse, als in der überwundenen liberalistischen Epoche.²³¹ Mit dem zweiten Gesetz zur Änderung der Reichsrechtsanwaltsordnung vom 13.12.1935 wurde die freie Advokatur beendet, weil ab diesem Zeitpunkt nicht mehr Rechtsanwälte bei einem Gericht zugelassen waren, als es für eine geordnete Rechtspflege dienlich erschien.²³² Über Neuzulassungen entschied der Reichsjustizminister im Einvernehmen mit dem Reichsführer des BNSDJ.²³³ Die Gesetzesänderung betraf aber nur die Neuzulassungen. Altzulassungen blieben in der Zeit des Dritten Reiches, soweit nichtjüdische Anwälte betroffen waren, jedenfalls nach dem Wortlaut der erlassenen Gesetze weitgehend unangetastet.²³⁴ Dennoch wirkte sich die neue Reichsrechtsanwaltsordnung auch auf die Altzulassungen aus. Über die Ehrengerichtbarkeit konnte die politische Treue der einzelnen Anwälte kontrolliert werden. In einem Fall hatte ein Anwalt bei der Reichstagswahl 1936 die Stimmabgabe verweigert. Der 1. Senat des EGH verurteilte diesen Rechtsanwalt zur Ausschließung aus der Anwaltschaft. An sich hätte zwar formal bei dieser Reichstagswahl Wahlfreiheit bestanden. Die Wahl war jedoch aus Sicht der NSDAP nicht mit früheren Wahlen vergleichbar, weil diese Reichstagswahl dem Führer die Dankbarkeit des Volkes für die Wiedererlangung der Souveränität und Wehrhoheit ausdrücken sollte und gleichzeitig dem Ausland zeigen sollte, dass das Volk geschlossen hinter dem Führer stehe. Ein Anwalt habe sich nicht nur innerhalb seines Berufs, sondern auch außerhalb des Vertrauens und der Achtung würdig zu erweisen. Dafür sei der zu leistende Eid aus § 19 RRAO Vergleichsmaßstab. Dieser Eid verpflichte den Rechtsanwalt nicht nur zur Gewissenhaftigkeit, sondern auch zur Treue gegenüber Adolf Hitler.²³⁵ Weitere Unsicher-

²²⁷ Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 81.

²²⁸ Der Juristentag wurde vor dem Dritten Reich von dem Verein „Deutscher Juristentag“ regelmäßig alle 2 Jahre organisiert. Der für 1933 anstehende Deutsche Juristentag wurde von der den Verein repräsentierenden Ständigen Deputation mit Beschluss vom 29.04.1933 abgesagt. Man wollte in einer Zeit grundlegender Umgestaltung des deutschen Rechtes keinen rein rechtswissenschaftlichen Kongress abhalten. Graf zu Dohna – ein Mitglied der Deputation – äußerte anlässlich der Diskussion über das Stattfinden des Kongresses: „Lieber tot in Ehren, als in Schande weiterbestehen.“ H. Conrad, *Der Deutsche Juristentag 1860-1960*, 1960, S. 11, zitiert nach: Peter Landau, *Die deutschen Juristen und der nationalsozialistische Juristentag in Leipzig 1933*, *Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte*, Band 16 (1994), 373 (373).

²²⁹ Michael Sunnus, *Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945)*, 1990, S. 40.

²³⁰ Michael Sunnus, *Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945)*, 1990, S. 25.

²³¹ Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 97.

²³² Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 101.

²³³ Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 101.

²³⁴ Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 103.

²³⁵ Ilse Staff, *Justiz im Dritten Reich*, zitiert nach: Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 127.

heit herrschte, welche Mandanten überhaupt vertreten werden durften. Juden, Zigeuner und Polen durften ohnehin nur in Ausnahmefällen und mit ausdrücklicher Genehmigung vertreten werden.²³⁶ Bei Vertretung von Volksschädlingen und Staatsfeinden gab es keine grundsätzlichen Einschränkungen. Anwalt sollte aber in jedem Fall zumindest in Strafverfahren prüfen, ob sein Tätigwerden der Wahrheitsfindung diene oder ob das Mitwirken des Anwaltes lediglich zur Erreichung persönlicher Vorteile des Beschuldigten dienen sollte.²³⁷ Meist führte nicht die Übernahme des Mandates als solches zu Missmut, sondern die Art der Verteidigung. Die Anwälte mussten damit rechnen, vor den Parteigerichten oder den Ehrengerichten des NSRB zur Rechenschaft gezogen zu werden, wenn die Art und Weise der Vertretung eines „deutschen Rechtswahrers“ unwürdig erschien.²³⁸ Wann ein unwürdiges Verhalten vorlag, war jedoch schwer greifbar, weil dies oftmals vom Ausgang des Prozesses abhing. Strafverteidigern wurde z.B. geraten, die Verletzung materiellen Rechts nicht zu rügen, soweit die Revision offensichtlich aussichtslos wäre, weil dieses Verhalten ehrenwidrig und damit zu ahnden wäre.²³⁹ Inwieweit die Beeinflussung der Strafverteidiger auch auf Anwälte, die ausschließlich zivilrechtlich tätig waren, zu übertragen ist, lässt sich nicht mehr eindeutig feststellen. Es ist jedoch anzunehmen, dass die zivilrechtlich tätigen Anwälte von den Vorgehensweisen gegen die Strafverteidiger wussten und demnach annehmen mussten, dass diese Restriktionen auch auf die zivilrechtlich tätigen Anwälte übergreifen konnten.

Darüber hinaus dürfte die Zahl der rein zivilrechtlich tätigen Anwälte eher gering gewesen sein, weil die Spezialisierung der Anwaltschaft damals noch nicht so ausgeprägt war, wie heute. In der Verordnung zur weiteren Ergänzung der Reichs-Rechtsanwaltsordnung vom 24.Juni 1941 wurde schließlich dem Reichsjustizminister die Befugnis übertragen, einem Rechtsanwalt die Zulassung zu entziehen, wenn dieser durch Verletzung der ihm obliegenden Pflichten staatswichtige Belange gefährdete.²⁴⁰ Inwieweit jedoch von diesem Recht Gebrauch gemacht wurde, lässt sich nicht mehr feststellen. Eine Zwangsmitgliedschaft im NSRB bzw. BNSDJ gab es nicht, so dass ein hundertprozentiger Organisationsgrad auch gegen Ende des Dritten Reiches nicht erreicht wurde.²⁴¹

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges versuchte Reichsjustizminister Thierack die Rechtsanwaltschaft durch die Verteilung von Rechtsanwaltsbriefen zu beeinflussen. Der erste und einzige Rechtsanwaltsbrief erschien im Oktober 1944.²⁴² Dieser Rechtsanwalts-

²³⁶ Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 151.

²³⁷ Angelika Königseder, *Recht und nationalsozialistische Herrschaft*, 2001, S. 151.

²³⁸ Michael Sunnus, *Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945)*, 1989, S. 161.

²³⁹ Hillrichs, *Zur Frage der standesrechtlichen Zulässigkeit offenkundig aussichtsloser Revisionsbegründungen*, DR 1939, 753 ff, zitiert nach: Friedo Schröder, *Die anwaltliche Tätigkeit während der nationalsozialistischen Herrschaft*, 2001, S. 69.

²⁴⁰ § 4 der VO zur Veränderung der VereinfachungsVO v. 18.09.1940, RGBl. I, S. 1253.

²⁴¹ Michael Sunnus, *Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945)*, 1990, S. 25.

²⁴² Rechtsanwaltsbrief Nr. 1, zitiert nach Heinz Boberach, *Richterbriefe*, 1975, S. 400 ff.

brief richtete sich aber explizit nur an die Strafverteidiger.²⁴³ Rechtsanwälte, die überwiegend zivilrechtliche Mandate betreuten waren hiervon ausdrücklich ausgenommen.²⁴⁴

In den Kriegsjahren wurde die Anwaltstätigkeit durch die zahlreichen Einberufungen zur Wehrmacht weiter eingeschränkt. 1940 waren 8.000 Anwälte, also rund die Hälfte aller zugelassenen Anwälte, zum Kriegsdienst einberufen worden.²⁴⁵ Zwar erhielten die einberufenen Anwälte hierfür eine Entschädigung, diese war jedoch gemessen an der Weiterzahlung der Beamtenversorgung, weit geringer, was wiederum zu Unmut unter der Anwaltschaft führte.²⁴⁶ Im Sommer 1940 zeichnet ein SD-Bericht ein dramatisches Bild der Anwaltschaft:²⁴⁷

„Die Lage der Anwaltschaft war schon vor dem Kriege ungünstig... Dieser Zustand hat sich durch den Krieg sehr verschärft. Der Krieg verursachte ein weiteres ruckartiges Zurückgehen der anwaltlichen Tätigkeit: auf dem Gebiet des Zivilrechts hat die Rationierung, die allgemeine Warenknappheit, die Einziehung vieler Geschäftsleute, die Schließung und Umstellung von Betrieben und das allgemeine Bestreben, Streitigkeiten gütlich zu regeln, den Arbeitsbereich des Anwalts auf ein Mindestmaß beschränkt. (...) Hierzu treten die kriegsbedingten gesetzlichen Maßnahmen: die Aussetzung der Prozesse, wenn eine Partei durch die Kriegsverhältnisse betroffen ist; die Heraussetzung der Amtsgerichtsgrenze auf 1.500 RM; die Übertragung der Berufungen gegen amtsgerichtliche Urteile an das Oberlandesgericht, die Heraussetzung der Berufungsgrenze auf 500 RM; die Einschränkung der Pflichtverteidigungen. Vor allem beseitigt die Abänderung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit den Anwaltszwang für die häufigsten Streitobjekte zwischen 500 und 1500 RM und gibt den Parteien die Möglichkeit, sich selbst zu vertreten; die Einschränkung der Berufungen läßt eine Fülle von Rechtsstreiten überhaupt wegfallen.“

Wenn auch insoweit Einigkeit besteht, dass die Tätigkeit des Strafverteidigers weitgehenden Obstruktionen unterlag, ist dies für die Tätigkeit im Zivilrecht fraglich. Fritz Ostler behauptet, dass sich der berufliche Alltag des zivilrechtlich tätigen Rechtsanwaltes kaum änderte.²⁴⁸ Angesichts dessen, dass die Schulungen des NSRB bzw. BNSDJ unterschiedslos für alle Mitglieder durchgeführt wurden, ist es eher zweifelhaft, dass die daran teilnehmenden Rechtsanwälte nicht beeinflusst wurden. Dass sich die Rechtsanwälte dem Regime insoweit angepasst hatten, als sie jüdische Mandanten ablehnten, machte sie zwar nicht zu Regimebefürwortern, aber eben auch nicht zu Regimegegnern. Familienrechtlich tätige Rechtsanwälte waren gerade im Ehescheidungsrecht, einem Kernbe-

²⁴³ Rechtsanwaltsbrief Nr. 1, zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 409.

²⁴⁴ Rechtsanwaltsbrief Nr. 1, zitiert nach Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 409.

²⁴⁵ Angelika Königseder, Recht und nationalsozialistische Herrschaft, 2001, S. 186.

²⁴⁶ Angelika Königseder, Recht und nationalsozialistische Herrschaft, 2001, S. 186.

²⁴⁷ Boberach, Meldungen aus dem Reich, Bd. 4, 10. April 1940, zitiert nach: Angelika Königseder, Recht und nationalsozialistische Herrschaft, 2001, S. 187.

²⁴⁸ Fritz Ostler, Rechtsanwälte in der NS-Zeit, AnwBl. 1983, 50 (58).

reich des Zivilrechtes, gezwungen, sich mit der neuen Ideologie auseinanderzusetzen. Insoweit ist die Behauptung, zivilrechtlich tätige Rechtsanwälte konnten von der Ideologie unbeeinflusst weiter arbeiten, kritisch zu hinterfragen.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Indoktrination und Gleichschaltung der Rechtsanwälte nicht in dem Maße gelang, wie bei den anderen Juristen. Dies lag aber nicht daran, dass die Rechtsanwälte und allen voran aus dieser Gruppe die Strafverteidiger, besonderen Widerstand gegen das Regime geleistet hätten,²⁴⁹ sondern an der besonderen Stellung des Rechtsanwaltes, insbesondere in einem Strafprozess. Wenn man für seinen Mandanten eine möglichst hohe Strafe fordert, um ihm die Verhaftung durch die Gestapo zu ersparen,²⁵⁰ auch wenn man weiß, dass der Mandant vielleicht unschuldig ist, ist man nicht Gegner des Regimes, sondern steht diesem bestenfalls neutral gegenüber. Man passt sich in jedem Fall der gelenkten obergerichtlichen Rechtsprechung an, weil Forderungen, die an der herrschenden Rechtsprechung vorbei gegangen wären, unrealistisch gewesen wären. Gerade weil man als Rechtsanwalt seinem Mandanten verpflichtet war, hatte man sich der Rechtsprechung zu bedienen, um die Risiken für den Mandanten abschätzen zu können. Dass der Rechtsanwalt als solcher bei den Nationalsozialisten so unbeliebt war, lag weniger an der Verhaftung der Rechtsanwälte an rechtsstaatlichen Grundsätzen, sondern schlicht daran, dass die Rechtsanwälte gerade in Strafverfahren an der Seite derjenigen saßen, die aus Sicht der Nationalsozialisten Gegner des Regimes waren.

3. Tätigkeit des BNSDJ bzw. NSRB

Im August 1933 wurde in der Zeitschrift „Deutsches Recht“ ein Aufruf von Adolf Hitler an alle deutschen Juristen abgedruckt. Darin teilte Hitler mit, dass sich zur Förderung der allgemeinen Ziele der NSDAP ein Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen gebildet habe. Dieser Bund solle die Entwicklung des deutschen Rechtslebens vom nationalsozialistischen Standpunkt aus ideell und praktisch beeinflussen. Der Bund gelte als freie Vereinigung der Nationalsozialistischen Juristen und bestimme seine Satzung selbst.²⁵¹ Dadurch wurde ganz geschickt der Eindruck erweckt, als wäre der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen unabhängig von der Partei entstanden.

Der NSRB bzw. zuvor der BNSDJ übte seinerseits wiederum Einfluss auf seine Mitglieder aus, die aus Juristen bestanden. Interessant ist jedoch, dass dem NSRB lediglich die Schulung der eigenen Mitglieder zugestanden wurde.²⁵² Der Versuch auch die Nichtmitglieder durch Schulungen zu erreichen wurde zwar nicht verboten, traf aber bei der NSDAP auf Misstrauen.²⁵³ Dieses Misstrauen der NSDAP gegen Schulungen außerhalb der Partei, von anderen staatlichen Stellen wird auch an dem Brief von Rudolf Heß an

²⁴⁹ In diese Richtung aber: Fritz Ostler, Rechtsanwälte in der NS-Zeit, AnwBl. 1983, 50 (59).

²⁵⁰ Fritz Ostler, Rechtsanwälte in der NS-Zeit, AnwBl. 1983, 50 (57).

²⁵¹ Adolf Hitler, DR 1933, 65.

²⁵² Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 75.

²⁵³ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 75.

den Reichsjustizminister vom 26.02.1938 deutlich.²⁵⁴ Anlass für den Brief war, dass offensichtlich eine Anzahl nicht näher bestimmter staatlicher Stellen dazu übergegangen war, weltanschauliche Schulungen zusätzlich zu den beruflichen und fachlichen Schulungen einzuführen. Heß wies in dem Brief darauf hin, dass das „Hoheitsrecht der Menschenführung“ allein der Partei zustehe und bei internen Schulungen die Gefahr bestünde, dass altes Standesdenken weiter bestehe und verfestigt werde, während die NSDAP diese Schulungen allen Volksgenossen ohne Unterscheidung der beruflichen Herkunft zukommen lasse und deswegen in diesen Veranstaltungen das Gemeinschaftsgefühl mehr gestärkt werden könne. Heß formuliert in diesem Brief sehr eindeutig, dass die weltanschaulichen Schulungen Sache der Partei sei und dass sich staatliche Stellen aus diesem Bereich herauszuhalten hätten.²⁵⁵ Am Inhalt der Schulungen änderte dieser Definitionsstreit dennoch nichts.²⁵⁶

Der Einfluss des BNSDJ bzw. NSRB war jedoch insgesamt gesehen gering. An den Schulungen nahm z.B. im Jahre 1936/37 im Bereich Altona lediglich ein Viertel der Mitglieder teil.²⁵⁷ Anlässlich einer Werbewoche für NS-Zeitungen in Hamburg wurde versucht zu überprüfen, welche dieser Zeitungen in Anwaltskanzleien auslagen.²⁵⁸ Viele Rechtsanwälte bestellten zwar anlässlich dieser Überprüfung die entsprechenden Zeitungen, eine Kanzlei teilte jedoch kurzerhand mit, dass aufgrund der Lichtverhältnisse in der Kanzlei auch künftig keine Zeitschriften ausgelegt würden.²⁵⁹ Das zentrale Ziel des BNSDJ bzw. NSRB an einer umfassenden nationalsozialistischen Rechtsreform teilzuhaben, wurde in der rechtspolitischen Auseinandersetzung kaum beachtet.²⁶⁰ Die hierfür eigens gebildeten Ausschüsse und Arbeitsgruppen bestanden überwiegend nur auf dem Papier und wenn sie tatsächlich tagten, wurde keine kontinuierliche Arbeit geleistet.²⁶¹ Als dann schließlich das Reichsjustizministerium durch Erlass vom 14.06.1935 die Einrichtung von Arbeitsausschüssen außerhalb des BNSDJ anordnete, legte die Reichsgeschäftsführung den Bundesmitgliedern nahe, sich an diesen Ausschüssen in führender Position zu beteiligen.²⁶² Der Versuch, sich an dem neuen Ehescheidungsrecht mit einem eigenen Entwurf zu beteiligen, verhalf dem NSRB ebenfalls nicht zu einer herausragenden Geltung, wurde doch der Vorschlag des NSRB zu einer einverständlichen Scheidung als ein Rückfall zu der individualistischen Auffassung der Ehe als Vertrag gesehen.²⁶³ Auch der Versuch der Fachgruppen über die Herausgabe von Gesetzeskommentaren zu einer gewissen Geltung zu gelangen, war nicht sonderlich erfolgreich. Hierzu schrieb

²⁵⁴ BAarch R 3001 / 24479.

²⁵⁵ BAarch R 3001 / 24479.

²⁵⁶ Michael Sunnus, *Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945)*, 1989, S. 78.

²⁵⁷ Michael Sunnus, *Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945)*, 1989, S. 78.

²⁵⁸ Michael Sunnus, *Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945)*, 1989, S. 88.

²⁵⁹ Michael Sunnus, *Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945)*, 1989, S. 88.

²⁶⁰ Michael Sunnus, *Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945)*, 1989, S. 89.

²⁶¹ Michael Sunnus, *Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945)*, 1989, S. 89.

²⁶² Michael Sunnus, *Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945)*, 1989, S. 92.

²⁶³ Michael Sunnus, *Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945)*, 1989, S. 92 nf.

z.B. der Gaugruppenwalter Rechtsanwälte München-Oberbayern an den Gauführer, dass sich die Erläuterungswerke zu sehr im Vortrag der nationalsozialistischen Weltanschauung ergehen, worunter die eigentliche Erläuterung des Gesetzeswerkes leide.²⁶⁴

Im August 1942 wurde Hans Frank von Reichsjustizminister Thierak als Leiter des NSRB abgelöst.²⁶⁵ Frank wurde bis auf den Posten des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete seiner Ämter enthoben. Dieser Rückstufung lagen Streitereien mit anderen Parteigrößen, vor allem mit Heinrich Himmler zu Grunde.²⁶⁶ Die Finanzhohheit des NSRB ging auf den Reichsschatzmeister der NSDAP über. dem 1.4.1943 wurde von der Erhebung von Mitgliedsbeiträgen zum NSRB abgesehen. Thierak war nicht nur Leiter des NSRB und Reichsjustizminister, sondern auch Leiter der Akademie für Deutsches Recht.²⁶⁷ Die Aufgaben des NSRB wurden bis auf den Auftrag der Menschenführung durch Schulung gestrichen.²⁶⁸ Die erste Aufgabe²⁶⁹ der Schulung war die Heranführung der NSRB-Mitglieder an die „Bewegung“, zweite Aufgabe²⁷⁰ war die Heranführung des Rechtswahrers an das Leben und dritte Aufgabe²⁷¹ war die Zusammenführung der Rechtswahrer aus den verschiedenen Berufszweigen auf der einheitlichen Grundlage nationalsozialistischer Rechtsausübung. Von Januar 1943 bis März 1944 fanden 142 Wochenendgemeinschaften²⁷², 28 Tagesgemeinschaften²⁷³, von April bis September 1944 fanden weitere 53 Wochenendgemeinschaften²⁷⁴ und 69 Tagesgemeinschaften statt²⁷⁵ und im Oktober und November 1944 wurden noch weitere 35 Veranstaltungen abgehalten.²⁷⁶

Insgesamt gesehen waren die Einflussnahmemöglichkeiten der einzigen Juristenvereinigung recht gering.²⁷⁷ Dies mag wohl auch daran liegen, dass lediglich knapp die Hälfte der NSRB-Mitglieder auch Mitglied der NSDAP waren.²⁷⁸ Dennoch leistete der NSRB nicht zu vernachlässigende Handlangerdienste²⁷⁹, die eben auch Teil des Regimes waren.

²⁶⁴ Gaugruppenwalter Rechtsanwälte an den Gauführer, RS 28/37, 7.1.38 (BANS16/136), zitiert nach: Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 90.

²⁶⁵ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 132.

²⁶⁶ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 132.

²⁶⁷ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 135.

²⁶⁸ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 135.

²⁶⁹ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 141.

²⁷⁰ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 141.

²⁷¹ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 142.

²⁷² Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 147: 4.197 Teilnehmer, davon 1.541 Richter, 321 Staatsanwälte, 766 Rechtspfleger und Amtsanwälte, 570 Rechtsanwälte, 345 Verwaltungsjuristen, 180 Notare, 356 Wirtschaftsjuristen, 100 Junge Rechtswahrer, 18 sonstige.

²⁷³ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 147: 1.898 Mitglieder, davon 511 Richter, 151 Staatsanwälte, 398 Rechtspfleger und Amtsanwälte, 210 Rechtsanwälte, 347 Verwaltungsjuristen, 58 Notare, 143 Wirtschaftsjuristen, 32 Junge Rechtswahrer, 12 sonstige.

²⁷⁴ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 147; mit ca. 6.000 Teilnehmern.

²⁷⁵ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 148: mit über 5.000 Teilnehmern.

²⁷⁶ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 148.

²⁷⁷ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 178.

²⁷⁸ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 176.

²⁷⁹ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 178.

4. Gleichschaltung der Presse

Die juristischen Zeitschriften wurden nach Machtergreifung ebenfalls gleichgeschaltet und kontrolliert oder, wenn sie dazu nicht bereit waren, eingestellt. Anlässlich des Deutschen Juristentages 1933 wurden interne Vereinbarungen zur „Reinerhaltung des deutschen Rechtsschrifttums“ getroffen.²⁸⁰ Um juristische Texte publizieren zu können, musste der Verleger einer Zeitschrift Mitglied der Reichspressekammer sein.²⁸¹ Für die Aufnahme in die Reichspressekammer musste der Verleger einen Ariernachweis bis zum Jahre 1800 erbringen und zugleich musste die Zuverlässigkeit und Eignung im nationalsozialistischen Sinne jederzeit nachzuweisen sein.²⁸² Ein weiteres Kontrollinstrument war das Schriftleitergesetz vom 01.01.1934.²⁸³ Nach diesem Gesetz wurde der Beruf des Schriftleiters zur öffentlichen Aufgabe erklärt, die Mitgliedschaft im Reichsverband der deutschen Presse war zwingend.²⁸⁴ Obwohl das Schriftleitergesetz nicht für wissenschaftliche Zeitungen, sondern für politische Veröffentlichungen galt, oblag es dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda einzuschätzen, was als politisch einzustufen war.²⁸⁵ Da juristische Veröffentlichungen nicht nur rein rechtstechnischer Natur waren, wurden diese fast ausnahmslos als politisch eingestuft und unterlagen damit dem Schriftleitergesetz.²⁸⁶ Am 11.11.1933 wurde das Zeitschriftenrechtsamt innerhalb des BNSDJ gebildet, dem die Kontrolle über die publizierenden Verbänden oder Fachgruppen unterlag.²⁸⁷ Das Zeitschriftenrechtsamt hatte die Befugnis, über personelle und inhaltliche Eingriffe zu verhandeln und ihm waren alle periodisch erscheinenden Veröffentlichungen regelmäßig zur Prüfung vorzulegen.²⁸⁸ Am 01.02.1935 wurde schließlich das Amt für Rechtsschriften im Reichsrechtsamt der NSDAP gegründet, das für die zentrale wissenschaftliche Bearbeitung des deutschen Rechtsschrifttums vom nationalsozialistischen Standpunkt sorgte und für die Überwachung und Ausrichtung des Rechtsschrifttums verantwortlich war.²⁸⁹ Die Deutsche Richterzeitung wurde ab dem 01.01.1934 vom BNSDJ übernommen, die Deutsche Juristenzeitung wurde ab dem 01.06.1934 von der Reichsfachgruppe Hochschullehrer übernommen und die Juristische Wochenschrift wurde ab Mai 1933 als Zeitschrift des Deutschen Anwaltvereins im BNSDJ herausgegeben.²⁹⁰ Die originäre Zeitschrift des BNSDJ war die Zeitschrift Deutsches Recht, die bereits seit 1931 veröffentlicht wurde.²⁹¹ Die Zeitschrift Deutsches Recht hatte die Aufgabe, Reformvorschläge darzustellen und zu erläutern, die das geltende Recht erneuern soll-

²⁸⁰ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 70.

²⁸¹ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 70.

²⁸² Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 70.

²⁸³ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 71.

²⁸⁴ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 71.

²⁸⁵ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 71.

²⁸⁶ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 71.

²⁸⁷ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 71.

²⁸⁸ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 71.

²⁸⁹ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 71.

²⁹⁰ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 72.

²⁹¹ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 73.

ten. Aufsätze, die sich nur mit dem geltenden Recht befassten, sollten der JW angeboten werden.²⁹² 1939 wurde die JW mit der DR zusammengelegt.²⁹³ Auch die publizistischen Organe des DAV – das Anwaltsblatt und die Juristische Wochenschrift – wurden gleichgeschaltet. Das Anwaltsblatt wurde kurzerhand in „Mitteilungsblatt der Reichsfachgruppe Rechtsanwälte des BNSDJ“ umbenannt und die Juristische Wochenschrift wurde ab Mai 1933 von Reichsjustizkommissar Staatsminister Hans Frank herausgegeben.²⁹⁴

5. Staatsverständnis im Dritten Reich

Das Dritte Reich war geprägt von dem Nebeneinander zwischen der politischen Macht als vierter Macht neben den drei Gewalten, die formal weiter bestanden, aber in einer Hand lagen. Dies wurde sehr treffend von Ernst Fraenkel in dem Buch „Der Doppelstaat“ beschrieben. Darin beschreibt Fraenkel die (Wieder-) Entstehung dieses Nebeneinanders von dem, was Fraenkel mit Maßnahmenstaat und Normenstaat beschreibt.²⁹⁵ Der Maßnahmenstaat spiegelt die Willkür der nationalsozialistischen Machthaber wieder, der neben dem Normenstaat, als Perpetuierung des Gedankens von „Recht und Ordnung“, bestand. Dieser Dualismus bestand in einer weniger stark ausgeprägten Form, bereits vor der Weimarer Republik. Diese strebte danach, den Maßnahmenstaat zu Gunsten des Normenstaates zurückzudrängen.²⁹⁶ Zwar hatte die Revolution 1918 den formellen Dualismus beseitigt, aber nicht den politischen Einfluss, der Vertreter des Maßnahmenstaates. Auch ging die Weimarer Reichsverfassung nicht so weit, ein Verfassungsgericht zu installieren, das die Entscheidungen der Legislative überprüfen konnte. Der Nationalsozialismus wollte, so Fraenkel, die Veränderungen durch die Weimarer Republik beseitigen²⁹⁷ und zu der ursprünglichen Aufteilung der Staatsgewalten zurückkehren. Unter dem Eindruck einer jahrhundertlangen Anerkennung einer Gewalt neben der Legitimation durch das Gesetz waren die Juristen des Dritten Reiches nicht daran gewöhnt, Entscheidungen der Machthaber zu hinterfragen. Das Reichsgericht ging sogar so weit, politische Entscheidungen von der Nachprüfung im ordentlichen Rechtsweg auszunehmen.²⁹⁸ Dadurch dass es kein Verfassungsgericht gab, das für die Überprüfung dieser Fragen zuständig war, erklärte das Reichsgericht politische Entscheidungen als dem rechtsfreien Raum zugehörig. Für die zivilrechtliche Rechtsprechung behauptet Fraenkel, dass sich der Normenstaat im Dritten Reich konserviert habe.²⁹⁹ Die Prinzipien der Gewerbefreiheit, der Vertragstreue, des Privateigentums, der Herrschaft des Unternehmers im Betrieb, die Regelungen des Wettbewerbs, das Immaterialgüterrecht, der Rechtsschutz für Zinsvereinbarungen und die Sicherungsübereignung blieben weit-

²⁹² Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 73.

²⁹³ Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 – 1945), 1989, S. 73.

²⁹⁴ Angelika Königseder, Recht und nationalsozialistische Herrschaft, 2001, S. 84.

²⁹⁵ Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat, 1974, S. 21.

²⁹⁶ Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat, 1974, S. 201.

²⁹⁷ Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat, 1974, S. 202.

²⁹⁸ RG JW 1936, 2982.

²⁹⁹ Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat, 1974, S. 102nf.

gehend unangetastet.³⁰⁰ Das bedeutet, dass offensichtlich dort, wo es sich um unpolitische Fälle handelte die Rechtsprechung noch funktionierte. Aus verschiedenen Schreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten des OLG Nürnberg an den Reichsjustizminister wird dieser Dualismus deutlich. In einem Schreiben vom 13.12.1943 moniert z.B. der OLG-Präsident, dass weltanschauliche Themen für juristische Prüfungsaufgaben ungeeignet wären.³⁰¹ Grund für die Beschwerde war, dass in einem Referendarexamen „Die Militärische und wirtschaftliche Lage Deutschlands im Herbst 1943“ Prüfungsthema war. Der OLG-Präsident schreibt an den Reichsjustizminister:

*„In einem wissenschaftlichen Examen darf man m.E. keine Arbeit geben, die aktuelle Probleme eines noch schwebenden Krieges behandelt, zu denen kritisch nur die Führung Stellung nehmen kann und darf. Wozu es führt, wenn sie trotzdem verlangt wird, zeigen Ihnen am besten die anliegenden Bearbeitungen und die Bemerkungen der Zensoren. Wollen wir uns doch hüten, unseren Nachwuchs und unsere prüfenden Herren in nicht notwendige Gewissenskonflikte zu bringen, weil wir sonst beide verprellen. Daß jeder junge Rechtswahrer trotz aller bestehenden Schwierigkeiten an den Endsieg glaubt, ist für mich eine Selbstverständlichkeit; zur Bekundung dieses Glaubens aber ist m.E. eine wissenschaftliche Prüfung nicht der geeignete Rahmen.“*³⁰²

Das Reichsjustizministerium antwortete mit Schreiben vom 20.01.1944 an den OLG-Präsidenten Nürnberg, dass dafür Sorgen getragen werde, dass derartige Themen nicht mehr gestellt würden.³⁰³ Im Kreis des weiter bestehenden Normenstaates pochten die darin agierenden „Machthaber“ auf ihren Befugnissen, im Kreis des Maßnahmestaates waren sie gefügig. In einem Lagebericht vom 30.07.1943 schreibt der OLG-Präsident Nürnberg an den Reichsjustizminister:³⁰⁴

„Gelegentlich eines Einzelfalles hat mir der Gaustabsamtsleiter auf meine Vorsprache hin erklärt, daß der Gauleiterstellvertreter an seine nachgeordneten Dienststellen strengste Anordnung gegeben habe, daß sie sich jeder Einmischung in einen schwebenden Prozess zu enthalten hätten. Anlässlich einer Besprechung mit den Landgerichtspräsidenten habe ich diesen Standpunkt des Gauleiterstellvertreters bekanntgegeben. Es ist mir bisher noch kein Fall eines Einmischversuchs gemeldet worden.“

Es hat danach offensichtlich keine direkten Einflußnahmeversuche in schwebende Verfahren im OLG-Bezirk Nürnberg gegeben. Die Partei hat jedoch äußerst wirkungsvoll auf subtile Weise die Bevölkerung zur Gefolgschaft gebracht.

³⁰⁰ Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat, 1974, S. 103.

³⁰¹ BArch R 3001/21736.

³⁰² BArch R 3001/21736.

³⁰³ BArch R 3001/21736.

³⁰⁴ Bayerisches Staatsarchiv Nürnberg, Bestand Oberlandesgericht Nürnberg, Nr. 760, Rep.-Nr. 280/2.

6. Zusammenfassung

Die Möglichkeiten der Einflussnahme im Dritten Reich waren sehr breit gestreut. Insbesondere die ständige Angst der Richter, mit einer der Partei missliebigen Entscheidung in der nächsten Ausgabe des Schwarzen Korps zu erscheinen, beeinflusste diese mehr, als die gezielte Weisung oder ein Eingriff in einen laufenden Prozess, den es in dieser Klarheit ohnehin nicht gegeben hat. Die subtile Art und Weise der Beeinflussung war es, die die Richter auch zu Akteuren der dynamischen Bewegung machte. Gerade die permanent latente Gefahr der eigenen Verfolgung führte dazu, dass die Juristen sich bereitwillig gleichschalten ließen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Juristen, allen voran die Richter, dadurch, dass die Partei der Richterschaft sehr ablehnend gegenüberstand, versuchte, dieses negative Image durch ein Vorpreschen bei der nationalsozialistischen Bewegung zu beseitigen. Der Druck auf den Einzelnen und die Beeinflussung war sehr groß. erklärt aber nicht die Schnelligkeit der Gleichschaltung der Juristen und die Vehemenz, mit der diese von Seiten der Juristen selbst betrieben wurden. Gerade das Beispiel der Gleichschaltung der Richter zeigt, dass diese nicht nur eine von außen betriebene Beeinflussung der Haltung der Betroffenen war. Die Gleichschaltung der Justiz wurde von dieser selbst gefördert und dynamisiert. Das führte so weit, dass die NSDAP-Führung wiederum in diesen Prozess eingreifen musste, weil sie befürchtete, dass durch diese Eigendynamik die nationalsozialistische Bewegung außer Kontrolle geraten könnte.

Etwas anders lief die Gleichschaltung der Anwaltschaft ab. Zwar wurden die Standesorganisationen formal in die Parteihierarchie eingegliedert. Sie spielten jedoch in der politischen Ebene keine Rolle. Die Anwaltschaft war für die Partei schwerer greifbar, als die Richter und Staatsanwälte. Es gab bei der Anwaltschaft keine Beförderungen und auch keine Zurückstufungen dienstrechtlicher Art. Dadurch, dass die Zahl der Anwälte stetig zunahm und die Anwälte meist kleine Einzelkanzleien betrieben, die jedes Mandat annehmen mussten, wurden auch sehr viele Unternehmen, die von einem Juden geführt wurden oder überhaupt jüdische Mandanten anwaltlich beraten. Die meisten Anwälte konnten es sich nicht aussuchen, wen sie vertreten wollten. Gerade weil die Anwälte in den politisch eher interessanten Strafverfahren Verteidiger des jeweiligen Angeklagten waren, also auf dessen Seite stehen mussten, führte dazu, dass von Seiten der Partei offensichtlich gegenüber der Anwaltschaft insgesamt eher Vorbehalte bestanden. Dies führte dazu, dass vielfach die Partei gegen einzelne Anwälte vorging, wenn diese in einem Mandat, die Interessen des Mandanten vertraten. Dadurch dass die Anwälte auf der Seite der „Verbrecher“ standen, wurden diese aus Sicht vieler Parteimitglieder selbst zu solchen, weil eine Neigung zu differenzierten Betrachtungsweisen von polemischem Parolendenken überlagert wurde. Dies machte die Anwälte selbst eher zu Gegnern des Regimes, als zu Anhängern. Freilich gab es von diesem Grundsatz breite Ausnahmen. Dass die Anwälte in diese Lage gedrängt wurden, macht sie nicht generell zu Regimegegnern und Widerständlern. Vielfach haben die Anwälte, gerade weil das Regime ihnen ablehnend gegenüberstand mit noch größerem Eifer versucht, dieses Image zu beseitigen.

Dass es so wenig Widerstand gegeben hat, dürfte zum Teil auch an dem herrschenden Staatsverständnis gelegen haben. Gerade auch in der Kaiserzeit gab es die politischen Entscheidungen, die nicht justiziabel waren und die rechtlichen Entscheidungen und Fragestellungen. Dass viele Bereiche der politischen Entscheidungen nicht der Kontrolle der Justiz unterlagen, mögen viele oder sogar die meisten Juristen bedauerlich gefunden haben. Dies ändert aber nichts daran, dass es sich um ein tradiertes Weltbild handelte, gegen das aufzubegehren schwieriger ist, als gegen eine Minimierung der bestehenden Vorrechte und Möglichkeiten. Die Dynamik, die erforderlich ist, ein überliefertes System und Denken zu revolutionieren ist wesentlich schwieriger zu erreichen, als die Bereitschaft breiter Teile der Bevölkerung gegen einen Abbau bestehender Vorrechte vorzugehen. Die Nazis haben geschickt ein bestehendes Weltbild ausgenutzt, um dieses durch kontinuierlich kleine Veränderungen auszuhöhlen und umzubauen. Dies wird auch an den Gesetzesvorhaben der Nationalsozialisten deutlich. Es gab nur wenige neue Grundsatzgesetze. Die Nürnberger Gesetze waren einige davon. Diese spielten geschickt mit dem in der Bevölkerung latent vorhandenen Neid auf den vermeintlichen Wohlstand einer anderen Bevölkerungsschicht, den es in dieser Form gar nicht gegeben hat. Das Ehegesetz war ein weiteres der wenigen großen Reformvorhaben. Die meisten Vorschriften wurden nicht grundsätzlich geändert. Es gab auch keine großen Grundsatzdiskussionen. Die Veränderungen fanden durch kontinuierliche Einzelfallentscheidungen statt, die in ihrer Masse schließlich den Weg bestimmten. Es gab jedoch keine Grundsatzentscheidung zu den Befugnissen der Gestapo, auf welche Weise sie nach dem Ende eines Strafverfahrens die richterliche Entscheidung „korrigieren“ durften. Gerade diese Willkür führte zu einer größeren Veränderung, als es eine Gesetzesänderung je gekonnt hätte. Wäre das Verhalten der Gestapo gesetzlich festgelegt worden, hätte es im Einzelfall immer rechtliche Diskussionen geben können. Weil aber ein solches Gesetzeswerk fehlte, herrschte Willkür, gegen die man im Einzelfall schlecht vorgehen konnte. Diese Machtlosigkeit verbunden mit der latenten Angst vor der Verfolgung der eigenen Person war meines Erachtens ein entscheidender Grund für die Eigendynamik der Gleichschaltung in der Justiz.

III. DER UMGANG MIT DEM NEUEN RECHT

In diesem Kapitel soll untersucht werden, wie die Juristen generell mit der neuen Rechtsmaterie umgegangen sind bzw. welche Änderungen neben dem Ehegesetz noch für die tägliche Praxis eines Familienrichters erfolgt sind. Dazu ist ganz maßgeblich die Entwicklung der Rechtsprechung des Reichsgerichts zu betrachten.

1. Gesetzesverständnis der amtlichen Begründung

Die Einführung der Zerrüttungsscheidung sollte ermöglichen, dass inhaltslose Ehen geschieden werden konnten. Es war jedoch klar, dass die Einführung dieser Zerrüttungsscheidung zunächst einen Sprung ins Ungewisse bedeuten würde.³⁰⁵ Die Intention der Zerrüttungsscheidung war, dass der „schuldige“ Ehemann nicht seine Frau verstoßen können sollte, weil er eine jüngere und reizvollere Frau gefunden hatte.³⁰⁶ Deswegen sah § 55 Abs.2 S. 1 EheG 1938 vor, dass der oder die Beklagte der Scheidung widersprechen konnte, wenn der Kläger die Zerrüttung überwiegend verschuldet hatte. In den meisten Fällen war die Ehefrau auf Scheidung verklagt worden. Hätte die Ehefrau der Scheidung nicht widersprochen, hätte dies in den meisten Fällen bedeutet, dass die Ehefrau den Unterhaltsanspruch verloren hätte, da sie nach § 69 Abs. 2 EheG 1938 lediglich einen Unterhaltsanspruch aus Billigkeitsgründen erhalten hätte. Der Scheidungsgrund des § 55 EheG 1938 wäre daher ins Leere gegangen. Deswegen sah § 55 Abs. 2 S. 2 EheG vor, dass der Widerspruch der Beklagten unbeachtlich sein sollte, wenn bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe die Aufrechterhaltung der Ehe nicht gerechtfertigt war, vgl. § 55 Abs. 2 S. 2 EheG 1938. Da sich nicht ohne Weiteres erschließt, wann bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe eine solche trotz Widerspruchs der Beklagten zu scheiden ist, führt die amtliche Begründung ein Beispiel auf:

„Hat z.B. ein Ehegatte dadurch, daß er ein ehewidriges Verhältnis mit einer anderen Frau begann, seine eigene Frau zum Verlassen der häuslichen Gemeinschaft gebracht, später aber seinen Fehltritt bereut und den besten Willen gezeigt, wieder ein rechtes Eheleben zu beginnen, so kann es sittlich ungerechtfertigt erscheinen, wenn gleichwohl seine Frau einerseits auf ihrem Trennungswillen beharrt und andererseits sich doch weigert, auf eine Scheidung einzugehen.“³⁰⁷

Hierbei handelt es sich jedoch um ein zweifelhaftes Beispiel. Denn wenn sich die Ehefrau ohne nachvollziehbaren Grund weigerte, die eheliche Gemeinschaft wieder herzustellen, wäre eigentlich der Scheidungsgrund des § 49 EheG 1938 gegeben gewesen.³⁰⁸

Das genannte Beispiel hilft daher in der Einschätzung, wann der Widerspruch beachtlich sein sollte, nicht weiter. In der amtlichen Begründung wird jedoch im Einführungs-

³⁰⁵ Amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 20.

³⁰⁶ Amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 26.

³⁰⁷ Amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 26.

³⁰⁸ Amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 27.

teil die Frage aufgeworfen, wie das Scheidungsrecht zu reformieren sei.³⁰⁹ Dort wird als eine Möglichkeit der Reform aufgeführt, dass man jede Ehe für lösbar erklären könnte. Diese Möglichkeit wurde jedoch als unannehmbar verworfen, da nach nur 5jähriger Erziehungszeit der Volksgenossen diese noch nicht in einem Maße von der nationalsozialistischen Weltanschauung durchdrungen waren, wie dies notwendig wäre, um eine derart weitreichende Scheidungsmöglichkeit zu geben.³¹⁰ Der Gesetzgeber würde die Frage, wann eine Ehe wertlos im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung geworden war, den Gerichten überlassen, die zu sehr unterschiedlichen Anschauungen gelangen würden.³¹¹ In der amtlichen Begründung heißt es an dieser Stelle:

*„Vor allem aber erwächst, wenn der Gesetzgeber den Ehegatten sagt, daß jede, auch ohne Schuld des Partners eingetretene tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses die Scheidung rechtfertigt, (...) von nationalsozialistischer Auffassung aus unbedingt zu vermeidende Gefahr, daß der gute Wille der Ehegatten, aus Achtung vor der Einrichtung der Ehe sich mit Unzulänglichkeiten des Gefährten abzufinden, wesentlich geschwächt wird. Denn da das Führen einer glücklichen Ehe von beiden Ehegatten eine ständige Rücksichtnahme und Überwindung eigensüchtiger Regungen verlangt, kann leicht auch der, der aus selbstischen, vom gesunden Volksempfinden aus streng zu missbilligenden Gründen von seiner Ehe loskommen will, ohne nachweisbar grobe Verfehlungen zu begehen, den Zustand der Zerrüttung seines Ehelebens herbeiführen.“*³¹²

Die Gesetzesbegründung macht an dieser Stelle deutlich, dass die Zerrüttungsscheidung eher zurückhaltend angewendet werden sollte, so wie dies Reichsjustizminister Gürtner bei der Ressortbesprechung vom 17.11.1936 den Worten Hitlers entnommen hatte.³¹³

2. Entwicklung der Rechtsprechung des Reichsgerichts

Im Folgenden soll dargestellt werden, wie sich die Rechtsprechung des Reichsgerichts entwickelte. Zwar war die Rechtsprechung des Reichsgerichts für die Untergerichte nicht unmittelbar bindend. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts hatte aber trotzdem einen erheblichen Einfluss, weil sich üblicherweise die Untergerichte an der Rechtsprechung der höheren Instanz orientierten. Bei der Rechtsprechung des Reichsgerichts zu § 55 EheG war dies für die Untergerichte aber eher schwierig, weil das Reichsgericht keine einheitliche Linie bei der Auslegung der Tatbestandsmerkmale des § 55 EheG gefunden hat.

³⁰⁹ Amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 20.

³¹⁰ Amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 20.

³¹¹ Amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 20.

³¹² Amtliche Begründung in: Das neue Ehegesetz, Textausgabe 1938, S. 21.

³¹³ siehe oben; Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 123.

a. Erste Entscheidungen

Von besonderer Bedeutung in der Rechtsprechungsentwicklung war der Fall Esser. Esser war ein alter Mitkämpfer Hitlers.³¹⁴ Er war seit 1923 verheiratet. Aus der Ehe waren zwei Kinder hervorgegangen. Esser hatte wiederholt mit verschiedenen Frauen die Ehe gebrochen. Seit mehreren Jahren lebte er mit einer Frau zusammen, die ihm drei außereheliche Kinder geboren hatte. Esser erhob nach Inkrafttreten des Ehegesetzes von 1938 eine auf § 55 EheG gestützte Scheidungsklage. Die Beklagte widersprach dem Scheidungsbegehren nach § 55 Abs. 2 EheG, mit der Begründung, dass sie keinerlei Schuld an der Zerrüttung treffe, aber bereit sei, die Ehe fortzuführen. Darüber hinaus sei ihre Ehe noch wertvoll, weil daraus noch weitere Kinder entstehen könnten.³¹⁵ Bevor das Urteil erlassen wurde, wurden die Prozessakten an das Reichsjustizministerium übersandt, damit Hitler in diesem Fall Bericht erstattet werden konnte. Der Berichterstatter teilte in einem Schreiben vom 23.11.1938³¹⁶ dem Reichsjustizminister von der Besprechung mit Hitler mit:

*„Der Führer bemerkte zu meinen Ausführungen über die Bestimmung zu § 55, daß er den Eindruck habe, als ob die Gerichte sich über die Tragweite nicht hinreichend klar seien, wenn sie, wie zu seiner Kenntnis gekommen sei, auch in Fällen, in denen eine tatsächliche Wiederherstellung der Ehe ausgeschlossen erscheine, und in denen auch vom sittlichen Standpunkt aus eine Aufrechterhaltung des Ehebandes nicht gerechtfertigt sei, eine Scheidung ablehnten. Das liege vielleicht an einer Überschätzung des Wertes eines formalen Fortbestandes der Ehe. Gerade, wenn man den sittlichen Wert der Ehe und ihre völkische Bedeutung so hoch schätze, wie es der Nationalsozialismus tue, müsse man in der Berücksichtigung des Widerspruchs eines Ehegatten gegen die Scheidung vorsichtig sein. Es könne seines Erachtens im Falle der unheilbaren Zerrüttung einer Ehe, die soweit gehe, daß in Berücksichtigung des Verhaltens beider Eheleute weder die innere noch auch nur die äußere Verbundenheit der Ehegatten wieder herstellbar erscheine, die bloße formale Erhaltung des Rechtsbandes der Ehe nur dann sittlich gerechtfertigt sein, wenn besondere Gründe, wie etwa eine sonst eintretende schwere Gefährdung der Existenz der Frau, es erforderten. Falls die Gerichte bei der Anwendung des § 55 sich diese Auslegung, von der er bei seiner Zustimmung zu dem Gesetz seinerzeit ausgegangen sei, nicht zu eigen machen würden, so bliebe nur übrig, eine Änderung der Fassung der Bestimmung in Erwägung zu ziehen.“*³¹⁷

³¹⁴ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 188.

³¹⁵ Scheidungsurteil des Landgerichts Berlin in: Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 189.

³¹⁶ Bundesarchiv R 22/466 = Bundesarchiv R 42 II/1523a, Blt. 255, zitiert nach: Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 190.

³¹⁷ Zitiert nach: Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zer-

Damit forderte Hitler das Gegenteil dessen, was noch bei der Entstehung des Gesetzes als sein Wille berücksichtigt wurde. Auf der einen Seite wollte Hitler bei der Frage der Ehescheidung für Zurückhaltung sein.³¹⁸ Auf der anderen Seite forderte Hitler in dem konkreten Fall, in dem nach Anwendung der Gesetzesbegründung die Klage abzuweisen gewesen wäre, dass das Gericht anders entscheiden solle. Das Landgericht Berlin hat der Klage schließlich stattgegeben. Das Kammergericht verwarf die Berufung unter der Maßgabe, dass den Kläger ein Verschulden treffe.³¹⁹ Mit dieser Äußerung Hitlers wurde der Grundstein für die nachfolgende Rechtsprechung des Reichsgerichts gelegt.

b. Weitere Entwicklung

Im Folgenden soll die Entwicklung der Rechtsprechung des Reichsgerichts dargestellt werden. Da es hierzu schon Veröffentlichungen gibt,³²⁰ sollen lediglich die in der amtlichen Sammlung RGZ veröffentlichten Entscheidungen zu § 55 EheG kurz umrissen werden. Die in den Fachzeitschriften veröffentlichten Entscheidungen werden hier nicht dargestellt, weil auch die in der amtlichen Sammlung veröffentlichten Entscheidungen ein ausreichendes Bild über die höchstgerichtliche Spruchpraxis geben.

Da das neue Ehegesetz zum 01.08.1938 in Kraft getreten ist, gab es 1938 nur sehr wenige obergerichtliche Entscheidungen. In der amtlichen Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts gab es keine Entscheidung des Reichsgerichts zu § 55 des neuen Ehegesetzes. In den folgenden Jahren setzte eine wahre Entscheidungslawine zu § 55 EheG ein. Um die Übersichtlichkeit zu wahren, werden die Entscheidungen anhand der Tatbestandsmerkmale und nicht chronologisch dargestellt.

aa. Entscheidungen zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs

Die Rechtsprechung zur Beachtlichkeit des Widerspruchs darf als uneinheitlich bewertet werden. Mit 20 Entscheidungen nimmt die Klärung dieser Frage den größten Raum in der amtlichen Entscheidungssammlung ein. In der Entscheidung 160,144 sprach das Reichsgericht aus, dass der Widerspruch grundsätzlich unbeachtlich und nur in Ausnahmefällen beachtlich sein sollte. Die Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs war deswegen so problematisch, weil das Reichsgericht nicht dogmatisch, sondern vom Ergebnis her dachte. So wurden z.B. Kriterien, die in dem einen Fall für die Beachtlichkeit des Widerspruchs sprachen,³²¹ im nächsten Fall gegen die Beachtlichkeit des Widerspruchs angeführt³²² und im dritten Fall für unerheblich gehalten³²³.

rütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 190 nf.

³¹⁸ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 123.

³¹⁹ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, S. 195.

³²⁰ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990.

³²¹ RGZ 160, 41; 162, 124.

³²² RGZ 159, 305.

³²³ RGZ 165, 149.

[1]. *minderjährige Kinder*

In vielen Fällen hatten die Streitteile minderjährige Kinder. Das Reichsgericht ist mit diesem Aspekt sehr unterschiedlich umgegangen.

In RGZ 159, 305 entschied das Reichsgericht, obwohl nur ein erwachsenes Kind vorhanden war, dass Kinder gegen die Beachtlichkeit des Widerspruchs sprechen, weil durch die Scheidung die Quelle stetigen Unfriedens beseitigt würde und damit die Scheidung im wohlverstandenen Interesse der Kinder liegen würde.

In RGZ 160,41 hat das Reichsgericht den Grundsatz aufgestellt, dass nach nationalsozialistischer Auffassung nicht nur die Pflicht bestehe, eine Ehe zu gründen, sondern diese auch zu unterhalten. In diesem Fall haben die vier minderjährigen Kinder den Ausschlag dazu gegeben, dass das Reichsgericht den Widerspruch für beachtlich gehalten hat. In einem solchen Fall müssten besondere Umstände vorliegen, die Ehe zu scheiden.

Etwas anders lag der Fall in RGZ 160,144. Das einzige minderjährige Kind in diesem Fall war bereits 17 Jahre alt. Das Reichsgericht maß diesem Umstand keine entscheidende Bedeutung bei.

Anders als noch in der Entscheidung in RGZ 160,41 hat das Reichsgericht in RGZ 162, 44 die Frage der zwei minderjährigen Kinder beurteilt. Das Reichsgericht hat zwar die Kinder als Argument für die Beachtlichkeit des Widerspruchs angesehen. Der Aspekt war jedoch aus Sicht des Reichsgerichts dadurch entkräftet, dass deren Unterhalt gesichert war.

In RGZ 162, 124, waren drei minderjährige Kinder vorhanden, deren Unterhalt gesichert war. In diesem Fall entschied das Reichsgericht, dass obwohl eine neue bevölkerungspolitisch erwünschte Ehe zu erwarten war, der Widerspruch der Beklagten beachtlich sein sollte.

Anders sah das Reichsgericht die Lage in RGZ 165,149. Hier war ein zweieinhalbjähriges Kind vorhanden. Hier sprach das Kind nicht für die Beachtlichkeit des Widerspruchs, weil auch bei Klageabweisung das Kind seinen Vater nicht für sich in Anspruch nehmen könne.

In RGZ 169, 36 waren drei Kinder vorhanden, wobei das jüngste Kind bei Entscheidung des Reichsgerichts zehn Jahre alt war. Hier hatte das Berufungsgericht zunächst ausgesprochen, dass der Unterhalt der Kinder nicht gesichert sei. Das Reichsgericht hat den Unterhalt als gesichert angesehen. Die Kinder wurden zwar als Argument für die Beachtlichkeit des Widerspruches gewürdigt, das Reichsgericht hat die Ehe dennoch geschieden.

Während das Reichsgericht in einem Fall³²⁴ die Scheidung der Ehe an sich als Vorteil für die Kinder ansah, hat es in anderen Fällen wiederum entschieden, dass das Kind den Vater auch bei Aufrechterhaltung der Ehe nicht für sich in Anspruch nehmen könne³²⁵ und in einem dritten Fall hat das Reichsgericht wiederum ausgesprochen, dass bei Vor-

³²⁴ RGZ 159, 305.

³²⁵ RGZ 165, 149.

handensein minderjähriger Kinder ganz besondere Umstände vorliegen müssten, um dennoch die Scheidung zu rechtfertigen. Einmal war es ausreichend, dass der Unterhalt der Kinder gesichert war,³²⁶ in einer anderen Entscheidung wiederum war die Sicherung des Unterhalts nicht ausreichend für die Scheidung.³²⁷ Die beiden Entscheidungen, in denen das Wohl der Kinder ausschlaggebend war, sind im Jahr 1939 ergangen³²⁸. Im Jahr 1939 ist zwar zwischen diesen beiden Entscheidungen ebenfalls ein davon abweichendes Urteil ergangen.³²⁹ In der Folgezeit sind die minderjährigen Kinder als Argument für die Beachtlichkeit gewertet worden, jedoch waren sie nicht mehr ausschlaggebend für die Aufrechterhaltung der Ehe. Dies lag wahrscheinlich auch nicht an der Anzahl der Kinder. Zwar sind in den beiden Entscheidungen, in denen das Wohl der Kinder für die Beachtlichkeit des Widerspruchs maßgebend waren, einmal drei³³⁰ und einmal vier³³¹ Kinder vorhanden gewesen und in den meisten anderen Fällen nur ein³³² bis zwei ³³³Kinder, in einem Fall jedoch waren ebenfalls drei³³⁴ Kinder vorhanden, die aber nicht den Ausschlag für die Beachtlichkeit des Widerspruchs gegeben haben. Die Uneinheitlichkeit der Rechtsprechung des Reichsgerichts ist insbesondere deswegen so folgenreich, da in sehr vielen Scheidungsverfahren minderjährige Kinder vorhanden waren.

[2]. Alter der Parteien

Das Kriterium des Alters der Parteien nahm in den Entscheidungen des Reichsgerichts eine maßgebliche Stellung ein. Gerade das Kriterium des Alters zeigt am deutlichsten, dass das Reichsgericht nur vom Ergebnis her dachte. Sollte eine Ehe geschieden werden, hielt das Reichsgericht die Parteien für jung und ihnen war ein Neuanfang zuzumuten. Sollte die Ehe aufrechterhalten werden, war der Beklagten in ihrem Alter nicht mehr zuzumuten, sich eine neue Lebensgrundlage aufzubauen. Waren die Parteien bereits älter stellte das Reichsgericht auf den Zeitpunkt der Trennung³³⁵ ab, um den zumutbaren Neuanfang zu begründen. Wollte das Reichsgericht die Ehe aufrechterhalten, wurde auf den Zeitpunkt der Scheidung abgestellt, ohne den Trennungszeitpunkt zu erwähnen.³³⁶

In RGZ 159,305 hielt das Reichsgericht der 54jährigen Beklagten entgegen, dass sie sich schon vor 17 Jahren hätte scheiden lassen können. In RGZ 160,140 waren die Folgen für die 61jährige Beklagte ebenfalls unerheblich, weil sie sich schon vor 19 Jahren hätte scheiden lassen können. In RGZ 163,380 jedoch war die 64jährige Beklagte zum Zeitpunkt der Trennung 45 Jahre alt und damit war ihr ein Neuanfang nicht mehr zuzumu-

³²⁶ RGZ 162, 44; RGZ 169, 36.

³²⁷ RGZ 162, 124.

³²⁸ Urteil vom 23.03.1939, RGZ 160,41 und Urteil vom 25.11.1939, RGZ 162, 124.

³²⁹ RGZ 162, 44.

³³⁰ RGZ 162, 124.

³³¹ RGZ 160, 41.

³³² Z.B. RGZ 160, 144.

³³³ RGZ 162, 44.

³³⁴ RGZ 162, 124.

³³⁵ RGZ 159, 305; 160, 140; 163, 380;.

³³⁶ RGZ 164, 155.

ten. Auch in RGZ 164,155 war die 57jährige Beklagte zum Zeitpunkt der Trennung erst 43 Jahre alt. Aber die Scheidung hätte den Verlust der Lebensgrundlage der über die Erziehung alt gewordenen Mutter³³⁷ bedeutet.

War das Reichsgericht der Meinung, dass die Ehe geschieden werden müsse, waren wirtschaftliche Erwägungen unerheblich.³³⁸ Sollte die Ehe aufrechterhalten werden, waren wirtschaftliche Erwägungen ein entscheidender Gesichtspunkt.³³⁹

Tendenziell lässt sich erkennen, dass das Reichsgericht dann, wenn es eine neue Ehe bevölkerungspolitisch wertvoll gehalten hat, aus ihr also neue Kinder zu erwarten waren, die Scheidung der Ehe ausgesprochen hat.³⁴⁰ In Fällen, in denen der Kläger schon älter war, er also aus bevölkerungspolitischer Sicht keine neue wertvolle Ehe gründen konnte, hielt das Reichsgericht den Widerspruch der Beklagten eher für beachtlich.³⁴¹

[3]. Ehedauer / Trennungsdauer

Eine kurze Ehedauer wurde vom Reichsgericht gegen die Beachtlichkeit des Widerspruchs angeführt,³⁴² dauerte die Ehe länger wurde dies als Kriterium für die Beachtlichkeit des Widerspruchs gewertet.³⁴³ Waren die Parteien schon seit längerer Zeit getrennt, wurde dies ebenfalls gegen die Beachtlichkeit des Widerspruchs angeführt.³⁴⁴

Entscheidungserheblich war die Dauer der Ehe in keinem Verfahren. Die Länge der Trennungszeit war jedoch ein Indiz dafür, ob das Reichsgericht der Ehe ein bevölkerungspolitisches Interesse zumaß. Lebten die Parteien schon seit langer Zeit getrennt, war aus der Ehe nur noch eine leere Hülle geworden, an der die Allgemeinheit kein Interesse mehr hatte.³⁴⁵

[4]. Verschulden an der Zerrüttung

Das Reichsgericht sprach aus, dass das Verschulden an der Zerrüttung den Widerspruch nicht beachtlich werden lasse. § 55 EheG sei gerade ein verschuldensunabhängiger Scheidungsgrund. Ein noch so großes Verschulden könne den Widerspruch nicht beachtlich machen.³⁴⁶

Diesen Grundsatz durchbrach das Reichsgericht aber wiederum, wenn es die gute Führung der Ehefrau als Argument für die Beachtlichkeit des Widerspruchs anführte.³⁴⁷

³³⁷ RGZ 164, 155 (157).

³³⁸ RGZ 160, 15.

³³⁹ RGZ 160, 41; 162, 20; 163, 380; 164, 155; 169, 126.

³⁴⁰ RGZ 160, 15; 160, 95; 160, 140; 160, 144; 162, 44; 165, 149; 168, 38; 169, 36.

³⁴¹ RGZ 159, 111; 162, 20; 163, 380; 164, 155; 169, 126;.

³⁴² RGZ 162, 44; 169, 36;.

³⁴³ RGZ 159, 111; 160, 15; 160, 41.

³⁴⁴ RGZ 159, 305; 160, 140; 162, 88.

³⁴⁵ RGZ 159, 305; 160, 140; 160, 144; 162, 88.

³⁴⁶ RGZ 162, 88.

³⁴⁷ RGZ 159, 305; 164, 155;.

[5]. Opfer der Ehefrau

Das Reichsgericht sah in der Geburt vieler Kinder ein besonderes Opfer, das für die Aufrechterhaltung der Ehe sprach.³⁴⁸ Das Kriterium einer großen Anzahl von Kindern war in RGZ 164,155 schließlich entscheidungserheblich.

Andere Opfer hat das Reichsgericht darin gesehen, dass die Beklagte mit dem Kläger die Jugend verbracht hat.³⁴⁹ Dieses Kriterium wurde zwar angeführt, war aber in keinem Fall entscheidungserheblich.

Ein weiteres Kriterium war das Opfer der Gesundheit. In RGZ 162, 47 hat die Beklagte aufgrund einer durch den Kläger verursachten Tripperansteckung die Gebärfähigkeit verloren. Da bevölkerungspolitische Umstände in diesem Fall nicht vorhanden waren, wurde der Widerspruch für beachtlich gehalten. In RGZ 168,38 verlor die Beklagte ebenfalls durch eine Ansteckung mit einer Geschlechtskrankheit die Gebärfähigkeit. Dieser Umstand führte jedoch nicht zur Beachtlichkeit des Widerspruchs, da die Beklagte auch bei Aufrechterhaltung der Ehe keine Kinder bekommen könne, der Kläger aber von der Eingehung einer bevölkerungspolitisch wertvollen Ehe abgehalten werde.

[6]. Zusammenfassung

Das Reichsgericht hat mehrfach ausgeführt, dass bevölkerungspolitische Interessen vor den Individualinteressen zu berücksichtigen seien. Wenn das Reichsgericht ein bevölkerungspolitisches Interesse an der Aufrechterhaltung der Ehe festgestellt hat, waren andere Gesichtspunkte unerheblich. Hat das Reichsgericht ein bevölkerungspolitisches Interesse an der Lösung der Ehe festgestellt, wurde die Ehe ohne Rücksicht auf individuelle Interessen gelöst. Dadurch dass das Reichsgericht aber in allen Fällen zu den Argumenten für und gegen die Beachtlichkeit des Widerspruchs Stellung genommen hat und in einzelnen Fällen die Argumente auf beiden Seiten gewertet werden konnten, war es praktisch nicht mehr möglich zwischen den einzelnen Fällen eine Vergleichbarkeit herzustellen und damit zu einer einheitlichen Linie zu gelangen.

Die erstinstanzlichen Gerichte konnten sich nur darauf berufen, dass das Reichsgericht in RGZ 160,144 die grundsätzliche Unbeachtlichkeit des Widerspruchs festgestellt hatte.

bb. Entscheidungen zu der Zulässigkeit des Widerspruchs

In mehreren Fällen war die Frage der Zulässigkeit des Widerspruchs zu klären. Nach dem Gesetzeswortlaut war der Widerspruch zulässig, wenn der Kläger die Zerrüttung der Ehe verschuldet hatte.

Das Reichsgericht befasste sich in sechs, in der amtlichen Sammlung RGZ veröffentlichten, Entscheidungen mit der Frage der Zulässigkeit des Widerspruchs. Der Wider-

³⁴⁸ RGZ 164, 155.

³⁴⁹ RGZ 159, 305; 162, 20; 164, 155; 169, 36.

spruch war dann zulässig, wenn der die Scheidung begehrende Teil die Zerrüttung überwiegend oder allein verschuldet hatte.

In der ersten diesbezüglichen Entscheidung³⁵⁰ sprach das Reichsgericht aus, dass nicht die Schwere der Schuld bei der Abwägung entscheidend sei, sondern welcher Verschuldensbeitrag letztlich zur Zerrüttung geführt habe. Die Zerrüttung könne auch durch einen geringeren Schuldbeitrag verursacht worden sein.

Das Reichsgericht sprach weiter aus, dass auch eine verziehene Eheverfehlung die Zerrüttung verursachen könne. Verzeihung sei lediglich ein Beweisanzeichen gegen die Ursächlichkeit für die Zerrüttung.³⁵¹

In der Entscheidung RGZ 163,244 stellte das Reichsgericht eine Beweislastumkehr hinsichtlich der Verursachung der Zerrüttung auf. Grundsätzlich habe die Beklagte trotz Untersuchungsgrundsatz die Zulässigkeit des Widerspruchs zu beweisen. Wenn allerdings der Kläger die Beklagte verlassen habe, sprächen tatsächliche Erwägungen dafür, dass der Kläger die Zerrüttung verursacht hätte. Daher müsse er die gegen ihn sprechende tatsächliche Vermutung zu entkräften. Später schränkte das Reichsgericht diese Entscheidung insofern ein, als grundsätzlich nach allen Ursachen für die Zerrüttung zu forschen sei und nicht bei Verlassen des einen Ehegatten grundsätzlich Verschulden desjenigen Ehegatten vorliege, der den anderen verlassen habe.³⁵²

Das Reichsgericht entschied weiterhin, dass die Zerrüttung auch dann von einem Ehegatten verursacht sein könne, wenn ihn hinsichtlich dieser Beiträge kein Schuldvorwurf treffen könne, weil er vermindert schulfähig sei.³⁵³ Das Reichsgericht machte hierbei zunächst die Einschränkung, dass dies dann gelte, wenn der Kläger vermindert schulfähig sei, sich aber auf die Zerrüttung berufe.

In RGZ 164,321 entschied das Reichsgericht, dass ein Widerspruch unzulässig sei, wenn die überwiegende Ursache für die Zerrüttung in einem Umstand zu sehen sei, der von keinem der beiden Ehepartner verursacht wurde.

cc. Rechtsprechung zur Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft

Die Frage, wann die häusliche Gemeinschaft aufgehoben war, war mehrfach Gegenstand der Entscheidung des Reichsgerichts. Das Tatbestandsmerkmal der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft seit drei Jahren musste am Ende der letzten Tatsacheninstanz vorliegen.³⁵⁴ Die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft ist ein tatsächlicher Zustand, bei dem die persönliche Berührung der Ehegatten weitgehend ausgeschaltet ist.³⁵⁵ Die häusliche Gemeinschaft konnte daher auch innerhalb derselben Wohnung aufgehoben sein,

³⁵⁰ RGZ 159, 305.

³⁵¹ RGZ 162, 47.

³⁵² RGZ 164, 361.

³⁵³ RGZ 163, 338.

³⁵⁴ RGZ 159, 111.

³⁵⁵ RGZ 159, 115.

wenn eine vollkommene tatsächliche Trennung der Eheleute erfolgt war.³⁵⁶ Die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft war auch dann drei Jahre aufgehoben, wenn eine solche tatsächlich nie bestanden hat.³⁵⁷

Der Grund für die Trennung war für die Frage der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft grundsätzlich unerheblich.³⁵⁸ Entscheidend sei grundsätzlich die räumliche Trennung der Ehegatten. Die äußerliche Trennung sollte aber keine Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft sein, wenn sie sich als eine natürliche, aus dem regelmäßigen Verlaufe der Dinge ergebende darstellte, z.B. eine Trennung aus geschäftlichen, beruflichen, gesundheitlichen oder ähnlichen Gründen. Eine Trennung gegen den Willen der Ehegatten sei demgegenüber dennoch als Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft aufzufassen,³⁵⁹ nicht aber, wenn es sich um eine Kriegsgefangenschaft handele.³⁶⁰

Das Reichsgericht verwies in seiner Rechtsprechung auf § 1571 Abs. 1 Satz 2 BGB (1900). Darin wurde geregelt, dass die Frist zur Erhebung der Scheidungsklage dann nicht laufe, wenn die häusliche Gemeinschaft der Ehegatten aufgehoben war. Sinn und Zweck dieser Vorschrift waren, die kurze Verjährung der Scheidungsfrist von 6 Monaten zu hemmen, weil man davon ausging, dass dadurch den Ehegatten ermöglicht werde, wieder zueinander zu finden. In einer frühen Entscheidung³⁶¹ ging das Reichsgericht davon aus, dass die häusliche Gemeinschaft an dem Lebensbild der Ehegatten orientiert sei. Die häusliche Gemeinschaft sei dann nicht aufgehoben, wenn sich die Trennung als Folge dessen ergebe, was die Ehegatten in ihrer individuellen Eheplanung verwirklicht hätten. Dabei sei zunächst auf den Willen desjenigen abzustellen, der die häusliche Gemeinschaft aufhebe. Aber auch bei einer Trennung ohne spezifischen Trennungswillen sei eine Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft denkbar. Demnach sei die Trennung, die dadurch bedingt sei, dass sich der Ehemann auf Geschäftsreisen befinde, als Folge der individuellen Lebensplanung zu verstehen und deswegen keine Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft. Dazu im Gegensatz stehe eine Trennung, die sich außerhalb des gewöhnlichen und natürlichen Verlaufs der Dinge, insbesondere außerhalb der Anforderungen des Berufs- oder sonstigen Geschäfte des abwesenden Ehegatten, erfolge. Ob die Trennung freiwillig oder unfreiwillig erfolge, sei dann unerheblich, wenn durch die Trennung nicht die häusliche Gemeinschaft wirklich aufgehoben würde. Der Wille sei aber dann entscheidend, wenn zweifelhaft sei, ob und wann die häusliche Gemeinschaft aufgehoben wurde.³⁶² Ein Beispiel für die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft auch ohne Willen sei im Fall der Inhaftierung gegeben, weil hier die häusliche Gemeinschaft aufgehoben werde.³⁶³ Diese ursprüngliche Argumentation des Reichsgerichts

³⁵⁶ RGZ 159, 115.

³⁵⁷ RGZ 160, 189.

³⁵⁸ RGZ 160, 249.

³⁵⁹ RGZ 160, 246.

³⁶⁰ RGZ 160, 246.

³⁶¹ RGZ 53, 337 ff.

³⁶² RGZ 53, 337 (343).

³⁶³ RGZ 53, 337 (347).

überzeugt nicht, da willkürlich danach differenziert wird, ob die Trennung gewollt oder unter Zwang ausgelöst wurde. Selbst bei Zwang kann bei anderem Willen des die häusliche Gemeinschaft Lösenden dennoch wieder angenommen werden, dass die häusliche Gemeinschaft nicht aufgehoben sei. Die Argumentation des Reichsgerichtes ist in diesem Punkt nur insoweit nachvollziehbar, als es auf die individuelle Lebensplanung abstellt und nicht jedes Verlassen der ehelichen Wohnung als Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft darstellt. In diese Richtung geht auch die Kommentierung von Warnener³⁶⁴ der vorrangig auf den Willen der Parteien abstellt, aber eine Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft daneben auch dann annehmen will, wenn in besonderen Fällen kein Aufhebungswille vorhanden war. Eine andere Ansicht wird in Planck's Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch vertreten.³⁶⁵ Danach komme es rein auf den Trennungswillen des abwesenden Ehegatten an. In dieser Fundstelle wird aber noch darauf hingewiesen, dass das Reichsgericht anderer Ansicht war und auf den natürlichen Verlauf der Dinge abstellte. Eine ebenfalls andere Auffassung wird von Endemann³⁶⁶ vertreten. Die Frist zur Erhebung der Scheidungsklage sei deswegen gehemmt, solange die häusliche Gemeinschaft aufgehoben ist, weil der Scheidungsgrund in dieser Zeit nicht zur Geltung komme.³⁶⁷ Deswegen komme es rein auf den objektiven Umstand der Trennung, nicht auf einen Willen an.

Mit Einführung des neuen Ehrechtes durch die Nationalsozialisten sollte jedoch eine Abkehr vom Liberalismus eingeleitet werden. Damit war die Argumentationsstruktur früherer Urteile nicht mehr haltbar, weil sie auf die individuelle Lebensplanung der Eheleute abstellte. Deswegen beharrte vermutlich das Reichsgericht darauf, dass ein Trennungswille gerade nicht erforderlich war, weil dies offensichtlich wiederum den Liberalismus der Weimarer Republik widerspiegelt hätte und es im Nationalsozialismus ja gerade um das Volksganze und nicht um das Individuum ging. Demnach hätte das Reichsgericht die frühere Rechtsprechung nicht fortführen dürfen. Dennoch wurden unter Hinweis auf die frühere Rechtsprechung die aus dieser Rechtsprechung denklogisch folgenden Beispiele herangezogen und gleichzeitig der individuelle Wille negiert, indem man darauf abstellte, dass ein subjektives Element bei der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft gerade nicht erforderlich war. Damit verbog sich das Reichsgericht in der Argumentation, weil es auf der einen Seite die verpönte liberale Sichtweise heranzog, sie aber gleichzeitig negierte und ohne Argumentation frühere Beispielsfälle übernahm. Damit wurde die Rechtsprechung beliebig, weil keine stringente Argumentation mehr vorhanden war.

In einem anderen Fall wurde der Kläger an einen anderen Dienort versetzt. Das Reichsgericht sah in der Versetzung die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft, da die Parteien zu Urlaubszeiten nicht davon ausgegangen waren, eine häusliche Gemeinschaft

³⁶⁴ Dr. Otto Warnener, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich, 2. Auflage 1930, Band II § 1571, S. 769.

³⁶⁵ Planck's Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, IV. Band, 4. Auflage 1928, § 1571 Rn. 5.

³⁶⁶ Endemann, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 8. und 9. Auflage 1908, S. 261.

³⁶⁷ Endemann, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 8. und 9. Auflage 1908, S. 261.

zu begründen.³⁶⁸ Das Reichsgericht weist in dieser Entscheidung noch einmal darauf hin, dass es auf die rein tatsächlichen Gegebenheiten ankomme und ein subjektiver Wille zur Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft nicht erforderlich sei. Wenn aber rein objektiv beurteilt werden soll, ob eine häusliche Gemeinschaft vorliegt und ein subjektiver Wille unbeachtlich ist, dann darf nicht darauf abgestellt werden, dass die Parteien bei einem Urlaub keine häusliche Gemeinschaft begründen wollen. Denn ob sie eine solche begründen wollen oder nicht, ist ein subjektiver Umstand, der ja unbeachtlich sein soll.

Anders sieht das Reichsgericht die Umstände in einem Fall,³⁶⁹ in dem der Kläger den gemeinsamen Wohnsitz verlässt, um in einer anderen Stadt zu arbeiten. Die Parteien betrachteten den früheren gemeinsamen Wohnsitz nach wie vor als gemeinsamen Altersruhesitz. Der Kläger besuchte die Beklagte an dem früheren gemeinsamen Wohnsitz. Das Reichsgericht stellte hier fest, dass die häusliche Gemeinschaft erst nach dem letzten Besuch aufgehoben wurde, weil die Parteien nach wie vor den früheren gemeinsamen Wohnsitz als den alleinigen Wohnsitz betrachteten. Damit stellt das Reichsgericht faktisch auf den Parteiwillen ab.

Das Mitarbeiten des Ehegatten im Geschäftsbetrieb des anderen Ehegatten stand der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft nicht entgegen.³⁷⁰

dd. Rechtsprechung zu der Frage der Anwendbarkeit von § 616 ZPO

Das Reichsgericht stellte fest, dass § 616 ZPO auch auf die Klage aus § 55 EheG anwendbar sei.³⁷¹ Wenn nach Rechtskraft des Urteils neue Tatsachen hinzukommen,³⁷² sei eine erneute Klage aus § 55 EheG zulässig, solche könnten auch der Wegfall erziehungsberechtigter Kinder sein.³⁷³ Daneben sei eine erneute Klage aus § 55 EheG dann zulässig, wenn die häusliche Gemeinschaft weitere drei Jahre aufgehoben sei.³⁷⁴

ee. Entscheidungen zu sonstigen Fragen

In RGZ 160, 31 entschied das Reichsgericht, dass gegen eine auf Verschulden gestützte Klage eine Widerklage aus § 55 EheG zulässig sei. Ebenso sei gegen eine Klage aus § 55 EheG eine Widerklage aus § 55 EheG zulässig.³⁷⁵ Im Widerspruch mit der Begründung der Alleinschuld des Klägers liege zugleich ein Antrag auf Schuldigerklärung nach § 61 EheG.³⁷⁶ Unter bestimmten Voraussetzungen und zur Vermeidung unbilliger Ergebnisse könne auch mit einer Klage aus § 55 EheG die Schuldigerklärung der Beklagten ver-

³⁶⁸ RGZ 160, 290.

³⁶⁹ RGZ 164, 332.

³⁷⁰ RGZ 167, 301.

³⁷¹ RGZ 164, 249.

³⁷² RGZ 165, 32.

³⁷³ RGZ 164, 249.

³⁷⁴ RGZ 166, 166.

³⁷⁵ RGZ 160, 290.

³⁷⁶ RGZ 160, 373.

folgt werden.³⁷⁷ Aus § 55 EheG ergebe sich kein Grund zum Getrenntleben. Ein solcher könne nur dann vorliegen, wenn zugleich die Scheidung aus einem Verschuldenstatbestand begehrt werden könne.³⁷⁸ Ein Ehebruch sei nur dann im Urteil festzustellen, wenn der Ehebruch der Grund der Scheidung sei.³⁷⁹ Im Scheidungsantrag aus Alleinschuld des Beklagten liege nicht gleichzeitig der Antrag, die Ehe auch ohne Schuldausspruch zu scheiden.³⁸⁰

ff. Zusammenfassung

Die insgesamt 43 zu § 55 EheG veröffentlichten Entscheidungen des Reichsgerichts, die in der amtlichen Sammlung RGZ abgedruckt wurden, ergingen schwerpunktmäßig zu § 55 Abs. 2 EheG und zum Tatbestandsmerkmal der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft. Gerade bei der Rechtsprechung zu § 55 Abs. 2 EheG hat das Reichsgericht keine einheitliche und nachvollziehbare Linie gefunden. Die Urteile wurden beliebig, je nachdem welches Ergebnis konkret gewünscht wurde. Eine systematische Erschließung des neuen § 55 EheG durch das Reichsgericht erfolgte nicht.

3. Die Änderung weiterer Rechtsvorschriften

Mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums³⁸¹ wurde geregelt, dass Beamte aus dem Amt entlassen werden konnten, auch wenn die sonstigen Voraussetzungen hierfür nicht vorgelegen haben, § 1 des Gesetzes. Nach § 3 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums waren Beamte, die nicht arischer Abstammung waren, in den Ruhestand zu versetzen. § 8 dieses Gesetzes sah immerhin noch vor, dass diejenigen Beamten, die mehr als 10 Dienstjahre abgeleistet hatten, ein Ruhegehalt beziehen konnten. Ebenso konnten nach § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums Beamte, die nach der bisherigen (also bis 1933) politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür boten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, aus dem Dienst entlassen werden. Die Formulierung in den Personalbeurteilungen der Richter, dass der zu Beurteilende jederzeit rückhaltlos dem neuen Staat zur Verfügung stehe,³⁸² ist wohl auf diese Vorschrift zurückzuführen und sollte offensichtlich verhindern, dass der Betroffene aus dem Amt entfernt wurde. Ebenso konnte Rechtsanwältin, die im Sinne des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums nicht arischer Abstammung waren, die Zulassung entzogen werden, § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft.³⁸³ Während die nicht arischen Richter in den Ruhestand zu versetzen waren, bestand bei den Rechtsanwältinnen offensichtlich ein Ermessensspielraum, ob die Zulassung zurückgenommen wurde. Sowohl bei den Rechts-

³⁷⁷ RGZ 160, 392.

³⁷⁸ RGZ 162, 32.

³⁷⁹ RGZ 163, 77.

³⁸⁰ RGZ 164, 93.

³⁸¹ RGBl. I 1933, 175 ff.

³⁸² Vergleiche hierzu unten die Ausführungen zu den einzelnen Richtern.

³⁸³ RGBl. I. 1933, 188.

anwältin als auch bei den Beamten, war die Entfernung aus dem Dienst bzw. die Rücknahme der Rechtsanwaltszulassung aufgrund nicht arischer Abstammung bis 30.09.1933 auszusprechen.³⁸⁴ Später wurde in der Fünften Verordnung zum Reichsbürgergesetz³⁸⁵ in Artikel 1 § 1 festgelegt, dass Juden der Beruf des Rechtsanwalts verschlossen sei. Ob diese Regelungen Auswirkungen auf das Landgericht Amberg hatten, kann nicht mehr nachvollzogen werden, da die Personalakten der Rechtsanwälte nicht zur Untersuchung zur Verfügung gestellt wurden. Wenn es Amberger Richter getroffen hat, waren diese, jedenfalls zum Beginn des Untersuchungszeitraumes, nicht mehr im Amt.

Neben den personellen Umstellungen gab es aber auch eine Reihe von neuen Vorschriften in Bezug auf die Durchführung der Ehescheidungsverfahren. Mit der Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Ehegesetzes zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet (Ehegesetz) vom 27. Juli 1938³⁸⁶ wurde das vorgelagerte Sühneverfahren und die Mitwirkung des Staatsanwaltes in Ehescheidungsverfahren eingeführt. Hierzu wurde in § 607 ZPO n.F. geregelt, dass der Staatsanwalt in Ehesachen zur Mitwirkung befugt war, um die vom Standpunkt der Volksgemeinschaft für die Aufrechterhaltung oder die Auflösung der Ehe sprechenden Umstände geltend zu machen. Eine Einflussnahme des Staatsanwaltes auf die Verfahren konnte in den von mir untersuchten Verfahrensakten nicht nachgewiesen werden. Es findet sich jedoch in den Akten der Hinweis, dass die Verfahrensakten der Staatsanwaltschaft vorgelegt wurden. In den Entscheidungsgründen der Urteile findet sich häufig der Hinweis, dass § 607 ZPO beachtet wurde. Inwieweit die Staatsanwaltschaft tatsächlich auf die Verfahren eingewirkt hat, ist nicht mehr nachvollziehbar. Eine Teilnahme eines Staatsanwaltes in einer mündlichen Verhandlung ist jedenfalls in keiner Akte belegbar. Möglicherweise hat es aber auch Absprachen gegeben, die nicht in den Akten auftauchen. Ich halte dies jedoch für eher unwahrscheinlich. Zum einen wurde zumindest ein Richter, der am Landgericht auch für Ehescheidungsverfahren zuständig war, des Öfteren zu der Staatsanwaltschaft versetzt, wenn dort Personalknappheit herrschte.³⁸⁷ Es ist unwahrscheinlich, dass der Scheidungsrichter, der Dienst bei der Staatsanwaltschaft verrichtete, seinen Richterkollegen Hinweise in Bezug auf den Standpunkt der Volksgemeinschaft gab. Daneben waren mindestens zwei Staatsanwälte familiär mit den vor dem Landgericht auftretenden Rechtsanwälten verbunden, so dass eine Einmischung von dieser Seite ebenso unwahrscheinlich war. Daneben wurde in § 32 der Verordnung zur Durchführung des Ehegesetzes³⁸⁸ die obligatorische Durchführung eines Sühnetermins eingeführt. Der Sühneversuch war nur dann

³⁸⁴ § 7 Abs. 2 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bzw. § 1 Abs. 1 Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft.

³⁸⁵ RGBL. I. 1938, 1403.

³⁸⁶ RGBL. I. 1938, 923 ff.

³⁸⁷ Sammelakten der Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg, Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten (3263), E 32, Blatt 50 ff.

³⁸⁸ Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet (Ehegesetz) vom 27. Juli 1938, RGBL. I 1938, 923 ff.

entbehrlich, wenn mit Bestimmtheit vorauszusehen war, dass der Sühneversuch erfolglos sein würde, § 609 ZPO n.F. Dennoch wurde in lediglich 10% der von mir untersuchten Verfahren ein derartiger Sühneversuch durchgeführt. In 90% der Verfahren war der Sühneversuch offensichtlich erfolglos. In § 622 ZPO wurde durch die Durchführungsverordnung³⁸⁹ der Amtsermittlungsgrundsatz in Ehescheidungsverfahren eingeführt. Hierbei galt jedoch einschränkend, dass das Gericht nur die nicht vorgetragenen Tatsachen berücksichtigen durfte, die zur Aufrechterhaltung der Ehe dienten.

Mit § 5 der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung und der Rechtspflege vom 1. September 1939³⁹⁰ wurde angeordnet, dass die Kammern der Landgerichte nicht mehr als Kollegialorgan mit drei Richtern zu besetzen waren, sondern dass der Einzelrichter zu entscheiden hatte.³⁹¹ Diese Verordnung sollte nicht unbefristet gelten, sondern der Reichsminister der Justiz sollte entscheiden können, wann die Verordnung wieder außer Kraft trat, § 45 der VO.³⁹² Es gab jedoch Überlegungen, die Einführung der Einzelrichterbesetzung über den Krieg hinaus fortbestehen zu lassen, weil man darüber diskutierte, das Führerprinzip auch in der Rechtspflege einzuführen.³⁹³ In der am gleichen Tag verkündeten Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete des bürgerlichen Streitverfahrens, der Zwangsvollstreckung, des Konkurses und des bürgerlichen Rechts³⁹⁴ (Schutzverordnung) wurde in Art. 1 bestimmt, dass in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten das Verfahren unterbrochen wurde, wenn eine Partei durch die besonderen Verhältnisse betroffen war, die sich aus der politischen Lage ergaben. Betroffene waren Wehrmachtsangehörige, jemand, der zur ständigen Dienstleistung außerhalb seines regelmäßigen Wohnsitzes herangezogen wurde und wer sich dienstlich im Ausland aufhielt. Bei der zweiten und dritten Gruppe musste die Person jedoch durch die besonderen politischen Verhältnisse betroffen sein, vgl. Art. 1 Abs. 2. Hiervon wurde eine Ausnahme gemacht, wenn der Betroffene durch einen Prozessbevollmächtigten vertreten war, Art. 1 Abs. 3. Diese Verordnungen waren aber nichts Neues. Es gab schon im Ersten Weltkrieg ähnliche Maßnahmen. Schönke behauptet, dass die Bestimmungen der Schutzverordnung in vielen Bereichen den Bestimmungen dem Gesetz betreffend den Schutz der infolge des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen vom 4. August 1914 entsprechen.³⁹⁵

Nach der viel zitierten Rede Adolf Hitlers im Reichstag am 26.04.1942, beschloss der Reichstag am selben Tag,³⁹⁶ dass der Führer ungeachtet bestehender Gesetze das Recht

³⁸⁹ Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet (Ehegesetz) vom 27. Juli 1938, RGBl. I 1938, 923 ff.

³⁹⁰ RGBl. I 1939, 1658 ff.

³⁹¹ Adolf Schönke, Das Zivilprozeßrecht des Krieges, 1940, S. 14.

³⁹² RGBl. I 1939, 1658 ff.

³⁹³ Adolf Schönke, Das Zivilprozeßrecht des Krieges, 1940, S. 10.

³⁹⁴ RGBl. I 1939, S. 1656.

³⁹⁵ Adolf Schönke, Das Zivilprozeßrecht des Krieges, 1940, S. 12.

³⁹⁶ RGBl. I 1942, 247.

habe, jeden Deutschen mit allen ihm geeignet erscheinenden Mitteln zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten und bei Verletzung dieser Pflichten nach gewissenhafter Prüfung ohne Rücksicht auf wohlerworbene Rechte mit der ihm gebührenden Sühne zu belegen und ihn ohne Einleitung eines besonderen Verfahrens aus dem Amte, seinem Rang und seiner Stellung zu entfernen. Eine derartige Amtsenthebung konnte in den von mir untersuchten Verfahren nicht nachgewiesen werden.

In dem Führererlass vom 21.März 1942³⁹⁷ wurde angeordnet, dass die Verfahren in Zivilsachen so weit zu vereinfachen und zu beschleunigen seien, wie dies mit dem Zweck des Verfahrens noch vereinbar sei. Gerichtliche Entscheidungen sollten in bündiger Kürze unter Beschränkung auf das unbedingt Notwendige abgefasst werden. Basierend auf diesem Führererlass erging am 16.Mai 1942 die Verordnung zur weiteren Vereinfachung der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege und des Kostenrechts (Dritte Vereinfachungsverordnung – 3.VereinfV).³⁹⁸ In § 2 dieser Verordnung wurde angeordnet, dass sich das Gericht bei der Abfassung von Entscheidungen, die einer Begründung bedürfen, auf die gedrängte Zusammenfassung der zum Verständnis der Entscheidung unbedingt wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkte zu beschränken. Diese Verkürzung des Umfangs der Urteile wurde auch in den von mir untersuchten Verfahren umgesetzt. Während 1938 ein durchschnittlicher Tatbestand 2,5 Seiten lang war und die Entscheidungsgründe durchschnittlich noch 3,3 Seiten, waren von 1942 bis 1944 die Tatbestände durchschnittlich zwischen 1,5 und 1,7 Seiten lang und die Entscheidungsgründe zwischen 2,4 und 1,75 Seiten.³⁹⁹ Neben dieser Vereinfachung konnten die Rechtsmittelgerichte die Rechtsmittel auch ohne mündliche Verhandlung durch Beschluss verwerfen, § 6 der VO.

Ebenfalls auf dem Führererlass vom 21.März 1942 basierend wurde die Verordnung über Kriegsmaßnahmen auf dem Gebiete der bürgerlichen Rechtspflege (Kriegsmaßnahmenverordnung) vom 12.Mai 1943 erlassen.⁴⁰⁰ Nach § 1 dieser Verordnung hatten die Gerichte die Bearbeitung bürgerlicher Rechtsstreitigkeiten zurückzustellen, soweit deren Erledigung während des Krieges nicht dringlich war. Die Entscheidung der Zurückstellung war unanfechtbar. Auch von dieser Vorschrift machte das Landgericht Amberg regen Gebrauch. Während in den Jahren 1938 bis 1942 noch jährlich zwischen 8 und 17 Verfahren durch Klagerücknahme beendet wurden, stieg die Zahl der Klagerücknahmen in den Jahren 1943 und 1944 auf 31 bzw. 35 an.

Mit der Verordnung über außerordentliche Maßnahmen auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts, der bürgerlichen Rechtspflege und des Kostenrechts aus Anlaß des totalen Krieges (Zweite Kriegsmaßnahmenverordnung) vom 27.September 1944⁴⁰¹ wurde die Möglichkeit der Berufung gegen landgerichtliche Urteile (§ 1 der VO) aufgehoben. In § 7 dieser Verordnung wurde angeordnet, dass der Richter die Befreiung vom An-

³⁹⁷ RGBl. I 1942, 139.

³⁹⁸ RGBl. I 1942, 333.

³⁹⁹ Vergleich hierzu die Auswertung oben.

⁴⁰⁰ RGBl. I 1943, 290.

⁴⁰¹ RGBl. I 1944, 229.

waltszwang auf Antrag oder von Amts wegen anordnen konnte, wenn eine ausreichende Vertretung nicht zu erlangen war oder die Befreiung aus sonstigen Gründen sachdienlich war. Von der Befreiung von dem Anwaltszwang machte das Landgericht Amberg praktisch keinen Gebrauch. In den von mir untersuchten Verfahren sind in lediglich 5 Verfahren auf der Beklagtenseite keine Rechtsanwälte aufgetreten. Dabei war in einem Verfahren eine öffentliche Zustellung erforderlich, weil der Beklagte unbekannten Aufenthaltes war.⁴⁰² In einem weiteren Verfahren war die Beklagte zwar anwaltlich vertreten, aber durch einen nicht beim Landgericht Amberg zugelassenen Anwalt. In diesem Verfahren weigerte sich die Beklagte vor Gericht zu erscheinen. In einem Verfahren war die Beklagte ebenfalls nicht anwaltlich vertreten. Gegen die Beklagte lief ein Entmündigungsverfahren, was deutlich macht, dass der anwaltliche Beistand besonders nötig gewesen wäre. Das Gericht schied aber dennoch am 22.12.1943 die Ehe, obwohl Anwaltszwang bestand.⁴⁰³ In dem Verfahren R 12/44 wurde das Urteil ebenfalls vor Erlass der Vereinfachungsverordnung erlassen. Auch hier war die Beklagte nicht anwaltlich vertreten, obwohl sie einen Anwalt auf Armenrecht beantragt hatte. In dem Verfahren R 115/43 war der Beklagte im Zuchthaus inhaftiert. Das Gericht ordnete ihm keinen Armenrechtsanwalt bei, obwohl der Beklagte darauf hingewiesen hatte, dass er nicht in der Lage sei, sich selbst zu verteidigen. Das Gericht wies sodann auch noch im Urteil darauf hin, dass der vom Beklagten erhobene Widerspruch gegen die Scheidung nicht zu prüfen sei, weil er nicht anwaltlich vertreten war. In den fünf Verfahren, in denen eine Partei nicht anwaltlich vertreten war, basierte dies jedenfalls nicht auf der Zweiten Kriegsmaßnahmenverordnung.

4. Zusammenfassung

Die Intention des neuen Ehegesetzes war, zerrüttete Ehen zu scheiden. Basierend auf dem Wortlaut sollte der oder die Beklagte ein Widerspruchsrecht gegen die Scheidung haben. Bereits mit den ersten Entscheidungen des Reichsgerichtes wurde dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis umgekehrt und der Widerspruch sollte grundsätzlich unbeachtlich sein. Dabei entwickelte das Reichsgericht jedoch eine für die unteren Gerichte schwer nachvollziehbare Einzelfallrechtsprechung, bei der vom Ergebnis her gedacht, einmal die Ehe geschieden wurde oder auch nicht. Neben dem Ehegesetz ergingen mehrere Änderungsvorschriften, in denen der gerichtliche Alltag maßgeblich geändert wurde. Einschneidend waren hier vor allem die Einzelrichterbesetzung und die Beschleunigung der Verfahren durch Verkürzung der abzufassenden Entscheidungen. Weniger Einfluss hatte jedoch die Mitwirkung des Staatsanwaltes in bürgerlich-rechtlichen Verfahren sowie die Einführung eines obligatorischen Sühneverfahrens. Die beiden letztgenannten Neuerungen hatten in der Praxis keine Auswirkung, ebenso wie die Aufhebung des Anwaltszwanges ab 1944.

⁴⁰² R 53/38.

⁴⁰³ R 57/43.

IV. DAS LANDGERICHT AMBERG IM DRITTEN REICH

Um die Rechtsprechung des Landgerichts Amberg nachvollziehen zu können, ist es notwendig, nicht nur die Urteile zu untersuchen, sondern darüber hinaus zu untersuchen, wie die äußeren Lebensumstände für die Parteien, aber genauso für die Richter waren.⁴⁰⁴ Amberg war eine kleine Stadt, die lediglich ca. 50 km Luftlinie von Nürnberg entfernt liegt, wo die großen Reichsparteitage der Nationalsozialisten stattfanden. Bei mehreren hunderttausend Besuchern der Reichsparteitage⁴⁰⁵ ist davon auszugehen, dass auch die Amberger Bevölkerung angesichts der Nähe zu Nürnberg, zumindest mittelbar von diesen Ereignissen betroffen war.

1. Das Umfeld des Amberger Landgerichts

a. Die geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung

Die Stadt Amberg hat heute etwa 45.000 Einwohner⁴⁰⁶. Geografisch liegt Amberg ca. 50 km östlich von Nürnberg und ca. 50 km nördlich von Regensburg. Der Landkreis Amberg – Sulzbach liegt in der Oberpfalz, an der Grenze zu Tschechien.

Im Jahr 1939 lebten in Amberg rund 28.900 Einwohner⁴⁰⁷. Davon waren 81,3 % katholisch und 16,79 % evangelisch⁴⁰⁸.

Amberg war die frühere Hauptstadt der Oberpfalz⁴⁰⁹ bis der Regierungssitz von Amberg nach Regensburg verlegt wurde. Nachdem Amberg nur über eine Nebenstrecke an das Eisenbahnnetz angeschlossen wurde,⁴¹⁰ verlor die Stadt zunehmend an Bedeutung. Anders, als im restlichen Bayern spielte damals in Amberg die Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle.⁴¹¹ 43,7 % der Erwerbstätigen waren im Bereich der Industrie und im Bergbau tätig.⁴¹² Ein weiterer Hauptarbeitsbereich war die Verwaltung mit 10,1 % der

⁴⁰⁴ Vgl. Michael Stolleis, Dieter Simon, Vorurteile und Werturteile der rechtshistorischen Forschung, in: Heinz Holzauer, NS- Recht in historischer Perspektive, 1981, S. 27.

⁴⁰⁵ Wolfgang Benz, Geschichte des Dritten Reiches, 2008, S. 67.

⁴⁰⁶ Stadt Amberg, Statistisches Jahrbuch, 11. Ausgabe, 2006/2007, S. 25.

⁴⁰⁷ Elfriede Reindl, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Amberg 1914 bis 1945, Diplomarbeit 1990, S. 49.

⁴⁰⁸ Elfriede Reindl, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Amberg 1914 bis 1945, Diplomarbeit 1990, S. 49.

⁴⁰⁹ Volker Nichelmann: Die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung Ambergs im 19. und 20. Jahrhundert (1800-1945), in: Amberg 1034 – 1984: Aus tausend Jahren Stadtgeschichte, Ausstellung des Staatsarchivs Amberg und der Stadt Amberg in den Rathaussälen zu Amberg aus Anlass der 950 – Jahrfeier der Stadt Amberg, 1984, S. 283.

⁴¹⁰ Volker Nichelmann: Die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung Ambergs im 19. und 20. Jahrhundert (1800-1945), in: Amberg 1034 – 1984: Aus tausend Jahren Stadtgeschichte, Ausstellung des Staatsarchivs Amberg und der Stadt Amberg in den Rathaussälen zu Amberg aus Anlass der 950 – Jahrfeier der Stadt Amberg, 1984, S. 283.

⁴¹¹ Christine Plößl, Zulassungsarbeit: „Geschichte der politischen Strömungen in Amberg, 1928 – 1933“, 1977, S. 10; danach waren nur 5,7 % der Erwerbstätigen in Amberg im Bereich Landwirtschaft tätig, während im restlichen Bayern 41,7 % der Erwerbstätigen im Bereich der Landwirtschaft tätig waren.

⁴¹² Christine Plößl, Zulassungsarbeit: „Geschichte der politischen Strömungen in Amberg, 1928 – 1933“,

Erwerbstätigen.⁴¹³ Dies lag unter anderem daran, dass Amberg als alte Garnisonsstadt Sitz von mehreren Kasernen war.⁴¹⁴ In dem zu untersuchenden Zeitraum herrschte in Amberg enormer Wohnungsmangel, so waren z.B. 1925 rund 1.700 Wohnungssuchende gemeldet, was 6,5% der Gesamtbevölkerung entsprach.⁴¹⁵ Der größte Arbeitgeber der Region war die Luitpoldhütte, eine Eisenproduktionsstätte in der bis zu 2.447 Arbeitnehmer beschäftigt waren.⁴¹⁶ Daneben gab es mehrere andere größere Industriebetriebe, u.a. einen Emailbetrieb mit durchschnittlich 1.500 Arbeitnehmern.⁴¹⁷

Aufgrund der geringen Anzahl an Landwirtschaftsbetrieben und der auf Industrie ausgerichteten Erwerbsstruktur wurde die Region um Amberg von der Weltwirtschaftskrise besonders stark betroffen, was zu einer hohen Arbeitslosenquote führte.⁴¹⁸ Bereits 1929 wurde eine Arbeitslosenzahl von 3.406 erreicht, was bei einer Gesamtbevölkerung von rund 26.000 bereits eine sehr hohe Zahl ist.⁴¹⁹ Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich in den folgenden Jahren weiter. Im Jahr 1931 waren schließlich 5.782 Personen arbeitslos.⁴²⁰ Dies änderte sich nach der Machtergreifung Hitlers dramatisch. Zum Stichtag 20. Juli 1935 waren noch 85 Personen arbeitslos, im Herbst 1937 waren nur noch 17 Personen arbeitslos und im Frühjahr 1938 gab es nach der offiziellen Statistik keine Arbeitslosigkeit mehr.⁴²¹

b. Die politische Lage in Amberg

Wann genau in Amberg eine Ortsgruppe der NSDAP gegründet wurde, lässt sich nicht mehr eindeutig feststellen. Die Berichterstattung in der Amberger Tageszeitung „Amberger Tagblatt“ beginnt in den letzten Tagen des Jahres 1922, ohne Hinweis auf eine

1977, S. 10; im restlichen Bayern nur 27,9 %.

⁴¹³ Christine Plößl, Zulassungsarbeit: „Geschichte der politischen Strömungen in Amberg, 1928 – 1933“, 1977, S. 10; im restlichen Bayern dagegen nur 3,8 %.

⁴¹⁴ Elfriede Reindl, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Amberg 1914 bis 1945, Diplomarbeit 1990, S. 46.

⁴¹⁵ Christine Plößl, Zulassungsarbeit: „Geschichte der politischen Strömungen in Amberg, 1928 – 1933“, 1977, S. 8.

⁴¹⁶ Volker Nichelmann: Die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung Ambergs im 19. und 20. Jahrhundert (1800-1945), in: Amberg 1034 – 1984: Aus tausend Jahren Stadtgeschichte, Ausstellung des Staatsarchivs Amberg und der Stadt Amberg in den Rathaussälen zu Amberg aus Anlass der 950 – Jahrfeier der Stadt Amberg, 1984, S. 293.

⁴¹⁷ Christine Plößl, Zulassungsarbeit: „Geschichte der politischen Strömungen in Amberg, 1928 – 1933“, 1977, S. 11.

⁴¹⁸ Hannelore Fleißer, Amberg in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, in: Amberg 1034 – 1984: Aus tausend Jahren Stadtgeschichte, Ausstellung des Staatsarchivs Amberg und der Stadt Amberg in den Rathaussälen zu Amberg aus Anlass der 950 – Jahrfeier der Stadt Amberg, 1984, S. 328.

⁴¹⁹ Hannelore Fleißer, Amberg in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, in: Amberg 1034 – 1984: Aus tausend Jahren Stadtgeschichte, Ausstellung des Staatsarchivs Amberg und der Stadt Amberg in den Rathaussälen zu Amberg aus Anlass der 950 – Jahrfeier der Stadt Amberg, 1984, S. 328.

⁴²⁰ Hannelore Fleißer, Amberg in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, in: Amberg 1034 – 1984: Aus tausend Jahren Stadtgeschichte, Ausstellung des Staatsarchivs Amberg und der Stadt Amberg in den Rathaussälen zu Amberg aus Anlass der 950 – Jahrfeier der Stadt Amberg, 1984.

⁴²¹ Hannelore Fleißer, Zulassungsarbeit: Die NSDAP und ihre Gliederungen in Amberg im Bild der Amberger Presse (1919 – 1945), 1980, S. 8 f.

Gründungsveranstaltung.⁴²² Nachdem die NSDAP aufgrund des gescheiterten Putschversuchs verboten wurde, berichtete das Amberger Tagblatt am 12.3.1925, dass sich die Ortsgruppe der NSDAP neu gegründet habe und die Mitglieder aus dem Völkischen Block ausgeschieden seien.⁴²³ Die Ortsgruppe der NSDAP in Amberg war eine der wichtigsten in der Oberpfalz.⁴²⁴ Bei der letzten freien Reichstagswahl am 5.3.1933 ergaben sich folgende Wahlergebnisse:⁴²⁵

Partei	Amberg	Oberpfalz	Bayern	Deutschland
NSDAP	28,2	34,0	42,6	43,8
BVP	38,7	44,1	27,2	2,7
SPD	20,8	11,5	15,5	18,3
KPD	6,1	5,1	5,8	12,3

Bei der Landtagswahl 1932 ergaben sich folgende Wahlergebnisse:⁴²⁶

Partei	Amberg	Oberpfalz	Bayern
NSDAP	27,3	20,5	32,5
BVP	39,8	53,6	32,6
SPD	19,2	10,9	15,4
KPD	6,6	5,2	6,6

Bei der Kommunalwahl 1929 ergab sich folgende Sitzverteilung von insgesamt 30 Stadtratssitzen:⁴²⁷

BVP	NSDAP	DDP	Völkische	SPD	Sonstige
14	2	1	2	9	2

Bei den Wahlergebnissen fällt auf, dass die Wahlerfolge der NSDAP in Amberg, insbesondere bei der Reichstagswahl 1933, deutlich hinter dem bayernweiten und deutsch-

⁴²² Christine Plößl, Zulassungsarbeit: „Geschichte der politischen Strömungen in Amberg, 1928 – 1933“, 1977, S. 57.

⁴²³ Christine Plößl, Zulassungsarbeit: „Geschichte der politischen Strömungen in Amberg, 1928 – 1933“, 1977, S. 58.

⁴²⁴ Hannelore Fleißer, Amberg in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, in: Amberg 1034 – 1984: Aus tausend Jahren Stadtgeschichte, Ausstellung des Staatsarchivs Amberg und der Stadt Amberg in den Rathaussälen zu Amberg aus Anlass der 950 – Jahrfeier der Stadt Amberg, 1984, S. 332; Sie bezeichnet die Amberger Ortsgruppe als Mutter aller Ortsgruppen in der Oberpfalz..

⁴²⁵ Hannelore Fleißer, Amberg in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, in: Amberg 1034 – 1984: Aus tausend Jahren Stadtgeschichte, Ausstellung des Staatsarchivs Amberg und der Stadt Amberg in den Rathaussälen zu Amberg aus Anlass der 950 – Jahrfeier der Stadt Amberg, 1984, S. 342 und http://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl#Ergebnisse_der_Reichstagswahlen_1919-1933.

⁴²⁶ Hannelore Fleißer, Amberg in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, in: Amberg 1034 – 1984: Aus tausend Jahren Stadtgeschichte, Ausstellung des Staatsarchivs Amberg und der Stadt Amberg in den Rathaussälen zu Amberg aus Anlass der 950 – Jahrfeier der Stadt Amberg, 1984, S. 343.

⁴²⁷ Hannelore Fleißer, Amberg in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, in: Amberg 1034 – 1984: Aus tausend Jahren Stadtgeschichte, Ausstellung des Staatsarchivs Amberg und der Stadt Amberg in den Rathaussälen zu Amberg aus Anlass der 950 – Jahrfeier der Stadt Amberg, 1984,.

landweiten Trend zurückgeblieben sind. Das mag mit der engen Verwurzelung der BVP zusammenhängen, die ja traditionell von Katholiken gewählt wurde. Wie oben bereits festgestellt wurde, war die Amberger Bevölkerung größtenteils katholisch.

Wie katholisch die Amberger waren, lässt sich an einem Vorfall im September 1941 erkennen. Der Kultusminister Wagner hatte angeordnet, dass die Kruzifixe aus den Schulzimmern entfernt werden sollten (Kruzifixerlass). Nach der Meinung des Kultusministers waren kirchlicher Bilderschmuck und Kruzifixe in der Schule am falschen Ort und sollten daher entfernt werden.⁴²⁸ Dies erregte die Amberger Bevölkerung so sehr, dass im September 1941 rund 500 Personen gegen diesen Kruzifixerlass demonstrierten, wobei eine erregte Mutter sogar ihr goldenes Mutterkreuz zurückschickte.⁴²⁹ Daraufhin wurden die Kruzifixe wieder aufgehängt. Das zeigt, dass selbst 1941 die Bevölkerung noch nicht komplett gleichgeschaltet war und sich bei entsprechenden Anlässen auch noch traute, sich den Machthabern entgegenzusetzen.

Nach dem Wahlerfolg der NSDAP am 5.3.1933 wurde der Oberbürgermeister der Stadt Amberg „beurlaubt“ und der Stadtrat proportional nach dem Wahlergebnis bei der Reichstagswahl, umgebildet.⁴³⁰ Danach erhielt die NSDAP von den nunmehr 20 Sitzen 6, die BVP 9 Sitze, die SPD 4 Sitze und die Kampffront schwarz-weiß-rot 1 Sitz.⁴³¹ Die BVP hatte einem Bericht des Amberger Tagblatts vom 27.04.1933 zufolge, dem Antrag der NSDAP, die SPD-Stadträte aus allen Ausschüssen auszuschließen, zugestimmt.⁴³² Dies ist umso verwunderlicher, als die BVP mehr Stimmen hatte, als die NSDAP. Dieser Opportunismus half der BVP freilich wenig, weil die Stadtratsmitglieder der BVP Ende Juni 1933 in Haft genommen wurden. Sie wurden zwar wieder entlassen, stellten aber danach ihre Mandate der NSDAP zur Verfügung.⁴³³ Interessant ist dabei, dass der Amberger Rechtsanwalt Alois Diem, der 1919 für die Deutsche Demokratische Partei in den Amberger Stadtrat eingezogen ist, die Partei gewechselt hat und 1933 für die NSDAP in den Stadtrat eingezogen ist.⁴³⁴

Die Amberger Rechtsanwälte waren überhaupt politisch aktiv. Im Stadtrat, der 1919 gewählt wurde, waren die Rechtsanwälte Dr. Joseph Steininger (BVP) und Alois Diem

⁴²⁸ Hannelore Fleißer, Amberg in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, in: Amberg 1034 – 1984: Aus tausend Jahren Stadtgeschichte, Ausstellung des Staatsarchivs Amberg und der Stadt Amberg in den Rathausssälen zu Amberg aus Anlass der 950 – Jahrfeier der Stadt Amberg, 1984, S. 339.

⁴²⁹ Elfriede Reindl, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Amberg 1914 bis 1945, Diplomarbeit 1990, S. 150.

⁴³⁰ Hannelore Fleißer, Zulassungsarbeit: Die NSDAP und ihre Gliederungen in Amberg im Bild der Amberger Presse (1919 – 1945), 1980, S. 68.

⁴³¹ Hannelore Fleißer, Zulassungsarbeit: Die NSDAP und ihre Gliederungen in Amberg im Bild der Amberger Presse (1919 – 1945), 1980, S. 68.

⁴³² Hannelore Fleißer, Zulassungsarbeit: Die NSDAP und ihre Gliederungen in Amberg im Bild der Amberger Presse (1919 – 1945), 1980, S. 68.

⁴³³ Hannelore Fleißer, Zulassungsarbeit: Die NSDAP und ihre Gliederungen in Amberg im Bild der Amberger Presse (1919 – 1945), 1980, S. 68.

⁴³⁴ Christine Plößl, Zulassungsarbeit: „Geschichte der politischen Strömungen in Amberg, 1928 – 1933“, 1977, S. 112 und 117.

(DDP) vertreten.⁴³⁵ Im Stadtrat, der 1924 gewählt wurde, war der Rechtsanwalt Dr. Joseph Steininger (BVP) vertreten.⁴³⁶ Im 1929 gewählten Stadtrat waren die Rechtsanwälte Sebastian Birkel (BVP), Michael Wirsching (BVP) und später Alois Diem (NSDAP) vertreten.⁴³⁷

c. Amberg während des Krieges

Amberg wurde von Luftangriffen weitgehend verschont. Der erste Luftangriff fand am 09.04.1945 statt und forderte 50 Todesopfer, ein zweiter Luftangriff fand am 11.04.1945 statt und forderte 15 Todesopfer.⁴³⁸ Die Amberger Innenstadt blieb dabei jeweils vollständig verschont. Die Stadt wurde zwar von weiteren Luftangriffen verschont, es fanden jedoch häufig Tieffliegerangriffe statt, bei denen mit Bordwaffen in die Stadt geschossen wurde.⁴³⁹

Die Stadt Amberg wurde am 23.04.1945 an die Amerikaner übergeben. Aufgrund der vielen Kasernen wurden in Amberg zunächst viele Flüchtlinge einquartiert. Die Einwohnerzahl stieg von rund 30.000 auf mehr als 50.000 Einwohner an.⁴⁴⁰

d. Berichte aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Nürnberg

Wie die Lage und die Haltung der Bevölkerung im Oberlandesgerichtsbezirk Nürnberg tatsächlich war, ist kaum rekonstruierbar. Einen guten Eindruck über die Lage kann man jedoch aus den Berichten des Generalstaatsanwaltes und des Oberlandesgerichtspräsidenten an das Reichsjustizministerium gewinnen.⁴⁴¹

Bericht des Generalstaatsanwalts an den Reichsjustizminister vom 30.01.1943:⁴⁴²

„Die allgemeine Stimmung wurde in der Berichtszeit völlig von den militärischen Ereignissen beherrscht. Freudig wurden die großen Erfolge unserer U-Boote auf allen Meeren aufgenommen. Mit Ernst, aber großer Zuversicht wurden die harten Kämpfe um Stalingrad verfolgt. Die Zurücknahme der Front in Nordafrika und die Landung britisch-amerikanischer Streit-

⁴³⁵ Christine Plößl, Zulassungsarbeit: „Geschichte der politischen Strömungen in Amberg, 1928 – 1933“, 1977, S. 111 f.

⁴³⁶ Christine Plößl, Zulassungsarbeit: „Geschichte der politischen Strömungen in Amberg, 1928 – 1933“, 1977, S. 113.

⁴³⁷ Christine Plößl, Zulassungsarbeit: „Geschichte der politischen Strömungen in Amberg, 1928 – 1933“, 1977, S. 115 und 117.

⁴³⁸ Dr. Rudolf Regler, Das Kriegsende in Amberg 1945, 1995, S. 8.

⁴³⁹ Dr. Rudolf Regler, Das Kriegsende in Amberg 1945, 1995, S. 9.

⁴⁴⁰ Hannelore Fleißer, Zulassungsarbeit: Die NSDAP und ihre Gliederungen in Amberg im Bild der Amberger Presse (1919 – 1945), 1980, S. 98.

⁴⁴¹ Zu den Berichten beispielsweise aus Hessen: Heinz Boberach, Die Berichte der Oberlandesgerichts-Präsidenten und Generalstaatsanwälte aus Hessen im Zweiten Weltkrieg, in: Franz Josef Düwell, Thomas Vornbaum, Themen juristischer Zeitgeschichte, Schwerpunktthema: Recht und Nationalsozialismus, 1. Auflage 1998, S. 61 ff.

⁴⁴² Aktenbestand des Bayerischen Staatsarchivs Nürnberg; Bestand Oberlandesgericht Nürnberg, Nr. 760, Rep.-Nr. 280/2.

kräfte in Französisch-Nordafrika beunruhigten zunächst. Die wirksamen Gegenmaßnahmen der Achsenmächte führte aber bald zu der Erkenntnis, dass ein entscheidender Erfolg dem alliierten Unternehmen nicht beschieden sein kann. Die schweren Abwehrkämpfe im Osten und vor allen die Einschließung der 6.Armee in Stalingrad haben auf die Stimmung drückend gewirkt, tragen aber dazu bei, den Kampfwillen in einem bisher nicht gekannten Maße in klarer Erkenntnis der bolschewistischen Gefahr zu steigern. Einschneidenden Maßnahmen in Richtung auf die totale Kriegführung wird mit Ruhe und innerer Aufnahmebereitschaft entgegenstehen. (...) Während sich im letzten Halbjahr 1943 die Überzeugung durchgesetzt hatte, dass mit einer langen Kriegsdauer zu rechnen sei, lässt sich in der letzten Zeit die vielfach vertretene Auffassung feststellen, 1943 werde der Krieg unter allen Umständen zu unseren Gunsten entschieden. Mehr und mehr hört man davon reden, dass nunmehr wohl zum Gaskrieg übergegangen werde. (...) Die allgemeine Stimmung kann als entschlossen beurteilt werden. Die Siegeszuversicht ist ungebrochen.“

In einem gesonderten Absatz des Lageberichtes führte der Generalstaatsanwalt einen Einzelfall näher aus, der aus Sicht des Generalstaatsanwaltes aber keine Einzelercheinung darstellte. Der Kreisleiter und Bürgermeister einer Gemeinde, der zugleich auch Krankenhausarzt war, musste in einer Morphiumentziehungsanstalt untergebracht werden, da dieser das vorhandene Morphinum hauptsächlich für sich selbst verwendete. Dieser Bericht spricht zwar an, dass die Bevölkerung zunehmend von der Kriegsführung beunruhigt war, dass aber im Großen und Ganzen die Bevölkerung hinter dem Regime stand.

In einem Lagebericht des Oberlandesgerichtspräsidenten, der nur 2 Monate später abgefasst wurde (01.03.1943),⁴⁴³ teilte dieser dem Reichsjustizministerium mit, dass sich die Stimmung in der Bevölkerung allgemein verschlechtert habe. Es trete eine wachsende Kriegsmüdigkeit auf. Dies führt der OLG-Präsident auf die Terrorangriffe der britischen Luftwaffe vom 25./26.02.1943 und 08./09.03.1943 zurück. Die Zahl der ausländischen Arbeiter werde zunehmend als Gefahr angesehen.

„Die geplante Stillegung und Zusammenlegung von Gerichten hat in den betroffenen oder bedrohten Bezirken zum Teil Beunruhigung ausgelöst. Auch untere Parteidienststellen haben dabei gezeigt, dass sie das nötige Verständnis für die Kriegsnotwendigkeiten vermissen lassen. (...) Das Jugendgericht Nürnberg klagt über die zunehmende Verwahrlosung der weiblichen Jugend. In fast allen Strafverfahren und Fürsorgeerziehungsverfahren zeigte sich, dass Mädchen im Alter von 12 bis 17 Jahren hemmungsloser und triebhafter geworden sind als früher. Das Verantwortungsbewusstsein gegenüber Arbeit und Pflichterfüllung sinke in demselben Masse wie die Ver-

⁴⁴³ Aktenbestand des Bayerischen Staatsarchivs Nürnberg; Bestand Oberlandesgericht Nürnberg, Nr. 760, Rep.-Nr. 280/2.

gnügungssucht und der Trieb nach sexuellem Ausleben steigen. Die Einstellung der Eltern zu der sittlichen Verwahrlosung ihrer Töchter sei vielfach ein trauriges Kapitel. Die Gleichgültigkeit und Dummheit der Mütter in Erziehungsfragen sei oft erschreckend. Auffallend ist auch der moralische Zustand der deutschen Frau, wie er in dem Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen zu Tage tritt. Die Urteile des Sondergerichts sprechen hier eine deutliche Sprache. Die Partei hält sich trotz des Erlasses des Führers nicht frei von den Versuchen, auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, insbesondere Mietsachen, Einfluss zu gewinnen. Dabei werden meist Fälle einseitig nach den Angaben der einen Prozesspartei beurteilt und den Richtern leichtfertige und unbegründete Vorwürfe der Pflichtverletzung gemacht.“

Dieser Lagebericht zeigt, dass selbst im März 1943 ein Richter in herausragender Position in der Lage war, Kritik zu üben. In dem Lagebericht wurde deutlich moniert, dass die Partei Einfluss auf die Rechtsprechung nehme. Darüber hinaus wurde deutlich angesprochen, dass die Bevölkerung zunehmend kriegsmüde würde. Deutlicher wird der Vorwurf im Lagebericht des Oberlandesgerichtspräsidenten vom 30.07.1943:⁴⁴⁴

„Die Großoffensive der Russen, die gleichzeitige Landung der Angloamerikaner in Sizilien und die pausenlosen Terrorangriffe der engl.-amerikanischen Flieger waren für den größten Teil des Volkes völlig überraschend. M.E. hätte die Bevölkerung über die Ereignisse vorbereitet werden können und müssen.

Als ich Ende April die Front verließ, waren wir uns draußen darüber im Klaren, dass nach dem Verlust der Armeen in Südrußland und Afrika die Kräfte für eine große deutsche Offensive im Jahre 1943 nicht ausreichen würden. Vielmehr rechnete man damit, daß sich in diesem Jahre die materielle und personelle Überlegenheit unserer Gegner voll auswirken werde und erblickte daher die Hauptaufgabe in der Vorbereitung der Abwehr der zu erwartenden Großangriffe. Schon im Mai wurden große Truppen- und Panzerzusammenziehungen der Russen im Raum Orel-Kursk festgestellt. Mit einer Landung der Angloamerikaner unter dem Schutz ihrer vereinigten Flotten musste gerechnet werden. Wir waren aber auch der festen Überzeugung, dass wir letzten Endes, wenn auch nach schweren harten Kämpfen, alle Angriffe unserer Gegner abwehren werden. Dieser tatsächlichen Lage hätte m.E. unsere Propaganda Rechnung tragen, das Volk auf schwerste Angriffe vorbereiten und die Abwehr dieses zu erwartenden gigantischen Ansturms als den großen deutschen Sieg 1943 herausstellen müssen. Dieses Versäumnis hat einmal zu Folge, dass das Volk schwer enttäuscht ist über das Ausbleiben der deutschen Gegenschläge und sich nunmehr ganz dem Pessimismus hingibt, zum anderen, daß weite Kreise, die bisher der deut-

⁴⁴⁴ Aktenbestand des Bayerischen Staatsarchivs Nürnberg; Bestand Oberlandesgericht Nürnberg, Nr. 760, Rep.-Nr. 280/2.

schen Propaganda geglaubt haben, an ihrer Richtigkeit zu zweifeln anfangen und den tollen Gerüchten Ohr leihen, die im Umlauf sind.“

Dieser Lagebericht übt harsche Kritik an der nationalsozialistischen Führung und erhebt schwere Vorwürfe. Zu den im vorherigen Lagebericht monierten Einmischversuchen der Partei teilt der OLG-Präsident mit:

„Gelegentlich eines Einzelfalles hat mir der Gaustabsamtsleiter auf meine Vorsprache hin erklärt, dass der Gauleiterstellvertreter an seine nachgeordneten Dienststellen strengste Anordnung gegeben habe, dass sie sich jeder Einmischung in einen schwebenden Prozess zu enthalten hätten. Anlässlich einer Besprechung mit den Landgerichtspräsidenten habe ich diesen Standpunkt des Gauleiterstellvertreters bekanntgegeben. Es ist mir bisher noch kein Fall eines Einmischversuchs gemeldet worden.“

Diese Kritik tat der Karriere jedoch keinen Abbruch. Im Herbst 1943 wurde OLG-Präsident Döbig an das Reichsgericht befördert.⁴⁴⁵ Zwar wurde der OLG-Bezirk Nürnberg als schwieriger Bezirk bezeichnet.⁴⁴⁶ Döbig wurde auch auf Betreiben der NSDAP als OLG-Präsident abgesetzt, weil er den „abgestandenen Ideen“ verhaftet sei und eine Personalpolitik gegen die Partei betreibe.⁴⁴⁷ Vergleicht man die Versetzung an das Reichsgericht mit der Rede Adolf Hitlers am 26.04.1942 im Reichstag, in deren Anschluss der Reichstag beschlossen hat, dass der Führer jederzeit, ohne an die Gesetze gebunden zu sein, jeden Richter aus dem Amt entfernen dürfe,⁴⁴⁸ ist die Versetzung, die wohl einer Beförderung gleichkam, ein erstaunlich mildes Mittel gegen den missliebigen OLG-Präsidenten.

Der nächste Lagebericht datiert vom 02.12.1943 und stammt von dem neuen OLG-Präsidenten Dr. Emmert.⁴⁴⁹ In diesem Lagebericht wird keine Kritik an der Führung geübt, sondern das rasche Zupacken in Italien gelobt und mitgeteilt, dass sich dadurch die Stimmung gehoben habe. Hier wird deutlich, dass der neue OLG-Präsident, der seine Berufung als OLG-Präsident der NSDAP zu verdanken hatte, dieser sehr viel wohlher gesonnen war, als sein Vorgänger. Dies stimmt auch mit der Feststellung von Majer überein, dass zwar 1933 eine erhebliche aber nicht umfassende Neubesetzung der Spitzenpositionen an den Gerichten stattgefunden habe und erst nach 1942 tiefgreifende Neubesetzungen stattgefunden hätten.⁴⁵⁰ Differenzierter fällt hingegen die Bewertung des Verhaltens der Bevölkerung in den vergangenen Monaten aus:

„Die Haltung der Bevölkerung während der Krisenmonate August und September war in den fränkischen Kreisen des OLG-Bezirks ziemlich ein-

⁴⁴⁵ BArch R 3001/22631.

⁴⁴⁶ Diemut Majer, Nationalsozialismus im Lichte der Juristischen Zeitgeschichte, 1. Auflage 2002, S. 63.

⁴⁴⁷ Diemut Majer, Nationalsozialismus im Lichte der Juristischen Zeitgeschichte, 1. Auflage 2002, S. 63.

⁴⁴⁸ RGBl I 1942, 247.

⁴⁴⁹ Aktenbestand des Bayerischen Staatsarchivs Nürnberg; Bestand Oberlandesgericht Nürnberg, Nr. 760, Rep.-Nr. 280/2.

⁴⁵⁰ Diemut Majer, Nationalsozialismus im Lichte der Juristischen Zeitgeschichte, 1. Auflage 2002, S. 68nf.

wandfrei. In den ehemals schwarzen Gegenden der Oberpfalz wagten sich die alten Gegner mehr aus ihren Löchern heraus; die Todesurteile des Volksgerichtshofes wegen wehrkraftzersetzender Äußerungen sorgten dafür, dass sie sich rasch wieder in ihre Schlupfwinkel zurückzogen. Immerhin hat diese Zeit gelehrt, dass das klerikale Lager nach wie vor in Lauerstellung wartet, um bei dem von ihm erhofften Zusammenbruch Deutschlands die bereits nach dem Weltkrieg erstrebte ultramontane Donauföderation zu errichten. Die Bedenken ihrer Schäflein, daß die Russen einen derartigen Staat kaum zuließen, wurde dabei mit dem Hinweis zerstreut, daß Engländer und Amerikaner ihn garantierten; die „Nazi's“ stellten nur aus propagandistischen Gründen die Stärke der Russen so groß heraus; in Wirklichkeit seien die Westmächte schon in der Lage, die russische Invasion abzustoppen.“

Erstaunlich ist auch die Beschreibung des Verhältnisses zwischen Partei und Gerichten:

„Im Berichtszeitraum habe ich fast sämtliche Gerichte des Bezirks besucht. In Apellen oder an Kameradschaftsabenden wies ich darauf hin, dass die Justiz durch den Wechsel in der Führung des Ministeriums und die Beseitigung des Dualismus (Reichsrechtsführer-Reichsminister der Justiz) erstarkt sei und der neue Reichsjustizminister das Ansehen der Gerichte bei Führer, Partei und Volk wieder hergestellt habe. Die Gefolgschaftsmitglieder müßten sich aber in und außer Dienst bewusst sein, dass sie mitverantwortlich seien an der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung. Es müsste von ihnen insbesondere auch in ihrem privaten Leben eine vorbildliche nationalsozialistische Gesinnungs- und Handlungsweise verlangt werden. (...) Es gelang mir in kurzer Zeit ein gutes Verhältnis mit allen Stellen der Partei, den übrigen Behörden einschließlich Polizei und Universität Erlangen (sie hat mich zu ihrem Ehrensenator ernannt) herzustellen. Mit meinen Besuchen bei den Gerichten habe ich die bei den Kreisleitern verbunden. Bei der am 13. bis 15. Dezember stattfindenden Bezirkstagung der Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte werden der Gauleiter, der höhere SS- und Polizeiführer und der Gebietsführer anwesend sein und sprechen. Als ein vorzügliches Mittel der gegenseitigen Annäherung erwiesen sich auch die vom NSRB aufgezogenen Wochenendschulungen, wo neben Rechtswahrern der Justiz auch die der Verwaltung (...) und Männer der Partei anwesend waren. Verschiedene Teilnehmer haben mir erklärt, dass sie niemals damit gerechnet haben, dass der NSRB noch so etwas Vernünftiges auf die Beine brächte wie diese ausgezeichneten Wochenendschulungen.(...) Am meisten Freude aber habe ich darüber empfunden, dass die Schulungen bei den eigenen Gefolgschaftsleuten so gut eingeschlagen und das Kameradschaftsgefühl und den Korpsgeist geweckt haben.“

In eine andere Richtung wiederum geht der Lagebericht vom 03.04.1944. Darin teilte der OLG-Präsident mit, dass der Glaube an den totalen Sieg bei der Bevölkerung völlig erschüttert sei.

„Wenn auch die Angleichung der OLG-Bezirke an die Gaugrenzen, wie überhaupt die Neuorganisation des Aufbaus der Gerichte bis in die Zeit nach dem Siege zurückgestellt wurde, so bitte ich doch jetzt schon auf eine Gefahr hinweisen zu dürfen, welche die Abstimmung der obergerichtlichen Grenzen auf die Gaugrenzen mit sich bringt: Der allenthalben entstandene Gaupartikularismus wird auch auf die Justiz übergreifen. Der Gauleiter wird allzu leicht geneigt sein, den Oberlandesgerichtspräsidenten als „seinen“ Gerichtspräsidenten anzusehen und einen derartigen Einfluss auf das Gerichtswesen und die Justizverwaltung nehmen, dass es unter Umständen dem Chefpräsidenten oft schwer fallen wird, die vom Herrn Reichsminister der Justiz befohlene Linie einzuhalten. Vestigia terrent.“

Am 01.08.1944 teilte der OLG-Präsident wiederum mit, dass die Haltung der Bevölkerung besser denn je sei. Ehescheidungsverfahren würden nur dann durchgeführt, wenn an der Trennung ein öffentliches Interesse bestehe oder wenn ihre Fortsetzung für einen der beiden Ehegatten eine besondere Härte bedeuten würde.

Weitere Lageberichte sind in den Akten des Staatsarchives Nürnberg nicht vorhanden. Die zitierten Lageberichte machen deutlich, dass ein direkter Einfluss nicht ausgeübt wurde, und wenn ein solcher ausgeübt wurde, ist jedenfalls OLG-Präsident Döbig vehement dagegen vorgegangen und nicht davor zurückgeschreckt, dies in einem Lagebericht zu thematisieren. Erstaunlich ist auch, dass der OLG-Präsident im Jahr 1943 noch wagen konnte, offene Kritik am Verhalten der Partei zu üben und dass er im Übrigen kein Blatt vor den Mund genommen hat, aber trotzdem an das Reichsgericht befördert wurde.

2. Statistische Erhebungen zu den Verfahren

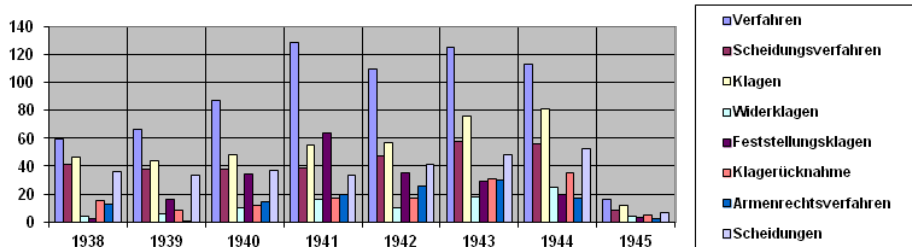
a. Übersicht

Die untersuchten Ehescheidungsakten stellen lediglich einen Teilbereich der durchgeführten Verfahren dar.

	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Gesamtverfahren	59	66	87	128	109	125	113	16
Scheidungsverfahren	41	38	38	39	47	58	56	8
Widerklagen	5	6	10	16	10	18	25	4
Feststellung Vaterschaft	3	16	34	64	35	29	20	3
Klagerücknahmen	15	8	12	17	17	31	35	5
Armenrechtsverfahren	13	1	14	20	26	30	17	2
Geschiedene Ehen	36	33	37	33	41	48	52	7

Scheidungsquote	87,8 %	86,4 %	94,7 %	89,7 %	87,2 %	82,7 %	92,8 %	87,5 %
Fehlende Akten	0	4	3	8	10	7	2	1

Zur Scheidungsquote ermittelte Puerschel ähnliche Zahlen für Hamburg. Dort wurden von den von ihm untersuchten wenigen Fällen, eine Scheidungsquote von 88,1% ermittelt.⁴⁵¹



aa. Entwicklung der Verfahrenszahlen

Auffallend ist, dass die Gesamtzahl der Verfahren trotz des Kriegsausbruches stieg. Im Jahr 1941 gab es doppelt so viele Verfahren vor dem Landgericht Amberg, wie noch 1938. Da aber sowohl Scheidungsverfahren, als auch die Feststellung der Abstammung von den Amberger Richtern durchgeführt wurden, muss das Bild differenzierter betrachtet werden. Die Scheidungsverfahren blieben in den Jahren 1938 bis 1941 relativ konstant. Der von den Gegnern der Zerrüttungsscheidung befürchtete Anstieg der Scheidungsverfahren blieb zunächst aus. Die Anzahl der Abstammungsfeststellungsklagen stieg jedoch exponentiell an. Im Jahr 1938 gab es lediglich 2 Vaterschaftsfeststellungsklagen. Im Jahr darauf waren es bereits 8mal so viele. Im Jahr darauf gab es fast doppelt so viele Vaterschaftsfeststellungsklagen wie im Jahr 1939 und im Jahr 1941 verdoppelte sich die Zahl fast noch einmal. Im Jahr 1942 war die Anzahl der Vaterschaftsfeststellungsklagen wieder auf dem Stand des Jahres 1940 gesunken und ging dann wieder weiter zurück bis 1945 nur noch 3 Vaterschaftsfeststellungsklagen erhoben wurden. Die Ursache dieses drastischen Anstieges mag in der kriegsbedingten Abwesenheit der Ehemänner liegen. Der dadurch zu erwartende Anstieg der Ehescheidungen blieb jedoch aus. Wieso dann im weiteren Verlauf die Vaterschaftsfeststellungsklagen wieder genauso schnell zurückgingen, bedürfte einer gesonderten Untersuchung, da die kriegsbedingte Abwesenheit der Ehemänner ja bis über 1941 hinausging.

bb. Entwicklung der Scheidungsquote

Erstaunlich ist ebenfalls der Anteil der geschiedenen Ehen. Die Scheidungsquote lag in den Jahren 1938 bis 1945 bei durchschnittlich 88,7 %. Die Gegner der Zerrüttungsscheidung hatten eingewendet, dass durch die Einführung der verschuldensunabhän-

⁴⁵¹ Reginald A. Puerschel, Trügerische Normalität in: Klaus Bästlein, Helge Grabitz, Wolfgang Scheffler, „Für Führer, Volk und Vaterland...“, 1. Auflage 1992, S. 394.

gigen Scheidung, eine Prozessflut über die Gerichte hereinbrechen würde.⁴⁵² Diese Prozessflut ist zumindest vor dem Ende des Krieges ausgeblieben. 41 Scheidungsverfahren wurden im Jahr 1938 anhängig gemacht, diese Zahl blieb bis 1941 auf ungefähr gleichem Niveau und stieg erst 1942 auf 47 Verfahren und bildete 1943 den Höhepunkt mit 58 Scheidungsverfahren. Bis zum Ende des Krieges nahm dann die Anzahl der Scheidungsverfahren wieder ab. Erstaunlicherweise stieg zwar nicht die Anzahl der Scheidungsverfahren, wohl aber die Anzahl der Verfahren, in denen eine Widerklage erhoben wurde. 1938 wurde in lediglich 5 Verfahren eine Widerklage erhoben. Die Anzahl der Widerklagen war stetig steigend, lediglich 1942 wurden weniger Widerklagen anhängig gemacht, als im Vorjahr. Im Jahr darauf stieg dafür die Anzahl der Widerklagen im Vergleich zum vorherigen Jahr wieder auf das Niveau des Jahres davor. Schließlich wurde bereits im Jahr 1944 in 25 Verfahren eine Widerklage erhoben.

cc. Auswirkung der Widerklagen auf die Scheidungsquote

Bei näherer Untersuchung der Zahlen stellt man fest, dass die Steigerung der Anzahl der Widerklagen unmittelbar keine Auswirkung auf die Scheidungsquote hatte. Man könnte vermuten, dass mit der Steigerung der Verfahren, wo beide Parteien geschieden sein wollten, auch die Scheidungsquote steigen würde. Von 1938 bis 1941 stieg die Gesamtzahl der Widerklagen jährlich. Die Scheidungsquote ging jedoch zunächst zurück, stieg dann an, um von 1940 auf 1941 drastisch zurückzugehen. Verglichen mit 1941 sank 1942 die Widerklagenquote. Die Scheidungsquote sank zwischen den beiden Jahren ebenfalls. Verglichen mit 1942 gab es jedoch 1943 fast doppelt so viele Widerklagen, die Scheidungsquote sank aber weiter. 1944 stieg die Widerklagenquote nochmals deutlich an und in diesem Jahr stieg die Scheidungsrate, wie in keinem Jahr vorher. Ein erkennbarer Zusammenhang zwischen Widerklage und Scheidungsquote ist daher nach dieser Auswertung nicht erkennbar. Weiter unten wird jedoch noch untersucht, wie sich die Konstellation wo der Kläger die Klage aus § 55 EheG 1938 erhob und der oder die Beklagte Widerklage erhob, auf die Scheidungsquote auswirkte.

dd. Klagerücknahmen

Überraschend ist auch die Quote der Klagerücknahmen. 1938 wurden noch 25,4 % der Klagen wieder zurückgenommen. Im Jahr darauf wurden nur noch 12,1 % der Verfahren zurückgenommen und blieb in den beiden darauffolgenden Jahren mit 13,7 % und 13,2 % relativ konstant. Ab 1942 stieg die Zahl der Klagerücknahmen von 15,6 % auf zunächst 24,8 % und blieb dann 1944 und 1945 mit 30,9 % und 31,2 % wiederum relativ konstant. Eine stetige Entwicklung kann aus diesen Zahlen nicht entnommen werden. Dies liegt aber daran, dass zwar gemessen an den Gesamtverfahren eine geringere Zahl an Klagerücknahmen festgestellt werden kann, nicht aber gemessen an den Scheidungsverfahren. Nimmt man lediglich diesen Wert, bleibt die Anzahl der Klagerücknahmen relativ konstant.

⁴⁵² Z.B. in Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944. Dissertation 1990, 125.

ee. Zusammenfassung

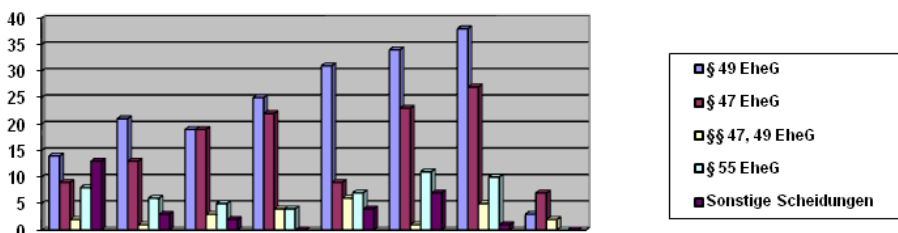
Die von den Gegnern der Zerrüttungsscheidung befürchtete sprunghafte Zunahme der Scheidungsverfahren blieb vor dem Ende des Krieges aus. Bis 1943 gab es eine sprunghafte Zunahme der Vaterschaftsfeststellungsklagen. Die Scheidungsquote blieb bis auf zwei Ausnahmen konstant auf einem hohen Niveau.

b. Verteilung der Scheidungsverfahren

Am häufigsten kamen im alltäglichen Scheidungsalltag die Scheidungsgründe des § 49, § 47 und § 55 EheG vor. Es gab zwar noch weitere Möglichkeiten, eine Ehe zu lösen, die aber in Amberg kaum eine Rolle spielten. Bei einer Klage, die auf § 49 Ehe gestützt wurde, machte der Kläger geltend, dass der andere Ehegatte durch eine sonstige schwere Eheverfehlung oder durch ehrloses oder unsittliches Verhalten die Ehe schuldhaft so tief zerrüttet hat, dass die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht erwartet werden kann, § 49 EheG 1938. Nach § 47 EheG 1938 konnte eine Ehe geschieden werden, wenn der andere Ehegatte die Ehe gebrochen hatte. Nach §§ 47, 49 EheG 1938 wurde die Ehe geschieden, wenn der andere Ehegatte eine ehewidrige Beziehung unterhalten hatte.

Die Entwicklung der Scheidungsverfahren gestaltet sich wie folgt:

	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Klage-verfahren	41	38	38	39	47	58	56	16
Klagen gesamt (inkl WK)	46	44	48	55	57	76	81	12
Klage aus § 49 EheG	14	21	19	25	31	34	38	3
Anteil an Gesamt in %	30,4	47,7	39,6	45,5	54,4	44,7	46,9	25
Klage aus § 47 EheG	9	13	19	22	9	23	27	7
Anteil an Gesamt in %	19,5	29,5	39,6	40	15,8	30,3	33,3	58,3
Klage aus § 47,49 EheG	2	1	3	4	6	1	5	2
Anteil an Gesamt in %	4,3	2,3	6,3	7,3	10,5	1,3	6,2	16,7
Klage aus § 55 EheG	8	8	7	5	7	11	9	0
Anteil an Gesamt in %	17,4	18,2	14,6	9,1	12,3	14,5	11,1	0
Scheidung aus anderen Gründen	13	3	2	0	4	7	1	0
Anteil an Gesamt in %	28,3	6,8	4,2	0	7,0	9,2	1,2	0



Die Zahlen aus dem Jahr 1938 sind nicht mit den Zahlen der anderen Jahre vergleichbar, weil das neue Ehegesetz am 06.07.1938 verkündet wurde und erst ab dem 01.08.1938 in Kraft trat. Die Scheidungsgründe aus §§ 1565 und 1568 BGB entsprachen zwar im Wesentlichen denen des § 49 und § 47 EheG. In der Tabelle sind jedoch die Scheidungen vor Inkrafttreten des EheG als Scheidung aus sonstigen Gründen erfasst. Der prozentuale Anteil der Verfahren aus den neuen Scheidungsgründen bezieht sich jeweils nur auf die neuen Scheidungsgründe.⁴⁵³

aa. Entwicklung der Klagen aus § 49 EheG 1938

Im Jahr 1938 betrug der Anteil der Klagen aus § 49 EheG 30,4 %. Ein Jahr später stieg der Anteil der Klagen aus § 49 EheG auf 47,7 % an, um im Jahr 1940 wieder knapp unter 40% zu fallen. 1941 und 1942 stieg der Anteil der Klagen aus § 49 EheG bis auf 54,5 % an. 1943 fiel die Anzahl der Klagen aus § 49 EheG wieder um rund 10 Prozentpunkte auf 44,7 %. 1944 stieg die Zahl wieder leicht auf 46,9 % an. Im Jahr 1945 fiel die Anzahl der Klagen aus § 49 EheG mit 25 % ungewöhnlich gering aus. Während die Zahl aus 1938 statistisch differenziert zu betrachten ist, da erst Mitte 1938 das Ehegesetz eingeführt wurde und folglich ein Teil der Klagen aus dem Zeitraum vor Einführung des Ehegesetzes nicht auf § 49 EheG 1938 gestützt werden konnten, schwankt der Anteil der Klagen aus § 49 EheG stark. Lediglich 1943 und 1944 kann man von einer kontinuierlichen Quote der Klagen aus § 49 EheG 1938 sprechen. Warum der Anteil der Klagen aus § 49 EheG so stark schwankt, erschließt sich aus der statistischen Auswertung nicht.

bb. Entwicklung der Klagen aus § 47 EheG 1938

Der Anteil der Klagen aus § 47 EheG ist ebenso schwankend, wie der Anteil der Klagen aus § 49 EheG. 1938 wurden 19,5 % der Klagen aus § 47 EheG betrieben, während im Jahr 1939 bereits 29,6 % der Klagen aus § 47 EheG betrieben wurden. Diese Zahl stieg 1940 bereits auf 39,6 % an und blieb mit 40 % im Jahr 1941 zunächst konstant. Im Jahr 1942 fällt die Zahl der Klagen aus § 47 EheG aus unbekannten Gründen drastisch auf 15,8 %, um dann 1943 wieder auf 30,3 % und 1944 auf 33,3 % zu steigen. Im Jahr 1945 liegt der Anteil der Klagen aus § 47 EheG bei ungewöhnlichen 58,3 %. Der Anstieg von 1939 auf 1940 könnte noch mit der mit dem Ausbruch des Krieges zusammenhängenden Abwesenheit der Ehemänner zu erklären sein. Warum aber der Anteil der Klagen aus § 47 EheG im Jahr 1942 auf 15,8 % fällt, ist ohne nähere Untersuchung nicht erklärbar. Ebenso wenig der Anstieg der Klagen von 1943 und 1944 auf 30,3 % und 33,3 %. Dass in den letzten Tagen des Krieges 58,3 % der Klagen aus § 47 EheG betrieben wurden, könnte damit zusammenhängen, dass die eheliche Untreue die betrogenen Streitteile schwerer belastet haben mag, als sonstige eheliche Verfehlungen und deswegen noch in den letzten Tagen des Krieges die Scheidung betrieben wurde. Möglicherweise wurden aber deswegen die Klagen vermehrt auf § 47 EheG gestützt, weil die Ge-

⁴⁵³ Von den 46 Klagen aus dem Jahr 1938 wurden 13 Klagen aus sonstigen Gründen, die hauptsächlich den vormaligen Scheidungsgründen entsprachen abgezogen. Es ist daher 1938 von der Referenzzahl von 33 Klagen auszugehen.

fahr bestand, dass eine Klage wegen Verschuldens eher zurückgestellt wurde, als eine Klage wegen Ehebruchs.

cc. Entwicklung der Klagen aus § 47, 49 EheG 1938

Die Zahl der Klagen, in denen das Scheidungsverlangen sowohl auf § 49 EheG, als auch auf § 47 EheG gestützt wurde, unterlag ebensolchen Schwankungen, wie die anderen Klagen. 1938 lag der Anteil dieser Klagen bei 4,3 %. 1939 wurden lediglich 2,3 % der Klagen auf §§ 47, 49 EheG gestützt. Bis 1942 stieg dieser Wert auf 10,5 % an, um im Jahr 1943 drastisch auf 1,3 % zu sinken. Bis 1945 stieg der Anteil dieser Klagen wiederum auf 16,7 % der Klagen an. Die Schwankungen sind ebenso wenig, wie bei den Klagen aus § 47 EheG und § 49 EheG, erklärbar.

dd. Entwicklung der Klagen aus § 55 EheG 1938

Die Klagen aus § 55 EheG blieben ebenfalls nicht auf konstantem Niveau. 1938 wurden erstaunliche 17,4 % der Klagen auf § 55 EheG gestützt. Der Anteil dieser Klagen fiel bis 1941 auf einen Anteil von 9,1 %. Im Jahr 1942 stieg die Anzahl der Klagen aus § 55 EheG auf 12,3 % und im Jahr 1943 stieg der Anteil dieser Klagen weiter auf 14,5 %. Im Jahr 1944 fiel der Anteil wiederum auf 11,1 % und im Jahr 1945 wurde keine Klage aus § 55 EheG erhoben.

ee. Zusammenfassung

Der Anteil der jeweiligen Klagen war nicht gleich, sondern schwankt erheblich. Auch Schwankungen von mehr als 10 Prozentpunkten von einem Jahr zum nächsten kamen vor. Dass sich die Scheidungsklagen jährlich anders zusammensetzen, ist auch nicht mit der durch die kriegsbedingte Abwesenheit der Ehemänner erklärbar, da 1942 und 1943 die Zahlen ganz besonders schwanken. Die Anzahl der Klagen aus § 55 EheG wird unten näher untersucht. Weswegen die anderen Klagen so erheblich schwanken, ist ohne weitere Untersuchung nicht erklärbar.

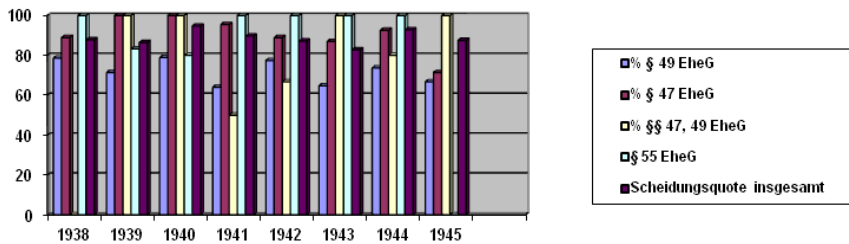
c. Verteilung der ausgesprochenen Scheidungen

Vergleicht man die stattgegebenen Klagen miteinander, bekommt man einen Eindruck davon, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine Klage gewonnen wurde, bzw. bei welcher Klage eine ungewisse Erfolgsaussicht bestand.

	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Klagen gesamt	46	44	48	55	57	76	81	12
Klage aus § 49 EheG	14	21	19	25	31	34	38	3
Stattgegeben	11	15	15	16	24	22	28	2
Anteil in %	78,6 %	71,4 %	78,9 %	64 %	77,4 %	64,7 %	73,7 %	66,7 %
Klage aus § 47 EheG	9	13	19	22	9	23	27	7
Stattgegeben	8	13	19	21	8	20	25	5

Anteil in %	88,9 %	100 %	100 %	95,5 %	88,9 %	87,0 %	92,6 %	71,4 %
Klage aus §§ 47, 49 EheG	2	1	3	4	6	1	5	2
Stattgegeben	0	1	3	2	4	1	4	2
Anteil in %	0 %	100%	100 %	50 %	66,7 %	100 %	80 %	100 %
Klage aus § 55 EheG	8	8	7	5	7	11	9	0
Stattgegeben	8	7	6	5	85,7	11	8	0
Anteil in %	100 %	87,5 %	85,7 %	100 %	100 %	100 %	88,9 %	0 %
Erfolgsquote	81,8 %	82,9 %	89,1 %	78,2 %	81,1 %	78,2 %	83,8 %	75 %

Die Erfolgsquote ist deutlich niedriger, als die Scheidungsquote. Dies liegt daran, dass sich häufig die Konstellation ergab, dass entweder die Klage oder die Widerklage abgewiesen wurde, aber dennoch die Ehe geschieden werden konnte.



aa. Klagen aus § 49 EheG

Obwohl der Anteil der Klagen aus § 49 EheG gemessen an den Gesamtklagen jährlich stark schwankte, schwankte der Anteil der stattgegebenen Klagen aus den Gesamtklagen nicht so erheblich. Die Quote im Jahr 1938 betrug 78,6 %, ging 1939 auf 71,4 % zurück, um im Jahr 1940 wieder auf 78,9 % anzusteigen. 1941 fiel die Quote erheblich auf 64 % zurück, im Jahr darauf stieg die Quote wiederum sprunghaft auf 77,4 % an, um im Jahr darauf wieder auf 64,7 % zu fallen. 1944 stieg die Quote wiederum auf 73,7 %, im Jahr 1945 fiel sie wiederum auf 66,7 %. Auffallend ist, dass die allgemeine Scheidungsquote in allen Jahren erheblich über der jeweiligen Wahrscheinlichkeit, die Klage aus § 49 EheG zu gewinnen lag. Im Jahr 1938 lag die Scheidungsquote aus § 49 EheG um 9,2 Prozentpunkte unter der Gesamtquote. 1939 lag dieser Wert um 15 Prozentpunkte darunter, 1940 um 15,8 und im Jahr 1941 sogar um 25,7 Prozentpunkte. 1942 näherten sich beide Quoten wieder an, so dass die Scheidungsquote bei Klagen aus § 49 EheG nur 9,8 Prozentpunkte unter der allgemeinen Scheidungsquote lag. Ab 1943 pendelte sich dieser Abstand bei rund 20 Prozentpunkten ein.⁴⁵⁴ Daraus kann man den Schluss ziehen, dass die Anforderungen an den Nachweis des Vorliegens einer schweren Eheverfehlung überdurchschnittlich schwierig waren.

⁴⁵⁴ 1943: -18 %Punkte, 1944: -19,1 %Punkte, 1945: -20,8 %Punkte.

bb. Klagen aus § 47 EheG

Lagen die Scheidungsquoten der Klagen aus § 49 EheG immer deutlich unter der allgemeinen Scheidungsquote des jeweiligen Jahres, liegen die Quoten bei den Klagen aus § 47 EheG über den allgemeinen Scheidungsquoten des jeweiligen Jahres. 1938 beträgt dieser Wert 1,1 Prozentpunkte, 1939 13,6 Prozentpunkte, 1940 5,3 Prozentpunkte, 1941 5,8 Prozentpunkte, 1942 1,7 Prozentpunkte, 1943 4,3 Prozentpunkte und 1944 0,2 Prozentpunkte. Lediglich 1945 lag der Anteil der geschiedenen Ehen aus § 47 EheG mit 71,4 % insgesamt 16,1 Prozentpunkte unter der allgemeinen Scheidungsquote. Ein Ehebruch war daher entweder leichter nachzuweisen oder das Gericht nahm die Voraussetzungen des § 47 EheG leichter an, als die Voraussetzungen des § 49 EheG.

cc. Klagen aus § 47, 49 EheG

Die jeweilige Scheidungsquote aus §§ 47, 49 EheG schwankt aufgrund der geringen Anzahl an Klagen pro Jahr ganz erheblich. Sie liegt teilweise 17,3 Prozentpunkte über der allgemeinen Scheidungsquote, teilweise aber auch 39,7 Prozentpunkte darunter.⁴⁵⁵ In vier von sieben Jahren lag die Scheidungsquote jedoch bei 100%, d.h. allen Klagen, die auf §§ 47, 49 EheG gestützt wurden, wurde stattgegeben. 1938 wurde überhaupt keine Klage aus §§ 47, 49 EheG erhoben.

dd. Klagen aus § 55 EheG

In drei von sieben Jahren, in denen Klagen aus § 55 EheG erhoben wurden, wurden allen Klagen stattgegeben und eine Scheidungsquote von 100 % erreicht. In den anderen Jahren wurde jeweils nur 1 Klage aus § 55 EheG abgewiesen. Aufgrund der geringen Anzahl an Gesamtverfahren aus § 55 EheG schwankte jedoch der Abstand zu der durchschnittlichen Scheidungsquote ganz erheblich.⁴⁵⁶ Die überdurchschnittlich hohe Scheidungsquote lässt vermuten, dass § 55 EheG als Auffangtatbestand verstanden wurde, der dann relevant wurde, wenn die Scheidung aus anderen Gründen misslang. § 55 EheG wurde häufig hilfsweise erhoben, so dass bei Nichtvorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen der anderen Scheidungsgründe, der Klage aus § 55 EheG stattgegeben werden konnte.

ee. Zusammenfassung

Die Wahrscheinlichkeit, eine Klage zu gewinnen lag am höchsten, wenn man sie auf § 55 EheG, §§ 47, 49 EheG oder auf § 47 EheG stützen konnte. Bei § 49 EheG wurden bis zu 1/3 der eingereichten Klagen abgewiesen. Stützte man die Klage auf § 49 EheG, war das Misserfolgsrisiko daher am Größten.

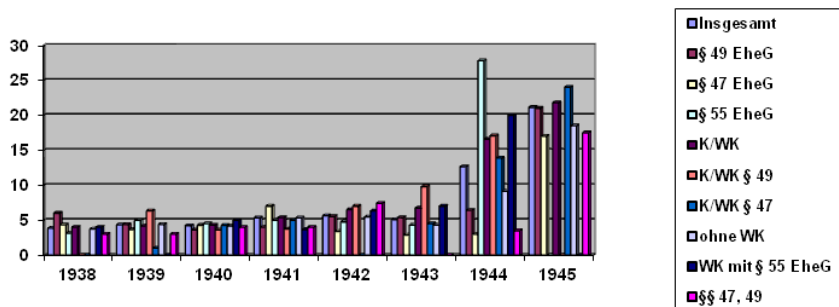
⁴⁵⁵ 1938: 0%, 1939: 13,6 %Punkte, 1940: 5,3 %Punkte, 1941: -39,7 %Punkte, 1942: -20,5 %Punkte, 1943: 17,3 % Punkte, 1944: -12,8 %Punkte, 1945: 12,5 %Punkte.

⁴⁵⁶ 1938: 12,2 %Punkte; 1939: -3,1 %Punkte, 1940: -14,7 %Punkte, 1941: 10,3%Punkte; 1942: 12,8 %Punkte, 1943: 17,3 %Punkte, 1944: 7,2 %Punkte, 1945: 0 %.

d. Verfahrensdauer

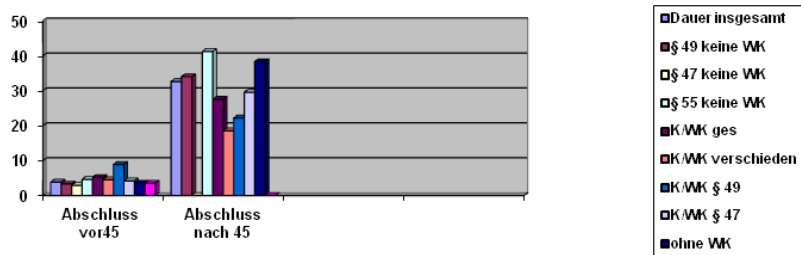
	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Gesamt Verfahren	59	66	87	128	109	125	113	16
Scheidungsverfahren	41	38	38	39	47	58	56	8
Verfahrensdauer bei Scheidungen insgesamt	3,9	4,4	4,2	5,3	5,6	5,1	12,7	21,1
Verfahrensdauer einer Klage aus § 49 EheG ohne Widerklage	6	4,4	3,6	4,0	5,5	5,4	6,4	21
Verfahrensdauer einer Klage aus § 47 EheG ohne Widerklage	4,3	3,7	4,3	7,0	3,4	2,9	2,9	17
Verfahrensdauer einer Klage aus §§ 47, 49 EheG	3,0	3,0	4,0	4,0	7,4	/	3,5	17,5
Verfahrensdauer einer Klage aus § 55 EheG ohne Widerklage	3,1	5,0	4,5	5,0	4,8	4,3	27,8	/
Verfahrensdauer insgesamt wenn Widerklage erhoben wurde	4,0	4,2	4,3	5,4	6,5	6,7	16,6	21,8
Verfahrensdauer insgesamt ohne Widerklage	3,7	4,4	4,2	5,3	5,5	4,3	9,1	18,5
Verfahrensdauer bei unterschiedlichem Scheidungsgrund bei Klage und Widerklage	4,0	2,5	5,0	6,1	6,8	4,5	18,6	18
Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage auf § 49 EheG gestützt	/	6,3	3,6	3,8	7,0	9,8	17,1	/
Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage auf § 47 EheG gestützt	/	1,0	4,3	5,0	/	4,5	13,9	24
Verfahrensdauer, wenn eine § 55 EheG Klage auf eine Klage mit anderem Scheidungsgrund trifft	4,0	/	5,0	3,7	6,3	7,0	20	/

Die Verfahrensdauer bei den Scheidungen insgesamt ergibt sich bei den Verfahren, die 1938 erhoben wurde, nur aus den Verfahren, die auf das neue EheG gestützt wurden. Bei den Verfahren, die 1944 und 1945 erhoben wurden, werden auch die Verfahren mitgerechnet, die erst nach dem Ende des Dritten Reiches fortgeführt wurden.



Da sehr viele Verfahren im Jahr 1944 erhoben wurden, die vor Kriegsende nicht mehr abgeschlossen wurden, ist danach zu differenzieren, welche Klagen vor und nach dem Ende des Krieges abgeschlossen wurden. Danach ergibt sich folgendes Bild:

	Abschluss 1944	Abschluss nach 1944	Anzahl Zurückstellungen
Gesamtverfahren	38	18	18
Verfahrensdauer insgesamt	3,80	32,61	
Verfahrensdauer Klage nur aus § 49; keine WK	3,27	34	2
Verfahrensdauer Klage nur aus § 47; keine WK	2,90	0	0
Verfahrensdauer nur aus § 55; keine WK	4,6	41,20	5
Verfahrensdauer K/WK gesamt	5,15	27,55	11
Verfahrensdauer bei unterschiedlichem Scheidungsgrund K/WK	4,5	18,5	1
Verfahrensdauer bei Scheidungsgrund K/WK § 49	8,88	22,20	5
Verfahrensdauer bei K/WK § 47	4,15	29,5	4
Verfahrensdauer ohne WK insgesamt	3,52	38,29	7
Verfahrensdauer §§ 47, 49	3,5	0	0



aa. Gesamtverfahrensdauer

Bezogen auf den Untersuchungszeitraum von 1938 bis 1945 beträgt die durchschnittliche Verfahrensdauer insgesamt 8,28 Monate.⁴⁵⁷ Auffällig an der Gesamtverfahrensdauer

⁴⁵⁷ Bei den von Mammeri-Latzel untersuchten Verfahren waren es rund 5,5 Monate. Maria Mammeri-Latzel

er ist, dass nach der Einführung des neuen Ehegesetzes die Verfahren zunächst insgesamt schneller abgeschlossen werden konnten. Betrug die Verfahrensdauer 1938 noch durchschnittlich 7,85 Monate, sank die durchschnittliche Verfahrensdauer 1939 bereits auf durchschnittlich 4,34 Monate. Die Talsohle war 1940 erreicht. Dort betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer lediglich 4,22 Monate. Dies ist insofern interessant, als die Verfahrenszahlen von 1938 bis 1940 stetig gestiegen sind und 1940 immerhin 28 Verfahren mehr zu bewältigen waren, als noch 1938. Auch wenn man die Scheidungsverfahrenszahl zu Grunde legt, war die Gesamtzahl der Scheidungsverfahren von 1938 bis 1940 relativ konstant, so dass die Verfahrensbewältigung insgesamt schneller erfolgte. Dies mag damit zusammenhängen, dass die Gerichte nur noch mit Einzelrichtern besetzt waren⁴⁵⁸ und weitere Erleichterungen hinsichtlich der Entscheidungsfindung und Urteilsabfassung eingeführt wurden.⁴⁵⁹ Ab 1941 stieg die durchschnittliche Verfahrensdauer wieder an. Von durchschnittlich 5,32 Monate auf 5,63 Monate im Jahr 1942. Im Jahr 1943 sinkt die durchschnittliche Verfahrensdauer wiederum auf 5,09 Monate, um dann im Jahr 1944 auf durchschnittlich 12,65 Monate und im Jahr 1945 auf durchschnittlich 21,13 Monate anzusteigen. In den Jahren 1944 und insbesondere im Jahr 1945 ist die durchschnittliche Verfahrensdauer dadurch verzerrt, dass ganz besonders im Jahr 1945 viele Verfahren durch den Zusammenbruch ruhten und erst ab 1946, als die Rechtsprechung wieder die Arbeit aufnahm, fortgesetzt wurden. Wann genau die Tätigkeit des Amberger Landgerichtes eingestellt wurde, ist nicht übermittelt. Die letzte mündliche Verhandlung am 25.04.1945 wurde abgesagt, das letzte Scheidungsurteil erging am 18.03.1945 und die letzte Scheidungsklage wurde am 16.04.1945 eingereicht.⁴⁶⁰ Einige Verfahren haben sich durch diese Verzögerung über mehrere Jahre hingezogen, so dass in den Jahren 1944 und 1945 die durchschnittliche Verfahrensdauer nur noch wenig aussagekräftig ist. Sieht man sich dagegen die Fälle an, die noch vor Ende des Dritten Reiches zu Ende geführt wurden, erkennt man, dass Verfahren, in denen Widerklagen erhoben wurden, überdurchschnittlich häufig zurückgestellt wurden. Am schnellsten wurden die Verfahren, die auf den Scheidungsgrund aus § 47 EheG gestützt wurden, beendet. Unwesentlich länger haben die Verfahren gedauert, die auf § 49 EheG gestützt wurden. Überdurchschnittlich lange haben die Verfahren gedauert, die auf § 55 EheG gestützt wurden. Dies spricht dafür, dass § 55 EheG häufig nur subsidiär eingreifen sollte und zunächst die Tatbestände § 49 und § 47 ausgeschlossen werden mussten.

bb. Verfahrensdauer bei einer Klage nur aus § 49 EheG

Die durchschnittliche Verfahrensdauer der Klagen aus § 49 EheG, bezogen auf den Untersuchungszeitraum von 1938 bis 1945, beträgt 7,03 Monate. Ähnlich wie der Gesamt-

zel, Justizpraxis in Ehesachen im Dritten Reich, 2002, S. 102.

⁴⁵⁸ § 5 VO vom 01.09.1939, RGBL. I 1939, S. 1658.

⁴⁵⁹ Vergleiche hierzu die diversen Durchführungsverordnungen zum Ehegesetz oder die Kriegsmaßnahmenverordnung.

⁴⁶⁰ Martin Löhnig, Scheidungsalltag 1944-46, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, 2008, 501 (502).

durchschnitt der Verfahren liegt die durchschnittliche Verfahrensdauer im Jahr 1938 bei 6 Monaten und fällt bis 1940 über 4,38 auf 3,61 Monate. Ab 1941 steigt die durchschnittliche Verfahrensdauer wiederum von 4,0 Monaten auf 5,53 (1942) über 6,41 (1944) auf im Durchschnitt 21 Monaten im Jahr 1945. Auch bei den Klagen, die auf § 49 EheG gestützt wurden, ergibt sich in den Jahren 1944 und 1945 das Problem, dass sie teilweise erst nach der Wiederaufnahme der Gerichtstätigkeit im Jahr 1946 fortgeführt werden konnten. Die Verfahren, die jedoch vor dem Ende des Dritten Reiches abgeschlossen wurden, wurden jedoch so schnell, wie in keinem Jahr zuvor beendet. Dies liegt daran, dass zu diesem Zeitpunkt vermehrt einfache Sachverhalte bearbeitet und die schwierigeren entsprechend der Anleitung in den Richterbriefen zurückgestellt wurden.⁴⁶¹

cc. Verfahrensdauer bei einer Klage nur aus § 47 EheG

Während die andere sonstige Eheverfehlung des § 49 EheG noch eine Wertungsfrage war, war allein das Vorliegen eines Ehebruchs ausreichend für den Scheidungsgrund aus § 47 EheG. Möglicherweise liegt deswegen die durchschnittliche Verfahrensdauer der Jahre 1938 bis 1945 mit 5,69 Monate deutlich unter der Verfahrensdauer der Klagen aus § 49 EheG und dem Gesamtdurchschnitt der Ehescheidungsverfahren. Bei einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von 4,33 Monaten im Jahr 1938 liegt der Durchschnitt bereits deutlich unter dem Durchschnitt der Klagen aus § 49 EheG. 1939 fällt dieser Wert auf 3,66 Monate, um im Jahr darauf auf 4,27 Monate und im Jahr 1941 auf 7,0 Monate zu steigen. Dies ist umso erstaunlicher, als bei den Klagen aus § 49 EheG dieser Wert deutlich niedriger ist, die Verfahren also weniger lange dauerten. Im Jahr 1942 fällt der Durchschnittswert wiederum auf den Vorjahreswert und erreicht 1943 seinen Tiefstand mit 2,86 Monaten. Im Jahr 1944 steigt dieser Wert wieder leicht auf durchschnittlich 2,9 Monate an und die Klagen, die im Jahr 1945 erhoben wurden dauerten dann wiederum durchschnittlich 17 Monate. Dass die Verfahren im Jahr 1944 nur 2,9 Monate gedauert haben, liegt daran, dass in diesem Zeitraum kein Verfahren zurückgestellt wurde und alle Verfahren zu Ende geführt wurden. Der Grund, weswegen die Verfahren aus § 47 EheG nicht zurückgestellt wurden ist nicht bekannt. Ein Grund könnte sein, dass ein Ehebruch leichter anzunehmen oder zu beweisen war, als eine sonstige schwere Eheverfehlung.

dd. Verfahrensdauer, wenn die Klage sowohl auf § 47 EheG, als auch auf § 49 EheG gestützt wurde

Bei einer Klage aus §§ 47, 49 EheG machte der Kläger sowohl geltend, dass sich der andere Ehegatte einer sonstigen schweren Eheverfehlung schuldig gemacht hatte, als auch, dass der andere Ehegatte die Ehe gebrochen hatte. Die Verfahrensdauer blieb im Untersuchungszeitraum relativ konstant. In den Jahren 1938 und 1939 dauerten die untersuchten Verfahren durchschnittlich 3,0 Monate, in den Jahren 1940 und 1941 dauerten diese Verfahren durchschnittlich 4,0 Monate. Im Jahr 1942 dauerten die Verfahren 7,4

⁴⁶¹ Vgl hierzu Richterbrief Nr. 21, BArch R 22/4002 zitiert nach Heinz Boberach Richterbriefe, 1975, S. 376 ff.

Monate. Im Jahr 1943 kam eine solche Verfahrenskonstellation nicht vor. Im Jahr 1944 dauerten die Verfahren im Durchschnitt lediglich 3,5 Monate. Schneller wurde das Verfahren im Jahr 1944 nur erledigt, wenn sich der Kläger ausschließlich auf § 47 EheG berief. Die Verfahren, die im Jahr 1945 erhoben wurden, waren nach durchschnittlich 17,5 Monate beendet. Im Jahr 1944 wurde kein Verfahren, deren Klage sich auf §§ 47 und 49 EheG gestützt hatte, zurückgestellt, so dass diese Verfahren relativ schnell abgearbeitet werden konnten. Der Grund, weswegen nicht zurückgestellt wurde, liegt wahrscheinlich darin, dass eine sonstige schwere Eheverfehlung, die in einer ehewidrigen Beziehung gesehen wurde, offensichtlich schneller zu beweisen war, als eine sonstige schwere Eheverfehlung.

ee. Verfahrensdauer bei einer Klage nur aus § 55 EheG

Die Verfahrensdauer der Klagen, die aus § 55 EheG erhoben wurden, war nicht so großen Schwankungen unterworfen. Im Jahr 1938 dauerte eine aus § 55 EheG erhobene Klage um Durchschnitt 3,14 Monate. Im Jahr 1939 dauerte es im Durchschnitt 5 Monate, bis eine auf § 55 EheG gestützte Klage mit einem Urteil endete, im Jahr 1940 lediglich 4,5 und im Jahr 1941 wiederum 5 Monate. Von 1942 mit 4,75 Monaten sank die Verfahrensdauer auf 4,28 Monate im Jahr 1943. Im Jahr 1944 dauerte eine Klage, die auf § 55 EheG gestützt wurde im Durchschnitt 27,8 Monate und im Jahr 1945 wurde keine Klage aus § 55 EheG erhoben. Damit liegt die Verfahrensdauer der Klagen aus § 55 EheG teilweise deutlich unter dem Durchschnitt aller Verfahren (1938) aber zum Teil auch deutlich über der durchschnittlichen Verfahrensdauer (1944). Dies mag damit zusammenhängen, dass die Scheidungsverfahren aus § 55 EheG häufig als nicht glatt eingestuft wurden und damit nach der Kriegsmaßnahmenverordnung zunächst zurückgestellt wurden.

ff. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage erhoben wurde

Interessant ist, dass die Verfahrensdauer dann, wenn Klage und Widerklage erhoben wurde, wenn also nicht mehr über die Frage ob eine Scheidung von beiden Parteien gewünscht war, entschieden werden musste, im Verlauf des Untersuchungszeitraumes mit einer Ausnahme kontinuierlich gestiegen ist. Von 4 Monaten im Jahr 1938 über 4,17 Monaten im Jahr darauf über 4,3 Monaten, 5,38 Monaten, 6,5 Monaten bis hin zu 6,75 Monaten im Jahr 1942. In den Jahren 1943 bis 1945 stieg die durchschnittliche Verfahrensdauer von 6,74 Monaten über 16,58 Monaten auf 21,8 Monate. Der Grund, weswegen die Verfahrensdauer bei Erhebung einer Widerklage stetig gestiegen ist, mag damit zusammenhängen, dass immer weniger Richter immer mehr Scheidungsverfahren zu bewältigen hatten und die Verfahren, in denen Klage und Widerklage erhoben wurden, eine höhere zeitliche Belastung darstellten, als ein Verfahren, in dem keine Widerklage erhoben wurde. Wenn eine Widerklage erhoben wurde, musste in einem Verfahren über zwei Klagen entschieden werden. Insbesondere im Jahr 1944 wurden überdurchschnittlich viele Verfahren, in denen über eine Klage und Widerklage zu entscheiden war, zurückgestellt, so dass sich die lange Verfahrensdauer erklärt.

gg. Verfahrensdauer insgesamt ohne Widerklage

Wurde das Verfahren ohne Erhebung einer Widerklage zum Abschluss gebracht, dauerte das Verfahren im gesamten Untersuchungszeitraum 6,87 Monate. Stellt man die jeweiligen Durchschnittswerte der einzelnen Jahre des Untersuchungszeitraumes gegenüber, stellt man fest, dass es zunächst bis 1941 nahezu keinen Unterschied machte, ob in einem Verfahren lediglich über eine Klage zu entscheiden war, oder ob in dem Verfahren über Klage und Widerklage zu entscheiden war. Die jeweilige durchschnittliche Verfahrensdauer weicht in diesem Zeitraum lediglich in der vernachlässigbaren Größe von ca. einer Woche voneinander ab. Erst ab 1942 weichen die Zahlen erheblich voneinander ab. Im Jahr 1942 wurde ein Verfahren ohne Widerklage immerhin schon rund einen Monat früher zum Abschluss gebracht, als die Verfahren mit Klage und Widerklage. Im Jahr 1943 war der Unterschied schon rund 2,5 Monate, im Jahr 1944 betrug der Unterschied bereits 7,44 Monate. Der Unterschied in der Verfahrensdauer für die Klagen die im Jahr 1945 eingereicht wurden minimiert sich wiederum auf 3,3 Monate. Angesichts dessen, dass diese Verfahren größtenteils nach dem Ende des Dritten Reiches zu Ende geführt wurden, besteht hier dennoch ein relativ großer Unterschied. Die unterschiedliche Verfahrensdauer überrascht, da an sich die Scheidungsabsicht beider Ehegatten bei einer Klage und Widerklage deutlich gegeben war, während bei einem Verfahren, in dem nur der Kläger eine Klage erhoben hat, die übereinstimmende Scheidungsabsicht nicht unbedingt gegeben sein musste. Dies zeigt deutlich, dass es bei der Entscheidungsfindung auf den Willen der Parteien nicht so sehr angekommen ist. Differenziert man im Jahr 1944 danach, ob das Verfahren zurückgestellt wurde oder weiterbehandelt wurde, so dauerte durchschnittlich ein Verfahren, in dem eine Widerklage erhoben wurde, rund 6 Wochen länger.

hh. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage auf unterschiedliche Normen gestützt wurden

Warfen sich die Streitteile unterschiedliche Scheidungsgründe vor, ergibt sich ein anderes Bild. Während die durchschnittliche Verfahrensdauer insgesamt stetig gestiegen ist, ergibt sich bei den Verfahren, in denen gezielt unterschiedliche Scheidungsgründe geltend gemacht wurden, ein anderes Bild. Im Jahr 1938 war in beiden Untersuchungsgebieten eine durchschnittliche Verfahrensdauer von 4,00 Monaten gegeben. Die Verfahrensdauer fiel auf 2,50 Monate im Jahr 1939 um dann in den Jahren 1940 bis 1942 von durchschnittlich 5,00 auf 6,09 und schließlich auf 6,75 Monate zu steigen. Im Jahr 1943 fiel die durchschnittliche Verfahrensdauer auf 4,50 Monate zurück, um dann in den Jahren 1944 und 1945 bei 18,63 bzw. 18,00 Monaten zu bleiben.

ii. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage auf § 49 EheG gestützt wurden

Machten beide Streitteile geltend, dass der jeweils andere Ehegatte einer schweren sonstigen Eheverfehlung schuldig war, betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer im gesamten Untersuchungszeitraum insgesamt 9,51 Monate. Im ersten Untersuchungsjahr kam der Fall, dass beide Streitteile nach § 49 EheG geschieden wollten, nicht vor. Im

Jahr 1939 betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer 6,33 Monate, fiel in den beiden folgenden Jahren auf 3,6 bzw. 3,75 Monate und stieg dann kontinuierlich von 7 Monaten auf 9,81 und schließlich auf 17,07 Monate. Differenziert man im Jahr 1944 wiederum danach, ob das Verfahren zurückgestellt wurde, ergibt sich bei den nicht zurückgestellten Verfahren, in denen Klage und Widerklage auf § 49 EheG gestützt wurde, eine Verfahrensdauer von 8,88 Monaten. Dies stellt gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um ca. einen Monat dar, liegt aber wahrscheinlich daran, dass die schwierigeren und umfangreichen Verfahren im Jahr 1944 zurückgestellt wurden. Im Jahr 1945 kam die Konstellation der Klage und Widerklage gestützt auf § 49 EheG nicht vor. Ein Grund für die starke Varianz mag zum einen darin liegen, dass es nur relativ wenige dieser Konstellationen gab, zum anderen aber auch, dass sich der Richter in der Konstellation, in der beide Parteien eine Klage erhoben hatten, der Umfang des Prozesses immer länger wurde und deswegen die Verhandlung dieses Prozesses in dem Maße immer länger dauerte, als immer weniger Richter immer mehr Klagen zu bewältigen hatten.

jj. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage auf § 47 EheG gestützt wurden

Konstellationen, in denen beide Streitteile geltend machten, dass der jeweils andere Ehegatte die Ehe gebrochen hatte, kamen in den Jahren 1938 und 1942 nicht vor. Die durchschnittliche Verfahrensdauer im gesamten Untersuchungszeitraum beträgt 8,77 Monate. Im Jahr 1939 dauerten die Verfahren, in denen beide Ehegatten ihre Klagen auf § 47 EheG stützten im Durchschnitt einen Monat. In den Jahren 1940, 1941 und 1943 (1942 gab es diese Konstellation nicht) dauerten diese Verfahren zwischen 4,25 und 5 Monaten. Erst im Jahr 1944 und dann im Jahr 1945 dauerten die Verfahren im Durchschnitt 13,88 Monate und 24 Monate. Die längere Verfahrensdauer gegen Ende des Untersuchungszeitraumes ergibt sich durch die Einstellung der Rechtsprechung am Ende des Dritten Reiches. Für die Zeit vorher lassen sich die unterschiedliche Verfahrensdauer in den Jahren 1939 und 1940 dadurch erklären, dass relativ wenig Verfahren in dieser Konstellation untersucht werden konnten. Blendet man im Jahr 1944 wiederum die Verfahren aus, die zurückgestellt wurden, ergibt sich eine Verfahrensdauer von nur 4,15 Monaten.

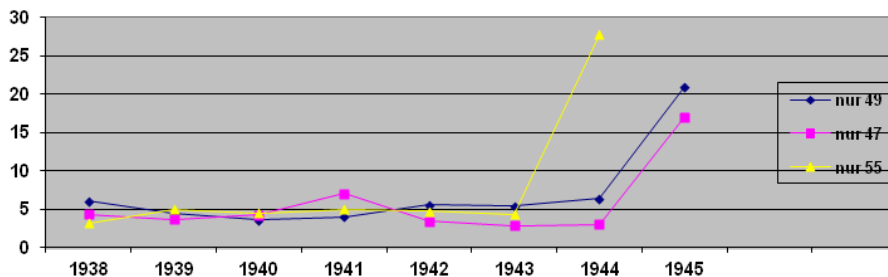
kk. Verfahrensdauer, wenn Klage oder Widerklage auf § 55 EheG gestützt wurden

In der letzten Konstellation wurde gegen eine Klage aus § 47 EheG, § 49 EheG oder §§ 47, 49 EheG eine Widerklage aus § 55 EheG erhoben. Den untersuchten Verfahren ist gemein, dass sich lediglich der Widerkläger auf § 55 EheG beruft, also auch seinerseits geschieden sein will. In den Jahren 1939 und 1945 kam eine derartige Konstellation nicht vor. Warum die Beklagten jeweils ihrerseits Widerklage aus § 55 EheG erhoben, wird weiter unten in den konkreten Fällen untersucht. Die Verfahrensdauer schwankt von 4,0 Monaten im Jahr 1938 über 5,0 Monaten im Jahr 1940 hin zu 3,67 Monaten im Jahr 1941. Im Jahr 1942 dauerte es im Durchschnitt 6,33 Monate, bis ein solches Verfahren zum Abschluss gebracht wurde. Im Jahr 1943 dauerte ein solches Verfahren bereits

7,0 Monate und im Jahr 1944 dauerte ein solches Verfahren im Durchschnitt 20 Monate, bis es abgeschlossen wurde.

II. Zusammenfassung und Auswertung

Insgesamt kann man feststellen, dass alle Verfahren gegen Ende des Dritten Reiches erwartungsgemäß länger dauerten, als zu Beginn des Untersuchungszeitraumes. Auffallend ist jedoch, dass die Verfahren, in denen sich der Kläger⁴⁶² auf den Scheidungsgrund des § 49 EheG berief, also dass sich der andere Ehegatte einer sonstigen schweren Eheverfehlung schuldig gemacht hatte, zwei Entwicklungslinien unterworfen war. Von 1938 bis 1940 sank die Verfahrensdauer und nahm dann wieder zu. Insoweit deckt sich diese Verfahrensdauer mit dem allgemeinen Trend. Die Verfahren aus § 47 EheG unterlagen den größten Schwankungen. Sie wurden zunächst tendenziell schneller bearbeitet, dann wieder langsamer bearbeitet. Schließlich sank die Bearbeitungszeit auf den Bestwert und stieg dann wiederum dem allgemeinen Trend folgend an. Die Verfahren aus § 55 EheG wurden 1938 eher schnell zu Ende geführt. Von 1940 bis 1943 bleibt die Bearbeitungszeit in etwa gleich. 1944 wurde die Verfahrensdauer, dem allgemeinen Trend folgend, exponentiell länger. Differenziert man im Jahr 1944 danach, ob die Verfahren zurückgestellt wurden, ergibt sich bei den nicht zurückgestellten Verfahren eine im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahren überdurchschnittlich schnelle Bearbeitung. Dies liegt daran, dass 1944 nur noch sogenannte glatte Verfahren zu Ende geführt werden sollten und die schwierigeren und umfangreicheren Verfahren zurückgestellt wurden.⁴⁶³ Insgesamt wurden die Verfahren aus § 47, außer im Jahre 1941, am schnellsten abgeschlossen.

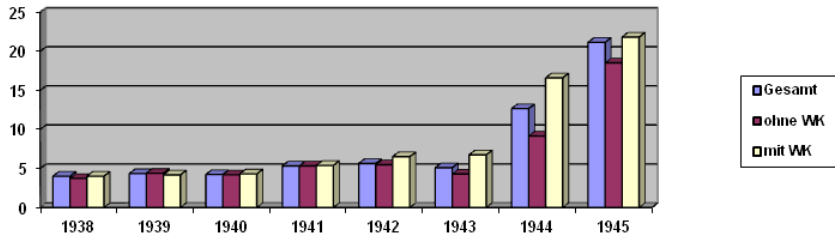


Interessant an der Untersuchung der Verfahrensdauer ist, dass die Verfahren, in denen eine Widerklage erhoben wurde, zunächst bis ca. 1942 etwa gleich lang dauerten. Ab 1942 steigt dagegen die Verfahrensdauer bei Verfahren mit Widerklage deutlich an und erreicht 1944 eine Differenz zu den Verfahren ohne Widerklage von rund 7,5 Monaten. Der Wert sinkt dann wiederum im Jahr 1945, weil die Verfahren tendenziell erst nach dem Ende des Dritten Reiches abgeschlossen wurden. Eine Erklärung hierfür wäre die zunehmende Arbeitsbelastung der Gerichte, die immer mehr Verfahren mit immer we-

⁴⁶² Es gab auch Klägerinnen. Aus Vereinfachungsgründen wird jedoch nur die männliche Form verwendet.

⁴⁶³ Richterbrief Nr. 21, BArch 22/4002, zitiert nach Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 376 ff.

niger Richtern zu bewältigen hatten. Verfahren, in denen Widerklage erhoben wurden, waren offensichtlich nicht so schnell zu entscheiden, wie Verfahren, in denen keine Widerklage erhoben wurde. Dies mag daran liegen, dass in solchen Verfahren auch zwei verschiedene Sachverhalte für zwei verschiedene Klagen ermittelt werden musste.



e. Zusammenfassung der statistischen Auswertung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Gesamtverfahrenszahl trotz oder vielleicht gerade wegen des Kriegsausbruches kontinuierlich stieg. Im Jahr 1941 gab es doppelt so viele Verfahren, wie noch 1938. Der Grund des Anstieges lag aber nicht an der Zunahme der Scheidungsverfahren, sondern an der Zunahme der Vaterschaftsfeststellungsklagen. Der vielerorts befürchtete Anstieg der Scheidungsverfahren blieb in dem erwarteten Umfang aus. Ob dieser Anstieg auf die erleichterten Scheidungsvoraussetzungen durch das neue Ehegesetz oder einfach nur darauf zurückzuführen ist, dass die Ehepartner sich durch die kriegsbedingte Trennung schneller auseinander gelebt haben, müsste noch genauer untersucht werden. Da sich die Bekanntheit des neuen Ehegesetzes mit den kriegsbedingten Folgen für die Eheleute überschneiden haben dürfte, ist eine derartige Aussage schwierig zu treffen. Die Auswirkungen des Krieges auf die Verfahren aus § 55 EheG wird im Folgenden genauer untersucht. Der befürchteten Prozessflut ist entgegenzuhalten, dass bereits im Jahr 1938 die Scheidungsquote bei 87,8 % lag, so dass man davon ausgehen konnte, dass nahezu jede Ehe, die vor Gericht getragen wurde, auch geschieden wurde. Die Scheidungsquote änderte sich auch nicht signifikant durch die Einführung des neuen Eherechtes. Unerheblich für die Scheidungsquote war ebenfalls, ob eine Widerklage erhoben wurde. Erstaunlich in diesem Zusammenhang ist jedoch die Zahl der Klagerücknahmen. Im Jahr 1938 wurden noch rund 25% der Klagen wieder zurückgenommen. Dieser Wert sank auf knapp die Hälfte. Erst ab 1943 wurde wieder der Ausgangswert erreicht, um dann weiter anzusteigen. Der Grund für diese Schwankungen liegt aber darin, dass in den Jahren 1939 bis 1941 die Vaterschaftsfeststellungsklagen deutlich gestiegen sind und deswegen der relative konstante absolute Wert der Klagerücknahmen prozentual gesehen gesunken ist, obwohl eine Abnahme der Klagerücknahmen nicht erfolgt ist. Betrachtet man die Zusammensetzung der Scheidungsverfahren, so stellt man fest, dass die Klagen überwiegend auf § 49 EheG gestützt wurden. Die Klagen aus § 55 EheG waren insgesamt betrachtet weniger häufig vertreten. Im Gegenzug wurde in den Klagen, die auf § 49 gestützt wurden, unterdurchschnittlich oft die Scheidung ausgesprochen, während die Klagen, die auf § 47 EheG gestützt

wurden, eine höhere Scheidungsquote erzielen. Ab 1941 wurde in allen Fällen, in denen die Klage auf § 55 EheG gestützt wurde, eine Scheidung ausgesprochen. Ob dies daran liegt, dass ab diesem Zeitraum nur noch eindeutige Fälle auf § 55 EheG gestützt wurde, weil die Rechtsprechung des Reichsgerichts zu dieser Frage sehr uneinheitlich wurde, oder weil sich das Landgericht der Rechtsprechung insofern angeschlossen hatte, als es den Grundsatz der Scheidung bei § 55 EheG nachvollzog, wird im weiteren Verlauf noch genauer untersucht werden. Untersucht man die Verfahrensdauer, stellt man fest, dass ab ungefähr 1941 die Verfahren immer länger gedauert haben. Ab etwa diesem Zeitpunkt dauerten Verfahren, in denen eine Widerklage erhoben wurde tendenziell länger, als Verfahren, in denen keine Widerklage erhoben wurde. Aber auch die Verfahrensdauer der Verfahren, in denen keine Widerklage erhoben wurde, nahm ab diesem Zeitpunkt zu. Dies mag zum einen an der größeren Arbeitsbelastung der Gerichte, in denen zunehmend mehr Personal zu Kriegszwecken eingesetzt wurde, liegen, aber auch daran, dass Zeugen immer schlechter greifbar waren. Die Versendung der Akten, um die Zeugen in anderen Gerichtsbezirken zu vernehmen, dauerte zunehmend länger. Es häuften sich aber auch die Fälle, in denen Zeugen in Konzentrationslagern inhaftiert waren und deswegen die Zeugen für die Gerichte nicht mehr so schnell greifbar waren. Die Klagen aus § 55 EheG dauerten zunächst bis etwa 1941 länger, als andere Verfahren, ab 1941 nahm die Verfahrensdauer ab, so dass diese Verfahren überdurchschnittlich schnell abgeschlossen werden konnten. Der Grund für die Abnahme der Verfahrensdauer wird unten noch näher untersucht. Ab 1944 nahm die durchschnittliche Verfahrensdauer deutlich zu. Das lag daran, dass viele umfangreiche und schwierige Verfahren zurückgestellt wurden. Glatte und einfache Verfahren wurden durchgeführt, so dass diese Verfahren im Vergleich zu den Vorjahren wiederum relativ schnell zu Ende geführt werden konnten.

3. Die Rechtsprechung des Landgerichts Amberg von 1938 bis 1945 zu § 55 EheG

a. Einführung

Mit § 55 EheG sollten Ehen geschieden werden können, die schon lange aufgehört hatten, wirkliche Lebensgemeinschaften zu sein. Darunter sollten vor allem Ehen fallen, die schon lange aufgelöst waren und die Eheleute schon länger getrennt lebten. Wer waren also die Parteien einer Ehescheidungsklage aus § 55 EheG? Wie lange war die Ehe im Durchschnitt schon zerfallen, als die Ehescheidungsklage erhoben wurde und welchen Bevölkerungsschichten gehörten die Eheleute an? Wie viele Kinder hatten die Eheleute, die nach § 55 EheG geschieden wurden?

	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	Gesamt
Alter ♂/♀	47/45	49/44	45/41	40/40	48/46	44/39	46/44	45,6/42,7
Ehedauer bis Klageerhebung	18,88	18,5	19	15,2	14	15	15,5	16,58
Ehedauer bis Trennung	10,5	12,38	10,3	7,2	7,59	7,37	11,44	9,54
Trennungszeit	8,38	6,14	8,7	7	6,43	7,72	4,06	6,92

Ehel. Kinder	0,88	1,88	2,3	2,4	2,14	2,09	1,22	1,86
--------------	------	------	-----	-----	------	------	------	------

Die Ehedauer bis zur Klageerhebung lag in den von Mammeri-Latzel untersuchten Verfahren im Durchschnitt bei 11 Jahren.⁴⁶⁴

Untersucht man die Verfahren nach der Anzahl der Scheidungen und den Verfahren, in denen die Ehe aufrechterhalten wurde, ergibt sich folgendes Bild:

	Scheidung der Ehe (auch wegen § 55	Abweisung § 55, Scheidung auf WK hin	Ehe aufrechterhalten	Gesamt
1938	6	1	1	8
1939	6	1	1	8
1940	5	2	0	7
1941	5	0	0	5
1942	7	0	0	7
1943	10	0	1	11
1944	8	0	1	9
Gesamt	47	4	4	55

In lediglich 7,3% der Verfahren wurde die Ehe aufrechterhalten. In 92,7 % der Verfahren wurde die Ehe geschieden. Die Ehescheidungsnummer ist daher erstaunlich hoch. 85,5 % der Klagen aus § 55 EheG wurde stattgegeben. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Klage, die auf § 55 EheG gestützt wurde, gewonnen wurde, war daher sehr hoch.

aa. Eheleiche Kinder

Überraschend ist die niedrige Zahl an ehelichen Kindern. Obwohl 1938 die Eheleute relativ lange vor der Trennung zusammenlebten, hatten sie im Durchschnitt weniger als 1 Kind. Erstaunlicherweise erreicht die Kinderzahl ihren Höchststand im Jahr 1941, wo aber auch die Ehedauer bis zur Trennung am kürzesten war. Inwieweit hier ein Zusammenhang besteht, wird im Folgenden genauer untersucht.

⁴⁶⁴ Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen im Dritten Reich, 2002, S. 121.

Anzahl der Ehen mit	Kein Kind	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	Mehr als 5 Kinder	Auch keine außer-/vorehelichen Kinder	Anzahl der kinderlosen Ehen	Anzahl der kinderlosen Paare
1938	5		1	2			3	62,5 %	37,5 %
1939	3	1	2		1	1 (6)	1	37,5 %	12,5 %
1940	2	1	1	1	1	1 (6)	2	28,6 %	28,6 %
1941	1	1		2		1 (5)	0	20 %	0 %
1942	3	2	1			1 (11)	1	42,9 %	14,3 %
1943	5	2	1		2	1 (11)	4	45,5 %	36,4 %
1944	3	4	2	1			2	33,3 %	22,2 %
Gesamt	22	11	8	6	4	5	13	40,0 %	23,6 %

Die Zahl in Klammern hinter der Zahl der Ehen mit mehr als 5 Kindern, stellt die Anzahl der Kinder der jeweiligen Ehe dar. In 60% der Verfahren waren keine Kinder oder nur 1 Kind vorhanden. Bei den von Mammeri-Latzel untersuchten Verfahren waren in 74% der Verfahren keine Kinder oder nur 1 Kind vorhanden.⁴⁶⁵

Die Zahl der kinderlosen Ehen ist sonach von einem hohen Wert von 62,5 % auf 20% im Jahr 1941 gefallen und dann wieder auf über 40% gestiegen, und anschließend wieder auf 33,3 % gefallen. Diese Entwicklung ist jedoch nicht repräsentativ, weil hier nur 55 Verfahren ausgewertet wurden, so dass man keine Rückschlüsse auf die allgemeine Wirksamkeit der Bevölkerungspolitik ziehen kann. Man kann jedoch ausschließen, dass die Bevölkerungspolitik in den untersuchten Verfahren gewirkt hat, wenn die Kinderzahlen nicht von der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik beeinflusst gewesen sein kann, weil die Eheleute vor der Machtergreifung schon getrennt waren. Dies kann man aus der zugrundeliegenden Trennungszeit sehen.

Ehedauer bis	Trennung < 3 Jahre (1)	Trennung 3 – 6 Jahre	Trennung 6 – 12 Jahre	Trennung > 12 Jahre	Trennung vor 1933 (2)	Trennung nach 1933	Trennung vor 1939 (3)	Trennung nach 1939	Durchschnittliche Ehedauer
1938		5	2	1	4	4	8		10,5
1939		3	1	4	3	5	8		12,5
1940		2	3	2	3	4	6	1	10,3
1941 (4)	1	1	1	1	1	3	4	0	7,2
1942	2	2	1	2	0	7	7	0	7,6
1943 (5)	5	1	2	2	2	7	6	3	7,4
1944 (6)	1	1	2	4	1	7	2	6	11,4
Gesamt	9	15	12	16	14	37	41	10	9,6

(1) Trennungszeit bis zur Klageerhebung, (2) Vor der Machtergreifung, (3) Vor Kriegsbeginn am 01.09.1939, (4) Bei dem Verfahren R 26/41 ist der Zeitpunkt der Trennung nicht bekannt., (5) Bei den Verfahren R 24/43 und R 57/43 ist der Zeitpunkt der Trennung nicht bekannt., (6) Bei dem Verfahren R 17/44 ist der Zeitpunkt der Trennung nicht bekannt.

Aus der Untersuchung der Dauer der Ehe bis die Trennung erfolgt ist, ergibt sich, dass nach Ausbruch des Krieges 1939 die Anzahl der Ehen an der Gesamtzahl der Scheidungen aus § 55 EheG, die unter 3 Jahren gedauert haben, immer häufiger werden. Der Höchststand wird hier 1943 erreicht. Von 11 geschiedenen Ehen haben 5 weniger als 3 Jahre gehalten.

bb. Trennungszeit

Vor allem Reichsjustizminister Gürtner befürchtete durch die Erleichterung der Ehescheidung, dass die Zahl der Ehescheidungsverfahren stark ansteigen würde.⁴⁶⁶ Der Vorsitzende des Familienrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht, Ferdinand Mößmer, entgegnete hierauf, dass ein Anstieg der Ehescheidungsprozesse lediglich die Auflösung eines Staus sei, der dadurch entstanden sei, dass gewisse Ehen, die diesen Namen nicht mehr verdienten, durch das bestehende Recht nicht geschieden werden konnten.⁴⁶⁷ Ein Anstieg der Ehescheidungsverfahren sei daher nur temporär zu erwarten. Langfristig werde die Zahl der Ehescheidungsverfahren nicht steigen.⁴⁶⁸ Wenn dann also tatsächlich ein Reformstau bestanden haben sollte, müsste eigentlich in den ersten Jahren nach Einführung des neuen Ehescheidungsrechtes eine große Anzahl von Ehen geschieden worden sein, bei denen sich die Streitteile schon länger getrennt hatten. Ein „Scheidungsstau“ hätte ja gerade zur Voraussetzung, dass es viele Ehen gäbe, bei denen die Parteien schon lange getrennt lebten. Nach den Überlegungen Mößmers hätte dann in den folgenden Jahren die Trennungszeit der Parteien und die Gesamtzahl der Verfahren sinken müssen, weil bereits in der Anfangszeit nach der Einführung des neuen Ehescheidungsrechtes die Ehen, die schon länger zerrüttet waren, bereits geschieden sein würden und die Voraussetzungen der Scheidung in den nachfolgenden Verfahren erst seit kürzerer Zeit entstanden sein müssten.

Trennungszeit	< 3 Jahre (1)	In %	3 – 6 Jahre	In %	6 – 12 Jahre	In %	> 12 Jahre	In %	Trennungszeit länger als Ehedauer	Trennungszeit kürzer als Ehedauer
1938			5	62,5	2	25	1	12,5	4	4
1939	1	12,5	4	50	3	37,5			2	6
1940	2	28,6	2	28,6	2	28,6	1	14,3	3	4
1941 (2)	1	25	2	50			1	25	2	2
1942			4	57,1	3	42,9			3	4
1943 (3)	1	11,1	7	77,8			1	11,1	6	3

⁴⁶⁶ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944, Dissertation 1990, S. 125.

⁴⁶⁷ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944, Dissertation 1990, S. 126.

⁴⁶⁸ Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944, Dissertation 1990, S. 126.

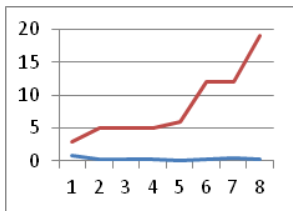
1944 (4)	4	50	3	37,5			1	12,5	1	7
Gesamt	9	17,6	27	52,9	10	19,6	5	9,8	21	30

(1) Trennungszeit bis zur Klageerhebung, (2) Bei dem Verfahren R 26/41 ist der Zeitpunkt der Trennung nicht bekannt., (3) Bei den Verfahren R 24/43 und 57/43 ist der Zeitpunkt der Trennung nicht bekannt., (4) Bei dem Verfahren R 17/44 ist der Zeitpunkt der Trennung nicht bekannt.

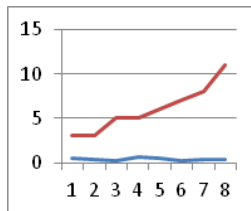
Die Eheleute lebten am häufigsten zwischen 3 und 6 Jahren getrennt, bevor sie eine Scheidungsklage eingereicht haben. Der Anteil der Eheleute, die weniger als 3 Jahre getrennt waren, als sie die Klage eingereicht haben, lässt darauf schließen, dass § 55 EheG in diesen Fällen nicht der primär beabsichtigte Ehescheidungsgrund war, weil zum Zeitpunkt der Klageerhebung die Klagen jeweils unbegründet waren. Der Anteil dieser Klagen nimmt gegen Ende des Krieges stark zu.

Ein direkter Einfluss der Trennungszeit auf die Verfahrensdauer konnte nicht nachgewiesen werden. Dazu wurde die Verfahrensdauer zur Trennungszeit ins Verhältnis gesetzt. Gäbe es einen solchen Einfluss, müsste dann, wenn die Linie der Trennungszeit nach oben geht (also bei einer längeren Trennungszeit), die Linie der Verfahrensdauer nach unten gehen (also kürzere Verfahrensdauer).

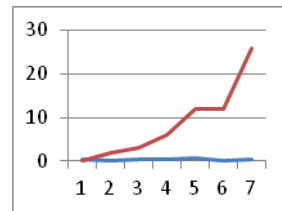
1938



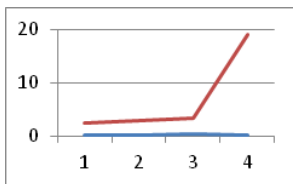
1949



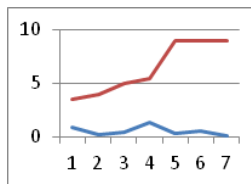
1940



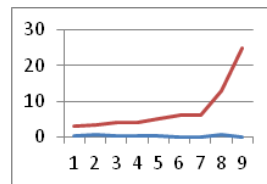
1941



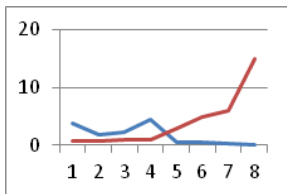
1942



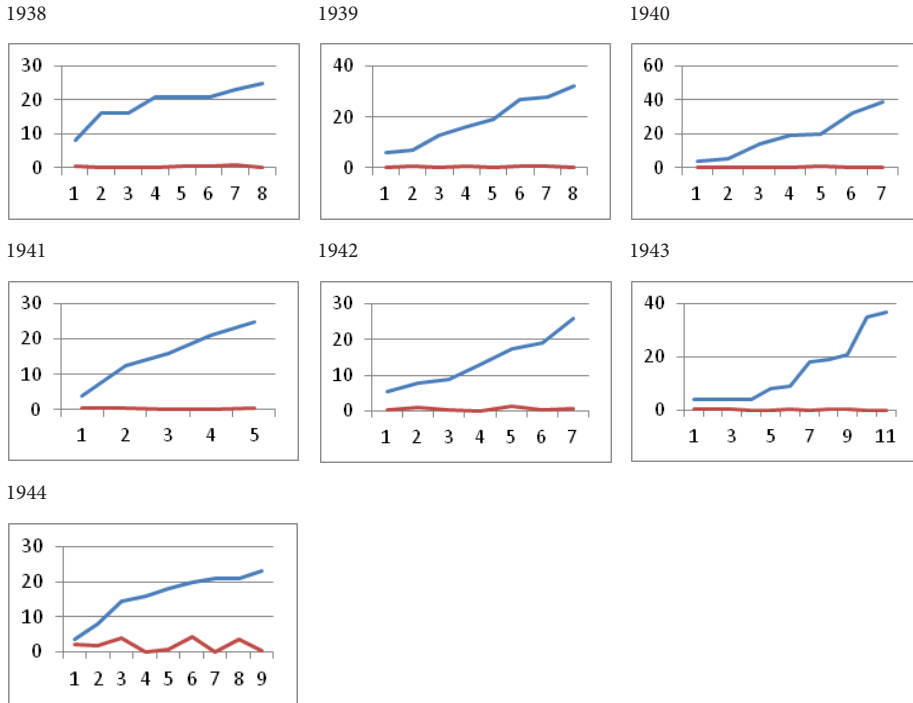
1943



1944



Ein Zusammenhang zwischen Ehedauer insgesamt und Verfahrensdauer konnte ebenfalls nicht festgestellt werden. (rote Linie = Ehedauer, blaue Linie = Verfahrensdauer; ein Zusammenhang würde dann vorliegen, wenn die rote Linie nach oben ginge und die blaue Linie entsprechend nach unten gehen würde)



Da nahezu alle Ehen geschieden wurden, kann auch kein Zusammenhang zwischen der Anzahl der Kinder und der Scheidungswahrscheinlichkeit hergestellt werden. Ebenso wenig kann ein statistischer Zusammenhang zwischen dem Alter der beklagten Ehefrau, der Anzahl der Kinder und der Scheidung hergestellt werden. Ob das Landgericht Amberg daher der Opferrechtsprechung des Reichsgerichts gefolgt ist, kann statistisch nicht nachgewiesen werden.

Die Befürchtung bei Einführung des neuen Ehescheidungsrechtes war, dass die Ehescheidungsverfahren sprunghaft nach oben schnellen würden. Es wurde auch erwartet, dass durch die Einführung des neuen Ehescheidungsrechtes ein Scheidungsstau aufgelöst werden würde. Dies hätte bedeutet, dass in den Anfangsjahren zunächst die durchschnittliche Ehedauer und Trennungszeit besonders hoch sein würde. Ein Scheidungsstau hätte zur Voraussetzung gehabt, dass der Wunsch nach Scheidung schon seit längerem bestehen würde und mangels Scheidungstatbestand die Ehe noch nicht geschieden worden wäre. In den Jahren 1938, 1939 und 1940 war dann auch die Ehedauer deutlich länger, als in den folgenden Jahren. Der Anstieg im Jahre 1944 erklärt sich da-

durch, dass durch den Zusammenbruch für eine gewisse Zeit die Ehen nicht geschieden werden konnten. Ein Scheidungsstau hätte aber auch zur Voraussetzung gehabt, dass die Trennungszeit zu Beginn des Untersuchungszeitraumes länger, als gegen Ende des Untersuchungszeitraumes sein sollte. Dies war aber nicht der Fall. Die weit überwiegende Mehrheit der Streitteile lebte bis zu 6 Jahre getrennt. Bei den im Jahre 1938 erhobenen Verfahren lebten die Streitteile in 62,5% der Verfahren bis zu 6 Jahre getrennt voneinander. Diese Zahl stieg im folgenden Jahr auf 72,5% an, fiel dann allerdings im folgenden Jahr auf 57,2% und stieg 1941 wiederum auf 75% an. 1942 fiel der Anteil der Trennungszeit bis zu 6 Jahren auf 57,1% und stieg dann wiederum in den Jahren 1943 und 1944 auf nahezu 90% an. Die erwartete Auflösung des Scheidungsstaues trat daher in dem befürchteten Ausmaße nicht ein.

cc. Alter der Parteien

Alter der Parteien bei Klageeinreichung (1)	Unter 30 ♂/♀	30 bis 40 ♂/♀	40 bis 50 ♂/♀	Über 50 ♂/♀	Durchschnitt ♂/♀
1938	0/0	1/2	6/3	0/2	44,9/44,7
1939	0/1	1/0	1/2	3/2	49,2/44,6
1940	2/2	1/0	1/3	3/2	44,7/42,0
1941	0/0	2/2	2/3	1/0	41,2/39,2
1942	0/0	0/2	4/3	3/2	44,6/45,5
1943	1/1	3/5	3/2	3/2	43,8/39,2
1944	0/0	2/2	6/6	1/1	44,6/42,9
Gesamt	3/4	10/13	23/22	14/11	44,7/42,6

(1) In den Verfahren R 42/38, 12/39, 21/39, 39/39 und 24/43 war das Alter der Parteien nicht bekannt.

Bei der Untersuchung des Altersunterschiedes der Parteien ergibt sich folgendes Bild:⁴⁶⁹

Altersunterschied	♀ mehr als 5 Jahre älter	♀ weniger als 5 Jahre älter	♀ und ♂ gleich alt	♂ weniger als 5 Jahre älter	♂ mehr als 5 Jahre älter	Durchschnitt (1)
1938	1	2	1	2	1	1
1939	0	0	2	2	1	7,2
1940	0	1	0	5	1	2,7
1941	0	3	0	1	1	2,7
1942	1	0	0	3	3	2,1
1943	0	1	1	4	4	4,6
1944	1	1	2	4	1	1,7
Gesamt	3	8	6	21	12	3,1
Anteil	6%	16%	12%	42%	24%	

(1) Die Zahl gibt die durchschnittliche Anzahl von Jahren an, die die Männer älter als die Frauen waren.

⁴⁶⁹ Eine ähnliche Altersverteilung recherchiert auch Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen im Dritten Reich, 2002, S. 112.

In einigen wenigen Fällen waren die Ehefrauen deutlich älter, als die Ehemänner. Diese Verfahren werden weiter unten noch genauer untersucht und dargestellt. Die meisten Streitteile waren zwischen 40 und 50 Jahre alt, das Durchschnittsalter lag bei den Männern bei 44,7 und bei den Frauen bei 42,6 Jahren. Im Durchschnitt war der Ehemann 3,1 Jahre älter, als die Ehefrau, wobei die meisten Ehemänner in der Kategorie bis zu 5 Jahre älter auftauchten. Dies liegt daran, dass bei der durchschnittlichen Altersstruktur auch die Ehen berücksichtigt wurden, bei denen die Frau (deutlich) älter war, als der Mann.

dd. Religionszugehörigkeit

Die Amberger Bevölkerung war, wie oben erläutert, zu 81,3% katholisch, zu 16,79 % evangelisch und zu 1,91 % anderen Glaubens. Dabei beziehen sich diese Zahlen lediglich auf das Stadtgebiet, während sich die Religionszugehörigkeit aus den Ehescheidungsverfahren auf den Landgerichtsbezirk bezieht. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Landbevölkerung tendenziell noch eher katholischen als evangelischen Glaubens war, so dass sich auf den Landgerichtsbezirk gerechnet ein noch höherer Anteil an Katholiken ergeben dürfte. Dies spiegelt sich aber in der statistischen Auswertung der Ehescheidungsverfahren nicht wider.

	Katholisch	Evangelisch	Gottgläubig	Beide gleiche Religion	Beide unterschiedliche Religion
1938	58,3%	33,3%	8,33 %	50 %	50%
1939	100%	0%	0%	100%	0%
1940	100%	0%	0%	100%	0%
1941	100%	0%	0%	100%	0%
1942	90%	0%	10%	80%	20%
1943	65 %	30 %	5%	70%	30 %
1944	57,14 %	42,86%	0%	100 %	0%
Gesamt	76,8 %	19,5 %	3,66 % (1)	85%	15 %

(1) Eine erhebliche Abweichung hiervon gab es bei den von Mammeri-Latzel untersuchten Verfahren in Berlin. Dort waren 16% gottgläubig.⁴⁷⁰

Zwar sind aufgrund der geringen absoluten Zahl der Fälle pro Jahr die Zahlen nicht repräsentativ. Auf den gesamten Untersuchungszeitraum gerechnet ergeben sich jedoch aus der Vielzahl der Fälle repräsentative Zahlen. Danach fällt auf, dass der Anteil der Parteien, die sich als gottgläubig bezeichneten mit rund 3,7% doppelt so hoch ist, wie der Anteil der Bevölkerung nach der Bevölkerungsstatistik, die weder evangelisch, noch katholisch waren. Der Anteil der Streitteile evangelischen Glaubens ist ebenfalls deutlich höher, als in der allgemeinen Bevölkerung. Bei den Verfahren aus dem Jahr 1938 fällt auf, dass nur die Hälfte der Streitteile derselben Religionsgemeinschaft angehörten. Dies könnte daher kommen, dass Religion im Dritten Reich keine Bedeutung hatte bzw.

⁴⁷⁰ Vgl. Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen im Dritten Reich, 2002, S. 115. Dort waren 16% gottgläubig.

haben sollte und sich die Parteien, die sich als gottgläubig bezeichneten, sich insofern möglicherweise einen Vorteil erhofften, als der „Makel der Religiosität“ und damit die Verhaftung an die vorherige Zeit, ihnen nicht entgegengebracht werden konnte.

ee. Herkunft der Parteien

Untersucht man die Herkunft der Streitsteile, stellt man fest, dass ein großer Teil der Parteien nicht ursprünglich aus dem Landgerichtsbezirk Amberg stammt, sondern erst später dorthin verzogen ist.

Herkunft	LG-Bezirk Amberg	Außerhalb LG Bezirk Amberg
1938	25%	75 %
1939	75 %	25 %
1940	43 %	57 %
1941	80 %	20 %
1942	57 %	43 %
1943	45,5 %	54,6 %
1944	44,4 %	55,6 %
Gesamt	52,83 %	47,17 %

Nach dieser Untersuchung erklärt sich die Differenz zwischen der Religionszugehörigkeit der Amberger Stadtbevölkerung 1938 und der Statistik der Religionszugehörigkeit, die sich aus den Scheidungsverfahren ergibt.

ff. Berufe

In den Verfahren von 1938 bis 1944 waren zumindest die männlichen Streitsteile fast ausnahmslos berufstätig. Lediglich 1 Streitteil gab bei der Berufsbezeichnung „Invalide“ an. Ganz anders sah jedoch die Lage bei den Frauen aus. Die meisten Frauen waren nicht berufstätig. Wenn sie berufstätig waren, waren sie zumeist als einfache Arbeiterinnen angestellt.

	♂ berufstätig						♀ berufstätig					
	A	AB	GA	AK	S	W	A	AB	GA	AK	S	W
1938		3	3	1	1			4				
1939		5	1	1	1						1	
1940	1	4	2								2	
1941		3	1	1								
1942		6				1						
1943		4	6		1			2	1			
1944		5	2	1		1		1				
Gesamt	1	30	15	4	3	2		7	1		3	

In % bezogen auf das jeweilige Geschlecht	1,8 %	53,6 %	26,8 %	7,1 %	5,4 %	3,6 %	80 %	12,5 %	1,8 %		3,2 %	
---	-------	--------	--------	-------	-------	-------	------	--------	-------	--	-------	--

A = Arbeitslos; AB = einfacher Arbeiter; GA = gehobener Angestellter; AK = Akademiker; S = selbständig; W = Wehrmacht

In Berlin gaben zum Beispiel 24,9% der Männer an, einfache Arbeiter zu sein.⁴⁷¹ Gehobene Angestellte waren in Berlin beispielsweise 28,3% der Männer.⁴⁷²

Die überwiegende Mehrzahl der männlichen Streitteile waren einfache Arbeiter. Ein Viertel der männlichen Streitteile waren in beruflich besserer Position tätig. Lediglich 7,1 % der Streitteile waren Akademiker und nur 2 männliche Streitteile gaben bei ihrer Berufsbezeichnung einen Wehrmachtzusammenhang an. Die Frauen waren ausweislich ihrer Berufsangaben zu 80 % ohne Beschäftigung. Von den 55 insgesamt untersuchten Verfahren war der Standardstreitwert von 2.000 RM nur in 4 Verfahren höher.⁴⁷³

gg. Armenrechtsverfahren

	Verfahren ohne Armenrecht	♂ Armenrecht bewilligt	♀ Armenrecht bewilligt	Verfahren insgesamt
1938	4	2	3	8
1939	4	4	4	8
1940	2	5	4	7
1941	0	2	5	5
1942	1	6	6	7
1943	5	5	6	11
1944	3	4	4	9
Gesamt	19	28	32	55

Aus der Zusammenstellung ergibt sich, dass in lediglich 34,5 % der Verfahren keiner der beiden Streitteile das Armenrecht beantragte. In 65,5 % der Verfahren wurde zumindest einem der Streitteile Armenrecht bewilligt. In knapp der Hälfte der Verfahren wurde den Männern Armenrecht bewilligt. In 64 % der Verfahren wurde den Frauen das Armenrecht bewilligt. Die Anzahl der Armenrechtsverfahren spiegelt auch die Berufstätigkeit in etwa wider. 53,6 % der Männer wurden als einfache Arbeiter in den Akten geführt. Oftmals waren die Ehefrauen nicht berufstätig, so dass sich die hohe Quote der Armenrechtsverfahren erklären lässt.

⁴⁷¹ Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen im Dritten Reich, 2002, S. 116.

⁴⁷² Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen im Dritten Reich, 2002, S. 116.

⁴⁷³ In zwei Verfahren war der Streitwert bei 3.000,- RM, in einem Verfahren bei 5.000,- RM und in einem weiteren Verfahren bei 7.000,- RM.

hh. Sühneverfahren

Die Idee, in einem streitigen Verfahren eine einvernehmliche Lösung zu finden, ist eigentlich ein Fremdkörper im gerichtlichen Verfahren. Das Interesse des Klägers ist darauf gerichtet, dass ihm das Gericht, das, was er will, zuspricht, während das Interesse des Beklagten auf das exakte Gegenteil gerichtet ist. Mit dem Versuch eine einvernehmliche Lösung zu erzielen, wird der Versuch unternommen, beide Parteien zu einem Nachgeben zu bringen, um einen dauerhaften Rechtsfrieden sicherzustellen. Beide Parteien sollen so zu etwas bewogen werden, was sie eigentlich nicht primär wollen. Der Gütegedanke ist jedoch keine neue Idee der letzten Zeit, sondern war bereits Grundgedanke des Germanischen Prozessrechtes.⁴⁷⁴ So enthielt bereits die ZPO in ihrer ursprünglichen Fassung den Ausdruck der Vorrangigkeit der gütlichen vor der streitigen Entscheidung.⁴⁷⁵ Auch im Eherecht verwirklichte die ZPO den Vorrang des Gütegedankens vor der streitigen Entscheidung. Hintergrund war aber nicht die Erzielung eines dauernden Rechtsfriedens zwischen den Parteien und Praktikabilitätsabwägungen, sondern die Wahrung und Wiederherstellung des ehelichen Friedens als gesellschaftlichen Wertes, denn die Erhaltung einer Ehe betraf aus damaliger Sicht auch das öffentliche Interesse.⁴⁷⁶ Bereits in der Fassung vom 30.01.1877 war daher ein obligatorisches Sühneverfahren in Ehescheidungsverfahren durchzuführen. Nach der ursprünglichen Fassung war das Sühneverfahren jedoch nicht vor den für die Ehescheidungsklage zuständigen Landgerichten, sondern vor den Amtsgerichten durchzuführen.⁴⁷⁷ Mit Ende des Ersten Weltkrieges mehrten sich die Stimmen, die im Zuge der allgemeinen Reformbestrebungen des Ehescheidungsrechtes auch das Sühneverfahren reformieren wollten.⁴⁷⁸ Der Sühneversuch wurde zunehmend als inhaltlose Formalie betrachtet, die den Ehescheidungsprozess nur verzögere.⁴⁷⁹ Die Mehrheit der Kritiker wollten jedoch den Sühneversuch nicht abschaffen, sondern diesen vor dem Prozessgericht durchführen lassen, weil so der Versuch der gütlichen Streitbeilegung vor dem Richter stattfinden sollte, der sich ansonsten mit dem Ehescheidungsverfahren befassen musste.⁴⁸⁰ Der Richter am Landgericht hätte ein wesentlich größeres Interesse, dass es zu keinem Ehescheidungsverfahren komme, als der

⁴⁷⁴ Bele Carolin Peters, *Der Gütegedanke im deutschen Zivilprozeßrecht*, Dissertation 2004, S. 58.

⁴⁷⁵ Allgemeiner Ausdruck dieses Gütegedankens waren die Vorschriften § 268 und § 471 ZPO. § 268 hatte folgenden Wortlaut: Das Gericht kann in jeder Lage des Rechtsstreits die gütliche Beilegung desselben oder einzelner Streitpunkte versuchen oder die Parteien zum Zwecke des Sühneversuchs vor einen beauftragten oder ersuchten Richter verweisen. § 471 ZPO hatte folgenden Wortlaut: Abs. 1: Wer eine Klage zu erheben beabsichtigt, kann unter Angabe des Gegenstandes seines Anspruchs zum Zwecke eines Sühneversuchs den Gegner vor das Amtsgericht laden, vor welchem dieser seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. Abs. 2: Erscheinen beide Parteien und wird ein Vergleich geschlossen, so ist derselbe zu Protokoll festzustellen. Kommt ein Vergleich nicht zu Stande, so wird auf Antrag beider Parteien der Rechtsstreit sofort verhandelt; die Erhebung der Klage erfolgt in diesem Falle durch den mündlichen Vortrag derselben. Abs. 3: Ist der Gegner nicht erschienen, oder der Sühneversuch erfolglos geblieben, so werden die erwachsenen Kosten als Teil der Kosten des Rechtsstreits behandelt.

⁴⁷⁶ Bele Carolin Peters, *Der Gütegedanke im deutschen Zivilprozeßrecht*, Dissertation 2004, S. 10.

⁴⁷⁷ Wolf, Lüke, Hax, *Scheidung und Scheidungsrecht*, 1959, S. 106.

⁴⁷⁸ Wolf, Lüke, Hax, *Scheidung und Scheidungsrecht*, 1959, S. 108.

⁴⁷⁹ Wolf, Lüke, Hax, *Scheidung und Scheidungsrecht*, 1959, S. 108.

⁴⁸⁰ Wolf, Lüke, Hax, *Scheidung und Scheidungsrecht*, 1959, S. 109.

Richter am Amtsgericht, für den es keinen Unterschied mache, ob der Sühneversuch erfolgreich sei oder nicht,⁴⁸¹ so die Argumente der Reformbefürworter. Nach dem Reformvorschlag des Reichsjustizministeriums von 1931 sollte dementsprechend der Sühneversuch vor den Landgerichten durchgeführt werden, weil man ausweislich der amtlichen Begründung auf den Gütegedanken nicht ganz verzichten könne.⁴⁸² Im Zuge der Einführung des Ehegesetzes vom 6.7.1938 wurden dann auch die Vorschriften über den Sühneversuch entsprechend der Überlegungen aus dem Reformvorschlag von 1931 in dem Sinne umgesetzt, dass nunmehr die Landgerichte für die Durchführung des Sühneversuches zuständig waren.⁴⁸³ Nach § 608 ZPO⁴⁸⁴ musste der Kläger beim für die Klage zuständigen Gericht die Durchführung eines Sühneversuches beantragen. Der Vorsitzende konnte nach § 609 ZPO den Sühneversuch erlassen, wenn sich der Beklagte im Ausland aufhielt, wenn der Aufenthaltsort unbekannt war, wenn dem Sühneversuch ein schwer zu beseitigendes Hindernis entgegenstand, das vom Kläger nicht verschuldet war oder wenn die Erfolglosigkeit des Sühneversuches mit Bestimmtheit vorauszusehen war. Bevor den Erfordernissen des Sühneversuches genügt war, durfte der Vorsitzende Richter keinen Termin zu einer mündlichen Verhandlung anberaumen.

	Gesamt	Sühneversuch erlassen	Sühneversuch durchgeführt	% Anteil an durchgeführten Sühneversuchen
1938	8	7	1	12,5 %
1939	8	8	0	0 %
1940	7	7	0	0 %
1941	5	4	1	20 %

⁴⁸¹ Wolf, Lüke, Hax, Scheidung und Scheidungsrecht, 1959, S. 109.

⁴⁸² Wolf, Lüke, Hax, Scheidung und Scheidungsrecht, 1959, S. 109.

⁴⁸³ Wolf, Lüke, Hax, Scheidung und Scheidungsrecht, 1959, S. 110.

⁴⁸⁴ Die Vorschriften der ZPO wurden durch die Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Rechtsgebiet (Ehegesetz) vom 27.07.1938, RGBl. I 1938, 923 ff. verändert. § 608 ZPO erhielt folgende Fassung: Wer eine Scheidungsklage oder eine Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens beabsichtigt, hat bei dem für die Klage zuständigen Gericht einen Sühneversuch zu beantragen. In dem Antrag hat er die Gründe anzugeben, auf die er die Klage stützen will. Der Antrag kann vor der Geschäftsstelle zu Protokoll erklärt werden. § 609 ZPO erhielt folgende Fassung: Der Vorsitzende kann den Sühneversuch erlassen, wenn sich der Beklagte im Ausland aufhält oder wenn sein Aufenthalt unbekannt ist, wenn dem Sühneversuch ein anderes schwer zu beseitigendes Hindernis entgegensteht, das von dem Kläger nicht verschuldet ist, oder wenn die Erfolglosigkeit des Sühneversuches mit Bestimmtheit vorauszusehen ist. Solange den Vorschriften über den Sühneversuch nicht genügt ist, hat der Vorsitzende die Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung abzulehnen. § 610 ZPO erhielt folgende Fassung: Der Sühneversuch findet vor dem Vorsitzenden oder einem von ihm beauftragten Mitglied des Gerichts statt. Zu dem Termin ist das persönliche Erscheinen der Parteien anzuordnen. Die Parteien sind von Amts wegen und persönlich zu laden. Dem Gegner ist eine Abschrift des Antrages mitzuteilen. Erscheint zu dem Sühneversuch der Kläger nicht, so hat er einen neuen Sühneversuch zu beantragen. Erscheint der Kläger, nicht aber der Beklagte, so kann der Richter die einmalige Wiederholung des Sühneversuches anordnen; andernfalls ist der Sühneversuch als mißlungen anzusehen. Die Parteien können sich in dem zum Sühneversuch bestimmten Termin nicht durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Beistände können zurückgewiesen werden.

1942	7	6	1	14,3 %
1943	11	11	0	0 %
1944	9	7	2	22,2 %
Ge-samt	55	50	5	10 %

*In den von Mammeri-Latzel untersuchten Verfahren, wurde in keinem Verfahren ein Sühneverfahren durchgeführt.*⁴⁸⁵

Ob der Sühneversuch erlassen oder durchgeführt wurde, ließ sich in vielen Fällen nur durch Rückschlüsse aus dem weiteren Verfahren ermitteln. Zum einen wurde der Beschluss, dass ein Sühnetermin erlassen wurde, in den meisten Fällen handschriftlich irgendwo auf einem Schriftsatz in der Akte vermerkt. Angesichts der häufig schwierigen Handschrift, die vielfach durch die Nutzung von Bleistiften unleserlich wurde, war es nicht immer möglich, den Sinn der Anmerkung zu deuten. Zum anderen wurden nur die Akten näher untersucht, in denen ein Urteil ergangen ist. Es kann daher durchaus sein, dass einige Verfahren nach einem Sühneversuch dadurch endeten, dass die Klage zurückgenommen wurde, was dann zur Folge hatte, dass diese Akte nicht näher untersucht wurde. In den Verfahren, in denen allerdings ein Sühneversuch durchgeführt wurde, fand eine gütliche Einigung nicht statt. Dadurch, dass eine mündliche Verhandlung nicht anberaunt werden durfte, bevor nicht den Vorschriften des Sühneverfahrens genüge getan wurde, konnte aus den Akten geschlossen werden, dass der Sühneversuch erlassen war, wenn eine mündliche Verhandlung anberaunt wurde und hierzu die Parteien selbst nicht erschienen oder geladen waren, vgl. § 609 ZPO. In den Urteilen hieß es hierzu meistens, dass die Vorschriften §§ 608 ff ZPO beachtet wurden. In vielen Urteilen wurde auf das Erfordernis des Sühneversuches überhaupt nicht eingegangen. Das Landgericht Amberg scheint daher, wie offensichtlich viele andere Familiengerichte auch,⁴⁸⁶ die relativ strengen Anforderungen an den Erlass des Sühneversuches frühzeitig angenommen zu haben. Die Begründung für den Erlass des Sühneversuches dürfte in den meisten Fällen darin gelegen haben, dass die Erfolglosigkeit des Sühneversuches mit Bestimmtheit vorauszusehen war. Die Anforderungen an den Erlass eines Sühneversuchs waren daher recht streng. Andererseits waren in den 55 untersuchten Verfahren in 12 Verfahren die Streitteile zwischen 6 und 12 Jahren getrennt, in 16 Verfahren waren die Streitteile sogar schon mehr als 12 Jahre getrennt. In 8 Verfahren musste ein Streitteil vor einem ersuchten Richter vernommen werden, weil die Vernehmung durch das Prozessgericht aufgrund der Entfernung nicht möglich war. In 3 Verfahren war der Klagspartei nicht bekannt, wo der andere Ehepartner lebte. In 13 Verfahren wurde vorher schon einmal eine Ehescheidungsklage erhoben. In 9 Verfahren lebte der andere Ehepartner bereits mit einem neuen Partner zusammen bzw. hatte bereits

⁴⁸⁵ Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen im Dritten Reich, 2002, S. 102; vgl. Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen im Dritten Reich, 2002, S. 104.

⁴⁸⁶ Vgl. Löhnig Martin, Scheidungsalltag an einem erstinstanzlichen Gericht vor und nach dem „Zusammenbruch“, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, 2008, S. 501 (502nf).

eine längere ehebrecherische Beziehung geknüpft. In einem Verfahren⁴⁸⁷ wurde das Sühneverfahren erlassen, weil ein nicht zu beseitigendes Hindernis an der Durchführung des Sühneverfahrens entgegen stand. Der Beklagte war nämlich auf unbestimmte Zeit im KZ Dachau wegen SPD-Mitgliedschaft inhaftiert. Diese Umstände, die in den Verfahren selbst angelegt waren, bedingten ohne größeren Begründungsaufwand in vielen Fällen den Erlass des Sühneversuchs. Wenn die Streitteile schon seit mehr als 6 Jahren getrennt lebten bzw. überhaupt nicht wussten, wo der andere Ehepartner lebte, konnte davon ausgegangen werden, dass sich die Ehepartner so weit auseinander gelebt hatten, dass die Wiederaufnahme einer ehelichen Gemeinschaft nicht in Betracht kam. Dasselbe galt dann, wenn der andere Ehepartner bereits eine verfestigte neue Beziehung eingegangen war und daraus möglicherweise bereits Kinder entsprossen waren. Aus der hohen Anzahl der Verfahren, in denen kein Sühneverfahren durchgeführt wurde, obwohl die Voraussetzungen für den Erlass relativ hoch waren, kann damit nicht gefolgert werden, dass das Landgericht Amberg die Ehen leichtfertig geschieden hatte.

ii. Anzahl der mündlichen Verhandlungen

	Verhandlungen vor dem LG Amberg	Verhandlungen vor ersuchten Richtern	Gesamt	Durchschnittliche Anzahl an Verhandlungen pro Verfahren
1938	25	3	28	3,5
1939	24	0	24	3
1940	23	2	25	3,6
1941	18	3	21	4,2
1942	38	12	50	7,1
1943	31	10	41	3,7
1944	50	2	52	5,8
Gesamt	209	32	241	4,4

Bei Mammeri-Latzel ergibt sich für die Berliner Verfahren eine durchschnittliche Anzahl an Verhandlungen pro Verfahren von 2,6 mündlichen Verhandlungen.⁴⁸⁸

Es fällt auf, dass die Zahl der Verhandlungen vor ersuchten Richtern in den Verfahren, die 1942 und 1943 eingeleitet wurden, im Vergleich zu den Jahren 1938 bis 1941 und 1944 überdurchschnittlich stark zugenommen hat. Bei einer Scheidungsklage aus § 55 EheG konnte der oder die Beklagte beantragen, dass der klagende Streitteil für schuldig erklärt wurde. Für diese Schuldigerklärung musste aber untersucht werden, ob der klagende Ehegatte die Zerrüttung verschuldet hatte. Hierfür mussten im Zweifel Zeugen vernommen werden. Die Rechtsprechung im Zusammenhang mit der Schuldigerklärung wird unten noch näher untersucht. Da die Terminierung und die Anzahl an Zeugen, die für erforderlich gehalten wurden, sehr individuell von dem einzelnen Rich-

⁴⁸⁷ R 36/40.

⁴⁸⁸ Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen im Dritten Reich, 2002, S. 106.

ter abhing, werden diese Zahlen unten bei den einzelnen Richtern noch einmal aufgeschlüsselt und verglichen.

jj. Anzahl der geladenen Zeugen

Durch die zunehmende Personalknappheit und die Zunahme der Gesamtscheidungsverfahren, verschärfte sich die Situation der Richter zusehends. Durch die Zunahme der Scheidungsverfahren stand den Richtern immer weniger Zeit pro Verfahren zur Verfügung. Die Vernehmung von Zeugen war nicht nur zeitintensiv, sondern verschärfte auch die Arbeitsbelastung weiter, da die Aussagen der Zeugen bei der Entscheidungsfindung bewertet und ausgewertet werden mussten. Aber nicht nur die Arbeitsbelastung stieg gegen Ende des Zweiten Weltkrieges, sondern auch die praktischen Schwierigkeiten. Die Zeugen wohnten teilweise weit entfernt, waren bei der Wehrmacht oder im KZ inhaftiert. Um die Zeugen vernehmen zu können, mussten die Akten an Rechtshilfegerichte versandt werden. Daraus könnte entnommen werden, dass die Richter mit zunehmender Arbeitsbelastung immer weniger Zeugen vernommen haben und daher schneller geneigt waren, der einen oder anderen Partei Glauben zu schenken. Die Untersuchung der Verfahren nach der Anzahl der geladenen Zeugen ergibt Folgendes:

	Zeugen insgesamt	Durchschnittlich Zeugen pro Ver- fahren	Verfahren ohne Zeu- geneinvernahme	Verfahren insgesamt
1938	7	0,9	5	8
1939	8	1,0	5	8
1940	13	1,9	3	7
1941	7	1,4	0	5
1942	19	2,7	0	7
1943	11	1,0	6	11
1944	15	1,7	5	9
Gesamt	80	1,5	24	55

In den von Mammeri-Latzel untersuchten Berliner Verfahren wurden durchschnittlich 2,2 Zeugen pro Verfahren vernommen.⁴⁸⁹

Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes, also vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, wurden in den Jahren 1938 und 1939 in 62,5 % der Verfahren keine Zeugen vernommen. Durchschnittlich wurde in diesen beiden Jahren pro Verfahren jeweils rund 1 Zeuge vernommen. Im folgenden Jahr wurden durchschnittlich rund 2 Zeugen pro Verfahren vernommen. In 42,9 % der Verfahren fand keine Zeugeneinvernahme statt. In den Jahren 1941 und 1942 gab es kein Verfahren, in dem keine Zeugen vernommen wurden. In den Jahren 1943 und 1944 wurden in knapp der Hälfte der Verfahren keine Zeugen vernommen. Im Gesamtdurchschnitt wurden pro Verfahren 1,5 Zeugen vernommen. Die Zahlen der einzelnen Jahre weichen von dem Gesamtdurchschnitt nicht erheblich ab. Daraus

⁴⁸⁹ Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen im Dritten Reich, 2002, S. 108.

kann man den Schluss ziehen, dass sich das Gericht von der Personalknappheit nicht in der Art beeinflussen ließ, dass die Verfahren oberflächlicher in der Erforschung der angebotenen Beweise geführt wurden. Damit kann ein statistischer Zusammenhang zwischen Personalknappheit und Anzahl der Zeugen nicht geführt werden.

kk. Umfang der Akten

Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes waren die Gerichte noch mit drei Richtern besetzt. Der Krieg ist erst im September 1939 ausgebrochen und die Auswirkungen der kriegsbedingten Abwesenheit vieler Juristen haben sich auch nicht unmittelbar mit Kriegsausbruch, sondern erst später gezeigt. Man könnte daher annehmen, dass mit zunehmender Personalknappheit und zunehmender Arbeitsbelastung die Verfahren strafverfahrgemäß geführt wurden, die Schriftsätze kürzer wurden und die Verfahren eventuell oberflächlicher geführt wurden. Die Auswertung des Gesamtumfanges der Akten ergibt folgendes Bild:

	Kürzeste Akte	Längste Akte	Durchschnittsakte	Umfang, wenn Rechtsmittel eingelegt wurden	Gesamtdurchschnitt
1938	18	82	38,5	83	44,9
1939	22	46	36,0	75,5	47,3
1940	36	50	44,2	98,5	59,7
1941	25	35	31,0	78	40,4
1942	18	89	51,2	102	58,4
1943	17	56	33,1	111	40,2
1944	11	227	65,6	78	67
Gesamt	11	227	43,7	88,9	51,3

Nur in den Jahren 1939 und 1940 wurden in mehr als einem Verfahren Rechtsmittel eingelegt, so dass nur in diesen beiden Jahren Durchschnittswerte gebildet werden konnten.

Wenn man den Gesamtumfang der Verfahrensakten betrachtet, stellt man fest, dass der Umfang der Akten stark schwankt. Dies hängt jedoch auch mit einzelnen Akten zusammen. Da zwar insgesamt 55 Akten zur Untersuchung herangezogen wurden, aber innerhalb der einzelnen Jahrgänge z.B. im Jahr 1941 nur 5 Akten zur Verfügung standen, hängt der Durchschnittswert zu sehr von den einzelnen Verfahren ab. Aus der Gesamtzahl der Verfahren ergibt sich jedoch, dass eine Akte durchschnittlich 43,7 Blätter umfasste.⁴⁹⁰ Bei den Verfahren, die 1944 anhängig gemacht wurden, erkennt man eine deutliche Steigerung zu den Vorjahren. Dies hängt damit zusammen, dass viele Verfahren durch den Zusammenbruch zunächst unterbrochen wurden und dann ein Teil der Verfahren bzgl. Zeugenaussagen und dergleichen wiederholt wurde.

⁴⁹⁰ Die von Mammeri-Latzel untersuchten Verfahrensakten hatten einen durchschnittlichen Umfang von rund 45 Blättern, vgl. Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen im Dritten Reich, 2002, S. 103.

[1]. Umfang der anwaltlichen Schriftsätze

Die anwaltlichen Schriftsätze unterscheiden sich sehr stark. Einige Anwälte beschränkten sich auf den Vortrag des absolut Notwendigen und fassten so lediglich kurze Schriftsätze ab, andere Anwälte schilderten den Sachverhalt etwas ausführlicher. Um einen Vergleichsmaßstab zu bilden, werden die Durchschnittswerte ermittelt und dann weiter unten mit den einzelnen Anwälten verglichen.

	Gesamtumfang in allen Verfahren		Durchschnittlicher Gesamtumfang pro Akte		Gesamtanzahl Schriftsätze		Durchschnittliche Anzahl Schriftsätze	
	Kläger	Beklagter	Kläger	Beklagter	Kläger	Beklagter	Kläger	Beklagter
1938	50,75	44,50	8,5	7,4	18	15	2,7	2,5
1939	50	24,5	7,1	3,5	15	9	2,1	1,3
1940	51,5	42	7,4	6	16	12	2,3	1,7
1941	20,5	7,5	2,9	1,5	10	6	2	1,2
1942	45	36,5	6,4	5,2	16	16	2,3	2,3
1943	47,25	37	4,3	3,4	24	16	2,2	1,5
1944	98,25	65	10,9	7,2	41	20	4,6	2,2
Gesamt	363,25	257	6,8	4,9	140	94	2,6	1,8

Üblicherweise waren die Schriftsätze des Klägers deutlich umfangreicher, als die Schriftsätze der Beklagten. Da der Umfang der Schriftsätze häufig von den Umständen des Einzelfalles abhing, aber auch vom jeweiligen Rechtsanwalt, werden die Zahlen weiter unten, wenn die einzelnen Anwälte analysiert werden, noch genauer untersucht.

[a]. Anzahl der anwaltlichen Schriftsätzen mit rechtlichen Ausführungen

In fast allen Schriftsätzen finden sich floskelhafte Wendungen. Die meisten Schriftsätze der Kläger enthalten die Formulierung, dass die Ehe in einem Maße zerrüttet sei, dass eine Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft ausgeschlossen sei. Der Wortlaut des § 55 EheG enthält jedoch die gleiche Formulierung, so dass bei Wiederholung des Gesetzestextes nicht von einer rechtlichen Argumentation gesprochen werden kann. Die meisten Rechtsanwälte beschränkten sich darauf, die Tatsachen vorzutragen und entsprechende Beweisangebote zu machen und überließen die Rechtsfindung dem Gericht.

Anzahl der Verfahren	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	Rechtliche Ausführungen gesamt
Rechtliche Ausführungen durch Kläger	3	1	1	1	1	5	4	16
Rechtliche Ausführungen durch Beklagten	3	1	2	2	2	5	3	18
Gesamt	6	2	3	3	3	10	7	34

Verfahren insgesamt	8	8	7	5	7	11	9	55
Rechtliche durch den Kläger Ausführungen in %	37,5	12,5	14,3	20	14,3	45,5	44,4	29,1
Rechtliche Ausführungen durch den Beklagten in %	37,5	12,5	28,6	40	28,6	45,5	33,3	32,7

Der Tiefstand an rechtlicher Argumentation wurde mit 12,5 % in den 1939 eingereichten Verfahren erreicht. Auffallend ist jedoch, dass in keinem Jahr in mehr als 45,5% der Verfahren rechtlich argumentiert wurde. In den Fällen, in denen rechtlich argumentiert wurde, haben bis auf 4 Ausnahmen beide Rechtsanwälte rechtlich argumentiert. Wenn also der eine Parteivertreter Rechtsprechung zitierte und rechtlich argumentierte, übte dies offensichtlich einen gewissen Druck auf die Gegenseite aus, ebenso zu argumentieren.

[b]. Ideologische Argumentation und Verhalten der Rechtsanwälte

Um die Akten nach ideologischer Argumentation zu untersuchen, ist es notwendig zuerst zu klären, was unter ideologischer Argumentation zu verstehen ist. Die Rechtsanwälte wurden tätig, weil sie ihrer Mandantschaft zum Erfolg verhelfen wollten. Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, konnten die Rechtsanwälte versuchen, sich des Systems bedienen. Es war allgemein bekannt, mit welchen Methoden die Nationalsozialisten mit ihren Gegnern umgingen. Die Rechtsanwälte hatten also die Wahl, entweder der Ideologie entsprechend zu argumentieren, durch gezieltes Anschwärzen der gegnerischen Partei, diese dem Druck des Regimes auszusetzen oder Druck auf den einzelnen Richter dadurch auszuüben, dass gezielt die Position der eigenen Mandantschaft in der Hierarchie des Regimes dargestellt wurde, so dass der Richter die Befürchtung hegen konnte, in gewissen Kreisen der Partei als Gegner des Regimes bekannt zu werden, oder sich auf der anderen Seite, sich als Regimebefürworter zu etablieren. Die Rechtsanwälte hatten aber auch die Möglichkeit, sich auf die Darstellung der Tatsachen zu beschränken. Die Anwälte hatten die Wahl, die Tatbestandsmerkmale der jeweiligen Scheidungstatbestände anhand der ideologisch geprägten Gesetzesbegründung zu erschließen und darzustellen oder eben nur darzulegen, weswegen sich die Streitsteile auseinander gelebt hatten und die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft auszuschließen war. Als ideologische Argumentation wird daher alles das gewertet, was offen ideologisch verstanden werden kann, aber auch jede Argumentation, mit der sich der Anwalt die Repressionen des Regimes zu eigen machte, um der gegnerischen Partei zu schaden oder Druck auf sie auszuüben. Das Verhalten der einzelnen Anwälte wird unten noch näher dargestellt.

Die Rechtsanwälte waren alle im Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund (NSRB) zusammengefasst. Diese Vereinigung hatte ein eigenes Symbol, das natürlich das Hakenkreuz enthielt. Obwohl die Anwälte in dieser Vereinigung Zwangsmitglieder waren, verwendeten einige das Symbol nicht auf ihren Briefköpfen.⁴⁹¹ Andere stellten die Mitgliedschaft im NSRB offen zur Schau, indem sie das Symbol mit dem Hakenkreuz auf den Briefköpfen verwendeten.

	Ideologische Argumentation durch Kläger	Ideologische Argumentation durch Beklagten	Hakenkreuz im Briefkopf des Klägers	Hakenkreuz im Briefkopf des Beklagten
1938	7	0	2	2
1939	2	4	3	1
1940	3	4	3	1
1941	1	0	1	2
1942	2	3	1	5
1943	3	4	2	1
1944	4	4	0	0
Gesamt	22	19	12	12

Von insgesamt 55 Verfahren wurde in 22, also in 40 % der Fälle, ideologisch argumentiert. In insgesamt 12 Verfahren verwendeten die Anwälte ein Hakenkreuzsymbol auf dem Briefkopf. Da die relativ harmlose Behauptung, eine neue Ehe wäre bevölkerungspolitisch wertvoller, ebenso als ideologische Argumentation gewertet wurde, wie der Versuch sich über ein angebliches Schreiben von Reichsminister Göring Vorteile zu verschaffen, sind diese Zahlen zu relativieren. Einige Anwälte haben sich überhaupt nicht dazu herabgelassen, ideologisch zu argumentieren, während andere auch dort ideologisch argumentierten, wo es die Interessen der eigenen Mandantschaft nicht unbedingt erfordert hätten. Die Zahlen sind daher durch die Betrachtung der einzelnen Verfahren und einzelnen Anwälte zu differenzieren.

[2]. Umfang der Urteile

Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes waren die beiden Kammern des Landgerichts Amberg noch mit jeweils drei Richtern besetzt. Durch § 5 der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung und der Rechtspflege vom 01. September 1939⁴⁹² wurde die Kammerbesetzung insoweit geändert, als die Landgerichte nur noch durch Einzelrichter entschieden. Die Arbeit, die zuvor von drei Richtern erledigt wurde, war nunmehr auf einen Richter konzentriert. Dazu kommt, dass die Gesamtzahl der Verfahren von 1938 bis 1944 kontinuierlich gestiegen ist und z.B. 1943 mehr als doppelt so viele Verfahren anhängig gemacht wurden, als 1938. Dies hatte eine zweifache Mehrbelastung der Richter zur Folge. Zum einen wurden insgesamt mehr Verfahren an-

⁴⁹¹ In den meisten Fällen bestand der Briefkopf eines Anwaltes aus einem Stempel mit der Kanzleiadresse. Die wenigsten Anwälte hatten einen gedruckten Briefkopf.

⁴⁹² RGBl. I 1939, 1658 ff.

hängig gemacht und zum anderen konnte das Verfahren nicht mehr auf drei Richter aufgeteilt werden, sondern die Arbeit pro Verfahren musste von nur noch einem Richter erledigt werden. Untersucht man daher den Umfang der Urteile, ergibt sich folgendes Bild:

	Tatbestand durchschnittlich	Gründe durchschnittlich	Kürzester/Längster Tatbestand	Kürzeste/Längste Gründe	Verhältnis TB/Grde
1938	2,5	3,3	1,5 / 5,0	2,0 / 5,0	1 / 1,32
1939	2,0	2,8	0,5 / 3,5	1,0 / 4,5	1 / 1,4
1940	2,7	3,3	1,5 / 6,5	2,0 / 4,5	1 / 1,2
1941	2,0	3,6	1,5 / 2,25	2,0 / 4,5	1 / 1,8
1942	1,5	2,4	1,0 / 2,0	1,5 / 4,0	1 / 1,6
1943	1,6	2,0	0,75 / 3,0	1,0 / 3,5	1 / 1,25
1944	1,7	1,75	0,5 / 4,0	1,0 / 3,0	1 / 1,03
Gesamt	2,0	2,74	0,5 / 6,5	1,0 / 5,0	1 / 1,37

Durchschnittlich umfasste ein Urteil einen Tatbestand mit 2 Seiten und Gründen im Umfang von durchschnittlich 2,74 Seiten. Auf eine Seite Tatbestand kamen im Durchschnitt 1,37 Seiten Entscheidungsgründe. Auffällig ist, dass die Entscheidungsgründe ab den Verfahren, die 1942 anhängig gemacht wurden, von durchschnittlich 3,6 Seiten als Ausgangslage im Jahre 1941 über 2,4 und 2,0 auf 1,75 Seiten bei den Verfahren, die 1944 anhängig gemacht wurden, reduziert wurden. In einem Erlass vom 21.03.1942⁴⁹³ ordnete Hitler an, dass gerichtliche Entscheidungen in bündiger Kürze unter Beschränkung auf das unbedingt Notwendige abzufassen seien. Dieser Erlass wurde bzgl. des unbedingt Notwendigen durch den Richterbrief Nr. 5 vom 01.02.1943⁴⁹⁴ weiter konkretisiert. Darin schrieb der Reichsjustizminister, dass der Erlass des Führers zwar zur Beschränkung auf das unbedingt Notwendige aufgerufen habe, dies dürfe gleichfalls aber nicht zur Inhaltlosigkeit des Urteils führen. Ein Volksgenosse, der vom Richter die Aufhebung seiner Ehe erbitte, könne verlangen, dass der Richter ihm die Gründe seiner Entscheidung mitteile, die für das künftige Leben der Betroffenen oft von entscheidender Bedeutung seien.

[a]. Rechtliche und ideologische Ausführungen in den Urteilen

Durch den Führererlass vom 21.03.1942 wurde angeordnet, dass die Urteile nur noch das unbedingt Notwendige enthalten sollten. In dem Richterbrief Nr. 5 vom 01.02.1943⁴⁹⁵ wurde darauf hingewiesen, dass die Belastung der Urteilsgründe in Zivilsachen mit längeren Hinweisen auf Schrifttum und Rechtsprechung grundsätzlich bei Entscheidungen, insbesondere bei den Untergerichten, entbehrlich sei. Dies gelte insbesondere für die Zitierung älterer Entscheidungen, die einer anderen Zeit und Rechtsauffassung entstammten. Eine aus dem nationalsozialistischen Gedankengut zu begründende Entscheidung werde nicht dadurch überzeugender, dass der Richter ihr irgendeine ältere höchstrichterliche Entscheidung beifüge. In diesem Abschnitt sollen nicht nur die Urteile darauf

⁴⁹³ Erlaß des Führers über die Vereinfachung der Rechtspflege vom 21. März 1942, RGBl. I, 1942, 139nf.

⁴⁹⁴ Zitiert nach Boberach Heinz, Richterbriefe, 1975, S. 68 ff. (73).

⁴⁹⁵ Zitiert nach Boberach Heinz, Richterbriefe, 1975, S. 68 ff. (74).

untersucht werden, ob sie Rechtsprechung oder Schrifttum zitieren, sondern es soll generell untersucht werden, inwieweit die Gerichte mit rechtlicher Argumentation zu einem Ergebnis gelangt sind. Die Rechtsanwälte haben sich zumeist darauf beschränkt, den Wortlaut des Gesetzes zu wiederholen, um damit indirekt das Vorliegen der jeweiligen Tatbestandsmerkmale zu bejahen. Rechtliche Argumentation ist aber nicht das bloße Wiederholen eines Tatbestandsmerkmals, sondern die Subsumtion eines Sachverhaltes unter das jeweilige Tatbestandsmerkmal. Untersucht man die Ehescheidungsakten anhand dieser Kriterien, ergibt sich folgendes Bild:

	Gesamtverfahren	Zitat von Rspr.	Übernahme der rechtlichen Argumentation der Parteien	Ideologische Argumentation	Ideologische Argumentation erstmals im Urteil	Floskelhafte Ausführungen	Ohne ideologische Argumentation, obwohl Parteien ideologisch argumentierten
1938	8	1	0	4	1	2	0
1939	8	2	3	2	1	4	0
1940	7	3	1	2	1	3	0
1941	5	2	1	2	1	0	0
1942	7	1	0	2	2	3	2
1943	11	1	2	3	1	8	2
1944	9	2	0	6	1	7	3
Gesamt	55	12	7	21	8	27	7

Es fällt auf, dass insgesamt sehr wenig Rechtsprechung zitiert wurde. In den ersten Verfahren aus dem Jahr 1938 mag das daran liegen, dass es unmittelbar nach Einführung des neuen Ehescheidungsrechtes noch keine bezugsfähigen ober- und höchstgerichtliche Entscheidungen gab. Mit diesen Entscheidungen war erst ein bis zwei Jahre nach der Einführung des neuen Ehescheidungsrechtes zu rechnen. So wurde auch 1940 in 42,9 % der Urteile Rechtsprechung zitiert. Im Jahr 1941 waren noch in 40% der Entscheidungen Zitate von Rechtsprechung zu finden. In den darauf folgenden Jahren wirkte sich der Führererlass vom 21.03.1942 bereits aus, so dass 1942 nur in 14,3 %, 1943 nur in 9,1 % und 1944 schließlich wieder in 22,2 % der Entscheidungen die Rechtsprechung der Obergerichte zitiert wurde. Der Anstieg im Jahr 1944 liegt aber auch daran, dass ein Teil der Entscheidungen erst nach dem Ende des Dritten Reiches gefällt wurde und sich die obergerichtliche Rechtsprechung vor allem zur Beachtlichkeit des Widerspruches nach Absatz 2 des § 55 (= § 48 Abs. 2 EheG i.d.Fassung von 1946) elementar geändert hatte. Folge des Führererlasses vom 21.03.1942 war, wie auch Justizminister Thierack bereits im Richterbrief Nr. 5 (s.o.) monierte, dass die Argumentation teilweise ganz zum Erliegen kam. Dies zeigt sich an den floskelhaften Ausführungen in den Urteilen, die ab 1942 deutlich zunahmen. Vielfach wurde nicht mehr unter die Tatbestandsmerkmale subsumiert, sondern nur noch der Gesetzestext zitiert oder nichtssagende Formulierungen gebraucht. Es finden sich häufig Wendungen wie: „Der auf § 55 Eheges. gestützten Scheidungsklage musste mithin, da ein Widerspruch nach § 55 Abs. 2 nicht zur Erörterung

steht, stattgegeben werden.“⁴⁹⁶ Der Widerspruch gegen die Scheidung wurde jedoch im Verfahren erhoben. In dem Verfahren R 57/43 hieß es im Urteil: „Da danach die häusliche Gemeinschaft der Streitteile schon seit mehr als 3 Jahren aufgehoben, die Ehe völlig zerrüttet und die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft als ausgeschlossen zu erachten ist, war dem Klageantrag entsprechend auf Scheidung der Ehe gem. § 55 Eheges. zu erkennen.“ Das Gericht teilte jedoch nicht mit, weswegen es davon ausging, dass die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft als ausgeschlossen zu erachten ist und warum die Ehe zerrüttet war. Im Urteil vom 23.2.44, Az. R 123/43 hieß es: „Zur Feststellung, daß die Ehe der Streitteile zu einer inhaltlosen Form geworden ist, bedarf es sonst keines Beweises. Die Ehe ist tiefgreifend und unheilbar zerrüttet, die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft erscheint ausgeschlossen.“ Dieser Scheidungsklage ging jedoch eine Scheidungsklage voraus.

In immerhin 29% der Entscheidungen wurde ideologisch argumentiert. Die häufigste Argumentation für den Ausspruch der Scheidung war, dass die Volksgemeinschaft kein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Ehe haben würde. Von den 55 untersuchten Akten wurde in 8 Verfahren erstmals durch das Gericht ideologisch argumentiert. In 7 Verfahren hatten zuvor die Parteien ideologisch argumentiert, das Gericht verzichtete jedoch auf eine ideologische Argumentation im Urteil. In 16 Verfahren hatte das Gericht ideologisch argumentiert, wenn auch die Parteien vorher ideologisch argumentiert hatten.

[b]. Anteil der schriftlichen Verfahren nach § 7 EntlVO

Nach § 7 der Entlastungsverordnung konnten die Verfahren auch schriftlich durchgeführt werden. Die Entlastungsverordnung war keine Erfindung der Nationalsozialisten, sondern wurde bereits wegen des Personalmangels an den Gerichten aufgrund der zahlreichen Einberufungen zum Ersten Weltkrieg am 9.9.1915 erlassen.⁴⁹⁷ Durch die Entlastungsverordnung sollte der ordentliche Geschäftsgang der Gerichte aufrechterhalten werden. Die Entlastungsverordnung war eine Reaktion auf die dringenden Bedürfnisse des Augenblicks, verstand sich selbst jedoch nicht als umfassende Reform des Zivilprozessrechtes.⁴⁹⁸ Dennoch wurde die Entlastungsverordnung erst durch das Rechtseinheitsgesetz im Jahre 1950 aufgehoben.⁴⁹⁹ Vor Einführung der ZPO im Jahre 1877 galten in den verschiedenen Teilen des deutschen Territoriums im Wesentlichen das französische

⁴⁹⁶ Urteil vom 2.6.1943, Az. R 24/43.

⁴⁹⁷ Erlassen aufgrund § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrates zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse vom 4. August 1914, RGBl. 327; die Entlastungsverordnung wurde in RGBl. 1915, S. 562 bekannt gemacht. § 3 dieses Ermächtigungsgesetzes hatte folgenden Wortlaut: „Der Bundesrat wird ermächtigt, während der Zeit des Krieges diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erweisen. Diese Maßnahmen sind dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen aufzuheben.“ Zitiert nach:###???

⁴⁹⁸ Bele Carolin Peters, Der Gütegedanke im deutschen Zivilprozessrecht, Dissertation 2004, S. 84.

⁴⁹⁹ Bele Carolin Peters, Der Gütegedanke im deutschen Zivilprozessrecht, Dissertation 2004, S. 84.

sisch geprägte gemeinrechtliche und das preußische Prozessrecht.⁵⁰⁰ Es bildete sich eine Reformbemühung ausgehend von der Schriftlichkeit des Verfahrens, hin zur mündlichen Verhandlung.⁵⁰¹ Dieser Kernbestandteil des neuen Prozessrechtes stieß vor allem in der Anwaltschaft jedoch auf Widerstand, weil man fürchtete, dass die an Schriftsätze gewöhnten Anwälte mit der reinen Mündlichkeit des Verfahrens überfordert seien.⁵⁰² Mit der Entlastungsverordnung vom 09.09.1915 wurde nun wiederum die Möglichkeit geschaffen, von der reinen Mündlichkeit des Verfahrens abzurücken und das Verfahren ganz oder zum Teil schriftlich durchzuführen. Dabei bestand die Möglichkeit, z.B. Beweisbeschlüsse schriftlich zu erlassen und im restlichen Verfahren wiederum zum Grundsatz der Mündlichkeit des Verfahrens zurückzukehren, oder z.B. nur das Urteil im schriftlichen Verfahren zu erlassen. Die Amberger Richter machten von der Möglichkeit nach § 7 Entlastungsverordnung wie folgt Gebrauch:

	Urteil nach § 7 EntlVO	Beweisbeschluss nach § 7 EntlVO	Anordnung des schriftlichen Verfahrens ohne Entscheidung im schriftlichen Verfahren
1938	2	0	0
1939	2	0	1
1940	2	1	0
1941	1	0	0
1942	1	0	0
1943	5	1	0
1944	3	0	0
Gesamt	16	2	1

Von insgesamt 55 Entscheidungen ergingen lediglich 16 im schriftlichen Verfahren. Das stellt einen Anteil von rund 29 % der untersuchten Verfahren dar. Angesichts der vermuteten Entlastung durch eine Entscheidung im schriftlichen Verfahren ist der Anteil der Entscheidungen, die im schriftlichen Verfahren ergangen sind, erstaunlich gering. Dadurch stellt sich die Frage, ob die Verfahren, wenn sie im schriftlich geführt wurden, schneller abgeschlossen werden konnten. Bezüglich der Verfahrensdauer ergibt sich folgendes Bild:

	Verfahrensdauer mit EntlVO	Verfahrensdauer ohne EntlVO	Gesamtverfahrensdauer
1938	5,5	3,8	4,4
1939	3,7	4,8	4,4

⁵⁰⁰ Zusammenfassend: Bele Carolin Peters, Der Gütegedanke im deutschen Zivilprozessrecht, Dissertation 2004, S. 60.

⁵⁰¹ Bele Carolin Peters, Der Gütegedanke im deutschen Zivilprozessrecht, Dissertation 2004, S. 60.

⁵⁰² Dannreuther, Der Zivilprozeß als Gegenstand der Rechtspolitik im Deutschen Reich 1871 – 1945, S. 122 f., zitiert nach: Bele Carolin Peters, Der Gütegedanke im deutschen Zivilprozessrecht, Dissertation 2004, S. 76.

1940	6,3	3,7	5,0
1941	3,0	3,9	3,7
1942	17	6,1	7,9
1943	8,8	3,3	6,3
1944	34,5	17,6	23,2
Gesamt	11,6	6,6	8,2

Vergleicht man die Verfahrensdauer, stellt man fest, dass die Verfahren, in denen das Verfahren zum Teil schriftlich geführt wurden, durchschnittlich deutlich länger gedauert haben, als die Verfahren, die mündlich geführt wurden. In sechs Fällen wurde das schriftliche Verfahren in schwierigen Verfahren angeordnet, nachdem eine längere mündliche Verhandlung mit umfangreicher Beweisaufnahme durchgeführt wurde.⁵⁰³ In zwei Verfahren haben die Anwälte die Anordnung des schriftlichen Verfahrens beantragt, einmal, weil der Anwalt erkrankt war,⁵⁰⁴ in dem anderen Verfahren, weil der Anwalt offensichtlich sehr viele Termine hatte und der Prozessstoff auch weitgehend aufgeklärt war.⁵⁰⁵ In vier Verfahren wurde das schriftliche Verfahren angeordnet, nachdem die Vernehmung eines oder mehrerer Zeugen oder der Parteien vor einem ersuchten Richter beschlossen wurde.⁵⁰⁶ In zwei Verfahren wurde das schriftliche Verfahren angeordnet, nachdem sich das Gericht wegen Nichterscheinsens einer der Parteien vertagen musste.⁵⁰⁷ In vier Verfahren war der Sachverhalt durch das schriftsätzliche Vorbringen weitgehend aufgeklärt, so dass keine weitere mündliche Verhandlung notwendig erschien⁵⁰⁸ und in einem Verfahren wurde das schriftliche Verfahren angeordnet, weil der Beklagte im KZ Dachau inhaftiert war.⁵⁰⁹ Die Gründe für die Anordnung des schriftlichen Verfahrens waren sehr heterogen. In den meisten Fällen führte das schriftliche Verfahren dazu, dass sich die Verfahren nicht noch weiter verzögert haben, wenngleich die Verfahren, die schriftlich geführt wurden, durchschnittlich länger dauerten. Dies lag aber weniger daran, dass das Gericht hier langsamer agiert hätte, sondern daran, dass z.B. Zeugen und Parteien durch ersuchte Richter vernommen wurden und sich durch die Postlaufzeiten die Verfahren verzögert haben.

[3]. Zusammenfassung

Der Beginn und Verlauf des Krieges lässt sich aus dem Gesamtumfang der Akten nicht unmittelbar ableiten. Dafür sind in den einzelnen Jahren die Gesamtzahl der Akten zu gering, um verlässliche Durchschnittswerte bilden zu können. Erkennbar ist aber, dass die Verfahren, die noch 1944 eingereicht wurden, deutlich umfangreicher sind, als die

⁵⁰³ In den Verfahren R 5/38, R 10/39, R 21/39, R 23/39, R 83/40, R 70/44.

⁵⁰⁴ R 36/44.

⁵⁰⁵ R 55/43.

⁵⁰⁶ R 26/41, R 35/42, R 24/43, R 88/44.

⁵⁰⁷ R 20/40, R 111/43.

⁵⁰⁸ R 44/38, R 9/43, R 58/43, R 66/43.

⁵⁰⁹ R 36/40.

Verfahren, die in den Jahren 1938 bis 1944 eingereicht wurden. Dies liegt daran, dass die Verfahren zum Teil nicht mehr vor dem Zusammenbruch abgeschlossen wurden und deswegen nach dem Ende des Krieges die Verfahren wieder aufgenommen werden mussten. Häufig wurden dann Zeugenvernehmungen wiederholt, so dass der Gesamtumfang wuchs. Diese Tendenz ist auch bei den anwaltlichen Schriftsätzen erkennbar. Während bei den Verfahren, die in den Jahren 1938 bis 1943 eingeleitet wurden, im Durchschnitt der klägerische Anwalt 2,3 Schriftsätze abgefasst hatte und der Beklagtenvertreter 1,8, reichten die Klägervertreter bei den Verfahren, die im Jahre 1944 eingeleitet wurden im Durchschnitt 4,6 Schriftsätze und die Beklagtenvertreter 2,2 Schriftsätze ein. Auch wenn man die Gesamtseitenzahl der Schriftsätze pro Verfahren zusammenrechnet, ergeben sich bei den Verfahren aus 1944 umfangreichere Werte. Die Klägervertreter schrieben in den Jahren 1938 bis 1943 durchschnittlich 6,1 Seiten pro Verfahren, die Beklagtenvertreter im Durchschnitt 4,5 Seiten pro Verfahren. Bei den Verfahren aus dem Jahr 1944 schrieben die Klägervertreter im Durchschnitt 10,9 Seiten und die Beklagtenvertreter im Durchschnitt 7,2 Seiten, also jeweils grob gerechnete 50% mehr. Auch die Qualität der anwaltlichen Schriftsätze steigerte sich gegen Ende des Krieges und bei den Verfahren aus 1944. Zunächst wurde in den Verfahren aus 1938 in 37,5% der Verfahren rechtlich argumentiert. Dieser Wert sank dann 1939 auf 12,5% und stieg dann wieder an. Dies hängt damit zusammen, dass zu Beginn des Untersuchungszeitraumes kaum höchstgerichtliche Rechtsprechung zum neuen Ehegesetz vorhanden war. Bei den Verfahren aus 1943 wurde am häufigsten rechtlich argumentiert. Etwa genauso häufig, wie eine rechtliche Argumentation in den Schriftsätzen zu finden war, war auch eine ideologische Argumentation zu finden, wobei die Schriftsätze, die eine rechtliche Argumentation enthielten nicht unbedingt auch eine ideologische Argumentation enthielten und umgekehrt. Insgesamt wurde in 36,4 % der Verfahren ideologisch argumentiert. Aus den Urteilen selbst kann man den Verlauf des Krieges mit der daraus resultierenden Personal- und Ressourcenknappheit noch eher ablesen. Bei den Verfahren aus 1938 wurde das Urteil mit durchschnittlich 2,5 Seiten Tatbestand und 3,3 Seiten Entscheidungsgründe abgefasst. Auf eine Seite Tatbestand kamen in etwa 1,3 Seiten Entscheidungsgründe. Der Umfang der Urteile reduzierte sich dann in der Folge. Im Jahr 1942 waren die Tatbestände nur noch durchschnittlich 1,5 Seiten und die Entscheidungsgründe im Durchschnitt 2,4 Seiten lang. Während der Umfang des Tatbestandes nach 1942 wieder leicht auf 1,7 Seiten im Jahr 1944 stieg, reduzierte sich der Umfang der Entscheidungsgründe kontinuierlich weiter auf 1,75 Seiten im Jahr 1944. Diese Entwicklung war auf einen Erlass Hitlers aus dem Jahr 1942 zurückzuführen, der anordnete, dass die Urteile insgesamt knapper abzufassen seien und sich auf das Wesentliche zu beschränken hätten. Dieser Erlass wirkte sich auch auf den Inhalt der Urteile aus. Insgesamt wurde lediglich in 21,8% der Urteile Rechtsprechung zitiert. In fast der Hälfte der Urteile, jedoch vermehrt ab 1942 finden sich nicht aussagekräftige floskelhafte Wendungen. Dieser Umstand, der sich offensichtlich in mehreren Gerichten ähnlich ereignete, veranlasste Reichsjustizminister Thierack im Richterbrief Nr. 5 auf die Richter einzuwirken, zwar die Urteile knapp zu halten, aber dennoch keine reinen Floskeln zu verwenden, so dass das Urteil insgesamt noch ver-

ständig bleiben sollte. In 14,5% der Urteile argumentierte der Scheidungsrichter ideologisch, obwohl vorher keine Partei in den Schriftsätzen oder zu Protokoll irgendwelche ideologischen Argumente angebracht hatte. In insgesamt 29 % der Urteile argumentierten die Richter ideologisch, um die Entscheidung zu begründen. Dies ist zwar weniger als jedes dritte Verfahren, dennoch zeigten die restlichen Verfahren, dass es keiner ideologischen Begründung bedurfte, um zu einer Entscheidung zu gelangen. Von der Möglichkeit einen Teil des Verfahrens schriftlich zu führen, machten die Amberger Richter nur zögerlich Gebrauch. In lediglich 29% der Verfahren wurde von der Möglichkeit, das Verfahren nach § 7 EntlVO schriftlich zu führen, Gebrauch gemacht. Im Durchschnitt dauerten diese Verfahren aber deutlich länger als die Verfahren, die mündlich durchgeführt wurden. Dies lag zum Teil daran, dass von der Möglichkeit im schriftlichen Verfahren zu entscheiden, hauptsächlich dann Gebrauch gemacht wurde, wenn der nächste Termin zu einer mündlichen Verhandlung noch nicht absehbar war, weil entweder ein fremdes Gericht um eine Zeugen- oder Parteieinvernahme ersucht wurde oder weil das Gericht nach einer umfangreichen Beweisaufnahme offensichtlich erst das Ergebnis der Beweisaufnahme durchdenken musste, um zu einer Entscheidung zu gelangen.

II. Rechtsmittel eingelegt

In insgesamt 9 von 55 Verfahren wurde ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Landgerichts Amberg eingelegt und durchgeführt. In zwei der neun Verfahren wurde anschließend Revision zum Reichsgericht eingelegt, die aber in beiden Fällen als offensichtlich unbegründet verworfen wurde. In einem Verfahren wurde nach dem Zusammenbruch eine Restitutionsklage erhoben, die jedoch wegen Zeitablaufs zurückgewiesen wurde. In sieben Verfahren wurde die Entscheidung des Landgerichts Amberg aufgehoben und anders entschieden. In zwei Verfahren wurde die Berufung zurückgewiesen. In einem Verfahren wurde die Entscheidung des Landgerichts Amberg lediglich im Kostenausspruch verändert, ansonsten aber die Berufung zurückgewiesen. In 77,8% der Berufungsentscheidungen wurde daher das LG Amberg aufgehoben.

	Rechtsmittel insgesamt	Andere Entscheidung durch RM-Gericht	Anteil in %	Davon Entscheidungen zu § 55	LG Amberg durch Berufung aufgehoben (nur § 55 EheG)	Anteil in %
1938	4	2	50	1	1	100
1939	2	1	50	2	1	50
1940	4	3	75	2	2	100
1941	4	2	50	1	0	0
1942	10	3	30	1	1	100
1943	7	3	42,8	1	1	100
1944	5	1	20	1	1	100
Gesamt	36	15	41,7	9	7	72,8

Bezogen auf alle Ehescheidungsverfahren wurden lediglich in rund 41,7 % der Berufungsverfahren in der Berufungsinstanz eine andere Entscheidung getroffen, als das Landgericht Amberg angenommen hat. Untersucht man die Frage, ob in den Entscheidungen, die auf § 55 EheG gestützt wurden, häufiger Berufung eingelegt wurde als in den restlichen Verfahren, ergibt sich folgendes Bild:

	Gesamtverfahren	Anzahl RM	Anteil in %	Verfahren § 55	Anzahl RM	Anteil in %
1938	59	4	6,8	8	1	12,5
1939	66	2	3,0	8	2	25
1940	87	4	4,6	7	2	28,6
1941	128	4	3,1	5	1	20
1942	109	10	9,1	7	1	14,3
1943	125	7	5,6	11	1	5,1
1944	113	5	4,4	9	1	11,1
Gesamt	687	36	5,2	55	9	16,4

Es fällt auf, dass in den Verfahren, in denen eine Entscheidung nach § 55 EheG getroffen wurden, insgesamt mehr als dreimal so häufig Rechtsmittel eingelegt wurden. Während bezogen auf die gesamten Verfahren vor dem Zusammenbruch die Erfolgswahrscheinlichkeit bei einem Rechtsmittel gegen eine Entscheidung aus § 55 EheG bei 72,8% lag, lag die Erfolgswahrscheinlichkeit bei den anderen Scheidungsgründen bei lediglich 41,7 %. Das bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit, dass in der Berufungsinstanz bei einem Verfahren aus § 55 EheG eine andere Entscheidung gefällt wurde, deutlich höher war. Inwieweit dieser Umstand der sehr flexiblen Rechtsprechung des Reichsgerichts zu den Tatbestandsmerkmalen des § 55 EheG geschuldet war, wird unten noch weiter untersucht.

mm. Vorherige Ehescheidungsklage

	Vorherige Scheidungsklage	Gesamtverfahren	Anteil
1938	4	8	50 %
1939	2	8	25 %
1940	1	7	14,3 %
1941	2	5	40 %
1942	2	7	14,3 %
1943	3	11	27,3 %
1944	1	9	11,1 %
Gesamt	15	55	27,3 %

In rund 27,3 % der Verfahren wurde vorher bereits ein Ehescheidungsverfahren erfolglos durchlaufen. Der höchste Anteil an Verfahren, in denen bereits vorher ein Eheschei-

dungsverfahren erfolglos durchgeführt wurde, war in den 1938 erhobenen Verfahren zu verzeichnen. In der Hälfte der Verfahren wurde bereits vorher ein Ehescheidungsverfahren erfolglos durchgeführt. Diese Zahlen sind jedoch aufgrund der geringen Verfahrenszahl pro Jahr wenig aussagekräftig, so dass man nur Tendenzen ablesen kann. Dass 1938 besonders viele Verfahren eingeleitet wurden, in denen bereits vorher schon einmal ein Ehescheidungsverfahren erfolglos durchlaufen wurde, lag daran, dass mit dem neuen Ehegesetz erstmalig die Möglichkeit geschaffen wurde, dass auch der Ehegatte, der die Zerrüttung der ehelichen Gemeinschaft verschuldet hatte, die Scheidung der Ehe begehren konnte.

nn. Einverständliche Scheidung ohne Widerspruch

Dadurch, dass keiner der beiden Ehegatten die Zerrüttung der ehelichen Gemeinschaft verschuldet haben musste, konnten durch das neue Ehegesetz erstmalig auch Ehen geschieden werden, in denen sich die Ehegatten auseinandergelebt hatten, ohne dass den einen oder anderen Ehegatten hieran zwingend ein Verschulden treffen musste. Es konnten so auch Ehen einverständlich geschieden werden, wenn der andere Ehegatte der Scheidung nicht widersprochen hatte.

	Einverständliche Scheidung	Gesamtverfahren	Anteil
1938	1	8	12,5 %
1939	2	8	25 %
1940	0	7	0
1941	0	5	0
1942	0	7	0
1943	4	11	36,4 %
1944	2	9	22,2 %
Gesamt	9	55	16,4 %

Von der Möglichkeit, die Ehe einverständlich zu lösen, machten insgesamt nur 16,4 % der Streitteile Gebrauch. Meistens verhinderte die Frage des nachehelichen Unterhalts, dass der beklagte Streitteil auf die Erhebung des Widerspruchs verzichtete. Nur wenn ein Streitteile im Urteil als der Schuldige an der Ehescheidung bezeichnet wurde, konnte der andere Streitteil nach § 69 Abs. 1 i.V.m. § 66 EheG einen den Lebensverhältnissen angemessenen Unterhalt verlangen. Wurde jedoch eine einverständliche Scheidung ohne Schuldausspruch erwirkt, hatte der Beklagte nach § 69 Abs. 2 EheG nur dann und nur soweit einen Anspruch auf Unterhalt, als dies unter Berücksichtigung der unterhaltspflichtigen Verwandten der Billigkeit entsprach. Das bedeutet, dass vor dem Kläger die Verwandten für den Unterhalt aufkommen mussten. Da Frauen überwiegend nicht berufstätig waren und, wenn überhaupt, nur geringe Einkommen erzielten, waren sie auf den Unterhalt angewiesen, weil häufig auch die Verwandten keinen ausreichenden Unterhalt leisten konnten.

oo. Zusammenfassung

Der durchschnittliche Kläger war 45,6 Jahre alt, die durchschnittliche Beklagte war etwa 3 Jahre jünger. Die Ehe hatte im Durchschnitt bis zur Klageerhebung rund 16,6 Jahre gedauert und die Parteien lebten bei Klageerhebung etwa 7 Jahre getrennt. Aus der Ehe waren im Durchschnitt 1,9 Kinder hervorgegangen. Von insgesamt 55 untersuchten Ehescheidungsverfahren wurde lediglich in 4 Verfahren die Ehe nicht geschieden. In allen anderen Verfahren wurde die Ehe geschieden. In 47 von 55 Verfahren wurde die Ehe (auch) aufgrund § 55 EheG geschieden. Aufgrund der insgesamt sehr hohen Scheidungsrate spielte es auch statistisch keine Rolle, wie lange die Streitteile getrennt lebten oder die Streitteile verheiratet waren. Im Vergleich zur Stadtbevölkerung von Amberg, waren die Streitteile häufiger evangelisch und es waren etwa doppelt so viele Streitteile gottgläubig, als nach der offiziellen Stadtstatistik. Die Streitteile waren auf den gesamten Untersuchungszeitraum gesehen, nur zu rund 53% im LG-Bezirk gebürtig. Der Rest kam teilweise aus anderen Bezirken innerhalb Bayerns aber auch zu einem Großteil außerhalb Bayerns. Die weit überwiegende Mehrzahl der männlichen Streitteile waren einfache Arbeiter. Zu rund einem Viertel waren die männlichen Streitteile als gehobene Angestellte tätig. Arbeitslose, Akademiker und Selbständige waren die absolute Ausnahme. Die weiblichen Streitteile waren zu 80% ohne Arbeit. Wenn die Frauen einer beruflichen Tätigkeit nachgingen, waren sie überwiegend als einfache Angestellte tätig. Dies wirkte sich auch auf die Anzahl der Armenrechtsverfahren aus. In lediglich 34,5 % der Verfahren beantragte keiner der beiden Streitteile das Armenrecht. In 64% der Verfahren wurde den Frauen das Armenrecht bewilligt, in knapp der Hälfte der Verfahren wurde den Männern das Armenrecht bewilligt.

Obwohl eigentlich zwingend durchzuführen, wurde in lediglich fünf der insgesamt 55 Verfahren das Sühneverfahren durchgeführt. In den restlichen Verfahren wurde der Sühneversuch erlassen, was angesichts der relativ strengen Anforderungen an den Erlass des Sühneverbuches, nicht aber angesichts der Erfahrungen aus den anderen LG-Bezirken, überrascht. Bei der Durchführung eines Scheidungsverfahrens wurden durchschnittlich 4,4 mündliche Verhandlungen anberaumt. Zu diesen Verhandlungen wurden pro Verfahren durchschnittlich 1,5 Zeugen vernommen. Eine Ehescheidungsakte hatte einen Durchschnittsumfang von rund 44 Seiten, wenn ein Rechtsmittel eingelegt wurde, hatte die Akte einen durchschnittlichen Umfang von 51,3 Seiten. Durchschnittlich schrieben die Klägervvertreter pro Verfahren 2,6 Schriftsätze mit einem Umfang von insgesamt 6,8 Seiten. Die Beklagtenvertreter reichten durchschnittlich 1,8 Schriftsätze mit einem durchschnittlichen Umfang von insgesamt 4,9 Seiten ein. Die Anwälte machten lediglich in 32,7% der Verfahren überhaupt rechtliche Ausführungen, in 36,4% der Verfahren wurde aber durch die Anwälte ideologisch argumentiert. Im Durchschnitt war ein Urteil insgesamt 4,75 Seiten lang, wobei auf den Tatbestand durchschnittlich 2 Seiten und auf die Gründe insgesamt 2,74 Seiten entfielen. Auf eine Seite Tatbestand kamen daher ungefähr 1,37 Seiten Urteilsgründe. Von den insgesamt 55 Entscheidungen wurde in lediglich 12 Urteilen Rechtsprechung zitiert, aber in 16 Entscheidungen die Entscheidung ideologisch begründet. In lediglich 7 Verfahren verzichtete das Gericht auf

eine ideologische Begründung des Urteils, obwohl vorher die Parteien ideologisch argumentierten. Obwohl an sich zur Entlastung der Gerichte gedacht, wurden in lediglich 16 Verfahren die Entscheidungen nach § 7 EntlVO getroffen. Die Verfahren dauerten im Durchschnitt fast doppelt so lange, wenn das Verfahren schriftlich geführt wurde. Von den insgesamt 55 Verfahren wurde in 9 Verfahren ein Rechtsmittel eingelegt und in 7 Verfahren wurde die Entscheidung des Landgerichts Amberg durch das Rechtsmittelgericht aufgehoben. In den Verfahren, deren Entscheidung auf § 55 EheG gestützt wurde, wurden knapp dreimal so häufig Rechtsmittel eingelegt. In 27,3% der Verfahren, die auf § 55 EheG gestützt wurden, wurde früher schon einmal eine (erfolglose) Ehescheidungsklage erhoben. In lediglich 16,4% der Verfahren erfolgte die Scheidung einverständlich ohne Widerspruch.

Damit lässt sich zusammenfassend feststellen, dass die anfängliche Befürchtung der Scheidungswelle nicht eingetreten ist, dass aber weitaus häufiger als nötig ideologisch argumentiert wurde. Die Verfahren, in denen ideologisch argumentiert wurde, werden noch näher untersucht.

b. Entwicklung der Rechtsprechung zu den einzelnen Tatbestandsmerkmalen

aa. Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft

[1]. Einführung

Für eine Ehescheidungsklage aus § 55 Abs. 1 EheG war Tatbestandsvoraussetzung, dass die häusliche Gemeinschaft zwischen den Ehegatten seit mindestens drei Jahren aufgehoben sein musste. Dieses Tatbestandsmerkmal musste am Ende der Tatsacheninstanz vorliegen.⁵¹⁰ Das Reichsgericht stellte auf seine bisherige Rechtsprechung zu § 1571 Abs. 1 Satz 2 BGB (1900) ab. Wie bereits oben gezeigt war dieser Verweis auf die bisherige Rechtsprechung nicht unproblematisch.⁵¹¹ Die häusliche Gemeinschaft war danach aufgelöst, wenn sich die Trennung aufgrund eines außergewöhnlichen und unnatürlichen Verlaufs der Dinge darstellte. Dabei sollte nicht auf einen subjektiven Willen abgestellt werden, andererseits aber die individuelle Lebensplanung zu Grunde gelegt werden. Die Widersprüchlichkeit der Rechtsprechung des Reichsgerichtes machte es für die Untergerichte schwierig, eine stringente Linie zu erkennen und sich an dieser zu orientieren.

[2]. 1938

Bei den Verfahren, die 1938 anhängig gemacht wurden, war in keinem Verfahren bei Klageerhebung eine kürzere Trennungszeit als 3 Jahre gegeben. Im Verfahren R 44/38 machte das Landgericht Amberg erstmals Ausführungen zu dem Tatbestandsmerkmal der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft. In diesem Verfahren gaben die Streitteile an, dass sie seit Juli 1926 endgültig getrennt lebten. Das LG Amberg führte hierzu aus:

⁵¹⁰ RGZ 159, 111.

⁵¹¹ Vergleiche hierzu die oben dargestellte Rechtsprechung zu der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft.

„Richtig gesehen war die häusliche Gemeinschaft schon früher aufgehoben worden, nämlich seit der Zeit, als der Kläger das Zusammenleben mit (...) begann.“⁵¹²

Der Kläger hatte zuvor mit seiner Ehefrau im Landgerichtsbezirk Weiden zusammengelebt. Bereits 1923 erhob der Kläger eine Scheidungsklage, die vom LG Weiden abgewiesen wurde. Nach der Scheidungsklage fand der Kläger in Schwandorf Arbeit und forderte seine Frau auf, zu ihm zu ziehen, was diese verweigerte. Der letzte eheliche Verkehr fand aber noch im Juli 1926 statt. Der Kläger nahm sich infolge der Weigerung seiner Ehefrau eine Haushälterin, mit der er in „wilder Ehe“ zusammenlebte und bereits 1922 Geschlechtsverkehr hatte. Nach der (späteren) Rechtsprechung des Reichsgerichtes war die häusliche Gemeinschaft dann nicht aufgehoben, wenn die Trennung aus beruflichen Gründen erfolgte. Darauf stellte das LG Amberg aber nicht ab. Das LG Amberg sah die häusliche Gemeinschaft als in dem Zeitpunkt aufgehoben an, in dem der Kläger mit seiner Haushälterin zusammenlebte, also eine neue Beziehung eingegangen ist. Das LG Amberg führte nicht weiter aus, ob das Tatbestandsmerkmal der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft subjektiv oder objektiv zu bestimmen war. Die Analogie zu der Rechtsprechung des § 1571 BGB (1900) zog das LG Amberg jedoch nicht, bzw. setzte sich nicht mit dieser Rechtsprechung auseinander. Danach hätte es sich mit der Frage auseinandersetzen müssen, ab wann der Kläger die frühere Ehwohnung nicht mehr als Mittelpunkt der ehelichen Gemeinschaft angesehen hat. Das LG Amberg ging offensichtlich davon aus, dass zu dem Zeitpunkt, als der Kläger eine neue Beziehung eingegangen war, die häusliche Gemeinschaft beendet sein musste.

Im Verfahren R 53/38⁵¹³ war der Beklagte im November 1933 verschwunden. Der Beklagte war Mitglied der KPD und war nach der Machtergreifung in Schutzhaft genommen worden. Nach der Entlassung aus der Schutzhaft setzte der Beklagte seine politischen Tätigkeiten fort. In der Nacht zum 10.11.1938 verschwand der Beklagte. Zuvor erklärte der Beklagte der Klägerin, dass er sich nicht nach Dachau bringen lassen wollte. Die Klägerin behauptete, dass sich der Beklagte seit seinem Verschwinden nicht mehr bei ihr gemeldet habe. Die Polizeibehörde Amberg teilte mit, dass der Beklagte im November 1933 flüchtig gegangen sei, als er im Auftrag der Geheimen Staatspolizei Nürnberg-Fürth wegen Verbreitung kommunistischer Literatur festgenommen werden sollte. Der Polizei sei der Aufenthalt nicht bekannt, sie betrachte ihn als Emigranten. Was aus dem Beklagten geworden ist, konnte nicht aufgeklärt werden. Unklar ist der Hinweis der Polizei Amberg, dass der Beklagte flüchtig gegangen sei, als er festgenommen werden sollte. Dies könnte bedeuten, dass der Beklagte von der Geheimen Staatspolizei eliminiert wurde oder dass er tatsächlich fliehen konnte. Seltsam ist allerdings, dass er sich angeblich nicht bei seiner Ehefrau gemeldet hatte und ihr nicht einmal einen Hinweis darauf gegeben hatte, dass er noch am Leben sei. Ob er sich allerdings tatsächlich nicht gemeldet hat, oder die Klägerin Angst hatte, einen Kontakt angesichts der KPD-Mitgliedschaft

⁵¹² Urteil vom 25.01.1939, Az. R 44/38.

⁵¹³ Urteil vom 06.02.1939, Az. R 53/38.

ihres Mannes zuzugeben, ergibt sich aus der Akte nicht. Das LG Amberg führte hierzu in dem Urteil aus:

„Im Übrigen ist schon rein äußerlich gesehen eine Wiedervereinigung der Streitteile nicht mehr zu erwarten, weil so wie die Dinge liegen, eine Rückkehr des Beklagten aussichtslos erscheint. Die Ehe der Streitteile ist in Wirklichkeit keine Ehe mehr, sie besteht nur noch dem Namen nach.“

Ob aus dieser Äußerung zu entnehmen ist, dass das LG Amberg davon ausging, dass der Beklagte bereits von der Geheimen Staatspolizei bei der Flucht eliminiert wurde oder ob es davon ausging, dass der Beklagte nicht mehr zurückkehren konnte, weil der Beklagte auf der Fahndungsliste der Gestapo stand, wird nicht mehr aufzuklären sein. Jedenfalls war sich das LG Amberg sehr schnell sicher, weil die Ehe noch in der letzten mündlichen Verhandlung geschieden wurde, was nicht der Regelfall war. Zu der Frage, ob die häusliche Gemeinschaft überhaupt aufgelöst ist, wenn ein Ehegatte alle seine persönlichen Gegenstände in der gemeinschaftlichen Wohnung belässt und flieht, nahm das LG Amberg keine Stellung. Es ging davon aus, dass mit der Flucht die häusliche Gemeinschaft aufgehoben war. Dies deutet darauf hin, dass das Landgericht Amberg die tatsächliche Beendigung des Zusammenlebens als Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft gedeutet hatte.

In dem Verfahren R 54/38 ging das LG Amberg zunächst davon aus, dass die Voraussetzungen für die Scheidung nach § 55 EheG nicht vorlagen, weil schon keine unheilbare Zerrüttung vorgelegen habe. Hilfsweise sei der Widerspruch der Beklagten beachtlich. Das LG Amberg wies die Klage ab. Der Kläger legte dann Berufung ein und hatte damit Erfolg. Das Berufungsgericht sah die Voraussetzungen des § 55 EheG als gegeben an und ging davon aus, dass die häusliche Gemeinschaft aufgehoben sei. Die Streitteile hatten sich aus wirtschaftlichen Gründen im September 1933 getrennt. Im Juni 1936 schrieb der Kläger an die Beklagte einen Brief, in dem er sie darum gebeten hatte, dass sie die Scheidungsklage erheben möge. Das Berufungsgericht ging in seinem Berufungsurteil davon aus, dass mit dem Brief, in dem der Kläger seinen Wunsch nach Scheidung kundtat, die häusliche Gemeinschaft aufgelöst wurde. Die Revision der Beklagten wurde vom Reichsgericht zurückgewiesen. Aus Sicht des Reichsgerichtes waren Rechtsfehler in der Beurteilung der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft nicht vorhanden. Das Reichsgericht hat dazu geschrieben:

„Für den Begriff der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft, der einen rein tatsächlichen Zustand voraussetzt, ist es ohne Bedeutung, aus welchem Grunde es zur Trennung der Ehegatten gekommen ist, ob diese im Zeitpunkt der Trennung bereits einander entfremdet waren, ob sie in der Folge noch in geistiger Verbindung gestanden und die Absicht geäußert haben, die häusliche Gemeinschaft wiederaufzunehmen. Es ist insbesondere nicht erforderlich, dass schon bei der Trennung einer der Ehegatten den Willen hatte, die häusliche Gemeinschaft dauernd aufzuheben, geschweige denn, dass er diesen Willen zum Ausdruck gebracht hat (RGZ 160/246). Nur solange stellt

die äußerliche Trennung der Ehegatten keine Aufhebung der häusliche Gemeinschaft dar, als sie dem natürlichen und regelmäßigen Verlauf der Dinge entspricht, wie es beispielsweise für eine vorübergehende Trennung aus geschäftlichen, beruflichen oder gesundheitlichen Gründen zutrifft (RG aaO)“

Diese Argumentation des Reichsgerichtes ist bereits in sich widersprüchlich. Die Rechtsansicht des Berufungsgerichtes in diesem Fall soll nach Ansicht des Reichsgerichts richtig sein. Danach war die häusliche Gemeinschaft nicht bereits mit der äußerlichen Trennung der Streitteile, sondern erst mit einem Brief, der einen Scheidungswillen bekundete, aufgehoben. Die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft sollte aber ein rein tatsächlicher Zustand sein. Die rein tatsächliche Trennung sollte unmaßgeblich sein, weil sie auf dem natürlichen Verlauf der Dinge beruhte (Trennung aus wirtschaftlichen Gründen). Erst mit der Mitteilung des Trennungswillens, also einem subjektivem Element, sollte die häusliche Gemeinschaft aufgehoben sein. Das Tatbestandsmerkmal an sich sollte aber nicht subjektiv, sondern objektiv bestimmt werden. Das LG Amberg ging in seinem Urteil offensichtlich davon aus, dass die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft rein tatsächlich auf den Umstand der Trennung der Streitteile beruhen musste. Die Trennung war im September 1933, so dass im Zeitpunkt des Erlasses des Urteils am 01.03.1939 die 3-jährige Frist abgelaufen war. Aus diesem Grund erwähnte das LG Amberg diesen Umstand im Urteil nicht weiter, sondern stützte die Klageabweisung auf die fehlende Zerrüttung und hilfsweise auf die Unbeachtlichkeit des Widerspruches (dazu unten). Hätte es die Rechtsansicht des Oberlandesgerichtes zu Grunde gelegt, wäre die Abweisung der Klage leichter gewesen, weil zu diesem Zeitpunkt die 3-Jahresfrist der Trennung noch nicht verstrichen war. Das LG Amberg ist damit davon ausgegangen, dass die Trennung rein objektiv zu bestimmen war, ohne auf die frühere Rechtsprechung zu § 1571 BGB (1900) zurückzugreifen. Rein tatsächlich war die häusliche Gemeinschaft bereits mit der Trennung im September 1933 aufgehoben.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das Landgericht Amberg in den Fällen, die 1938 anhängig gemacht wurden, das Tatbestandsmerkmal der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft rein tatsächlich bestimmt hat. Die vom Reichsgericht angewendete Rechtsprechung analog zu § 1571 BGB (1900)⁵¹⁴ wurde vom LG Amberg nicht angewandt. Das LG Amberg hat in seinen Urteilen diesen Umstand nicht diskutiert, sondern ist von der tatsächlichen Trennung der Eheleute ausgegangen.

[3]. 1939

In dem ersten, 1939 anhängig gemachten, Verfahren R 10/39 lebten die Ehegatten seit 1931 in demselben landwirtschaftlichen Anwesen jedoch voneinander getrennt. Dieser Umstand wurde im Urteil nicht weiter thematisiert, sondern die Auflösung der häuslichen Gemeinschaft seit mehr als drei Jahren angenommen.

⁵¹⁴ Die Anwendung der früheren Rechtsprechung zu § 1571 BGB (1900) wurde vom Reichsgericht allerdings auch erst nach Erlass der Urteile des LG Amberg eingeführt.

In dem Verfahren R 21/39 lebten die Ehegatten seit 1932 getrennt. Der letzte eheliche Geschlechtsverkehr fand aber erst nach dem 12.12.1936 statt. Das Gericht ging in diesem Verfahren nicht weiter darauf ein, wann die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft stattgefunden hat, sondern stellte auf den letzten ehelichen Verkehr ab. Seit diesem waren beim Urteil am 10.08.1939 noch keine drei Jahre verstrichen. Das LG Amberg schreibt, dass der Beklagten zu glauben sei, dass der letzte Geschlechtsverkehr erst nach dem 12.12.1936 stattgefunden habe. Da seit diesem Zeitpunkt noch keine drei Jahre verstrichen wären, komme auch eine Scheidung nach § 55 EheG nicht in Frage, da es hierzu an der dreijährigen Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft fehle. Diese letzte Aussage gibt zu der Vermutung Anlass, dass das LG Amberg in dieser Entscheidung den Begriff der häuslichen Gemeinschaft mit dem der ehelichen Gemeinschaft gleichsetzte.

Die Entscheidungen aus den Verfahren, die 1939 anhängig gemacht wurden lassen den Schluss zu, dass es dem LG Amberg auf die tatsächliche Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft gegangen ist. Sofern eheliche Intimitäten nach der räumlichen Trennung stattgefunden hatten, wurde das Tatbestandsmerkmal der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft verneint.

[4]. 1940

In dem Verfahren R 36/40 musste bei der Frage der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft vom LG Amberg entschieden werden, ab wann diese bei Inhaftierung eines der Ehepartner vorlag. Die Klägerin hatte ihre Scheidungsklage auf § 49 EheG, hilfsweise § 55 EheG gestützt.⁵¹⁵ Der Beklagtenvertreter wandte ein, dass die häusliche Gemeinschaft noch nicht drei Jahre aufgelöst sei, weil hierzu ein Abwesenheitswille vorhanden sein müsste. Dieser sei aber bei einer unfreiwilligen Inhaftierung nicht gegeben. Das LG Amberg verneinte die Voraussetzungen des § 49 EheG und schied die Ehe aus § 55 EheG. Das LG Amberg stellte lediglich fest, dass die häusliche Gemeinschaft wegen der Inhaftierung seit mehr als 3 Jahren aufgehoben war. Diese Entscheidung liegt auch auf der Linie der Entscheidungen aus dem Jahr 1938. Dort hatte das LG Amberg auch nur rein objektiv auf die tatsächliche räumliche Trennung der Ehegatten abgestellt. Da nach der Inhaftierung eheliche Intimitäten nicht stattgefunden hatten, brauchte das LG Amberg nicht auf die Unterscheidung zwischen ehelicher und häuslicher Gemeinschaft eingehen.

In dem Verfahren R 41/40 wurde die Ehe aus § 55 EheG geschieden, nachdem die 3-Jahresfrist abgelaufen war. Die Klage wurde am 01.07.1940 eingereicht, die Ehepartner hatten sich im November 1938 erst getrennt. Die Klage wurde auf § 49 EheG gestützt. Die Ehe wurde vom LG Amberg auf die Widerklage hin geschieden. Hiergegen legte die Klägerin Berufung zum OLG Nürnberg ein. In der Berufungsinstanz stützte sie ihre Klage nur noch auf § 55 EheG und stellte einen Aussetzungsantrag für 7 Monate. Dem Antrag wurde stattgegeben, so dass bei Fortsetzung des Verfahrens die 3-Jahresfrist verstrichen war und die Ehe auch nach § 55 EheG geschieden werden konnte. Nach

⁵¹⁵ Das Verfahren wird weiter unten noch einmal bei den besonders auffälligen Verfahren dargestellt. Hier soll es nur um das Tatbestandsmerkmal der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft gehen.

der Rechtsprechung des Reichsgerichtes musste der Ablauf der 3-Jahresfrist am Ende des Verfahrens vorliegen.⁵¹⁶

Das LG Amberg orientierte sich an der früheren Rechtsprechung zu § 1571 BGB (1900), ohne dies jedoch im Urteil direkt zu erwähnen. Damit blieb es auf der Linie des Reichsgerichtes, das auch ohne nähere Begründung die frühere Rechtsprechung übernahm.

[5]. 1941

In dem Verfahren R 6/41⁵¹⁷ hatte sich das LG Amberg wiederum mit der Frage der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft im Falle der Inhaftierung eines Ehegatten zu befassen. Der Ehemann war wegen Unzucht mit Männern zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Das LG Amberg nahm die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft ab dem Zeitpunkt der Inhaftierung an, ohne auf einen subjektiven Trennungswillen einzugehen.

[6]. 1942

In dem Verfahren R 27/42 wohnte der Kläger schon seit 9 Jahren berufsbedingt in München. Das LG Amberg legte den Beginn der 3-Jahresfrist auf Anfang November 1939. Das LG Amberg war der Ansicht, dass der Kläger, der von Weihnachten 1938 bis November 1939 nicht mehr in der Familienwohnung im LG Bezirk Amberg war, zu diesem Zeitpunkt den Entschluss gefasst hatte, die Ehe unter keinen Umständen fortzuführen. Mit diesem Verfahren argumentierte das LG Amberg auf subjektiver Ebene, wenn es um das objektiv zu bestimmende Tatbestandsmerkmal der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft ging. Diese Argumentation stimmte mit der Rechtsprechung des Reichsgerichtes überein⁵¹⁸ und wurde nicht weiter begründet. Auf den dadurch entstehenden Widerspruch der objektiven Bestimmung einer Tatsache aufgrund subjektiver Kriterien, ging das LG Amberg in seiner Entscheidung nicht ein.

[7]. 1943

In dem Verfahren R 111/43 hatten die Ehegatten keinen gemeinsamen Haushalt. Die Ehe bestand zum Zeitpunkt der Scheidung überhaupt nur vier Jahre. Der Kläger war Wehrmachtsangehöriger und es fanden nur wenige Zusammenkünfte im Jahr statt. Das Gericht schreibt, dass die häusliche Gemeinschaft nunmehr, sofern eine solche überhaupt bestanden habe, nach den übereinstimmenden, nicht anzuzweifelnden Aussagen der Ehegatten, seit drei Jahren aufgehoben sei. In diesem Zusammenhang stellt sich jedoch die Frage, inwieweit die Aussagen der Parteien erforderlich waren, wenn eine gemeinsame Wohnung oder ein gemeinsamer Haushalt nie bestanden hatte. Dann wäre eigentlich eine häusliche Gemeinschaft nie begründet worden und dementsprechend diese seit dem Zeitpunkt der Heirat aufgehoben. Ob und wann die häusliche Gemeinschaft aufge-

⁵¹⁶ RGZ 159, 111.

⁵¹⁷ Das Verfahren wird weiter unten noch einmal bei den besonders auffälligen Verfahren dargestellt. Hier soll es nur um das Tatbestandsmerkmal der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft gehen.

⁵¹⁸ Siehe hierzu die Entscheidungen RGZ 160, 246; 160, 249; und 160, 290.

hoben wurde, war Scheidungsvoraussetzung und durfte nicht der alleinigen Entscheidung der Parteien überlassen werden. Da das LG Amberg jedoch offensichtlich dem Ergebnis der Aussage zustimmte, ließ es die Frage, ab wann die häusliche Gemeinschaft aufgehoben war, offen.

Im Verfahren R 113/43 war der Beklagte seit September 1940 nicht mehr in der ehelichen Wohnung gewesen; seit 12.10.1940 befand er sich in Strafhaft wegen Betruges und gefährlicher Körperverletzung. Das LG Amberg stellte in seinem Urteil aber nicht auf September 1940 ab, sondern auf die Inhaftierung des Beklagten. Wenn der Beklagte aber bereits seit September nicht mehr zu Hause gewesen war, hätte es eigentlich auf dieses Datum abstellen müssen. Warum das LG Amberg auf den späteren Zeitpunkt abstellte, ist nicht mehr nachvollziehbar.

[8]. 1944

In dem Verfahren R 1/44 war der Kläger aus beruflichen Gründen aus dem LG Bezirk Amberg weggezogen. Später teilte ihm seine Ehefrau mit, dass sie nicht wieder mit ihm zusammenziehen wollte. Das LG Amberg nahm an, dass ab diesem Zeitpunkt die häusliche Gemeinschaft im Rechtssinne aufgehört hatte zu existieren.

In dem Verfahren R 17/44 wurde das Verfahren durch den Zusammenbruch unterbrochen. Der Beklagte war im Jahr 1945 sechs bis sieben Tage auf Urlaub bei der Klägerin. Dabei hatten zwar die Streitteile in getrennten Zimmern geschlafen, die Klägerin hatte den Beklagten jedoch gepflegt, seine Sachen instand gesetzt, mit ihm gemeinsam gegessen und mit ihm gesprochen. Das LG Amberg nahm daher an, dass dadurch die häusliche Gemeinschaft wieder aufgenommen worden wäre, weswegen während der letzten drei Jahre diese nicht ununterbrochen aufgehoben war. Dies stimmt auch mit der Rechtsprechung des Reichsgerichtes überein, wonach die häusliche Gemeinschaft auch in derselben Wohnung aufgehoben werden konnte, wenn in allen Bereichen des Zusammenlebens eine Trennung eingetreten war.

[9]. Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Aus der Rechtsprechung des Landgerichts Amberg zu der Frage, wann die häusliche Gemeinschaft aufgehoben war, ersieht man, dass zunächst bezüglich der Auslegung dieses Tatbestandsmerkmals große Unsicherheit herrschte. In zwei Fällen wurde die häusliche Gemeinschaft mit der ehelichen Gemeinschaft gleichgesetzt. Beide Urteile wurden von verschiedenen Richtern gefällt. War einer der Parteien inhaftiert, wurde auf den Zeitpunkt der Inhaftierung abgestellt. In einem Fall wurde auf die Inhaftierung abgestellt, obwohl die häusliche Gemeinschaft bereits vorher aufgelöst war. Insgesamt kann man jedoch erkennen, dass das LG Amberg bei den Verfahren, die ab 1940 eingereicht wurden, der Rechtsprechung des Reichsgerichtes folgte und sich auf die frühere Rechtsprechung zu § 1571 BGB i.d.F. 1900 besann. Die Anpassung der Rechtsprechung an die Rechtsprechung des Reichsgerichtes erfolgte mit der ersten Veröffentlichung der Entscheidung des Reichsgerichtes zu diesem Tatbestandsmerkmal. Bereits in der Entscheidung vom 12.01.1939, veröffentlicht in RGZ 159, 115, entschied das Reichsgericht, dass die frühere

Rechtsprechung zu § 1571 BGB i.d.F. 1900 angesichts desselben Wortlautes weiter anzuwenden sei. Dem folgte das LG Amberg.

bb. Unheilbare Zerrüttung der ehelichen Gemeinschaft

[1]. Einführung

Voraussetzung für die Ehescheidung nach § 55 EheG war, dass die eheliche Gemeinschaft unheilbar zerrüttet gewesen sein musste.

[2]. 1938

In dem Verfahren R 42/38 nahm das LG Amberg an, dass die Ehe unheilbar zerrüttet war, weil in einem Vorprozess vor dem LG München I die Zerrüttung der Ehe festgestellt wurde. Seither hatten die Parteien nicht mehr zusammengelebt, so dass das LG Amberg von der unheilbaren Zerrüttung der Ehe ausgegangen ist. Diese Argumentation ist jedoch unscharf. Für die Frage der unheilbaren Zerrüttung der Ehe ist es unerheblich, ob die Eheleute zusammenleben oder nicht. Die Ehe kann auch unheilbar zerrüttet sein, wenn die Ehegatten noch zusammenwohnten, aber einen getrennten Haushalt führten. Zwar ist in dem zu entscheidenden Fall davon auszugehen, dass die Ehe unheilbar zerrüttet war, dies ergibt sich aber nicht unbedingt aus dem Umstand, dass die Eheleute nicht zusammenwohnten.

In dem Verfahren R 43/38 ging das LG Amberg davon aus, dass es sich von selbst ergeben würde, dass wenn die Eheleute seit über 18 Jahren getrennt leben, die Ehe unheilbar zerrüttet sei. Ebenso sieht das LG Amberg die Lage in den Verfahren R 44/38, R 53/38

Kritisch sieht das LG Amberg die Frage der unheilbaren Zerrüttung jedoch in dem Verfahren R 54/38. Die Eheleute hatten immer wieder längere Zeiten zusammen verbracht und sich auch immer wieder getrennt. Keine der beiden Streitteile konnte der anderen Seite eine Eheverfehlung vorwerfen. Das LG Amberg war daher der Meinung, dass bei entsprechend gutem Willen beide Seiten wieder zueinander finden könnten und hat festgestellt, dass der Kläger eine moralische Pflicht habe, die Lebensgemeinschaft wieder aufzunehmen. Das LG Amberg wies daher die Klage ab. Hiergegen wurde Berufung eingelegt, mit der der Kläger obsiegte. Eine Revision gegen diese Entscheidung blieb erfolglos. Das Berufungsgericht war der Ansicht, dass die Ehe sehr wohl unheilbar zerrüttet sei. Das harmonische Zusammenleben am Anfang der Ehe sei hier nicht ausschlaggebend, da in der Zwischenzeit eine Trennungszeit von 6 Jahren stattgefunden hatte. Diese Ansicht wurde auch vom Reichsgericht in der Revisionsentscheidung geteilt.

In dem Verfahren R 56/38 wiederum war das LG Amberg der Ansicht, dass sich die unheilbare Zerrüttung schon daraus ergebe, dass beide Streitteile diese übereinstimmend erklärten und sich diese aber darüber hinaus auch aus der jahrelangen Trennung ergebe.

[3]. 1939

In dem Rechtsstreit R 23/39 führte das LG Amberg zu der Frage der unheilbaren Zerrüttung aus, dass es bei der Anwendung des § 55 Abs. 1 EheG nicht darauf ankomme, ob die Zerrüttung von einem oder von beiden Ehegatten verschuldet wurde.

In den anderen Entscheidungen wurde die Frage der unheilbaren Zerrüttung nicht weiter thematisiert, sondern als feststehend angenommen.

[4]. 1940

Im Verfahren R 20/40 ging das LG Amberg davon aus, dass bei einer Trennung von nahezu 13 Jahren ohne weiteres davon ausgegangen werden könne, dass die Ehe unheilbar zerrüttet sei. Ähnlich war die Argumentation auch in dem Verfahren R47/40, wo die Parteien seit 26 Jahren getrennt lebten.

[5]. 1941

Nach Ansicht des LG Amberg im Verfahren R 6/41 war es auch nicht nötig, dass beide Ehegatten von einer unheilbar zerrütteten Ehe ausgingen. Auch im Verfahren R 98/41 wurde, ohne weitere Begründung, von einer unheilbar zerrütteten Ehe ausgegangen. Das Gericht hatte keine Zweifel an der völligen und unheilbaren Zerrüttung der Ehe. Genauer begründete das LG Amberg das Vorliegen der unheilbaren Zerrüttung in dem Verfahren R 121/41. Hier führte es aus, dass der Grund der unheilbaren Zerrüttung in der verschiedenartigen geschlechtlichen Einstellung der Streitteile liege. Während die Beklagte in geschlechtlicher Hinsicht weniger anspruchsvoll sei, weise der Kläger eine starke sinnliche Veranlagung auf.

[6]. 1942

Im Verfahren R 27/42 wird lediglich festgestellt, dass die Ehe unheilbar zerrüttet sei und eine tiefe unüberbrückbare Kluft zwischen den Streitteilen bestehe.

[7]. 1943 und 1944

Dadurch dass die Beklagte sich an dem Rechtsstreit nicht beteiligte und sich bereits im Armenrechtsverfahren mit der Scheidung einverstanden erklärt hatte, schloss das LG Amberg in dem Verfahren R 12/44, dass die Beklagte die eheliche Gesinnung völlig eingebüßt habe und dadurch die Ehe unheilbar zerrüttet sei.

[8]. Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Das Tatbestandsmerkmal der unheilbaren Zerrüttung der ehelichen Lebensgemeinschaft wurde überwiegend aus dem Auftreten und Verhalten der Streitteile vor Gericht abgeleitet und sodann im Urteil lediglich als vorliegend festgestellt. Tiefergehende Ausführungen zu diesem Tatbestandsmerkmal finden sich lediglich in einem Urteil im Verfahren R 54/38. In diesem Verfahren hatte das LG Amberg die Klage abgewiesen, weil es der Ansicht war, dass die Ehe der Streitteile nicht unheilbar zerrüttet gewesen sei. Auf

die Berufung hin wurde das Urteil jedoch aufgehoben und die Ehe geschieden. In den anderen Verfahren spielte das Tatbestandsmerkmal der unheilbaren Zerrüttung keine Rolle. In den Verfahren wurde überwiegend lediglich festgestellt, dass die Ehe unheilbar zerrüttet war.

cc. Zulässigkeit des Widerspruchs

[1]. Einführung

Nach § 55 Abs. 2 EheG war der Widerspruch gegen die Ehescheidung zulässig, wenn der andere Ehegatte, also der, der die Scheidungsklage aus § 55 Abs. 1 EheG erhoben hatte, die unheilbare Zerrüttung der Ehe ganz oder überwiegend verschuldet hatte. Wer von den beiden Streitteilen die Ehe zerrüttet hatte, war weniger eine Rechtsfrage sondern vielmehr eine Tatsachenfrage. Das Reichsgericht befasste sich in insgesamt 6, in der amtlichen Sammlung veröffentlichten, Entscheidungen mit der Frage der Zulässigkeit des Widerspruchs. Diese Frage nahm daher eine nicht unwesentliche Rolle in der Rechtsprechung des Reichsgerichts ein. In der Rechtsprechung des Landgerichts Amberg spielte diese Frage jedoch eher eine untergeordnete Rolle.

[2]. 1938⁵¹⁹

In dem Verfahren R 5/38 prüfte das Gericht die Frage, ob der Widerspruch der Beklagten gegen die Ehescheidungsklage zulässig war, nicht weiter nach. Das Gericht hätte jedoch zunächst feststellen müssen, dass der Kläger die eheliche Lebensgemeinschaft schuldhaft zerrüttet hat, um dann feststellen zu können, dass der Widerspruch der Beklagten zulässig war. Diese Prüfung führte das Gericht aber nicht durch, sondern stellte fest, dass die eheliche Lebensgemeinschaft derart tiefgreifend zerrüttet sei, dass die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten sei und deswegen diese Ehe zu scheiden sei.

In der Entscheidung im Verfahren R 43/38 definierte das Gericht zunächst den Prüfungsmaßstab entsprechend des Wortlautes des Ehegesetzes. Das Gericht stellte fest, dass ein Widerspruch zulässig sei, wenn einer der beiden Ehegatten die eheliche Lebensgemeinschaft zerrüttet hat und ihn hierbei ein Verschulden oder das überwiegende Verschulden treffe. Sodann führte das Gericht aus, dass der Kläger seit Jahren mit einer anderen Frau die Ehe gebrochen habe, milderte diesen Umstand jedoch dadurch ab, dass dem Kläger zu Gute gehalten werden musste, dass ihm beim Ehebruch immer eine neue Ehe vorgeschwebt sei. Eine Verfehlung der Beklagten sei nicht nachgewiesen worden. Hierzu hatte der Kläger zwar Beweise angeboten, die vom Gericht auch erhoben wurden. Die Beweisführung überzeugte jedoch das Gericht nicht von einem Verschulden der Ehefrau. Dennoch stellte das Gericht fest, dass die Beklagte dem Scheidungsbegehren des Klägers nicht widersprechen könne. Sie halte nur aus wirtschaftlichen Gründen

⁵¹⁹ In den Verfahren R 53/38 und R 56/38 wurde kein Widerspruch erhoben. Im Verfahren R 58/38 war das Gericht der Meinung, dass die häusliche Gemeinschaft noch keine 3 Jahre aufgehoben war und prüfte daher die weiteren Voraussetzungen des § 55 EheG nicht.

an der Ehe fest, wozu das neue Ehegesetz nicht „die Hand bieten“ wolle. Das Gericht führte hierzu wörtlich aus:

*„Der heutige Staat hat ein viel größeres Interesse daran, dass der Kläger dem für ihn unwürdigen Zustand ein Ende bereiten und die mit ihm zusammenlebende Frau, die ihm drei Kinder geschenkt hat, heiraten kann, als an der Aufrechterhaltung dieser Ehe. Der Beklagten konnte daher ein Widerspruchsrecht im Sinne des § 55 Abs. 2 nicht zugebilligt werden.“*⁵²⁰

Damit sprach sich das Gericht dafür aus, dass der Widerspruch der Beklagten bereits unzulässig sei, obwohl der Kläger das eheliche Verhältnis schuldhaft zerrüttet hatte und das Gericht darüber hinaus auch das Verschulden des Klägers an der Scheidung feststellte. So musste das Gericht keine weiteren Ausführungen zu der Beachtlichkeit des Widerspruchs machen, wobei die Argumente des Gerichtes für die Unzulässigkeit des Widerspruchs eher dessen Unbeachtlichkeit im Sinne der Reichsgerichts-rechtsprechung begründet hätte. Damit schied das Gericht entgegen des Wortlauts des § 55 Abs. 2 EheG die Ehe, weil der Widerspruch unzulässig war, sprach aber dennoch das Verschulden des Klägers an der Scheidung aus. Zwar hätte das Gericht auch mit dieser Argumentation die Unbeachtlichkeit des Widerspruchs begründen können und wäre damit gesetzestech-nisch zu einem sauberen Ergebnis gelangt. Weswegen das Gericht jedoch entgegen dem Wortlaut bereits die Unzulässigkeit des Widerspruchs angenommen hat und dennoch das Verschulden des Klägers aussprach, ist nicht bekannt.

Bei der Entscheidung in dem Verfahren R 44/38 ging das Gericht nicht weiter auf die Frage der Zulässigkeit des Widerspruchs ein. Der Kläger lebte auch in diesem Fall schon mehrere Jahre mit einer anderen Frau zusammen. Das Gericht machte lediglich Ausführungen zu der Unbeachtlichkeit des Widerspruchs der Beklagten und stellte damit implizit fest, dass der unbeachtliche Widerspruch auch zulässig war.

In dem Verfahren R 54/38 wurde die Klage abgewiesen, weil das Gericht davon ausging, dass die eheliche Lebensgemeinschaft nicht unheilbar zerrüttet sei. Hilfsweise sei der Widerspruch der Beklagten jedoch beachtlich. Da das Gericht vorher davon ausgegangen war, dass die eheliche Lebensgemeinschaft nicht unheilbar zerrüttet war, konnte es auch nicht begründen, wer an der nicht vorhanden unheilbaren Zerrüttung schuld war. Das Gericht behalf sich damit, dass es ausführte, dass das Gericht dem Kläger die überwiegende Schuld an den Zerwürfnissen zumesse. Damit stellte das Gericht fest, dass es davon ausging, dass der Kläger auch im Falle der Bejahung der unheilbaren Zerrüttung diese verschuldet haben würde.

[3]. 1939

Im Verfahren R 2/39 geht das Gericht davon aus, dass der Kläger die Zerrüttung der ehelichen Gemeinschaft verschuldet hatte. Der Kläger legte gegenüber seiner Ehefrau, die eine Neigung zu stark effektiv betonter Empfindlichkeit an den Tag legte, nicht die gebotene Rücksicht an den Tag. Diese Rücksicht hätte der Kläger trotz der eigenen er-

⁵²⁰ Urteil vom 21.12.1938, Az. 43/38.

kennbaren Nervosität üben können. Ein Verschulden an der Scheidung wurde aber nicht ausgesprochen, so dass nicht ohne Weiteres erkennbar ist, weswegen das Gericht ein Verschulden des Klägers konstruieren wollte. Möglicherweise liegt dies daran, dass die Möglichkeit einer verschuldensunabhängigen Scheidung in der Richterschaft noch nicht so fest verankert war und deswegen eine Scheidung, ohne dass einer der Parteien dafür verantwortlich war, noch nicht denkbar erschien.

Eine ähnliche Situation fand sich auch im Verfahren R 10/39. Hier begründete das Gericht die Zulässigkeit des Widerspruchs ebenfalls mit der Launenhaftigkeit des Klägers.

Im Verfahren R 23/39 unterhielt die Beklagte ein ehebrecherisches Verhältnis, so dass das Gericht von der Unzulässigkeit des Widerspruchs ausging. Im Verfahren R 39/39 ging das Gericht nicht näher auf die Zulässigkeit des Widerspruchs ein. In diesem Verfahren unterhielt jedoch der Kläger seit mehreren Jahren ein ehebrecherisches Verhältnis, so dass sich daraus das Verschulden an der Zerrüttung ergab. Eine ähnliche Situation ergab sich im Verfahren R 44/39. Auch da machte das Gericht keine näheren Ausführungen zu der Zulässigkeit des Widerspruchs, ging aber, weil der Kläger ein ehebrecherisches Verhältnis unterhielt, offensichtlich von dessen Verschulden aus.

In den restlichen Verfahren aus 1939 wurde entweder kein Widerspruch erhoben oder die Klage abgewiesen.

[4]. 1940

In dem Verfahren R 20/40 stellte das Landgericht Amberg erstmals die Vermutung auf, dass derjenige Ehepartner, der die häusliche Gemeinschaft aufhebt, die Schuld an der Zerrüttung trägt. Das Gericht bezog sich auf eine Entscheidung des Reichsgerichts, die in der Zeitschrift *Deutsche Justiz* 1940, S. 599 abgedruckt war und vollzog damit die Rechtsprechung des Reichsgerichts. In der Entscheidung R 36/40 führte das Landgericht Amberg aus, dass durch die politische Tätigkeit des Klägers, der in der SPD aktiv war und nach dem Umbruch 1933 weiter der SPD anhing, die eheliche Gemeinschaft zerrüttet wurde. Die Klägerin hatte die Klage sowohl auf den Verschuldenstatbestand § 49 EheG als auch auf § 55 EheG gestützt. Das Gericht ging offensichtlich davon aus, dass die Mitgliedschaft in der SPD einen Schuldvorwurf im Sinne des § 49 EheG begründete, schied aber die Ehe nicht aus § 49 EheG, weil das Verschulden des Ehemannes nach § 56 EheG verziehen war und damit den Tatbestand des § 49 EheG nicht mehr begründen konnte. Im Verfahren R 47/40 unterhielt der Kläger eine ehebrecherische Beziehung, so dass das Gericht davon ausging, dass der Kläger die eheliche Lebensgemeinschaft schuldhaft zerrüttet hatte.

In vier Verfahren aus dem Jahr 1940 wurde zwar kein Widerspruch, aber eine Widerklage erhoben. Das Gericht machte jedoch keine Ausführungen dazu, ob in der Widerklage, die eine Klageabweisung herbeiführen sollte, zugleich auch ein Widerspruch gesehen werden konnte.

[5]. 1941

In dem Verfahren R 6/41 machte das Landgericht Amberg auffallend lange Ausführungen zum Thema des Verschuldens an der Zerrüttung und damit zur Zulässigkeit des Widerspruchs. Der Beklagte befand sich zu Beginn des Ehescheidungsprozesses im Zuchthaus und verbüßte eine 3jährige Zuchthausstrafe, die aber im Laufe des Verfahrens endete. Die Klägerin hatte dem Beklagten ins Zuchthaus Liebesbriefe geschickt, weswegen der Beklagtenvertreter argumentierte, dass hinsichtlich der Verfehlungen des Beklagten Verzeihung nach § 56 EheG eingetreten wäre. Nach der Argumentation des Beklagtenvertreters war die Klägerin an der Zerrüttung schuld, weil sie ein ehebrecherisches Verhältnis unterhielt, aus dem bereits ein Kind hervorgegangen war. Erst im laufenden Prozess bei der Vernehmung des Beklagten wird erörtert, dass der Beklagte wegen unzüchtiger Handlungen mit Männern verurteilt wurde. Der Beklagte widersprach der Scheidung. Das Gericht argumentierte im Urteil vom 26.6.1941, dass der Klägerin die unzüchtigen Handlungen des Ehemannes nicht bewusst waren. Zwar gesteht das Gericht zu, dass die ehezerstörende Wirkung des nach wie vor bestehenden ehebrecherischen Verhältnisses der Klägerin nicht bestritten werden solle. Auch gesteht das Gericht zu, dass sich die Klägerin auch insoweit vergangen habe, als sie den Beklagten in seiner Unzucht auch noch unterstützt hätte, weswegen sie auch wegen Kuppelei zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Das Gericht mildert diese Tat aber insoweit ab, als es davon ausgeht, dass die Klägerin in einer gewissen Hörigkeit dem Beklagten gegenüber gehandelt habe. Das Gericht schreibt im Urteil wörtlich:

„Nach der Aussage der Klägerin ist anzunehmen, daß sie sich inzwischen der ehezerstörenden Wirkung der unsittlichen Handlungsweise des Beklagten mehr und mehr bewusst geworden ist. Sie hebt den Unterschied hervor zwischen ihrem jetzigen Geliebten (...) als einem geschlechtlich normal empfindenden Manne und dem Beklagten, von dem sie annimmt, daß es bei ihm auch künftig zur Auswirkung gleichgeschlechtlicher Begierden kommen werde. Angesichts des sittlichen Tiefstandes ist es der Klägerin nicht zu verdenken, daß sie nach der gewonnenen Erkenntnis kein Vertrauen mehr zu ihm hat. Auch wenn seine Verfehlungen verziehen sind, konnten sie doch bei der Prüfung der Zerrüttungsursachen herangezogen werden. Das Gericht ist nach der ganzen Sachlage davon überzeugt, daß die sittlichen Verfehlungen des Klägers [Anm.: Gericht meinte wohl den Beklagten] wesentlich zum Zerfall der Ehe beigetragen haben. Ihre Ursächlichkeit hat sich nur später erst ausgewirkt. Die zunächst noch vorhandene Zuneigung der Klägerin gegenüber ihrem Ehemann ist glaubhaft in das Gegenteil umgeschlagen, als sie durch den Verkehr mit einem anderen ihr zusagenden Manne veranlasst wurde, die Erfahrungen ihres bisherigen Lebens zu überdenken. An der Zerrüttung der Ehe ist sonach auch der Beklagte schuld. Durch seine in die Ehe mitgebrachte abwegige Denkart in geschlechtlichen Dingen und insbesondere seinen widernatürlichen Verkehr mit Männern hat er die für eine gesunde Ehe notwendigen sittlichen Grundlagen zerstört. Daß die von ihm beeinflusste Klägerin auch die eheliche Treue gebrochen hat, kann unter diesen Um-

ständen nicht wundernehmen. Nach Anschauung des Gerichts kann die Klägerin jedenfalls nicht als ganz oder überwiegend schuldig an der Zerrüttung bezeichnet werden, wenn sie auch mitschuldig ist. Der Widerspruch des Beklagten ist demnach unzulässig.“

Diese Argumentation des Gerichtes ist erstaunlich. Der Beklagte hat mit seiner Art die Ehe zerstört, nur konnte die Klägerin das nicht bemerken, weil sie keinen Vergleich hatte. Erst als die Klägerin mit einem anderen Mann die Ehe gebrochen hatte, konnte sie feststellen, dass ihre Ehe schon vorher zerrüttet war, weil das Verhalten ihres Ehemannes nicht der Norm entsprochen hatte. In allen anderen Verfahren ging das Gericht davon aus, dass derjenige Ehegatte, der die Ehe gebrochen hatte, diese auch zerrüttet hat. Die Argumentation, die das Gericht in diesem Verfahren verwendete, kann durchaus als Rechtsbeugung bezeichnet werden. Dazu kommt, dass das Gericht auch nicht in der Situation war, nur durch die Feststellung der Unzulässigkeit des Widerspruchs, zu der gewollten Entscheidung zu kommen. Das Gericht hat anschließend „im Übrigen“ den Widerspruch für unbeachtlich gehalten.

Im Verfahren R 8/41 ging das Gericht wiederum ausführlich auf das Verschulden an der Zerrüttung ein. Der Kläger hatte seit zwei Jahren ein ehebrecherisches Verhältnis. Im Rahmen der Beweisaufnahme konnte der Kläger der Beklagten nicht nachweisen, dass auch diese die eheliche Lebensgemeinschaft schuldhaft zerrüttet hatte. Hierfür wurde eine Zeugin vernommen, sowie mehrere Briefe vorgelegt. Das Gericht folgte jedoch der Ansicht des Klägers nicht und hielt den Widerspruch der Beklagten für zulässig.

Im Verfahren R 121/41 wurde der Widerspruch für zulässig gehalten, weil der Kläger ein ehebrecherisches Verhältnis unterhielt.

[6]. 1942

In den Verfahren R 20/42 und 98/42 wurde das Widerspruchsrecht unter anderem für zulässig gehalten, weil der Kläger ein ehebrecherisches Verhältnis unterhielt. In dem Verfahren R 27/42 lebte der Kläger schon seit geraumer Zeit in München und war Wärter im KZ Dachau. Die Beklagte lebte mit den 11 ehelichen Kindern im LG-Bezirk Amberg. Der Kläger unterhielt ein ehebrecherisches Verhältnis. Das Gericht ging hier jedoch nicht davon aus, dass der Beklagten ein Widerspruchsrecht zustand. Die Beklagte hatte sich auf die Reichsgerichtsrechtsprechung berufen, die der in der Ehe gealterten Frau, die sich in der Ehe für die Kindererziehung aufgeopfert hatte, einen Eheschutz zusprach. Hätte also das Gericht den Widerspruch für zulässig gehalten, hätte es nach der Reichsgerichtsrechtsprechung diesen auch beachten müssen. Das Landgericht Amberg führte sodann im Urteil aus, dass die Zerrüttung der ehelichen Lebensgemeinschaft hauptsächlich in äußeren Umständen zu sehen sei. Aufgrund der Wohnungsknappheit hätte die Beklagte zunächst nicht nach München ziehen können. Neben der Wohnungsknappheit sei aber der Umzug vor allem wegen dem schlechten Zustand der Möbel nicht möglich gewesen. Da durch die jahrelange Abwesenheit die Ehe bereits zerrüttet war, konnte aus Sicht des Landgerichts Amberg die Aufnahme einer ehebrecherischen Beziehung durch den Kläger die Ehe nicht mehr zerrüttet werden, so dass den Kläger auch

an der Zerrüttung kein Verschulden traf. Aus diesem Grund folgte das Landgericht Amberg, dass die ehebrecherische Beziehung nicht ursächlich für die Zerrüttung war, weswegen der Beklagten ein Widerspruchsrecht nicht zugebilligt werden konnte. In der Berufungsinstanz wurde dieses Urteil aufgehoben und die Klage abgewiesen, weil der Beklagten ein Widerspruchsrecht zustand. Ein Antrag auf Revision blieb ohne Erfolg, weil das Reichsgericht die Ansicht des Oberlandesgerichtes teilte. An diesem Verfahren wird deutlich, dass das Landgericht Amberg den Ehebruch eines Streitteils entweder als schuldhaftes Ehezerrüttung betrachtete oder, wenn die Folge, die sich daraus ergab, aus Sicht des Landgerichtes unpassend war, eben umgangen wurde, indem argumentiert wurde, dass der Ehebruch nicht mehr zur Ehezerrüttung beitragen konnte, weil wegen der schlechten Möbel die Ehe bereits zerrüttet war. Auffallend ist ebenfalls, dass das LG Amberg im Tatbestand darauf hingewiesen hatte, dass der Kläger bereits seit 1933 bei der Wachtruppe im KZ Dachau gearbeitet hatte.

Im Verfahren R 25/42 wurde der Widerspruch für zulässig gehalten, weil der cholerische Kläger gegenüber der Beklagten gewalttätig war und deswegen die Ehe zerrüttet hatte. Aus denselben Gründen wurde auch in den Verfahren R 35/42 und R 106/42 der Widerspruch für zulässig gehalten.

[7]. 1943

In den Verfahren R 9/43, R 24/43 und R 123/43 wurde die Zulässigkeit des Widerspruches nicht geprüft, weil die Beklagte Widerklage erhoben hatte und dem Scheidungsbegehren des Klägers nicht widersprochen hatte. In den Verfahren R 57/43, R 58/43, R 77/43, R 111/43 und R 115/43 handelte es sich um eine einverständliche Scheidung ohne Widerspruch.

In dem Verfahren R 55/43 wurde die Ehescheidungsklage beim Landgericht München I erhoben und durchgeführt. Das Landgericht München I hatte den Widerspruch für zulässig gehalten, weil der Kläger ein ehebrecherisches Verhältnis unterhielt und die Klage abgewiesen. Die Berufung gegen dieses Urteil führte dazu, dass der Rechtsstreit an das zuständige Landgericht Amberg verwiesen wurde. Das Landgericht Amberg prüfte die Frage des Verschuldens der Zerrüttung auffallend ausführlich und kam zu dem Ergebnis, dass der Widerspruch der Beklagten ebenfalls zulässig sei. Nachdem der Kläger die eheliche Gemeinschaft aufgehoben hatte, erachtete das Landgericht Amberg den Kläger in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts für beweispflichtig, dass er die Zerrüttung nicht verschuldet habe. Das Landgericht Amberg ging anschließend ausführlich auf die unter Beweis gestellten Behauptungen des Klägers hinsichtlich eines Verschuldens der Beklagten ein und kam zu dem Ergebnis, dass ein Verschulden der Beklagten nicht nachgewiesen werden konnte. Der Widerspruch war deswegen zulässig. Das Berufs- und Revisionsgericht bewertete den Sachverhalt in diesem Punkt genauso.

Im Verfahren R 66/43 ging das Gericht wiederum in Übereinstimmung mit der reichsgerichtlichen Rechtsprechung davon aus, dass derjenige, der die eheliche Gemeinschaft aufgehoben hat, die gegen ihn sprechende Vermutung des Verschuldens an der Zerrüt-

tung beweisen müsse. Der Kläger hatte überdies eine ehebrecherische Beziehung unterhalten, so dass das Gericht den Widerspruch für zulässig erachtete. Im Verfahren R 113/43 unterhielt der Kläger ebenfalls eine ehebrecherische Beziehung, woraus das Landgericht Amberg das Verschulden an der Ehezerüttung ableitete. Anders, als im Verfahren R 27/42, in dem das Landgericht Amberg davon ausging, dass auch schlechte Möbel eine Ehe zerrütten können, was dazu führt, dass dann der Ehebruch keine weitere Zerrüttung verursachen könne, war das Landgericht Amberg im Verfahren R 113/43 der Ansicht, dass die finanziellen Schwierigkeiten der Eheleute, der Freitod des Schwiegervaters und die Kinderlosigkeit eine Ehe nicht zerrütten können.

[8]. 1944

In den Verfahren R 1/44 stellte das Landgericht Amberg fest, dass die Ehe schuldhaft aufgrund der Gewalttätigkeit des Klägers zerrüttet wurde. In den Verfahren R 12/44, R 20/44, R 36/44 und R 88/44 wurde kein Widerspruch erhoben, so dass die Frage der Zulässigkeit eines Widerspruches nicht erörtert werden musste. Im Verfahren R 65/44 erging die Entscheidung erst nach dem Zusammenbruch. Der Widerspruch wurde für zulässig gehalten, weil der Kläger die Ehe gebrochen hatte und die Beklagte mit einer Geschlechtskrankheit angesteckt hatte. Diese Ansteckung war auch Grundlage für die Widerklage, mit der die Beklagte eine Scheidung aus Verschulden verlangte. Diesem Antrag folgte auch das Gericht. In dem Verfahren R 70/44, das auch erst nach dem Zusammenbruch entschieden wurde, lebten sich die Parteien auseinander. Das Gericht konnte ein überwiegendes Verschulden an der Zerrüttung nicht zu Lasten des einen oder anderen Ehegatten feststellen, weswegen es den Widerspruch der Beklagten für unzulässig hielt. Im Verfahren R 97/44 machte das Gericht keine Ausführungen hinsichtlich der Zulässigkeit des Widerspruches. Das Gericht hielt die auf § 43 und § 48 EheG in der Fassung des Kontrollratsgesetzes Nr. 16 von 1946 gestützte Klage für unbegründet. Weswegen das Gericht auch die Klage aus § 48 Abs. 1 EheG 1946 (§ 55 Abs. 1 EheG 1938) für unbegründet erachtet, ist nicht nachvollziehbar, da die Tatbestandsvoraussetzungen hierfür vorgelegen haben.

[9]. Zusammenfassung und Schlussfolgerung

In der Frage, wann der Widerspruch zulässig war, verfolgte das Landgericht Amberg keine einheitliche Linie. In insgesamt 11 Verfahren ging das Landgericht Amberg davon aus, dass derjenige Ehegatte, der die Ehe gebrochen hatte, auch die Zerrüttung verschuldet hatte. Die Entscheidung R 36/40 lag auf der Linie der Reichsgerichtsentscheidung RGZ 162/47. Darin hatte das Reichsgericht entschieden, dass auch verzeihene Eheverfehlungen die Ehe zerrütten könnten. Die Verzeihung sei aber als Beweisanzeichen gegen die Ursächlichkeit der Zerrüttung zu werten. Die Eheverfehlung wurde in der Mitgliedschaft in der SPD gesehen. Weil diese Mitgliedschaft verziehen war, konnte das Gericht die Ehe nicht aus Verschulden nach § 49 EheG scheiden. Für die Ursächlichkeit der Ehezerüttung konnte dieser Umstand jedoch herangezogen werden. Geradezu grotesk und nicht mehr nachvollziehbar sind die Ausführungen hinsichtlich des Ver-

schuldens im Verfahren R 6/41. Wie schon im Verfahren R 36/40 ging das Gericht ohne weitere Begründung davon aus, dass auch verziehe Eheverfehlungen die Zerrüttung begründen können. Im Verfahren R 6/41 kehrte das Landgericht Amberg seine bisherige Rechtsprechung zur Ursächlichkeit eines ehebrecherischen Verhältnisses um. Nach der Argumentation des Landgerichts Amberg konnte die Klägerin beim Ehebruch nicht wissen, dass ihre Ehe schon unheilbar zerrüttet war. Deswegen konnte der Ehebruch auch die Ehe, die ohne Wissen der Klägerin vorher schon zerrüttet war, nicht ursächlich für die Zerrüttung sein. Der Widerspruch des Beklagten war damit nicht zulässig, weil keiner der beiden Ehegatten die Zerrüttung überwiegend verschuldet hatte. Das Gericht ging aber dann doch nicht so weit, dem Ehebruch der Klägerin überhaupt keine Zerrüttungswirkung beizumessen, sondern stellte fest, dass die Klägerin nicht überwiegend schuldig war. Diese Abweichung von der bisherigen Rechtsprechung des Landgerichts war auch nicht notwendig, weil auch die Unbeachtlichkeit des Widerspruchs nach der damaligen Reichsgerichtsrechtsprechung gegeben war. Das Gericht wollte offensichtlich deutlich machen, dass es diese Ehe für besonders wertlos hielt. Auch im Verfahren R 27/42 wurde die Argumentation dem gewünschten Ergebnis angepasst. Der Kläger hatte ein ehebrecherisches Verhältnis angefangen, nachdem er geraume Zeit aus beruflichen Gründen in München lebte. Nach der ständigen Rechtsprechung des LG Amberg hätte es in dem ehebrecherischen Verhältnis die Ursache für die Ehezerstörung sehen müssen. Der Kläger war seit 1933 bei der Wachtruppe am KZ Dachau beschäftigt, was eigens auch im Tatbestand des Urteils erwähnt wurde. Offensichtlich musste deswegen das Ergebnis passend gemacht werden. Ursache für die Zerrüttung war daher nicht das ehebrecherische Verhältnis des Klägers, sondern der schlechte Zustand der ehelichen Möbel, die einen Umzug der Ehefrau mit den 11 Kindern nach München unmöglich machte. Außergewöhnlich ausführlich ist die Darstellung des Verschuldens im Verfahren R 55/43. Hier war das Verschulden des Klägers derart offensichtlich, dass das LG Amberg, nachdem auch das LG München I bereits die Zulässigkeit des Widerspruches festgestellt hatte, die Unzulässigkeit nicht feststellen konnte. Mit den langen Ausführungen wollte sich das LG Amberg gegenüber dem Regime offensichtlich exkulpieren, weswegen es den Widerspruch für zulässig hielt.

Gerade die letzten drei Entscheidungen dokumentieren, dass sich das Landgericht Amberg selbst, als Teil des Unrechtsregimes eingefügt hatte. In diesen Fällen war es nicht notwendig die Unzulässigkeit des Widerspruches anzunehmen, bzw. derart ausführlich die Zulässigkeit des Widerspruches zu dokumentieren. Allein, dass diese Verfahren, in denen Mitglieder und Funktionsträger des Regimes beteiligt waren, anders entschieden wurden, als der – zugegeben – große Rest der Verfahren, macht deutlich, dass es im Dritten Reich eine „Insel der Glückseligkeit“ nicht gegeben hat.

dd. Beachtlichkeit des Widerspruchs

[1]. Einführung

Die Rechtsprechung zur Beachtlichkeit bzw. vielmehr zur grundsätzlichen Unbeachtlichkeit des Widerspruches nach § 55 Abs. 2 EheG war der Mittelpunkt der meisten Ent-

scheidungen des Reichsgerichts. Allein 20 Entscheidungen in der amtlichen Sammlung RGZ befassten sich mit dieser Thematik. In dem folgenden Abschnitt soll untersucht werden, ob das Landgericht Amberg, ähnlich wie das Reichsgericht, die Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs in das Zentrum der Entscheidungen gerückt hat. Insbesondere soll untersucht werden, wie das Landgericht Amberg mit der Frage der Beachtlichkeit bzw. Unbeachtlichkeit des Widerspruchs in den ersten Entscheidungen umgegangen ist. Zu diesem Zeitpunkt lagen noch keine höchstgerichtlichen Entscheidungen vor, an denen sich das Landgericht Amberg hätte orientieren können. Ausgehend vom Wortlaut des § 55 Abs. 2 EheG spricht zunächst eine Vermutung für die grundsätzliche Beachtlichkeit des Widerspruchs. Dort heißt es in Satz 1 des Absatzes 2, dass die beklagte Partei der Scheidung widersprechen kann, wenn die klagende Partei die Zerrüttung verschuldet hat. Diese Formulierung stellt zunächst einen Grundsatz auf, von dem in Satz 2 des Absatzes 2 wiederum eine Ausnahme gemacht wird. Dort heißt es, dass der Widerspruch nicht zu beachten ist, wenn die Aufrechterhaltung der Ehe sittlich nicht gerechtfertigt ist.

[2]. 1938

In der ersten Entscheidung,⁵²¹ in der das Landgericht Amberg das neue Ehescheidungsrecht angewendet hat, hatte der Kläger zunächst seine Klage auf einen Verschuldenstatbestand und nur hilfsweise auf § 55 EheG gestützt. Der Kläger hatte argumentiert, dass sich die Beklagte beharrlich geweigert hatte, Nachkommenschaft zu erzeugen und dass die Beklagte eine schlechte Hausfrau gewesen, sei, weil sie ihm nur versalzene und kalte Speisen vorgesetzt hatte. Darüber hinaus hätte die Beklagte den Kläger in der Öffentlichkeit schlecht gemacht. Dem trat die Beklagte entgegen und führte an, dass der Kläger ein ausgesprochen jähzorniger Mensch sei und sie häufig mit Besen, Schürhaken oder Faust geschlagen habe. Das Gericht befasste sich in der Urteilsbegründung ausführlich mit der Klage aus Verschulden. Dabei kam das Gericht zu dem Ergebnis, dass die Beklagte zu Recht den Geschlechtsverkehr verweigert hatte, weil der Kläger sie so roh misshandelt hatte. Daneben hätte der häufige Arbeitsplatzwechsel des Klägers der Beklagten berechtigten Grund zu den Zweifeln an der beruflichen Tüchtigkeit des Klägers gegeben. Das Gericht kam daher zu dem Ergebnis, dass eine Scheidung der Ehe aus Verschulden der Beklagten nicht in Betracht kommen würde und wies den dementsprechenden Klageantrag ab. Das Gericht gab jedoch dem Klageantrag auf Scheidung aus § 55 EheG mit folgender Begründung statt:

„Der Kläger will von der Beklagten unter allen Umständen loskommen. Die Beklagte betrachtet ihn, wie ihre Briefe zeigen, nur noch als Geldquelle. Das beiderseitige Verhältnis ist derart tiefgreifend zerrüttet, dass die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten ist. Die Ehe der Parteien vielmehr als unheilbar zerrüttet angesehen werden muss. Bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des Verhaltens beider Parteien erscheint die Aufrechterhaltung der

⁵²¹ R 5/38.

Ehe unter diesen Umständen trotz des Widerspruchs der Beklagten auch sittlich nicht gerechtfertigt.“

Das Landgericht Amberg ging in seiner Urteilsbegründung nicht weiter darauf ein, weshalb es den Widerspruch der Beklagten für unbeachtlich hielt. Das Landgericht Amberg führte lediglich aus, dass bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe die Aufrechterhaltung dieser Ehe sittlich nicht gerechtfertigt sei. Es legte weder dar, was die richtige Würdigung des Wesens der Ehe ist, noch warum aus sittlichen Gründen die Aufrechterhaltung dieser Ehe ausschied. Ein Grund, weswegen das Gericht nicht näher auf die Unbeachtlichkeit des Widerspruchs einging, könnte sein, dass diese Ehe gerade eine war, die der nationalsozialistische Gesetzgeber für eine Scheidung nach § 55 EheG im Sinn hatte. Die Parteien lebten seit längerer Zeit getrennt, beide Parteien hatten sich bereits so weit voneinander entfernt, dass mit der Wiederaufnahme der ehelichen Lebensgemeinschaft nicht mehr zu rechnen war. Die Beklagte widersprach der Scheidung nicht, weil sie an der Ehe festhalten wollte, sondern weil sie um ihren Unterhalt fürchtete. Bei wörtlicher Auslegung des § 55 Abs. 2 Satz 2 EheG hätte das Gericht näher darlegen müssen, warum es von der nach dem Wortlaut grundsätzlichen Beachtlichkeit des Widerspruchs abweichen wollte. Das Gericht folgte daher der nationalsozialistischen Intention des Gesetzes, ohne dies näher zu begründen.

In der zweiten Entscheidung⁵²² ging das Gericht ebenfalls nicht näher auf die Umstände ein, weswegen eine Scheidung nach § 55 EheG in Betracht kam. In diesem Verfahren wurde jedoch der Antrag aus § 55 EheG lediglich hilfsweise gestellt. Sowohl Klage, als auch Widerklage wurden erfolgreich auf Verschuldenstatbestände gestützt. Das Gericht führte dennoch aus, dass die Zerrüttung der Ehe bereits in einem früheren Verfahren festgestellt wurde und deswegen die Ehe nach § 55 EheG geschieden werden könne. Da der Antrag aus § 55 EheG lediglich hilfsweise gestellt wurde, ist nicht klar, weswegen das Gericht überhaupt Ausführungen hierzu gemacht hat, da die Hauptanträge der Klage und Widerklage erfolgreich waren. Darüber hinaus erwecken die Ausführungen zu § 55 EheG den Eindruck, dass es hierbei nur auf die Zerrüttung ankäme. Hier hat aber der Beklagte Widerklage erhoben, so dass zumindest die Frage des konkludenten Widerspruchs in der Widerklage zu prüfen gewesen wäre. Die pauschale Aussage, dass die Ehe nach § 55 EheG geschieden werden könnte, ist jedenfalls recht oberflächlich.

In der dritten Entscheidung⁵²³ zu dem neuen Eherecht sprach das Gericht die Scheidung aus, weil es davon ausging, dass trotz des überwiegenden Verschuldens des Klägers der Widerspruch bereits unzulässig sei (siehe dazu bereits oben bei dem Punkt „Unzulässigkeit des Widerspruchs“). Dennoch begründete das Gericht die Verweigerung des Widerspruchsrechtes mit ideologischen Argumenten, die eigentlich für die Unbegründetheit des Widerspruchs heranzuziehen gewesen wären. Ob das Gericht lediglich die Tatbestandsvoraussetzungen verkannt hatte und deswegen vorschnell von der Unzuläs-

⁵²² R 42/38.

⁵²³ R 43/38.

sigkeit des Widerspruchs ausging oder einen Grund für die Fehlinterpretation des Gesetzestextes hatte, ist nicht mehr aufklärbar.

Die erste Entscheidung, in der das Gericht sich ideologisch mit den Voraussetzungen für die Unbegründetheit des Widerspruchs auseinandergesetzt hat, ist die Entscheidung in dem Verfahren R 44/38. Klausurmäßig prüft das Gericht zunächst die einzelnen Tatbestandsmerkmale des § 55 Abs. 1 EheG bzgl. der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft und der unheilbaren Zerrüttung. Die Frage der Zulässigkeit des Widerspruchs wird jedoch nicht weiter thematisiert, sondern lediglich ausgeführt:

„Es kann darnach kein Zweifel bestehen, daß beide Streitteile jedes Gemeinschaftsgefühl verloren haben. Ihre Ehe besteht nur noch dem Namen nach. Eine solche Ehe, die zu einem richtigen gemeinschaftlichen Leben nicht mehr führen wird, ist aber für die Volksgemeinschaft wertlos geworden. Bei dieser Sachlage muss der Widerspruch der Beklagten gemäß § 55 Abs. 2 Satz 2 Eheges. unbeachtlich bleiben. Es war daher auf Scheidung der Ehe nach § 55 Abs. 1 Eheges. zu erkennen.“

Damit argumentierte das Landgericht Amberg erstmalig mit der ideologischen Argumentation, die auch das Reichsgericht verwendete, ohne jedoch das Reichsgericht zu zitieren.

In dem Verfahren R 54/38 sprach sich das Gericht erstmals – wenn auch nur hilfsweise – für die Beachtlichkeit des Widerspruchs aus. Das Gericht ging davon aus, dass der Kläger die überwiegende Schuld an den Zerwürfnissen habe. Gleichzeitig führte das Gericht in derselben Entscheidung aber auch aus, dass keine der Parteien der anderen eine Eheverfehlung nachsagen könne. Es fehlte daher bereits an der schuldhaften Zerrüttung, die jedoch Voraussetzung für die Zulässigkeit des Widerspruchs war. Das Gericht verneinte bereits die unheilbare Zerrüttung, hielt aber den Widerspruch hilfsweise für beachtlich. Das Gericht führte aus, dass die Beklagte den Kläger offenbar zum Zeitpunkt des Ehescheidungsverfahrens immer noch liebte und urteilte wörtlich:

„Bei dieser Sachlage würde die Nichtbeachtung des Widerspruchs der Beklagten gegen die Scheidung eine grobe Unbilligkeit bedeuten. Jedenfalls erscheint die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung des Wesens derselben und des gesamten Verhaltes beider Ehegatten sittlich gerechtfertigt. Dies umso mehr, als keiner der Ehegatten in absehbarer Zeit eine andere Ehe einzugehen beabsichtigt und diese Ehe nach der Überzeugung des Gerichts durchaus wieder eine für die Volksgemeinschaft wertvolle Ehe werden kann.“

Gegen diese Entscheidung legte der Kläger Berufung ein. Das Berufungsgericht hob die Entscheidung des Landgerichts Amberg auf und schied die Ehe. Zu der Frage der Unbeachtlichkeit des Widerspruchs führte das Oberlandesgericht Nürnberg aus:

„Insbesondere sind aber in entscheidendem Masse die sittlichen Belange des gesamten Volkes zu berücksichtigen. (...) Zweck der Bestimmung des § 55 EheG ist aber gerade, solche nur dem Namen nach bestehende Schein-

ehen zu lösen, da die Volksgemeinschaft an ihrer Aufrechterhaltung kein Interesse hat, besonders, wenn wie hier, die Eheleute noch im besten Alter stehen und neue, für Staat und Volk wertvollere Ehen, eingehen können.“

Gegen das Berufungsurteil legte wiederum die Beklagte Revision zum Reichsgericht ein. Das Reichsgericht sprach in seinem Urteil vom 17.04.1940 aus, dass die Ausführungen des Berufungsgerichts zum Widerspruch im Einklang mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts stünden und wies daher die Revision zurück.

[3]. 1939

In dem Verfahren R 2/39 berief sich das Landgericht Amberg auf das Reichsgericht (zitierte Entscheidungen im Urteil des Landgerichts Amberg: DRW 1939, S. 174 Nr. 19, S. 177 Nr. 20, S. 382 Nr. 37). Das Landgericht Amberg führte hierzu aus:

„Die Rechtsprechung des Reichsgerichts entschied sich in den Fällen, in denen eine Ehe unter dem Gesichtspunkte des § 55 Eheges inhaltlos und der Abschluss einer neuen Ehe durch einen der frei werdenden Ehepartner noch möglich war, für eine Durchführung der Scheidung. (...) Die Kammer erachtete hier einen solchen Fall für gegeben. Der Kläger, der zwar noch keine bestimmten Ehepläne ins Auge gefasst hat, aber als 32jähriger und in Arbeit stehender Mann glaubwürdig versichert, bei gebotener Gelegenheit wieder heiraten zu wollen, kann bei der Verwertung der reichsgerichtlichen Rechtsprechung für eine im Sinne der Allgemeinheit und des deutschen Volkes zu billigende Scheidung jedenfalls nicht schlechter gestellt sein, als ein Ehemann, der bereits während der Ehe zu einer künftigen Ehepartnerin Beziehungen angeknüpft hat, die seiner bestehenden Ehe zuwiderlaufen. Die Scheidungsklage dient hier auch nicht ausschließlich dem Zweck, dem Kläger die Freiheit von bestehenden ehelichen Bindungen zu geben. Der Kläger hat zwar der Beklagten gegenüber als Ehepartner aus eigenem Verschulden völlig versagt. Andererseits dürfen ihm nach seinem Vorleben und seiner allgemeinen charakterlichen Veranlagung keinesfalls die ausreichenden Fähigkeiten dafür abgesprochen werden, innerhalb der Volksgemeinschaft unbeschadet gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen gegenüber der Beklagten (§ 69 Eheges) und seinem Kinde (§§ 1601 ff BGB) im Sinne einer Volkserhaltung eine neue eheliche Bindung eingehen zu können. Eine Ehe ohne jegliche Aussicht auf eine Erfüllung ihrer natürlichen und völkischen Zwecke nur in der Form einer sonst inhaltlichen rechtlichen Bindung deshalb aufrecht zu erhalten, um auf diesem Wege die auch sonst erfüllbaren Unterhaltsansprüche durchzusetzen, schädigt die sittliche Verfassung der durch die Volksgemeinschaft verknüpften Beteiligten und widerspricht dem Lebensgebot der deutschen Volksgemeinschaft. Da der an sich begründete Widerspruch der Beklagten nicht zu beachten war, wurde die Ehe gemäß dem Antrag des Klägers geschieden.“

Diese Ausführungen stellen die ersten rechtlicher Art zu der Frage der Begründetheit des Widerspruchs dar. In den früheren Entscheidungen hatte sich das Landgericht Amberg zu der rechtlichen Einordnung der Begründetheit des Widerspruchs nicht klar geäußert. In dieser Entscheidung wurde auch erstmals das Reichsgericht zu der Frage der Begründetheit des Widerspruchs zitiert. Das Reichsgericht ging von der grundsätzlichen Unbeachtlichkeit des Widerspruches aus. Das Landgericht Amberg argumentierte in dieser Entscheidung jedoch noch, weswegen der Widerspruch der Beklagten unbeachtlich sein sollte.

In der Entscheidung in dem Verfahren R 10/39 ging das Landgericht Amberg ebenfalls von der Unbeachtlichkeit des Widerspruchs aus. Der Kläger war in diesem Verfahren noch in einem zeugungsfähigen Alter und hatte bereits zwei außereheliche Kinder. Das Gericht ging davon aus, dass bei einer Heirat zwischen dem Kläger und der Mutter der beiden außerehelichen Kinder noch weitere Kinder entstehen könnten. Das Gericht führte hierzu aus:

„Es bestünden bei einem Eheschluss mit der Mutter seiner beiden unehelichen Kinder die Möglichkeit, die unter dem Gesichtspunkt der Volkserhaltung der Gemeinschaft besser dienen würden, als die rein äußerliche Durchhaltung der allerdings durch sein alleiniges Verschulden völlig zerfallenen Ehe mit der Beklagten.“

Etwas anders sah dies jedoch das Berufungsgericht:

„An der Verehelichung des 58jährigen Klägers mit der um 25 Jahre jüngeren (...) bestehen an sich bevölkerungspolitische Interessen nicht, immerhin werden aber dadurch die Kinder der (...) eheliche.“

Das Landgericht Amberg konnte sich in der eben zitierten Entscheidung nicht dazu durchringen auszusprechen, dass der Widerspruch grundsätzlich unbeachtlich sein sollte. Dass an der Verehelichung des 58jährigen Klägers mit der 25 Jahre jüngeren Frau, mit der er die Ehe gebrochen hatte, kein bevölkerungspolitisches Interesse bestand, lag auf der Hand. Weswegen das Landgericht Amberg dennoch meinte, ein bevölkerungspolitisches Interesse konstruieren zu müssen, ist nicht mehr nachvollziehbar.

In der Entscheidung in dem Verfahren R 39/39 wies das Gericht die Klage ab, weil es den Widerspruch der Beklagten für beachtlich hielt. Auch hier hatte der Mann bereits ein außereheliches Verhältnis, aus dem ein Kind entsprungen war. Das Gericht führte hierzu aus:

„Wenn auch die Beklagte die eheliche Gemeinschaft mit dem Kläger unter den gegebenen Umständen nicht fortsetzen will, ist doch ihre eheliche Gesinnung dem Kläger gegenüber in keiner Weise erloschen. Es kommt noch hinzu, daß sich der Kläger offenbar erneut verheiraten will und daß es sein bisheriger Lebenswandel in keiner Weise wünschenswert erscheinen läßt. Bei gegebener Sachlage kann es keinesfalls in der Hand des allein oder überwiegend Schuldigen Klägers liegen, die Scheidung der Ehe herbeizuführen, um eine andere Frau, die ihm angenehmer erscheint, zu heiraten, ebenso wenig

wie es billig sein kann, die Ehe als lästige Fessel abzustreifen, um auf diese Weise ein freieres und zügelloses Leben führen zu können.“

Diese Ausführungen erstaunen. War in der Entscheidung im Verfahren R 10/39, die auch bereits zwei Monate früher erging, noch ein bevölkerungspolitisches Interesse bei einer Verbindung konstruiert worden, in der ein 58jähriger Mann eine um 25 Jahre jüngere Frau heiraten wollte, wurde in der vorliegenden Entscheidung ein bevölkerungspolitisches Interesse verneint, obwohl auch die Beklagte zugegeben hatte, dass sie die eheliche Gemeinschaft mit dem Kläger nicht mehr aufnehmen wollte. Auch bei dieser Ehe war nicht mehr zu erwarten, dass aus ihr weitere Kinder hervorgehen würden und dass die Streitteile sich wieder zusammen finden würden. Dennoch wurde das bevölkerungspolitische Interesse verneint.

In dem Verfahren R 44/39 wurde wiederum auf einer Linie mit dem Reichsgericht argumentiert. Das Gericht führte hierzu aus:

„Nicht die Belange der Parteien, sondern die der Allgemeinheit haben für die Beurteilung, ob der Widerspruch zu beachten ist oder nicht, im Vordergrund zu stehen. Es hat deshalb in erster Linie darauf anzukommen, ob es vom Standpunkt der Volksgemeinschaft aus, einen Sinn hat, eine zerrüttete Ehe aufrecht zu erhalten. Daher sind die von der beklagten Partei für den Widerspruch aufgeführten Gründe, die Beklagte habe sich nichts zu schulden kommen lassen und sei im Gegensatz zum Kläger zur Fortsetzung der ehelichen Gemeinschaft bereit, nicht von entscheidender Bedeutung (vgl. RGZ 160, 376). Auch der Hinweis darauf, daß sie dem Kläger ihre ganzen guten Jahre geopfert habe und die Scheidung den Verlust ihrer Lebensgrundlage bedeute, kann für sich allein den Widerspruch nicht begründen. (...) es konnte ihr nicht zweifelhaft sein, daß er sie nur als im Wege stehend betrachtete. Sie hätte damals von ihrem Scheidungsrecht Gebrauch machen können und damit die Möglichkeit gehabt, sich einen neuen Lebensweg zu eröffnen. (...) Für eine Aufrechterhaltung der Ehe, die in Wirklichkeit nur mehr dem Namen nach besteht, fehlt es sonach an besonderen Gründen.“

Das Landgericht Amberg ging hier davon aus, dass besondere Gründe erforderlich seien, um die Ehe aufrechtzuerhalten. Das Landgericht Amberg sprach in dieser Entscheidung erstmalig deutlich aus, dass die Unbeachtlichkeit des Widerspruchs mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts die Regel und die Beachtlichkeit lediglich die Ausnahme darstellen sollten. Das Gericht führte sodann weitere Umstände aus, die bei einem Festhalten des Ehemannes an der Ehe zu einer Bestrafung des Klägers führen würde. Das Gericht stellte hierzu fest:

„Es würde dies einer Bestrafung des schuldigen Ehegatten gleichkommen, die der heutigen Auffassung vom Wesen der Ehe völlig widersprechen würde (vgl. RG in JW 39, 1717). Endlich kann auch der Einwand nicht durchgreifen, der Abschluss einer neuen Ehe durch den Kläger würde den Belangen der Volksgemeinschaft nicht entsprechen. Der Kläger ist zwar schon 54 Jah-

re alt. Die Verbindung, die er mit der anderen Frau eingegangen hat, besteht aber schon seit langer Zeit. Daraus darf geschlossen werden, daß sie ernstlich gemeint und auf Dauer berechnet ist. (...) Gerade auch mit Rücksicht auf das Kind erscheint zur Ermöglichung eines geordneten, dem Gesetze entsprechenden Familienlebens des Klägers die Lösung der Ehe der Streitteile angebracht (vgl. RGZ 160/ 449)“

An dieser Entscheidung ist besonders auffällig, wie intensiv sich das Gericht mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts auseinandergesetzt hat und versucht hat, Parallelen herzustellen.

Von deutlich reduziertem Begründungsumfang ist wiederum die Entscheidung in dem Verfahren R 47/39 getragen. Die Urteilsgründe, die im Übrigen nur aus einer Seite bestehen, befassen sich mit der Unbeachtlichkeit des Widerspruchs lediglich in folgendem Umfang:

„Die Streitteile sind sich offenbar völlig entfremdet, jeder geht seine eigenen Wege. Irgendein Wiederannäherungsversuch ist im Laufe der vielen Jahre der Trennung von ihnen nie gemacht worden. Das Eheband ist bei ihnen infolge dieses bekundeten Mangels an jeglicher ehelicher Gesinnung und Zuneigung längst zu einer bloß äußeren, leeren Form geworden, an der Aufrechterhaltung derartiger, nur noch dem Namen nach bestehender Ehen kann die Rechtsordnung keinerlei Interesse haben. Die Ehe war sonach gemäß § 55 Ehegesetzes zu scheiden.“

Gerade die Gegenüberstellung der beiden Urteile zeigt, wie weit die Begründungen der Urteile auseinanderliegen können. Beide Urteile wurden allerdings auch von verschiedenen Richtern abgefasst.

[4]. 1940

Auch bei der Entscheidung R 20/40 orientierte sich das Landgericht Amberg an der höchststrichterlichen Rechtsprechung des Reichsgerichts. In dieser Entscheidung hielt das LG Amberg den Widerspruch der Beklagten mit folgender Begründung für unbeachtlich:

„Die Ehe der Streitteile ist für die Volksgemeinschaft völlig wertlos. Besondere Gründe, den Kläger gleichwohl an der Ehe festzuhalten, sind auf der Seite der Beklagten nicht anzuerkennen. Die Beklagte ist 40 Jahre alt, steht also in noch nicht vorgerücktem Alter. Sie hätte außerdem die Möglichkeit gehabt, die schon seit langem zerstörte Ehe bereits früher zur Auflösung zu bringen. (...) Andererseits besteht ein Interesse der Allgemeinheit, daß das ehebrecherische Verhalten in der gesetzlichen Form der Ehe übergeführt wird, womit dann auch das aus der außerehelichen Verbindung des Klägers hervorgegangene Kind die Stellung eines ehelichen Kindes erhält.“

In dem Verfahren R 47/40 hielt das LG Amberg den Widerspruch für unbeachtlich, weil die Beklagte in den 25 Jahren der Trennung nie den Versuch zur Annäherung unternommen habe.

[5]. 1941

In dem Verfahren R 6/41, in dem das Gericht eine geradezu abenteuerliche Begründung für die Unzulässigkeit des Widerspruchs des Beklagten gefunden hatte, verneinte es „im Übrigen“ auch die Beachtlichkeit des Widerspruchs. Zunächst brachte das Gericht vor, dass das eheliche Zusammenleben kaum ein Jahr gedauert habe, während die Trennung bereits 3,5 Jahre dauere. Das Gericht hielt diese Trennungszeit für verhältnismäßig lange und hielt die Aufrechterhaltung der Ehe für dementsprechend untragbar, auch weil die Klägerin eine ernsthafte Beziehung mit einem anderen gleichaltrigen Manne eingegangen ist. Diese neue Beziehung biete die Voraussetzungen, die im Interesse der Allgemeinheit lägen. Auch sei nicht zu erwarten, dass die Klägerin angesichts der Persönlichkeit des Beklagten, die keine Gewähr für ein „ferneres sittlich einwandfreies Verhalten“ biete und die Klägerin „die Wiederholung solcher die Ehe entwürdigender Vorgänge befürchten müsse“. Das Gericht gab dem in dem Widerspruch liegenden Schuldantrag des Beklagten statt, allerdings wies das Gericht darauf hin, dass hinsichtlich des Beklagten ein Schuldantrag der Klägerin nicht vorliege.

In dem Verfahren R 121/41 führte das Gericht aus, dass es bei dem Grundsatz bleiben müsse, dass „unheilbar zerrüttete und damit ihres inneren Wertes entkleidete Ehen zu scheiden (...) [seien], wenn nicht besondere Umstände für das Gegenteil (...) [sprächen] (RGZ 162,45)“. Ein solcher besonderer Umstand sei der von der Rechtsprechung herausgearbeitete Opfergedanke. Die Beklagte habe stets „ihre Pflichten als Ehefrau, Hausfrau und Mutter getreulich erfüllt“. Das LG Amberg war jedoch der Ansicht, dass die Erfüllung selbstverständlicher Pflichten keine besonderen Opfer darstellen würden. Das Gericht kam daher zu dem Schluss:

„Es erscheint vom völkischen Standpunkt aus wünschenswert, daß der Kläger sein Verhältnis zu Frau (...) durch eine Ehe, aus der wohl auch Kinder erwartet werden können, ordnet (vgl. RGZ 162,45).“

Gegen dieses Urteil legte die Beklagte Berufung ein. In dem Armenrechtsgesuch für die Berufung schrieb der Verteidiger der Beklagten:

„Die Beklagte vertritt die Auffassung, daß bei der schwankenden Rechtsprechung des Reichsgerichts zu § 55 des Eheges. die Nachprüfung des ergangenen Urteils durch das Obergericht erforderlich erscheint.“

Der Schriftsatz wurde im März 1942 abgefasst. Der Verteidiger griff mit seinem Schriftsatz offen die Rechtsprechung des Reichsgerichts an. In der Berufungsbegründung schrieb dann der Berufungsanwalt, dass das Opfer der Beklagten darin liege, dass sie die Ehe fortgesetzt habe. Sie habe auch die Hoffnung, dass die Wehrmacht den Kläger läutern werde und im Übrigen sei der Kläger so flatterhaft, dass auch eine neue Ehe

keinen Bestand hätte. In der Berufungserwiderung wurde in einem insgesamt 4seitigen Schriftsatz unter anderem Folgendes ausgeführt:

„Nach der amtlichen Begründung des Ehegesetzes (DJ 1938/1107) liegt für den heutigen Staat der tiefe Sinn der Ehe außerhalb der Individualinteressen der Ehegatten in der Bedeutung der Ehe für den Bestand und die Gesamtheit des Deutschen Volkes. Das individuelle Interesse des einen oder anderen Ehegatten an der Aufrechterhaltung einer Ehe kann nur dann Berücksichtigung finden, wenn dieses Streben gerade im Interesse der Allgemeinheit liegt und seine Nichtbeachtung eine Verletzung des sittlichen Volksbewusstseins, des tiefsten Gefühls für Recht und Unrecht bedeuten würde.

II.

Es ist eine Erfahrungstatsache, daß eine Frau als ein von dem Gefühl beherrschten Wesen nur selten und schwer sich zu der absoluten Erkenntnis der Notwendigkeit durchringen kann, zuerst an dieses große Ganze zu denken, ihre gefühlsmäßige Einstellung dem höheren Gedanken des Volksbewusstseins und Volksinteresses zu unterstellen und im Gefühl ihrer angeblichen Unschuld ihre Eheverbundenheit auf dem Altar der Volksgemeinschaft zu opfern. Es nimmt daher auch nicht wunder, daß die Beklagte, obwohl sie die gänzliche Zerrüttung der Ehe zugeben muss, auch in ihrer Berufungsbegründung zur Frage der Beachtlichkeit ihres Widerspruchs nur von ihrem Standpunkt als Frau Stellung nimmt, dagegen jeden höheren Gedankenflug der sich mit den Interessen der Gesamtheit des deutschen Volkes an der Beachtlichkeit des Widerspruchs befasste, vermissen lässt.“

Der Rechtsanwalt führte in dem Schriftsatz weiter aus, dass die Gesamtheit des Deutschen Volkes und das Volksbewusstsein kein Interesse an der Aufrechterhaltung eines solchen Scheingebäudes habe und dass die kühle Natur der Beklagten den heißblütigen Kläger in die Arme einer anderen Frau gejagt habe. Die Frau sei nicht im Stande, ihre individualistischen Interessen den Forderungen der Gesamtheit unterzuordnen. Dieser Schriftsatz sticht besonders hervor, weil in keinem anderen Schriftsatz der untersuchten Akten, die nationalsozialistische Ideologie und der nationalsozialistische Pathos deutlicher zum Ausdruck gebracht wurden. Gleichwohl wurden im Berufungsurteil keinerlei ideologische Argumente verwendet. Selbst in dem 7,5 seitigen Tatbestand des Berufungsurteils finden sich die nationalsozialistischen Argumente des Berufungsklägers nicht. Das Berufungsurteil liest sich sachlich und unparteiisch. Die Berufung wurde zurückgewiesen, die Revision gegen das Urteil aber zugelassen. Die Beklagte beantragte das Armenrecht für die Durchführung der Revision, das Reichsgericht lehnte das Armenrechtsgesuch jedoch ab, weil die Rechtsverfolgung keinerlei Aussicht auf Erfolg bieten würde.

Auffällig an diesem Verfahren ist, dass das Berufungsgericht auf die ideologische Argumentation des Berufungsbeklagten überhaupt nicht reagiert hat, sondern im Gegen-

teil das Berufungsurteil auffallend sachlich und ohne ideologische Argumentation abgefasst hat

[6]. 1942

In dem Verfahren R 20/42 hielt das LG Amberg den Widerspruch der Beklagten für unbeachtlich, weil „die Aufrechterhaltung dieser Ehe sittlich nicht gerechtfertigt ist. Die kinderlose Ehe der Streitteile (...) [sei] durch die jahrelange Trennung und die nun eingetretene völlige Entfremdung des Klägers für die Volksgemeinschaft völlig wertlos geworden.“ Das Gericht sah hier einen Ausnahmefall für die Beachtlichkeit, z.B. wegen besonderer Opfer, nicht als gegeben an.

In dem Verfahren R 27/42 verneinte das LG Amberg bereits das Widerspruchsrecht der Beklagten, so dass es sich nicht zu der Frage der Beachtlichkeit äußern musste. Das Berufungsgericht erkannte jedoch der Beklagten das Widerspruchsrecht zu und hielt den Widerspruch auch für beachtlich. Die Beklagte hatte 11 Kinder geboren und erhielt hierfür als Anerkennung das goldene Mutterehrenkreuz. Weswegen das LG Amberg den Widerspruch für unzulässig hielt, ist nicht eindeutig. Nachdem der Kläger ein ehebrennerisches Verhältnis unterhielt, hätte an sich der Widerspruch zulässig sein müssen. Wäre der Widerspruch aber zulässig gewesen, hätte das LG Amberg jedoch nach der Opferrechtsprechung des Reichsgerichts bei einer Mutter mit 11 ehelichen Kindern den Widerspruch auch für beachtlich halten müssen. Es war offensichtlich für das LG Amberg leichter, die Unzulässigkeit des Widerspruchs, als dessen Unbeachtlichkeit zu begründen. Warum das LG Amberg hier offensichtlich ein Gefälligkeitsurteil erließ, ergibt sich natürlich nicht eindeutig aus der Akte. Es fällt jedoch auf, dass der Kläger im KZ Dachau bei der Wachtruppe gearbeitet hatte. Vielleicht hatte der Kläger bei der NSDAP Beziehungen und hatte versucht, auf den Prozess Einfluss zu nehmen.

In dem Verfahren R 25/42 wurde der Widerspruch für unbeachtlich gehalten, weil keine Ausnahmegründe vorlagen. Bei diesem Urteil fällt allerdings auf, dass keinerlei ideologische Argumentation herangezogen wurde.

Im Verfahren R 35/42 wird der Widerspruch ebenfalls mangels Vorliegen einer Ausnahme für unbeachtlich gehalten, allerdings wird darauf hingewiesen, dass die „Aufrechterhaltung der völkisch wertlos gewordenen Ehe sittlich nicht gerechtfertigt“ sei.

[7]. 1943

Ausführlicher ist auf das Verfahren R 55/43 einzugehen. In diesem Verfahren wurde zunächst vor dem unzuständigen Landgericht München I Klage erhoben. Das LG München I hielt den Widerspruch der Beklagten für beachtlich, wies die Klage ab und bezog sich dabei auf die Opferrechtsprechung des Reichsgerichts. Aufgrund des Alters des Klägers (60 Jahre alt) sah es eine neue Ehe als bevölkerungspolitisch nicht wertvoll an. Es erwog, dass die Beklagte 9 eheliche Kinder geboren hatte und über die Kindererziehung alt geworden sei. Hiergegen legte der Kläger Berufung zum OLG München ein. In der Be-

rufung ließ der Kläger ausführen, dass das LG München I die Absicht des § 55 EheG völlig verkannt habe. Weiter wurde die Berufung mit folgender Argumentation begründet:

„Allein schon wegen der Verschiedenheit der Weltanschauung würden die Streitsteile nie mehr zusammenpassen, da der Kläger ein überzeugter Nationalsozialist, die Beklagte dagegen, wie er sagt „schwarz“ ist.“

Hierauf erwiderte die Beklagte:

„Die Vorhaltung, daß die Beklagte andererseits in die Kirche laufe und „schwarz“ sei, während er ein überzeugter Nationalsozialist sei, ist für einen Ehescheidungsgrund nicht geeignet. Im Übrigen nimmt die Beklagte mit Recht für sich in Anspruch, daß sie ebenso eine überzeugte Nationalsozialistin ist.“

Das OLG München ging auf diese Argumentation nicht weiter ein und hob das Urteil des LG München I allein aus prozessualen Gründen auf und verwies den Rechtsstreit an das zuständige Landgericht Amberg. Der Kläger richtete sodann folgendes handschriftliches Schreiben an das LG Amberg:

„Ich Unterzeichneter richtete ein Gesuch an Herrn Reichsmarschall Göring, wegen meines Ehescheidungsprozesses. Herr Göring ließ mir durch den Präsidenten des Obersten Landesgerichts München mitteilen, daß mir bis zur Beendigung meines Prozesses ein Anwalt auf Armenrecht zugeteilt wird. Auf Grund dieses Befehls vom Herrn Reichsanwalt, wird es nicht mehr nötig sein, daß ich mich noch einmal an ihn wende, denn ich habe ihn gebeten, daß mein Prozess endlich einmal zu Ende geführt wird, da ich doch zu dieser Frau schon fast 25 Jahre getrennt lebe und mir vollkommen fremd ist. Ich beantrage nach den Reichsgesetzlichen Bestimmungen die Scheidung, da ein Zusammenleben doch nicht mehr möglich ist, sowieso auch nicht mehr in Frage kommt, ich erkläre mich bereit, einen Unterhalt der von mir geschiedenen Frau zu bezahlen und bitte Sie auf Anordnung des Herrn Reichsmarschall einen Anwalt beizuordnen.“

Bei diesem Schreiben waren die Worte „Anwalt auf Armenrecht“ und „Anordnung des Herrn Reichsmarschall Göring“ rot unterstrichen. In den Verfahrensakten waren durchgängig bei den Schriftsätzen handschriftliche Markierungen angebracht. Diese hatten entweder die Farben rot oder blau. Es ist davon auszugehen, dass diese Markierungen von einem Dritten angebracht wurden. Vermutlich sind diese Markierungen von dem Richter gemacht worden, der auch das Urteil fällte.

Dieses Schreiben wurde offensichtlich als ausreichend erachtet, dem Kläger noch am Tage des Eingangs dieses Schreibens einen Armenrechtsanwalt beizuordnen. Es wurde auch der Armenrechtsanwalt beigeordnet, der für die NSDAP im Stadtrat vertreten war und im NSRB eine höhere Position bekleidete und auch ansonsten als Anhänger des Regimes bekannt war.

In dem auffallend ausführlichen Urteil des LG Amberg⁵²⁴ legte das LG Amberg dar, dass der Widerspruch der Beklagte zwar zulässig aber unbeachtlich sei. Das LG begründete die Unbeachtlichkeit mit folgender Argumentation:

„Der Grundgedanke des § 55 EheG ist, daß für die Volksgemeinschaft wertlos gewordene Ehen auf ehelichem Wege lösbar gemacht werden sollen, wenn nicht besondere [Anm.: besondere vom Gericht unterstrichen] Gründe vorliegen, die es sittlich rechtfertigen, den die Lösung der Ehe begehrenden Ehe teil an der Ehe festzuhalten.“

Zu Gunsten der Beklagten erwägt das Gericht, dass sie ihre Pflichten als Gattin und Mutter erfüllt habe und dem Kläger 9 Kinder geboren habe und jetzt 60 Jahre alt sei. Andererseits sei zu berücksichtigen, dass die Kinder erwachsen seien und keine Erziehung mehr bräuchten. Die Trennung sei auch nicht erst in hohem Alter erfolgt, die Beklagte könne schon seit 20 Jahren die Scheidung nach § 47 EheG verlangen. Das Gericht führte weiter aus:

„Die Ehe der Streitteile ist schon längst zu einer inhaltslosen Form geworden. An einer solchen Ehe hat die Allgemeinheit kein Interesse mehr. Wenn auch die Schutzbedürftigkeit der gealterten Frau je nach den Umständen in Scheidungsprozessen eine wichtige Rolle spielen kann (vgl. D.R. 1942, 60 ff) so lässt sich doch im vorliegenden Falle damit aus den schon angegebenen Gründen nicht rechtfertigen, daß der Kläger auch weiterhin an dieser bloßen Namensehe festgehalten werden soll. Es liefe sich dies auf eine Bestrafung des Klägers hinaus, was mit dem Wesen der Ehe nicht vereinbar wäre. (...) Auch wenn bevölkerungspolitisch gesehen diese [Anm.: bezieht sich auf die neue Verbindung des Klägers] Ehe deswegen nicht als wertvoll anzusehen wäre, so besteht doch ein Interesse des Staates daran, daß das Zusammenleben in die gesetzlich bindende Form der Ehe übergeleitet wird. Nach alledem hat das Gericht die Aufrechterhaltung der Ehe als sittlich nicht gerechtfertigt erachtet und deshalb dem Antrage des Klägers gemäß Scheidung erkannt.“

In der Rechtsprechung des Reichsgerichts war das Alter der Parteien entweder ein Argument für oder auch gegen die Scheidung. In RGZ 160,140 war die Beklagte 61 Jahre alt und hätte sich schon vor 19 Jahren scheiden lassen können. Das Reichsgericht sah das als Argument für die Scheidung an. In RGZ 163,380 hingegen war die Beklagte zum Zeitpunkt der Trennung 45 Jahre alt, womit ihr ein Neuanfang nicht mehr zuzumuten war. Mit 42 Jahren war damit ein Neuanfang zuzumuten, mit 45 Jahren nicht mehr. Das Kriterium des Alters war damit keine zuverlässige Größe, auf die sich das LG Amberg hätte stützen können. Anders war dies jedoch wiederum mit der Opferrechtsprechung des Reichsgerichts. Hatte eine Frau mehrere Kinder in der Ehe geboren, sah das Reichsge-

⁵²⁴ Mit einer Tatbestandslänge von 3 Seiten und einem Umfang der Entscheidungsgründe von 3,5 Seiten ist dieses Urteil das ausführlichste der Urteile der Verfahren, die 1943 anhängig gemacht wurden. Im Durchschnitt waren bei diesen Verfahren der Tatbestand 1,6 Seiten und die Entscheidungsgründe 2,0 Seiten lang.

richt diese Opfer als ausreichend an, die Scheidungsklage abzuweisen.⁵²⁵ Nach Beachtung dieser Rechtsprechung hätte das LG Amberg die Ehe nicht scheiden dürfen.

So wurde dies auch vom Berufungsgericht gesehen. Das OLG Nürnberg wies den Armenrechtsantrag des Klägers im Übrigen mit der Begründung zurück, dass ein Armenrechtszeugnis nicht vorgelegt wurde. Das Schreiben mit dem Hinweis auf Reichsmarschall Göring wurde als nicht ausreichend angesehen. Das OLG Nürnberg hielt den Widerspruch für zulässig und beachtlich und wies die Klage ab. Das Gericht führte hierzu aus:

„Richtig ist, daß derartige nur noch der Form nach bestehende inhaltlose Ehen grundsätzlich aufzulösen sind, aber nur, wenn nicht besondere Gründe vorliegen, die es sittlich rechtfertigen, den die Lösung der Ehe anstrebenden Ehepartei an der Ehe festzuhalten. Solche besonderen Gründe erachtet das Berufungsgericht im Gegensatz zum Erstgericht hier für gegeben und zwar entsprechend dem in der Rspr des RG immer mehr zur Geltung kommenden Grundsatz, daß die Frau, die viele Jahre in der Ehe hindurch ihre Pflichten als Frau und Mutter redlich erfüllt hat, auch dann, wenn sie keine außergewöhnlichen Opfer gebracht hat, das Recht hat, zu verlangen, daß sie nicht in ihren alten Tagen zu Gunsten einer anderen aus ihrer Stellung als Frau verdrängt und vielleicht darüber hinaus noch wirtschaftlichen Sorgen preisgegeben wird.“

Das OLG Nürnberg ließ jedoch mit der Begründung, dass die Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches noch immer umstritten sei, die Revision gegen das Urteil zu. Der Kläger wandte sich mit folgendem Schreiben vom 30.06.1944 an das Reichsjustizministerium:

„Gegen das Urteil (...) gegen (...) lege ich Revision zum Reichsgericht ein, gegen den Vorhalt der mir zu Unrecht zudiktierten Strafe, das Justizverbrechen, das an mir begangen wurde und nach 20 Jahren immer und immer wieder vorgeworfen wird, lege ich Beschwerde beim Reichsjustizministerium ein, das abscheulichste ist es, wenn man einen unschuldigen Menschen immer und immer wieder in den Abgrund stürzt ich verlange Rechenschaft.

Heil Hitler

(...) Kolonnenführer“

Das Reichsjustizministerium antwortete darauf, dass ein Vermögensverzeichnis bzgl. des Armenrechts erforderlich sei. Hinsichtlich des Restes teilte es mit, dass dies juristisch unerheblich sei und lediglich zu den Akten genommen werde. Das Reichsgericht verwarf mit Entscheidung vom 20.09.1944 die Revision als offensichtlich unbegründet.

Bei dem Verfahren fällt auf, dass das LG Amberg allein auf einen handschriftlichen Hinweis auf Göring hin, einen Armenrechtsanwalt beigeordnet hat. Darüber hinaus

⁵²⁵ Vgl. RGZ 164, 155 zum Opfer der Kindererziehung; RGZ 159, 305; 162,20; 164, 155; 169, 36 zur Aufopferung der Jugend.

wurde, zufällig oder auch nicht, der Rechtsanwalt als Armenanwalt beigeordnet, der seinerseits als Nazianhänger bekannt war. In der Entscheidung des LG Amberg wurden die Grundsätze der reichsgerichtlichen Rechtsprechung nicht beachtet und die Scheidung der Ehe ausgesprochen, obwohl das LG Amberg ansonsten der Rechtsprechung des Reichsgerichts gefolgt ist. In einem vergleichbaren Fall jedoch⁵²⁶ nahm das LG Amberg die Unzulässigkeit des Widerspruchs an, um sich nicht mit der Opferrechtsprechung des Reichsgerichts auseinandersetzen zu müssen. Da das LG Amberg sich auch ansonsten mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts auseinandersetzte, ist anzunehmen, dass diese Rechtsprechung auch bekannt war. Das LG Amberg wollte nur der Rechtsprechung nicht folgen, ohne dies näher zu begründen.

In dem Verfahren R 113/43 hielt das LG Amberg den Widerspruch der Beklagten für zulässig und beachtlich. Der Kläger war 48, die Beklagte 47 Jahre alt. Die eheliche Gemeinschaft war seit 4 Jahren aufgehoben, eheliche Kinder waren nicht vorhanden. Das Gericht führte aus:

„Es entspricht weder dem Willen des Gesetzes noch dem wohl verstandenen Interesse der Volksgemeinschaft, daß eine langjährige Ehe deshalb gelöst werden soll, weil der Ehemann sich von seiner Ehefrau abgekehrt und einer anderen Frau zugewendet hat, die ihm mehr zusagt. (...) Alles in allem betrachtet würde die Verdrängung der Beklagten aus ihrer Stellung als Ehefrau für sie eine unbillige, nicht gerechtfertigte Härte darstellen und auch bei den Volksgenossen die Auffassung über das sittliche Wesen der Ehe, deren Wert als Lebensgemeinschaft ungünstig beeinflussen, sowie das Gefühl für die sich aus der Ehe ergebenden Pflichten abschwächen.“

Der Unterschied zu dem gerade dargestellten Fall liegt darin, dass in diesem Fall die Trennung weniger lang dauerte, dafür aber die Ehe kinderlos blieb. Das LG Amberg fällt dieses Urteil am 19.04.1944, das andere Urteil wurde genau drei Monate später von demselben Richter gefällt. In dem früheren Urteil sprach sich das Gericht bei weniger gewichtigen Argumenten für die Beachtlichkeit des Widerspruchs aus, bei dem späteren Urteil sprach sich das Gericht dagegen aus.

In den anderen Verfahren, die 1943 anhängig gemacht wurden, wurde entweder kein Widerspruch eingelegt, oder das LG Amberg wies den Widerspruch zurück, weil keine besonderen Opfer dargelegt wurden⁵²⁷.

[8]. 1944

In den Verfahren R 1/44 lagen Ausnahmegründe von der Regel der Unbeachtlichkeit des Widerspruchs aus Sicht des LG Amberg nicht vor. In den Verfahren R 12/44, R 20/44, R 36/44, R 65/44, R 88/44 wurde kein Widerspruch erhoben.

Bei den Verfahren aus dem Jahre 1944 zeigt sich deutlich, dass nur noch diejenigen Verfahren durchgeführt wurden, die wie in den Richterbriefen gefordert, „glatt“ waren.

⁵²⁶ R 27/42 – Das Urteil wurde ebenfalls aufgehoben.

⁵²⁷ R 9/43 und R 66/43.

Dementsprechend wurden nur noch Verfahren durchgeführt, in denen entweder kein Widerspruch erhoben wurde, oder der Widerspruch unbeachtlich war, weil kein Ausnahmefall für dessen Beachtlichkeit gegeben war.

[9]. Schlussfolgerung

Aus der Untersuchung der Ehescheidungsakten des Landgerichtes Amberg wird deutlich, dass zwar die Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs in der reichsgerichtlichen Rechtsprechung einen zentralen Raum eingenommen hat, diese Frage bei den Entscheidungen des Landgerichts Amberg zwar wichtig war, aber nicht den gleichen Stellenwert wie beim Reichsgericht hatte. In den ersten Entscheidungen in den Verfahren, die 1938 eingeleitet wurden, als noch keine ober- oder höchstrichterlichen Entscheidungen vorhanden waren, war das Landgericht Amberg sehr zögerlich in der Begründung der Beachtlichkeit bzw. Unbeachtlichkeit eines Widerspruches. Das LG Amberg führte z.B. nicht aus, was unter dem Wesen der Ehe im nationalsozialistischen Sinne zu verstehen war. Als dann die ersten Entscheidungen des Reichsgerichts vorhanden waren, berief sich das LG Amberg darauf und folgte der Rechtsprechung des Reichsgerichts. In den Verfahren R 6/41 und R 55/43 folgte das LG Amberg der Rechtsprechung des Reichsgerichts bewusst nicht. Die Entscheidungen in den beiden Verfahren kann man als gewollte Abweichungen verstehen. In dem einen Verfahren wollte man die reichsgerichtliche Rechtsprechung nicht anwenden, weil es einem Homosexuellen zu Gute gekommen wäre, in dem zweiten Fall erließ man zu Gunsten eines scheinbar gut vernetzten NSDAP Mitglieds ein Gefälligkeitsurteil entgegen der reichsgerichtlichen Rechtsprechung. Gerade das zweite Urteil könnte man als Rechtsbeugung bezeichnen, weil zum einen von der Rechtsprechung des Reichsgerichtes bewusst abgewichen werden sollte und zum Zweiten dies nicht aufgrund eines naturrechtlichen Verständnisses als Widerstand gegen die NS-Diktatur gewollt war, sondern als klare Begünstigung eines NSDAP-Mitgliedes. Die Verfahren, die gegen Ende des Dritten Reiches eingeleitet wurden, waren, wie in den Richterbriefen eingefordert, überwiegend glatte Scheidungssachen, in denen entweder beide Parteien geschieden sein wollten, oder der Widerspruch unproblematisch als unbeachtlich eingestuft werden konnte.

c. Umgang mit NS-Ideologie und Argumentation mit dieser in den Verfahren

aa. Einführung

In dem folgenden Abschnitt soll untersucht werden, inwieweit die einzelnen Verfahrensbeteiligten mit der NS-Ideologie umgegangen sind und welche Konsequenzen sich daraus ergaben. War es zum Beispiel hilfreich für die Parteienvertreter, mit ideologischen Bezügen zu argumentieren? Übernahm das Gericht diese Argumentation? Verzichteten die Parteien auf nationalsozialistische Argumentation und kam diese erst mit dem Urteil in die Verfahren? Diese Fragestellungen sind zentral für die Antwort darauf, inwieweit sich die zivilrechtliche Rechtsprechung der nationalsozialistischen Ideologie angeschlossen hat. Waren die Zivilgerichte wirklich frei von der nationalsozialistischen Ideologie, wie es in manchen Veröffentlichungen zu der Zeit behauptet wird oder waren die Zivil-

gerichte genauso ein Teil des Unrechtsregimes, nur eben frei von einschneidenden Konsequenzen für den Einzelnen, weil es strafrechtliche Konsequenzen unmittelbar aus den Zivilurteilen nicht gab?

Hierzu ist es zunächst notwendig, darzustellen, was unter NS-Ideologie oder nationalsozialistischer Argumentation zu verstehen ist. Nach § 55 EheG konnte jemand geschieden werden, wenn die häusliche Gemeinschaft seit mehr als 3 Jahren aufgehoben und die ehelichen Verhältnisse unheilbar zerrüttet waren. An sich sind diese Tatbestandsmerkmale wertfrei und unideologisch. So wurde dies auch im Dritten Reich vom Landgericht Amberg gesehen. Anders verhält sich dies mit § 55 Abs. 2 EheG. Hatte der Kläger die Zerrüttung verschuldet, konnte der/die Beklagte der Scheidung widersprechen. Das bedeutet zunächst einmal, dass dann eine Scheidung nicht erfolgt. Eine Ausnahme wurde hiervon gemacht, wenn die richtige Würdigung des Wesens der Ehe die Unbeachtlichkeit des Widerspruches gebot. Was aber die richtige Würdigung des Wesens der Ehe war, war ausfüllungsbedürftig und stellte ein Einfallstor für Ideologie jedweder Art dar. Dabei konnte man eher plump auf die typisch nationalsozialistische Argumentation abstellen, indem man abstrakt darstellte, welchen Sinn und Zweck eine nationalsozialistische Ehe hatte und dann zu dem Ergebnis gelangen, dass diese Ehe nicht darunter fiel. Andererseits konnte man auch, ohne die typischen Schlagworte zu gebrauchen, die Wertlosigkeit der Ehe darzustellen. Dies konnte etwa dadurch erfolgen, dass man darstellte, aus welchen Gründen die Ehe bevölkerungspolitisch wertlos war. Da die Ehe im nationalsozialistischen Sinne ausschließlich der Reproduktion der Bevölkerung diene, war eine Ehe, in der sich einer der Ehegatten weigerte, diese Funktion zu erfüllen, gerade keine solche im nationalsozialistischen Sinne. Damit argumentierte eine Partei ideologisch, wenn sie geltend machte, der jeweils andere habe sich geweigert, Nachkommenschaft zu zeugen oder zu empfangen. Diese Subtilität der Argumentationsweisen macht es schwierig zu beurteilen, wann eine Argumentation ideologisch war und wann die Argumentation lediglich die Darstellung der tatsächlichen Gegebenheiten war, die auch vor und nach dem Dritten Reich ebenso erfolgt wäre.

bb. 1938

In dem Verfahren R 5/1938 hatte der Kläger durch seinen Anwalt bereits im Schriftsatz vom 2.9.1938 vortragen lassen, dass sich die Beklagte beharrlich geweigert haben soll, Nachkommenschaft zu erzeugen. Dieses Argument kann als ideologisches Argument gewertet werden, weil gerade die Familienpolitik der Nationalsozialisten auf die Erzeugung von ehelichen Kindern ausgerichtet war. Der Anwalt versuchte in diesem Schriftsatz auch, die Ehefrau in einem besonders schlechten Licht erscheinen zu lassen. Die Beklagte soll sich nur um ihren Unterhalt gesorgt haben und den Kläger beruflich in Misskredit gebracht haben. Das Gericht hatte diesen Vortrag im Tatbestand des Scheidungsurteils erwähnt. Das Gericht untersuchte diesen Vorwurf und stellte fest, dass die vom Kläger erhobenen Vorwürfe unbegründet waren und die Beklagte sehr wohl bereit war, Kinder zu empfangen. Das Gericht stellte in dem Urteil auch fest, dass die Beklagte

aufgrund des ehewidrigen Verhaltens des Klägers ihrerseits die Scheidung aus Verschulden hätte beantragen können.

In dem Verfahren R 42/1938 machte die Klägerin geltend, dass der Beklagte sich geweigert haben soll, ihr "ein Kind zu erzeugen". Der Beklagte bestritt die Weigerung Kinder zu zeugen und machte geltend, dass die Klägerin wiederholt die Ehe gebrochen haben soll. Das Gericht ging auf diese Anschuldigung in den Entscheidungsgründen nicht weiter ein, weil diese Anschuldigungen bereits in einem Vorprozess vorgetragen wurden.

In dem Verfahren R 43/1938 wurde bereits in der Klageschrift mit der amtlichen Gesetzesbegründung des Ehegesetzes argumentiert. Der klägerische Anwalt trug vor, dass die Ehe nach dem Ehegesetz keine Einrichtung zur Verwirklichung individualistischer Ziele sei. Inhaltlich konnte der Kläger der Beklagten keine Verfehlung anlasten, da er selbst eine ehebrecherische Beziehung unterhielt. Interessanterweise berief sich der Kläger aber nicht darauf, dass die Ehe mit der 12 Jahre älteren Beklagten von vornherein keine bevölkerungspolitisch wertvolle Verbindung war. Das Gericht ging in der Urteilsbegründung auch nicht näher auf diesen Umstand ein, sondern wies den Widerspruch der Beklagten zurück, weil diese dem Kläger kein Verschulden an der Zerrüttung nachweisen konnte.

In dem Verfahren R 44/1938 machte der Kläger die Unfruchtbarkeit der Beklagten geltend. Das Gericht lehnte eine Beweisaufnahme für den Nachweis des Verschuldens der Beklagten ab, weil die Scheidungsklage aus § 49 EheG für unbegründet gehalten wurde. Auf das Argument, dass die Beklagte unfruchtbar war, ging das Gericht nicht weiter ein. Es hielt den Widerspruch aber dennoch für unbeachtlich, weil "eine solche Ehe, die zu einem richtigen gemeinschaftlichen Leben nicht mehr führen wird" für die Volksgemeinschaft wertlos sei. Das Gericht hätte auch darauf abstellen können, dass die Beklagte dem Kläger ihre Unfruchtbarkeit verschwiegen hatte und deswegen der Widerspruch unbeachtlich war, weil sie dadurch die Ehe schuldhaft zerrüttet hatte.

In dem Verfahren R 53/1938 wiederum machte der klägerische Anwalt gleich in der Klageschrift geltend, dass der Beklagte Mitglied der KPD war und sich auf der Flucht befand. In der mündlichen Verhandlung wurde die Klägerin zu der Klage gehört. In dieser Verhandlung berief sich die Klägerin jedoch weder darauf, dass der Beklagte Kommunist sei, noch dass er sich sonst gegen den nationalsozialistischen Staat gestellt hätte. In der Verhandlung hatte sie erklärt, dass sie keinesfalls wieder die eheliche Gemeinschaft mit dem Kläger aufnehmen werde. Das Gericht holte eine Auskunft der Polizeibehörde in Amberg ein. Das Gericht stellte hierzu fest:

„Nach einer von der Polizeibehörde Amberg erhaltenen Auskunft vom 16.11.1938 (in OH 92/38) war der Beklagte vor der nationalen Erhebung aktiv bei der KPD beteiligt und auch Mitglied des antifaschistischen Kampfbundes gewesen und ist im November 1933 flüchtig gegangen, als er im Auftrage der Geheimen Staatspolizei Nürnberg-Fürth wegen Verbreitung kommunistischer Literatur festgenommen werden sollte. Auch der Polizei ist sein Aufenthalt nicht bekannt, sie betrachtet ihn als Emigranten. Ihre durch diese po-

lizeilichen Feststellungen wesentlich unterstützte Aussage hat die Klägerin mit ihrem Eide bekräftigt, so dass keinerlei Bedenken gegen ihre Glaubwürdigkeit aufkommen können und der Beweis für die Klagebehauptungen als erbracht anzusehen ist.“

Das Gericht wies weiter drauf hin, dass schon „rein äußerlich gesehen eine Wiedervereinigung der Streitteile nicht mehr zu erwarten (sei), weil so wie die Dinge liegen, eine Rückkehr des Beklagten aussichtslos erscheint.“ Man gewinnt den Eindruck, dass das Gericht besonders ausführlich darlegen wollte, dass die Klägerin mit dem Verhalten des Beklagten nicht einverstanden war und dass ihr das Fehlverhalten ihres Ehemannes nicht anzulasten war. Angesichts dessen, dass die Gerichtsakten auch der Staatsanwaltschaft vorgelegt wurden, meint man, dass das Gericht die Klägerin durch zweideutige Feststellungen nicht in Bedrängnis bringen wollte. Die Behauptung, dass so wie die Dinge liegen eine Rückkehr des Beklagten aussichtslos erscheinen lasse, könnte einerseits als Kritik am Regime gewertet werden oder lediglich Feststellung, dass eine Rückkehr faktisch ausgeschlossen war.

In dem Verfahren R 54/1938 machte der Klägervertreter geltend, dass sich die Beklagte seit 1924 geweigert habe, zu empfangen. Der Rechtsanwalt führte hierzu aus:

„Es liegt auf der Hand, daß die Versagung des Geschlechtsverkehrs und zum allermindesten aber die völlige Unmöglichmachung einer Empfängnis dem Wesen der Ehe derart widerspricht, daß sie zwangsläufig als zerüttet betrachtet werden muss. (...) Nach dem Grundgedanken des Gesetzes vom 6.7.1938 ist das Wesen der Ehe in erster Linie in der Ermöglichung einer Fortpflanzung der Ehegatten zu erblicken. Weigert sich ein Ehegatte die Fortpflanzung herbeizuführen, so handelt er dem Wesen der Ehe in einer Weise entgegen, daß ihre Aufrechterhaltung sittlich nicht gerechtfertigt werden kann.“

Dem widersprach der Beklagtenvertreter und behauptete, dass vielmehr der Kläger keine Kinder haben wollte. In der mündlichen Verhandlung gab der Kläger jedoch zu, dass beide Parteien einig waren, keine Kinder zu bekommen. Das Gericht wiederholte im Urteil die Behauptungen der Empfängnisverweigerung nicht weiter, sondern führte nur aus, dass keine der Parteien der anderen eine schwere Eheverfehlung nachsagen könne. Das Gericht ging vielmehr davon aus, dass die Parteien bei entsprechendem Willen wieder zueinander finden könnten und wies die Scheidungsklage ab. In der Berufung stellte der Klägervertreter lediglich auf die langjährige Trennung und die dadurch bedingte Entfremdung ab, ohne weiter auf die Verweigerung der Nachkommenschaft einzugehen. Das Berufungsgericht ging davon aus, dass mit einer Wiedervereinigung nicht mehr zu rechnen war und schied die Ehe. Das Reichsgericht wies darauf hin, dass die Ausführungen des Berufungsgerichts zum Widerspruch der Beklagten im Einklang mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts stünden und deswegen die Revision zurückzuweisen sei. Erstaunlich bei diesem Verfahren ist, dass zwar zunächst in der ersten Instanz versucht wurde, die nationalsozialistische Ideologie zu instrumentalisieren, um

eine Scheidung der Ehe herbeizuführen, dass der Kläger aber in der mündlichen Verhandlung die Behauptungen in der Klageschrift nicht stützte, sondern zugab, dass sich die Beklagte nicht geweigert hatte, Nachkommen zu empfangen. Auch im weiteren Prozessverlauf machte der Kläger, obwohl er in der ersten Instanz unterlegen war, keine Argumente geltend, die der Beklagten ernsthaft Schaden zufügen konnten.

In dem Verfahren R 56/1938 führte der Klägervertreter in seiner Klage aus, dass die Beklagte als äußerst streitsüchtig bekannt sei und den Kläger in eine Heil- und Pflegeanstalt einweisen ließ. In diesem Zusammenhang soll die Beklagte gesagt haben, dass der „Krüppel in der Anstalt“ bleibe und nicht mehr herauskommen würde. In der mündlichen Verhandlung gab der Kläger zu, dass er mit dem damaligen Dienstmädchen ein ehebrecherisches Verhältnis unterhalten habe und das auch der Grund gewesen sei, weswegen sich die Streitteile getrennt hätten. Das Gericht führte im Tatbestand des Scheidungsurteils aus, dass der Kläger zweimal in einer Heil- und Pflegeanstalt gewesen sei. Das erste Mal, weil er Hausbewohner bedroht habe und Einrichtungsgegenstände zertrümmert habe, das zweite Mal, weil der Kläger beschuldigt wurde, den Führer Adolf Hitler schwer beschimpft zu haben. Dass der Kläger diese Äußerung getätigt haben soll, wurde jedoch von der Beklagten nicht vorgetragen. In den Entscheidungsgründen wurde dies auch nicht weiter thematisiert. Das Gericht wollte scheinbar nicht so weit gehen, aus dieser Verfehlung weitere Folgen herzuleiten, hat es aber auch nicht unterlassen, den Kläger durch die Aufnahme dieser Behauptung in die Entscheidungsgründe vielleicht in Schwierigkeiten zu bringen, obwohl die Beklagte sich nicht weiter darauf gestützt hatte.

In dem Verfahren R 58/1938 legte der Klägervertreter dar, dass die erste Scheidungsklage in drei Instanzen abgewiesen wurde. Der Klägervertreter wies darauf hin, dass die Entscheidung der Gerichte im ersten Scheidungsverfahren dem damaligen Ehescheidungsrecht mit seinen individualistischen Scheidungsgründen geschuldet war. Nach dem neuen Ehescheidungsrecht sei der Wert der Ehe für die Volksgemeinschaft zu beurteilen. Vom Standpunkt der Allgemeinheit aus betrachtet, wäre die Ehe der Streitteile vollständig wertlos und daher nicht schutzwürdig. Der Klägervertreter führte weiter aus:

„Jedenfalls kann es nach der heutigen Rechtsauffassung über das sittliche und rechtliche Wesen der Ehe nicht dem Urteil des einen Ehegatten allein überlassen sein, darüber zu entscheiden, ob der andere Ehegatte die Last der zerstörten Ehe bis an sein Lebensende weiter tragen muss.“

Das Gericht wies die Klage ab, weil der Kläger erst am 12.5.1938 die deutsche Reichsangehörigkeit erworben habe. Bei diesem Verfahren fällt auf, dass der Kläger an sich nichts Schlechtes über seine Ehefrau sagen konnte und sich der Klägervertreter möglicherweise deswegen genötigt sah, ideologisch mit rechtstheoretischen Ausführungen die Scheidung zu begründen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Umgang mit ideologischer Argumentation sehr vielschichtig war. Auf der einen Seite versuchten Anwälte gezielt die jeweils andere Partei durch Behauptungen schlecht erscheinen zu lassen. Häufig wurde geltend gemacht, die jeweils andere Partei habe sich geweigert Nachwuchs zu zeugen oder zu

empfangen, um klar zu machen, dass die Ehe aufgrund des Fehlverhaltens der anderen Partei keine wertvolle Ehe im nationalsozialistischen Sinne war. Dass diese Behauptungen, angesichts dessen, dass jede Akte auch an die Staatsanwaltschaft weiter geleitet wurde, die andere Partei auch ernsthaft in Bedrängnis bringen konnte, war entweder nicht bekannt oder wurde einfach hingenommen, um der jeweils eigenen Partei einen Vorteil zu verschaffen. In keinem Verfahren konnte diese Behauptung jedoch bis über die Parteieinvernahme hinaus aufrechterhalten bleiben. Das Landgericht Amberg hat sich auch in keinem Verfahren, das 1938 eingeleitet wurde, auf diese Argumentation eingelassen und daraus irgendwelche Folgen für die Parteien hergeleitet, wenngleich diese Aussage auch in jedem Verfahren in der mündlichen Verhandlung näher thematisiert wurde.

Auf der anderen Seite wurde in keiner Akte eine rechtstheoretische Argumentation mit dem Hinweis darauf verbunden, dass die Ehe aus faktischen Gründen wertlos war, weil z.B. einer der beiden Ehegatten keine Kinder haben wollte. Wenn die Anwälte mit höchstrichterlicher Rechtsprechung oder der Gesetzesbegründung argumentierten, dann geschah dies deswegen, weil sie ansonsten wenig oder nichts gegen die jeweils andere Partei ins Feld führen konnten. Auch davon ließ sich das Landgericht Amberg nicht weiter beeinflussen.

Andererseits wurden in den Verfahren R 53/1938 und R 56/1938 erst durch das Gericht Umstände im Urteil angeführt, die die Parteien ernsthaft in Bedrängnis bringen konnten. So wurde im Verfahren R 53/1938 im Urteil überraschend breit ausgeführt, dass die Parteien nicht mehr zusammenfinden würden. Der Beklagte war KPD-Mitglied und flüchtig. Wahrscheinlich wollte das Gericht, dass nicht der Verdacht aufkommen konnte, dass auch die Klägerin dem linken Lager nahe steht. Insoweit wollte das Gericht die Klägerin offensichtlich schützen. Andererseits machte es das Urteil aber auch für den Beklagten unmöglich, wieder zurückzukehren, da er damit rechnen musste, noch als Staatsfeind betrachtet zu werden. In dem Verfahren R 56/1938 wurde erst durch den Tatbestand des Urteils aktenkundig, dass der Kläger in eine Heil- und Pflegeanstalt eingewiesen wurde, weil er den Führer Adolf Hitler schwer beschimpft haben soll. Das Gericht ließ sich indes nicht davon abhalten, dennoch die Ehe zu scheiden. Für die Ehescheidungsklage war damit für den Kläger kein Nachteil verbunden. Dadurch, dass aber auch Dritte die Akte gelesen hatten oder zumindest hierzu Gelegenheit hatten, war die Gefahr gegeben, dass diese Ausführungen für den Kläger schwerwiegende Folgen haben konnten.

cc. 1939

In dem Verfahren R 2/1939 erklärten die Parteien zunächst das Ruhen des Verfahrens, weil sie es noch einmal miteinander probieren wollten. Nachdem der Versuch gescheitert war, erklärte der Beklagtenvertreter, dass der Widerspruch beachtlich sei, weil aus der Ehe weitere Kinder zu erwarten wären, wenn eine eheliche Gemeinschaft begründet werden würde. Das Gericht kam jedoch zu dem Ergebnis, dass das eheliche Verhältnis unheilbar zerrüttet sei und deswegen der Widerspruch unbeachtlich sei. Das Gericht führte aus:

„Er [der Kläger] trägt ein Verschulden an der Zerrüttung der Ehe. Es ist ihm zur Last zu legen, daß er gegenüber der Beklagten, die nach der ihm bekannten Begutachtung des Dr. (...) eine Neigung zu stark effektiv betonter Empfindlichkeit hat, in seinem Gesamtverhalten während der Ehe nicht die einigermaßen übliche Rücksicht genommen hat, zu der er als Ehemann trotz seiner eigenen erkennbaren Nervosität verpflichtet und auch in der Lage gewesen wäre. Statt diese mit geringer Nachsicht zu schonende Eigenart seiner fleißigen und charakterlich sonst einwandfreien Frau durch eine entsprechende und leicht mögliche Rücksichtnahme im friedlichen Zusammenleben auszugleichen, entwickelte er, um von ihr loszukommen, seit dem Jahre 1935 eine schonungslose Betriebsamkeit in verschiedenen Streitverfahren mit dem Endziele einer Scheidung.“

Auffällig ist, dass das Gericht zwar offensichtlich eine charakterliche Schwäche der Beklagten anspricht, diese aber gleich wieder abmildert, indem es ausführt, dass die Beklagte ansonsten charakterlich einwandfrei und fleißig wäre. Das Gericht führte auch weiter aus, dass der Kläger, der noch keine ehebrecherischen Beziehungen geknüpft habe, nicht schlechter gestellt werden dürfe, als jemand, der dies schon getan habe. Darüber hinaus diene die Klage auch nicht ausschließlich dem Zweck, einem der Parteien die Freiheit von der bestehenden Verbindung zu geben. Scheinbar ging das Gericht davon aus, dass dann, wenn lediglich die persönliche Freiheit eines der Ehepartner Ziel der Scheidungsklage sein sollte, diese unbegründet sein sollte, weil das neue Ehegesetz gerade nicht den Individualinteressen, sondern ausschließlich den Allgemeininteressen dienen sollte. Das Gericht führte weiter aus:

„Eine Ehe ohne jegliche Aussicht auf eine Erfüllung ihrer natürlichen und völkischen Zwecke nur in der Form einer sonst inhaltlichen rechtlichen Bindung deshalb aufrecht zu erhalten, um auf diesem Wege die auch sonst erfüllbaren Unterhaltsansprüche durchzusetzen, schädigt die sittliche Verfassung der durch die Ehegemeinschaft verknüpften Beteiligten und widerspricht dem Lebensgebot der deutschen Volksgemeinschaft.“

Diese relativ umfangreichen Ausführungen erstaunen angesichts dessen, dass in anderen Fällen auf eine tiefer gehende Begründung weitgehend verzichtet wurde. Die Beklagte legte gegen das Urteil Berufung ein und stellte einen Antrag auf Schuldigerklärung des Klägers. Der Klägervertreter trug in der Berufung vor, dass die psychische Erkrankung der Ehefrau die Ehe zerrüttet habe. Das Berufungsgericht ging jedoch auf diesen Vortrag nicht weiter ein und wies die Berufung zurück.

Erstaunlich an diesem Verfahren ist, dass das Landgericht Amberg nicht weiter auf die psychische Konstitution der Beklagten eingegangen ist. Der Klägervertreter der Berufung ging so weit, vorzutragen, dass die psychische Erkrankung der Beklagten die Ehe zerrüttet habe. Man gewinnt den Eindruck, dass das Landgericht Amberg die Beklagte schützen wollte. Offensichtlich hatte die Beklagte psychische Probleme. Darauf verwies auch das Landgericht Amberg in seinem Urteil, indem es auf die Beurteilung des

Dr. (...) abstellt. Dennoch betont das Gericht, dass die Beklagte ansonsten charakterlich einwandfrei und fleißig sei. Dies macht nur in dem Kontext Sinn, dass das Gericht die Beklagte nicht in Schwierigkeiten bringen wollte, indem es auf die psychischen Probleme der Beklagten näher einging. Der Klägerevertreter der ersten Instanz wollte offensichtlich ebenfalls nicht, dass die Beklagte in ernsthafte Schwierigkeiten kam, sonst hätte er die psychischen Probleme der Beklagten näher ausgeführt. Angesichts der Umstände war es für den Klägerevertreter auch nicht notwendig, näher auf die Schwächen der Beklagten einzugehen. Der Kläger war 32 Jahre alt, die Beklagte 29 Jahre alt. Unterhaltspflichten waren lediglich für 1 Kind vorhanden, die Beklagte war ebenfalls erwerbstätig. Unter diesen Umständen war zu erwarten, dass das Gericht entsprechend der obergerichtlichen Rechtsprechung einen eventuellen Widerspruch der Beklagten für unbeachtlich halten würde. Dass der Kläger im Jahre 1936 eine Eheanfechtungsklage erhoben hatte, wurde ebenfalls nur am Rande erwähnt. Das Gericht hielt es demnach auch für einen Umstand, der dem Kläger zur Last zu legen sei, dass er sich nicht mehr um seine Frau gekümmert habe. Im Übrigen verwies das Gericht ausführlich auf die Rechtsprechung des Reichsgerichts und wies den Widerspruch gegen die Scheidung zurück. Das Gericht setzte sich auch ausführlich mit der Ideologie des neuen Ehescheidungsrechtes und der Rechtsprechung des Reichsgerichts auseinander. Dabei führte es Schlagworte wie „im Sinne des deutschen Volkes zu billigende Scheidung“, „Volksgemeinschaft“, „Volkserhaltung“, „völkische Zwecke“ oder „widerspricht dem Lebensgebot der deutschen Volksgemeinschaft“ an, die ansonsten überwiegend von überzeugten Anhängern des Nationalsozialismus gebraucht wurden. Man gewinnt den Eindruck, dass das Gericht die Schwächen der Beklagten und möglicherweise die Konsequenzen daraus erkannt hatte und diese abschwächen wollte. Daneben wollte sich das Gericht möglicherweise erst gar nicht dem Vorwurf aussetzen, dass es ein Gegner des Nationalsozialismus war, wenn es so ausführlich mit der nationalsozialistischen Ideologie argumentierte und diese breit darstellte.

In dem Verfahren R 10/39 führte das Gericht im Urteil aus, dass der Kläger sich noch in einem zeugungsfähigen Alter befinde und bei einem Eheschluss mit der Mutter der beiden unehelichen Kinder diese Ehe unter dem Gesichtspunkt der Volkserhaltung der Gemeinschaft besser gedient wäre, wie die rein äußerliche Aufrechterhaltung der völlig zerfallenen Ehe mit der Beklagten. Im Berufungsverfahren trug der Klägerevertreter vor, dass die Beklagte das Erreichen will, was die „NS-Rechtsprechung“ auf keinen Fall mehr dulde. Hiergegen wandte sich der Beklagtenvertreter und führte aus, dass es wohl keinesfalls im Interesse des „heutigen“ Staates liege, dass jemand ein ehebrecherisches Verhältnis unterhalte. Das Berufungsgericht führte lediglich aus, dass an der Verehelichung des 58jährigen Klägers mit der um 25 Jahre jüngeren Frau keine bevölkerungspolitische Interessen bestünden. Immerhin würden jedoch aus den unehelichen Kindern eheliche. Auch in diesem Verfahren gewinnt man den Eindruck, dass das Landgericht Amberg ein im Sinne der Rechtsprechung des Reichsgerichts wichtiges Indiz, nämlich das Alter der Parteien, erst gar nicht erwähnt, um sich nicht angreifbar zu machen.

In dem Verfahren R 44/1939 verzichtete der klägerische Anwalt zunächst auf ideologische Argumentation. Er führte lediglich aus:

„Die Ehe hat sich nach und nach unglücklich entwickelt, ohne daß es heute noch nötig wäre, auf die Gründe im Einzelnen einzugehen und die Verteilung der Schuld auf den einen oder anderen Ehegatten nachzuprüfen.“

Im Gegensatz hierzu führte der Beklagtenvertreter aus, dass der Kläger im 1. Weltkrieg Liebesbriefe erhalten hätte, die auf eine homosexuelle Neigung hindeuten würden. Daneben habe die Volksgemeinschaft wegen des Lebenswandels des Klägers keinerlei Interesse an einer neuen Ehe. Hierauf erwiderte der Klägervertreter:

„Die Tatsache allein, daß der Kläger Obermeister der Malerinnung, Obersturmbannführer der SA ist, beweist, daß er allgemeine Achtung besitzt.“

Darüber hinaus führte der Klägervertreter aus, dass eine Klageabweisung eine Verkenntung des Grundgedankens des neuen Scheidungsrechtes wäre. Die Beklagte widerspreche nicht im Interesse einer erhaltenswerten Ehe, sondern wolle eine Ehe aufrechterhalten, deren Beseitigung gerade der Sinn des neuen Scheidungsrechtes wäre. In der mündlichen Verhandlung führte der Kläger selbst aus, dass sich die Beklagte geweigert haben soll, Kinder zu empfangen. Das Gericht prüfte bei der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches, welches Interesse die Allgemeinheit an der zu scheidenden Ehe habe und kam zu dem Ergebnis, dass besondere Umstände, die eine Aufrechterhaltung der Ehe gebieten würden nicht vorlägen und schied deshalb die Ehe. Das Gericht ging weder im Tatbestand noch in den Entscheidungsgründen näher auf die Behauptung, dass der Kläger homosexuelle Neigungen habe, ein. Auch die Tatsache, dass der Kläger Obersturmbannführer der SA war, wurde im Urteil nicht erwähnt. Das Gericht setzte sich lediglich mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts auseinander. Ob die Tatsache, dass der Kläger Obersturmbannführer der SA war, der Grund dafür war, dass das Gericht nicht weiter auf die im Raume stehenden homosexuellen Neigungen des Klägers einging, ist nicht eindeutig erkennbar, hat aber jedoch den Anschein.

dd. 1940

Dass die Beklagte genetisch minderwertig sei, wurde in dem Verfahren R 20/1940 bereits in der Klageschrift vorgetragen. Der Grund für die Trennung sei gewesen, dass fünf Geschwister der Beklagten an einer Lungenkrankheit gestorben seien. Erst an zweiter Stelle wurde geltend gemacht, dass die Beklagte daneben auch eine ehebrecherische Beziehung unterhalten hatte. Aus diesem Grunde wurde zunächst die Scheidung aus Verschulden der Beklagten begehrt. Allein die Tatsache, dass die Beklagte als genetisch minderwertig dargestellt wurde und dies noch vor der Behauptung, dass diese eine ehebrecherische Beziehung hatte, angeführt wurde, zeigt, dass der Klägervertreter diesem Umstand besondere Bedeutung beimaß. Der Klägervertreter wollte zu Lasten der Beklagten darstellen, dass die Ehe der Streitteile bevölkerungspolitisch wertlos sei, weil die Gefahr im Raum stand, dass erstens die Beklagte an einer Lungenkrankheit sterben würde und zum anderen die Gefahr bestünde, dass auch die Kinder der Streitteile zu einer Lungen-

krankheit neigen würden und damit keine wertvollen Kinder im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie sein würden. Der Beklagtenvertreter erwiderte hierauf, dass der Kläger in wilder Ehe lebe und wieder heiraten wolle. Er hätte zudem auf die Beklagte geschossen, habe einen 11jährigen unehelichen Sohn und wolle von der Beklagten widernatürlichen Geschlechtsverkehr. Mit der Behauptung, dass der Kläger widernatürlichen Geschlechtsverkehr wollte, versuchte der Beklagtenvertreter offensichtlich, auch den Kläger in einem aus nationalsozialistischen Aspekten, schlechten Licht erscheinen zu lassen. Mit der Behauptung, dass der Kläger widernatürlichen Geschlechtsverkehr haben wollte, wollte der Beklagtenvertreter offensichtlich erreichen, dass eine neue Verbindung des Klägers aus diesem Grunde für bevölkerungspolitisch wertlos gehalten werden sollte, weil die Allgemeinheit kein Interesse an der Verfestigung der Möglichkeit des widernatürlichen Geschlechtsverkehrs hatte. Das Gericht ordnete die Vernehmung von zwei Zeugen an, von denen einer im KZ Dachau inhaftiert war. Aus einem Aktenvermerk entnimmt man, dass der Zeuge von Dachau nach Mauthausen verlegt wurde. Der andere Zeuge sollte durch das zuständige Kriegsgericht vernommen werden. Die Vernehmung der beiden Zeugen erfolgte jedoch auf jeweils ca. 1 Seite. Ein Kollege des Klägers vertreters teilte am 1.7.1940 mit, dass die Kanzlei des Klägers vertreters geschlossen worden sei. Aus welchem Grund die Schließung erfolgte, wurde jedoch nicht mitgeteilt. Das Gericht entschied sodann nach der Entlastungsverordnung. Das Gericht führte in den Entscheidungsgründen aus, dass der Kläger Oralsex haben wollte, was es als wider-natürlich einstufte. Das Gericht spricht zwar nicht aus, dass dadurch die Zerrüttung verschuldet wurde, führte diesen Umstand jedoch in dem Abschnitt des Urteils aus, in dem es sich mit den Ursachen der Zerrüttung auseinandergesetzt hat. Dennoch hält das Gericht diesen Umstand nicht für so schädlich, dass es deswegen eine neue eheliche Verbindung des Klägers für bevölkerungspolitisch wertlos hält. Das Gericht stellte fest:

„Die Ehe der Streitteile ist für die Volksgemeinschaft völlig wertlos. Besondere Gründe, den Kläger gleichwohl an der Ehe festzuhalten, sind auf der Seite der Beklagten nicht anzuerkennen. Die Beklagte ist 40 Jahre alt, steht also in noch nicht vorgerücktem Alter. Sie hätte außerdem die Möglichkeit gehabt, die schon seit langem zerstörte Ehe bereits früher zur Auflösung zu bringen. (...) Andererseits besteht ein Interesse der Allgemeinheit, daß das ehebrecherische Verhalten in der gesetzlichen Form der Ehe übergeführt wird, womit dann auch das aus der außerehelichen Verbindung des Klägers hervorgegangene Kind die Stellung eines ehelichen Kindes erhält.“

Das Gericht spricht den Vorwurf, dass der Kläger widernatürlichen Geschlechtsverkehr haben wollte, im Urteil an und führt sogar noch aus, worin die Widernatürlichkeit gesehen wurde. Andererseits führte das Gericht aber nicht weiter aus, ob die Geschwister der Beklagten tatsächlich an einer Lungenkrankheit gestorben waren bzw. ob diese Tatsache möglicherweise sogar erblich sein könnte. Die Beklagte war 40 Jahre alt und hätte mit diesem Alter noch Kinder bekommen können. Möglicherweise wollte das Gericht der Beklagten ein Zwangssterilisationsverfahren ersparen, indem es hierzu nichts weiter ausführte.

In dem Verfahren R 24/1940 führte der Klägervertreter aus, dass die Ehe zu einer bloßen Form geworden wäre, deren Aufrechterhaltung nicht gerechtfertigt wäre. An dieser Formulierung fällt auf, dass der Klägervertreter formuliert, dass die Aufrechterhaltung nicht gerechtfertigt wäre. Die übliche Formulierung war jedoch, dass die Allgemeinheit an der Aufrechterhaltung kein Interesse habe. Eine weitere ideologische Argumentation erfolgte in diesem Verfahren nicht. An diesem Verfahren sieht man, dass es auch ohne Weiteres möglich war, ein Verfahren im Dritten Reich ohne ideologische Argumentation durchführen konnte, wenn man wollte.

Anders wurde jedoch im Verfahren R 36/1940 argumentiert. In diesem Verfahren wurde bereits in der Klageschrift als erstes aufgeführt, dass der Beklagte wegen eines Lungenleidens sogar schon in der Lungenheilanstalt Donaustauf gewesen wäre. Darüber hinaus sei der Beklagte immer noch SPD Anhänger. Der Klägervertreter führte aus:

„Seine politische Haltung und seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus änderte sich auch dann nicht, als die politische Umwälzung kam und der von ihm bekämpfte Nationalsozialismus zur Regierungsgewalt kam. Er blieb der anfänglich offene, später heimliche Feind und betätigte sich zum Verdrusse und trotz aller Mahnungen und Bitten seiner Ehefrau auch entsprechend. Aus dieser Gesinnung heraus nahm er heimlich an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze Flugblätter in Empfang, brachte sie nach Schwandorf und gab sie an geheime Botengänger weiter. Seine Tat wurde entdeckt. Er wurde am 9.5.1934 verhaftet und kurze Zeit darauf vor dem Sondergericht München verhandelt. Er ist wegen eines Verbrechens der Vorbereitung des Hochverrats für schuldig befunden und zur Zuchthausstrafe von 2 Jahren und 11 Monaten verurteilt worden. (...) Nach Verbüßung der Strafe in den Zuchthäusern Amberg und Straubing wurde der Beklagte in das Konzentrationslager Dachau verbracht. Er ist seither dort und es ist nicht abzusehen, wann er das Konzentrationslager verlassen kann.“

Der Beklagte sei in der ganzen Zeit nur zweimal von der Klägerin besucht worden. Die Anrede „Lieber...“ in den Briefen sei aus Gewohnheit erfolgt, nicht weil die Klägerin dem Beklagten in irgendeiner Form verziehen hätte. Die beiden Geldsendungen habe sie ausschließlich auf Anraten der Polizei aus Mitleid geschickt. Durch den Beklagten sei die Klägerin in Schande und Unehre gekommen. Der Anwalt führt weiter aus:

„Mit einem Staats- und Volksfeind, dessen Gesinnung sich auch heute noch nicht geändert hat, kann und will sie nicht zusammenleben. Daß er seine Gesinnung noch nicht gewechselt hat, beweist am besten die Tatsache, daß er immer noch in Dachau bleiben muss.“

Der Klägerin sei nach Verbüßung der Zuchthausstrafe mitgeteilt worden, dass sich der Beklagte noch nicht zur Entlassung eigne, so dass sie es für erwiesen hielt, dass er sich noch nicht gebessert habe.

An diesem Schriftsatz fällt auf, dass der Klägervertreter gleich mit dem ersten Schreiben darauf hinweist, dass die Klägerin dem Beklagten Geld geschickt habe, dass sie die

Briefe an den Beklagten mit „Lieber...“ begonnen habe und dass sie ihn in der Gefangenschaft besucht habe. Die Klägerin lässt den Beklagten als Staatsfeind darstellen. Der Klägerevertreter instrumentalisiert die Tatsache, dass der Beklagte bereits von dem Regime verfolgt wurde als Argument gegen die Aufrechterhaltung dieser Ehe. Eine Ehe mit einem Staatsfeind ist nach der Argumentation des Klägerevertreters für die Klägerin nicht zumutbar.

Auch der Beklagtenvertreter argumentiert ideologisch und trägt in der Klageerwidern vor, dass die Klägerin selber eine eifrige Parteigängerin war. Im Übrigen habe der Beklagte seine frühere politische Tätigkeit aufgegeben und bedauere diese. Darüber hinaus habe sich die Klägerin, kurz bevor sie die Scheidungsklage erhoben habe, noch die Lebensversicherung des Beklagten überschreiben lassen. Hierauf erwiderte der Klägerevertreter, dass die Klägerin keine eifrige Parteigängerin war, sondern nur einmal auf einer Christbaumfeier gewesen sei.

Das Gericht hatte in diesem Verfahren beim KZ Dachau nachgefragt, ob die Klägerin für den Beklagten ein Entlassungsgesuch gestellt habe. Die Gestapo antwortete hierauf, dass 3 Entlassungsgesuche eingereicht wurden.

In der mündlichen Verhandlung sagte die Klägerin aus:

„Ich selbst gehörte keiner Partei an und kümmerte mich um die Politik überhaupt nicht, Gewählt habe ich die Bayerische Volkspartei, wie dies auch meine Eltern schon taten. (...) Ich bin nicht abgeneigt, nach Scheidung meiner Ehe wieder zu heiraten, habe aber einen Mann bis heute noch nicht in Aussicht.“

Der Beklagte sagte in seiner Vernehmung vor dem AG Dachau aus, dass die Klägerin mit dem Bruder des Beklagten Sex hatte und der Kläger mit einer Bedienung Sex hatte. Daneben führte er aus:

„Daß ich der SPD angehörte ist meiner Frau seit 4-5 Jahren vor meiner Ehe schon bekannt. Meine Frau hat meine politische Einstellung auch gebilligt. Entgegen den Angaben meiner Frau bleibe ich dabei, daß meine Frau des öfteren zusammen mit mir politische oder Wahlversammlungen der SPD besucht hat. (...) Meine Frau hat meine politische Einstellung nicht nur gekannt, sondern auch gebilligt. Meinungsverschiedenheiten politischer Art hatten wir nie. Wenn es wirklich einmal zu Meinungsverschiedenheiten kam, dann hatten die allein darin ihren Grund, daß meine Frau meinen Verkehr mit einzelnen Parteigenossen nicht billigte. Es handelte sich dabei um einfache Arbeiter, die meiner Frau zu gewöhnlich waren.“

Der Beklagtenvertreter ergänzte zu der Aussage:

„Wer selbst den falschen politischen Glauben hatte, wie die angebliche der Bayerischen Volkspartei bzw. dem Zentrum zuneigende Klägerin, kann sich nicht darauf berufen, daß der Beklagte durch Verfolgung politischer Interessen in falscher Richtung sich bewegt hat; denn wenn der Beklagte es mit der Klägerin gehalten hätte, wäre er ja nicht minder schlechter gefahren.“

Daneben führte der Beklagtenvertreter aus, dass in der Wohnung der Klägerin ein anderer Mann polizeilich gemeldet sei. Der Klägerevertreter hielt dem entgegen, dass es sich dabei um keinen Ehebruch handle, weil die Ehe schon vorher „zerbrochen und zerstört“ war. Der Klägerevertreter führte weiter aus, dass der Beklagte durch sein eigenes Verschulden den Aufenthalt im Zuchthaus und im KZ veranlasst habe. Er habe das schwerste Verbrechen begangen, das im staatlichen Leben möglich sei. Die Klägerin hätte jedoch von der politischen Einstellung des Beklagten nichts wissen können, weil sie vor der Eheschließung nur sehr selten zusammen gewesen wären.

Das Gericht schied die Ehe wegen Ehebruchs des Beklagten. Durch die politische Betätigung des Beklagten sei allmählich eine weitgehende Zerrüttung der Ehe eingetreten.⁵²⁸ Diese politische Betätigung sei jedoch von der Beklagten verziehen worden. Sie habe aber jedoch erst im Laufe der mündlichen Verhandlung von dem Ehebruch des Beklagten erfahren.

Hiergegen wandte sich der Beklagte mit dem Argument, dass der Klägerin der Ehebruch bereits wesentlich früher bekannt gewesen sei. Im Laufe des Berufungsverfahrens kam wohl auch das Berufungsgericht zu dieser Auffassung, weil die Parteien übereinstimmend erklärten, dass die Klage und Widerklage auf § 55 EheG gestützt werden sollte. Das Berufungsgericht hob das Urteil des Landgerichts Amberg auf und schied die Ehe nach § 55 EheG, jedoch sprach es das Verschulden des Beklagten aus. Die Zerrüttung sei unzweifelhaft durch die Straftat des Beklagten verursacht worden. Das Berufungsgericht geht jedoch davon aus, dass die Klägerin bei Klageerhebung dem Beklagten verziehen hatte, so dass sie die Scheidung nicht aus § 49 EheG begehren konnte.

Auch dem Landgericht Amberg muss klar gewesen sein, dass die Klägerin dem Beklagten verziehen hatte und dass sie nicht erst im Laufe der Verhandlung von dem Ehebruch des Beklagten erfahren hatte. Im Übrigen blieb unerwähnt, weswegen ein fremder Mann in ihrer Wohnung polizeilich gemeldet war. Das Landgericht Amberg wollte wohl erreichen, dass die Ehe aus Verschulden des Mannes geschieden wurde. Da ein Antrag nach § 55 EheG nicht gestellt war, musste wohl irgendwie das Verschulden des Mannes gebildet werden. Auch das Berufungsgericht ging davon aus, dass die Verurteilung des Beklagten, obwohl sie bereits verziehen war, die Ehe zerrüttet hätte. Nachdem einmal Verzeihung eingetreten war, konnte diese aber nicht mehr zurückgenommen werden. Dass der Klägerin nicht klar gewesen sei, dass angesichts dessen, dass der Beklagte als Staatsfeind zu betrachten war, dieser nach Verbüßung der Strafe freikommen würde, ist schwer nachzuvollziehen. Dennoch nahm das Berufungsgericht an, dass die bereits verzeihene Straftat, das Verschulden begründen konnte.

Mit Schreiben vom 6.7.1954 stellte der Beklagte einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens, weil das Urteil des Bayerischen Obersten Landesgerichtes vom 4.2.1935, mit dem er zu Zuchthaus verurteilt wurde, aufgehoben wurde. Danach sei dem Scheidungs-

⁵²⁸ Einen ähnlichen Fall untersuchte auch Schröder in Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 46; Schröder formulierte dies treffend: „Wer wegen seiner religiösen Überzeugung zunächst strafrechtlich verfolgt wurde und dann ins KZ kam, mußte auch noch eine Scheidung seiner Ehe hinnehmen.“

urteil des OLG Nürnberg die Rechtsgrundlage entzogen worden und die Klägerin könne deswegen keinen Unterhalt von dem Beklagten verlangen. Das OLG Nürnberg wies jedoch die Restitutionsklage ab, weil diese nach Ablauf von 5 Jahren seit der Rechtskraft des Urteils unstatthaft seien. Eine Wiedereinsetzung gebe es nicht, auch dann, wenn eine frühere Geltendmachung nicht möglich war.

Dieses Verfahren zeigt, wie es möglich war, durch gezielte Instrumentalisierung von ideologischen Aspekten, ein gewisses Ergebnis herbeizuführen, das ohne diese Aspekte zu einem anderen Ergebnis geführt hätte. Der Beklagte wurde verhaftet, weil er SPD-Mitglied war und die Klägerin leitete hieraus eine Unterhaltsverpflichtung für sich ab, obwohl sie mit der Betätigung ihres Ehemannes vielleicht zwar nicht einverstanden war, sich aber dennoch damit abgefunden hatte. Noch nicht einmal nach der Aufhebung der grundrechtswidrigen Verurteilung des Beklagten konnte sich das OLG Nürnberg zu einer Korrektur dieses Fehlurteils durchringen, so dass das Unrecht, das dem Beklagten im Dritten Reich widerfahren war, in der BRD perpetuiert wurde.

Auch im Verfahren R 47/1940 verzichtete der Klägervertreter zunächst auf ideologische Argumentation. Erst in der Klageerwiderung wurde angeführt, dass die gealterte Frau, die sich aufgeopfert habe, ausgetauscht werden solle und der Kläger ein Alter habe, „das eine dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft des Antragstellers mit Fräulein (...) nicht mehr gewährleistet und daher zu einer Verbindung führen würde, an welcher die Allgemeinheit bevölkerungspolitisch nicht das mindeste Interesse hat“. Dem entgegnete der Klägervertreter, dass das Beharren auf einer Ehe, die seit 27 Jahren tot sei, unmoralisch sei. Das Gericht ging auf die Ausführungen zur Opferrechtsprechung des Reichsgerichts nicht weiter ein und führte lediglich aus, dass die Beklagte in den letzten 25 Jahren nie den Versuch unternommen habe, die eheliche Gemeinschaft wiederzubeleben und schied die Ehe.

Der Klägervertreter gab in dem Verfahren R 59/1940 selbst zu, dass die Klägerin zwar an keinem ethischen Defekt leide, aber infolge mehrjähriger schwerer Misshandlungen sehr weit heruntergekommen sei. Das Gericht führte sodann auch im Urteil aus, dass die Klägerin sich des Öfteren zechend in Gesellschaft anderer Männer Schanklokalen aufhalten habe. Da aber der Beklagte der Scheidung nicht widersprach, musste das Gericht nicht weiter auf das Verschulden an der Scheidung eingehen.

Auch in dem Verfahren R 83/1940 versuchte der Klägervertreter dem Beklagten die Tauglichkeit zur Führung einer wertvollen Ehe abzusprechen. Der Beklagte habe keinen Familiensinn und lasse jede Neigung zum Familienleben vermissen. Der Beklagte wiederum trug vor, dass die Klägerin eine ehebrecherische Beziehung unterhalte. Der Beklagte trug sodann auch in der mündlichen Vernehmung vor, dass er als SA-Sturmschreiber und Rechnungsführer in dieser Eigenschaft an manchen Abenden Dienst tun musste. Das Gericht wies sodann auch die Klage ab und schied die Ehe auf die Widerklage hin aus § 55 EheG. Zwar war es der Auffassung, dass das Verhalten des Beklagten als schwere Eheverfehlung zu gelten habe, die jedoch von der Klägerin nach § 56 EheG verziehen sei. Das Gericht war jedoch der Auffassung, dass die Schuld der Klägerin wegen

ihres Ehebruches überwog. In diesem Verfahren versuchte der Klägervertreter eine ideologische Argumentation zu instrumentalisieren, indem dieser behauptete, der Beklagte habe die Zerrüttung verursacht und daher sei nach dem Eintritt der Zerrüttung der Ehebruch der Klägerin nicht mehr schädlich gewesen. Die Zerrüttung sei durch den fehlenden Familiensinn des Klägers eingetreten. Dieser sei jeden Tag ins Wirtshaus gegangen und hätte oft 5-6 Wochen geschlechtlich nicht nach seiner Frau verlangt. Ob die Tatsache, dass der Beklagte eine Funktion im nationalsozialistischen Regime bekleidete dazu führte, dass das Gericht davon ausging, dass das Verhalten des Beklagten durch den Geschlechtsverkehr verziehen sei, der Ehebruch der Klägerin jedoch nicht, lässt sich nicht mehr ganz nachvollziehen. Es erscheint jedoch ungewöhnlich, dass das familienwidrige Verhalten des Klägers lediglich dazu führte, dass die Mitschuld des Beklagten ausgesprochen wurde, während die Klägerin als überwiegend schuldig erklärt wurde.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in den 1940 anhängig gemachten Verfahren, lediglich in zwei Fällen keine ideologische Argumentation auftauchte. In den anderen Verfahren wurde ideologisch argumentiert. In einem Verfahren wurde gezielt damit argumentiert, dass die andere Partei ein Staatsfeind sei und deswegen die Aufrechterhaltung der Ehe nicht zumutbar sei. Da hier lediglich die Verfahren nach § 55 EheG untersucht werden, kann nichts darüber ausgesagt werden, ob in den Verfahren, in denen eine Scheidung aus Verschulden beantragt wurde, ein anderes Prozessverhalten der Parteien zu Grunde lag. Möglicherweise wurde in diesen Verfahren häufig ein staatswidriges Verhalten als Scheidungsgrund instrumentalisiert. Jedenfalls in den Verfahren nach § 55 EheG stellt dieses Verfahren, zu diesem Zeitpunkt, einen moralischen Tiefstand dar. Dass ganz offen gegenüber dem Gericht und in der Folge gegenüber der Staatsanwaltschaft, von staatsfeindlichem Verhalten gesprochen wurde, gerade bei einem Gegner, der sich ohnehin schon im KZ befunden hatte, lässt den Schluss zu, dass auch die Anwaltschaft im Dritten Reich erheblich dazu beigetragen hat, dass das Regime funktionierte.

ee. 1941

Ohne ideologische Argumentation versuchte der Klägervertreter in dem Verfahren R 6/1941 zu argumentieren. Der Beklagte befand sich seit dem 20.12.1937 zur Verbüßung einer 3 jährigen Zuchthausstrafe in Haft. Darüber hinaus seien ihm für 5 Jahre die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden. Die Klägerin erwarte aus einem ehebrecherischen Verhalten ein Kind und wollte sich deswegen scheiden lassen. Der Beklagtenvertreter gestand zu, dass der Beklagte sich sittlich verfehlt habe, die Verfehlung sei jedoch von der Klägerin verziehen. Der Beklagte habe daher das Recht, der Scheidung zu widersprechen. Er sei auch bereit, der Klägerin zu verzeihen, so dass die Aufrechterhaltung der Ehe durchaus sittlich gerechtfertigt sei. Erst bei der mündlichen Verhandlung teilt der Beklagte mit, dass er nicht wisse, ob die Klägerin von seinen „unlauteren Beziehungen zu Mannspersonen etwa gewusst“ habe.

Das Landgericht Amberg führte sodann im Tatbestand des Urteils ausführlich das Urteil der Großen Strafkammer gegen den Beklagten aus und gab der Klage statt. In den Gründen setzte sich das Gericht mit dem Strafverfahren auseinander. Die Klägerin habe von den unzüchtigen Handlungen des Beklagten nicht nur gewusst, sondern sie auch ak-

tiv unterstützt und wurde deswegen wegen des Vergehens der Kuppelei zu einer dreimonatigen Haftstrafe verurteilt. Das Landgericht Amberg betont jedoch, dass die Klägerin unter dem „verderblichen“ Einfluss des Beklagten gehandelt habe und dass sie sich aus einer „gewissen Hörigkeit“ heraus dem Willen des Beklagten untergeordnet habe. Das Gericht führte hierzu wörtlich aus:

„Nach der Aussage der Klägerin ist anzunehmen, daß sie sich inzwischen der ehezerstörenden Wirkung der unsittlichen Handlungsweise des Beklagten mehr und mehr bewusst geworden ist. Sie hebt den Unterschied hervor zwischen ihrem jetzigen Geliebten (...) als einem geschlechtlich normal empfindenden Manne und dem Beklagten, von dem sie annimmt, daß es bei ihm auch künftig zur Auswirkung gleichgeschlechtlicher Begierden kommen werde. Angesichts des sittlichen Tiefstandes ist es der Klägerin nicht zu verdenken, daß sie nach der gewonnenen Erkenntnis kein Vertrauen mehr zu ihm hat. Auch wenn seine Verfehlungen verziehen sind, konnten sie doch bei der Prüfung der Zerrüttungsursachen herangezogen werden. Das Gericht ist nach der ganzen Sachlage davon überzeugt, daß die sittlichen Verfehlungen des Beklagten wesentlich zum Zerfall der Ehe beigetragen haben. Ihre Ursächlichkeit hat sich nur später erst ausgewirkt. Die zunächst noch vorhandene Zuneigung der Klägerin gegenüber ihrem Ehemann ist glaubhaft in das Gegenteil umgeschlagen, als sie durch den Verkehr mit einem anderen ihr zusagenden Manne veranlasst wurde, die Erfahrungen ihres bisherigen Lebens zu überdenken. An der Zerrüttung der Ehe ist sonach auch der Beklagte schuld. Durch seine in die Ehe mitgebrachte abwegige Denkart in geschlechtlichen Dingen und seine daraus hervorgegangene zahlreichen unzüchtigen Handlungen, insbesondere seinen widernatürlichen Verkehr mit Männern hat er die für eine gesunde Ehe notwendigen sittlichen Grundlagen zerstört. Daß die von ihm beeinflusste Klägerin auch die eheliche Treue gebrochen hat, kann unter diesen Umständen nicht Wunder nehmen. Nach Anschauung des Gerichts kann die Klägerin jedenfalls nicht als ganz oder überwiegend schuldig an der Zerrüttung bezeichnet werden, wenn sie auch mitschuldig ist. Der Widerspruch des Beklagten ist demnach unzulässig. Aber auch davon abgesehen wäre er nicht beachtlich. Das eheliche Zusammenleben der Streitteile hat nur kurze Zeit gedauert (kaum ein Jahr). Die Trennung dagegen besteht seit 3,5 Jahren. Die während der verhältnismäßig langen Trennungszeit eingetretene Entfremdung läßt ein Festhalten der Klägerin an der Ehe umsoweniger als tragbar erscheinen, als sie ein ernsthaftes Verhältnis mit einem andere gleichaltrigen Manne eingegangen hat, das die Voraussetzungen zu einer gesunden daher im Interesse der Allgemeinheit erwünschten Ehe bietet. Durch die Überführung dieses Verhältnisses in eine den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Ehe erlangt auch das uneheliche Kinde der Klägerin die Stellung eines ehelichen Kindes und ein elterliches Heim. Dem gegenüber ist der von dem Beklagten für die Aufrechterhal-

tung der Ehe vorgebrachte Grund, es handele sich bei ihm das gemeinsame Kind (...) nicht entscheidend. Eine Änderung der Beziehung der Streitteile würde angesichts der festen Bindung der Klägerin an einen anderen Mann bei Abweisung des Scheidungsverlangens aller Voraussicht nach doch nicht eintreten. Dem Kinde würde ebenso wie jetzt der Aufenthalt bei Vater und Mutter gemeinsam versagt sein. Im Übrigen ist bei der auch völligen inneren Abkehr der Klägerin von ihrem Ehemann umsoweniger zu erwarten, daß sie wieder zu ihm zurückfinden würde, als dessen Persönlichkeit keine Gewähr für ein ferneres sittlich einwandfreies Verhalten bietet und die Klägerin mit Grund die Wiederholung solcher die Ehe entwürdigender Vorgänge befürchten müsste. Aus allen diesen Gründen erweist sich die Aufrechterhaltung der Ehe als sittlich nicht gerechtfertigt. Es war daher aus § 55 EheG auf Scheidung zu erkennen. In dem Antrage des Beklagten auf Abweisung der Klage unter Berufung auf die alleinige oder überwiegende Schuld der Klägerin ist zugleich der Antrag der Schulderklärung für den Fall der Nichtbeachtung des Widerspruches zu erblicken (DR 1940, 767). Da die Klägerin abgesehen von ihrem im Jahre 1937 begangenen Ehebruch sich neuerlich durch ein ehebrecherisches Verhältnis einer schweren Pflichtverletzung schuldig gemacht hat, wegen deren der Beklagte das Recht der Klage auf Scheidung gehabt hätte, war gem. § 61 II EheG seinem Schuldantrage stattzugeben. Hinsichtlich des Beklagten liegt dein Schuldantrag der Klagepartei nicht vor.“

Das Gericht geht daher von der absurden Konstruktion aus, dass die Klägerin erst beim Ehebruch mit einem anderen Mann merken konnte, dass ihre Ehe bereits zerrüttet war, weil sie erst zu diesem Zeitpunkt den Unterschied zwischen ihrem Ehemann und einem anderen Mann feststellen konnte. Dass der Ehemann dann, nachdem die Klägerin dies bei einem Ehebruch feststellen konnte, nicht dem Geliebten entsprach, hatte der Ehemann aus Sicht des Gerichts auch zu vertreten und hatte daher die Zerrüttung verschuldet. Weil von der Klägerin nicht zu erwarten war, dass sie ihren fortgesetzten Ehebruch abbrechen würde, aber dem Beklagten zu unterstellen war, dass er wiederum erneut unzüchtige Handlungsweisen an den Tag legen würde, war die Ehe zu scheiden. Da die Klägerin keinen Gegenschuldantrag gestellt hatte, konnte das Gericht nicht die Mitschuld des Beklagten feststellen. Im vorliegenden Fall hatte weder die Klägerin, noch der Beklagte ideologisch argumentiert. Die Klägerin hat sogar ganz bewusst darauf verzichtet, indem sie die Klage nur auf § 55 EheG stützte und keinen Gegenschuldantrag stellte. Das Gericht hätte dem Gegenschuldantrag vermutlich auch noch entsprochen, ebenso wie es nicht abwegig erscheint, zu unterstellen, das Gericht hätte auch einem Scheidungsverlangen aus § 49 EheG entsprochen. In dem vorliegenden Verfahren wäre es aber auch nicht notwendig gewesen, dass das Gericht eine derart absurde Konstruktion aufgebaut hat. Wenn das Gericht davon ausgegangen wäre, dass die Klägerin die Zerrüttung verschuldet hätte, wäre damit nicht automatisch der Widerspruch des Beklagten beachtlich geworden. Das Gericht hätte feststellen können, dass die Parteien nicht wieder zueinanderfinden würden und dass deswegen ein Interesse der Allgemeinheit dar-

an bestünde, der neuen Verbindung den Weg zu bereiten. Dann hätte das Gericht nicht weiter auf die Verfehlungen des Beklagten eingehen müssen und hätte dennoch die Ehe scheiden können. Diesen Weg ist das Gericht jedoch nicht gegangen, sondern hat eine lächerlich absurde Argumentation ersonnen, die den Widerspruch schon unzulässig machte. Die Feststellung im Urteil, dass die Persönlichkeit des Beklagten keine Gewähr für ein sittlich einwandfreies Leben bieten würde und dass die Klägerin mit Grund die Wiederholung der unzüchtigen Handlungen befürchten müsste, konnte für den Beklagten sehr gefährlich werden. Die Staatsanwaltschaft nahm von dem Akteninhalt Kenntnis, so dass die Befürchtung der künftigen unzüchtigen Handlungsweisen für den Beklagten eine konkrete Gefahr darstellte. Dies war den Richtern aber offensichtlich egal.

In dem Verfahren R 121/1941 wurde bereits in der Klage ideologisch argumentiert. Die Beklagte war um 5 Jahre älter, als der Kläger. Dies stellte der Klägervertreter als einen Grund für die Zerrüttung dar. Das Landgericht Amberg maß die Ehe anhand der Opferrechtsprechung des Reichsgerichts. Die Beklagte konnte lediglich behaupten, die Pflichten als Ehefrau, Hausfrau und Mutter erfüllt zu haben. Dies sah aber das Landgericht Amberg als kein Opfer an, weil es sich hierbei um die Erfüllung selbstverständlicher Pflichten handelte und gab der Klage statt. Die Beklagte legte hiergegen Berufung ein, weil wegen „der schwankenden Rechtsprechung des Reichsgerichts zu § 55 EheG die Nachprüfung des ergangenen Urteils durch das Obergericht erforderlich erscheint.“

Der Schriftsatz des Klägervertreters war von einer außergewöhnlich stark nationalsozialistisch geprägten Sprache gekennzeichnet, weswegen der Schriftsatz im Original wiedergegeben werden soll.

Dr. Georg Froeschmann
Rechtsanwalt
Nürnberg-A, Königstrasse 76
Postschklo. Nbg. 4430 - Fernspr. 25509

Urschrift

43
Nürnberg, 22. Juni 1942.

Zum
Oberlandesgericht
Nürnberg

Geschäftsstelle
des Oberlandesgerichts Nürnberg
eingel. 23. JUNI 1942
Akten Beilagen

B.e.r.u.f.u.n.g.s.a.n.t.w.o.r.t

des Rechtsanwalt Dr. Georg Froeschmann in Nürnberg ,
in Sachen
, Kläger und Berufungsbeklagter (Unterf.)
gegen
, Beklagte und Berufungsklägerin (RA. Ostner)
wegen Ehescheidung

2 U 38/42

-. -

Auf die Berufungsbegründung habe ich zu erwidern:

I.

Nach der amtlichen Begründung des Ehegesetzes (DJ. 1938/1107) liegt für den heutigen Staat der tiefste Sinn der Ehe ausserhalb der Individualinteressen der Ehegatten in der Bedeutung der Ehe für den Bestand und die Gesamtheit des Deutschen Volkes. Das individuelle Interesse des einen oder anderen Ehegatten an der Aufrechterhaltung einer Ehe kann nur dann Berücksichtigung finden, wenn dieses Streben gerade im Interesse der Allgemeinheit liegt und seine Nichtbeachtung eine Verletzung des sittlichen Volksbewusstseins, des tiefsten Gefühls für Recht und Unrecht bedeuten würde.

II .

Es ist eine Erfahrungstatsache, dass eine Frau als ein von dem Gefühl beherrschtes Wesen nur selten und schwer sich zu der absoluten Erkenntnis der Notwendigkeit durchringen kann, zuerst an dieses grosse Ganze zu denken, ihre gefühlsmässige Einstellung dem höheren Gedanken des ~~Volkswillens~~^{seiner} Volkesbewusstseins und Volksinteresses zu unterstellen und im Gefühl ihrer angeblichen Unschuld ihre Eheverbundenheit auf dem Altar der Volksgemeinschaft zu opfern. Es nimmt daher auch nicht wunder, daß die Berufungsklägerin, obwohl sie die gänzliche Zerrüttung der Ehe zugeben mus, auch in ihrer Berufungsbegründung zur Frage der Beachtlichkeit ihres Widerspruches nur von ihrem Standpunkt als Frau Stellung nimmt, dagegen jeden höheren Gedankenflug

- 2 -

der sich mit dem Interesse der Gesamtheit des Deutschen Volkes an der Beachtlichkeit des Widerspruchs befasste, vermissen lässt.

1.) Dass die Berufungsklägerin 16 Jahre mit dem Berufungsbeklagten durch das formale Band der Ehe verbunden war, wenn es auch nur 13 Jahre sich in einer küsseren Lebensgemeinschaft ausgewirkt hat, dass sie mit dem Berufungsbeklagten ein Kind erzeugt, ihm die Treue gehalten, unter den mehrfachen Eheverirrungen des Berufungsbeklagten angeblich seelisch schwer gelitten und nunmehr, wo das gemeinschaftliche Vermögen durch das gemeinsame Leben verbraucht ist, trotz Gründung einer eigenen Existenz Besorgnis um ihre Zukunft und ihren künftigen Unterhalt hat, dass sie trotz aller Enttäuschungen und des kategorisch ablehnenden Standpunktes des Berufungsbeklagten gegenüber dem Verlangen nach Fortsetzung der Ehe immer noch mit einer Gesinnungsänderung und Rückkehr des Beklagten rechnet, obwohl sie selbst der neuerlichen Absicht des Berufungsbeklagten, einer ehelichen Verbindung mit der Zeugin

im Hinblick auf sein angeblich flatterhaftes Wesen eine ungünstige Prognose stellen zu müssen glaubt: all das sind Erwägungen höchst individualistischer Natur. Diese schliessen wohl ein Menschenschicksal in sich. So hart es der Berufungsklägerin erscheinen mag, wird sie doch den Vollzug einer über die Berufungsklägerin schon mit der Hochzeitsnacht heraufgezogenen Fügung dieses Schicksals in der Form eines Scheidungsurteils nicht hindern können, weil die Gesamtheit des Deutschen Volkes und das in ihm wurzelnde Volksbewusstsein an der Aufrechterhaltung eines solchen Scheingebildes einer Ehe keinerlei Interesse hat und deshalb auch in der Scheidung der Ehe mangels anderer Gründe nicht als ein Unrecht gegenüber der Beklagten sieht.

2.) Denn: wo sollen die Gründe liegen, die von dem Standpunkt der Volksgemeinschaft die Aufrechterhaltung einer solchen Ehe rechtfertigen liessen? Die Ehe war von der ersten Nacht an belastet mit der sich aus der verschiedenartigen geschlechtlichen Einstellung ergebenden Spannung. Die kühle Natur der Berufungsklägerin hat die heißen Sinne des Berufungsbeklagten in die Arme anderer Frauen gejagt. Dazu kamen ständige, schon während der Verlobungszeit auftretende Meinungsverschiedenheiten, Auseinandersetzungen wegen Geldangelegenheiten und der Erziehung des Kindes, Differenzen mit dem bei den Streitteilen wohnenden Vater der Berufungsklägerin, eine sich ständig steigende Abneigung des Berufungsbeklagten, die endlich im Jahre 1938 zur völligen Tren-

44

der Streitstelle führte. Zweimal bereits standen sich die Streitsteile im Scheidungsprozess als Gegner gegenüber; nunmehr wechselten zum dritten Male in einem solchen Prozess ihre Anwälte eingehende Schriftsätze. Von beiden Seiten wird die völlige Zerrüttung der Ehe zugegeben. Nur die bei der Berufungsklägerin angeblich vorhandene Erwartung eines Abflauens des geschlechtlichen Triebes bei dem Berufungsbeklagten mit zunehmenden Jahren lässt angeblich bei ihr Hoffnung nicht zunichte werden, dass der Berufungsbeklagte - " mit geläuterten Anschauungen " zurückkehren und dann "vielleicht" doch noch den Weg zu der Berufungsklägerin finden würde und das trotz der mehrfachen Eheverirrungen des Berufungsbeklagten, trotz eines einem dieser Verhältnisse entsprossenen unehelichen Kindes und trotz der von der Berufungsklägerin selbst hervorgehobenen Flatterhaftigkeit des Berufungsbeklagten ! Bereits zwei Gerichte haben deshalb das Hintübergleiten der Berufungsklägerin über die ehelichen Verfehlungen des Berufungsbeklagten als " allzu grosszügig " bezeichnet. Das Vordergericht hat darüber hinaus seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, dass der Berufungsbeklagte auch im Falle einer Abweisung seiner gegenwärtigen Klage niemals mehr die Gemeinschaft mit der Berufungsklägerin aufnehmen und Beziehungen zu anderen Frauen nicht aufgeben würde. Hier kann objektiv gesprochen nicht mehr davon die Rede sein, dass diese Ehe jemals wieder Inhalt und Form einer Lebensgemeinschaft, wie sie dem Wesen der Ehe entspricht, gewinnen könnte.

3.) Wenn gleichwohl die Berufungsführerin auch heute noch diesen Standpunkt einnimmt und glaubt, den Berufungsbeklagten jeweils wieder für sich gewinnen zu können, so spricht daraus kein volksgemeinschaftlicher Gedanke, aber auch nicht einmal ein ^{edler} persönlicher Beweggrund, sondern nur ein krasser Egoismus, der nichts anderes als den Verlust des Unterhalts und der ~~Pension~~ Pension des Berufungsbeklagten befürchtet. Das ist der wahre Grund des Widerspruches der Berufungsklägerin und damit beweist die Berufungsklägerin, wie eingangs gesagt wurde, dass sie nicht imstande ist, ihre individualistischen Interessen den Forderungen der Gesamtheit unterzuordnen. Denn von diesem Standpunkt aus gesehen muss im Verfolg des Zieles des neuen Scheidungsrechtes nach Lösung unheilbar zerrütteter Ehen für den Beklagten, der erst 42 Jahre zählt und dem Deutschen Volk, wenn auch in ausserehelicher Verbindung ein Kind geschenkt hat und nunmehr in Bälde von der von ihm geliebten Frau ein zweites erhofft, gefordert werden.

den, den Weg zu einer Legalisierung seiner Beziehungen zur Zeugin und damit zur Begründung einer weiter bevölkerungspolitisch bedeutsameren Ehe zu eröffnen, wie dies das Erstgericht bereits klar und überzeugend ausgesprochen hat. Damit würde auch dem Berufungsbeklagten, der in einer Kleinstadt im öffentlichen Dienst tätig ist, ein geordnetes Familienleben ermöglicht, das für sein Ansehen in der Gemeinde, wie für seine berufliche Leistungsfähigkeit nur von Vorteil sein kann.

III.

Die Ehe der Streitteile ist für die Volksgemeinschaft voll - kommen wertlos. Ihre Aufrechterhaltung ist bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten während der ganzen Ehedauer sittlich nicht gerechtfertigt. Die Berufungsklägerin kann sich nicht darauf berufen, dass ihr damit unrecht geschieht. Sie hat, wenn sie nunmehr im Alter von 46 Jahren von der Scheidung härter getroffen wird, dies selbst veranlasst. Die Berufungsklägerin hätte bei der ihr schon lange gewordenen Erkenntnis über die Unzulänglichkeit ihrer Ehe in wiederholten Fällen die Möglichkeit gehabt die Ehescheidung durchzuführen. Sie hat dies nicht getan. Würde sie damals nicht den Berufungsbeklagten (in einer Ehe festgehalten haben, die mit dem wahren Wesen der Ehe nichts mehr gemeinsam hatte, um deren Heilung sie aber auch in der Folgezeit sich nicht ernstlich bemühte, so hätte sie zweifellos richtiger gehandelt. In der Lösung einer solchen Ehe liegt die sittliche Rechtfertigung für die von der Berufungsklägerin hiebei empfundenen Opfer.

Aus diesen Gründen ist daher auch unter Berücksichtigung aller Entscheidungen, welche seit Inkrafttreten des Ehegesetzes den Gedanken, dem individuellen Interesse des einen oder anderen Ehegatten, insbesondere der sogenannten alternden Ehefrau um der Gerechtigkeits Willen Rechnung zu tragen, der Widerspruch der Berufungsklägerin zurückzuweisen.

IV.

Ich wiederhole deshalb meinen Antrag.

Smirnov
Rechtsanwalt

In dem Berufungsurteil findet sich im Tatbestand keines der von dem Klägervertreter angeführten Argumente. Das Berufungsgericht hielt zwar den Widerspruch für zulässig, aber für unbegründet und wies die Berufung zurück, ließ aber die Revision gegen das Urteil zu, weil es die Entscheidung für grenzwertig hielt. Das Reichsgericht bewilligte der Beklagten jedoch kein Armenrecht, weil das Reichsgericht davon ausging, dass die Rechtsverfolgung keinerlei Aussicht auf Erfolg bieten würde.

In diesem Verfahren fällt auf, dass obwohl der Klägervertreter über 4 Seiten hinweg mit ideologischen Ausführungen gegen die Beklagte argumentiert, das Berufungsgericht diese Argumente nicht einmal in den Tatbestand übernimmt. Trotz der ideologischen Bedenken des Klägervertreters scheute sich das Berufungsgericht jedoch nicht, auszuführen, dass allein wegen des gesicherten Unterhalts der Beklagten eine Scheidung in Betracht kam. Es führte aus, mit welch sinnlosen Anschaffungen der Kläger die Mitgift der Beklagten durchbrachte und ergänzte, dass es auch nicht davon überzeugt war, dass die neue Verbindung halten würde.

ff. 1942

Aus einer anderen Richtung wurde im Verfahren R 20/1942 argumentiert. Dort machte der Klägervertreter geltend, dass der Kläger lauterer Charakters sei, weil er ansonsten beim Militär nicht so schnell befördert worden wäre. Hierauf erwiderte der Beklagtenvertreter, dass eine Beförderung beim Militär nichts mit dem Charakter zu tun habe, danach werde beim Militär nicht befördert. Hierauf ging das Gericht im Urteil nicht weiter ein, sondern stellte lediglich fest, dass der Widerspruch der Beklagten unbeachtlich sei, weil die Aufrechterhaltung dieser Ehe sittlich nicht gerechtfertigt wäre. Die kinderlose Ehe sei für die Volksgemeinschaft wertlos geworden und ein Ausnahmefall für die Beachtlichkeit des Widerspruchs sei nicht erkennbar.

In diesem Verfahren wurde von Seiten des Beklagtenvertreters die Kritik geäußert, dass beim Militär der Charakter kein Kriterium für eine Beförderung sei. Dies ist ein offener Affront gegen das Militär und damit auch gegen den nationalsozialistischen Staat. Dass beim Militär offensichtlich Leute befördert und dadurch gefördert wurden, die nicht lauterer Charakters waren, war ein deutlicher Angriff gegen das nationalsozialistische Regime. Diese öffentliche Kritik ist beachtlich, weil die Akten anschließend auch von der Staatsanwaltschaft geprüft wurden. Das Gericht ließ sich von diesem Affront aber nicht beeinflussen, sondern entschied den Fall ganz im Sinne der reichsgerichtlichen Rechtsprechung.

Auch im Verfahren R 25/1942 wurde ideologisch argumentiert. Der Klägervertreter und der Beklagtenvertreter führten jedoch keine ideologischen Argumente an, sondern erst der Kläger in seiner Vernehmung in der mündlichen Verhandlung. Dort sagte der Kläger, dass er Kinder haben wollte, die Beklagte jedoch einen Ring zur Verhütung getragen habe. Das Gericht gab der Klage statt, erwähnte den Umstand, dass die Beklagte keine Kinder haben wollte, jedoch nicht im Urteil.

In dem Verfahren R 27/1942 wurde die Klage zunächst vor dem unzuständigen Landgericht München II erhoben. Die Klage wurde auf § 55 EheG gestützt. Der Beklagtenvertreter erklärte in der Klageerwiderung, dass das Gericht unzuständig sei und machte für die Beklagte den Eheschutz für die alternde Frau geltend. Diese habe dem Kläger 11 Kinder geboren und sei über die Kindererziehung alt geworden. Das Landgericht München II verwies die Klage sodann an das zuständige Landgericht Amberg. Der Kläger war SS Hauptscharführer und seit 1933 bei der Wachtruppe im KZ Dachau. Dass der Kläger beim KZ Dachau beschäftigt war, wird erst aus dem Tatbestand des Scheidungsurteils deutlich. In den Schriftsätzen wird dies nicht erwähnt. Das Gericht stellte fest, dass der Beklagten kein Widerspruchsrecht zustand. Das Landgericht Amberg verweist auf die Feststellung des Landgerichts München II und stellt fest, dass die Zerrüttung ihren Grund in der Wohnungsknappheit und dem schlechten Zustand der Möbel der Parteien habe. Der Kläger habe auch deswegen die Zerrüttung nicht verursacht, weil dessen ehebrecherische Beziehung erst Folge der Zerrüttung war.

Diese Argumentation ist absurd. Der schlechte Zustand der Möbel soll die Ehe so zerrüttet haben, dass diese durch die Aufnahme der ehebrecherischen Beziehung des Klägers nicht weiter zerrüttet werden konnte. Es ist wohl vielmehr so, dass das Landgericht Amberg unbedingt erreichen wollte, dass der Widerspruch der Beklagten bereits unzulässig war. Wäre er zulässig gewesen, hätte das Landgericht Amberg ihn auch für beachtlich halten müssen, denn bei der Ausgangssituation mit 11 ehelichen Kindern und der gealterten Ehefrau, war die Rechtsprechung des Reichsgerichts eindeutig. Man muss hier feststellen, dass das Landgericht Amberg, um zu einer Scheidung zu kommen, gezielt das Recht gebeugt hat. Ob das im Zusammenhang damit stand, dass der Kläger SS-Hauptscharführer und seit 1933 bei der Wachtruppe des KZ Dachau war, lässt sich natürlich nicht beweisen, der Schluss liegt jedoch nahe. Diese Schlussfolgerung liegt auch deswegen nahe, weil der Richter in diesem Verfahren selbst nicht arischer Abstammung war und vermutlich nicht mit einer Entscheidung gegen ein hochrangiges NS-Mitglied aufpassen wollte.

Die Beklagte legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Der Beklagtenvertreter führte hierzu aus:

„Die Erhaltung der jetzigen Ehe ist ein Gebot der völkischen und sittlichen Verpflichtung der Ehe. (...) Es gilt auch den Kindern die Heimatzuflucht zu erhalten, die sie niemals in Dachau suchen und finden würden. Nach diesem Gesichtspunkt ist auch eine alte Ehe nicht wertlos im Sinne der Volksgemeinschaft. Nach altem Deutschen Recht muss jeder nicht bloß den guten Tropfen genießen wollen, sondern muss auch den bitteren auf sich nehmen.“

Das OLG Nürnberg hat dann auch das Urteil des Landgerichts Amberg aufgehoben und die Klage abgewiesen. Es hielt den Widerspruch für zulässig und begründet, weil die Volksgemeinschaft keinerlei Interesse daran habe, dass der Kläger in seinem Alter als Vater von 5 noch lebenden Kindern eine neue Ehe mit einer 30 Jahre jüngeren Frau eingeht.

Das Reichsgericht lehnte das Armenrechtsgesuch des Klägers ab, weil die beabsichtigte Rechtsverfolgung keinerlei Aussicht auf Erfolg bieten würde.

Anders argumentierten die Parteivertreter jedoch im Verfahren R 35/1942. Bereits der Klägersvertreter wies darauf hin, dass das bereits eingeleitete Sterilisationsverfahren gegen den Kläger wegen normaler Intelligenz nicht durchgeführt wurde. Der Beklagtenvertreter erwiderte hierauf, dass der Kläger ein Psychopath und schizophren sei. Es wurde eine amtsärztliche Untersuchung durchgeführt und festgestellt, dass keine Geisteskrankheit vorliege. Das Gericht schied die Ehe mit der Feststellung, dass der Kläger schuld sei. Das Gericht führte aus, dass die Beklagte nach § 49 EheG die Scheidung habe verlangen können, weil der Kläger sich grundlos geweigert habe, die Ehe fortzusetzen. Das OLG Nürnberg verwarf die Berufung als offensichtlich unbegründet. Dass der Kläger die Fortsetzung der Ehe verweigerte, ist verständlich. Die Beklagte hielt den Kläger für einen Psychopathen und hatte offensichtlich auch mit dem eingeleiteten Sterilisationsverfahren etwas zu tun. Weswegen das Landgericht Amberg dennoch den Kläger für schuldig an der Zerrüttung hielt, ist nicht nachvollziehbar.

gg. 1943

In dem Verfahren R 9/1943 wurde bereits in der Klage erwähnt, dass der Kläger in einem Alter sei, in dem eine neue Ehe bevölkerungspolitisch noch erwünscht sei. Der Beklagtenvertreter argumentierte dagegen, dass den Kläger eigensüchtige Motive veranlasst hätten, die Ehe mit der Beklagten aufzugeben. Eigensüchtige Motive könnten aber nicht Grundlage für die Aufhebung einer bestehenden Ehe sein. Der Klägersvertreter machte sodann geltend, dass die Beklagte einen ekelerregenden Scheidenausfluss habe. Deswegen würde der Kläger den Geschlechtsverkehr mit ihr meiden, so dass die Ehe bevölkerungspolitisch wertlos sei, da aus ihr keine Kinder mehr zu erwarten seien. Das Gericht führte lediglich aus, dass es unerheblich sei, wer die Zerrüttung verschuldet habe, weil auch die Beklagte die Scheidung begehre. Das Gericht ging also auf diese Argumentation nicht ein.

In dem Verfahren R 55/43 wurde das Klageverfahren zunächst vor dem LG München II geführt. Im ersten Rechtszug wurden keine ideologischen Argumente angeführt. Die Beklagte hatte mehrere Kinder geboren, über deren Erziehung sie alt geworden war. Beide Parteien waren 60 Jahre alt, so dass das LG München II die Klage abwies, weil es eine neue Ehe nicht mehr für bevölkerungspolitisch wertvoll hielt. Der Klägersvertreter machte jedoch dann in der Berufung geltend:

„Allein schon wegen der Verschiedenheit der Weltanschauung würden die Streitteile nie mehr zusammenpassen, da der Kläger ein überzeugter Nationalsozialist, die Beklagte dagegen wie er sagt „schwarz“ ist.“

Der Klägersvertreter versuchte damit die Regimetreue des Klägers zu dessen Vorteil zu instrumentalisieren und die Beklagte herabzusetzen. Der Beklagtenvertreter erwiderte hierauf:

„Die Vorhaltung, daß die Beklagte andererseits in die Kirche laufe und „schwarz“ sei, während er ein überzeugter Nationalsozialist sei, ist für einen Ehescheidungsgrund nicht geeignet. Im Übrigen nimmt die Beklagte mit Recht für sich in Anspruch, daß sie ebenso eine überzeugte Nationalsozialistin ist.“

Das Berufungsgericht ging hier nicht weiter auf die Argumentation ein, sondern hob die Entscheidung des LG München II auf und verwies den Rechtsstreit zur Entscheidung an das zuständige Landgericht Amberg.

Der Kläger richtete sodann folgendes Schreiben an das LG Amberg:

„Ich unterzeichneter richtete ein Gesuch an Herrn Reichsmarschall Göring, wegen meines Ehescheidungsprozesses. Herr Göring ließ mir durch den Präsidenten des Obersten Landesgerichts München mitteilen, dass mir bis zur Beendigung meines Prozesses ein Anwalt auf Armenrecht zugeteilt wird. Auf Grund dieses Befehls vom Herrn Reichsanwalt, wird es nicht mehr nötig sein, dass ich mich noch einmal an ihn wende, denn ich habe ihn gebeten, dass mein Prozess endlich einmal zu Ende geführt wird, da ich doch zu dieser Frau schon fast 25 Jahre getrennt lebe und mir vollkommen fremd ist. Ich beantrage nach den Reichsgesetzlichen Bestimmungen die Scheidung, da ein Zusammenleben doch nicht mehr möglich ist, sowieso auch nicht mehr in Frage kommt, ich erkläre mich bereit, einen Unterhalt der von mir geschiedenen Frau zu bezahlen und bitte Sie auf Anordnung des Herrn Reichsmarschall einen Anwalt beizuordnen.“

Das Landgericht Amberg teilte dem Kläger allein auf diese Ausführungen hin einen Armenrechtsanwalt zu. Dieser Armenrechtsanwalt war in führender Position im NSRB im Geschäftsbereich Amberg tätig und war Gemeinderatsmitglied für die NSDAP. Offensichtlich wurde dieser Anwalt gezielt ausgesucht, weil der Kläger ebenfalls NSDAP-Mitglied war oder dieser Partei sehr nahe stand. Das Landgericht Amberg kam sodann im Urteil zu der Entscheidung, dass der Widerspruch der Beklagten zwar zulässig sei, aber unbeachtlich sein müsse. Das Gericht ging davon aus, dass die Beklagte seit 20 Jahren die Scheidung aus § 47 EheG begehren konnte. Das Gericht führte weiter aus:

„Aber wenn auch bevölkerungspolitisch gesehen diese Ehe deswegen nicht als wertvoll anzusehen ist, so besteht doch ein Interesse des Staates daran, daß das Zusammenleben in die gesetzlich bindende Form der Ehe übergeleitet wird.“

Hier setzte sich das Landgericht Amberg bewusst in Widerspruch zu der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Diese sah die gealterte Ehefrau als schutzwürdig an, wenn sie mehrere Kinder geboren hatte und in der Ehe gealtert war. Danach hätte die Klage abgewiesen werden müssen. Hiergegen legte die Beklagte Berufung ein. Die Anschlussberufung des Klägers wurde zurückgewiesen, weil er ein Vermögensverzeichnis nicht vorlegte und sich stattdessen auf das Schreiben des Reichsmarschalls Göring berief. Das Berufungsgericht hob sodann die Entscheidung des Landgerichts Amberg auf und wies

die Klage ab. Der Widerspruch sei zulässig aber auch beachtlich und berief sich hierbei auf die Opferrechtsprechung des Reichsgerichts.

Der Kläger legte gegen das Urteil mit folgendem Schreiben Revision ein:

„Gegen das Urteil (...) gegen (...) lege ich Revision zum Reichsgericht ein, gegen den Vorhalt der mir zu Unrecht zudiktierten Strafe, das Justizverbrechen, das an mir begangen wurde und nach 20 Jahren immer und immer wieder vorgeworfen wird lege ich Beschwerde beim Reichsjustizministerium ein, das abscheulichste ist es, wenn man einen unschuldigen Menschen immer und immer wieder in den Abgrund stürzt ich verlange Rechenschaft.

Heil Hitler

(...) Kolonnenführer“

Das Reichsjustizministerium teilte lediglich mit, dass ein Vermögensverzeichnis zur Erlangung des Armenrechts erforderlich sei. Der Rest sei juristisch unerheblich und werde lediglich zu den Akten genommen. Das Reichsgericht verwarf die Revision als offensichtlich unbegründet.

Bei diesem Verfahren fällt auf, dass der Kläger vor dem OLG München und dem LG Amberg Armenrecht erhielt, obwohl er zumindest vor dem LG Amberg kein Vermögensverzeichnis vorlegen konnte. Ob ein solches beim OLG München eingereicht wurde, ist nicht bekannt. Jedenfalls vor dem LG Amberg wurden die Voraussetzungen des Armenrechts nicht weiter geprüft. Es wurde dem Kläger, der offen dem Nationalsozialismus anhing auch ein Anwalt beigeordnet, der ebenfalls regimetreu war. Entgegen der Rechtsprechung des Reichsgerichts wurde auch dem Antrag des Klägers entsprochen. Da das Landgericht Amberg schon einmal im Verfahren R 27/1942 gegen die Rechtsprechung des Reichsgerichts in derselben Frage entschied, erscheint es umso verwunderlicher, dass sich das Landgericht Amberg noch einmal in dieser Art über die höchstgerichtliche Rechtsprechung hinwegsetzte. Auch in diesem Verfahren stand der Kläger im Verdacht, in höherer Position bei der NSDAP zu stehen. Für das Landgericht Amberg war dieser Umstand offensichtlich ausreichend, ein Gefälligkeitsurteil zu erlassen.

In dem Verfahren R 58/1943 machte der Beklagtenvertreter geltend, dass der Kläger beiwohnungsunfähig sei. Der Kläger würde im Zimmer seiner Mutter schlafen und die Ehefrau hätte in einem anderen Zimmer schlafen müssen. Die Mutter des Klägers sei sehr eifersüchtig gewesen und hätte die Beklagte der Wohnung verwiesen. Der Klägervertreter erwiderte hierauf, dass die Beklagte zur Heirat mit einem 4 Wochenticket der Bahn angereist sei und es ihr deswegen mit der Heirat nicht so ernst gewesen sein konnte. Daraufhin ordnete das Gericht eine amtsärztliche Untersuchung des Klägers an. Diese Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass der „Typ des Untersuchten (...) durchaus männlich“ sei. Das Gericht schied die Ehe ohne Schuldausspruch. Ein Widerspruch gegen die Scheidung war nicht erhoben worden.

In dem Verfahren R 66/1943 argumentierte der Beklagtenvertreter, dass der Widerspruch der Beklagten beachtlich sei. Weder der Kläger noch die Beklagte könnten eine

neue bevölkerungspolitisch wertvolle Ehe eingehen. Dieser Argumentation war das Gericht nicht gefolgt und schied die Ehe.

Lediglich als Floskel taucht in dem Verfahren R 111/1943 eine ideologische Argumentation auf. Weder die Parteien noch die Parteienvertreter hatten zuvor ideologisch argumentiert. Das Gericht führte im Urteil aus:

„An dem Fortbestehen dieser, nur dem Namen nach noch bestehenden, in Wirklichkeit aber tiefgreifend und aussichtslos zerrütteten, Ehe, hat die Volksgemeinschaft kein Interesse.“

Offensichtlich sollte durch diese Floskel lediglich die Durchführung des Scheidungsverlangens legitimiert werden, da ein Bezug zum Allgemeininteresse hergestellt wurde.

Anders wurde im Verfahren R 113/43 argumentiert. Hier wurde bereits in der Klage darauf hingewiesen, dass der zu erwartende Widerspruch unbeachtlich sei, „weil bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe (...) die Aufrechterhaltung einer völkisch und persönlich unhaltbaren Ehe sittlich nicht gerechtfertigt ist.“ Der Klägersvertreter teilte jedoch nicht mit, was unter der richtigen Würdigung des Wesens der Ehe zu verstehen war. Der Kläger hätte sehr darunter gelitten, dass die Ehe kinderlos geblieben sei. Zwar ging der Klägersvertreter nicht so weit, diesen Umstand der Beklagten anzulasten. Er teilte nur mit, dass dies aus gesundheitlichen Gründen von Seiten der Beklagten nicht möglich gewesen sei. Der Klägersvertreter führt weiter aus:

„Der Scheidungsgrund des § 55 ist nicht in Rücksicht auf die Belange des einzelnen Ehegatten sondern auf diejenigen der Allgemeinheit eingeführt worden, RG JW 1943/1022. Für die völkische Gemeinschaft ist es abträglich, unheilbar zerrüttete Ehen als wertlose rechtliche Bindungen bestehen zu lassen und Hindernis für eine neue Ehe bilden zu lassen, namentlich wenn die Absicht der Gründung einer Familie besteht und wie hier offensichtlich wird, die bisherige Ehe schädlichen Einfluss auf Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit des Klägers und dessen berufliches Aufrücken hat. Der Kläger kann der Volksgemeinschaft wertvollen Nachwuchs verschaffen, während dies bei der Beklagten altershalber und wegen ihrer Kränklichkeit ausgeschlossen ist.“

Der Beklagtenvertreter verwies auf die Rechtsprechung zum Schutz der gealterten Ehefrau. Darüber hinaus wies der Beklagtenvertreter darauf hin, dass die vom Kläger beabsichtigte neue Ehe keinesfalls bevölkerungspolitisch wertvoll war, weil die Geliebte des Klägers nahezu genauso alt wie die Beklagte sei. Das Gericht hielt den Widerspruch auch für zulässig und beachtlich. Das Gericht führte hierzu aus:

„Es entspricht weder dem Willen des Gesetzes noch dem wohl verstandenen Interesse der Volksgemeinschaft, daß eine langjährige Ehe deshalb gelöst werden soll, weil der Ehemann sich von seiner Ehefrau abgekehrt und einer anderen Frau zugewendet hat, die ihm mehr zusagt. (...) Es kann noch nicht gesagt werden, daß der von dem Kläger beabsichtigten neuen Ehe bevölkerungspolitisch eine besondere Bedeutung zukommt. (...) Alles in allem betrachtet, würde die Verdrängung der Beklagten aus ihrer Stellung als Ehe-

frau für sie eine unbillige, nicht gerechtfertigte Härte darstellen und auch bei den Volksgenossen die Auffassung über das sittliche Wesen der Ehe, deren Wert als Lebensgemeinschaft ungünstig beeinflussen, sowie das Gefühl für die sich aus der Ehe ergebenden Pflichten abschwächen.“

Die hiergegen eingelegte Berufung wurde als offensichtlich unbegründet verworfen. Dieses Urteil vom 19.04.1944 gibt die Zustände in der Bevölkerung gegen Ende des Krieges deutlich wider. Die Streitteile führten eine kinderlose Ehe. Als sich die Streitteile trennten, waren beide noch in einem Alter, in dem sie neue eheliche Bindungen eingehen konnten. Der Kläger wollte zu der Beklagten nicht mehr zurückkehren, weil er schon eine neue Bindung eingegangen war. Das Reichsgericht hatte in ständiger Rechtsprechung entschieden, dass der Widerspruch grundsätzlich unbeachtlich sein sollte, es sei denn, es lag ein Ausnahmefall vor. Diesen Ausnahmefall haben sowohl das Landgericht Amberg als auch das OLG Nürnberg darin gesehen, dass die „Volksgenossen“ bei einer Scheidung insoweit negativ beeinflusst worden wären, als dadurch der Wert der Ehe als Lebens- und Schicksalsgemeinschaft herabgesetzt worden wäre. Im Lagebericht des OLG Präsidenten vom 03.04.1944⁵²⁹, teilte dieser mit, dass der Glaube an den totalen Sieg in der Bevölkerung total erschüttert sei. Mit der Aufrechterhaltung der Ehe, sollte offensichtlich dem zunehmenden Werteverlust in der Bevölkerung und der zunehmenden Desillusionierung entgegengetreten werden und die einenden Werte wie Zusammenhalt demonstriert werden. Wahrscheinlich deswegen sah es das Landgericht Amberg als Auftrag an, dem zunehmenden Sittenverfall⁵³⁰ in der Bevölkerung entgegen zu treten.

hh. 1944

In dem Verfahren R 1/1944 teilte der Klägerevertreter gleich in der Klage mit, dass der Kläger in einem kriegswichtigen Betrieb beschäftigt sei. Die Beklagte widersprach der Scheidung und berief sich auf die Rechtsprechung des Reichsgerichts zu dem Eheschutz der gealterten Ehefrau. Diesem Antrag folgte das Gericht nicht, weil es keine außergewöhnlichen Umstände, die für die Aufrechterhaltung der Ehe sprechen würden, erkennen konnte. Das Gericht stellte im Urteil fest, dass die Beklagte dann, wenn die Unterhaltszahlungen einmal ausbleiben würden, auf die Unterstützung ihrer Kinder rechnen könne. Hiergegen legte der Kläger Berufung ein. Diese stützte er unter anderem darauf, dass die Beklagte auf Grund ihrer erblichen Belastung keine weiteren Kinder bekommen wollte. Das Berufungsgericht hob das Urteil des Landgerichts Amberg auf und schied die Ehe nach § 55 EheG ohne Schuldausspruch. Das Berufungsgericht sah es nicht als erwiesen an, dass der Kläger die Zerrüttung verschuldet habe. Er hätte zwar eine aufbrausende Art, aber letztlich sei die letzte Zeit der Ehe harmonisch gewesen. Der Widerspruch sei daher bereits unzulässig. Ob dies im Zusammenhang mit der Berufung des Klägers

⁵²⁹ Lagebericht vom 03.04.1944, Aktenbestand des Bayerischen Staatsarchivs Nürnberg; Bestand Oberlandesgericht Nürnberg, Nr. 760, Rep.-Nr. 280/2.

⁵³⁰ Lagebericht vom 01.03.1943, Aktenbestand des Bayerischen Staatsarchivs Nürnberg; Bestand Oberlandesgericht Nürnberg, Nr. 760, Rep.-Nr. 280/2.

stand, dass die Beklagte aufgrund ihrer Gene keine weiteren Kinder wollte, darf bezweifelt werden.

In dem Verfahren R 17/1944 trug der Beklagtenvertreter vor, dass die weltanschauliche Einstellung des Beklagten erheblich von der seiner Schwiegermutter abwich, so dass es schon bald zu Meinungsverschiedenheiten kam, in deren Verlauf sich die Klägerin auf die Seite ihrer Mutter und gegen den Beklagten stellte. Darüber hinaus habe sich die Klägerin entschieden geweigert, mehr als zwei Kinder zu bekommen. Die Klägerin habe dem Beklagten den Umgang mit den Kindern verboten, weil sie eine ungünstige Beeinflussung der Kinder durch den Beklagten als NSDAP-Mitglied befürchtete. Die Klägerin erwiderte hierauf, dass weltanschauliche Meinungsverschiedenheiten nicht bestanden hätten. Dass die Klägerin den Kontakt des Beklagten mit den Kindern unterband, lag nicht in der NSDAP-Mitgliedschaft des Beklagten, sondern daran, dass dieser den Unterhalt für die Kinder nicht zahlte. Auch der Umstand, dass die Klägerin nicht mehr als zwei Kinder hätte haben wollen, wurde ausführlich zurückgewiesen. In der mündlichen Verhandlung vom 11.04.1945 wurde sodann das Ruhen des Verfahrens angeordnet. In der Folge konnte der Prozess nicht fortgeführt werden, da sich der Beklagte in Kriegsgefangenschaft befand. Mit Urteil vom 01.09.1947 wurde die Ehe aus Verschulden des Beklagten geschieden. In diesem Verfahren fällt auf, dass sich der Beklagte nicht scheute, seine Ehefrau und deren Mutter der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus zu bezichtigen. Interessanterweise hat ihm seine Stellung in der NSDAP auch nicht dazu verholten, den Prozess zügig zu gewinnen. Das Gericht ließ sich offensichtlich davon jedenfalls nicht beeinflussen.

Lediglich im Urteil wurde im Verfahren R 20/1944 ideologisch argumentiert. Das Gericht stellte hierin fest, dass die Volksgemeinschaft keinerlei Interesse an dem Fortbestand dieser innerlich ausgehöhlten und nur noch der Form nach bestehenden und deshalb wertlos gewordenen Ehe habe. Die Streitteile hatten zuvor in den Schriftsätzen keine ideologischen Argumente vorgetragen. Die ideologischen Ausführungen wären auch nicht notwendig gewesen, da die Voraussetzungen für eine Scheidung auch ohne dieser Argumentation vorlagen.

In dem Verfahren R 36/1944 wurde in den Schriftsätzen unideologisch argumentiert. Im Wesentlichen ging es hierbei darum, dass die Klägerin (Widerklage aus § 55 EheG) nicht sparsam genug gewirtschaftet hätte und Schulden gemacht hatte. Das Gericht führte hierzu im Urteil wörtlich aus:

„Im ersten Falle, der möglicherweise schon auf die Zeit vor 1933 zurück geht (...)“

Diese Ausführungen sind erstaunlich. Offensichtlich ging das Gericht davon aus, dass Verhaltensweisen unterschiedlich zu bewerten waren, je nachdem, ob sie vor oder nach der Machtergreifung vorgekommen waren. Dass das Schuldenmachen, das möglicherweise sogar schon auf die Zeit vor 1933 anders zu bewerten ist, als in der Zeit danach, ist nicht weiter nachvollziehbar. Offensichtlich ist das, was vor 1933 geschehen war, als mildernder Umstand zu bewerten.

Gleich in der Klageschrift wurde in dem Verfahren R 70/1944 ideologisch mit der Weigerung Nachkommen zu empfangen argumentiert. Darüber hinaus teilte der Klägervertreter mit, dass der Kläger Parteigenosse war. Das Wort Parteigenosse wurde nachträglich mit Bleistift unterstrichen. Da die Akten auch der Staatsanwaltschaft vorgelegt wurden, könnte diese Hervorhebung auch durch die Staatsanwaltschaft erfolgt sein. Wahrscheinlicher ist es jedoch, dass das Gericht diese Unterstreichung vorgenommen hatte. Daraus wird ersichtlich, dass das Gericht dem Umstand der Parteimitgliedschaft offensichtlich Bedeutung beimaß. Die Beklagte wiederum berief sich auf die Rechtsprechung zum Schutz der gealterten Frau und behauptete, niemals keine Kinder gewollt zu haben. Nachdem die Klage als nichtkriegsdienlich zurückgestellt wurde, erklärte der Kläger nach Wiederaufnahme des Verfahrens am 09.02.1948 in der mündlichen Verhandlung, dass die Beklagte keine Kinder wollte und er den Geschlechtsverkehr immer vorzeitig abbrechen musste. Zur Unterstützung des Klagebegehrens reichte der Kläger eine eidesstattliche Erklärung eines Dritten ein, in der dieser Folgendes mitteilt:

„Er war seiner Gesinnung und Haltung nach das Gegenteil eines Nationalsozialisten und nach Parteibegriffen und allen ein schlechtes Beispiel. Sein Verhalten in religiöser Hinsicht (Kirchenbesuch, Teilnahme an öffentlichen Prozessionen der katholischen Kirche in offener Auflehnung gegen ergangene Verbote), sein mannhaftes Auftreten gegen die Einstellung des stellvertretenden Ortsgruppenleiters (...), seine an Meuterei grenzende Auflehnung in der SA-Reserve nach kurzer Zugehörigkeit, der Streit mit dem SA-Reserveführer und sein anschließendes Ausscheiden aus der SA-Reserve, das Fernhalten der Familie von NS-Gliederungen, seine Weigerung, Parteiämter zu übernehmen, war ein aktiver Kampf gegen die Gewaltherrschaft der NSDAP und wurde allgemein geachtet und fand Nachahmer. (...) Es besteht kein Zweifel, dass (...) das Opfer seiner antinationalsozialistischen Haltung geworden ist.“

Hatte der Kläger im Dritten Reich noch versucht herauszuheben, dass er NSDAP-Mitglied war, versuchte er nun in der Nachkriegszeit diese Mitgliedschaft in einen Widerstand gegen das Regime umzudeuten. Der Beklagtenvertreter argumentierte dem gegenüber unter anderem, dass nachdem die Parteien bereits älter sind, auch mit dem biologischen Standpunkt, dass die Aufrechterhaltung der Ehe durchaus gerechtfertigt sei. Der „biologische Standpunkt“ ist aber nichts anderes als die bevölkerungspolitische Wertlosigkeit dieser Ehe, die nur anders bezeichnet wurde. Die Ehe wurde sodann auch mit Urteil vom 01.02.1949 geschieden. Zu diesem Zeitpunkt gab es aber bereits die neue höchstgerichtliche Rechtsprechung zur grundsätzlichen Beachtlichkeit des Widerspruchs. Das Gericht stellte fest, dass das überwiegende Verschulden des Klägers nicht festgestellt werden könne und damit der Widerspruch bereits unzulässig sei. Im Übrigen führte das Gericht aus:

„Im Übrigen erscheint die Aufrechterhaltung der Ehe, die nur mehr dem Namen nach besteht, bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe, sittlich nicht gerechtfertigt.“

Die Begründung war von der Argumentationsrichtung wie auch vom Wortlaut genau die gleiche, wie sie auch in der Zeit des Dritten Reiches verwendet wurde. Die Ehe wurde offensichtlich als „bevölkerungspolitisch wertlos“ betrachtet und wurde deswegen geschieden. Anknüpfungspunkte für ein Verschulden des Klägers gab es viele, wenn auch im Nachhinein nicht mehr festgestellt werden kann, ob tatsächlich die eine oder andere Partei überzeugender war. Dennoch hätte es keiner „im Übrigen“ Begründung bedurft, wenn die Unzulässigkeit des Widerspruchs feststand.

Gegen das Urteil legte die Beklagte Rechtsmittel ein, das zunächst als Revision zum Bayerischen Obersten Landesgericht gerichtet war, später dann aber an das OLG Nürnberg als Berufung abgegeben wurde. Mit Schreiben vom 08.12.1950 wandte sich der Kläger an das OLG und beklagt, dass sein Scheidungsverfahren nunmehr seit fast 7 Jahren laufe und mittlerweile mehrere wichtige Zeugen verstorben seien und nicht mehr befragt werden könnten. Der Kläger führt wörtlich aus:

„Dabei steht das Gespenst eines 3. Weltkrieges so deutlich wie noch nie am politischen Horizont – und es kann sein, daß mein Prozess, der schon durch den 2. Weltkrieg und meine Kriegsgefangenschaft auf die Dauer von 3 Jahren unterbrochen wurde, nochmals eine mehrjährige Unterbrechung erfährt oder überhaupt nicht mehr zu Ende geführt werden kann.“

Im weiteren Verlauf des Briefes bittet der Kläger das Gericht darum, ihn endlich von der charakterlich minderwertigen Frau zu befreien. Auch dieses Argument muss als ideologisch bewertet werden. Schließlich nahm die Beklagte die Berufung zurück, so dass das erstinstanzliche Urteil rechtskräftig wurde.

In diesem Verfahren wird deutlich, wie wechselseitig die Argumentation sein konnte. Während des Dritten Reiches hob der Kläger seine NSDAP-Mitgliedschaft hervor, um einen Vorteil zu erlangen. Nach dem Dritten Reich ließ er sich als Widerstandskämpfer darstellen. Das Landgericht Amberg hielt den Widerspruch mit derselben ideologischen Argumentation wie im Dritten Reich für unbeachtlich. Der Beklagtenvertreter erklärte in einem Schriftsatz nach dem Ende des Dritten Reiches, dass die Ehe aus biologischen Gründen aufrechterhalten werden sollte. Wenngleich das Wort bevölkerungspolitisch durch biologisch ersetzt wurde, war es dennoch dasselbe Argument. Es ist daher festzustellen, dass jedenfalls in diesem Verfahren mit dem Ende des Dritten Reiches nicht die ideologische Argumentation zu Ende war.

In dem Verfahren R 88/1944 war der Beklagte Frontkämpfer. Als solcher beauftragte er einen Parteigenossen, der sich mit folgenden Worten an das Landgericht Amberg wandte:

„In Sachen (...) gegen (...) ist der beklagte Ehemann Mitglied der NSDAP, Ortsgruppe Kant, Berlin Charlottenburg (...). Die Ortsgruppe Kant hat mich um die Betreuung des Parteigenossen (...) gebeten, der sich mit Schreiben vom 13.01.1945 mit der Bitte um Rechtsbetreuung an die Ortsgruppe gewandt hatte. Der Beklagte Ehemann befindet sich zur Zeit im Einsatz im Polargebiet Nord Norwegens, Frontabschnitt. Er ist daher nicht in der Lage,

seine Interessen im Ehescheidungsverfahren so zu vertreten, wie es eine sachgemäße Wahrung seiner Interessen erforderte.“

Daraufhin wurde das Ruhen des Verfahrens angeordnet. Ob das Ruhen wegen des Einschreitens einer NSDAP-Dienststelle angeordnet wurde, oder weil der Beklagte sich wirklich nicht zur Sache äußern konnte, ist nicht mehr aufklärbar. Nach dem Ende des Krieges wurde das Scheidungsverfahren fortgeführt und der Beklagte war mit einer Scheidung einverstanden. Das Landgericht Amberg führte aus, dass die Lösung der nur noch dem Namen nach bestehenden Ehe das Wohlergehen des Kindes in keiner Weise beeinflussen würde. Auch hier fällt auf, dass das Gericht eine typisch nationalsozialistische Floskel verwendete. Das Stichwort der nur dem Namen nach bestehenden Ehe fand sich in fast jedem Scheidungsurteil aus dem Dritten Reich.

Auch in dem Verfahren R 97/1944 behauptete der Klägervertreter, dass die Beklagte sich weigere, Nachkommenschaft zu empfangen. Nachdem das Verfahren nach dem Ende des Dritten Reiches wieder aufgenommen wurde, trug der Klägervertreter erneut vor, dass die Beklagte den ehelichen Verkehr als eine üble und lästige Ehepflicht betrachte und damit eine schwere, der sittlichen Auffassung der Ehe widersprechenden, Eheverfehlung darstelle. Das Gericht wies die Klage sowohl unter dem Gesichtspunkt des Verschuldenstatbestandes (§ 43 EheG n.F.), wie auch des Zerrüttungstatbestandes (§ 48 EheG n.F.) ab, ohne näher darauf einzugehen, welche Tatbestandsmerkmale des § 48 EheG n.F. nicht erfüllt waren.

ii. Schlussfolgerung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in 14 Verfahren thematisiert wurde, dass entweder der Ehemann oder die Ehefrau keinen Nachwuchs bekommen wollte. In 9 Verfahren versuchte einer der Streitteile dadurch, dass er Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen war, einen Vorteil zu erlangen. In 13 Verfahren stellte mindestens einer der Beteiligten darauf ab, dass der Gegner einen genetischen Mangel hatte und in 5 Verfahren wurde geltend gemacht, dass die gegnerische Partei dem Regime Widerstand leistete, indem es entweder ein Gegner der NSDAP war oder sonst dem Regime ablehnend gegenüberstand. In 25 Verfahren wurde rechtstheoretisch argumentiert, weswegen die Ehe bevölkerungspolitisch wertlos sein sollte.

Jahr	Verfahren	Ideologische Argumentation	Nachkommenschaft verweigert	Abstellen auf eigene Stellung	Genetischer Defekt des Gegners	Gegner des Nationalsozialismus	Rechtstheoretische ideologische Ausführungen
1938	8	8	4	0	2	2	3
1939	8	3	2	1	2	0	3
1940	7	6	0	1	3	1	3
1941	5	2	0	0	1	0	2
1942	7	4	2	2	2	0	2

1943	11	6	3	1	2	1	5
1944	9	7	3	4	1	1	7
Gesamt	55	36	14	9	13	5	25

Bei dieser Tabelle fällt auf, dass die Argumente nicht konstant verwendet wurden, sondern durchaus stärkeren Schwankungen unterlagen. Dabei konnten in den Verfahren in mehrere Richtungen ideologisch argumentiert werden, so dass die Zahl unter „Ideologische Argumentation“ nicht die Summe der einzelnen Argumente darstellt.

[1]. Arten der Argumentation

Betrachtet man sich die Zahlen aus der Tabelle, fällt auf, dass nicht konstant in allen Verfahren ideologisch argumentiert wurde, sondern dies sehr starken Schwankungen unterworfen war. Während 1938 in allen Verfahren ideologisch argumentiert wurde, wurde z.B. in den Verfahren, die 1939 anhängig gemacht wurden, in lediglich 3 von 8 Verfahren ideologisch argumentiert. Daraus kann man entnehmen, dass es nicht zwingend erforderlich war, in allen Verfahren ideologisch zu argumentieren. Die Parteien hatten es also in der Hand, was sie vortrugen. Aber auch das Gericht war offensichtlich nicht gezwungen, ideologische Argumente zu verwenden. Es gab auch verschiedene Möglichkeiten für die Parteien zu argumentieren. Sie konnten auf der einen Seite die gegnerische Partei denunzieren oder sonst schlecht im Sinne der NS-Ideologie erscheinen lassen oder sie konnten die eigene Stellung der Partei nutzen, um daraus Vorteile zu ziehen. In jedem Verfahren konnte in irgendeiner Form die nationalsozialistische Ideologie thematisiert werden.⁵³¹

Das Argument, dass die gegnerische Partei keine Nachkommenschaft zeugen oder empfangen wollte, war geeignet, den Gegner insoweit schlecht im nationalsozialistischen Sinne erscheinen zu lassen, weil dadurch dargestellt wurde, dass sich die gegnerische Partei der NS-Bevölkerungspolitik widersetzte. In insgesamt 14 von 55 Verfahren wurde dieses Argument vorgebracht. Lediglich in den Verfahren R 5/1938 und R 1/1944 ging das Gericht überhaupt auf diese Argumentation im Urteil ein. In dem Verfahren R 5/1938 auch nur im Tatbestand des Urteils. Dass diese Argumentation für die Parteien von Vorteil war, ist nicht erkennbar, weil das Gericht diesem Vortrag keine Bedeutung beimaß.

Auch die Argumentation mit einem genetischen Defekt der jeweils anderen Partei konnten sich die Parteien, die sich darauf beriefen, keinen Vorteil verschaffen. Das Gericht versuchte sogar im Gegenteil in den Verfahren R 2/1939 diesen Vortrag abzumildern. Der Klägersvertreter trug hier vor, dass die Beklagte psychisch krank sei. Das Gericht bezeichnete die Beklagte im Urteil als fleißig und sonst charakterlich einwandfrei. Auch auf den Vortrag im Verfahren R 44/1939, dass der Kläger möglicherweise homosexuelle Neigungen habe, ging das Gericht nicht weiter ein. Ob dies jedoch vielleicht auch damit zusammenhing, dass der Kläger Obersturmbannführer der SA war, kann nicht

⁵³¹ So auch: Bernd Rüthers, Von der „Normalität“ der Ziviljustiz im Dritten Reich, ZNR 11 (1989), 184 ff. (187).

mehr nachvollzogen werden. Auch auf den Vortrag der genetischen Minderwertigkeit der Beklagten im Verfahren R 20/1940 ging das Gericht nicht weiter ein. In diesem Verfahren ging der Schuss für den Kläger jedoch nach hinten los, weil die Beklagte im Gegenzug behauptete, dass der Kläger widernatürlichen Geschlechtsverkehr haben wollte, was das Gericht im Urteil unter den Aspekten, die die Ehe zerrüttet hatten, näher ausführte. Auch in dem Verfahren R 36/1940 wollte der Klägervertreter den Beklagten in einem besonders schlechten Licht erscheinen lassen, indem er vortrug, der Beklagte wäre wegen eines Lungenleidens sogar schon in der Lungenheilanstalt gewesen. Dies wäre angesichts des Umstandes, dass der Beklagte wegen seiner SPD-Mitgliedschaft im KZ Dachau inhaftiert war, eigentlich nicht notwendig gewesen. Das Gericht ging auch auf diesen Umstand nicht näher ein.⁵³² Dass keine der Parteien einen im Verständnis der Nationalsozialisten schädlichen genetischen Defekt vortragen musste, wurde im Verfahren R 6/1941 deutlich. Dort war der Beklagte wegen Unzucht mit Männern verurteilt worden und war 3 Jahre im Zuchthaus inhaftiert. Ohne dass die Klägerin dies näher ausgeführt hätte, hatte das Gericht diesen Umstand näher recherchiert und die Entscheidung hierauf gestützt. In dem Verfahren R 35/1942 wiederum hatte die Beklagte Erfolg damit, dass sie sich auf einen „genetischen Defekt“ des Klägers stützte. Dieser trug zwar bereits in der Klageschrift vor, dass das gegen ihn eingeleitete Sterilisationsverfahren wegen normaler Intelligenz nicht durchgeführt worden sei. Das Gericht ordnete dennoch eine amtsärztliche Untersuchung an und schied die Ehe unter Ausspruch des Verschuldens des Klägers. Dieser wäre Schuld an der Zerrüttung gewesen, weil er die Ehe mit der Beklagten nicht mehr fortsetzen wollte, was jedoch angesichts dessen, dass diese ihn für einen Psychopathen hielt, verständlich erscheint. Nicht weiter zu verfolgen hatte das Gericht den Vortrag, dass die Beklagte einen ekelerregenden Scheidenausfluss hatte, in dem Verfahren R 66/1943. Die Beklagte hatte gegen die Scheidung keinen Widerspruch erhoben, so dass die Frage der schuldhaften Zerrüttung nicht geklärt werden brauchte. Insgesamt hat daher das Gericht in lediglich zwei Verfahren dem Umstand des genetischen Defektes Rechnung getragen. In einem der beiden Verfahren jedoch, ohne dass sich eine der Parteien darauf berufen hätte. In 11 Fällen, in denen ein genetischer Defekt behauptet wurde, ging das Gericht nicht weiter auf diesen Umstand ein. In einem Verfahren ließ sich das Gericht hierdurch jedoch zu einem Fehlurteil verleiten. In dem anderen Verfahren darf die Entscheidung des Gerichts als Rechtsbeugung bezeichnet werden.

Das Abstellen auf die eigene Stellung war schon eher geeignet, sich einen Vorteil zu verschaffen. Während in dem Verfahren R 6/1941 sich noch nicht einmal eine Partei darauf berufen musste, dass der Beklagte homosexuelle Neigungen hatte, ging das Gericht in dem Verfahren R 44/1939 über diesen Umstand einfach hinweg. Dort hatte die Beklagte behauptet, der Kläger habe homosexuelle Neigungen. Der Kläger berief sich darauf, dass er als Obersturmbannführer der SA allgemeine Achtung besitzen würde. Ob das Gericht dem Vorwurf der homosexuellen Neigungen auch dann nicht nachgegangen

⁵³² Zu einer ähnlichen Feststellung, dass die Richter in einem Fall nationalsozialistische Argumente völlig außer Acht ließen, gelangte auch Schröder in: Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 44.

wäre, wenn der Kläger nicht SA-Mitglied gewesen wäre, ist reine Spekulation. Andererseits waren aber auch in dem Verfahren R 44/1939 die homosexuellen Neigungen im Gegensatz zu dem Verfahren R 6/1941 nicht erwiesen. Auch in dem Verfahren R 83/1940 berief sich der Beklagte auf seine Funktion als SA-Sturmschreiber und Rechnungsführer. Ob dies jedoch von entscheidender Bedeutung war, ist ebenfalls Spekulation. Keinen Einfluss auf das Prozessergebnis hatte es offensichtlich, wenn der Kläger auf seine Stellung bei der Wehrmacht abstellte. Zwar gab das Gericht der Klage statt, befand sich mit diesem Urteil jedoch auf einer Linie mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Von offensichtlich erheblicher Bedeutung war die Tätigkeit des Klägers als SS Hauptscharführer in dem Verfahren R 27/1942. Der Kläger war darüber hinaus auch seit 1933 bei der Wachtruppe im KZ Dachau. Das Gericht hielt mit einer absurden Argumentation den Widerspruch der Beklagten für unzulässig und gab der Klage statt. Bei diesem Urteil kommt der starke Verdacht auf, dass dieses vielleicht auch von dritter Seite beeinflusst wurde. In der Berufungsinstanz wurde das Urteil jedoch wiederum aufgehoben und die Klage abgewiesen. Wenn von dritter Seite her Einfluss genommen wurde, dann ließ sich das OLG Nürnberg davon entweder nicht beeindrucken oder es wurde erst gar nicht versucht, hier Druck auszuüben. Warum das Urteil in der Berufung aufgehoben wurde, was wiederum im Einklang mit der reichsgerichtlichen Rechtsprechung stand, kann nicht mehr nachvollzogen werden und wäre reine Spekulation. Dass jedoch auf das LG Amberg Druck ausgeübt wurde oder das Gericht dem Kläger einen Gefallen tun wollte, ist relativ wahrscheinlich, ohne natürlich auch dies eindeutig feststellen zu können. Von erheblichem Einfluss war die klägerische Berufung auf seine Stellung in dem Verfahren R 55/43. Hier berief sich der Kläger auf eine Mitteilung des Reichsmarschalls Göring. Dieser hätte durch den OLG-Präsidenten von München mitteilen lassen, dass er für seine Klage einen Armenrechtsanwalt bekäme. Das Landgericht Amberg nahm dies ohne Weiteres als richtig an und ordnete dem Kläger einen bekannten Nationalsozialisten als Armenanwalt bei. Obwohl ein typischer Fall der reichsgerichtlichen Opferrechtsprechung gegeben war, gab das Landgericht Amberg der Klage statt und schied die Ehe. Das Urteil kann wohl als ein reines Gefälligkeitsurteil betrachtet werden. In dem Verfahren R 1/1944 berief sich der Kläger darauf, dass er in einem kriegswichtigen Betrieb beschäftigt sei. Das Gericht gab der Klage zwar statt, sprach jedoch das Verschulden des Klägers aus, was in der Berufung wiederum revidiert wurde. Dass ein Zusammenhang zwischen der Behauptung der Beschäftigung in einem kriegswichtigen Betrieb und der Entscheidung des Landgerichts Amberg bestand, darf allerdings bezweifelt werden. Ob sich das Gericht in dem Verfahren R 17/1944 von der NSDAP-Mitgliedschaft des Klägers hätte beeinflussen lassen, kann nicht mehr geklärt werden, weil die Entscheidung erst nach dem Ende des Dritten Reiches erging. Die Berufung auf seine NSDAP-Mitgliedschaft verhalf dem Kläger jedenfalls nicht zu einem zügigen Prozess, weil das Verfahren als nicht kriegswichtig zurückgestellt wurde. Dass das Gericht auf jeden Fall der NSDAP-Mitgliedschaft Bedeutung beimaß, geht aus dem Verfahren R 70/1944 hervor. Dort war das Wort Parteigenosse nachträglich mit Bleistift unterstrichen worden. Wer diese Hervorhebung vorgenommen hatte, ist nicht eindeutig aufklärbar. Es spricht jedoch eine hohe

Wahrscheinlichkeit dafür, dass diese Hervorhebung vom Gericht vorgenommen wurde. Aber auch hier verhalf die NSDAP-Mitgliedschaft dem Kläger nicht zu einer schnellen Entscheidung, weil das Ruhen des Verfahrens angeordnet worden war. Nach dem Ende des Dritten Reiches ließ der Kläger eine eidesstattliche Versicherung eines Dritten beibringen, die belegen sollte, dass der Kläger ein Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus gewesen sein sollte. Der Kläger versuchte zuerst seine NSDAP-Mitgliedschaft zu instrumentalisieren und später seine Gegnerschaft zum Regime. Das Gericht konnte das überwiegende Verschulden an der Zerrüttung nicht feststellen und hielt den Widerspruch bereits für unzulässig. Ob diese Entscheidung auf einer Gefälligkeit gegenüber dem Kläger beruht oder darauf, dass das Gericht tatsächlich das überwiegende Verschulden nicht mehr feststellen konnte, ist Spekulation. Auch in dem Verfahren R 88/1944 lässt sich nicht mehr klären, ob die Eigenschaft als Parteigenosse einen Einfluss auf das Urteil gehabt hätte, weil ein Widerspruch nicht erhoben wurde. Zusammenfassend lässt sich jedoch durchaus darstellen, dass die Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen den Parteien einen erheblichen Vorteil verschaffen konnte. Dieser Vorteil konnte auch in einem deutlich erkennbaren Gefälligkeitsurteil bestehen.

Eine erhebliche Hemmschwelle bestand offensichtlich, den eigenen Ehepartner als Gegner des Regimes zu bezichtigen. In 4 von 55 Verfahren beriefen sich dennoch die Parteien auf diesen Umstand. In dem Verfahren R 53/1938 berief sich die Klägerin darauf, dass ihr Ehemann Mitglied der KPD und flüchtig sei. Das Gericht schied die Ehe. Offensichtlich wollte das Gericht die Klägerin schützen, indem es im Urteil anführte, dass mit einer Wiedervereinigung der Parteien nicht mehr zu rechnen sei. Damit sollte offenbar von vorneherein eine Verbindung der Klägerin zu dem Beklagten ausgeschlossen. Anders wiederum verhielt sich das Gericht in dem Fall R 56/1938. Dort hatte die Beklagte nicht näher ausgeführt, weswegen der Kläger in einer Heil- und Pflegeanstalt war. Das Gericht recherchierte hier jedoch den Grund und teilte dem Leser mit, dass der Kläger den Führer Adolf Hitler schwer beschimpft haben soll. Dieser Umstand konnte für den Kläger ernsthafte Konsequenzen haben, jedenfalls musste das Gericht damit rechnen. Auch in dem Verfahren R 36/1940 berief sich die Klägerin darauf, dass der Beklagte als SPD-Mitglied im KZ Dachau inhaftiert sei, weil die Ehe mit einem Staatsfeind ihr nicht zumutbar war. Der Beklagte wiederum behauptete, dass die Klägerin ebenfalls keine NSDAP-Wählerin war, was die Klägerin auch zugab. Offensichtlich hielt das Gericht die Anhängerschaft zum Zentrum bzw. zur BVP für weniger verwerflich, wie die SPD-Anhängerschaft des Beklagten. Die Klägerin hatte eine ehebrecherische Beziehung und das Gericht schied dennoch die Ehe wegen Ehebruchs des Beklagten, der jedoch von der Klägerin bereits verziehen war. Auch dieses Urteil darf als Gefälligkeitsurteil gewertet werden und wurde in der Berufungsinstanz wieder aufgehoben. Auch in dem oben erwähnten Verfahren, in dem sich der Kläger auf eine Aussage Görings stützte, behauptete dieser, dass er ein überzeugter Anhänger des Nationalsozialismus sei. Wegen dieser Verschiedenheit der Weltanschauung, würden die Streitteile nicht mehr zusammenpassen. Vermutlich ließ sich das Gericht eher von der behaupteten Einmischung Görings beeinflussen, als von der Behauptung, dass die Beklagte keine Anhängerin des Nationalsozia-

lismus sei. In dem Verfahren R 17/1944 fällt das LG Amberg erst nach dem Ende des Dritten Reiches ein Urteil, so dass nicht mehr aufgeklärt werden kann, inwieweit dem Kläger die Behauptung, dass die Beklagte eine Gegnerin des Nationalsozialismus gewesen sei und dass sie ihm deswegen die Kinder entzogen habe, auf das Urteil von Einfluss gewesen wäre. Zusammenfassend ist festzustellen, dass von den 4 Verfahren, in denen die andere Partei der Gegnerschaft des Nationalsozialismus bezichtigt wurde, in mindestens einem Verfahren ein reines Gefälligkeitsurteil erging. In einem Verfahren führte das Gericht umfassend aus, dass die Gegnerschaft des Beklagten die Ehe zerrüttet habe. In einem Verfahren hat das Gericht erst nach dem Ende des Dritten Reiches entschieden, so dass der Einfluss auf die Entscheidung nicht klar ist. Lediglich in einem Verfahren war die in den Raum gestellte Gegnerschaft jedenfalls ohne unmittelbare Bedeutung für das Gerichtsverfahren. Dass die Parteien, die im Dritten Reich lebten, ihre Ehegatten ganz bewusst der Repressalien eines Terrorregimes aussetzten, ist schon erstaunlich. Dass sich aber auch noch Rechtsanwälte gefunden haben, die durch diese Argumentation den Gegner ernsthaft gefährdeten, ist schockierend.

Von, auf den ersten Blick, geringerer Bedeutung ist die rechtstheoretische Argumentation mit ideologischen Begriffen. Diese stellte zwar den weitaus größten Umfang an ideologischer Argumentation dar, das Gericht ließ sich davon jedoch in der Entscheidung nicht beeinflussen. Entweder die theoretische Argumentation lag auf einer Linie mit der reichsgerichtlichen Rechtsprechung, dann hielt sich das Landgericht Amberg auch an die Argumentation oder es widersprach dieser Rechtsprechung, dann folgte das Landgericht Amberg dieser Argumentation auch nicht. Nach meiner Überzeugung führt auch das Verwenden der nationalsozialistischen Argumentation zu einer ideologisch beeinflussten Entscheidung.⁵³³ Dies ist jedoch sehr umstritten. Die wohl überwiegende Meinung geht davon aus, dass eine Äußerung oder ein Text, der unter dem Einfluss eines totalitären Staates entsteht, sich der Ideologie und der Begrifflichkeiten dieses Staates bedienen musste, um sich nicht selbst der Repressalien des Regimes auszusetzen.⁵³⁴ Dementsprechend wäre dann nicht jeder Text, der sich dieser Begrifflichkeiten bedient nationalsozialistischen Inhaltes.⁵³⁵ Die Verwendung der rechtstheoretischen ideologischen Argumentation wäre dann kein Hinweis auf den nationalsozialistischen Gehalt der Aussage. Diese Ansicht ist jedoch nach der vorliegenden Untersuchung nicht überzeugend. Dies wäre nur dann richtig, wenn sich der jeweilige Autor durch die Verwendung der nationalsozialistischen Argumentation exkulpieren könnte, weil er ansonsten mit Repressalien hätte rechnen müssen. Dies war aber nicht der Fall, jedenfalls dann nicht, wenn nicht gerade die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus skizziert wurde. Hier muss zunächst einmal darauf hingewiesen werden, dass mit der Verwendung der nationalsozialistischen Ideologie das gesamte Argumentationskonstrukt infiziert wurde. Es hat keine

⁵³³ Anders: Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 207.

⁵³⁴ So die Argumentation bei Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 207.

⁵³⁵ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 207.

guten Seiten des Nationalsozialismus gegeben, weil ein Herausgreifen einzelner Bestandteile aus einem totalitären System nicht möglich ist. Ein Puzzlestück bleibt Teil des Gesamtbildes, auch wenn man es aus dem Bild herauslöst. Daher stellt sich schon die Frage, ob unter Verwendung der Ideologie, überhaupt etwas Ideologiefremdes herauskommen kann. Darüber hinaus zeigen die untersuchten Akten, dass es ohne weiteres möglich war, ohne Verwendung der Ideologie zu argumentieren und gänzlich auf diese zu verzichten. Immerhin in 1/3 der Verfahren wurde überhaupt nicht ideologisch argumentiert. Das lässt die anderen 2/3 in einem ganz anderen Licht erscheinen. Wenn es in jedem dritten Fall ohne Probleme möglich war, auf nationalsozialistische Argumentation zu verzichten, stellt sich die Frage, weshalb es in dann den anderen 2/3 erforderlich war oder zumindest entscheidend sein sollte.

In den anderen 2/3 der Verfahren wurden von Seiten der Rechtsanwälte ideologisch argumentiert, um der eigenen Mandantschaft einen Vorteil zu verschaffen. Dieser Vorteil lag häufig darin, die Position der eigenen Partei zu verbessern, ohne die andere Partei zu diskreditieren oder der anderen Partei Schaden zuzufügen. Hier muss jedoch weiter differenziert werden. Das Ausnutzen von eigenen Vorteilen ist für die Rechtsanwaltschaft etwas Normales und ist auch erforderlich, weil die Anwälte das bestmögliche Ergebnis für die eigene Partei erreichen müssen. Der Vorteil lag häufig darin, der jeweils anderen Partei das Verschulden an der Zerrüttung nachzuweisen, um die Unterhaltspflicht für die eigene Partei abzuwenden. Dieses Vorgehen war sowohl vor dem Dritten Reich, als auch danach ein vollkommen normaler Vorgang und auch legitimes Recht und Pflicht der Anwälte. Das legitime Ziel der Verhinderung einer Unterhaltspflicht konnte jedoch sowohl ideologisch, wie auch ideologiefrei verfolgt werden. Wenn es zwischen den Eheleuten einfach nicht funktioniert hat, weil es häufig zu Streitereien kam, die von beiden Seiten initiiert wurden, war es legitimes Recht der Anwälte, dieses darzustellen, um zu belegen, dass die Zerrüttung ohne Verschulden der einen oder anderen Partei herbeigeführt wurde. Wenn jedoch die eigene Partei die Zerrüttung verschuldete oder an ihr jedenfalls nicht ganz schuldlos war, waren die Anwälte in dem Dilemma, dass sie entweder diesen Umstand hinnehmen konnten oder versuchten, nationalsozialistische Ideologie zu instrumentalisieren, um der eigenen Partei einen Vorteil zu verschaffen. Aber auch hier muss weiter differenziert werden. Die Anwälte konnten das Regime dazu nutzen, um der eigenen Partei einen Vorteil zu verschaffen. Dies machten die Anwälte häufig, indem sie auf die Funktion des eigenen Mandanten hinwiesen. Waren die Mandanten Mitglied der Partei oder ihrer Organisationen, wurde hierauf explizit verwiesen. Dies wurde nur deswegen gemacht, um die eigene Partei in einem besseren Licht erscheinen zu lassen und das Gericht zu beeinflussen. Wäre die Stellung der Partei im Regime unerheblich gewesen, hätten die Anwälte dies auch nicht vorbringen müssen. Indem sie diese Tatsache vorbrachten, gingen sie davon aus, dass dies auch erheblich sei. In einigen Fällen führte dies sogar dazu, dass das Gericht aufgrund der Tatsache, dass die Partei Funktionär im Regime war, ein Gefälligkeitsurteil erließ. Auf der anderen Seite konnten die Anwälte aber auch die Gegenseite in Misskredit bringen. Dies geschah schon dadurch, dass sie behaupteten, die Gegenseite wäre nicht bereit gewesen,

Nachkommenschaft zu empfangen oder zu zeugen. Diese Behauptung brachte die Gegenseite deswegen in Misskredit, weil es bedeutete, dass sich die Gegenseite der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik entgensetzte. Die Anwälte verfolgten mit dieser Behauptung den Zweck, die Ehe als wertlos darzustellen, weil die Gegenseite die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik nicht nachvollziehen wollte. Dabei ist es unerheblich, dass diese Behauptung keine Auswirkungen hatte, weil von Seiten der Anwaltschaft intendiert war, dass der Behauptung eine Konsequenz folgte. Ansonsten wäre das Argument nicht vorgebracht worden. Ein weiteres häufiges Argument war, die Gegenseite als wertloses Subjekt darzustellen. Hierzu wurden Krankheiten der Beklagten als Scheidungsgrund vorgebracht. Wenn ausführlich dargestellt wurde, dass die Gegenseite an einem Lungendefekt leide oder eine sonstige Krankheit hatte, sollte dies dazu führen, die zu scheidende Ehe als wertlos zu betrachten, weil aus ihr keine wertvollen Kinder hervorgehen konnten. Dass dies für die Gegenseite zu massiven Problemen führen konnte, wurde von den Anwälten, die diese Argumentation gebrauchten, bewusst oder unbewusst hingenommen. Dabei ist es unerheblich, ob die Anwälte Anhänger des Regimes waren oder nicht. Entscheidend ist, dass sie sich des Regimes bedienten, um einen eigenen Vorteil zu erlangen.

Hierunter fallen auch die Argumentation mit ideologischen Begrifflichkeiten sowie die Berufung auf Entscheidungen des Reichsgerichts. Wenn mit ideologischen Begriffen argumentiert wurde, sollte dies dazu führen, dem eigenen Argument ein größeres Gewicht zu geben. Wenn aber ganz bewusst der eigenen Argumentation durch Verwendung nationalsozialistischer Begriffe ein größeres Gewicht gegeben werden sollte, kann diese Argumentation nur als nationalsozialistisch gewertet werden. Das Regime funktionierte ja nicht dadurch, dass alle Anhänger desselben waren, sondern dass es gegen das Regime keine Proteste gegeben hat. Auch wenn jemand, ohne ein innerer Anhänger des Regimes zu sein, die Instrumente und die Angst der Beteiligten vor diesen, ausnutzte, macht dies denjenigen, der sich darauf beruft nicht zum Gegner, sondern zum Unterstützer des Regimes. Deswegen ist die Argumentation, dass allein das Anbringen von nationalsozialistischen Argumenten nicht die Anhängerschaft zum Nationalsozialismus belegt, nicht zielführend. Es kommt im totalitären Staat nicht primär darauf an, wer Anhänger des Staates ist, sondern wer den Fortbestand des Staates stärkt und unterstützt. Dass jemand das Regime durch die Verwendung der Ideologie unterstützte, ohne ein Anhänger des Regimes zu sein, macht diesen nicht zum Gegner, sondern mindestens zum Mitläufer.

[2]. Veränderung der Rechtsprechung nach Einführung der Richterbriefe?

Das Reichsjustizministerium wollte durch die Einführung der Richterbriefe eine einheitliche Rechtsprechung im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie erreichen. Der erste Richterbrief erschien im Oktober 1942.⁵³⁶ Ab dem Verfahren R 27/1942 sind alle Urteile, die noch im Dritten Reich ergangen sind, unter der Existenz der Richterbriefe ergangen. Im ersten Richterbrief machte der Reichsjustizminister eher allgemeine Ausführungen zu der Stellung der Richter. Darin teilte der Minister mit, dass sich die Richter nicht

⁵³⁶ BArch R 22/4002, zitiert nach: Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 5.

sklavisch der Krücke des Gesetzes bedienen sollten, sondern verantwortungsfreudig im Rahmen des Gesetzes die Entscheidung finden sollten, die für die Volksgemeinschaft die beste Ordnung des Lebensvorganges sein sollte.⁵³⁷ Um näher untersuchen zu können, inwieweit die Richterbriefe auf die Verfahren Auswirkungen hatten, werden in folgender Tabelle zunächst die Anforderungen der Richterbriefe an die Richter dargestellt:

Nr.	Erscheinungsdatum	Anforderungen an die Richter / Ausführung zur Rechtsstellung der Richter
1	01.10.1942	<ul style="list-style-type: none"> - Richter vom Führer belehnt - freiere Anwendung des Gesetzes, um die beste Entscheidung für die Volksgemeinschaft zu finden
5	01.02.1943	<ul style="list-style-type: none"> - die Urteile sind möglichst volkstümlich zu gestalten, so dass jeder das Urteil verstehen kann - die Begründung der Urteile ist auf das Wesentliche zu beschränken, dieses muss aber verständlich dargestellt werden - weitere Aspekte sind in einem Gutachten zu den Akten zu legen - Hinweise auf Schrifttum und Rechtsprechung sind insbesondere in den untergerichtlichen Entscheidungen entbehrlich
12	01.09.1943	<ul style="list-style-type: none"> - der Schuldausspruch im Ehescheidungsverfahren ist in erster Linie ein sittliches Werturteil - es ist Aufgabe des Richters, den wahren Schuldigen an der Zerrüttung zu finden
13	01.10.1943	<ul style="list-style-type: none"> - der nationalsozialistische Richter soll die bestehenden Gesetze als die von der Staatsführung gegebenen Befehle achten - wenn ein bestehendes Gesetz nicht mehr mit dem gesunden Volksempfinden in Einklang zu bringen ist, muss sich der Richter darüber hinwegsetzen
20	01.11.1944	<ul style="list-style-type: none"> - Ehe ist als kleinste Keimzelle der Gemeinschaft die Grundlage des völkischen Lebens - die Treuepflicht gegenüber der Gemeinschaft geht nicht grundsätzlich der ehelichen Treuepflicht vor
21	01.12.1944	<ul style="list-style-type: none"> - Zurückstellung von Verfahren soll die Regel und die Durchführung die Ausnahme sein - Ehesachen sind nur noch durchzuführen, wenn an ihnen ein bevölkerungspolitisches Interesse besteht - das bevölkerungspolitische Interesse richtet sich nach der Zahl, der Gesundheit und den rassisch erbmäßigen Eigenschaften der Kinder. Daneben spielt auch das Alter, der Persönlichkeitswert der beiden Eheleute und der Wert einer etwaigen neuen Ehe eine entsprechende Rolle. - auch Umfang und Schwierigkeit des Verfahrens spielen eine Rolle -- glatte Sachen sind grundsätzlich. durchzuführen, es sei denn das bevölkerungspolitische Interesse steht dem entgegen; -- nicht glatte Sachen sind grundsätzlich. zurückzustellen, es sei denn das bevölkerungspolitische Interesse erfordert die Durchführung des Verfahrens --- glatte Sache, ältere Leute ohne Kinder -> Verfahren durchzuführen --- glatte Sache, ältere Leute mit Kinder -> Verfahren zurückzustellen --- glatte Sache, jüngerer Leute mit Kindern -> grundsätzlich. zurückzustellen --- nicht glatt, ältere Leute -> grundsätzlich. zurückzustellen --- nicht glatt, jüngere Leute ohne Kinder -> grundsätzlich. durchzuführen --- nicht glatt, jüngere Leute mit Kinder -> grundsätzlich zurückzustellen

Aufstellung entnommen aus BArch 22/4002, zitiert nach: Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975

⁵³⁷

BArch R 22/4002, zitiert nach: Heinz Boberach, Richterbriefe, 1975, S. 6.

Die Richterbriefe richteten sich hauptsächlich an die Strafgerichte. „Hinweise“ des Reichsjustizministers zu den Ehescheidungsverfahren finden sich nur selten. Jedoch rief der Minister bereits im ersten Richterbrief dazu auf, den Gesetzen eine freiere Anwendung zu geben. Im Richterbrief, der am 01.02.1943 erschienen ist, rief der Minister dazu auf, die Urteile sprachlich so zu gestalten, dass der Rechtssuchende das Urteil auch versteht. Einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem ersten Richterbrief, in dem gefordert wird, den Gesetzen eine freiere Auslegung zu geben und den Ehescheidungsurteilen des Landgerichts Amberg lässt sich nicht herstellen.

Auch in den anderen Verfahren lässt sich ein direkter Zusammenhang zwischen den Richterbriefen und den Entscheidungen nicht feststellen. Wenn die Verfahren zurückgestellt wurden, war dies eher darauf zurückzuführen, dass eine weitere Durchführung des Prozesses aufgrund der kriegsbedingten Abwesenheit zumindest einer der Parteien, faktisch nicht möglich war. Die ideologischen Ausführungen zu der kleinsten Keimzelle des völkischen Lebens im 20. Richterbrief waren auch schon in der Gesetzesbegründung enthalten. Die Richter konnten eher auf die reichsgerichtlichen Urteile als Erkenntnisquelle zurückgreifen, als auf die eher allgemein gehaltenen „Hinweise“ in den Richterbriefen. Auch die Kritik des Ministers an der Sprache der Urteile führte nicht dazu, dass die Richter ihren Urteilsstil geändert hätten. Die Sprache der Urteile war von Anfang an, wie auch nicht anders zu erwarten, eher individuell von dem einzelnen Richter abhängig. Auch der Umfang der ideologischen Bezüge in den Urteilen war eher individuell von dem einzelnen Richter abhängig. Eine gezielte Beeinflussung der Verfahren durch die Richterbriefe kann daher nicht nachgewiesen werden.

d. Zusammenfassung und Wertung

Jedenfalls im Landgerichtsbezirk Amberg führte die Einführung des neuen Zerrüttungstatbestandes nicht dazu, dass eine Scheidungsflut über das Landgericht hereingebrochen wäre. In den meisten Verfahren waren die Eheleute zwischen 3 und 6 Jahren getrennt, obwohl sich statistisch eine durchschnittliche Trennungszeit von rund 7 Jahren errechnet. Dies liegt aber daran, dass es wenige Ehen gab, in denen die Parteien tatsächlich schon seit Langem getrennt waren und dies deswegen die durchschnittliche Trennungszeit unrepräsentativ noch oben zieht. Dies hatte aber keinen Einfluss auf die Scheidungsquote, die mit rund 93% bei den Verfahren aus § 55 EheG sehr hoch war.

Bezüglich der Rechtsprechung zu den einzelnen Tatbestandsmerkmalen herrschte beim Landgericht Amberg zunächst Unsicherheit. Die Frage, wann die häusliche Gemeinschaft aufgehoben war, wurde erst ab der Veröffentlichung der ersten Entscheidung des Reichsgerichts vom 12.01.1939 (RGZ 159,115) vom LG Amberg einheitlich beantwortet. In zwei vorherigen Fällen setzte das Landgericht Amberg die häusliche Gemeinschaft mit der ehelichen Gemeinschaft gleich. Die Frage, wann die Ehe unheilbar zerrüttet war, wurde in den Urteilen des Landgerichts Amberg weit überwiegend als bestehend festgestellt. Tiefergehende Ausführungen hierzu wurden in lediglich einem von 55 Verfahren gemacht.

Die Frage der Zulässigkeit des Widerspruchs wurde ebenfalls uneinheitlich beantwortet. Anders als bei der Frage der Zerrüttung fand das Landgericht Amberg hier jedoch keine einheitliche Linie. Das Tatbestandsmerkmal der Zulässigkeit des Widerspruchs war für das Landgericht Amberg ein Einfallstor für die im Dritten Reich typischen Unrechtsurteile.

Das gleiche Urteil muss über die Beurteilung der Frage der Begründetheit des Widerspruchs gelten. Zwar war die Frage der Begründetheit des Widerspruchs das zentrale Thema, mit dem sich das Reichsgericht häufig auseinandersetzte. Diese Frage war zwar beim Landgericht Amberg wichtig, nahm jedoch nicht denselben Stellenwert ein, wie diese Frage beim Reichsgericht hatte. Bevor die höchstrichterlichen Entscheidungen zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs vorlagen, war das Landgericht Amberg sehr zögerlich in den Ausführungen, was das richtige Wesen der Ehe sittlich erfordere.

Neben den eher rechtstheoretischen Fragen der Subsumtion unter die Tatbestandsmerkmale der Norm des § 55 EheG ist die Frage zu beantworten, inwieweit das Landgericht Amberg ideologisch argumentierte und sich dadurch als Teil des Unrechtsregimes in dieses integrierte. Die Verfahren am Landgericht Amberg liefen nicht neben dem Unrechtsregime ab, sondern waren ein Teil desselben. Gerade im erstinstanzlichen Alltag zeigte sich, wie das Regime funktionierte. Sowohl in den Schriftsätzen wie auch in den Urteilen wurde die Ideologie des nationalsozialistischen Terrorregimes verwandt, um bestimmte Ergebnisse zu generieren, die sich durch die Subsumtion unter die Tatbestandsmerkmale nicht ohne Weiteres ergeben hätten. In immerhin 9 von 55 Verfahren wurde versucht, die Stellung im Regime dazu zu missbrauchen ein „optimaleres“ Urteil zu erzielen. Bei der Art der Argumentation zeigt sich die Ambivalenz der Regimetreue des Landgerichts. Auf der einen Seite ließen sich die Richter nicht von den teilweise eher plumpen Beeinflussungsversuchen von Seiten der Rechtsanwälte beeinflussen, wenn es zum Beispiel darum ging, wer von den Parteien Kinder wollte. Gerade unter dem Aspekt der Bevölkerungsvermehrung war diese Frage zwar von entscheidender Bedeutung. Die Richter ließen sich jedoch von der Behauptung, der jeweilige Gegner hätte keine Nachkommen haben wollen, nicht beeindrucken. Ebenso wenig ließen sich die Richter von rechtstheoretischen Ausführungen überzeugen. Diese rechtstheoretischen Ausführungen waren deswegen ideologisch geprägt, weil schon das ganze Ehescheidungsrecht ideologisch ausgerichtet war. Wenn die Richter eine Ehe für bevölkerungspolitisch wertlos hielten, dann wurde diese geschieden, unabhängig von der Argumentation der Parteien. Hier gab es allerdings deutliche Unterschiede in der Art der Argumentation. In einigen Schriftsätzen wurde überhaupt nicht ideologisch argumentiert, obwohl es sich angeboten hätte, in anderen Schriftsätzen wurde ideologisch argumentiert, obwohl es nicht erforderlich gewesen wäre bzw. der eigenen Partei überhaupt keinen Vorteil verschaffte. In einigen Urteilen wurde lediglich rechtstheoretisch ideologisch argumentiert, in anderen Urteilen wurden langatmige Ausführungen zu ideologischen Argumenten angeführt. In einigen Fällen reichte schon der Umstand, dass einer der Streitteile in irgendeiner Funktion des Regimes stand, um ein Gefälligkeitsurteil zu erlassen.

Während die Auslegung der Tatbestandsmerkmale noch weitgehend stringent ist, sind deutliche Unterschiede in der Argumentation in den einzelnen Urteilen und den Schriftsätzen zu erkennen. Es ist daher notwendig, noch näher auf die einzelnen Personen einzugehen.

4. Wertende Betrachtung

a. Ausgangspunkt

Ausgangspunkt für die Untersuchung im Rahmen dieser Dissertation war die Frage, wie sich im Dritten Reich und in der Zeit danach, der Prozessalltag gestaltete. Die Frage, die dahinter steht, ist, ob das Landgericht Amberg ein Teil des Unrechtsregimes war und inwieweit die Bevölkerung bei einem erstinstanzlichen Verfahren damit in Berührung kam.

Das Landgericht Amberg war in einer Stadt ansässig, die zu der Zeit des Dritten Reiches ca. 28.900 Einwohner hatte. Rund 82% der Bevölkerung war katholisch. Dementsprechend hoch waren auch die Wahlergebnisse für die katholisch geprägte Bayerische Volkspartei, so dass die Wahlergebnisse für die NSDAP bei der Reichstagswahl am 05.03.1933, um 6 Prozentpunkte unter denen in der Oberpfalz und 15 Prozentpunkte unter den Wahlergebnissen in Bayern lagen. Man kann daher davon ausgehen, dass der Rückhalt der NSDAP in der Bevölkerung zunächst nicht so groß war, wie in anderen Gebieten. Dabei fällt auf, dass im Amberger Stadtrat immer auch mindestens ein Amberger Rechtsanwalt vertreten war. Amberg blieb von den Alliiertenbombardierungen weitgehend verschont. Der erste Luftangriff fand am 09.04.1945 und der zweite am 11.04.1945 statt. Dabei wurden insgesamt 65 Menschen getötet, die Stadt blieb aber weitgehend intakt und wurde am 23.04.1945 an die Amerikaner übergeben.

Dennoch war Amberg keine von den gesellschaftlichen Entwicklungen abgeschiedene Insel. Zwar war die Stadt selbst abgeschieden von den bedeutenden Vorgängen des Dritten Reiches. Das Landgericht Amberg lag jedoch im Oberlandesgerichtsbezirk Nürnberg. Die Stadt Nürnberg ist lediglich rund 60km Luftlinie von Amberg entfernt. Die Parteitage der Nationalsozialisten dürften kaum spurlos an der Amberger Bevölkerung vorbei gegangen sein. Die Stadt Amberg war auch keine parteifreie Zone, sondern war ebenso fest in das Regime integriert, wie alle anderen Städte des Dritten Reiches auch.

So wie die Stadt fest in das Regime integriert war, war auch das Landgericht Amberg fest in das Regime integriert. Einen ideologiefreien Raum hat es im Dritten Reich nicht gegeben. Man kann also nicht behaupten, dass es einen Teil im Dritten Reich gegeben hätte, der außerhalb des Regimes hätte existieren können. Es mag zwar sein, dass das Unrecht, das durch die Zivilrechtsprechung entstanden ist, weit geringer war, als das Unrecht in den Strafrechtsprozessen oder durch das Verhalten der Gestapo. Es trifft auch zu, dass viele der Amberger Ehescheidungsverfahren ebenso in der Weimarer Republik, wie auch in der Bundesrepublik, hätten laufen können. Darauf kommt es aber nicht an. Entscheidend ist, wie sich die Justiz in Konfliktsituationen verhalten hat.⁵³⁸ Also genau in

⁵³⁸ Insoweit ist der Hinweis von Schorn, dass z.B. von 740 Planrichtern des OLG Hamm 127 Richter kei-

den Situationen, in denen das Gericht und die Anwälte mit dem Regime und der Ideologie direkt konfrontiert wurden. Danach lässt sich feststellen, dass genau in den Konfliktsituationen, in denen das Landgericht Amberg mit Parteifunktionären konfrontiert wurde, es Gefälligkeitsurteile erlassen hat.⁵³⁹ Dass es nicht mehr Gefälligkeitsurteile gegeben hat, mag daran liegen, dass eben in nicht mehr Fällen Parteifunktionäre vor Gericht aufgetreten sind.

In den Fällen, in denen das Landgericht Amberg zwar keine Gefälligkeitsurteile erließ, aber dennoch der nationalsozialistischen Ideologie folgte, ist es schon schwieriger von Unrechtsurteilen zu sprechen. In diesen Fällen folgte das Landgericht Amberg der Rechtsprechung des Reichsgerichtes und brachte unter anderem die nationalsozialistische Terminologie im Urteil an. Inwieweit man hier von nationalsozialistisch geprägten Urteilen sprechen kann, ist auch in der bisher veröffentlichten Literatur sehr umstritten.⁵⁴⁰ Das Argument ist häufig, dass aufgrund der äußeren Obstruktionen der Gebrauch der nationalsozialistischen Terminologie erforderlich war, damit der jeweilige Autor sich selbst nicht der Gefahr der Verfolgung durch das Regime aussetzte.⁵⁴¹ Andererseits wurde von den 16.000 Richtern des Dritten Reiches kein einziger Richter wegen seiner Rechtsprechung aus dem Dienst entfernt oder mit physischer Gewalt verfolgt.⁵⁴² Vielfach wird auch als Argument angeführt, dass der Gebrauch der nationalsozialistischen Terminologie keinen Rückschluss auf die nationalsozialistische Prägung des Richters gehabt habe.⁵⁴³ Dies ist zwar sicherlich richtig, die Frage ist, aber, ob dies die richtige Ausgangssituation zur Beurteilung von Akten aus dem Dritten Reich ist. Aus meiner Sicht ist es eher zweitrangig, ob der jeweilige Richter Anhänger des Nationalsozialismus war und dies durch die Terminologie zum Ausdruck brachte. Wichtiger ist es meiner Einschätzung nach, welche Außenwirkung der Richter mit einer Entscheidung beabsichtigte. Da man nicht unbedingt von der Gegnerschaft des Richters zum Regime auf dessen Entscheidungen schließen kann,⁵⁴⁴ wäre es sinnvoller, die Urteile nach dem zu beurteilen, wie sie auf andere zu wirken beabsichtigt waren. Danach sollte mit dem Gebrauch der nationalsozialistischen Terminologie der Eindruck erweckt werden, dass der Urheber des Urteiles

ne Parteimitglieder waren, nicht aussagekräftig. Wie in meiner Untersuchung dargestellt, hatte sich ein Richter, der teilweise jüdischer Abstammung war, dazu herabgelassen, ein Gefälligkeitsurteil zu Gunsten eines SS-Mitglieds zu erlassen. Der Rückschluss von der fehlenden Parteimitgliedschaft auf die „rechte“ Gesinnung ist daher unzulässig.

⁵³⁹ Solche Gefälligkeitsurteile sollen in der Untersuchung von Philipp Hackländer, jedenfalls am Amtsgericht Spandau, jedoch nicht vorgekommen sein, vgl. Philipp Hackländer, „Im Namen des Deutschen Volkes“, Dissertation 2001, S. 277; vorgekommen sind sie jedoch auch am Landgericht Berlin: Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen, Dissertation 2002, S. 282 und 288.

⁵⁴⁰ Z.B. Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben“, 1. Auflage 1988, S. 25.

⁵⁴¹ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben“, 1. Auflage 1988, S. 25.

⁵⁴² Udo Reifner, Juristen im Nationalsozialismus, ZRP 1983, 13 (17).

⁵⁴³ Z.B. Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben“, 1. Auflage 1988, S. 25; auch: Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen, Dissertation 2002, S. 162, allerdings ohne näher darzulegen, weswegen.

⁵⁴⁴ Z.B. hat Richter E, obwohl er nichtarischer Abstammung war, gegenüber einem KZ-Wächter ein Gefälligkeitsurteil erlassen.

oder auch des Schriftsatzes, ein Anhänger des Regimes gewesen ist. Letztlich ist es unerheblich, ob der jeweilige Urheber tatsächlich ein Anhänger des Regimes gewesen ist, wenn er dies durch sein Verhalten nicht zum Ausdruck gebracht hat. Durch die Verwendung der Terminologie dokumentierten die Urheber der Schriftsätze oder Urteile, dass sie dem Regime nahe standen, ihm zumindest jedoch keinen Widerstand leisteten.

Einen egal wie gearteten Widerstand gegen die nationalsozialistische Ideologie hat es auch in keinem Verfahren gegeben. In allen Entscheidungen, mit Ausnahme der Gefälligkeitsurteile, versuchte das Landgericht Amberg der Rechtsprechung des Reichsgerichtes zu folgen. Diese Rechtsprechung ihrerseits war aber ideologisch geprägt. Demzufolge verwirklichte das Landgericht Amberg mit seiner Rechtsprechung die hinter dem Ehegesetz stehende nationalsozialistische Ideologie.

Dennoch fiel in einem Drittel der Verfahren kein nationalsozialistischer Terminus und es ist auch sonst kein Hinweis erkennbar, der den jeweiligen Fall notwendigerweise dem Dritten Reich zuordnen würde. Diese Fälle konzentrieren sich jedoch auf wenige Akteure. Kann man daher aus dem einen Drittel der Verfahren schließen, dass es nicht notwendig war, die nationalsozialistische Terminologie zu gebrauchen, kann man daher im Umkehrschluss nicht behaupten, die Verwendung der nationalsozialistischen Terminologie könnte bei den Entscheidungen im Dritten Reich einfach außer Acht gelassen werden. Die Richter haben sich weder in der Weimarer Republik noch in der Bundesrepublik eine politische Terminologie oktroyieren lassen. Wieso sollte dann dieser Umstand im Dritten Reich außer Betracht bleiben können? Die Verkürzung des Blickwinkels darauf, ob in der Bundesrepublik oder in der Weimarer Republik die Entscheidung genauso ausgefallen wäre,⁵⁴⁵ beschränkt die Beurteilung der Entscheidung zu sehr auf das juristische Element des Urteiles.⁵⁴⁶ Gerade durch die nationalsozialistische Terminologie sind diese Urteile eindeutig dem Dritten Reich zuordenbar, wenn man das Entscheidungsdatum nicht kennt. Mit dieser Terminologie wurde auch den Prozessparteien gegenüber deutlich gemacht, dass der Nationalsozialismus bei der Entscheidung eine Rolle gespielt hätte. Es macht für den Beklagten meiner Meinung nach einen erheblichen Unterschied, ob man ihm im Urteil mitteilt, dass seine Ehe geschieden wurde, weil diese Ehe im bevölkerungspolitischen Sinne wertlos sei oder ob man ihm mitteilt, dass die Ehe derart zerrüttet sei, dass eine Wiederherstellung der häuslichen Gemeinschaft ausgeschlossen erscheint. Im ersteren Falle impliziert man mit dieser Formulierung den erhobenen Zeigefinger gegenüber den Eheleuten, weil sie sich mit Hinblick auf die Allgemeinheit falsch verhalten hätten. Denn basierend auf der Sicht der Allgemeinheit, hätten sie in ihrer Ehe mit Wirkung gegenüber allen versagt. Das ist vom moralischen Standpunkt aus etwas ganz anderes, als ob man lediglich feststellt, dass die Eheleute nicht den richtigen Draht zueinander gefunden haben oder diesen verloren haben. Dass der jeweilige Richter möglicherweise nicht gegenüber den Parteien den moralischen Zeigefin-

⁵⁴⁵ So aber Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben“, 1. Auflage 1988, S. 28.

⁵⁴⁶ In die gleiche Richtung: Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944, Dissertation 1990, S. 588.

ger erheben wollte, ist in diesem Zusammenhang unerheblich, weil durch den Gebrauch der nationalsozialistischen Terminologie genau dieser Eindruck gegenüber den Parteien entstehen musste. In beiden Fällen ist zwar das Ergebnis dasselbe, die Wirkung jedoch eine ganz andere. Damit ist für die Frage, ob das Landgericht Amberg ein Teil des Unrechtsregimes war, auch der Gebrauch der nationalsozialistischen Terminologie entscheidend.⁵⁴⁷ Unerheblich ist in diesem Zusammenhang, dass es sich meistens um nahezu dieselbe Formulierung bzw. um dieselbe Floskel gehandelt hatte. Die Parteien traten nicht so häufig als Betroffene eines Ehescheidungsverfahrens vor den Richter, dass sie diesen Unterschied hätten erkennen können. Indem das Landgericht Amberg in 2/3 der Verfahren den nationalsozialistisch-moralischen Zeigefinger gegenüber den Parteien erhoben hatte, machte es sich zu einem integralen Bestandteil des Regimes.⁵⁴⁸

Dennoch muss man für die Frage, in welcher Tiefe das Landgericht Amberg in das Unrechtsregime Drittes Reich verwickelt war, die einzelnen Personen näher betrachten.

Von den Anwälten, die im Untersuchungszeitraum vor dem Landgericht Amberg auftraten, ließen sich drei Anwälte überhaupt nicht dazu herab, die nationalsozialistische Ideologie zu verwenden bzw. zu instrumentalisieren.⁵⁴⁹ Ein Anwalt war nach seiner Spruchkammerakte wohl kein Anhänger des Regimes, argumentierte jedoch auch ideologisch, wenn es für ihn von Vorteil war. Vier Anwälte waren dagegen als Anhänger des Regimes bekannt.⁵⁵⁰ Von den Richtern war der Richter, der als Anhänger des Regimes gelten darf, am kontinuierlichsten am Landgericht Amberg eingesetzt. Die anderen Richter wurden häufiger übergangsweise an andere Gerichte versetzt, bzw. waren Teilnehmer des Krieges. Einer der Richter wurde während des Dritten Reiches nicht vom Dienst entfernt, obwohl er teilweise jüdischer Abstammung war.

Davon unabhängig ist die Frage zu beurteilen, ob es sich bei den Gefälligkeitsurteilen aber auch bei den Urteilen, in denen die nationalsozialistische Ideologie angewandt wurde, um Unrechtsurteile gehandelt hat. Eine Ehe, die so zerrüttet ist, dass einer der beiden Ehegatten bereit war, ein Ehescheidungsverfahren in die Wege zu leiten, wäre wohl auch in der Zeit der Weimarer Republik und in der Zeit der BRD nicht wieder zu einer harmonischen Ehe geworden.

Die Frage, ob die Urteile des Landgerichts Amberg als Unrechtsurteile zu werten sind, ist daher eher in die Richtung zu beurteilen, dass das Unrecht, das bei den Gefälligkeitsurteilen sowie in den Fällen, in denen die nationalsozialistische Ideologie verwendet wurde, eher gering einzuschätzen ist, wenn man überhaupt von Unrecht sprechen kann. Die Frage, inwieweit am Landgericht Amberg nationalsozialistisches Unrecht vollzogen wurde, ist meines Erachtens aber auch nicht zielführend. Dass bestimmte Gerichte Teile des Terrorregimes waren, ist hinlänglich bekannt. Von der Ziviljustiz wurde bisher

⁵⁴⁷ Im Ergebnis ähnlich: Philipp Hackländer, „Im Namen des Deutschen Volkes“, Dissertation 2001, S. 296.

⁵⁴⁸ Auch Mammeri-Latzel kam zu dem Ergebnis, dass innerhalb ihrer Untersuchungsgruppe I rund 2/3 der Verfahren Berührungspunkte mit der NS-Ideologie hatten, Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen, Dissertation 2002, S.284nf.

⁵⁴⁹ Lei, Bir, Sch.

⁵⁵⁰ Auh, Ruh, Schi, Die.

angenommen, dass hier kein oder nur geringes Unrecht ausgeübt wurde. Dass in einem Ehescheidungsverfahren keine Todesstrafe ausgesprochen werden konnte, liegt auf der Hand. Selbst wenn die Richter gewollt hätten, hätten sie daher kein so tiefgehendes Unrecht verwirklichen können, wie die Strafrichter oder die Richter der Sondergerichte, weil ihnen schon die Werkzeuge hierzu fehlten. Das macht die Anwendung der nationalsozialistischen Ideologie im Ehescheidungsrecht aber nicht besser, als die Anwendung der nationalsozialistischen Ideologie in anderen Rechtsgebieten. Das Landgericht Amberg vollzog die Ideologie nach und gewährleistete dadurch das Funktionieren des Terrorregimes. Einen ideologiefreien Bereich hat es daher auch im Zivilrecht nicht gegeben, so dass auch das Zivilrecht nicht als Insel der Glückseligkeit bezeichnet werden kann.

Insgesamt kommt man daher zu dem Ergebnis, dass auch der erstinstanzliche Prozessalltag nicht frei von Ideologie war, sondern zum Funktionieren des Regimes elementar beitrug. Im Zivilrecht gab es zwar keine, in der Schwere mit den strafrechtlichen Urteilsurteilen vergleichbaren Urteile. Dennoch war auch der Beitrag der Ziviljustiz Voraussetzung für die Infiltrierung der gesamten Bevölkerung in allen Schichten mit dem Nationalsozialismus. Es hat danach keine ideologiefreien Räume gegeben, ebenso wenig, wie man behaupten könnte, dass das Zivilrecht für den Nationalsozialismus weniger anfällig gewesen wäre.

b. Ein Erklärungsversuch?

Gustav Radbruch vertrat nach dem Ende des Dritten Reiches die These, dass der vor und im Dritten Reich vorherrschende Rechtspositivismus ursächlich für das Versagen der Justiz war.⁵⁵¹ Dadurch, dass die Juristen gewohnt waren, zwischen Gesetz und Recht zu differenzieren, seien sie nicht in der Lage gewesen, dem Unrecht entgegen zu steuern.⁵⁵² Um des Rechtsfriedens willen wäre auf die Gerechtigkeit verzichtet worden.⁵⁵³

aa. Gesetzespositivismus – Entstehung und Theorie

Positivität des Gesetzes bedeutet, dass dieses in willentlichen Beschlüssen eines förmlichen autoritativen Rechtssetzungsakts, von einem Souverän als politisch legitimierten Gesetzgeber, gesetzt wurde und in der Gesellschaft sozial wirksam ist.⁵⁵⁴ Einigkeit unter den Vertretern des Gesetzespositivismus besteht insoweit, dass das Recht von der Moral getrennt ist und unabhängig von dieser, rein aufgrund seiner Positivität zu bestimmen ist (Trennungsthese⁵⁵⁵ bzw. Neutralitätsthese⁵⁵⁶) und aufgrund dieser Trennung

⁵⁵¹ Radbruch, Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht, SJZ 1946, Ebenso: Wolfgang Schier, Rechts-schein und Rechtswirklichkeit unter der nationalsozialistischen Herrschaft, 1. Auflage 1961, 13.

⁵⁵² Larenz Karl, Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 6. Auflage 1991, S.24nf.

⁵⁵³ Radbruch Gustav, Rechtsphilosophie, 8. Auflage 1973, S. 177.

⁵⁵⁴ Karl-Ludwig Kunz / Martino Mona, Rechtsphilosophie Rechtstheorie Rechtssoziologie, 1. Auflage 2006, S. 26 Rn. 70.

⁵⁵⁵ Karl-Ludwig Kunz / Martino Mona, Rechtsphilosophie Rechtstheorie Rechtssoziologie, 1. Auflage 2006, S. 91 Rn. 155.

⁵⁵⁶ Norbert Hoerster, Was ist Recht?, 1. Auflage 2006, S. 70 nf.

auch unmoralisches Recht Anwendung finden muss.⁵⁵⁷ Rechtssicherheit steht über der Gerechtigkeit.⁵⁵⁸ Ein weiterer Kernbestandteil, der aber schon nicht mehr so einheitlich vertreten wird, ist die Aussage, dass es keine vorpositiven Normen gibt, anhand derer bestimmt werden könnte, wie die positiven Normen einer Rechtsordnung richtigerweise zu lauten hätten.⁵⁵⁹

Der Gesetzespositivismus begann sich im 19. Jahrhundert unter den Rechtswissenschaftlern durchzusetzen.⁵⁶⁰ Das 19. Jahrhundert war von großen Entdeckungen und Erfindungen der Naturwissenschaften geprägt. Von 1830 bis Ende des 19. Jahrhunderts verlief eine Phase des naturwissenschaftlichen Aufbruchs.⁵⁶¹ In dieser Zeit wurden in einer ersten Phase große und auch heute noch bedeutsame Entdeckungen wie zum Beispiel die Elementar Analyse (1831 durch Gustav Liebig), die Elektrizität (1831 durch Faraday), die Telegrafie (1837 durch Morse), die Fotografie (1839 durch Daguerre) oder die Evolutionstheorie (1859 Darwin) gemacht. Dies führte zu einem Selbstbewusstsein der Naturwissenschaften, die als Gegensatz zu dem theoretischen Ansatz der Geisteswissenschaften durch die positive Erkenntnismethode empirische Entdeckungen förderte, zu denen die Geisteswissenschaften nicht in der Lage waren.⁵⁶² Die Geisteswissenschaften beruhen auf dem Prinzip des Rationalismus, der Wissen aus etwas Unbezweifelbarem herleitete und dadurch zu spekulativen Ergebnissen führte.⁵⁶³ Die Erfolge der Naturwissenschaften führten in der ersten Phase zu einer allgemeinen Vernaturwissenschaftlichung des Denkens.⁵⁶⁴ Man ging immer weiter dazu über, aus einer empirischen Betrachtung des Vorhandenen neue Werte zu schöpfen.⁵⁶⁵ In der zweiten Phase im 19. Jahrhundert kam es zu einer Boomphase der Technik. Zu nennen sind hier bedeutende Entdeckungen wie z.B. das Periodensystem der Elemente (1869 durch Meyer/Mendeleeff), das Telefon (1876 Bell/Gray), das Auto (1885 durch Daimler Benz), der Elektromagnetismus (1888 durch Hertz), die Röntgenstrahlen (1895 durch Röntgen) oder der Kinetomatograf (1895 durch Lumière).⁵⁶⁶ Mit diesen Entdeckungen und Erfindungen war ein

⁵⁵⁷ Karl-Ludwig Kunz / Martino Mona, Rechtsphilosophie Rechtstheorie Rechtssoziologie, 1. Auflage 2006, S. 36 Rn. 16.

⁵⁵⁸ Kaufmann Arthur / Hassemer Winfried, Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart, 6. Auflage 1994, S. 92.

⁵⁵⁹ Norbert Hoerster, Was ist Recht?, 1. Auflage 2006, S. 75.

⁵⁶⁰ Linsmayer Eleonore, Das Naturrecht in der deutschen Rechtsprechung der Nachkriegszeit, 1963, S. 4; Manfred Walther: Hat der juristische Positivismus die deutschen Juristen im „Dritten Reich“ wehrlos gemacht?, in: Ralf Dreier, Wolfgang Sellert, Recht und Justiz im „Dritten Reich“, 1. Auflage 1989, S. 330.

⁵⁶¹ Stefan Igracki, Die Positivismustheorie Gustav Radbruchs, <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/ss97/igracki/volltext.html>, A. I. 2.

⁵⁶² Stefan Igracki, Die Positivismustheorie Gustav Radbruchs, <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/ss97/igracki/volltext.html>, A. II.

⁵⁶³ Stefan Igracki, Die Positivismustheorie Gustav Radbruchs, <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/ss97/igracki/volltext.html>, A. I. 2.

⁵⁶⁴ Stefan Igracki, Die Positivismustheorie Gustav Radbruchs, <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/ss97/igracki/volltext.html>, A. I. 2.

⁵⁶⁵ Stefan Igracki, Die Positivismustheorie Gustav Radbruchs, <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/ss97/igracki/volltext.html>, A. I. 2.

⁵⁶⁶ Stefan Igracki, Die Positivismustheorie Gustav Radbruchs, <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/ss97/>

Aufstieg der Naturwissenschaften und Technik verbunden, der zu dem Glauben an eine unbegrenzte Gestaltbarkeit der Welt durch den Menschen (Fortschrittsglaube) führte.⁵⁶⁷ Die Welt wurde nicht mehr durch Werte und Grundannahmen erklärt, sondern durch die Naturwissenschaften.⁵⁶⁸ Die Umwelt war zunehmend erklärbar geworden. Durch diese Vernaturwissenschaftlichung des Denkens war es zunehmend auch nicht mehr erforderlich, das, was man nicht ohne Weiteres erklären konnte, mit grundlegenden Sinn- und Wertfragen zu erklären. Der Gesellschaft übergeordnete Werte wurden zunehmend für nicht mehr erforderlich gehalten, so dass man auch immer mehr Abstand davon nahm, nach Grundannahmen zu fragen. Von dieser Vernaturwissenschaftlichung wurden auch die Rechtswissenschaft und deren Erkenntnismethoden erfasst.⁵⁶⁹ Das Vorhandene wurde als bestehend vorausgesetzt und der Sinn oder der Wert nicht weiter hinterfragt.⁵⁷⁰ Der *corpus juris civilis* wurde als Grundannahme der Gerechtigkeit als bestehend vorausgesetzt und durch die Pandektenwissenschaft zu einer systematischen Zivilrechtswissenschaft ausgebaut.⁵⁷¹ Außerjuristischen Wertungen wurde die rechtserzeugende Wirkung abgesprochen.⁵⁷² Das vorhandene Recht wurde z.B. von Windscheid⁵⁷³ als „die Weisheit der Jahrhunderte, die vor uns gewesen sind“ beschrieben. Quelle des Rechts war damit die Vernunft der Rechtsgeschichte. Dadurch, dass man sich auf jahrhundertealte Traditionen berufen konnte, brauchte man die Frage nach der Gerechtigkeit nicht stellen, weil das Recht gerade als tradierte Quelle vorhanden war und Rechtssicherheit schuf.⁵⁷⁴ Man ging davon aus, dass die Antwort auf alle Fragen im tradierten Recht vorhanden war, der Rechtsanwender brauchte nur den Sachverhalt unter das vorhandene Recht subsumieren und bekam das richtige Ergebnis.⁵⁷⁵

bb. Gesetzespositivismus in der Weimarer Republik?

Gustav Radbruch⁵⁷⁶ ging in seinem 1946 veröffentlichten Aufsatz⁵⁷⁷ davon aus, dass es gerade dieser Gesetzespositivismus war, der die Juristen so anfällig für das Dritte Reich

igracki/volltext.html, A. I. 2.

⁵⁶⁷ Stefan Igracki, Die Positivismustheorie Gustav Radbruchs, <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/ss97/igracki/volltext.html>, A. I. 2.

⁵⁶⁸ Morris Cohem, zitiert nach: Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat*, 1974, S. 141.

⁵⁶⁹ Stefan Igracki, Die Positivismustheorie Gustav Radbruchs, <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/ss97/igracki/volltext.html>, A. II.

⁵⁷⁰ Larenz Karl, *Methodenlehre der Rechtswissenschaft*, 6. Auflage 1991, S. 37.

⁵⁷¹ Wieacker Franz, *Privatrechtsgeschichte der Neuzeit*, 2. Auflage 1967, S. 430.

⁵⁷² Wieacker Franz, *Privatrechtsgeschichte der Neuzeit*, 2. Auflage 1967, S. 431.

⁵⁷³ Larenz Karl, *Methodenlehre der Rechtswissenschaft*, 6. Auflage 1991, S. 28.

⁵⁷⁴ Kaufmann Arthur / Hassemer Winfried, *Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart*, 6. Auflage 1994, S. 92.

⁵⁷⁵ Stefan Igracki, Die Positivismustheorie Gustav Radbruchs, <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/ss97/igracki/volltext.html>, A. II. 1. dd).

⁵⁷⁶ Radbruch war in der Weimarer Republik von 1921 bis 1922 und wieder 1923 Reichsjustizminister. Schon 1945 gelangte Radbruch auf seinen Lehrstuhl für Strafrecht und Rechtsphilosophie in Heidelberg zurück.

⁵⁷⁷ Gustav Radbruch, *Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht*, SJZ 1946, 105 ff.

machte.⁵⁷⁸ Der Positivismus wäre es gewesen, der die Juristen so wehrlos gegen willkürliche und verbrecherische Gesetze gemacht habe.⁵⁷⁹ Als Konsequenz fordert Radbruch:⁵⁸⁰

„Der Konflikt zwischen der Gerechtigkeit und der Rechtssicherheit dürfte dahin zu lösen sein, daß das positive, durch Satzung und Macht gesicherte Recht auch dann den Vorrang hat, wenn es inhaltlich ungerecht und unzweckmäßig ist, es sei denn, daß der Widerspruch des positiven Gesetzes zur Gerechtigkeit ein so unerträgliches Maß erreicht, daß das Gesetz als „unrichtiges Recht“ der Gerechtigkeit zu weichen hat... Wo Gerechtigkeit nicht einmal erstrebt wird, wo die Gleichheit, die den Kern der Gerechtigkeit ausmacht, bei der Setzung positiven Rechts bewußt verleugnet wurde, da ist das Gesetz nicht etwa nur „unrichtiges Recht“, vielmehr entbehrt es überhaupt der Rechtsnatur.“

Die Annahme Radbruchs setzt aber voraus, dass in der Weimarer Republik der Gesetzespositivismus wirklich die vorherrschende Ansicht war⁵⁸¹ und dadurch die Verwirklichung des nationalsozialistischen Unrechts erst möglich war.⁵⁸² Radbruchs Thesen waren bereits in den 40er Jahren nicht unbestritten⁵⁸³ und werden mit einer überzeugenden Argumentation in Frage gestellt.⁵⁸⁴

Das Ende des Ersten Weltkrieges mit der Revolution von 1918/1919, hatte nur eine geringe gesellschaftliche Reichweite.⁵⁸⁵ Mit der Weimarer Reichsverfassung wurde erst sehr spät versucht, die Werte der westlichen Demokratien, die im Wesentlichen durch die Unabhängigkeitserklärung in den USA 1776 und die Französische Revolution 1789 gesetzt wurden, auch im Deutschen Reich zu implementieren.⁵⁸⁶ Dem lebenden (Staats-) Körper wurde ein neuer Kopf aufgesetzt. Der Kaiser und seine Vasallen waren entmachtet, der Staatsapparat blieb derselbe.⁵⁸⁷ Die Gesetzgebung und damit die Rechtssetzung erfolgte nicht mehr durch die Legitimation eines jederzeit anzuerkennenden Souverän

⁵⁷⁸ So auch: Hubert Schorn, Der Richter im Dritten Reich, 1959, 26nf.

⁵⁷⁹ Gustav Radbruch, Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht, SJZ 1946, 105 (107).

⁵⁸⁰ Gustav Radbruch, Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht, SJZ 1946, 105 (107).

⁵⁸¹ Dafür, dass der Positivismus herrschend war: Bernd Rüthers, Unbegrenzte Auslegung, 6. Auflage 2005, S. 91.

⁵⁸² Manfred Walther: Hat der juristische Positivismus die deutschen Juristen im „Dritten Reich“ wehrlos gemacht?, in: Ralf Dreier, Wolfgang Sellert, Recht und Justiz im „Dritten Reich“, 1. Auflage 1989, S. 324.

⁵⁸³ Z.B. Willibalt Apelt, Zum Kampf gegen den Rechtspositivismus, DRZ 1946, 174 (175).

⁵⁸⁴ z.B. Horst Dreier, Die Radbruchsche Formel – Erkenntnis oder Bekenntnis?, in: Festschrift für Robert Walter, 1991, S. 118 oder auch: Raphael Gross, Anständig geblieben, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildungsarbeit 2010, S. 23.

⁵⁸⁵ Bernecker Walther, Die Revolution 1918/19 – Von der Monarchie zur Republik, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Die Weimarer Republik – Das schwere Erbe, Band 1 1918 – 1923, 2. Auflage 2001, S. 104nf.

⁵⁸⁶ Stefan Igracki, Die Positivismustheorie Gustav Radbruchs, <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/ss97/igracki/volltext.html>, A. II. 1. c) bb) (5).

⁵⁸⁷ Dreier Horst, Die Radbruchsche Formel - Erkenntnis oder Bekenntnis, in: Festschrift für Robert Walter, S. 120; Gerold Ambrosius, Funktionswandel und Strukturveränderung der Bürokratie 1945 – 1949: Das Beispiel der Wirtschaftsverwaltung in: Heinrich August Winkler: Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945 – 1953, 1979, S. 167.

(Kaiser), sondern durch ständig wechselnde Mehrheiten im Parlament. Die Gesetzgebung und damit die Rechtsfortbildung wurden stattdessen einem stets wandelbaren Souverän übertragen, der in den Augen der Juristen nicht geeignet war, Recht zu setzen.⁵⁸⁸ Das, was vorher oft jahrelang, als Diskurs unter gelehrten Juristen, zu geltendem Recht fortgebildet wurde, setzte der Gesetzgeber mit Parlamentsmehrheit ohne (rechts-)gelehrten Diskurs durch. Die Juristen sprachen damit mehrheitlich dem Souverän die Legitimität zur Rechtsfortbildung ab.⁵⁸⁹ Damit ist die Ausgangslage, dass in der Weimarer Republik wirklich der Gesetzespositivismus die herrschende Rechtsauffassung war, nicht haltbar.⁵⁹⁰ Dies wird auch durch eine Reihe von höchstrichterlichen Entscheidungen untermauert, die den Vorrang des gesetzten Rechts in Frage stellten und damit den Gesetzespositivismus insgesamt in Frage stellten.⁵⁹¹

Viele Juristen in der Weimarer Republik lehnten daher die Ansicht, dass die Mehrheitsauffassung des gewählten Parlamentes Recht setzen könnte und damit das Staatssystem der Weimarer Republik ab.⁵⁹² Damit war auch der Gesetzespositivismus bereits in der Weimarer Republik mangels Legitimation des Gesetzgebers nicht mehr die vorherrschende Ansicht unter den Juristen.

cc. Gesetzespositivismus im Dritten Reich?

Bereits mit der Machtergreifung Hitlers war klar, dass die wechselnden Mehrheiten der Weimarer Republik vorbei sein würden. Viele Juristen begrüßten die Machtergreifung bzw. standen dieser wenigstens nicht ablehnend gegenüber, weil dadurch das vielfach verhasste System der Weimarer Republik beendet wurde.⁵⁹³

Die Diktatur des Dritten Reiches setzte aber, obwohl es nur einen Souverän gab, nicht die Kaiserzeit vor 1919 fort, sondern brachte einen erheblichen Wandel in der Weltanschauung mit sich. Mit dieser Weltanschauung war aber die geltende Rechtsordnung nicht kompatibel. Dem gegenüber wurden insgesamt gesehen, gemessen an dem Anspruch der Nationalsozialisten, alles anders zu machen, wenig grundlegende Gesetzesre-

⁵⁸⁸ Manfred Walther: Hat der juristische Positivismus die deutschen Juristen im „Dritten Reich“ wehrlos gemacht?, in: Ralf Dreier, Wolfgang Sellert, Recht und Justiz im „Dritten Reich“, 1. Auflage 1989, S. 329.

⁵⁸⁹ Gabriele Kleb-Braun, Es gibt nichts Schlechtes-außer man lässt es, in: Justizministerium NRW, Justiz und Nationalsozialismus, 1993, S. 227.

⁵⁹⁰ Dreier Horst, Die Radbruchsche Formel - Erkenntnis oder Bekenntnis, in: Festschrift für Robert Walter, S. 121.

⁵⁹¹ Manfred Walther: Hat der juristische Positivismus die deutschen Juristen im „Dritten Reich“ wehrlos gemacht?, in: Ralf Dreier, Wolfgang Sellert, Recht und Justiz im „Dritten Reich“, 1. Auflage 1989, S. 329; indem er darstellt, dass die Richterschaft in der Weimarer Republik vermehrt die Legitimation der Gesetze ablehnten.

⁵⁹² Manfred Walther: Hat der juristische Positivismus die deutschen Juristen im „Dritten Reich“ wehrlos gemacht?, in: Ralf Dreier, Wolfgang Sellert, Recht und Justiz im „Dritten Reich“, 1. Auflage 1989, S. 332; Hans Wrobel, Der Deutsche Richterbund im Jahre 1933, DRiZ 1983, 157 (161); Die Gegenthese, nämlich, dass die Richter der Weimarer Republik nicht mehrheitlich gegen die Republik eingestellt waren, vertritt Hans Hattenhauer in: ders, Richter und Gesetz (1919 – 1979), Zeitschrift der Savigny Stiftung für Rechtsgeschichte, 106, 46 (51).

⁵⁹³ Manfred Walther: Hat der juristische Positivismus die deutschen Juristen im „Dritten Reich“ wehrlos gemacht?, in: Ralf Dreier, Wolfgang Sellert, Recht und Justiz im „Dritten Reich“, 1. Auflage 1989, S. 329.

formen vollzogen. Die große Masse der Rechtsvorschriften blieb gleich, obwohl z.B. im NSDAP-Parteiprogramm vom 24.02.1920 als Punkt 19 die Forderung nach dem Ersatz des der materialistischen Weltordnung dienenden römischen Rechtes durch ein deutsches Gemeinrecht aufgestellt wurde.⁵⁹⁴

Gerade aber in diesem Punkt brachen die Juristen des Dritten Reiches mit dem Gesetzespositivismus.⁵⁹⁵ Das bis zur Machtergreifung geltende Recht musste an die neue Ideologie des Dritten Reiches angepasst werden.⁵⁹⁶ Der Nationalsozialismus stellte sich daher auf der einen Seite gegen den bisherigen Gesetzespositivismus, auf der anderen Seite aber auch gegen den in der Weimarer Republik aufkeimenden Widerstand gegen Gesetzespositivismus in Form eines rationalen Naturrechtes.⁵⁹⁷ Aufgrund der Fülle an Rechtsvorschriften konnten nicht alle Rechtsvorschriften neu erlassen werden, das hätte den nationalsozialistischen Gesetzgeber schlicht überfordert.⁵⁹⁸ Deswegen proklamierten die Nationalsozialisten eine neue, die gesamte Rechtsordnung beherrschende, überpositiv vorgegebene Rechtsidee, deren Inhalt der Weltanschauung der Nationalsozialisten entsprach.⁵⁹⁹ Diese Rechtsidee konnte dem Parteiprogramm der NSDAP entnommen werden, das nicht als formelles Gesetz verstanden werden sollte, sondern gültig war, kraft des schöpferischen Willens des Führers.⁶⁰⁰ Die Einführung einer Rechtsidee, als Ursprung des in einem nationalsozialistischen Staat geltenden Rechts, war damit Maßstab, an dem das bis dahin geltende Recht ausulegen war. Die Idee des Nationalsozialismus⁶⁰¹ war als zweiter Schritt - unter Ablehnung des Gesetzespositivismus - zu einer Rechtsquelle aufgestuft worden.⁶⁰² Carsten Schmitt formulierte z.B. 1934 in einem Aufsatz⁶⁰³, dass eine Auslegung, die sich gegenüber dem neuen Geist auf das alte Wort berufe, in Wahrheit den alten gegen den neuen Geist setze. Die Nationalsozialisten führten damit unter Ablehnung des Positivismus,⁶⁰⁴ eine dritte Anschauung, das gemeinschaftliche

⁵⁹⁴ Gerhard Otte, Die zivilrechtliche Gesetzgebung im „Dritten Reich“, NJW 1988, 2836 (2837).

⁵⁹⁵ So auch: Bernd Rüthers, Unbegrenzte Auslegung, 6. Auflage 2005, S. 99.

⁵⁹⁶ Diemut Majer, Nationalsozialismus im Lichte der Juristischen Zeitgeschichte, 1. Auflage 2002, 4; Manfred Walther: Hat der juristische Positivismus die deutschen Juristen im „Dritten Reich“ wehrlos gemacht?, in: Ralf Dreier, Wolfgang Sellert, Recht und Justiz im „Dritten Reich“, 1. Auflage 1989, S. 336.

⁵⁹⁷ Manfred Walther: Hat der juristische Positivismus die deutschen Juristen im „Dritten Reich“ wehrlos gemacht?, in: Ralf Dreier, Wolfgang Sellert, Recht und Justiz im „Dritten Reich“, 1. Auflage 1989, S. 336f.

⁵⁹⁸ Uwe Diedrichsen, Nationalsozialistische Ideologie in der Rechtsprechung des Reichsgerichts zum Ehe- und Familienrecht, in: Ralf Dreier, Wolfgang Sellert, Recht und Justiz im „Dritten Reich“, 1. Auflage 1989; Seite 261; zitiert Meinhof, JW 1936, 3482; angesichts dessen, dass eine nationalsozialistische Rechtsdogmatik im Sinne eines schlüssigen Gesamtkonzeptes nicht vorhanden war, wohl auch ein gewolltes Ergebnis.

⁵⁹⁹ Bernd Rüthers, Entartetes Recht, 2. Auflage 1989, S. 23.

⁶⁰⁰ Josef Goebbels, Einheit der Rechtsidee, JW 1936, 1518.

⁶⁰¹ Solche neuen Rechtsquellen waren, ausweislich Bernd Rüthers, Entartetes Recht, 2. Auflage 1989, S. 26: (1) Das durch Vorsehung bestimmte Führertum, (2) das rassisch bestimmte Volkstum/die artbestimmte Volksgemeinschaft, (3) das Parteiprogramm der NSDAP, (4) der Geist des Nationalsozialismus – die nationalsozialistische Weltanschauung und (5) das gesunde Volksempfinden.

⁶⁰² Bernd Rüthers, Entartetes Recht, 2. Auflage 1989, S. 26.

⁶⁰³ Carsten Schmitt, Der Weg des deutschen Juristen, DJZ 1934, Sp. 691.

⁶⁰⁴ Insoweit widersprüchlich: Eleonore Linsmayer, Das Naturrecht in der deutschen Rechtsprechung der

Naturrecht ein.⁶⁰⁵ Diese „Befreiung vom Gesetzeswortlaut“ wurde von den Nationalsozialisten gezielt gefordert. Dies wird z.B. einem Schreiben des Reichsjustizministers an die OLG-Präsidenten vom 25.05.1944 deutlich.⁶⁰⁶ Darin fordert der Reichsjustizminister die OLG-Präsidenten auf, lehrreiche Prozeßakten an das Justizministerium zwecks Anlegung einer Fallsammlung für Arbeitsgemeinschaften der Referendare zu übersenden. Es sollten danach Fälle vorgelegt werden, „in denen der Richter um zur gerechten Entscheidung zu gelangen, sich vom Buchstaben des Gesetzes freimachen muß, z.B. die bekannte Entscheidung zu § 644 ZPO, DR:42/1377.“⁶⁰⁷

Nach der Machtergreifung folgte Recht aus einer dem Gesetz übergeordneten Rechtsidee des Nationalsozialismus und des Führertums.⁶⁰⁸ Die Rechtsidee des Nationalsozialismus und das Führertum waren aber als Kriterien, anhand derer eine Einzelfallentscheidung getroffen werden musste, nicht subsumierbar. Die Ursache für das Verhalten der Juristen im Dritten Reich war damit nicht in der strikten Befolgung des Gesetzespositivismus, sondern gerade in der Abkehr von diesem zu sehen.⁶⁰⁹ Ein gutes Beispiel hierfür liefert die Entscheidung des Sondergerichts Hamburg vom 15.03.1935.⁶¹⁰ In dieser Entscheidung nahm das Gericht zu der Frage der Weitergeltung der Weimarer Reichsverfassung, wenigstens als einfaches Gesetzesrecht, Stellung und verneinte dieses, sofern darin ein Widerspruch zur nationalsozialistischen Staatsauffassung stand. Durch die dem Rechtssystem übergeordnete Rechtsidee des Nationalsozialismus musste keine große Veränderung am geschriebenen Recht erfolgen, da die Nationalsozialisten so vom Ergebnis her denken und den Weg der Entscheidungsfindung anhand der Kritik von Einzelfällen beeinflussen konnten ohne gleichzeitig in der Pflicht gewesen zu sein eine neue juristische Dogmatik zu entwickeln, die sich nicht selbst widersprach.⁶¹¹

Die These, dass gerade der Gesetzespositivismus die Juristen dazu brachte, dem Nationalsozialismus zu folgen, erscheint aus diesem Grund nicht haltbar. Auch im Bereich des Zivilrechtes mussten also die Richter, unter Aufgabe ihres bisherigen Rechtsverständnisses, die Rechtsidee des Nationalsozialismus anwenden, um, aus nationalsozialistischer Sicht, so zu völkisch richtigen Ergebnissen gelangen. Nicht mehr die Subsumtion stand im Vordergrund, sondern das Ergebnis, von dem ausgehend die Entscheidung konstru-

Nachkriegszeit, 1963, Seite 4; auf Seite 6 wird dargelegt, dass die Abkehr vom Positivismus eigentlich schon von den Nationalsozialisten propagiert und gefordert wurde.

⁶⁰⁵ Manfred Walther: Hat der juristische Positivismus die deutschen Juristen im „Dritten Reich“ wehrlos gemacht?, in: Ralf Dreier, Wolfgang Sellert, Recht und Justiz im „Dritten Reich“, 1. Auflage 1989, S. 338.

⁶⁰⁶ BArch R 3001/21736.

⁶⁰⁷ BArch R 3001/21736.

⁶⁰⁸ Bernd Rüthers, Recht als Waffe des Unrechts – Juristische Instrumente im Dienst des NS-Rassenwahns, NJW 1988, 2825 (2832).

⁶⁰⁹ Manfred Walther: Hat der juristische Positivismus die deutschen Juristen im „Dritten Reich“ wehrlos gemacht?, in: Ralf Dreier, Wolfgang Sellert, Recht und Justiz im „Dritten Reich“, 1. Auflage 1989, S. 353.

⁶¹⁰ DRZ 1935 Nr. 553, zitiert nach Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat, 1974, S. 37.

⁶¹¹ Wie schwierig das war konnten die Nationalsozialisten an der Einführung des neuen Ehegesetzes sehen. Das Beispiel wird unten bei den ersten Fällen der Rechtsprechung näher erläutert..

iert werden musste. Die Thesen Radbruchs konnten daher das Verhalten der Juristen im Dritten Reich nicht erklären.

c. Zusammenfassung

Die Radbruchsche Theorie vom Gesetzespositivismus, der den Juristen unfähig für das Erkennen von gesetzlichem Unrecht gemacht haben soll, ist unhaltbar und taugt nicht als Erklärungsversuch für das Verhalten der Juristen im Dritten Reich.

V. WERTENDE BETRACHTUNG TEIL 1

Der Nationalsozialismus hat sich nicht nur auf die einprägsamen Gebiete der Rassenlehre und des Strafrechtes ausgebreitet. Auch im Zivilrecht und hier insbesondere im Ehescheidungsrecht hat sich der Nationalsozialismus wiedergefunden. Auch auf den ersten Blick unverfängliche Themen wie das Ehescheidungsrecht waren geeignet, dem Nationalsozialismus den Boden zu bereiten. Auch die Zivilgerichte waren integraler Bestandteil des Unrechtsregimes. Insoweit ist unerheblich, ob die nationalsozialistisch geprägten Urteile Einzelfälle waren.⁶¹²

Die Frage nach Einzelfällen ist aus meiner Sicht von vorneherein nicht zielführend. Setzt man das nationalsozialistische Unrecht in Relation, relativieren sich die Vorgänge automatisch. Um das zu verdeutlichen, möchte ich folgendes Beispiel anführen:

Das Konzentrationslager Dachau wurde am 22.03.1933 eingerichtet⁶¹³ und am 29.04.1945 befreit.⁶¹⁴ In dieser Zeit waren über 200.000 Menschen aus ganz Europa inhaftiert.⁶¹⁵ Rund 30.000 Menschen wurden in dieser Zeit ermordet.⁶¹⁶ Die im KZ Dachau inhaftierten Opfer waren zum Teil nicht aus Bayern, so dass die Anzahl der bayerischen Häftlinge geringer gewesen sein dürfte. Wenn man dennoch diese 30.000 Menschen ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl Bayerns setzt, wird insgesamt betrachtet, daraus auch eine Minderheit der Bevölkerung. Es würde aber kein vernünftig denkender Mensch auf die Idee kommen, das Terrorregime der Nazis abzustreiten, weil die Nazis mehr Menschen aus der Bevölkerung am Leben ließen, als sie umgebracht haben.

Die Frage, ob es sich um Einzelfälle gehandelt hat, ist daher von vorneherein schon nicht geeignet, die Unterscheidung zwischen Normalität und Terror zu begründen. Auch im strafrechtlichen Alltag wird es „Normalität“ in diesem Sinne gegeben haben. Dennoch folgt aus der „Normalität“ nicht eine Exkulpation für die Einzelfälle. Denn gerade die Einzelfälle sind nicht einfach so über die Richter hereingebrochen. Wie in dieser Untersuchung gezeigt wurde, waren sie vielmehr systemrelevant, waren also die Ursache für das Funktionieren des Terrorregimes.⁶¹⁷ Es waren Parteifunktionäre, die durch die Justiz besser gestellt wurden und es waren Regimegegner, die durch die Justiz schlechter gestellt wurden. Das Feld dazwischen ist weder schwarz noch weiß, sondern es sind Nuancen zwischen diesen beiden Extremen. Dass es in der Mitte der beiden Extreme Fälle gegeben hat, die insgesamt gesehen unpolitisch waren, ergibt sich von selbst. Daraus folgt

⁶¹² Ebenso: Bernd Rüthers, *Entartetes Recht*, 2. Auflage 1989, S. 31.

⁶¹³ Barbara Diestel, Wolfgang Benz, *Das Konzentrationslager Dachau 1933-1945*, 1. Auflage 1994, S. 51.

⁶¹⁴ Barbara Diestel, Wolfgang Benz, *Das Konzentrationslager Dachau 1933-1945*, 1. Auflage 1994, S. 57.

⁶¹⁵ Aus der offiziellen Homepage der Gedenkstätte KZ Dachau, <http://www.kz-gedenkstaette-dachau.de/information.html>.

⁶¹⁶ Wolf Volker Weigand, *Bayern in der NS-Zeit (1933-1945)* in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, *Geschichte des modernen Bayern*, 2. Auflage 2000, S. 287.

⁶¹⁷ So im Ergebnis auch: Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 283.

aber nicht, dass die Ziviljustiz insgesamt gesehen in der Zeit des Nationalsozialismus in irgendeiner Weise normal gewesen wäre.

Die weitere Frage ist auch, ob man verallgemeinert von DER Justiz sprechen kann, oder ob man nicht weiter differenzieren müsste.⁶¹⁸ Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, dass es ganz wesentlich für die Frage der „Normalität“ im Dritten Reich auf die Einzelpersonen⁶¹⁹ angekommen ist.

Andere Untersuchungen zu dem zivilrechtlichen Prozessalltag im Dritten Reich gibt es nur wenige.⁶²⁰ Eine davon ist die Untersuchung von Rainer Schröder.⁶²¹ Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass die zivilrechtliche Rechtsprechung zwar nicht frei von ideologischen Einflüssen gewesen sei, im Ergebnis jedoch das Zivilrecht weitgehend frei von ideologischen Zwängen arbeiten konnte.⁶²² So kommt Schröder zu der Einschätzung, dass 95% der über 2.000 von ihm gesichteten Entscheidungen keine Merkmale eines typisch nationalsozialistischen Urteiles aufweisen würden.⁶²³ In einer anderen Untersuchung⁶²⁴ wird eine Quote von 3–10% ermittelt, in denen die Urteile einen Bezug zu den politischen Verhältnissen oder dem Nationalsozialismus gehabt haben sollen.⁶²⁵ Eine weitere Untersuchung kommt auf 6%.⁶²⁶ Viele Verfahren sollen im Dritten Reich genauso abgelaufen sein, wie später in der Bundesrepublik.⁶²⁷ Diese Quoten weichen erheblich von den von mir untersuchten Verfahren ab. Eine ähnliche Quote wie in meiner Arbeit ermittelte auch Mammeri–Latzel⁶²⁸ in ihrer Untersuchung. Sie geht bei einem beträchtlichen⁶²⁹ Teil der Entscheidungen von einer nationalsozialistischen Färbung aus.

Vielfach wird davon ausgegangen, dass der Gebrauch der nationalsozialistischen Terminologie keinen Rückschluss auf den nationalsozialistischen Gehalt der Entscheidung zulasse.⁶³⁰ Die Richter gebrauchten in der Weimarer Republik wie in der Bundesrepublik

⁶¹⁸ So wie hier: Dieter Simon, Waren die NS-Richter „unabhängige Richter“ im Sinne des § 1 GVG?, in: Bernhard Diestelkamp, Michael Stolleis, Justizalltag im Dritten Reich, 1988, S. 15.

⁶¹⁹ Ule behauptet zusammenfassend zu seiner Tätigkeit als Richter im Dritten Reich, dass er weder irgendwelchen politischen oder anderen Einflüssen ausgesetzt gewesen wäre oder dass sich die Partei in irgendeiner Weise eingemischt hätte, Carl Hermann Ule, Beiträge zur Rechtswirklichkeit im Dritten Reich, 1987, S. 184 und 185.

⁶²⁰ So auch: Jürgen Zarusky, Gerichte des Unrechtsstaates, ZNR 22 (1999), 503 ff. (503).

⁶²¹ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988.

⁶²² Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 271.

⁶²³ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 271.

⁶²⁴ Philipp Hackländer, „Im Namen des Deutschen Volkes“, Dissertation 2001.

⁶²⁵ Philipp Hackländer, „Im Namen des Deutschen Volkes“, Dissertation 2001, S. 17; Ähnlich auch bei Reginald A. Puerschel, Trügerische Normalität, in Klaus Bästlein, Helge Grabitz, Wolfgang Scheffler, „Für Führer, Volk und Vaterland...“ – Hamburger Justiz im Nationalsozialismus, 1. Auflage 1992, S. 430nf.

⁶²⁶ Christof Schiller, Das Oberlandesgericht Karlsruhe im Dritten Reich, 1997, S. 323.

⁶²⁷ Andreas Knobelsdorf, Das Bielefelder Landgericht 1933–1945, in: Justizministerium NRW, Justiz und Nationalsozialismus, 1993, S. 47; auch in diese Richtung: Heinz Müller-Dietz, Recht und Nationalsozialismus, 1. Auflage 2000, S. 32.

⁶²⁸ Maria Mammeri–Latzel, Justizpraxis in Ehesachen, Dissertation 2002, S. 175.

⁶²⁹ Maria Mammeri–Latzel, Justizpraxis in Ehesachen, Dissertation 2002, S. 175 und 289.

⁶³⁰ Z.B. Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 28.

auch keine nationalsozialistischen Formulierungen. Der nationalsozialistische Sprachgebrauch unterschied die Weimarer Republik und die Bundesrepublik vom Dritten Reich. Wieso sollte dann der nationalsozialistische Sprachgebrauch im Dritten Reich außen vor bleiben? Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, dass in einem Drittel der untersuchten Verfahren überhaupt keine nationalsozialistische Ideologie und damit auch keine entsprechende nationalsozialistische Sprache gebraucht wurde und dies offensichtlich auch keine Konsequenzen für die Beteiligten hatte. Die Parteien waren also nicht gezwungen, die nationalsozialistische Terminologie zu gebrauchen.⁶³¹ Taten sie es dennoch, verfolgten sie damit auch einen Zweck. Wenn auch, gemessen an der Bandbreite der möglichen nationalsozialistischen Gräueltaten, der Verwendung der typisch nationalsozialistischen Sprache noch die geringste Verwerflichkeit zugemessen werden muss, bedeutet dies dennoch nicht, dass dieser Umstand belanglos wäre. In den meisten Fällen wird behauptet, es wäre erforderlich gewesen, sich der Sprache anzupassen, um nicht aufzufallen.⁶³² Es ist aber auch nicht schädlich gewesen, die Sprache nicht zu gebrauchen. Dennoch soll hier nicht verkannt werden, dass die Einschätzung, was für den Einzelnen nicht schädlich war, nach dem Ende des Terrorregimes leicht getroffen werden kann. Wenn die Partei ein Auge auf jemanden geworfen hatte, dann vermutlich aber nicht, weil er keine nationalsozialistischen Redewendungen gebrauchte, sondern eher aus anderen Gründen. Dann half aber auch der Umstand, dass derjenige diese Redewendungen gebrauchte, auch nicht mehr.

Basierend auf dem Umstand, dass es jeder in der Hand hatte, welche Sprache er gebrauchte, muss man demzufolge auch dem Gebrauch der typisch nationalsozialistischen Terminologie Bedeutung beimessen. Häufig wird als Gegenargument vorgetragen, dass die nationalsozialistische Terminologie auch keinen Rückschluss auf die nationalsozialistische Gesinnung geben könne.⁶³³ Es mag zwar sein, dass die meisten Parteimitglieder nicht aus tiefster Überzeugung der Partei beigetreten waren. Dann muss man aber die Frage stellen, ob nicht der Beitritt zu der Partei aus Gründen der Förderung des persönlichen Fortkommens, genauso schlimm oder vielleicht sogar noch verwerflicher ist, als der Beitritt aus Überzeugung. Gebrauchte daher jemand die typisch nationalsozialistische Sprache, maß er diesem Umstand auch Bedeutung bei. Daher kann eine Untersuchung des Prozessalltages nicht vor der Sprache Halt machen. Insoweit lässt sich schon ein großer Bereich der Diskrepanz zwischen dem Ergebnis von Rainer Schröder und meiner Untersuchung darstellen.

Basierend auf dieser Unterscheidung zwischen der nationalsozialistisch geprägten Sprache, die von Rainer Schröder als kein Kriterium für den Rückschluss auf den nationalsozialistischen Gehalt des Urteils gewertet wurde und den Urteilen, die aufgrund des

⁶³¹ Dasselbe Ergebnis bei: Maria Mammeri-Latzel, Justizpraxis in Ehesachen, Dissertation 2002, S. 281.

⁶³² So auch Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 24.

⁶³³ Schröder bezeichnet dies als „Naivität einer offenen Gesellschaft, in der Autoren schreiben, was sie meinen.“, Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 207.

Inhaltes einen Rückschluss auf die Umsetzung des Nationalsozialismus zuließen, sichtete Rainer Schröder insgesamt 300 Berufsentscheidungen zum Ehescheidungsrecht auf den nationalsozialistischen Gehalt dieser Entscheidungen.⁶³⁴

Ein weiteres Beispiel, an dem deutlich wird, weswegen Schröder in seiner Untersuchung zu anderen Ergebnissen gelangt ist, zeigt sich an folgendem Beispiel. In diesem Beispiel führt Schröder aus, dass in einem Ehescheidungsverfahren die Ehefrau gegenüber Dritten versucht habe, ihren Ehemann, der Funktionär des Regimes war, schlecht gemacht habe. Schröder abstrahiert dann, basierend auf der oben genannten Unterscheidung, die nationalsozialistische Terminologie von der Entscheidung und kommt dann zu dem Ergebnis, dass es sich trotz der Terminologie um ein „normales“ Verfahren⁶³⁵ gehandelt hätte. Diese Einschätzung greift aber zu kurz. Der Umstand, dass die Ehefrau den Ehemann nicht in einem „normalen“ Umfeld schlecht gemacht hatte, sondern dies gegenüber Parteistellen gemacht hat, kann nicht mit dem normalen Geschwätz in der Zeit der Weimarer Republik oder der Bundesrepublik verglichen werden. Die Ehefrau hatte den Ehemann bewusst schlecht gemacht, um ihn als schlechten Nationalsozialisten erscheinen zu lassen. Schröder führt weiter aus, dass die Frage aufgetaucht wäre, ob nicht seitens der Partei gegen den Ehemann ein Verfahren eingeleitet werden sollte.⁶³⁶ Dann kann aber nicht einfach die nationalsozialistische Terminologie hinweggedacht werden und das Verfahren als ein „normales“⁶³⁷ bezeichnet werden. Gerade der Umstand, dass die Frau das Unrechtsregime instrumentalisieren wollte, um ihren Ehemann schlecht zu machen, zeigt doch, dass das Regime für die Frau von Belang gewesen sein musste. In der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik wäre der Umstand, dass die Frau schlecht von ihrem Ehemann geredet hat, keine Gefahr für den Ehemann gewesen. Im Dritten Reich konnte die bewusste Denunziation für den Betroffenen sehr gefährlich werden. Der Gerichtsalltag bestimmt sich eben nicht nur durch das Verhalten des Gerichtes, sondern auch durch das Verhalten der Parteien vor Gericht und der Wechselwirkung zwischen dem Verhalten der Parteien und dem so beeinflussten Verhalten des Gerichtes. Danach wäre das eben erwähnte Beispiel kein Beispiel für ein normales Verfahren, sondern wäre gerade das Gegenteil, nämlich ein Beispiel dafür, welche Auswirkungen das totalitäre Regime des Nationalsozialismus selbst auf Eheleute hatte, die die Scheidung begehrten.

Bei dem Vergleich mit der Untersuchung Schröders muss jedoch berücksichtigt werden, dass Schröder die gesamte Rechtsprechung des Oberlandesgerichtes Celle untersucht hat und sich nicht auf ein Rechtsgebiet beschränkt hat. Dem Personenrecht widmete Schröder in seinem Buch lediglich 30 Seiten. Dabei sind durchaus einige Fälle mit denen des Landgerichtes Amberg vergleichbar. Die Parteien stellten Ihre Position im Regime exponiert dar, um die eigene Glaubwürdigkeit zu erhöhen.⁶³⁸ Auffällig ist jedoch die

⁶³⁴ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 31.

⁶³⁵ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 35.

⁶³⁶ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 34.

⁶³⁷ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 35.

⁶³⁸ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 32.

Bemerkung, dass die Parteien immer dann nationalsozialistische Argumente herangezogen hätten, wenn sie sonst keine Möglichkeit gesehen hätten, geschieden zu werden.⁶³⁹ Diese Einschätzung deckt sich nicht ganz mit den von mir gefundenen Ergebnissen. In den von mir untersuchten Ehescheidungsverfahren wurden nationalsozialistische Argumente auch immer dann vorgebracht, wenn der jeweilige Parteivertreter ein Anhänger der NSDAP war und auch ansonsten genügend Argumentationsmasse für die Scheidung vorhanden gewesen wäre. Möglicherweise ergibt sich diese Einengung in der Untersuchung Schröders daraus, dass seiner Untersuchung nicht die vollständigen Prozessakten zur Verfügung standen.⁶⁴⁰ Dass die Richter am Oberlandesgericht Celle die nationalsozialistisch motivierten Argumente dann schilderten, wenn der jeweiligen Partei keine sonstigen Argumente mehr zur Verfügung standen, mag vielleicht auch daran liegen, dass die Berichterstatter in diesen Fällen sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollten, etwas übersehen zu haben, während in den Fällen, in denen die Scheidung auch ohne nationalsozialistische Argumentation begehrt werden konnte, das Berufen auf die nationalsozialistische Argumentation nicht mehr nötig war und dementsprechend weggelassen werden konnte. Dass die Parteien aber nur dann nationalsozialistisch argumentierten, wenn sie keine anderen Ideen mehr hatten, deckt sich in dieser Absolutheit nicht mit den von mir untersuchten Verfahren.

Schröder kommt schließlich zu dem Ergebnis, dass in der Masse der Verfahren Nationalsozialistisches überhaupt keine Rolle gespielt habe.⁶⁴¹ Bei der Beurteilung der vollständigen erstinstanzlichen Verfahrensakten komme ich jedoch zu einem anderen Ergebnis. Bis auf sehr wenige Ausnahmen abgesehen, vollzog das Landgericht Amberg die Rassepolitik in Bezug auf Bevölkerungsvermehrung vollständig nach. In sehr wenigen Fällen wurde die Ehe nicht geschieden, die Scheidungsquote lag bei rund 93%. Der Nationalsozialismus spielte daher beim Landgericht Amberg eine sehr große Rolle. Schröder vergleicht die Justiz mit den Tänzern auf der Titanic und überschreibt dieses Beispiel mit „Titanic-Effekt“.⁶⁴² Die Juristen hätten die nahende Katastrophe nicht wahrgenommen und wären bis zuletzt darauf bedacht gewesen, die äußeren Formen zu wahren.⁶⁴³ Diese Einschätzung kann durch die Auswertung der Ehescheidungsakten des Landgerichtes Amberg nicht bestätigt werden.⁶⁴⁴ Die Juristen existierten ja nicht in einem freien Raum ohne Umfeld. Gleich nach der Machtergreifung bekamen auch die Zivilrichter die Verhaftungen der Kollegen, die für andere Parteien politische Mandate innehatten, mit. Die Richter wurden auch mit den, sich zunehmend mehrenden, Fällen konfrontiert, in denen Zeugen oder Parteien in den Konzentrationslagern inhaftiert waren. Genauso war bekannt, dass die Gestapo vielfach die Urteile der Strafrichterkollegen kurzerhand än-

⁶³⁹ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 32.

⁶⁴⁰ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 26 nf.

⁶⁴¹ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 61.

⁶⁴² Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 243.

⁶⁴³ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 243.

⁶⁴⁴ Ebenso: Bernd Rüthers, Von der „Normalität“ der Ziviljustiz im Dritten Reich, ZNR 11 (1989, 184 ff. (190)).

derten, indem sie bei Freisprüchen die Freigesprochenen in Schutzhaft nahmen. Die Juristen wussten auch, dass die Gestapo willkürlich die Verurteilten nach Verbüßung der Strafe wiederum in Schutzhaft nahmen, um – aus Sicht der Partei – eine ausreichende Bestrafung sicherzustellen. Darüber hinaus passt das Bild schon deshalb nicht, weil die Juristen sich aktiv an der Durchsetzung des Nationalsozialismus beteiligten. Der Eisberg war ein von außen kommendes Ereignis, auf das die Passagiere keinen Einfluss hatten. Der Terror im Dritten Reich war aber kein von außen kommendes Ereignis, sondern lebte insbesondere von der aktiven Unterstützung durch alle staatlichen Stellen. Die Zivilgerichte gehörten hier auch dazu. Ob man von den Juristen hätte verlangen müssen, dass sie sich standhaft dem Nationalsozialismus entgegenstellten und dafür ihr Leben riskierten, ist wiederum eine andere Frage. Es hat die Juristen jedoch nicht davon abgehalten, sich aktiv zu beteiligen. Als Endergebnis stellt Schröder fest, dass das Oberlandesgericht Celle seine Funktion im Nationalsozialismus dadurch erfüllt habe, dass es die nationalsozialistische Herrschaft durch die Anfertigung von normalen Urteilen unterstützt hätte.⁶⁴⁵ Diesem Ergebnis ist insoweit zuzustimmen, als auch die Ziviljustiz als Teil des Unrechtsregimes der Nationalsozialisten, dort wo es darauf ankam, den Nationalsozialismus unterstützte.

Dass das Zivilrecht weitgehend außerhalb des Nationalsozialismus gelebt wurde, lässt sich jedenfalls anhand der vorliegenden Auswertung nicht bestätigen.⁶⁴⁶ In den apologetischen Schriften über die Richter des Dritten Reiches wird häufig formuliert, dass ein Widerstand der Richter gegen das Regime, wegen der übermächtigen Stellung der Nationalsozialisten,⁶⁴⁷ nicht mehr möglich gewesen sei. Der Widerstand der Richter wäre sogar ein sinnloses Unterfangen gewesen.⁶⁴⁸ In diesem Punkt ist Schorn zwar nicht beizupflichten, dennoch ist aber festzustellen, dass Widerstand gegen ein derartiges Terrorregime eine Charakterfestigkeit verlangt, zu der nur die Wenigsten in der Lage sind. Der Vorwurf gegen die Juristen des Dritten Reiches geht ja auch weniger dahin, dass man einen aktiven Widerstand erwartet hätte. Es hätte viele Opfer verhindert, wenn sich die Richter wenigstens nicht aktiv an der Entwicklung des nationalsozialistischen Terrorregimes beteiligt hätten.

Bei den bisherigen Untersuchungen bekommt man den Eindruck, dass die Betrachtung der Vorgänge im Dritten Reich bei den jeweiligen Gerichten enden. So waren die Richter entweder Opfer des Dritten Reiches⁶⁴⁹ oder Täter. Um die Rolle der Justiz im Terrorregime aber konsequent zu Ende zu denken, darf man bei der Betrachtung nicht beim Richter aufhören. Ob die Richter nun gnadenlose Henker des Regimes waren oder ob sie von dem System überrollt wurden und nur versuchten, zu überleben wird in dieser

⁶⁴⁵ Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 287.

⁶⁴⁶ So auch: Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 – 1944, Dissertation 1990, S. 594; Christof Schiller, Das Oberlandesgericht Karlsruhe im Dritten Reich, 1997, S. 416.

⁶⁴⁷ Hubert Schorn, Der Richter im Dritten Reich, 1. Auflage 1959, S. 9.

⁶⁴⁸ Hubert Schorn, Der Richter im Dritten Reich, 1. Auflage 1959, S. 9.

⁶⁴⁹ So z.B.: Diemut Majer, Justiz und Nationalsozialismus, in: Gustav-Stresemann-Institut e.V., Justiz und Nationalsozialismus – Kein Thema für Deutsche Richter?, Band 1, 1. Auflage 1984, S. 27.

Schwarz-Weiß Sicht nie geklärt werden können. Darauf kommt es aber auch nicht an. Entscheidend ist aus meiner Sicht, wie das Rädchen der Justiz im Unrechtssystem als Teil desselben arbeitete.

Die Justiz existiert ja nicht um ihrer selbst willen, sondern hat – im Dritten Reich wie heute – eine besondere Aufgabe. Daher ist allein ausschlaggebend, wie die Entscheidungen der Richter bei den größtenteils wirklich unbetroffenen Bürgern verstanden werden mussten. Dafür ist entscheidend, welche Sprache die Justiz sprach und mit welcher Konsequenz die Richter den Nationalsozialismus und dessen Ideologie umsetzte. Die Frage ist daher eher, ob der rechtssuchende Bürger auf einen Teil des Terrorregimes traf, wenn er vor Gericht ging oder ob die Justiz kein Teil dieses Systems waren. Daher ist es unerheblich, ob die Entscheidung in der Weimarer Republik oder auch in der Bundesrepublik ebenso getroffen worden wäre.

Nach diesen Kriterien war auch die Ziviljustiz ein nicht unwesentlicher Teil des Terrorregimes. Die Richter, egal ob sie innere Anhänger des Regimes waren oder nicht, trugen dazu bei, dass der Nationalsozialismus auch in die Ehe hinein getragen werden konnte.

2. TEIL: ZEIT VON 1945 BIS 1949

Der zweite Teil der Arbeit beleuchtet die Zeit von 1945 bis 1949. An den Anfang gestellt ist ein Kapitel über die gesellschaftliche Entwicklung nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, verbunden mit einer Beleuchtung der Entnazifizierungspolitik der Amerikanischen Besatzungszone. Wie auch im ersten Teil folgt eine Darstellung der obergerichtlichen Rechtsprechung. Eine höchstrichterliche Rechtsprechung war in diesem Zeitabschnitt nicht vorhanden, weil das Reichsgericht nicht wieder eröffnet wurde und der Bundesgerichtshof erst später gegründet wurde. Der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone stellte zwar formal ein oberstes Gericht dar, allerdings nur für die Britische Besatzungszone. Bayern hatte zu diesem Zeitpunkt mit der Errichtung des Bayerischen Obersten Landesgerichts bereits ein eigenes oberstes Gericht gegründet. Daran schließt sich eine allgemeine statistische Auswertung der für das Landgericht Amberg vorhandenen Ehescheidungsakten aus der Nachkriegszeit an. Schließlich wird die Rechtsprechung des Landgerichts Amberg aus der Nachkriegszeit ausführlich dargestellt. Der zweite Teil endet mit einer Zusammenfassung.

I. DIE GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG NACH DEM ZUSAMMENBRUCH

1. Die Kapitulation

Bereits im September 1944 erreichten alliierte Truppen im Rahmen der Ardennenoffensive erstmals deutschen Boden.⁶⁵⁰ Am 21. Oktober 1944 wurde die erste deutsche Großstadt Aachen von den Amerikanern erobert.⁶⁵¹ Am 04. April 1945 wurde Würzburg und am 12. April Schweinfurt von den amerikanischen Streitkräften eingenommen.⁶⁵² Regensburg wurde am 26. April 1945 von der Wehrmacht geräumt, nachdem am 23. April Tausende von Menschen in Regensburg für eine kampflose Übergabe demonstriert hatten.⁶⁵³ Die Rote Armee überschritt Mitte Januar 1945 die schlesische Grenze.⁶⁵⁴ Am 19. März 1945 ordnete Hitler den Befehl der „verbrannten Erde“ auf deutschem Boden an.⁶⁵⁵ Bei einem Rückzug hätten aufgrund dieses Befehls alle Industrie-, Verkehrs- und Versorgungsanlagen zerstört werden sollen, weil das zurückbleibende Volk ohnehin nur aus den „Minderwertigen“ bestehen würde, da die „Guten“ gefallen wären.⁶⁵⁶ Zum Glück widersetzte sich Albert Speer diesem Befehl und verhinderte so einen noch größeren Schaden.⁶⁵⁷

Mit dem Selbstmord Adolf Hitlers am 30. April 1945⁶⁵⁸ hörte zwar das Dritte Reich nicht auf zu existieren, es war jedoch faktisch aufgelöst.⁶⁵⁹ Nach dem Tod Hitlers hatte Josef Goebbels, als dessen Nachfolger im Amt des Reichskanzlers⁶⁶⁰ versucht, mit den Sowjets einen Waffenstillstand auszuhandeln, war dabei jedoch gescheitert.⁶⁶¹ Erst nachdem dieser Versuch gescheitert war, teilte Goebbels General Dönitz, dem Nachfolger Hitlers als Reichspräsident und Oberbefehlshaber der Wehrmacht,⁶⁶² am 01. Mai 1945 mit, dass Hitler Selbstmord begangen hatte.⁶⁶³ Anschließend nahm sich auch Goebbels, der noch im Februar 1943 die Bevölkerung zum totalen Krieg aufgerufen hatte⁶⁶⁴, ebenfalls

⁶⁵⁰ Rainer F. Schmidt, Der Zweite Weltkrieg, 1. Auflage 2008, S. 170.

⁶⁵¹ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 24.

⁶⁵² Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 13.

⁶⁵³ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 14.

⁶⁵⁴ Rainer F. Schmidt, Der Zweite Weltkrieg, 1. Auflage 2008, S. 172.

⁶⁵⁵ Rainer F. Schmidt, Der Zweite Weltkrieg, 1. Auflage 2008, S. 173.

⁶⁵⁶ Rainer F. Schmidt, Der Zweite Weltkrieg, 1. Auflage 2008, S. 173.

⁶⁵⁷ Rainer F. Schmidt, Der Zweite Weltkrieg, 1. Auflage 2008, S. 173.

⁶⁵⁸ Friedrich Ebel, Rechtsgeschichte, Band II Neuzeit, 1. Auflage 1993, S. 247.

⁶⁵⁹ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 18.

⁶⁶⁰ Rainer F. Schmidt, Der Zweite Weltkrieg, 1. Auflage 2008, S. 178.

⁶⁶¹ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 17.

⁶⁶² Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 115.

⁶⁶³ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 17.

⁶⁶⁴ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 11; Der Aufruf Goebbels zu dem totalen Krieg ist ebenso unvergesslich, wie die Jubelschreie der Bevölkerung hierzu.

das Leben.⁶⁶⁵ Damit waren jedoch die Kampfhandlungen nicht vollständig beendet. Diese dauerten in Berlin vereinzelt noch bis in die Nacht vom 3. auf den 4. Mai 1945 an.⁶⁶⁶ Die Gesamtkapitulation der Wehrmacht erfolgte am 07. Mai 1945 im Hauptquartier der Amerikaner. Auf Wunsch Stalins wurde die Unterzeichnung der Gesamtkapitulation, die bereits zum 08. Mai 1945 wirksam geworden war, am 09. Mai 1945 im Hauptquartier der Sowjets in Berlin wiederholt.⁶⁶⁷ Die Regierung Dönitz hielt sich sogar noch bis zum 23. Mai 1945, bis sie von den britischen Truppen in Flensburg-Mürwik⁶⁶⁸ verhaftet wurde.⁶⁶⁹ Das Deutsche Reich wurde nicht befreit, sondern als besiegter Feindstaat von den Alliierten besetzt.⁶⁷⁰ Der amerikanische Oberbefehlshaber war an die Direktive JCS 1067 gebunden.⁶⁷¹ Darin hieß es:⁶⁷²

„Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands (...) Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie als Oberbefehlshaber gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.“

Zum Schluss hatten weltweit 51 Staaten dem Deutschen Reich den Krieg erklärt,⁶⁷³ der einer unglaublichen Anzahl von Menschen das Leben gekostet hat. Ob es im Zweiten Weltkrieg 55 Millionen⁶⁷⁴ oder 66 Millionen⁶⁷⁵ Tote gab, ist letztlich nicht entscheidend, da es so oder so eine nicht vorstellbare Zahl an Toten ist. Das Reichsgebiet war um rund ein Viertel geschrumpft und aus den ehemaligen Ostgebieten war eine Völkerwanderung mit rund 10 Millionen Menschen in das Reichsgebiet gewandert.⁶⁷⁶

⁶⁶⁵ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 17.

⁶⁶⁶ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 18.

⁶⁶⁷ Rainer F. Schmidt, Der Zweite Weltkrieg, 1. Auflage 2008, S. 180.

⁶⁶⁸ Bernhard Diestelkamp, Rechts- und verfassungsgeschichtliche Probleme zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1. Teil, JuS 1980, 401 (404).

⁶⁶⁹ Maren Bedau, Entnazifizierung des Zivilrechts, 2004, S. 54; Walter Roller, Stunde Null? In: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 22; Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 18.

⁶⁷⁰ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 13; Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 25.

⁶⁷¹ Walter Roller, Stunde Null? In: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 33.

⁶⁷² Zitiert nach: Walter Roller, Stunde Null? In: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 33.

⁶⁷³ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 11.

⁶⁷⁴ Gerhard Köbler, Deutsche Rechtsgeschichte, 4. Auflage 1990, S. 263; Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 11.

⁶⁷⁵ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 19.

⁶⁷⁶ Rainer F. Schmidt, Der Zweite Weltkrieg, 1. Auflage 2008, S. 183.

2. Der Neubeginn

a. Die neue Machtverteilung

Am 14. Juli 1945 erließ Eisenhower als Oberbefehlshaber der Amerikanischen Truppen die Proklamation Nr. 1 an das Deutsche Volk.⁶⁷⁷ Darin hieß es:

„Die Amerikanische Besatzungszone ist von Amerikanischen Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt, und es besteht darin unter meiner Autorität eine Militärregierung. Jede Person in dieser Regierungszone hat unverzüglich und bedingungslos alle Rechtssätze und Anordnungen zu befolgen, soweit sie in Kraft bleiben oder von mir oder in meinem Auftrage erlassen werden.“

Damit übernahm General Eisenhower als militärischer Oberbefehlshaber und Militärgouverneur⁶⁷⁸ auch formell die gesetzgebende und vollziehende Gewalt.⁶⁷⁹ Ende Juli 1945 nahm der Alliierte Kontrollrat, der für gesamtdeutsche Fragen zuständig war, seine Arbeit auf.⁶⁸⁰ Am 19. September 1945 wurden mit der Proklamation Nr. 2 die Staaten Großhessen, Württemberg-Baden und Bayern gegründet.⁶⁸¹ Die ersten beiden Ministerpräsidenten wurden nicht gewählt, sondern von der amerikanischen Besatzungsmacht eingesetzt.⁶⁸² In der Rundfunkansprache vom 14. Juni 1945⁶⁸³ stellte Schäffer, der am 28. Mai 1945 als Ministerpräsident eingesetzt wurde,⁶⁸⁴ klar:

„Die neue bayerische Landesregierung nimmt ihre Arbeit unter der Hoheit der Militärregierung nunmehr auf. Die Mitglieder der neuen Landesregierung sind keine Vertreter irgendeiner politischen Partei der früheren Zeit. Sie haben vor 1933 den verschiedensten politischen Parteien angehört oder sind parteipolitisch überhaupt nicht hervorgetreten.“

Die amerikanische Bevölkerung und damit die US-Besatzungspolitik⁶⁸⁵ wollten eine umfangreiche Abrechnung mit den Nationalsozialisten.⁶⁸⁶ Fritz Schäffer wollte nur die aktiven Nationalsozialisten aus dem Dienst entfernen, die erfahrenen Mitarbeiter der Verwaltungen und Justizbehörden aber nicht generell ersetzen, auch wenn sie Parteigenossen waren.⁶⁸⁷ Schäffer war der Ansicht, dass die Bevölkerung zu dem damaligen Zeit-

⁶⁷⁷ Manfred Tremml, *Geschichte des modernen Bayern*, 2. Auflage 2000, S. 383nf.

⁶⁷⁸ Walter Roller, *Stunde Null?* In: Jürgen Weber, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Band I, 4. Auflage 1994, S. 23.

⁶⁷⁹ Manfred Tremml, *Geschichte des modernen Bayern*, 2. Auflage 2000, S. 384.

⁶⁸⁰ Rainer F. Schmidt, *Der Zweite Weltkrieg*, 1. Auflage 2008, S. 181.

⁶⁸¹ Ulrich Eisenhardt, *Deutsche Rechtsgeschichte*, 5. Auflage 2008, S. 456; Walter Roller, *Stunde Null?* In: Jürgen Weber, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Band I, 4. Auflage 1994, S. 21.

⁶⁸² Peter Jakob Kock, *Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg* in: Manfred Tremml, *Geschichte des modernen Bayern*, 2. Auflage 2000, S. 386 ff.

⁶⁸³ Peter Jakob Kock, *Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg* in: Manfred Tremml, *Geschichte des modernen Bayern*, 2. Auflage 2000, S. 387.

⁶⁸⁴ Walter Roller, *Stunde Null?* In: Jürgen Weber, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Band I, 4. Auflage 1994, S. 20.

⁶⁸⁵ Clemens Vollnhals, *Entnazifizierung*, 1. Auflage 1991, S. 9.

⁶⁸⁶ Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 29.

⁶⁸⁷ Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 29.

punkt noch nicht bereit war, sich wieder politisch zu betätigen, was im Gegensatz zu der Absicht der Amerikaner stand, die Bevölkerung schnellstmöglich zu demokratisieren, was nur mit eigenständigen politischen Parteien möglich war.⁶⁸⁸ Dabei wurde Schäffer von dem für Bayern zuständigen US-General Patton unterstützt, der in dieser Frage gleicher Auffassung war.⁶⁸⁹ Patton löste in einer ungeschickt formulierten Rede am 22.09.1945 einen Skandal aus, als er „The Nazi thing“ mit dem amerikanischen Wahlkampf gleichsetzte.⁶⁹⁰ Gemeint hatte Patton wohl die Entnazifizierung und nicht das NS-Regime,⁶⁹¹ gleichwohl war Patton nach dieser Rede nicht mehr tragbar und mit ihm ebenso wenig, der von ihm unterstützte Schäffer.⁶⁹²

Bereits am 28. September 1945 wurde Schäffer wieder abgesetzt und Hoegner zum bayerischen Ministerpräsidenten ernannt.⁶⁹³ Im Dezember 1946 erfolgte dann die erste freie Landtagswahl in Bayern.⁶⁹⁴

b. Der Flüchtlingsstrom

Ebenso wie Schäffers Regierung stand auch die Regierung Hoegner vor kaum lösbaren Problemen.⁶⁹⁵ Allein der Flüchtlingsanteil im Jahre 1946 betrug in der bayerischen Bevölkerung 23% von 9 Millionen Einwohnern.⁶⁹⁶ Davon waren 942.000 Sudetendeutsche.⁶⁹⁷ Da die großen Städte Bayerns weitgehend zerstört waren, mussten die Flüchtlinge in den ländlichen Gebieten untergebracht werden.⁶⁹⁸ Von den knapp 1,7 Millionen Flüchtlingen waren 59,2 % in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern und immerhin noch 15,5 % in Gemeinden mit 2.000 bis 5.000 Einwohnern untergebracht.⁶⁹⁹ Bayern selbst war jedoch sehr unterschiedlich von den Bombenangriffen betroffen worden. Zwar waren im

⁶⁸⁸ Barbara Fait, *Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner*, 2. Auflage 1998, S. 70.

⁶⁸⁹ Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern*, 1. Auflage 1972, S. 230; Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 29.

⁶⁹⁰ Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 29nf.

⁶⁹¹ Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern*, 1. Auflage 1972, S. 235.

⁶⁹² Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 30.

⁶⁹³ Peter Jakob Kock, *Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg* in: Manfred Tremml, *Geschichte des modernen Bayern*, 2. Auflage 2000, S. 390.

⁶⁹⁴ Peter Jakob Kock, *Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg* in: Manfred Tremml, *Geschichte des modernen Bayern*, 2. Auflage 2000, S. 405.

⁶⁹⁵ Peter Jakob Kock, *Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg* in: Manfred Tremml, *Geschichte des modernen Bayern*, 2. Auflage 2000, S. 390.

⁶⁹⁶ Peter Jakob Kock, *Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg* in: Manfred Tremml, *Geschichte des modernen Bayern*, 2. Auflage 2000, S. 392.

⁶⁹⁷ Peter Jakob Kock, *Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg* in: Manfred Tremml, *Geschichte des modernen Bayern*, 2. Auflage 2000, S. 392.

⁶⁹⁸ Barbara Fait, *Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner*, 2. Auflage 1998, S. 67.

⁶⁹⁹ Peter Jakob Kock, *Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg* in: Manfred Tremml, *Geschichte des modernen Bayern*, 2. Auflage 2000, S. 393.

Vergleich zu 1939 insgesamt 14,4 % der Wohnungen in Bayern zerstört.⁷⁰⁰ In der Oberpfalz wurden jedoch lediglich 4,7% der Wohnungen zerstört.⁷⁰¹

Gegen Ende des Krieges waren 75 % von den 2,6 Millionen Menschen, die in Ostpreußen gelebt hatten, geflohen.⁷⁰² Aber nicht nur die aus dem Osten geflohenen Menschen stellte die Bayerische Regierung vor eine große Herausforderung, sondern auch die von den Nationalsozialisten verschleppten Menschen aus dem Osten – sog. Displaced Persons – die nach dem Krieg nicht mehr in den Osten zurückkehren wollten und nach Amerika auswandern wollten.⁷⁰³ Immerhin waren dies unmittelbar nach Kriegsende allein in Bayern rund 650.000 Menschen,⁷⁰⁴ die aus Furcht vor dem Kommunismus nicht mehr zurückkehren wollten, was zu Spannungen zwischen der Sowjetunion und den USA führte, weil die USA die Zwangsrepatriierung der Russen ablehnten.⁷⁰⁵ Diese schwer lösbaren Probleme wurden noch dadurch verschärft, dass durch die Amerikaner bis Ende März 1946 rund 140.000 Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst im Rahmen der Entnazifizierung entlassen wurden.⁷⁰⁶ Rund 250.000 Soldaten waren aus dem rechtsrheinischen Bayern gefallen⁷⁰⁷ und hinterließen eine große Lücke als Arbeitskräfte.

c. Alltäglicher Überlebenskampf

Spätestens ab dem Herbst 1946 war jedoch für die Bevölkerung die Frage nach dem täglichen Überleben wichtiger, als die Befassung mit den früheren NS-Größen. Mehr als 50% des Wohnraumes in den deutschen Städten war zerstört.⁷⁰⁸ Die Kartoffel- und Getreidelieferungen aus den Ostgebieten blieben ganz aus, weil diese Gebiete nach dem Krieg unter polnischer und sowjetischer Verwaltung standen.⁷⁰⁹ Vor dem Krieg wurden dadurch immerhin 30% des Bedarfes an diesen Produkten gedeckt.⁷¹⁰ Hinzu kam, dass in den Westzonen die Ernteerträge beim Getreide gegenüber 1938 um 46% und bei Kartoffeln um 27% zurückgegangen waren.⁷¹¹ Dies hatte zur Konsequenz, dass sich die Bevölkerung nur noch zu etwa 50% aus der eigenen Produktion ernähren konnte und die

⁷⁰⁰ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 16.

⁷⁰¹ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 16.

⁷⁰² Thomas Prüfer, 1945 Untergang und Neubeginn, 1. Auflage 2005, S. 35.

⁷⁰³ Karl-Heinz Willenborg, Überleben nach dem Zusammenbruch, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 197.

⁷⁰⁴ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 25.

⁷⁰⁵ Karl-Heinz Willenborg, Überleben nach dem Zusammenbruch, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 197.

⁷⁰⁶ Barbara Fait, Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner, 2. Auflage 1998, S. 69.

⁷⁰⁷ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 15.

⁷⁰⁸ Walter Roller, Stunde Null? In: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 26; Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 21.

⁷⁰⁹ Walter Roller, Stunde Null? In: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 19; Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 41.

⁷¹⁰ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 41.

⁷¹¹ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 41.

Lebensmittel rationiert werden mussten.⁷¹² Um die schlimmste Not zu verhindern, führten die Briten und die Amerikaner Lebensmittel nach Deutschland ein,⁷¹³ was aber angesichts der eigenen Not der Briten nur ein Tropfen auf den heißen Stein war.⁷¹⁴ Allein im Juli 1946 machten sich 1,1 Millionen Menschen vom Münchner Hauptbahnhof aus, auf die Suche nach Essbarem in die umliegenden Ortschaften.⁷¹⁵ In diesen Tagen waren Hamsterfahrten an der Tagesordnung.⁷¹⁶ Der Kölner Erzbischof Joseph Kardinal Frings rechtfertigte aus diesem Grund in seiner Silvesterpredigt 1946 den Diebstahl der Hungernden, denen man es nicht verdenken könne, wenn sie durch Arbeit nicht das Nötigste erhalten könnten.⁷¹⁷ Frings forderte die Bevölkerung allerdings auf, sich nicht mehr zu nehmen, als man unbedingt bräuchte, daraufhin wurde „Fringsen“ zum geflügelten Wort.⁷¹⁸ Der Verlockung sich durch „nahrhafte“ Beziehungen zu den Besatzern über Wasser zu halten, erlagen viele Frauen.⁷¹⁹ Nach inoffiziellen Schätzungen sollen allein in der SBZ 150.000 bis 200.000 Kinder geboren worden sein, deren Väter als Besatzer nach Deutschland kamen.⁷²⁰ Rund 20.000 Frauen sollen als „Heiratsemigrantinnen“, d.h. als frisch verheiratete Ehefrauen der GIs und deren Verlobte, zwischen 1946 und 1949 in die USA ausgewandert sein.⁷²¹ Dies mag vielleicht auch daran gelegen haben, dass 1946 auf 100 Männer im Alter von 20-30 Jahren 160 Frauen gleichen Alters kamen. Von den rund 4 Millionen alleinstehenden Frauen waren 2,5 Millionen Kriegerwitwen mit Kindern. Viele der heimgekehrten Männer waren Kriegsversehrte oder traumatisiert, die Frauen waren im Krieg gezwungen, sich zu emanzipieren.⁷²² In vielen Fällen führte dies zu einem Zerfall der Ehen, so dass die Scheidungsrate in den unmittelbaren Nachkriegsjahren sehr hoch war.⁷²³

Durch den sehr strengen Winter 1946/47⁷²⁴ verschlimmerte sich die Lage für die Bevölkerung weiter.⁷²⁵ Im Winter froren die Wasserwege zu, so dass diese als Transportwege

⁷¹² Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 45.

⁷¹³ Walter Roller, Stunde Null? In: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 26.

⁷¹⁴ Karl-Heinz Willenborg, Überleben nach dem Zusammenbruch, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 195.

⁷¹⁵ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 70.

⁷¹⁶ Walter Roller, Stunde Null? In: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 38; Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 29.

⁷¹⁷ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 82.

⁷¹⁸ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 82.

⁷¹⁹ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 97.

⁷²⁰ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 99.

⁷²¹ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 101.

⁷²² Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 108.

⁷²³ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 109.

⁷²⁴ Karl-Heinz Willenborg, Überleben nach dem Zusammenbruch, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 208.

⁷²⁵ Karl-Heinz Willenborg, Überleben nach dem Zusammenbruch, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 196.

ausschieden. Die Eisenbahn konnte diese erhöhte Belastung aber nicht leisten.⁷²⁶ Die Kälte setzte auch den Zügen zu, Weichen froren ein, notdürftig reparierte Kessel der Lokomotiven funktionierten nicht mehr, Gleise verschneiten. Zeitweise waren 50% der Züge aufgrund der Frostschäden unbrauchbar.⁷²⁷ So konnten die ohnehin nur knappen Vorräte nicht verteilt werden, weil die Infrastruktur hierzu – diese war 1944 das Hauptangriffsziel der strategischen Bomberflotten gewesen⁷²⁸ – nicht mehr funktionierte. Mitte März 1947 hatte zum Beispiel Nordrhein-Westfalen nur noch Vorräte für 2-3 Tage übrig, während in Bremen und Hamburg 160.000 Tonnen Getreide lagerten, die nicht abtransportiert werden konnten.⁷²⁹ Die Rationen mussten weiter reduziert werden. Umso schwerer fiel es in dieser Zeit, zum Beispiel den Landwirten Bayerns klar zu machen, dass die Eigenrationen zu reduzieren waren, aber an die anderen Besatzungszonen größere Liefermengen abzugeben waren.⁷³⁰

Durch die eingeschränkte Infrastruktur war aber nicht nur die Versorgung mit Nahrung,⁷³¹ sondern auch mit Heizmaterial nur noch sehr eingeschränkt möglich. Die Münchner Stadtverwaltung hatte im Dezember 1946 insgesamt 70 Wärmestuben eröffnet, damit es 50.000 Menschen wenigstens ein paar Stunden am Tag warm hatten.⁷³² Allein in Berlin gab es von Dezember 1946 bis Januar 1947 aufgrund der extremen Kälte 76 Todesfälle, 299 Fälle schwerer Erfrierungen und 23.574 Menschen mussten wegen Frostschäden ambulant behandelt werden. Allein im Februar 1947 erlagen 200 Menschen der Kälte.⁷³³ Im gleichen Zeitraum wurden in Berlin 1.000 Tote durch Verhungern registriert.⁷³⁴ In der Folge kam es im Frühjahr 1947 zu Aufständen und Demonstrationen.⁷³⁵ Zum Beispiel demonstrierten am 09.Mai 1947 in Hamburg 120.000 Menschen gegen die zu geringen Nahrungsrationen.⁷³⁶ Auf den „bitterkalten Hungerwinter“ folgte ein Glutsommer⁷³⁷ mit einer anhaltenden Dürreperiode und Temperaturen bis zu 40 Grad.

⁷²⁶ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 150.

⁷²⁷ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 150.

⁷²⁸ Karl-Heinz Willenborg, Von Morgenthau zu Marshall, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 231.

⁷²⁹ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 155.

⁷³⁰ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 154.

⁷³¹ Karl-Heinz Willenborg, Von Morgenthau zu Marshall, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 221.

⁷³² Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 119.

⁷³³ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 170nf.

⁷³⁴ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 171.

⁷³⁵ Karl-Heinz Willenborg, Überleben nach dem Zusammenbruch, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 196; Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 180.

⁷³⁶ Karl-Heinz Willenborg, Überleben nach dem Zusammenbruch, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 208.

⁷³⁷ Karl-Heinz Willenborg, Überleben nach dem Zusammenbruch, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 196; Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 189.

Nur langsam normalisierte sich die Versorgung mit Nahrung und Heizmaterial für den Winter.

d. Neuorientierung der Besatzungspolitik

Die Alliierten waren zwar als Besatzer nach Deutschland gekommen. Diese Haltung änderte sich jedoch sehr bald. Im Frühsommer 1946 unternahmen die USA den letzten Versuch, das drohende wirtschaftliche Chaos gemeinsam mit Stalin und nicht gegen die Sowjetunion zu lösen.⁷³⁸ Dieser Versuch scheiterte jedoch an dem Widerstand des sowjetischen Außenministers Molotow.⁷³⁹ Daraufhin wurde bereits Anfang September 1946 der Zusammenschluss der britischen sowie der amerikanischen Besatzungszone zur Bizone angekündigt.⁷⁴⁰ Bei der Deutschen Bevölkerung war dies ein wichtiges Signal der Besatzer, die so dem besiegteten Volk die Hand reichten.⁷⁴¹ Hintergrund war allerdings, dass sich Großbritannien die Besatzungskosten nicht mehr leisten konnte und deswegen die USA einspringen mussten.⁷⁴² Am 01.01.1947 wurde sodann die Vereinigte Wirtschaftszone aus der amerikanischen und britischen Besatzungszone gegründet.⁷⁴³ Die Deutschlandpolitik wurde zunehmend von den USA bestimmt, spätestens ab 1947 mussten sich Frankreich und Großbritannien aufgrund deren finanzieller Abhängigkeit von den USA, diesen in der Deutschlandpolitik unterordnen.⁷⁴⁴

Der US Präsident Truman erklärte in einer Rede vor dem amerikanischen Kongress, dass seine Regierung entschlossen sei, die freien Völker im Kampf gegen den Kommunismus zu unterstützen.⁷⁴⁵ Diese Erklärung wurde später als Truman-Doktrin bekannt.⁷⁴⁶ Gleichzeitig waren aus den ehemaligen gemeinsamen Siegern, Gegner geworden. Um den Vormarsch des Kommunismus in Europa einzudämmen, legte die amerikanische Regierung ein Wiederaufbauprogramm für Gesamteuropa auf,⁷⁴⁷ von dem allerdings

⁷³⁸ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 36.

⁷³⁹ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 37.

⁷⁴⁰ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 37; Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 37.

⁷⁴¹ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 37.

⁷⁴² Karl-Heinz Willenborg, Von Morgenthau zu Marshall, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 234.

⁷⁴³ Manfred Knapp, Die Deutschlandpolitik der Westalliierten, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Der Neubeginn in Europa, 1. Auflage 2010, S. 40; Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 48.

⁷⁴⁴ Karl-Heinz Willenborg, Von Morgenthau zu Marshall, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 221.

⁷⁴⁵ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 48.

⁷⁴⁶ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 38.

⁷⁴⁷ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 39.

nur die westlichen europäischen Staaten⁷⁴⁸ sowie Deutschland Gebrauch machten.⁷⁴⁹ Deutschland war in diesen Marshallplan mit einbezogen worden,⁷⁵⁰ weil die deutsche Wirtschaft eng mit der europäischen Wirtschaft verflochten war⁷⁵¹ und der Aufbau der europäischen Wirtschaft ohne das deutsche Industriepotential nicht möglich war.⁷⁵² Zwar erhielt Deutschland nur 10% der Mittel aus dem Marshallplan, doch war die Signalwirkung einer Hilfe der Besatzer an das besiegte Volk von enormer psychologischer Wirkung.⁷⁵³ Um die Verwaltung des Mangels endgültig abzustellen, war es wichtig, den Markt wieder in Gang zu setzen. Der spätere Wirtschaftsminister Ludwig Erhard kündigte im April 1948 als Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates einen radikalen Kurswechsel an.⁷⁵⁴ Die Wiederbelebung der Wirtschaft war nur durch eine radikale Währungsreform zu bewerkstelligen und zudem Voraussetzung für die Teilnahme an dem Marshallplan.⁷⁵⁵ Einem Geldüberhang⁷⁵⁶ von 380 Milliarden Reichsmark stand kein entsprechendes Güterangebot gegenüber.⁷⁵⁷ Die Währungsreform hatte allerdings zur Folge, dass Millionen Sparer ihr Geldvermögen verloren haben.⁷⁵⁸ Die Einführung einer gesamtdeutschen Währung scheiterte an dem Widerstand der Sowjets im Herbst 1947.⁷⁵⁹ Die neue deutsche Währung wurde in den USA gedruckt und kam im April 1948 in 23.000 Kisten verpackt in Bremerhaven an.⁷⁶⁰ Mit der Währungsreform war ein Erlass der Schulden des Deutschen Reiches sowie der Verfall von 80% des Geldvermögens der Westdeutschen verbunden.⁷⁶¹ Ebenso schaffte Erhard weitgehend die Preisbindung der Produkte ab.⁷⁶² So war es praktisch über Nacht möglich, dass plötzlich mit der

⁷⁴⁸ Karl-Heinz Willenborg, Von Morgenthau zu Marshall, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 236; Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 39; es hatten zwar schon osteuropäische Staaten angekündigt, ebenfalls Mittel aus dem Marshallplan abzurufen, auf den Druck Moskaus hin, wurde die Hilfe jedoch wieder zurückgewiesen.

⁷⁴⁹ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 38.

⁷⁵⁰ Manfred Knapp, Die Deutschlandpolitik der Westalliierten, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Der Neubeginn in Europa, 1. Auflage 2010, S. 40.

⁷⁵¹ Karl-Heinz Willenborg, Von Morgenthau zu Marshall, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 221.

⁷⁵² Karl-Heinz Willenborg, Von Morgenthau zu Marshall, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 235; Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 38.

⁷⁵³ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 39.

⁷⁵⁴ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 40.

⁷⁵⁵ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 40.

⁷⁵⁶ Karl-Heinz Willenborg, Überleben nach dem Zusammenbruch, in: Jürgen Weber, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4. Auflage 1994, S. 204.

⁷⁵⁷ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 40.

⁷⁵⁸ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 40.

⁷⁵⁹ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 42; Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 40.

⁷⁶⁰ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 40.

⁷⁶¹ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 41.

⁷⁶² Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 42.

neuen Währung alle Produkte in den Schaufenstern erschienen, die zuvor nur über den Schwarzmarkt zu beziehen waren.⁷⁶³

Die Sowjetunion führte am 23. Juni 1948, also nur 3 Tage nach den westlichen Alliierten⁷⁶⁴ in der SBZ ebenfalls eine neue Währung ein. Die Sowjetwährung sollte in ganz Berlin gelten, was mit den Westalliierten nicht abgesprochen war.⁷⁶⁵ Die Westalliierten führten daraufhin in Berlin ebenfalls die D-Mark ein, was die Sowjets zum Anlass nahmen, den Westteil der Stadt zu blockieren.⁷⁶⁶ 2 Millionen Westberliner, 8.000 alliierte Soldaten mit 22.000 Angehörigen waren ohne Vorankündigung von der Strom- und Lebensmittelversorgung sowie von sämtlichen Infrastruktureinheiten abgeschnitten.⁷⁶⁷ Die Sowjets wollten so die Westmächte dazu zwingen, Berlin aufzugeben. Für die Westmächte war Berlin jedoch von enormem Symbolcharakter, so dass die Briten und Amerikaner mit der Luftbrücke über knapp ein Jahr hinweg Westberlin aus der Luft versorgten.⁷⁶⁸ Alle 2 bis 3 Minuten landete ein, im Volksmund Rosinenbomber genanntes, Flugzeug, um Berlin mit allen benötigten Produkten zu versorgen.⁷⁶⁹ Ein bis heute unerreichtes gewaltiges Unterfangen. Die Blockade Berlins wurde von den Sowjets am 12. Mai 1949 aufgegeben.⁷⁷⁰ Sie hatten nichts erreicht,⁷⁷¹ außer, dass sich die Westdeutschen noch mehr mit den Westmächten verbunden fühlten.⁷⁷²

In der Zwischenzeit wurde auf dem sog. Herrenchiemseekonvent ein Entwurf für eine Westdeutsche Verfassung ausgearbeitet, die sodann am 23. Mai 1949 in Kraft trat.⁷⁷³ Im August 1949 fanden die ersten gesamtdeutschen Wahlen zum Ersten Deutschen Bundestag statt.⁷⁷⁴

e. Auswirkungen

In dieser allgemeinen Zeit des Umbruchs, der ungewissen Zukunft, fanden die von mir untersuchten Ehescheidungsverfahren, die zwischen 1946 und 1949 eingeleitet wurden, statt. Zunächst brach das gewohnte Leben zusammen.⁷⁷⁵ Der Krieg war zwar zu Ende,

⁷⁶³ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 42.

⁷⁶⁴ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 51.

⁷⁶⁵ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 43.

⁷⁶⁶ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 42; Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 43.

⁷⁶⁷ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 43.

⁷⁶⁸ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 43; Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 43.

⁷⁶⁹ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 43.

⁷⁷⁰ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 44.

⁷⁷¹ Manfred Knapp, Die Deutschlandpolitik der Westalliierten, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Der Neubeginn in Europa, 1. Auflage 2010, S. 41.

⁷⁷² Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 44; Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 44.

⁷⁷³ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 45.

⁷⁷⁴ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 45.

⁷⁷⁵ So auch Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 30.

aber das Volk besiegt. Vom Glauben an die Überlegenheit der eigenen Rasse fand eine Entwicklung, hin zur freiheitlichen Demokratie statt. Von Zerstörung und hartem Überlebenskampf nach dem Ende des Krieges bis hin zum beginnenden Konsum im Überfluss entwickelte sich die deutsche Gesellschaft von Besiegten zu Gleichberechtigten. Es fand eine bis heute anhaltende Verwestlichung der Gesellschaft statt, die im Marshallplan ihren Ursprung hatte.

Der Gerichtsalltag musste mit diesen wechselnden Gesamtumständen klarkommen. Zunächst unterlag bei der Wiedereröffnung der Gerichte 1946 eine Vielzahl der Juristen dem von den Besatzern auferlegten Berufsverbot. Gleichzeitig wurden durch die jahrelange Trennung durch den Krieg sowie durch Flucht und Vertreibung, Familienstrukturen auseinandergerissen, die durch eine Ehescheidung abgeschlossen werden sollten. Im zweiten Teil der Arbeit wird daher zu untersuchen sein, wie sich die oben beschriebene Entwicklung auf den Gerichtsalltag ausgewirkt hat.

II. ENTNAZIFIZIERUNG UND WIEDERAUFBAU

1. Die Abrechnung mit den Nationalsozialisten

Weit entfernt von dem täglichen Überlebenskampf der Bevölkerung begann am 20. November 1945 in Nürnberg die Verhandlung gegen 22 Hauptkriegsverbrecher,⁷⁷⁶ darunter Albert Speer, Hermann Göring, Rudolph Heß, Dönitz und Keitel.⁷⁷⁷ Nürnberg war deswegen ausgewählt worden, weil der große Justizpalast nicht zerstört war und deswegen die entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung standen.⁷⁷⁸ Dass in der Stadt der großen Reichsparteitage den Nazis der Prozess gemacht wurde, war nur ein Nebeneffekt, der aber durchaus nicht unerwünscht war.⁷⁷⁹ Das Internationale Militärtribunal (IMT) sollte die Hauptkriegsverbrecher des Naziregimes zur Verantwortung ziehen.⁷⁸⁰ Aber nicht nur Personen wurden vor dem IMT angeklagt, sondern auch die Organisationen⁷⁸¹ Reichsregierung, das Korps der politischen Leiter der NSDAP, die SS, der SD, die Gestapo, die SA und der Generalstab mit dem Oberkommando der Wehrmacht, sollten zur Verantwortung gezogen werden.⁷⁸² Das Interesse an dem Verfahren war groß.⁷⁸³ Rund 250 Journalisten aus aller Welt, darunter jedoch nur 5 aus Deutschland, drängten sich kurz vor Beginn des ersten Prozesses auf die Pressetribüne.⁷⁸⁴ Jeder Platz im klimatisierten Saal verfügte über einen Kopfhörer und Wählscheibe, mit der die Sprache gewählt werden konnte.⁷⁸⁵ Der Prozess wurde simultan auf Deutsch, Englisch, Französisch und Russisch übersetzt.⁷⁸⁶ Unmittelbar nach der Eröffnungsrede des amerikanischen Hauptanklägers wurden von dutzenden Anklagevertretern Dokumente, die die Schuld der Angeklagten beweisen sollten, vorgetragen.⁷⁸⁷ Die Anklage konnte jedoch den Schock der Zuschauer nicht für sich nutzen, da die amerikanischen Anklagevertreter dem Gericht die Schriftstücke lediglich in Englisch, nicht aber in den anderen Sprachen vorlegten. Das Gericht entschied daher, dass die Beweismittel in allen Sprachen vorzulegen waren. Eine Übersetzung war in der Kürze der Zeit nicht möglich, so dass alle Schriftstücke verlesen wer-

⁷⁷⁶ Ulrich Eisenhardt, *Deutsche Rechtsgeschichte*, 5. Auflage 2008, S. 463.

⁷⁷⁷ Jürgen Weber, *Deutsche Geschichte 1945 bis 1990*, 3. Auflage 2004, S. 15.

⁷⁷⁸ Bernhard Diestelkamp, *Die strafrechtliche Ahndung von NS-Unrecht*, ZNR 1999, 417 (423).

⁷⁷⁹ Bernhard Diestelkamp, *Die strafrechtliche Ahndung von NS-Unrecht*, ZNR 1999, 417 (423).

⁷⁸⁰ Hermann Mosler, *Der Einfluß der Rechtsstellung Deutschlands auf die Kriegsverbrecherprozesse*, SJZ 1947, 362 (363).

⁷⁸¹ Zu dem Problem der Anklage gegen Organisationen: Carl Haensel, *Nürnberger Probleme*, DRZ 1946, 67 ff.

⁷⁸² Robert H. Jackson, *Die Rechtsgrundlage für die Beschuldigung der Nazi-Organisationen als verbrecherische Organisationen*, SJZ 1946, 56 (56).

⁷⁸³ Carl Haensel, *Nürnberger Probleme*, DRZ 1946, 67 (69).

⁷⁸⁴ Thomas Prüfer, *1945 Untergang und Neubeginn*, 1. Auflage 2005, S. 188.

⁷⁸⁵ Thomas Prüfer, *1945 Untergang und Neubeginn*, 1. Auflage 2005, S. 188.

⁷⁸⁶ Thomas Prüfer, *1945 Untergang und Neubeginn*, 1. Auflage 2005, S. 188.

⁷⁸⁷ Thomas Prüfer, *1945 Untergang und Neubeginn*, 1. Auflage 2005, S. 191.

den mussten, was die „Wucht der Anklage“⁷⁸⁸ zerstreute. In dieser langweiligen Atmosphäre schliefen nicht nur die Angeklagten, sondern auch die Angestellten des Gerichtes immer wieder ein.⁷⁸⁹ Dies minderte jedoch nicht das nachhaltend große öffentlich Interesse an den Verhandlungen.⁷⁹⁰ In der amerikanischen Besatzungszone teilten bei einer Befragung 80% der Befragten mit, dass sie durch den Prozess Neues über die Konzentrationslager erfahren hätten, lediglich 13% erklärten, dass sie von den Konzentrationslagern überhaupt nichts gewusst hätten.⁷⁹¹ Am 30. September und 01. Oktober 1946 verkündete sodann das Gericht nach 403 Sitzungen an 218 Verhandlungstagen das Urteil.⁷⁹² In zwölf Fällen wurde die Todesstrafe verhängt, 7mal wurden Freiheitsstrafen verhängt und in drei Fällen kam das Gericht zu einem Freispruch.⁷⁹³ Zunächst hielten 80% der Befragten die Prozessführung für fair, während später der Prozess überwiegend als Siegerjustiz abgelehnt wurde.⁷⁹⁴ Bereits während des Prozesses gab es Kritik gegen die Vorgehensweise des IMT. Sonderbarerweise wurde aber überwiegend aus dem Inland, die ungerechtfertigte Nachsicht gegenüber den Angeklagten kritisiert.⁷⁹⁵

Aufgrund des bereits einsetzenden Kalten Krieges bestand bei den Alliierten keine Eignigkeit mehr bezüglich etwaiger Nachfolgeprozesse, so dass die 12 sich anschließenden Nachfolgeprozesse in Nürnberg allein durch die Amerikaner durchgeführt wurden.⁷⁹⁶ In einem dieser Verfahren wurden vor dem Militärgerichtshof in Nürnberg, aufgrund des Kontrollratsgesetzes Nr. 10, auch namhafte Juristen⁷⁹⁷ angeklagt.⁷⁹⁸ Das Verfahren wurde vom 04.01.1947 bis zur 330 Urteilsseiten umfassenden Verurteilung am 13.10.1947 durchgeführt.⁷⁹⁹ Dabei wurden 138 Zeugen verhört und insgesamt rund 2.100 Beweisdokumente

⁷⁸⁸ Thomas Prüfer, 1945 Untergang und Neubeginn, 1. Auflage 2005, S. 191.

⁷⁸⁹ Thomas Prüfer, 1945 Untergang und Neubeginn, 1. Auflage 2005, S. 191.

⁷⁹⁰ Clemens Vollnhals, Abrechnung und Integration. Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in West- und Ostdeutschland am Beispiel der Entnazifizierung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Der Neubeginn in Europa 1945 – 1949, 2010, S. 51.

⁷⁹¹ Clemens Vollnhals, Abrechnung und Integration. Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in West- und Ostdeutschland am Beispiel der Entnazifizierung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Der Neubeginn in Europa 1945 – 1949, 2010, S. 51.

⁷⁹² Thomas Prüfer, 1945 Untergang und Neubeginn, 1. Auflage 2005, S. 192.

⁷⁹³ Annette Weinke, Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland, 2002, S. 27.

⁷⁹⁴ Clemens Vollnhals, Abrechnung und Integration. Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in West- und Ostdeutschland am Beispiel der Entnazifizierung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Der Neubeginn in Europa 1945 – 1949, 2010, S. 51.

⁷⁹⁵ Th. Klefisch, Gedanken über Inhalt und Wirkungen des Nürnberger Urteils, JR 1947, 45 (46).

⁷⁹⁶ Bernhard Diestelkamp, Die strafrechtliche Ahndung von NS-Unrecht, ZNR 1999, 417 (425).

⁷⁹⁷ Z.B. Franz Schlegelberger als stellvertretender Reichsjustizminister: Der Nürnberger Juristenprozeß, SJZ 1947, 215.

⁷⁹⁸ Herbert Thiele-Fredersdorf, Das Urteil des Militärgerichtshofes Nr. III im Nürnberger Juristen-Prozeß, NJW 1947/48, 122 (122).

⁷⁹⁹ Herbert Thiele-Fredersdorf, Das Urteil des Militärgerichtshofes Nr. III im Nürnberger Juristen-Prozeß, NJW 1947/48, 122 (122).

kumente verwertet.⁸⁰⁰ Die insgesamt 14 Angeklagten wurden allesamt zu mehrjährigen bzw. lebenslänglichen Gefängnisstrafen verurteilt.⁸⁰¹

Aber nicht nur die Nazigrößen wurden verurteilt. Insgesamt verurteilten die drei Westmächte 5.000 Personen bis 1950,⁸⁰² darunter 806 zum Tode.⁸⁰³ Die sowjetischen Militärtribunale verurteilten über 50.000 Personen, darunter 756 zum Tode.⁸⁰⁴ Aber nicht nur Kriegsverbrecher wurden von den Alliierten erfasst. Der Entnazifizierungsprozess sollte eine umfassende politische Säuberung des besetzten Deutschland darstellen.⁸⁰⁵ So wurden vorübergehend über hunderttausend NS-Funktionäre in Sammellagern interniert⁸⁰⁶ und ehemalige NS-Mitglieder aus Schulen, staatlichen Verwaltungen, Gerichten⁸⁰⁷ und Wirtschaftsunternehmen entlassen.⁸⁰⁸ Allein in der amerikanischen Besatzungszone mussten 13 Millionen Menschen Fragebögen zu ihrer politischen Vergangenheit ausfüllen.⁸⁰⁹ 3,6 Millionen waren vom Gesetz zur Befreiung von Militarismus erfasst, aber nur knapp 1 Prozent wurde wirklich bestraft.⁸¹⁰ In der US-Zone wurden hierzu 545 Spruchkammern mit 22.000 Mitgliedern eingerichtet.⁸¹¹ In der Bevölkerung war die Meinung vorherrschend, selbst Opfer der Nationalsozialisten geworden zu sein, den Sieg der Alliierten erlebten die meisten nicht als Befreiung, sondern als Niederlage⁸¹² und Zusammenbruch des Deutschen Reiches.⁸¹³ Durch den Überleitungsvertrag aus dem Jahre 1955 wurde die Kompetenz für die Bestrafung nationalsozialistischen Unrechts komplett auf die BRD übertragen.⁸¹⁴ Bis zum 01.01.1986 wurden in Westdeutschland angeblich insgesamt 90.921 Verfahren eröffnet, von denen allerdings nur 6.479 mit einer Verurteilung endeten.⁸¹⁵

⁸⁰⁰ Herbert Thiele-Fredersdorf, Das Urteil des Militärgerichtshofes Nr. III im Nürnberger Juristen-Prozeß, NJW 1947/48, 122 (122).

⁸⁰¹ Zu den einzelnen Strafrahen: Herbert Thiele-Fredersdorf, Das Urteil des Militärgerichtshofes Nr. III im Nürnberger Juristen- Prozeß, NJW 1947/48, 122 (124 - 126).

⁸⁰² Ulrich Eisenhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, 5. Auflage 2008, S. 468.

⁸⁰³ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 16.

⁸⁰⁴ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 16.

⁸⁰⁵ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 16.

⁸⁰⁶ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 25.

⁸⁰⁷ Alexander Häusser, Gordian Maugg, Hungerwinter, Sonderausgabe 2010, S. 19: mehr als 95% der Juristen unterlagen einem Berufsverbot wegen der Mitgliedschaft in der NSDAP.

⁸⁰⁸ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 16nf.

⁸⁰⁹ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 17.

⁸¹⁰ Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3. Auflage 2004, S. 17.

⁸¹¹ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 26.

⁸¹² Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 17nf.

⁸¹³ Wilfried Loth, Die Deutschen bei Kriegsende: Hoffnungen, Befürchtungen, Erwartungen, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Der Neubeginn in Europa, 1. Auflage 2010, S. 71; Thomas Prüfer, 1945 Untergang und Neubeginn, 1. Auflage 2005, S. 181.

⁸¹⁴ Ulrich Eisenhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, 5. Auflage 2008, S. 468.

⁸¹⁵ Zitiert nach Ulrich Eisenhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, 5. Auflage 2008, S. 468.

2. Die Entnazifizierung der Juristen

a. Allgemein

Die amerikanische Bevölkerung⁸¹⁶ und damit die US-Besatzungspolitik⁸¹⁷ wollte zunächst eine umfangreiche Abrechnung mit den Nationalsozialisten.⁸¹⁸ Unmittelbar beim Einmarsch wurde pauschal aufgrund schwarzer Listen verhaftet.⁸¹⁹ Die pauschalen Verhaftungen aller greifbaren NSDAP-Funktionäre⁸²⁰ dauerten bis Juli 1945 an.⁸²¹ Mit der Direktive vom 7. Juli 1945 wurde festgelegt, dass alle Personen, die im Dritten Reich in einer wichtigen Position gearbeitet hatten, oder nach dem Zusammenbruch in eine solche Position gelangen wollten, den sog. großen Fragebogen auszufüllen hatten.⁸²² Ergab sich daraus, dass die Person eine aktive Rolle gespielt hatte und nicht nur passives Mitglied war, wurde sie – ohne Rücksicht auf Kündigungsfristen und der Frage, wer als Ersatz in die Position nachrücken konnte – aus dem Dienst entlassen.⁸²³ Dies hatte zur Folge, dass vielerorts die Behörden und Justizverwaltungen zusammenbrachen.⁸²⁴ Dadurch dass die NSDAP in Bayern rund 100.000 Mitglieder hatte, waren von der ersten Massenentlassung sehr viele öffentliche Stellen betroffen.⁸²⁵ In Nürnberg war zum Beispiel der gesamte mittlere und gehobene Dienst aus dem Dienst des Oberlandesgerichtes entfernt worden.⁸²⁶ In der allgemeinen Verwaltung in Nürnberg wurde ein Drittel des Personals entlassen.⁸²⁷ Fast 2/3 aller bayerischen Lehrer waren ebenfalls von der Massenentlassung betroffen,⁸²⁸ so dass das Schulwesen praktisch zum Erliegen kam. Zu der Jahreswende 1945/1946 waren in Bayern rund 90.000 NS-Aktivisten in Internierungslagern eingesperrt worden.⁸²⁹ Diese Verhaftungswelle stieß nicht auf uneingeschränkte Gegenliebe durch die Bevölkerung, so dass die Amerikaner schnell erkannten, dass sie zur wirksamen Denazifizierung auf die Mitarbeit der deutschen Bevölkerung angewiesen waren.⁸³⁰

⁸¹⁶ Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 59.

⁸¹⁷ Clemens Vollnhals, *Entnazifizierung*, 1. Auflage 1991, S. 9.

⁸¹⁸ Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern*, 1. Auflage 1972, S. 56; Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 29.

⁸¹⁹ Ulrich Eisenhardt, *Deutsche Rechtsgeschichte*, 5. Auflage 2008, S. 469; Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern*, 1. Auflage 1972, S. 147.

⁸²⁰ Maren Bedau, *Entnazifizierung des Zivilrechts*, 2004, S. 48.

⁸²¹ Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern*, 1. Auflage 1972, S. 149.

⁸²² Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern*, 1. Auflage 1972, S. 150.

⁸²³ Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern*, 1. Auflage 1972, S. 150.

⁸²⁴ Maren Bedau, *Entnazifizierung des Zivilrechts*, 2004, S. 53; Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 59.

⁸²⁵ Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 59.

⁸²⁶ Bernd Diestelkamp, *Rechts- und verfassungsgeschichtliche Probleme zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, 3. Teil, JuS 1981, 488 (491).

⁸²⁷ Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 59.

⁸²⁸ Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 59.

⁸²⁹ Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 60.

⁸³⁰ Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 61.

Ein von Hoegner im Oktober 1945 initiiertes bayerisches Entnazifizierungsgesetz wurde jedoch von der Militärregierung zurückgewiesen.⁸³¹ Die Militärregierung initiierte schließlich zum 05.03.1946 das Gesetz zur Befreiung von Nationalismus und Militarismus.⁸³² Die Ministerpräsidenten der amerikanischen Besatzungszone hatten hierauf keinen Einfluss und durften schließlich lediglich nur unterschreiben.⁸³³ Dennoch handelte es sich formaljuristisch wegen dieser Unterschrift um ein bayerisches Gesetz.⁸³⁴ Jeder Bewohner Bayerns, der älter als 18 Jahre war, musste einen Meldebogen mit 14 Fragen zu seiner Person, der Verbindung zum NS-System und zu seiner beruflichen Entwicklung seit 1932 Angaben machen.⁸³⁵ Bis zum 31.12.1949 gaben 6,7 Millionen Bürger in Bayern einen Meldebogen ab.⁸³⁶ Bis März 1949 wurde in lediglich 33.000 Fällen ein öffentliches Spruchkammerverfahren durchgeführt.⁸³⁷ Ende 1946 hatten in Bayern 200 Spruchkammern, die aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern bestanden.⁸³⁸ und 7 Berufungskammern ihre Tätigkeit aufgenommen.⁸³⁹ Welche Schwierigkeiten der Aufbau des Spruchkammersystems mit sich brachte, kann man sich kaum vorstellen. Dem entsprechenden Ministerium stand kaum Material zur Verfügung. Es fehlte an Büromöbeln ebenso wie an Personal.⁸⁴⁰ Gerade das Personal stellte die größte Hürde dar, wenn man bedenkt, dass an die Mitarbeiter ein besonders strenger Maßstab anzulegen war, was die Belastung mit dem Nationalsozialismus betraf und rund 2/3 der bayerischen Bevölkerung vom Befreiungsgesetz tangiert war.⁸⁴¹ Bis zum Ende der Entnazifizierung wurden allein in Bayern bis zu 12.000 unbelastete Personen mit der Durchführung des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus beschäftigt.⁸⁴² Trotz des gewaltigen Aufwandes konnte das Ergebnis der Entnazifizierung nicht überzeugen.⁸⁴³ Schon allein deswegen, weil es entgegen aller rechtsstaatlicher Grundsätze⁸⁴⁴ von einer Beweis-

⁸³¹ Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 61.

⁸³² Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 61.

⁸³³ Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 61.

⁸³⁴ Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern*, 1. Auflage 1972, S. 318.

⁸³⁵ Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 62.

⁸³⁶ Zu den rechtsstaatlichen Bedenken gegen diese „Selbstanzeige“: Otto Gritschneder, *Sackgasse Säuberung, Eine kritische Denkschrift zum zweiten Jahrestag des Inkrafttretens des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946*, S. 14.

⁸³⁷ Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern*, 1. Auflage 1972, S. 540.

⁸³⁸ Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 62.

⁸³⁹ Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 62.

⁸⁴⁰ Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern*, 1. Auflage 1972, S. 357.

⁸⁴¹ Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern*, 1. Auflage 1972, S. 357.

⁸⁴² Maximilian Lanzinner, *Zwischen Sternenbanner und Bundesadler*, 1. Auflage 1996, S. 62.

⁸⁴³ Im Volksmund soll es geheißen haben, dass das Dritte Reich tatsächlich 1000 Jahre dauerte. 12 Jahre herrschte Hitler und 988 Jahre dauert die Entnazifizierung; zitiert nach: Otto Gritschneder, *Sackgasse Säuberung, Eine kritische Denkschrift zum zweiten Jahrestag des Inkrafttretens des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946*, S. 43.

⁸⁴⁴ Ebenso: Otto Gritschneder, *Sackgasse Säuberung, Eine kritische Denkschrift zum zweiten Jahrestag des Inkrafttretens des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946*, S. 6 mit weiteren Ausführungen dazu, inwieweit das Gesetz gegen rechtsstaatliche Grundsätze verstößt (allerdings ohne Angabe eines Erscheinungsdatums).

last des Angeklagten ausging.⁸⁴⁵ Aber auch in tatsächlicher Hinsicht waren die Ergebnisse der Entnazifizierung enttäuschend. So wurden zum Beispiel von den 1946 geprüften Fällen lediglich 7% tatsächlich vor einer Spruchkammer verhandelt und von den verhandelten Fällen wurden die Betroffenen in 4/5 der Fälle als Mitläufer oder Entlastete eingestuft.⁸⁴⁶ Da die Angeklagten während des Spruchkammerverfahrens einem Berufsverbot unterlagen und ihre Bankkonten gesperrt waren, hatten die Spruchkammerverfahren ernstliche wirtschaftliche Konsequenzen für die Betroffenen.⁸⁴⁷ Es fehlten scharenweise Arbeitskräfte, die zum Wiederaufbau dringend benötigt worden wären.⁸⁴⁸ Um die wirtschaftlichen Folgen so gering wie möglich zu halten, handelten die völlig überlasteten Spruchkammern zunächst die einfachen Verfahren ab, damit die Angeklagten schnell wieder als Arbeitskräfte zur Verfügung standen.⁸⁴⁹ Die Verfahren gegen die schwerer Belasteten wurden so verzögert und fielen schließlich in die Zeit, als die Bizone gegründet wurde, die Währungsreform vorbereitet wurde und schließlich bei den Besatzern die Erkenntnis reifte, dass zu Beginn des Kalten Krieges die Kooperation des besiegten Deutschlands erforderlich war.⁸⁵⁰ Das Befreiungsgesetz lief dieser Entwicklung jedoch entgegen, so dass die Verfolgung der Hauptbelasteten mit weit geringerer Vehemenz betrieben wurde, als zu Beginn der Entnazifizierung die Verfolgung der geringer Belasteten.⁸⁵¹ Die Masse der Verfahren waren daher vielfach eine reine Schreibtischangelegenheit.⁸⁵² Immerhin rund $\frac{3}{4}$ dieser Verfahren fielen generell unter eine Amnestie.⁸⁵³ Von den restlichen 26% dieser Fälle entschied die Spruchkammer, in wiederum 36% der Verfahren, eine Amnestie zu gewähren oder das Verfahren auf sonstige Art einzustellen.⁸⁵⁴ In weiteren rund 50% dieser Verfahren wurde schriftlich entschieden, so dass lediglich 13,5% der Fälle, die nicht pauschal unter eine Amnestie fielen, überhaupt vor der Spruchkammer landeten.⁸⁵⁵

Unter die Weihnachtsamnestie fielen rund 85% der Betroffenen, so dass insgesamt rund 1,4 Millionen Betroffene als Amnestierte davon kamen.⁸⁵⁶ Gemessen an der ursprünglichen Intention der Amerikaner ein geradezu beschämendes Ergebnis.⁸⁵⁷ Bei ei-

⁸⁴⁵ Zu den rechtsstaatlichen Bedenken gegen die Umkehr der Beweislast: Otto Gritschner, Sackgasse Säuberung, Eine kritische Denkschrift zum zweiten Jahrestag des Inkrafttretens des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946, S. 16.

⁸⁴⁶ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 63.

⁸⁴⁷ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 63.

⁸⁴⁸ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 63.

⁸⁴⁹ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 63.

⁸⁵⁰ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 63.

⁸⁵¹ So im Ergebnis auch: Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 63.

⁸⁵² Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern, 1. Auflage 1972, S. 549.

⁸⁵³ Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern, 1. Auflage 1972, S. 541.

⁸⁵⁴ Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern, 1. Auflage 1972, S. 541.

⁸⁵⁵ Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern, 1. Auflage 1972, S. 541.

⁸⁵⁶ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 64.

⁸⁵⁷ So auch: Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 64.

ner Untersuchung aus dem Jahr 1948 stellte man fest, dass bei den gewählten Organen der kommunalen Gebietskörperschaften zwischen 10 und 30% der Gewählten früher NSDAP-Mitglieder waren.⁸⁵⁸ Aber nicht nur bei den gewählten Einrichtungen kehrten die Altnationalsozialisten wieder auf ihre Posten zurück, sondern auch bei den Behörden.⁸⁵⁹ So waren 41,5% der leitenden Beamten der Münchner Ministerien sowie 35% der leitenden Beamten im Öffentlichen Dienst in Ober- und Mittelfranken frühere NSDAP-Mitglieder.⁸⁶⁰ Im Jahre 1949 betrug der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder unter den Richtern und Staatsanwälten 81%,⁸⁶¹ so dass man zumindest in diesem Bereich nicht von einer Entnazifizierung sprechen kann. Dies lag wohl auch daran, dass trotz der Wiedereinstellung der früheren Parteigenossen im Jahre 1949 immer noch 204 Stellen in der Justiz nicht besetzt werden konnten, weil es an geeigneten Bewerbern fehlte.⁸⁶²

b. Die Amberger Juristen

aa. Die Richter

Insgesamt sind zu den Richtern, die in Amberg vor oder nach dem Ende des Dritten Reiches tätig wurden, in 10 Fällen Spruchkammerakten vorhanden. 2 Verfahren wurden aufgrund der Weihnachtsamnestie eingestellt, ein Verfahren wurde eingestellt und in einem weiteren Verfahren findet sich ein Vermerk in der Spruchkammerakte, dass diese versendet wurde. Offensichtlich ist diese Akte in den Nachkriegswirren einfach nicht mehr zurückgeschickt worden. In den 6 anderen Fällen wurden die Richter als Mitläufer eingestuft. Im Fall des späteren Landgerichtspräsidenten ist überhaupt keine Spruchkammerakte vorhanden. Ob eine solche nicht angelegt wurde, oder sie später verloren ging, ist nicht bekannt.

Erstaunlich ist jedoch, dass von den 6 Einstufungen als Mitläufer lediglich 2 im schriftlichen Verfahren ergingen, während 4 dieser Einstufungen in einem öffentlichen Verfahren erfolgten.

[1]. Schriftliche Verfahren

Ein Richter war bereits 1938 pensioniert worden. Er war 1935 der NSDAP beigetreten. Als Begründung führte der Richter an, dass er auf den Führer amtlich vereidigt worden wäre.⁸⁶³ Soweit er damals überblicken konnte, wären die Wege, Bestrebungen und Ziele der Partei zunächst harmlos gewesen und hätten als einwandfrei bezeichnet werden können, weswegen er schließlich beigetreten sei. Erst im Laufe der Jahre hätte er aufgrund der Geschehnisse und Misstände erkannt, dass er sich beim Eintritt in die Partei

⁸⁵⁸ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 65.

⁸⁵⁹ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 65.

⁸⁶⁰ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 65.

⁸⁶¹ Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 66.

⁸⁶² Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1. Auflage 1996, S. 66.

⁸⁶³ Spruchkammer Amberg-Stadt, Az. B5.

in einem Irrtum befunden hätte, aber zu diesem Zeitpunkt habe er nicht mehr austreten können. Die Spruchkammer stuft Richter B als Mitläufer ein.

In dem Spruchkammerverfahren eines weiteren Richters, der hauptsächlich nach dem Ende des Dritten Reiches am Landgericht in Amberg in Erscheinung getreten war, wurde ebenfalls mittels Sühnebescheides das Verfahren abgeschlossen.⁸⁶⁴ Richter S war erst 1937 der NSDAP beigetreten, nachdem er als einer der letzten Richter des Amtsgerichts Amberg noch nicht Mitglied war. S war 1934 aus der SA ausgetreten. Den Grund für den Austritt gab S nicht an, jedoch aber war Grund für den Eintritt, dass S 1933 nach dem Zweiten Staatsexamen dringend eine Anstellung suchte und sich deswegen über die SA-Mitgliedschaft eine solche erhoffte.

Von den beiden Richtern, die mittels Sühnebescheid, also ohne mündliche Verhandlung, in die Gruppe der Mitläufer eingestuft wurden, ist bei einem Richter deutlich erkennbar, dass die Spruchkammer lediglich den Pensionsanspruch des Richters sichern wollte und ihn deswegen als Mitläufer einstufte. Die Begründung, dass 1935 nicht erkennbar gewesen sein soll, in welche Richtung sich der Nationalsozialismus bewegte, ist nicht nachvollziehbar.

[2]. Mündliche Verfahren

Wie oben bereits dargestellt wurde, mussten Verfahren, die in öffentlicher, mündlicher Verhandlung durchgeführt wurden, bereits mehrere Filter durchlaufen haben. Wenn also ein Fall öffentlich in mündlicher Verhandlung durchgeführt wurde, musste es sich dabei schon um eine Verstrickung mit dem Regime handeln, die selbst unter den äußerst großzügigen Augen der Spruchkammern, nicht mehr ignoriert werden konnte.

Richter Ber⁸⁶⁵ trat bei den Verfahren vor dem Landgericht Amberg ab 1947 in Erscheinung, war aber schon von Oktober 1939 bis September 1944 am Landgericht Amberg tätig. Am 14.07.1947 wurde Ber in die Gruppe der Mitläufer eingereiht. Ber war bereits am 01. Mai 1933 der NSDAP beigetreten. Der öffentliche Kläger beantragte, Ber in die Gruppe II der Belasteten einzureihen. Ber war zum Zeitpunkt des Beitrittes 29 Jahre alt und gerade mit der juristischen Ausbildung fertig. In der Spruchkammerakte findet sich ein Hinweis, dass 1933 die Juristen listenmäßig zur Partei angemeldet wurden und sich dem Beitritt schlecht verweigern konnten, weil sie zu dem Zeitpunkt ja auch weder eine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft, noch eine Anstellung beim Staat hatten. Weswegen der Ankläger der Meinung war, Ber wäre als Belasteter einzustufen, ergibt sich aus der Akte nicht weiter.

Richter Gt⁸⁶⁶ verfasste die meisten Urteile aus der Zeit vor dem Ende des Dritten Reiches. Er trat im Mai 1935 der NSDAP bei. Im Spruchkammerverfahren wurde von Seiten der CSU sowie der KPD vorgetragen, dass Richter Gt als Nazi bekannt sei. Die KPD war sogar der Meinung, dass Gt als starker Anhänger Hitlers auch nach dem Ende des Drit-

⁸⁶⁴ Spruchkammerakte der Spruchkammer Amberg-Stadt, Az. St. 48.

⁸⁶⁵ Spruchkammerakte der Spruchkammer Amberg-Stadt, Az. B 146.

⁸⁶⁶ Spruchkammerakte der Spruchkammer Amberg-Stadt, Az. G 21.

ten Reiches noch nicht einwandfrei sei. In dem Spruch heißt es jedoch, dass Gt zu keiner Zeit und in keinem wesentlichen Punkt ein Gesinnungsgenosse der Nazisten gewesen sei und er mit unzweideutiger Klarheit dem tückischen verlogenen System der Nazis gegenübergestanden sei. Die richterliche Tätigkeit wird als einwandfrei und ohne Bezugnahme auf die Belange des Nationalsozialismus bezeichnet. Die Spruchkammer machte sich offensichtlich nicht die Mühe, entsprechende Akten beizuziehen, sonst hätte sie eine derartige Aussage zu der richterlichen Tätigkeit nicht treffen können. Auch die Aussage von Gt selbst konnte eine Einstufung als reiner Mitläufer nicht stützen. Er habe sich weltanschaulich nicht mit dem Nationalsozialismus befreunden können. Versammlungen hätten ihm nichts bieten können. Die nationalsozialistische Literatur habe ihn nicht interessiert, das Parteiabzeichen hätte er meist nicht getragen und das Grüßen mit Heil Hitler wäre er zu vermeiden bestrebt gewesen. Auf dieses Vorbringen hin und auf mehrere eidesstattliche Versicherungen Dritter, wurde Richter Gt als Mitläufer eingestuft, obwohl er offensichtlich regelmäßig das Parteiabzeichen getragen hatte, bei Versammlungen dabei war und auch den Hitlergruß verwendete. Wie die Rehabilitierung dieses Nazianhängers in der Bevölkerung ankommen musste, war dabei offensichtlich nur von untergeordneter Bedeutung.

Richter K⁸⁶⁷ war ebenfalls seit Mai 1935 Mitglied der NSDAP. K war seit Juni 1934 am Landgericht Amberg beschäftigt. Seine politische Karriere begann K als BVP Mitglied. Um diesen als Makel zu wertenden Umstand im Dritten Reich zu beseitigen, sei K der NSDAP beigetreten. Im Spruch wurde festgestellt, dass sich K in seiner Eigenschaft als Richter zu keiner Zeit die nationalsozialistische Weltanschauung zu Eigen gemacht hätte. Oberste Richtschnur sei für Richter K gewesen, sich ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit an den bestehenden Gesetzen zu orientieren. Ein Richterkollege bescheinigte Richter K sogar, dass dieser niemals das nationalsozialistische Recht in Anspruch genommen hätte. Referendare, die bei Richter K in Ausbildung gewesen waren, bestätigten, dass sie in den Arbeitsgemeinschaften rein juristisch auf den Beruf vorbereitet worden wären. Interessant bei diesem Verfahren ist, dass K bereits im Dritten Reich zum Landgerichtsdirektor befördert wurde, der spätere Landgerichtspräsident aber die ganze Zeit Landgerichtsrat blieb, obwohl er viel älter war, als Richter K. In der mündlichen Verhandlung des Spruchkammerverfahrens wurden insgesamt 12 Zeugen gehört. Diese Anzahl von Zeugen ist angesichts dessen, dass dauernder Mangel an Personal und Zeit herrschte, um die Verfahren abzuwickeln, erstaunlich. Der nach dem Ende des Dritten Reiches zum Landgerichtspräsidenten beförderte Richter war kein Parteimitglied und wurde im Dritten Reich nicht befördert. Im Spruchkammerverfahren gab er an, dass Richter K ein kühner Streber gewesen sei, der seine politische Haltung ganz seiner Karriere unterordnete und sich daher dem Nationalsozialismus zur Verfügung gestellt hatte, ohne allerdings ein überzeugter Anhänger desselben zu sein. In der mündlichen Verhandlung wurde dem Landgerichtspräsidenten, der als Letzter vernommen wurde, vorgehalten, dass nun 11 Zeugen zu Gunsten Richters K ausgesagt hätten und dass er der Einzige sei, der etwas anderes aussagen würde. Dies sei undemokratisch und der Land-

⁸⁶⁷ Spruchkammerakte der Spruchkammer Amberg-Stadt, Az. K 34.

gerichtspräsident solle seine Aussage noch einmal überdenken. An diesem Verfahren wird sehr deutlich, welche Farce die Spruchkammerverfahren waren. Die 12 Zeugen dieses Prozesses waren zum Teil Richterkollegen aber auch zum Teil Anwälte des Landgerichtsbezirkes. Es war bereits zu Verhandlungsbeginn, aus den Erfahrungen der anderen Spruchkammerverfahren, sehr wahrscheinlich, dass Richter K weiter arbeiten durfte. Es war weiter sehr wahrscheinlich, dass K, der bereits Landgerichtsdirektor war, in naher Zukunft weiter befördert werden würde und sich auch schon selbst ins Gespräch um den Landgerichtspräsidentenposten gebracht hatte. Einer der Anwälte war ein Studienfreund von K. Außerdem waren die Anwälte in der ungünstigen Position, dass sie sich mit den Richtern gut stellen mussten, um die Armenrechtsmandate zu erhalten. Eine wirklich neutrale Aussage war daher unter der Voraussetzung, dass zu erwarten war, dass Richter K wieder als Richter im Landgerichtsbezirk Amberg eingesetzt würde, nicht zu erwarten. Ähnliches gilt für die Richterkollegen. Zwei dieser Kollegen waren ebenfalls frühere Mitglieder der NSDAP gewesen. Dass von dieser Seite kein Angriff kommen konnte, war daher nicht überraschend. Aber auch Richter, die nicht Mitglied der NSDAP waren, konnten angesichts dessen, dass zu erwarten war, dass Richter K ein späterer Vorgesetzter sein würde, keine wirklich neutrale Aussage machen. Richter Z war als Landgerichtspräsident als Einziger nicht mehr von der späteren Gunst Richters K abhängig und konnte so eine neutrale Aussage machen, die aber als undemokratisch vom Vorsitzenden der Spruchkammer zurückgewiesen wurde.

Aber auch ein zweiter absurder Umstand wird an diesem Spruchkammerverfahren deutlich. Richter K wurde im Dritten Reich zum Landgerichtsdirektor befördert. Gleichaltrige Kollegen, die nicht so für den Nationalsozialismus einstanden, wurden nicht befördert. Nach dem Ende des Dritten Reiches wurde K vom Makel des Nationalsozialismus reingewaschen und konnte seine Position als Landgerichtsdirektor halten und war so bei den anschließenden Beförderungen, denjenigen, die im Dritten Reich nicht befördert wurden, wiederum etliche Jahre voraus. Schließlich wurde K nach Richter Z Präsident des Landgerichtes Amberg, was er vermutlich nicht geschafft hätte, wenn er die Beförderung zum Landgerichtsdirektor nicht so früh erhalten hätte. Die Vorteile, die sich für K im Dritten Reich durch die Parteizugehörigkeit ergaben, konnte dieser mit in die Bundesrepublik übernehmen und galt darüber hinaus als reingewaschener Demokrat.

Ein weiteres Beispiel war der vierte Fall eines Amberger Richters, der nach mündlicher Verhandlung als Mitläufer eingestuft wurde. Richter J⁸⁶⁸ trat im Mai 1933 der SA bei und bekleidete dort den Rang eines Oberscharführers. Als SA Mitglied wurde J im Mai 1937 in die NSDAP übergeführt. Ab 9. Mai 1943 war J in amerikanischer Gefangenschaft. J war bereits beim Hitlerputsch im November 1923 beteiligt und sagte im Spruchkammerverfahren aus, dass er der Meinung war, dass die liberale Wirtschaftsordnung der Weimarer Republik zu Gunsten einer sozialistischen Wirtschaftsordnung überlebt gewesen sei. J sei damals der Meinung gewesen, dass ein Regime starker und energischer Männer ein Allheilmittel gegen alle Not sei. Richter J sagte weiter aus, dass er be-

⁸⁶⁸ Spruchkammerakte der Spruchkammer Amberg-Stadt, Az.: J 53.

reits vor 1933 erkannte, dass ein etwaiger nationalsozialistischer Staat kein Rechtsstaat sein könnte und Macht und Staatsraison höher stehen würden, als Recht, Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Den Eintritt in die SA erklärte J in dem Spruchkammerverfahren damit, dass er damit keine Identifizierung mit der Partei erklären wollte, sondern nur dokumentieren wollte, nicht ganz abseits zu stehen. Die Spruchkammer hinterfragte jedoch nicht weiter, weswegen jemand, der bereits vor der Machtergreifung vorhersehen konnte, in welche Richtung sich der Nationalsozialismus entwickeln würde, bereits 1933 einer NS-Gruppierung beitreten konnte und trotzdem kein Anhänger des Nationalsozialismus sein sollte.

Seine Beförderung zum Volksgerichtshof schilderte J als zwiespältig. Zum einen freute er sich, zu so einer verantwortungsvollen Aufgabe herangezogen zu werden, zum anderen hielt er den Volksgerichtshof für überflüssig, weil das Reichsgericht diese Aufgabe ebenfalls übernehmen konnte. Der Volksgerichtshof sei zudem zu seiner Zeit etwas ganz anderes gewesen, wie später unter Freisler. J führte weiter aus, dass er wegen seiner Tätigkeit beim Oberreichsanwalt nicht als belastet angesehen werden könne, da er im Einklang mit den damaligen Gesetzen handelte, deren Rechtsgültigkeit von niemandem bestritten wurde.

Der Anklagevertreter hatte beantragt, J in die Gruppe I der Hauptschuldigen einzureihen. Gleichwohl wurde J nur als Mitläufer eingestuft. Diese Einstufung ist schon recht erstaunlich. J war Teilnehmer eines versuchten Staatsstreiches 1923, war bereits seit 1933 Mitglied in einer nationalsozialistischen Gruppierung und dort in verschiedenen Funktionen tätig. Schließlich wurde J als Staatsanwalt beim Volksgerichtshof tätig. Gerade der Volksgerichtshof war symbolhafter Ausdruck des Versagens der Juristen im Dritten Reich, weil er sich selbst als integraler Bestandteil des Unrechtsregimes verstand. Trotz dieser Umstände wurde J lediglich als Mitläufer eingestuft. Ein geradezu absurder Spruch.

bb. Die Rechtsanwälte

Zu 13 Anwälten des Landgerichtsbezirkes Amberg waren Spruchkammerakten vorhanden. In 7 Verfahren wurde das Verfahren eingestellt, gegen 1 Rechtsanwalt wurde ein Sühnebescheid erlassen und gegen 5 Anwälte wurde ein öffentliches Spruchkammerverfahren durchgeführt.

[1]. Eingestellte Verfahren

In den 7 Verfahren, die eingestellt wurden, waren in zwei Fällen aktive Nationalsozialisten betroffen.

Ein Verfahren,⁸⁶⁹ das wegen der Weihnachtsamnestie eingestellt wurde, entlastete einen Rechtsanwalt, der mit dem Kreisleiter der NSDAP vor dem Rathaus die erste Ansprache gehalten hatte. Dabei wurde die schwarz-rot-goldene Fahne verbrannt. Aus einem Zeitungsartikel ergibt sich, dass der Rechtsanwalt als Standartenführer die Ver-

⁸⁶⁹ Spruchkammerakte der Spruchkammer Amberg-Stadt, Sch 73.

pflichtung einer Reichswehrereinheit durchführte. Man kann also behaupten, dass dieser Anwalt sich aktiv am Nationalsozialismus beteiligt hat. Er war sogar Hauptscharführer der SA. Dennoch reihte die Spruchkammer den Betroffenen zunächst nur als Mitläufer ein. Später wurde das Verfahren wegen der Weihnachtsamnestie eingestellt.

In einem weiteren Verfahren⁸⁷⁰ erfolgte eine Einstellung aufgrund der Weihnachtsamnestie. Auch in diesem Verfahren war der Betroffene NSDAP Mitglied und Sturmmann bei der Waffen-SS. Weitere Ausführungen finden sich in der Akte nicht. Dennoch kann auch hier davon ausgegangen werden, dass der Betroffene nicht passives Mitglied war, sondern den Nationalsozialismus gefördert hatte.

In den anderen 5 Verfahren⁸⁷¹ handelte es sich um Anwälte, die sich entweder dem Nationalsozialismus aktiv entgegenstellten, während der Zeit des Nationalsozialismus Nachteile – wie z.B. Verhaftungen, Berufsverbote oder Ähnliches – erdulden mussten oder um Anwälte, die sich aktiv gegen den Nationalsozialismus eingesetzt hatten.

[2]. Durchgeführte Verfahren

Der Anwalt,⁸⁷² gegen den ein Sühnebescheid erlassen wurde, war in der Hitlerjugend als Rechtsreferent tätig, hatte sich aber ansonsten – ausweislich der Akte – nicht am Nationalsozialismus beteiligt. Möglicherweise unterblieben weitere Untersuchungen, weil der Jurist zum Zeitpunkt der Spruchkammerentscheidung bereits als beauftragter Richter eingesetzt wurde.

Ein Anwalt⁸⁷³ wurde in die Gruppe IV der Mitläufer eingereiht, der in einem früheren Verfahren in die Gruppe III eingereiht worden war. In dem früheren Verfahren wurde eine Bewährungsfrist ausgesetzt, die frühzeitig beendet wurde und sodann die Einstufung in die Gruppe der Mitläufer erfolgte. Der Betroffene war Funktionär mehrerer Gliederungen der NSDAP unter anderem Beisitzer des Kreisgerichtes und Kreisrechtsamtsleiter. Der öffentliche Kläger wollte im ersten Verfahren sogar die Einstufung in die Gruppe I erreichen. Aus einem politischen Führungszeugnis aus dem Jahr 1934 geht hervor, dass dieser Anwalt auch schon vor 1933 Anhänger des Nationalsozialismus gewesen war und sich beim Hitlerputsch 1923 ebenfalls beteiligt hatte. Aus einer Aussage eines Belastungszeugen geht hervor, dass dieser Anwalt in der Progromnacht sich nicht nur beteiligt hatte, sondern aktiv gegen Juden vorgegangen war. Dennoch erreichte dieser Anwalt schließlich die Einstufung als Mitläufer.

In einem weiteren Verfahren⁸⁷⁴ war der Betroffene NSDAP-Mitglied und Oberscharführer der SA. Der Betroffene wurde in die Gruppe III eingereiht. Hiergegen legte er Berufung ein und erreichte so die Einstufung als Mitläufer. Die Mitgliedschaft in diesen

⁸⁷⁰ Spruchkammerakte der Spruchkammer Amberg-Stadt, H 30.

⁸⁷¹ Spruchkammerakte der Spruchkammer Amberg-Stadt, B 184, N 19, Sch 26, L 71 und Cham H 179.

⁸⁷² Spruchkammerakte der Spruchkammer Burglengenfeld, W 84.

⁸⁷³ Spruchkammerakte der Spruchkammer Burglengenfeld, R90.

⁸⁷⁴ Spruchkammerakte der Spruchkammer Burglengenfeld, A 26.

Organisationen brachte für einen anderen Betroffenen⁸⁷⁵ von vorneherein lediglich die Einstufung als Mitläufer mit sich.

Ebenfalls als Mitläufer wurde ein weiterer Betroffener⁸⁷⁶ eingestuft. Der Betroffene war in der besonderen Situation, dass er zu Beginn des Dritten Reiches gerade mit seiner Ausbildung als Jurist fertig wurde. Er machte geltend, dass er als Referendar gezwungen war, mindestens einer Gliederung der Partei beizutreten. Der Ziehvater des Betroffenen wurde von den Nationalsozialisten verhaftet und ist im KZ Dachau ums Leben gekommen. Man kann also annehmen, dass der Betroffene spätestens ab diesem Zeitpunkt kein Anhänger des Nationalsozialismus mehr war. Dennoch wurde er als Mitläufer eingestuft.

Eher dramatisch dürfte die Karriere eines weiteren Betroffenen⁸⁷⁷ einzustufen sein. Der Betroffene war bereits ab 1931 Mitglied der NSDAP. Dennoch wurde er in die Gruppe der Entlasteten eingereiht. In dem erstaunlich ausführlichen Spruch wird ausgeführt, dass der Betroffene mit einer Jüdin verheiratet war, von der er vor der Machtergreifung aus Verschulden der Frau geschieden wurde. Die Scheidung brachte den Betroffenen in finanzielle Schwierigkeiten, die ihn der nationalsozialistischen Bewegung näher gebracht haben dürften. Er machte geltend, dass später ein Austritt aus der NSDAP wegen der zu erwartenden Nachteile für sein halbjüdisches Kind unmöglich gewesen wäre. Der Betroffene war Verteidiger vor dem Volksgerichtshof, wo er es, nachgewiesen in mehreren Fällen, schaffte, die bereits verhängte Todesstrafe in Gefängnisstrafe umzuwandeln. Zusammen mit dem Botschafter von Paraguay schaffte er es, 150 Juden aus einem KZ zu befreien. Dieses Verhalten führte schließlich noch im Dritten Reich dazu, dass gegen den Betroffenen trotz dessen NSDAP-Mitgliedschaft, ein Berufsverbot verhängt wurde. Er machte geltend, dass er allein wegen seiner formalen Zugehörigkeit zur NSDAP in der Lage war, den vom Regime Verfolgten zu helfen. Die Einstufung als Entlasteter war eine der wenigen nachvollziehbaren Entscheidungen der Spruchkammer.

Hinsichtlich der Spruchkammerverfahren gegen die Amberger Rechtsanwälte kann man feststellen, dass diese weniger häufig Mitglieder in irgendwelchen nationalsozialistischen Gliederungen waren, als die Richter. Dies dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, dass die NSDAP-Führung die Rechtsanwälte als weniger systemrelevant einstufte, als die Richter und deswegen auf diese weniger Druck ausübte. Möglicherweise lag dies aber auch daran, dass die Rechtsanwälte in der Hierarchie des Staatsaufbaus weniger greifbar waren und es daher schwieriger war, auf diese den Druck auszuüben, wie auf die Staatsbeamten.

Die Rechtsanwälte waren häufig schon vor 1933 politisch aktiv und bekleideten, meist als Mitglied der BVP, politische Ämter in den Stadträten oder dergleichen. Bedingt durch diese – aus Sicht der Nationalsozialisten – Vorbelastung, waren die Anwälte häufig in eine defensive Rolle gedrängt. Einige wollten der Partei beitreten, wurden aber von

⁸⁷⁵ Spruchkammerakte der Spruchkammer Amberg-Stadt, M 206.

⁸⁷⁶ Spruchkammerakte der Spruchkammer Amberg-Stadt, J 45.

⁸⁷⁷ Spruchkammerakte der Spruchkammer Amberg-Stadt, G 194.

der Partei wegen der vorherigen politischen Tätigkeit, als politisch unzuverlässig eingestuft und der Parteibeitritt abgelehnt.

Dies führte dazu, dass die Anwälte häufig Repressionen durch das Regime ausgesetzt waren.

Auffällig ist jedoch, dass zu einem Anwalt, der sich sehr aktiv für den Nationalsozialismus einsetzte und auch – wie sich aus Indizien in anderen Akten ergibt – höhere Posten ausgeübt haben muss, keine Spruchkammerakte vorhanden ist. Dieser Anwalt war jedoch in den späteren von mir untersuchten Verfahren wieder als Anwalt tätig.

Letztendlich ist festzustellen, dass die Verfahren gegen die Anwälte, die keine Anhänger des Regimes waren eingestellt wurden. Allerdings wurden auch die Verfahren eingestellt, bei denen nicht so zweifellos die Gegnerschaft feststand. Schlimmstenfalls wurden die Anwälte als Mitläufer eingestuft, was einer Einstellung des Verfahrens gleichkam.

cc. Zusammenfassung

Obwohl aufgrund des Verhaltens der Richter Gt, K und J im Dritten Reich zumindest erhebliche Zweifel an der weiteren Beschäftigung aufkommen musste, wurde von Seiten der Spruchkammer das Verhalten im Dritten Reich nicht weiter untersucht. Insbesondere fällt auf, dass zum Beispiel im Verfahren Gt. keine Prozessakten aus der Zeit des Dritten Reiches herangezogen wurden. Angesichts der Aussage Gts. im Spruchkammerverfahren, dass er an den nationalsozialistischen Veranstaltungen teilgenommen habe, dass er das Parteiabzeichen meist nicht getragen hätte usw., hätte die Spruchkammer zumindest Anlass gehabt, das Verhalten im Dritten Reich anhand von Prozessakten näher zu beleuchten. Auch im Falle von Richter J hat es die Spruchkammer unterlassen, Verfahrensakten des Volksgerichtshofes beizuziehen, um zu überprüfen, wie sich J wirklich verhalten hatte. Noch nicht einmal die Teilnahme am Hitlerputsch 1923 und die bereits ab 1933 dokumentierte Teilnahme am Nationalsozialismus sowie die Tätigkeit am Volksgerichtshof reichten aus, um einen Richter als Belasteten einzustufen.

Die Entnazifizierung gerade der Richter ist, zumindest in Amberg, als höchst zweifelhaftes Unterfangen zu bezeichnen. Man stelle sich vor, welcher Eindruck bei den Verfolgten des Regimes entstehen musste. Insbesondere bei den Parteien der Scheidungsverfahren, denen von den nun völlig reingewaschenen Richtern noch im Dritten Reich bescheinigt wurde, dass deren Ehen und damit ein Teil des Lebens, dass Frauen, die keine Kinder hatten oder bekommen konnten, bevölkerungspolitisch völlig wertlos waren.

Hinsichtlich der Spruchkammerverfahren gegen die Amberger Rechtsanwälte kann man feststellen, dass diese weniger häufig Mitglieder in irgendwelchen nationalsozialistischen Gliederungen waren, als die Richter. Dies dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, dass die NSDAP-Führung die Rechtsanwälte als weniger systemrelevant einstufte, als die Richter und deswegen auf diese weniger Druck ausübten, oder angesichts der Stellung der Anwälte, Druck ausüben konnten.

Die Rechtsanwälte waren häufig schon vor 1933 politisch aktiv und bekleideten, meist als Mitglied der BVP, politische Ämter in den Stadträten oder dergleichen. Bedingt

durch diese – aus Sicht der Nationalsozialisten – Vorbelastung, waren die Anwälte häufig in eine defensive Rolle gedrängt. Einige wollten der Partei beitreten, wurden aber von der Partei wegen der vorherigen politischen Tätigkeit, als politisch unzuverlässig eingestuft und der Parteibeitritt abgelehnt.

Dies führte dazu, dass die Anwälte häufig Repressionen durch das Regime ausgesetzt waren.

Auffällig ist jedoch, dass zu einem Anwalt, der sich sehr aktiv für den Nationalsozialismus einsetzte und auch – wie sich aus Indizien in anderen Akten ergibt – höhere Posten ausgeübt haben muss, keine Spruchkammerakte vorhanden ist. Dieser Anwalt war jedoch in den späteren von mir untersuchten Verfahren wieder als Anwalt tätig.

Letztendlich ist festzustellen, dass die Verfahren gegen die Anwälte, die keine Anhänger des Regimes waren eingestellt wurden. Allerdings wurden auch die Verfahren eingestellt, bei denen nicht so zweifellos die Gegnerschaft feststand. Schlimmstenfalls wurden die Anwälte als Mitläufer eingestuft, was einer Einstellung des Verfahrens gleichkam.

Die Funktion der Spruchkammerverfahren als Entnazifizierungsinstrument, kann, zumindest bei den von mir untersuchten Amberger Verfahren, als gescheitert angesehen werden. Anhänger des Regimes wurden ebenso wie sich neutral verhaltende Juristen und ebenso wie Gegner des Regimes behandelt. Von den Amberger Juristen wurde keiner durch die Spruchkammerverfahren ernsthaft geschädigt. Ebenso waren die Spruchkammerverfahren in keinem Fall für die Karriere hinderlich. Das Schlimmste, was den Amberger Juristen passierte war, dass sie für eine relativ kurze Zeit ein Berufsverbot erhielten.

Gemessen an den Zielen, die mit der Entnazifizierung aus Sicht der Besatzer verbunden war, waren die Ergebnisse der Spruchkammerverfahren enttäuschend. Versetzt man sich in die Lage der betroffenen aktiven Gegner und Verfolgten des Regimes, müssen die Verfahren ein heftiger Schlag ins Gesicht gewesen sein, wenn die Regimegegner, die sich über 12 Jahre hinweg den Repressalien des Regimes ausgesetzt sahen, plötzlich auf einer Stufe mit den Aktivisten standen. Die Entnazifizierung kann daher in jeder Hinsicht als gescheitert angesehen werden. In diesem Zusammenhang wird bei den Scheidungsverfahren nach dem Ende des Dritten Reiches zu untersuchen sein, inwiefern sich diese gescheiterte Entnazifizierung auf die Ehescheidungsverfahren ausgewirkt hat.

3. Einordnung der Amberger Entnazifizierungsverfahren in den Kontext

Die Entnazifizierungsverfahren in Amberg decken sich im Ergebnis mit den übrigen Verfahren in der amerikanischen Besatzungszone. Der größte Teil der Verfahren wurde eingestellt bzw. war ergebnis- und vor allem folgenlos. Der beginnende Wiederaufbau und die Wandlung der Haltung der Besatzer zu den Besetzten machten eine radikale Abrechnung mit dem Dritten Reich unmöglich. Es fehlte an qualifizierten und unbelasteten Personen, die die Entnazifizierung hätten durchführen können. Die Spruchkammerverfahren und die Art der Prozessführung waren nicht nur damaligen Juristen schwer erträglich. Die Argumentation in einem Amberger Verfahren, dass die zwölfte Zeugen-

aussage, die den anderen Zeugenaussagen widersprach, undemokratisch und deswegen unbeachtlich sei, macht die Qualität und den Charakter der Entnazifizierungsverfahren deutlich. Insgesamt kann man daher die Entnazifizierung als gescheitert einstufen.⁸⁷⁸

Die Folgen der fehlenden Auseinandersetzung mit dem Verhalten im Dritten Reich belastete nicht nur die damalige Generation, sondern wirkte noch lange fort.⁸⁷⁹

4. Die Entnazifizierung der Gesetze

Lange vor Kriegsende plante man bereits von alliierter Seite, die deutschen Gesetze nach einem Ende des Krieges zu entnazifizieren. Der erste Versuch in diese Richtung wurde Anfang 1941 vorgenommen.⁸⁸⁰ Der frühere Präsident der Reichsrechtsanwaltskammer, Dr. Ernst Wolf, beriet das Britische Außenministerium auf inoffizieller Basis zu zivil- und handelsrechtlichen Fragen, die in einem späteren Friedensvertrag zu regeln gewesen wären.⁸⁸¹ Anfang 1942 wurde dann das Research Committee for the Revision of German Law gegründet, das zum Ziel hatte, alle seit 1933 erlassenen Gesetze zu überprüfen.⁸⁸² Dies stellte eine sehr große Herausforderung dar, da in den 12 Jahren immerhin knapp 10.000 Gesetze und Verordnungen auf insgesamt 15.000 Seiten des Reichsgesetzblattes erschienen waren.⁸⁸³ Im Juli 1943 legte dann diese Kommission dem Außenministerium ein Gutachten vor.⁸⁸⁴ Dieses Gutachten wurde letztlich allerdings nicht der britischen Deutschlandpolitik zu Grunde gelegt. Hauptkritiker war C. O'Neill, der einen eigenen Vorschlag zur Deutschlandpolitik erarbeitete.⁸⁸⁵ Der Vorschlag O'Neills hatte zur Grundlage, dass nach Kriegsende eine funktionsfähige deutsche Regierung vorhanden sei, die die von den Siegern bestimmten Reformen durchführen könnte.⁸⁸⁶ Diesem Vorschlag stimmte das Kriegsministerium zu, das ebenso wie O'Neill der Ansicht war, dass die Entnazifizierung der Gesetze auf die größten Verfehlungen beschränkt sein müsse

⁸⁷⁸ So z.B. auch: Ulrich Eisenhardt, *Deutsche Rechtsgeschichte*, 5. Auflage 2008, S. 472; Klaus-Detlev Godau-Schüttke, *Von der Entnazifizierung zur Renazifizierung der Justiz in Westdeutschland*, Erste Internetzeitschrift für Rechtsgeschichte, <http://www.rewi.hu-berlin.de/FHI/zeitat/0106godau-schuettket.htm>, Ziff. 1; Friedrich Ebel, *Rechtsgeschichte*, Band II Neuzeit, 1. Auflage 1993, S. 265; andere Auffassung: Andreas Roth, *Grundriss der Deutschen Rechtsgeschichte*, 11. Auflage 2006, S. 130.

⁸⁷⁹ Eckhard Jesse, „Entnazifizierung“ und „Entstasifizierung“ als politisches Problem in: Ulrich Battis, Günther Jakobs, Eckhard Jesse, *Vergangenheitsbewältigung durch Recht*, 1992, S. 27nf.

⁸⁸⁰ Matthias Etzel, *Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948)*, 1. Auflage 1992, S. 3.

⁸⁸¹ Matthias Etzel, *Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948)*, 1. Auflage 1992, S. 3.

⁸⁸² Matthias Etzel, *Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948)*, 1. Auflage 1992, S. 4.

⁸⁸³ Maren Bedau, *Entnazifizierung des Zivilrechts*, 2004, S. 66.

⁸⁸⁴ Matthias Etzel, *Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948)*, 1. Auflage 1992, S. 5.

⁸⁸⁵ Matthias Etzel, *Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948)*, 1. Auflage 1992, S. 6.

⁸⁸⁶ Matthias Etzel, *Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948)*, 1. Auflage 1992, S. 6.

und hier kein Raum für Wiedergutmachung sei.⁸⁸⁷ Schließlich einigte man sich, dass eine Sondereinheit eine Liste mit nationalsozialistischen Gesetzen erarbeiten sollte, die nach dem Ende des Krieges reformiert werden sollten.⁸⁸⁸ In dem weiteren Diskurs kristallisierte sich jedoch heraus, dass die Frage der Wiedergutmachung nicht gänzlich ausgeklammert werden konnte.⁸⁸⁹ Man einigte sich darauf, dass alle Gefangenen zu befreien waren und die Diskriminierung gleich, welcher Art zu beseitigen war.⁸⁹⁰ Als weitere Maßnahme war man sich einig, dass die Gesetzmäßigkeit und Unparteilichkeit der Justiz wiederherzustellen war.⁸⁹¹ So sollten alle Gesetze, die nach dem 30.01.1933 erlassen wurden, ausnahmslos dann nicht mehr gelten, wenn sie gegen den Richtervorbehalt, dem Recht auf einen fairen Prozess, dem Rückwirkungsverbot, Folterverbot und Willkürverbot verstießen.⁸⁹² In der Folge konnten sich die Amerikaner und die Briten nicht auf eine endgültige Formulierung der Entnazifizierung einigen.⁸⁹³ Als Kompromiss einigte man sich darauf, dass die deutschen Behörden verpflichtet waren, alle alliierten Anweisungen zur Entnazifizierung und Reform der Justiz zu befolgen (Aufhebungsformel), dass sie verpflichtet waren, die Anweisung zur Außerkraftsetzung diskriminierender Gesetze befolgen mussten (Außerkraftsetzungsformel) und dass sie verpflichtet waren, alle alliierten Anweisungen zur Regelung von Eigentums-, Vermögens- und Interessenfragen im Zusammenhang mit diskriminierender Gesetzgebung zu befolgen (Kompensationsformel).⁸⁹⁴

Beim Ehegesetz von 1938 wurde deutlich, welchen Schwierigkeiten die Alliierten bei der Bereinigung von Gesetzen, die im Dritten Reich erlassen wurden, gegenüberstanden. Die Alliierten beteiligten den Rechtsexperten Karl Loewenstein, der bereits 1945 ein Rechtsgutachten zum Ehegesetz vorlegte.⁸⁹⁵ Das Ehegesetz von 1938 war – wie schon im ersten Teil der Arbeit dargelegt wurde – keine Erfindung der Nationalsozialisten. Im Ehegesetz wurden Reformansätze aufgenommen, die bereits in der Weimarer Republik diskutiert wurden und auch in anderen Ländern eingeführt wurden. So sah dies auch

⁸⁸⁷ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 6.

⁸⁸⁸ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 7.

⁸⁸⁹ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 9.

⁸⁹⁰ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 9.

⁸⁹¹ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 10.

⁸⁹² Draft Directive in the Reform of Nazi Law on Release of Political Prisoners in Germany, zitiert nach: Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 10.

⁸⁹³ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 11f.

⁸⁹⁴ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 11.

⁸⁹⁵ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 88.

Loewenstein.⁸⁹⁶ Er kam zu dem Schluss, dass zum Beispiel § 55 des Ehegesetzes zum einen die Aufhebung von zerrütteten Ehen zuließ, andererseits aber auch als „diskriminierende Waffe gegen gebärungsfähige Frauen missbraucht worden“⁸⁹⁷ war. Loewenstein zog daher zwei deutsche Juristen hinzu, die die Lage genauer analysieren sollten.⁸⁹⁸ Diese beiden Praktiker forderten deutliche Änderungen am Ehegesetz, die Loewenstein aber nicht befürworten wollte, weil er der Meinung war, dass dies einen Rückschritt in der Rechtsentwicklung darstellen würde.⁸⁹⁹ Die Sowjets waren in dieser Arbeitsgruppe aber nicht bereit, das Ehegesetz durch bloße Streichungen zu „entnazifizieren“, weswegen das Ehegesetz von 1938 als typisch nationalsozialistisch bezeichnet wurde.⁹⁰⁰ Deswegen erarbeitete die Arbeitsgruppe ein neues Ehegesetz, das als Kontrollratsgesetz Nr. 16 am 20. Februar 1946 erlassen wurde.⁹⁰¹ Im neuen Ehegesetz waren diejenigen Vorschriften des Gesetzes von 1938 nicht mehr enthalten, die unmittelbar auf die Rassepolitik der Nationalsozialisten zurückzuführen waren.⁹⁰² Dies betraf vor allem das Eheverbot aufgrund Blutsverschiedenheit (§ 4 EheG 1938) oder des Mangels an Ehefähigkeit (§ 5 EheG 1938). Daneben waren in diese Kategorie die Scheidungsgründe wegen Unfruchtbarkeit oder Verweigerung der Fortpflanzung einzuordnen.

Schwieriger war die Einordnung des § 55 EheG 1938. Dem Wortlaut nach war § 55 EheG nicht unmittelbar nationalsozialistisch, wurde jedoch im nationalsozialistischen Sinn ausgelegt. Obwohl der Arbeitsgruppe dieser Hintergrund bekannt war, entschieden sie sich dennoch für eine Beibehaltung der Formulierung des § 55 EheG 1938⁹⁰³ und beließen es lediglich bei dem allgemeinen Verbot, das deutsche Recht im nationalsozialistischen Sinne auszulegen.⁹⁰⁴

Zusammenfassend ist daher festzuhalten, dass die Alliierten trotz der Möglichkeit der Umformulierung des § 55 EheG 1938, dennoch an dem Wortlaut festhielten, der im Dritten Reich nationalsozialistisch ausgelegt wurde. Dies lag vor allem an den generalklauselartigen § 55 Abs. 2 EheG 1938, der nicht mehr wie im Dritten Reich, sondern

⁸⁹⁶ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 88.

⁸⁹⁷ Rechtsgutachten von Karl Loewenstein, S. 737 Fußnote 50; zitiert nach: Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 88.

⁸⁹⁸ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 88.

⁸⁹⁹ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 88.

⁹⁰⁰ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 88.

⁹⁰¹ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 88nf.

⁹⁰² Maren Bedau, Entnazifizierung des Zivilrechts, 2004, S. 127.

⁹⁰³ Maren Bedau, Entnazifizierung des Zivilrechts, 2004, S. 147.

⁹⁰⁴ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 89.

in einem der neuen Gesellschaftsordnung entsprechendem Sinne auszulegen war.⁹⁰⁵ Was dieser Sinn war, wurde natürlich nicht näher erläutert. Unklar war weiter, inwieweit die sechs Durchführungsverordnungen zum Ehegesetz 1938 ebenfalls aufgehoben waren.⁹⁰⁶ Letztlich wurde diese Frage in Schrifttum und Rechtsprechung dahingehend gelöst, von der weiteren Anwendbarkeit, jedenfalls nicht nationalsozialistischen Teil, auszugehen, da die Durchführungsverordnungen für die praktische Durchführung des Ehegesetzes unerlässlich waren.⁹⁰⁷

Insgesamt muss man auch die Entnazifizierung des deutschen Rechtes als gescheitert ansehen.⁹⁰⁸ An sich kann diese Feststellung nicht verwundern. Wie soll auch ein Rechtssystem vom Nationalsozialismus befreit werden können, wenn man sich auf alliierter Seite nicht vorab überlegte, was Nazirecht aus methodischer Sicht sein soll.⁹⁰⁹ Am Anfang der Überlegungen hätte die genaue Definition des Nationalsozialismus stehen müssen, um dann in der Folge das typisch Nationalsozialistische erkennen und beseitigen zu können. Eine weitere Schwierigkeit war, dass viele Rechtsbegriffe lediglich nationalsozialistisch ausgelegt wurden und daher die Begriffe nicht bereinigt werden konnten. Es hätte der Durchsicht der gesamten Rechtsprechung bedurft, um diese Thematik aufgreifen zu können. Vielfach beschränkte man sich darauf, dass das im Dritten Reich erlassene Recht nicht historisch, also nach dem Willen des nationalsozialistischen Gesetzgebers auszulegen war, sondern objektiv nach seinem Wortlaut.⁹¹⁰ Dabei nahm man in Kauf, die Entnazifizierung des Rechts denjenigen zu übertragen, die vorher das Recht im Sinne einer unbegrenzten Auslegung⁹¹¹ dem Nationalsozialismus erst zugänglich gemacht hatten. Auch bei der Bereinigung des Gesetzeswortlautes beschränkte man sich auf die Gesetzesstellen, an denen Nazirecht am deutlichsten zutage trat, aber man vermied es, die Generalklauseln näher zu beschreiben. So wurde die Entnazifizierung des Rechts den Deutschen überlassen,⁹¹² die sich aber lange Zeit weigerten, sich des Themas anzunehmen.⁹¹³

5. Stunde Null der Justiz?

Das Dritte Reich und damit das Rechtsregime des Dritten Reiches waren völlig zusammengebrochen, so dass es erstmalig einen völligen Stillstand der Rechtspflege gegeben

⁹⁰⁵ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 96.

⁹⁰⁶ Maren Bedau, Entnazifizierung des Zivilrechts, 2004, S. 158.

⁹⁰⁷ Maren Bedau, Entnazifizierung des Zivilrechts, 2004, S. 159.

⁹⁰⁸ So auch Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 201.

⁹⁰⁹ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 201.

⁹¹⁰ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 200.

⁹¹¹ Begriff nach Bernd Rüthers, Unbegrenzte Auslegung.

⁹¹² Ulrich Eisenhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, 5. Auflage 2008, S. 454.

⁹¹³ Matthias Etzel, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948), 1. Auflage 1992, S. 204.

hatte.⁹¹⁴ Die Niederlage der Deutschen hätte größer nicht sein können. Von alliierter Seite war klar, dass der Wiederaufbau Deutschlands und damit auch der Wiederaufbau der Justiz zügig beginnen musste,⁹¹⁵ denn Europa war nicht nur wirtschaftlich durch den Krieg völlig zerstört. Die Amerikaner waren aber auf Europa als Absatzmarkt wirtschaftlich angewiesen. Auch die Briten und die Franzosen hatten ein großes Interesse daran, dass die europäischen Nachbarstaaten schnell wieder aufgebaut werden würden. Man war sich also schnell einig, dass es auch in Deutschland wieder irgendwie weiter gehen musste. Mit der Entnazifizierung der Gesetze meinte man, das Rechtssystem von den Irrungen des Nationalsozialismus gesäubert zu haben, durch die Spruchkammerverfahren waren die Personen ebenfalls formal entnazifiziert. Durch die Kontrollratsproklamation Nr. 3 vom 20. Oktober 1945 wurde der rechtliche Rahmen für die Wiedereröffnung der Gerichte geschaffen.⁹¹⁶ Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 4 vom 30. Oktober 1945 wurde das GVG in der Fassung vom 22. März 1924 wieder hergestellt.⁹¹⁷ Damit wurden die Richter formal wieder unabhängig i.S.d. § 1 GVG. Es gab jedoch eine allgemeine Anweisung an die Richter, dass in bedeutenden Angelegenheiten an die Besatzer zu berichten war und dass die Einsetzung der Richter lediglich vorläufigen Charakter habe.⁹¹⁸ Danach sollte jeder Versuch der Fortsetzung nationalsozialistischer Anschauungen auf das Schwerste bestraft werden.⁹¹⁹ Im Februar 1946 wurden die Oberlandesgerichte wieder eröffnet.⁹²⁰ Es fehlte jedoch an einem gemeinsamen Gericht, das wie zuvor das Reichsgericht, die Einheitlichkeit der Rechtsprechung gewährleisten konnte.⁹²¹ Die Errichtung eines gemeinsamen Obergerichtes der Zonen, scheiterte jedoch am Widerstand Bayerns, die als oberstes Gericht bereits das BayObLG errichtet hatten.⁹²² Deswegen war der Deutsche Oberste Gerichtshof der Britischen Zone (OGH) an sich nur für diese Zone zuständig.⁹²³ Dennoch spielte die Rechtsprechung dieses Gerichtes auch in den anderen Zonen eine entscheidende Rolle.⁹²⁴ Arbeitsmaterialien und höchstgerichtliche Entscheidungen waren zu Beginn des Wiederaufbaus nur wenige vorhanden, so dass jede höchstgerichtliche Entscheidung für die erstinstanzliche Rechtsprechung wichtig war. Anders, als in der Britischen Zone, wurde in der Amerikanischen Zone die Justiz von den Ländern aufgebaut, die auch über die entsprechende Gesetzgebungskompetenz verfügten.⁹²⁵

⁹¹⁴ Ulrich Eisenhardt, *Deutsche Rechtsgeschichte*, 5. Auflage 2008, S. 456; Maren Bedau, *Entnazifizierung des Zivilrechts*, 2004, S. 53.

⁹¹⁵ Maren Bedau, *Entnazifizierung des Zivilrechts*, 2004, S. 50.

⁹¹⁶ Ulrich Eisenhardt, *Deutsche Rechtsgeschichte*, 5. Auflage 2008, S. 456; Maren Bedau, *Entnazifizierung des Zivilrechts*, 2004, S. 55.

⁹¹⁷ Ulrich Eisenhardt, *Deutsche Rechtsgeschichte*, 5. Auflage 2008, S. 457; Maren Bedau, *Entnazifizierung des Zivilrechts*, 2004, S. 55.

⁹¹⁸ Maren Bedau, *Entnazifizierung des Zivilrechts*, 2004, S. 56.

⁹¹⁹ Maren Bedau, *Entnazifizierung des Zivilrechts*, 2004, S. 56.

⁹²⁰ Maren Bedau, *Entnazifizierung des Zivilrechts*, 2004, S. 56.

⁹²¹ Ulrich Eisenhardt, *Deutsche Rechtsgeschichte*, 5. Auflage 2008, S. 457.

⁹²² Maren Bedau, *Entnazifizierung des Zivilrechts*, 2004, S. 57.

⁹²³ Maren Bedau, *Entnazifizierung des Zivilrechts*, 2004, S. 57.

⁹²⁴ Maren Bedau, *Entnazifizierung des Zivilrechts*, 2004, S. 57.

⁹²⁵ Maren Bedau, *Entnazifizierung des Zivilrechts*, 2004, S. 60.

Zwar war die Justiz wieder aufgebaut, es gab jedoch keine klare Anleitung, wie mit Gesetzen umzugehen war, die im Dritten Reich entstanden und vormalig nationalsozialistisch ausgelegt wurden.⁹²⁶ Hierunter fällt auch das Ehegesetz, das zwar von den Alliierten „entnazifiziert“ wurde, indem deutlich nationalsozialistische Passagen gestrichen wurden. § 55 EheG galt jedoch, lediglich um einen dritten Absatz erweitert, nach 1945 unverändert fort. Die wertungsausfüllungsbedürftigen Begriffe wie „richtiges Wesen der Ehe“ oder „sittliche Rechtfertigung“ blieben jedoch dieselben wie im Dritten Reich. Hier half auch der Grundsatz, dass Normen nicht nach dem Willen des historischen nationalsozialistischen Gesetzgebers, sondern objektiv auszulegen waren nicht weiter. Den Willen des nationalsozialistischen Gesetzgebers gerade im Bereich der Zerrüttungsscheidung hat es ohnehin nie gegeben.⁹²⁷ Wie im ersten Teil der Arbeit gezeigt wurde, hatte Hitler zunächst für Zurückhaltung plädiert, dann aber damit gedroht, die Richter des Amtes zu entheben, die den Geist der Stunde immer noch nicht erfasst hätten. Dabei hatten gerade diese Richter das Gesetz nach dem Willen des Gesetzgebers ausgelegt. Auch später ereiferte sich Hitler immer wieder in Hasstiraden gegen die Richter. Eine Auslegung der Begriffe war daher für die Richter extrem schwierig, weil sie immer damit rechnen mussten, wegen ihrer Urteile diffamiert zu werden. Das Reichsgericht ging schließlich dazu über, die Zerrüttungsscheidung, entgegen ihres eigentlichen Regel-Ausnahme-Verhältnisses, zu interpretieren. Maßgeblich war daher weniger der Wille des historischen Gesetzgebers, sondern die Hoffnung mit der entsprechenden Auslegung nicht den Unwillen Hitlers heraufzubeschwören. Dennoch gab es im Dritten Reich tendenziell eine Vorstellung, welchen Zwecken eine Ehe zu dienen habe. Das Ehescheidungsrecht war ein exponiertes Instrument der nationalsozialistischen Familienpolitik. Dem Wortlaut nach war das Ehegesetz von 1946 immer noch ein Instrument der Familienpolitik, nur dass man zu diesem Zeitpunkt keine Orientierung an einem gemeinschaftlichen Familienbild hatte, weil es an einem bindenden gesetzgeberischen Willen hierzu gefehlt hatte. Hier trafen die USA auf Großbritannien ebenso wie auf die Sowjetunion und Frankreich. Eine gemeinsame Wertvorstellung, was das Wesen der Ehe anlangte, dürfte bei den Alliierten nicht zu ermitteln gewesen sein. Darüber hinaus war auch offen, ob sich die deutsche Justiz trotz der bedingungslosen Kapitulation den Werten und Wertvorstellungen der Siegermächte unterordnen musste, oder ob nicht Deutschland selbst einen Wertekanon entwickeln durfte, den es aber jedenfalls unmittelbar nach dem Ende des Krieges fassbar für die Richter nicht gegeben hat. Eine objektive Auslegung half hier nicht weiter, weil es für die Begriffe wie „sittliche Rechtfertigung“ und „richtiges Wesen der Ehe“ keinen objektiv zu ermittelnden Sinn geben kann. Diese Begriffe können nur aus dem Kontext der gemeinsamen Wertevorstellungen ermittelt werden. Gerade die waren aber für die Richter unmittelbar nach dem Ende des Krieges nicht erkennbar.⁹²⁸ Galten nun die Wertvorstellungen der jeweiligen Besatzer? Oder die der Kirche? Wenn ja, welche Kirche? Für den Richter waren diese Fragen jedoch nicht klärbar, so

⁹²⁶ So auch: Martin Löhnig, *Die Justiz als Gesetzgeber*, 2010, S. 19 und 137.

⁹²⁷ So auch: Martin Löhnig, *Die Justiz als Gesetzgeber*, 2010, S. 137.

⁹²⁸ Martin Löhnig, *Die Justiz als Gesetzgeber*, 2010, S. 137.

dass er die Entscheidung auf eine eigene Wertung stützen musste.⁹²⁹ Gerade im Bereich des § 48 EheG 1946 bot es sich an, die ideologischen Phrasen beiseite zu lassen und die Gewichtung weniger auf die Fertilität der Parteien zu legen.

Diese Aspekte sind im zweiten Teil der Arbeit genauer zu untersuchen. Wie sind die Richter mit der Weitergeltung der Norm umgegangen? Wie haben sie die Begriffe „sittliche Rechtfertigung“ und „richtige Würdigung des Wesens der Ehe“ ausgelegt? An welchen Werten orientierten sich hier die Richter? War es so, wie Martin Löhnig zum Beispiel für das Landgericht und Oberlandesgericht Dresden nachweisen konnte, dass keine grundsätzliche Neuausrichtung der Argumentation stattgefunden hatte, sondern lediglich unter Wegfall der bevölkerungspolitischen Überlegungen andere Ergebnisse heraus kamen?⁹³⁰ In etlichen Fällen wurden jedoch keine anderen Ergebnisse erzielt, sondern letztlich, unter Fortsetzung der bisherigen Rechtsprechung, lediglich ideologische Phrasen weggelassen.⁹³¹ Möglicherweise wurde aber auch dem ursprünglich liberalen Gedanken der Zerrüttungsscheidung zum Durchbruch verholfen und die Ehen grundsätzlich geschieden? Wenn die Zerrüttungsscheidung des neuen Ehegesetzes zunächst ideologiefrei ausgelegt wurde, ab wann lässt sich eine Reideologisierung der Begriffe feststellen? Zusammengefasst stellt sich die Frage, ob es eine Stunde Null, also eine komplette Neuorientierung ohne Rückgriff auf Vergangenes überhaupt gegeben hat.

Ein weiterer Aspekt, der im Zweiten Teil der Arbeit noch zu untersuchen sein wird, ist die Frage, inwieweit sich die Amberger Richter mit der Frage der Legitimation des Kontrollratsgesetzes Nr. 16 auseinandergesetzt haben. Schließlich wurde die Diktatur des Dritten Reiches durch die Besetzung Deutschlands ersetzt. Auch die Kontrollratsgesetze wurden ohne jegliche demokratische Legitimation den Deutschen oktroyiert, freilich galten diese Gesetze rückblickend betrachtet als „gut“, während die Oktroyierung nach 1933 zu Recht als „schlecht“ betrachtet wird.

6. Zusammenfassung

Die Nationalsozialisten waren besiegt. Das Dritte Reich war zusammengebrochen. Die Deutschen kamen sich dennoch zunächst nicht als Befreite vor, sondern als Besiegte. Viele hatten bereits die Niederlage des Ersten Weltkrieges erlebt. Die Erfahrungen aus der Kapitulation des Ersten Weltkrieges und die sich daraus ergebenden Folgen mussten in der Bevölkerung virulent gewesen sein, als das Dritte Reich endgültig zusammen brach. Die Sieger entließen vielfach die bisherigen Beamten und Richter allein aufgrund schwarzer Listen. Die Verwaltung brach vielerorts zusammen und die Bevölkerung konnte häufig nicht einmal mit dem Nötigsten versorgt werden. In vielen Familien war mindestens ein Familienmitglied im Krieg gefallen. Das Ende des Krieges wurde zwar von der Bevölkerung begrüßt, nicht aber die Niederlage, schon wieder einen Krieg verloren zu haben. Ein Großteil der Bevölkerung der amerikanischen Besatzungszone

⁹²⁹ So auch: Martin Löhnig, *Die Justiz als Gesetzgeber*, 2010, S. 137.

⁹³⁰ Martin Löhnig, *Die Justiz als Gesetzgeber*, 2010, S. 89.

⁹³¹ So im Ergebnis auch: Martin Löhnig, *Die Justiz als Gesetzgeber*, 2010, S. 114.

musste sich der Befragung mittels Fragebogen unterziehen. Man musste den Eindruck bekommen, unter Generalverdacht zu stehen und in Sippenhaft mit der Politik genommen zu werden. Viele in der Bevölkerung wussten, was in den Konzentrationslagern vor sich ging oder hätten es zumindest wissen können, wenn sie sich der Einsicht nicht entzogen hätten.

In dieser Grundatmosphäre fand die Entnazifizierung statt. Mit gewaltigem Aufwand versuchten die Besatzer, die Verantwortlichen für das Desaster ausfindig zu machen und zur Verantwortung zu ziehen. Dieses Projekt war jedoch von Anfang an zum Scheitern verurteilt, denn es fehlte an Personal, um dieses Vorhaben umzusetzen. So wurden die einfachen Verfahren, weil es sich dabei um solche gegen Personen mit geringer oder keiner Verflechtung zum Regime handelte, vorgezogen, während die wirklichen Verbrecher zunächst verschont blieben. Später, als dann dieser Personenkreis zur Verhandlung angestanden hätte, hatte sich die Besatzungspolitik aber bereits gewandelt, so dass diese Verhandlungen nicht mehr mit der Vehemenz geführt wurden, wie zu Beginn der Entnazifizierung. Man verstand die Entnazifizierung zunehmend nicht mehr als Abrechnung mit den Nationalsozialisten, sondern als Gelegenheit, die Bevölkerung von dem Vorwurf des Mitmachens reinzuwaschen. So entstand auch der Eindruck, dass man die kleinen Leute gehängt habe und die großen laufen gelassen habe. Aber auch die Verfahren gegen die Amberger Juristen zeigen, dass von Seiten der Spruchkammer, kein Wert auf wirkliche Ahndung des Verhaltens im Dritten Reich gelegt wurde, sondern die Spruchkammerverfahren lediglich dazu dienen sollten, die Justiz vom Makel des Versagens im Dritten Reich reinzuwaschen. Sonst könnte man nicht erklären, weswegen die Karrieristen des Dritten Reiches ebenso behandelt wurden, wie diejenigen, die sich in dieser Zeit zurück gehalten hatten. Vergleicht man die Verfahren gegen die Richter mit denen gegen die Anwälte, wird dieser Eindruck noch weiter bestärkt. Die Richter wurden im Wiederaufbau des Staatsapparates benötigt, weswegen die Entscheidungen gegen diese nicht so streng ausfallen durften. Die Anwälte waren im Dritten Reich tendenziell eher in der defensiven Rolle gewesen und waren weit weniger mit dem Regime verstrickt, wie die Richter. Dennoch war das Ergebnis der Verfahren gegen beide Berufsgruppen nahezu gleich, was eine enorme Ungleichbehandlung zur Voraussetzung hatte.

Die Entnazifizierung der Gesetze beschränkte sich ebenfalls darauf, die größten Verfehlungen zu beseitigen, aber eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit dem Rechtssystem fand nicht statt. So wurde lediglich darauf verwiesen, dass es verboten sei, Gesetze im nationalsozialistischen Sinne auszulegen. Es wurde darauf verwiesen, dass die Gesetze nicht im historischen Kontext auszulegen waren, sondern nach deren objektiven Wortlaut. Problematisch waren jedoch die Generalklauseln, die so wiederum höchst variabel interpretiert werden konnten. Man darf hier nicht vergessen, dass die Indoktrination durch das Dritte Reich immerhin 12 Jahre gedauert hat und dass viele Juristen einen größeren Teil ihres beruflichen Lebens im Dritten Reich verbrachten, als in der Zeit vorher.

Darüber hinaus bestand das Problem, dass auch die alliierten Besatzer keine demokratisch legitimierten Legislativorgane waren. Die Diktatur des Dritten Reiches wurde

ersetzt durch die Diktatur der Alliierten, die zwar nicht mit dem Unrechtsregime des Dritten Reiches vergleichbar war. Dennoch gab es auch im Dritten Reich Entlassungen aufgrund weltanschaulicher Gründe und die ungerechten Spruchkammerverfahren waren ebenfalls nicht geeignet, den Glauben in die Demokratie zu festigen. Im Dritten Reich waren die Richter gehalten, den Gesetzen einen, der nationalsozialistischen Ideologie entsprechenden, Sinn zu geben. In der Zeit von 1945 bis 1949 waren die Richter in der Situation zum Teil genau denselben Gesetzen eine rechtsstaatliche Auslegung zu geben. In beiden Fällen waren die Juristen gezwungen, einer übergeordneten, nicht fassbaren Weltanschauung, zur Geltung zu verhelfen. Dass dies zumindest in der Nachkriegszeit unter dem Eindruck einer 12 Jahre dauernden Gewaltherrschaft sehr schwierig gewesen sein muss, versteht sich von selbst.

Im Grunde waren die Richter nach dem Ende des Dritten Reiches wieder in der Situation wie 1933. Sie mussten einem radikalen Wechsel der Ideologie zur Geltung verhelfen. Die Richter wurden daher entgegen dem Gewaltenteilungsprinzip in die Rolle sowohl der Judikative wie auch der Legislative gedrängt. Diese Rollenverteilung konnte sich erst ändern, als die Bundesrepublik, sowie der Freistaat Bayern mit den entsprechenden Legislativorganen gegründet wurden. Der Unterschied bestand jedoch darin, dass durch den neuerlichen Wechsel der Weltanschauung die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit endgültig verankert werden konnte.

III. DIE HÖCHSTGERICHTLICHE RECHTSPRECHUNG ZU DEM NEUEN EHEGESETZ

Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 16 wurde das Ehegesetz von 1938 neu verkündet. In weiten Teilen blieb es jedoch unverändert. Der Wortlaut des Zerrüttungstatbestandes lautete wie folgt:

§ 48 Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft

(1) Ist die häusliche Gemeinschaft der Ehegatten seit drei Jahren aufgehoben und infolge einer tiefgreifenden, unheilbaren Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten, so kann jeder Ehegatte die Scheidung begehren.

(2) Hat der Ehegatte, der die Scheidung begehrt, die Zerrüttung ganz oder überwiegend verschuldet, so kann der andere der Scheidung widersprechen. Der Widerspruch ist nicht zu beachten, wenn die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltes beider Ehegatten sittlich nicht gerechtfertigt ist.

(3) Dem Scheidungsbegehren ist nicht stattzugeben, wenn das wohlverstandene Interesse eines oder mehrerer minderjähriger Kinder, die aus der Ehe hervorgegangen sind, die Aufrechterhaltung der Ehe erfordert.

Der Wortlaut der Absätze 1 und 2 blieb im Vergleich zu § 55 EheG 1938 unverändert. Neu hinzugekommen ist jedoch Absatz 3 dieser Vorschrift. Anders als 1938 konnten die Gerichte auf keine spezifische Gesetzesbegründung zurückgreifen, so dass es für die Auslegung der Begriffe „Wesen der Ehe“, „richtige Würdigung“ oder „sittliche Rechtfertigung“ zunächst keine Anleitung für die Gerichte gab. Weil der Alliierte Kontrollrat das Ehegesetz teilweise wörtlich übernahm, gingen Einige davon aus, dass die amtliche Begründung des Gesetzestextes von 1938 anzuwenden sei.⁹³² Hinweise auf die Auslegung der genannten Begriffe gaben allenfalls die Proklamationen und Gesetze des Alliierten Kontrollrates. In der Proklamation Nr. 3⁹³³ forderten die Alliierten eine neue Rechtspflege, „die sich auf die Errungenschaften der Demokratie, Zivilisation und Gerechtigkeit gründet“⁹³⁴. In Absatz IV dieser Proklamation erklärten die Alliierten die Richter für unabhängig und weisungsfrei. Die Richter sollten nur dem Gesetz unterworfen sein. Mit dem Gesetz Nr. 4⁹³⁵ zur Umgestaltung des Deutschen Gerichtswesens stellten die Alliierten die Gerichtsgliederungen wieder her, wie sie mit dem Gerichtsverfassungsgesetz vom 27.01.1877 in der Fassung vom 22.03.1924 bestanden. In Artikel IV dieses Gesetzes

⁹³² Werner Brinkmann, Das wohlverstandene Interesse der minderjährigen Kinder in § 48 Abs. 3 des Ehegesetzes, NJW 1947/48, 575 (576).

⁹³³ Amtsblatt des Alliierten Kontrollrates Nr. 1 vom 29. Oktober 1945.

⁹³⁴ Proklamation Nr. 3 Präambel, ABl Alliiierter KR Nr. 1, 29.10.1945, S. 22.

⁹³⁵ ABl. Alliiierter KR Nr. 2, 30.11.1945, S. 26 ff.

wurde verfügt, dass aktive Mitglieder der NSDAP ihres Amtes als Richter oder Staatsanwälte enthoben waren.

Durch Art. 3 der Proklamation 1 der Militärregierung und durch das Zweite Militärregierungsgesetz wurde die Schließung der deutschen Gerichte angeordnet.⁹³⁶ Erst nach und nach wurde der Verwaltungsapparat wieder aufgebaut und die Gerichte wieder eröffnet.⁹³⁷ Dies galt jedoch nicht für das Reichsgericht.⁹³⁸ Das erste wiedereröffnete Gericht war das Amtsgericht Koblenz, das am 06.06.1945 wiedereröffnet wurde.⁹³⁹ Erst mit dem Obersten Gerichtshof für die Britische Zone gab es ab dem 29.05.1948⁹⁴⁰ wieder ein Revisionsgericht, das die Entscheidungen der Oberlandesgerichte überprüfen konnte. Zwar war ursprünglich der 01.01.1948 ins Auge gefasst worden, es gab aber noch Diskussionen über ein gemeinsames Obergericht über die Britische und Amerikanische Zone, was aber am Widerstand Bayerns scheiterte, die über dem BayObLG keine weitere Instanz haben wollten.⁹⁴¹ Obwohl die amerikanische und britische Zone 1947 zum vereinigten Wirtschaftsgebiet (Bi-Zone) zusammengeschlossen wurden, war der OGH nicht für beide Zonen zuständig. Es gab jedoch für die Fragen des Wirtschaftsrechtes ein gemeinsames Obergericht, das Deutsche Obergericht, das aber nur in wenigen Fragen Entscheidungskompetenz hatte.⁹⁴² Da der OGH aber nur für die Britische Zone zuständig war, war dessen Rechtsprechung nicht für die anderen Zonen verbindlich.

Da auch das Landgericht Amberg vor der Situation stand, dass unmittelbar nach Wiedereröffnung der Gerichte und Inkrafttreten des neuen Ehegesetzes keine Materialien zur Verfügung standen, wird zunächst kurz die obergerichtliche Rechtsprechung skizziert, um anschließend diese mit der Rechtsprechung des Landgerichts Amberg vergleichen zu können. Wie im ersten Teil der Arbeit wird diese obergerichtliche Rechtsprechung anhand der einzelnen Tatbestandsmerkmale dargestellt.

⁹³⁶ Zitiert nach: Reinhard Zimmermann, Der oberste Gerichtshof für die Britische Zone (1948-1950) und die Fortbildung des Bürgerlichen Rechts, ZNR 1981, 158 (159).

⁹³⁷ AcP 150 (1949), 52 (57); in dieser Abhandlung wird auch darauf hingewiesen, dass die Ingangsetzung der Justiz in der amerikanischen Zone langsamer vonstattenging, als in der britischen und französischen Zone, da die Entnazifizierung in der amerikanischen Zone weit vehementer durchgeführt wurde und deswegen mehr Kräfte gebunden waren, was dazu führte, dass am Landgericht in der amerikanischen Zone mit einem Richter entschieden wurde, während in der britischen und französischen Zone mit drei Richtern entschieden wurde (58).

⁹³⁸ Vgl. Reinhard Zimmermann, Der oberste Gerichtshof für die Britische Zone (1948-1950) und die Fortbildung des Bürgerlichen Rechts, ZNR 1981, 158 (159).

⁹³⁹ Peter Caesar, Wiederaufbau der Gerichtsbarkeit nach 1945, NJW 1995, 1246 (1247).

⁹⁴⁰ Gegründet durch die Verordnung Nr. 98 der Militärregierung. Arbeitsaufnahme am 01.01.1948 durch die Durchführungsverordnung vom 17.11.1947. Zitiert nach: Meike Hetzke, Die höchstrichterliche Rechtsprechung von 1948 – 1961 zum Scheidungsgrund des § 48 EheG 1946 wegen unheilbarer Zerrüttung, 2000, S. 15.

⁹⁴¹ Reinhard Zimmermann, Der oberste Gerichtshof für die Britische Zone (1948-1950) und die Fortbildung des Bürgerlichen Rechts, ZNR 1981, 158 (160).

⁹⁴² Peter Caesar, Wiederaufbau der Gerichtsbarkeit nach 1945, NJW 1995, 1246 (1248).

1. Entscheidungen zu der Frage der Auflösung der häuslichen Gemeinschaft

Das Bayerische Oberste Landesgericht entschied mit Urteil vom 15.12.1948⁹⁴³, dass die vollständige räumliche Trennung der Ehegatten zwar nicht für die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft erforderlich sei, dass dessen Vorliegen andererseits aber auch nicht für die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft ausreiche. Das BayObLG berief sich dabei auf die Rechtsprechung des Reichsgerichtes in RGZ 164, 335. Danach sei die häusliche Gemeinschaft nicht aufgehoben, wenn sich die Trennung als natürliche darstelle, die sich aus dem regelmäßigen Verlauf der Dinge – wie zum Beispiel aus geschäftlichen, beruflichen, gesundheitlichen oder ähnlichen Gründen – ergebe. Wenn sich die tatsächlichen Verhältnisse, anders als ursprünglich geplant, entwickeln würden, bedeute dies jedoch nicht, dass dann rückwirkend die häusliche Gemeinschaft aufgehoben worden sei. Das Gericht führte weiter aus, dass die Evakuierung der Beklagten nach Bayern für sich genommen, die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft ebenfalls nicht rechtfertigen konnte.

Das OLG Schleswig Holstein entschied mit Urteil vom 21.04.1950, dass die Trennung aktiv willentlich herbeigeführt worden sein müsse.⁹⁴⁴ Dies sei dann nicht der Fall, wenn die Trennung aus beruflichen Gründen, Gründen des Erwerbs, der Krankheit oder der Erholung in Kauf genommen würde. Ebenso läge eine Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft nicht vor, bei Trennung durch Wehrdienst, Kriegsgefangenschaft, Internierung oder Strafhaft. Das OLG berief sich dabei auf die Rechtsprechung des Reichsgerichtes in RGZ 160,249 und 164,335. Erstaunlicherweise stimmt aber die zitierte Reichsgerichtsentscheidung RGZ 160,249 nicht mit der Aussage des OLG Schleswig-Holstein überein. Das Reichsgericht stellte in dieser Entscheidung fest, dass die häusliche Gemeinschaft aufgehoben sei, wenn sie gegen den Willen der Eheleute getrennt würden. Dies sei nur bei Kriegsgefangenschaft nicht der Fall. Den Wehrdienst hatte das Reichsgericht noch als den gewöhnlichen Verlauf der Dinge angesehen und deswegen keine Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft angenommen. Damit berief sich zwar das OLG Schleswig-Holstein auf die reichsgerichtliche Rechtsprechung, hat diese aber falsch zitiert. Das Reichsgericht baute auf der Rechtsprechung aus der Zeit vor dem Dritten Reich auf, durchbrach diese aber dort, wo es in Konflikt mit dem Nationalsozialismus kam. Nämlich dann, wenn der treu dienende Soldat in Kriegsgefangenschaft geriet, sollte dieser nicht mit dem außerhalb der Gesellschaft stehenden Kriminellen gleichgesetzt werden, der sich in Strafhaft befand.

2. Entscheidungen zu der Frage der Zulässigkeit des Widerspruchs

Zu der Frage der Zulässigkeit des Widerspruches ergingen nur sehr wenige Entscheidungen. Soweit ersichtlich befasste sich das OLG Stuttgart mit Urteil vom 12.10.1949⁹⁴⁵ mit der Frage, wann der Widerspruch zulässig ist, wann also das überwiegende Verschulden

⁹⁴³ SJZ 1949, 189 ff.

⁹⁴⁴ JR 1950, 756.

⁹⁴⁵ NJW 1949, 947.

an der Zerrüttung vorliege. Das OLG Stuttgart schließt sich hier der Rechtsprechung des Reichsgerichtes an, indem es entschied, dass derjenige, der die häusliche Gemeinschaft aufgehoben hat, eine gegen ihn sprechende tatsächliche Vermutung des Verschuldens entkräften müsse.

3. Entscheidungen zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs

Wie auch schon im Dritten Reich nahm auch in der Zeit nach dem Zusammenbruch die Frage, wann ein Widerspruch beachtlich sein sollte, den größten Raum in der Rechtsprechung ein.

In der ersten öffentlich bekannt gemachten obergerichtlichen Entscheidung zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches entschied das OLG Hamburg am 15.02.1946⁹⁴⁶, dass grundsätzlich von der Beachtlichkeit des Widerspruches auszugehen sei, es sei denn, es würden besondere Umstände vorliegen, die zur Unbeachtlichkeit des Widerspruches führen würden. Zur Begründung führt das OLG Hamburg erstaunlicherweise die Gesetzesbegründung von 1938 an. Das OLG Hamburg erkennt in dieser Entscheidung an, dass es Ehen gebe, die zu einem Zerrbild einer sittlichen Lebensgemeinschaft geworden wären und deren Lösung einem sittlichen Gebot entspreche. Dennoch lege auch eine inhaltlos gewordene Ehe Zeugnis von der starken Bindung des Ehegelübdes ab und könne insofern einen sittlichen Wert enthalten.

Das OLG Stuttgart äußerte sich in seiner, in der Süddeutschen Juristenzeitung abgedruckten, Entscheidung vom 29.05.1946 ebenfalls in die Richtung der Einrichtung eines neuen Regel-Ausnahmeverhältnisses.⁹⁴⁷ Das OLG Stuttgart führte in dieser Entscheidung aus, dass die Rechtsprechung des Reichsgerichtes, wonach der Widerspruch in der Regel unbeachtlich sein sollte, bevölkerungspolitisch motiviert war und deswegen nicht mehr angewendet werden dürfe.⁹⁴⁸ Das OLG Stuttgart geht von einer Beweislastregel aus. Der Kläger habe zunächst zu beweisen, dass die häusliche Gemeinschaft seit über 3 Jahren aufgehoben ist und dass die Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft aufgrund tiefgreifender Zerrüttung ausgeschlossen ist. Der Beklagte hat im Falle eines Widerspruches zu beweisen, dass der Kläger die Zerrüttung ganz oder überwiegend verschuldet

⁹⁴⁶ SJZ 1946, 93 ff.

⁹⁴⁷ SJZ 1946, 93.

⁹⁴⁸ Die von Frantz in: Frantz, Zur Rechtsprechung des Reichsgerichts auf familienrechtlichem Gebiet, NJW 1949, 448 – 450, vertretene Auffassung, dass die Rechtsprechung des Reichsgerichts kein reiner Ausdruck der nationalsozialistischen Ideologie gewesen sei (S. 449) und dass es letztlich die unteren Instanzen gewesen sein sollen, die nur das Reichsgericht nicht genau genug Gerstanden hätten, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Reichsgericht mit den Ehescheidungsverfahren Familienpolitik betrieben hat. Diese Politik wurde aktiv betrieben, so dass die Behauptung, dass von keiner amtlichen oder parteiamtlichen Stelle ein Einmischungsversuch gemacht worden wäre (S. 448), zwar durchaus zutreffen mag, aber doch unerheblich ist. Das Reichsgericht war schon die höchste Gerichtsstanz, ebenso wenig wird es wohl auf die Reichsminister Einflußnahmeversuche gegeben haben. Die Einflussnahme war angesichts der Rechtsprechung auch nicht notwendig. Dies unter dem Aspekt, dass jede Zeit ihre Schlagworte hat, die sich nicht unbedingt auf den Inhalt auswirken brauchen, zu vertuschen, zeigt wie bereits früh nach dem Ende des Dritten Reiches die darin verstrickten Personen ihre eigene Vergangenheit beschönigten und vielleicht sogar glaubten, sie hätten damit nichts zu tun gehabt.

habe. Bereits dann sei die Klage abweisungsreif, es sei denn, der Kläger könne beweisen, dass die richtige Würdigung des Wesens der Ehe die Aufrechterhaltung dieser Ehe sittlich nicht rechtfertige. Letztlich berief sich das OLG Stuttgart aber auf § 48 Abs. 3 EheG und brauchte daher die Grundsatzfrage zu Gunsten Beachtlichkeit oder Unbeachtlichkeit nicht weiter zu vertiefen.

Das OLG Frankfurt a.M. sprach sich in seiner Entscheidung vom 09.09.1946⁹⁴⁹ ebenfalls zu Gunsten der regelmäßigen Beachtlichkeit des Widerspruches aus. Interessant an dieser Entscheidung ist, dass das Gericht auf den Willen des Gesetzgebers abstellt, aber nicht näher ausführt, welcher das sein soll. Der nationalsozialistische Gesetzgeber durfte an sich zur Auslegung nicht herangezogen werden. Der Alliierte Kontrollrat hat sich aber bei dem Erlass des EheG 1946 nicht zu dieser Frage positioniert. In der Anmerkung zu dieser Entscheidung⁹⁵⁰ meinte der Präsident des Oberlandesgerichtes Stuttgart Dr. Steidle erkennen zu können, dass es sich bei diesen drei Entscheidungen bereits um eine gefestigte Nachkriegsrechtsprechung handele, so dass der Widerspruch grundsätzlich zu beachten sei.

Das OLG Frankfurt a.M. hat in seiner Entscheidung vom 26.08.1946⁹⁵¹ nicht grundsätzlich zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches Stellung genommen, sondern ist anhand des konkreten Einzelfalles zu dem Ergebnis gekommen, dass in dem zu entscheidenden Falle der Widerspruch beachtlich war. Das OLG Celle bezog sich in seiner Entscheidung vom 12.09.1946⁹⁵² direkt auf die Entscheidung des OLG Hamburg vom 15.02.1946 und schloss sich dieser Rechtsprechung zur grundsätzlichen Beachtlichkeit des Widerspruches an.⁹⁵³ Auch das OLG München bezog sich in seinem Urteil vom 26.11.1946⁹⁵⁴ auf die Rechtsprechung des OLG Hamburg und OLG Stuttgart und ging von einer grundsätzlichen Beachtlichkeit des Widerspruches aus. Ebenso entschied das OLG Braunschweig mit Urteil vom 10.12.1946⁹⁵⁵, das OLG Tübingen mit Urteil vom 13.03.1947⁹⁵⁶ und das OLG Dresden mit Urteil vom 17.06.1948⁹⁵⁷.

Mit einer Anmerkung stellte sich Karl Haff dieser Rechtsprechung entgegen.⁹⁵⁸ Darin führte er aus, dass § 55 des Ehegesetzes den liberalen und demokratischen Gedanken des Schweizer ZGB, sowie dem schwedischen Ehegesetz nachgebildet worden sei. Die nunmehr zu beobachtende Rechtsprechung berücksichtige nicht den Zerrüttungsgedanken,

⁹⁴⁹ SJZ 1946, 225 ff.

⁹⁵⁰ SJZ 1946, 226.

⁹⁵¹ NJW 1947/48, 104.

⁹⁵² DRZ 1946, 191.

⁹⁵³ Nehlert bezeichnete diese Entscheidung für die grundsätzliche Beachtlichkeit des Widerspruches sogar als selbstverständlich. In: Gerhard Nehlert, Das Ehegesetz des Kontrollrats für Deutschland, JR 1947, 69 (74).

⁹⁵⁴ SJZ 1947, 89.

⁹⁵⁵ MDR 1947, 152.

⁹⁵⁶ DRZ 1947, 194.

⁹⁵⁷ NJ 1948, 228.

⁹⁵⁸ Anmerkung zu OLG Braunschweig vom 10.12.1946, MDR 1947, 152 nf.

sondern bevorzuge das – aus Haffs Sicht – kaum überwundene mittelalterliche Verschuldensprinzip. Zwar war in der Tat die Zerrüttungsscheidung ein Produkt liberalen Gedankentums, die Umsetzung derselben war im Dritten Reich jedoch ein reines Produkt der Bevölkerungspolitik und jede Scheidung ein Vehikel, mit dem diese Politik umgesetzt wurde. Es wurde in der Weimarer Republik bereits über die Zerrüttungsscheidung diskutiert, insofern ist der Ansatz Haffs richtig. Die Einführung der Zerrüttungsscheidung war aber jedenfalls kein Produkt des liberalen Gedankens, sondern rein nationalsozialistisch motivierte Bevölkerungspolitik, die vom Reichsgericht schonungslos umgesetzt wurde. Eine Berufung auf die Gesetzesmotive und den Familienrechtsausschuss, der das Ehegesetz ausgearbeitet hatte, war daher damals schwerlich vertretbar.

Mit Urteil vom 13.03.1947⁹⁵⁹, bestätigt im Urteil vom 29.01.1948⁹⁶⁰ stellte sich das OLG Freiburg der Auslegung der anderen Oberlandesgerichte entgegen. Das Gericht stellte fest, dass der Grundsatz der Unbeachtlichkeit des Widerspruches, den das Reichsgericht aufgestellt hatte, bevölkerungspolitisch motiviert war und damit nicht mehr zu beachten war. Das OLG Freiburg führt aus, dass nach dem Gesetzeswortlaut der Widerspruch eine vom beklagten Teil vorzubringende Ausnahme darstelle. Die Ausnahme werde durch eine Erwiderung, die vom Kläger vorgebracht werden müsse, ausgeschlossen. Ob der Widerspruch schließlich beachtlich ist, sei nach den Grundsätzen des § 48 Abs. 2 S.2 EheG zu beurteilen. Das OLG Freiburg war der Meinung, dass es keinen Grund gebe, gleich in das gegenteilige Extrem zu verfallen und in Abkehr der Rechtsprechung des Reichsgerichts den Widerspruch grundsätzlich für beachtlich zu halten. Das OLG Freiburg argumentiert hier, anders als die anderen OLGe, mit der Intention des Kontrollrates. Wenn der Alliierte Kontrollrat den Gesetzeswortlaut ohne Veränderung übernehme, spreche dies gegen einen grundsätzlichen Bedeutungswandel der Vorschrift, die durch die Auslegung der anderen Oberlandesgerichte praktisch ihres Anwendungsbereiches beraubt werde. Diese Rechtsprechung bestätigte das OLG Freiburg in einer weiteren Entscheidung vom 27.03.1947⁹⁶¹. Dort hielt es allerdings den Widerspruch für beachtlich, weil die Beklagte fortgeschrittenen Alters war und sie keinerlei Grund zur Zerrüttung der langjährig harmonischen Ehe gegeben habe.

Mit Entscheidung vom 14.08.1947⁹⁶² bezeichnete das OLG Celle die bisherige Rechtsprechung der anderen Oberlandesgerichte nach wie vor als herrschende Meinung und entschied auch entsprechend des Grundsatzes der regelmäßigen Beachtlichkeit des Widerspruches. Das OLG Hamm hielt in seiner Entscheidung vom 28.08.1947⁹⁶³ den Widerspruch für unbeachtlich, ganz ohne auf die Rechtsprechung der anderen Oberlandesgerichte einzugehen.

⁹⁵⁹ DRZ 1947,339.

⁹⁶⁰ MDR 1948,212 (215).

⁹⁶¹ DRZ 1947, 339nf.

⁹⁶² NJW 1947/48, 186.

⁹⁶³ MDR 1948,19.

Die wohl wichtigste Entscheidung zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs erging durch den OGH in Köln am 31.05.1948,⁹⁶⁴ die später durch die Entscheidungen vom 17.06.1948⁹⁶⁵ und 21.10.1949⁹⁶⁶ bestätigt wurden. Im Tenor entschied der OGH, dass der vom Reichsgericht aufgestellte Grundsatz, dass zerrüttete Ehen grundsätzlich zu scheiden seien, nicht mehr aufrechterhalten werden könne. Aber auch die von einigen Oberlandesgerichten mittlerweile eingenommene Position, dass der Widerspruch grundsätzlich zu beachten sei, wurde vom OGH abgelehnt. Maßgeblich sei die unbeeinflusste Beurteilung der sittlichen Rechtfertigung des Scheidungsbegehrens oder des Widerspruchs. Die Entscheidung sei im Einzelfall unter Abwägung aller für und wider sprechenden Umstände zu treffen. Der OGH geht zunächst darauf ein, dass das Ehegesetz vom Kontrollrat erlassen wurde und dass das Ehegesetz als innerdeutsches Recht Teil der Rechtsordnung sei und nach deutschen Auslegungsgrundsätzen anzuwenden sei. Der OGH wendet sich gegen eine Meinung, die in der Literatur vertreten wurde, dass durch die wörtliche Übernahme des Gesetzeswortlautes gleichzeitig auch der frühere Sinn des Gesetzes übernommen worden wäre. Nach Ansicht des OGH ist allein der Inhalt des Gesetzes, so wie er sich aus dem Gesetzeswortlaut ergibt, entscheidend und nicht frühere Gesetzesmaterialien. Entsprechend dieses Gedankens vergleicht der OGH den Wortlaut und Inhalt des § 48 EheG mit den anderen Scheidungstatbeständen des neuen Ehegesetzes und kommt zu dem Schluss, dass das Gesetz häufig dem einen oder anderen Ehegatten zumutet, eine zerrüttete Ehe zu ertragen, so dass allein die Zerrüttung noch nicht für eine Scheidung ausreiche. Der OGH gesteht zwar zu, dass § 48 Abs. 2 Satz 2 EheG in der äußeren Form eines Ausnahmesatzes gekleidet sei. Er führte jedoch aus, dass Ausnahmesätze nicht notwendig einen Ausnahmetatbestand erfordern würden, um den Rechtserfolg des Ausnahmesatzes eintreten zu lassen. Es wäre auch möglich, aus rein sprachlichen Gründen, diese Konstruktion zu wählen, was insbesondere bei Wertmaßstäben, wie „sittliche Rechtfertigung“ der Aufrechterhaltung oder Nichtaufrechterhaltung der Ehe, in Betracht komme. Die Frage der Zerrüttung wäre sowohl für den Satz 1, wie auch den Satz 2 des § 48 Abs. 2 EheG maßgeblich, da das Verschulden an der Zerrüttung demselben Bereich angehöre, wie die richtige Würdigung des gesamten Verhaltens beider Ehegatten. Maßgeblich sei daher lediglich die Frage der sittlichen Tragbarkeit oder Untragbarkeit der zerrütteten Ehe. Aber auch vom Ergebnis her sei der Grundsatz der Beachtlichkeit des Widerspruchs abzulehnen. Da für die Zulässigkeit des Widerspruchs schon ein kleines Verschulden des klagenden Teiles ausreiche, dieses aber nicht notwendigerweise schon eine Scheidungsklage wegen Verschuldens begründen könne, würde der Anwendungsbereich des § 48 EheG zu sehr eingeschränkt. Lediglich für den Fall, dass die sittliche Rechtfertigung der Scheidung zweifelhaft erscheine, soll die auf unklarem Sachverhalt beruhende Entscheidung tendenziell eher in Richtung Klageabweisung lauten. Der OGH setzte sich sodann im Einzelnen mit dem zu entscheiden-

⁹⁶⁴ NJW 1947/48, 472 ff mit Anmerkung Krille; SJZ 1948, Sp. 703 ff mit Anmerkung Bruns; MDR 1948, 209 ff.; Helmuth Delbrück, Aus der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes in Zivilsachen, MDR 1948, 393 (394); DRZ 1948, 436 mit Anmerkung Dölle.

⁹⁶⁵ MDR 1948, 471nf.

⁹⁶⁶ DRZ 1949, 568.

den Fall auseinander. Maßgeblich könne sein, aus welchen Motiven der beklagte Teil der Scheidung widerspreche. Geschehe dies aus Rache oder Hass, sei der Widerspruch eher nicht zu beachten. Wenn die Ehe eine Fehlehe sei, so könne auch der Umstand maßgeblich sein, dass der Schuldige nunmehr einen passenden Partner gefunden habe. In diesem Zusammenhang könne auch in die Waagschale geworfen werden, ob aus der neuen Verbindung Kinder zu erwarten seien, ohne dass bevölkerungspolitische Gründe jedoch Gewicht hätten. Diese Formulierung erstaunt. Legte doch der OGH Wert darauf, dass die bevölkerungspolitisch motivierte Rechtsprechung des Reichsgerichts keine Anwendung mehr finden dürfe. Jedenfalls war die Unterscheidung des OGHs, dass zwar der Umstand der kinderlosen Fehlehe im Verhältnis zu der potenziell kinderreichen zukünftigen Ehe, beachtet aber nicht betont werden dürfe, wenig praktikabel. Auch über den bloßen Versorgungsgedanken scheint durch die Hintertür doch die Rechtsprechung des Reichsgerichtes wieder Einzug zu finden. Der OGH führte hierzu aus, dass der Versorgungsgedanke bei der gealterten Frau, auch zur Beachtlichkeit des Widerspruchs führen könne. Auch das Reichsgericht hatte nach der sog. Opferrechtsprechung der gealterten Frau, die sich in der Ehe aufgeopfert hatte, Schutz vor einer Scheidung zugesprochen. Noch deutlicher wird dieser Ansatz in der Entscheidung vom 07.10.1949.⁹⁶⁷ Dort führte der OGH aus, dass es dem Wesen der Ehe als sittlicher und sozialer, vornehmlich dem Schutz der biologisch benachteiligten Frau dienenden Einrichtung entspreche, dass der Rang der Frau, von der das eheliche Leben besondere körperliche und seelische Aufwendungen erfordere, als ebenbürtiger Gefährtin nicht nur in der Jugend, sondern auch im Alter gewahrt bleibe.⁹⁶⁸ Es würde dem Wesen und der sozialen Aufgabe der Ehe in hohem Maße widersprechen, wenn der durch die Jahrzehnte erworbene Versorgungsanspruch dadurch gefährdet werden könne, dass der Mann in eigensüchtiger Weise die gealterte Frau zu Gunsten einer jüngeren Frau verstoßen wolle.⁹⁶⁹ So weit wäre nicht einmal die Theorie, geschweige denn die Praxis in der nationalsozialistischen Zeit gegangen.⁹⁷⁰ Damit schränkte der OGH die Scheidungsmöglichkeiten zu Lasten der finanziell schlechter gestellten Ehepartner ein. Eine Scheidung kam damit nur für Eheleute in Betracht, die finanziell so gut gestellt waren, dass der Unterhaltsanspruch auch der geschiedenen Ehefrau gesichert war.

In seiner Anmerkung stimmte Krille⁹⁷¹ grundsätzlich der Entscheidung des OGH zu, da sie die „bisher nur den Extremen verpflichtete Rechtsprechung endlich auf eine gesunde Basis stellen“⁹⁷² würde. Krille zweifelte aber daran, ob sich diese Rechtsprechung auf Dauer halten lassen würde, da die vorliegende Entscheidung nur auf allgemeinen Kriterien beruhe, die auch schon bisher die Auslegung des § 48 EheG geprägt hätten.

⁹⁶⁷ NJW 1949, 945 (946).

⁹⁶⁸ NJW 1949, 945 (945nf).

⁹⁶⁹ NJW 1949, 945 (946).

⁹⁷⁰ NJW 1949, 945 (946).

⁹⁷¹ Anmerkung zu OGH, Urteil vom 31.05.1948, Az. ZS 12/48, NJW 1947/48, 472 ff.

⁹⁷² Anmerkung zu OGH, Urteil vom 31.05.1948, Az. ZS 12/48, NJW 1947/48, 472 (472).

Bruns ging in seiner Anmerkung zu der Entscheidung⁹⁷³ bereits davon aus, dass mit der Entscheidung des OGH nunmehr der Streit ob der Widerspruch grundsätzlich zu beachten sei oder nicht, im Sinne eines „es kommt darauf an“ entschieden sei. Dölle äußerte in seiner Anmerkung⁹⁷⁴ die Hoffnung, dass die Entscheidung des OGH, deren Lösung man als „Gleichgewichtstheorie“ bezeichnen könne, auch in den anderen Zonen Nachahmer finden mögen.⁹⁷⁵ Nathan führte in einer beachtlich ehrlichen Anmerkung aus, dass § 48 EheG ein Paradebeispiel für den „politischen“ Richter sei.⁹⁷⁶ Das Reichsgericht betrachtete – so Nathan – die Ehe in der Hitlerzeit als Institut zur Erzielung nationalsozialistischen Nachwuchses.⁹⁷⁷ Die Oberlandesgerichte der Nachkriegszeit vertraten demgegenüber den Standpunkt der Heiligkeit der Ehe.⁹⁷⁸ Man merke es diesen Urteilen an – so Nathan – dass die Urheber die Zerrüttungsscheidung am liebsten ganz abschaffen würden.⁹⁷⁹ Möglicherweise war diese Rückkehr zu den sehr konservativen Ansichten auch der Personalpolitik der Alliierten geschuldet, die nach dem Ende des Krieges als erstes die Richter wieder einsetzten, die schon vor der Machtergreifung Richter gewesen waren. Trotz der zu befürchtenden Uneinheitlichkeit der Rechtsprechung könne man nach der Ansicht Nathans, der Rechtsprechung des OGH folgen, da diese Rechtsprechung allein dem Gesetz „ungezwungen gerecht“⁹⁸⁰ werde. Die Anmerkung Nathans weist bereits die für die SBZ typischen kommunistischen Züge auf. So setzte sich Nathan ausführlich mit der Rolle der Frau auseinander. Nathan führte aus, dass es in der heutigen Gesellschaft eine soziale Verpflichtung der Frau geben würde, für ihren Unterhalt einen Beitrag zu leisten, so dass ihr zugemutet werden könne, selbst einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.⁹⁸¹ Noch deutlicher wird die sozialistische Tendenz in einem Beitrag von Thaler, einer Jugendrichterin in Dresden.⁹⁸² Die Scheidungsrichter hätten, bis die für dringend notwendig gehaltenen Gesetzesnovellierungen kämen, im Wege vernünftiger Auslegung, die Urteile zu fällen, „die von dem fortschrittlichen Teile der Bevölkerung gutgeheißen werden“.⁹⁸³ Die Bewertung des Widerspruches gegen die Scheidung habe eine grundlegende Änderung dadurch erfahren, dass die Einstellung zur gesellschaftlichen Arbeit eine andere geworden sei.⁹⁸⁴

⁹⁷³ Anmerkung zu OGH, Urteil vom 31.05.1948, Az. ZS 12/48, SJZ 1948, 707-708.

⁹⁷⁴ Anmerkung zu OGH, Urteil vom 31.05.1948, Az. ZS 12/48, MDR 1948, 439 ff.

⁹⁷⁵ Anmerkung zu OGH, Urteil vom 31.05.1948, Az. ZS 12/48, MDR 1948, 439 (439).

⁹⁷⁶ Anmerkung zu OLG Dresden, Urteil vom 10.02.1949 Az 2 U 385/47 und LG Dresden Urteil vom 28.10.48 Az 7 R 173/48, NJ 1949, 171 (171).

⁹⁷⁷ Anmerkung zu OGH, Urteil vom 31.05.1948, Az. ZS 12/48, NJ 1949, 171 (171).

⁹⁷⁸ Anmerkung zu OGH, Urteil vom 31.05.1948, Az. ZS 12/48, NJ 1949, 171 (171).

⁹⁷⁹ Anmerkung zu OGH, Urteil vom 31.05.1948, Az. ZS 12/48, NJ 1949, 171 (171f).

⁹⁸⁰ Anmerkung zu OGH, Urteil vom 31.05.1948, Az. ZS 12/48, NJ 1949, 171 (172).

⁹⁸¹ Anmerkung zu OGH, Urteil vom 31.05.1948, Az. ZS 12/48, NJ 1949, 171 (172).

⁹⁸² Elfriede Thaler, Neue Probleme in Ehesachen, NJ 1949, 254.

⁹⁸³ Elfriede Thaler, Neue Probleme in Ehesachen, NJ 1949, 254 (254).

⁹⁸⁴ Elfriede Thaler, Neue Probleme in Ehesachen, NJ 1949, 254 (254).

Mit Urteil vom 20.08.1948 erklärte das OLG Braunschweig, dass es der Rechtsauffassung des OGH folge⁹⁸⁵ und kam nach einer ausführlichen Abwägung zu dem Ergebnis, dass der Widerspruch beachtlich sei. Ebenso entschied sich das Oberlandesgericht Dresden mit seiner Entscheidung vom 10.02.1949⁹⁸⁶.

Mit der Entscheidung vom 24.09.1948 stellte sich das OLG München jedoch der Rechtsprechung des OGH explizit entgegen.⁹⁸⁷ Schon aus dem Wortlaut und dem Sinn und Zweck des § 48 EheG ergebe sich, dass § 48 Abs. 1 EheG die Regel darstelle, wovon in § 48 Abs. 2 Satz 1 EheG eine Ausnahme gemacht werde. § 48 Abs. 2 Satz 2 EheG stelle wiederum eine Ausnahme von der Ausnahme dar. Mit dem Grundsatz in Absatz 1 stelle der Gesetzgeber klar, dass zerrüttete Ehen zu scheiden seien. Der nicht schuldige Teil brauche aber dies nicht hinzunehmen, so dass er der Scheidung widersprechen könne. Es müsse daher der Grundsatz gelten, dass der Widerspruch bei Verschulden des Klägers nicht nur grundsätzlich zulässig, sondern auch beachtlich sein müsse. Das OLG München monierte, dass der Erstrichter keine Gründe für die Aufrechterhaltung der Ehe gefunden habe und deswegen davon ausgegangen sei, dass die Ehefrau nur aus Eigensinn widerspreche. Das OLG München wies darauf hin, dass der Erstrichter übersehen habe, dass die Beklagte ein Recht zum Widerspruch habe und sie recht beachtliche Gründe für diesen gehabt habe. Insbesondere die religiöse Überzeugung sei ein solcher beachtlicher Grund.

Dem gegenüber erklärte das OLG Frankfurt mit seiner Entscheidung vom 22.12.1948, dass es an seiner Rechtsprechung, dass der Widerspruch grundsätzlich zu beachten sei, festhalten wolle.⁹⁸⁸ Gleichzeitig schränkte es seine Auffassung dahingehend ein, dass die Ehe im Zweifel aufrechtzuerhalten sei, wenn nach gründlicher Erörterung des Gesamtverhaltens, der Lebensverhältnisse und der Prüfung des sittlichen Wertes der Ehe eine sichere Einschätzung in die eine oder andere Richtung nicht getroffen werden könne. Damit stellte sich das OLG zwar formal der Rechtsprechung des OGH entgegen, der den Widerspruch nicht grundsätzlich für beachtlich halten wollte. Das OLG Frankfurt näherte sich jedoch der Rechtsprechung des OGH insoweit an, als es lediglich im Zweifel für die Aufrechterhaltung der Ehe plädierte.⁹⁸⁹ Der Urteilstenor, dass das OLG Frankfurt entgegen dem OGH an seiner Rechtsprechung festhalte, wird sodann im Urteil weiter relativiert. Dort führte das OLG Frankfurt aus, dass es der Meinung sei, mit diesem Ur-

⁹⁸⁵ MDR 1949, 34.

⁹⁸⁶ Urteil vom 10.02.1949, NJW 1949, 867; NJ 1949, 170.

⁹⁸⁷ OLG München, SJZ 1948, 758 ff.; DRZ 1949, 18; NJW 1949, 152.

⁹⁸⁸ JR 1949, 148.

⁹⁸⁹ Interessant bei dieser Entscheidung ist folgende Passage (JR 1949, 148 (150)): „Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches und dem Inkrafttreten des neuen EheG, dessen § 48 in seinen beiden ersten Absätzen mit dem früheren § 55 gleichlautend ist, hat man erkannt, daß diese Rechtsprechung des RG von nationalsozialistischen Gedankengängen beeinflusst war und einer geläuterten Auffassung vom Sinn dieser Vorschriften nicht entspricht.“ Nach dieser Entscheidung, hat man erst nach dem Zusammenbruch erkannt, dass die Rechtsprechung des Reichsgerichtes nationalsozialistisch beeinflusst war. Dieser Apologetismus spiegelt die offensichtliche Haltung vieler Juristen wieder, die nach dem Ende des Dritten Reiches immer wieder die Verantwortung auf andere geschoben hatten und die eigene Verflechtung mit dem nationalsozialistischen Regime nicht wahrhaben wollten.

teil praktisch weitgehend mit dem OGH übereinzustimmen und zum gleichen Ergebnis zu kommen. Im Ergebnis wies das OLG die Sache zur weiteren Aufklärung an die Vorinstanz zurück.

Das Bayerische Oberste Landesgericht schloss sich mit dem Urteil vom 27.04.1949⁹⁹⁰ im Ergebnis der Entscheidung des OLG München an. Im Tenor entschied das BayObLG, dass für den Fall, dass der Widerspruch zulässig sei, er zugleich auch beachtlich sei. Hier- von werde eine Ausnahme gemacht, wenn die Ehe sittlich untragbar ist. Diese Ausnah- me sei von Amts wegen zu prüfen. Besondere Umstände seien nicht notwendigerweise nachzuweisen. Nur dann, wenn die erschöpfende Würdigung des vorliegenden Tatsa- chenmaterials die sittliche Untragbarkeit der Ehe nicht eindeutig erkennen lasse, kome der Grundsatz der Beachtlichkeit des Widerspruches zur Geltung und verlange die Klageabweisung. Das BayObLG stellte fest, dass in der Nachkriegsrechtsprechung ein- heitlich der Standpunkt vertreten werde, dass der Standpunkt des Reichsgerichtes nicht mehr angewendet werden könne. Das BayObLG führte weiter aus, dass es der Auffas- sung sei, dass § 48 Abs. 2 Satz 2 EheG eine Ausnahme zu dem Grundsatz des § 48 Abs. 2 Satz 1 EheG sei und unterschied sich dabei von der Rechtsauffassung des OGH. Wür- de die Auffassung des OGH richtig sein, würde dies bedeuten, dass den widersprechen- den Beklagten auch die Beweislast für die Rechtfertigung der Aufrechterhaltung der Ehe treffen würde. Soweit wolle aber der OGH nicht gehen. Das BayObLG stellte klar, dass das Regel-Ausnahmeverhältnis nichts darüber aussage, ob der Regelfall der Beachtlich- keit des Widerspruches auch die Mehrzahl der Fälle treffe. Dies sei eine Frage des Einzel- falles. Der Richter müsse prüfen, ob es bei Abwägung aller für und wider sprechenden Gründe, nach allgemeingültigen, sittlichen Anschauungen, gerechtfertigt sei, den Kläger an der Ehe festzuhalten. Nur wenn eine sichere Einschätzung weder in die eine noch in die andere Richtung möglich sei, sei nach dem Grundsatz der Beachtlichkeit des Wider- spruches die Klage abzuweisen. Damit erkannte das BayObLG an, dass es im Ergebnis im Einklang mit der Anschauung des OGH befinde.

Hinsichtlich der Frage, ob die Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz den Wi- derspruch beachtlich mache, vertrat das OLG Stuttgart in seiner Entscheidung vom 12.10.1949⁹⁹¹ eine dem OGH ähnliche Rechtsauffassung. Hatte der OGH in seiner Ent- scheidung vom 07.10.1949⁹⁹² vertreten und in der Entscheidung vom 05.05.1950 bestä- tigt⁹⁹³, dass es der gealterten Ehefrau nicht zuzumuten sei, im Alter ihre wirtschaftliche Existenz zu verlieren, entschied das OLG Stuttgart, dass es dem sittlichen Gehalt des We- sens der Ehe widerspreche, eine Ehe nur wegen der Sicherung des Unterhaltsanspruches aufrechtzuerhalten. Allerdings stellte das OLG Stuttgart in seiner Entscheidung fest, dass die Beklagte keine besonderen Schritte unternommen habe, den Kläger fester an die Ehe zu binden und könne auch nicht geltend machen, dass sie in treuer Pflichterfüllung die

⁹⁹⁰ SJZ 1949, 697 ff.; NJW 1949, 625.

⁹⁹¹ NJW 1949, 947.

⁹⁹² NJW 1949, 945.

⁹⁹³ NJW 1950, 744.

besten Jahre ihres Lebens für die Ehe geopfert habe und es deswegen nicht verdienen würde, im Alter beiseitegeschoben zu werden.

Nachdem der OGH mit dem Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts⁹⁹⁴ am 30.09.1950 aufgelöst wurde⁹⁹⁵ und der BGH mit Sitz in Karlsruhe errichtet wurde⁹⁹⁶, erging am 21.01.1951⁹⁹⁷ die erste Entscheidung des Bundesgerichtshofes zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches. Der BGH schloss sich grundsätzlich der Rechtsprechung des OGH an,⁹⁹⁸ indem er weder einen Grundsatz für die Beachtlichkeit noch für die Unbeachtlichkeit des Widerspruches aufstellen wollte. Der BGH schränkte jedoch bereits in dieser Entscheidung den Wertmaßstab für die Beurteilung der Beachtlichkeit des Widerspruches ein. Bevölkerungs- und rassepolitische Gründe seien gänzlich außer Acht zu lassen.⁹⁹⁹ Je mehr sich die Ehe in ihrem grundsätzlichen Wesen bereits erfüllt habe, d.h. je tiefer die Bindung der Ehegatten zueinander einmal gewesen ist, desto mehr sei auch die Aufrechterhaltung der Ehe sittlich geboten.¹⁰⁰⁰ Je mehr also einer der beiden Ehegatten seine Existenz auf den Bestand der Ehe ausgerichtet hatte, desto schwerer sollte das Eheband lösbar sein. In diesem Zusammenhang spielte der Versorgungsgedanke eine starke Rolle. Wenn der aus der Ehe fortstrebende Teil einen „Freibrief für seine Verfehlungen zu erlangen trachtet, so wird sie [die Scheidung, Anm. Verfasser] in aller Regel zu versagen sein“¹⁰⁰¹. Je schwerer also das Verschulden des Klägers an der Zerrüttung wiege, desto schwerer würde ihm daher die Scheidung zu gewähren sein. Wenn also der Kläger die Ehe als schwerste Form der schuldhaften Verletzung gebrochen habe, sei die Scheidung in aller Regel sittlich nicht zu rechtfertigen.¹⁰⁰² Für den Beklagten bedeutete dies, dass er der Scheidung umso leichter widersprechen konnte, wie er sich selbst den ehelichen Verpflichtungen entsprechend verhalten hatte.¹⁰⁰³ Der BGH degradierte damit die verschuldensunabhängige Zerrüttungsscheidung zu einem weiteren Verschuldenstatbestand indem er voraussetzte, dass eine Scheidung aus § 48 EheG tendenziell umso leichter zu erlangen sei, je weniger sich der Kläger gegen die Beklagte versündigt hatte. Diesen Gedanken vertiefte der BGH in dem Urteil vom 05.04.1951¹⁰⁰⁴ noch weiter. Grundlage dieser Scheidungsklage war eine langjährige Ehe,

⁹⁹⁴ BGBl. I 1950, S. 455, zitiert nach: Meike Hetzke, Die höchstrichterliche Rechtsprechung von 1948 – 1961 zum Scheidungsgrund des § 48 EheG 1946 wegen unheilbarer Zerrüttung, 2000, S. 16.

⁹⁹⁵ BGBl. I 1950, 508, zitiert nach: Meike Hetzke, Die höchstrichterliche Rechtsprechung von 1948 – 1961 zum Scheidungsgrund des § 48 EheG 1946 wegen unheilbarer Zerrüttung, 2000, S. 16.

⁹⁹⁶ BGBl. I 1950, 464, zitiert nach: Meike Hetzke, Die höchstrichterliche Rechtsprechung von 1948 – 1961 zum Scheidungsgrund des § 48 EheG 1946 wegen unheilbarer Zerrüttung, 2000, S. 16.

⁹⁹⁷ BGHZ 1, 87 ff.

⁹⁹⁸ BGHZ 1, 87 (91).

⁹⁹⁹ BGHZ 1, 87 (91).

¹⁰⁰⁰ BGHZ 1, 87 (92).

¹⁰⁰¹ BGHZ 1, 87 (92).

¹⁰⁰² BGHZ 1, 87 (92).

¹⁰⁰³ BGHZ 1, 87 (93).

¹⁰⁰⁴ BGHZ 1, 356 ff.

in der vier eheliche Kinder geboren wurden. Der BGH führte zur Beachtlichkeit des Widerspruches aus:¹⁰⁰⁵

„Ist eine Ehe in jahrelangem Bestehen zu einer von beiden Ehegatten bejahend gestalteten Lebens- und Familiengemeinschaft ausgereift, in der ihr Leben seine entscheidende Aufgabe, seinen wesentlichen Inhalt und seine bestimmende Mitte gefunden hatte, so kann diese Gemeinschaft in dem sittlichen Bewußtsein der Ehegatten und ihres Lebenskreises auf die Dauer nicht mehr völlig ausgelöscht werden. Sie wirkt vielmehr auch nach der Zerrüttung der Ehe notwendig darin fort und bestimmt weiterhin das Verhältnis der Ehegatten zueinander. Das Bestreben des schuldigen Ehegatten, sich in Widerspruch mit diesem tiefverwurzelten Bewußtsein von der Ehe loszusagen, muß darum in einem solchen Falle um der sittlichen Ordnung willen die rechtliche Anerkennung versagt bleiben.“

Der BGH führte weiter aus, dass es unter diesen Umständen sittlich nicht gerechtfertigt sein könne, den Kläger aus der Ehe zu entlassen und die Ehefrau aus ihrer rechtmäßigen Stellung zu verdrängen.¹⁰⁰⁶ Außerdem würde die Ehefrau, falls der Kläger vor ihr sterben sollte, keine Witwenrente und Sozialversicherung erhalten.¹⁰⁰⁷ Der BGH wies mit dieser Begründung die Klage ab.

Mit dem Urteil vom 23.04.1951¹⁰⁰⁸ weitete der BGH seine Rechtsprechung zu Lasten einer Zerrüttungsscheidung nochmals aus. In der Entscheidung vom 21.01.1951 hatte der BGH noch festgestellt, dass der Widerspruch umso eher unbeachtlich sein müsse, je mehr sich der Kläger gegen die Beklagte versündigt hatte. Hier hatte der BGH insbesondere den Ehebruch als schwerste Verfehlung angeführt. In der Entscheidung vom 23.04.1951 ließ es der BGH jedoch schon ausreichen, dass der Kläger keinen nachvollziehbaren Grund für die Abkehr von seiner Ehefrau hatte.¹⁰⁰⁹ In der Entscheidung vom 05.04.1951 hielt der BGH noch fest, dass dann, wenn sich eine eheliche Lebensgemeinschaft bereits entwickelt habe, diese auch noch über die Trennung hinaus fortwirke und deswegen den Widerspruch beachtlich mache. Auch in diesem Punkt schränkte der BGH die Scheidungsmöglichkeiten in dem Urteil vom 23.04.1951 weiter ein. In dem hier zu entscheidenden Fall hatten die Eheleute noch überhaupt keinen gemeinsamen Wohnsitz begründet. Eine echte eheliche Lebensgemeinschaft konnte sich daher noch gar nicht entwickelt haben. Der BGH führte hierzu aus:¹⁰¹⁰

„Es kann aber sittlich nicht gerechtfertigt sein, das Fortbestehen einer Ehe allein von der Willkür eines Ehegatten abhängig zu machen, d.h. dem Scheidungsbegehren eines Ehegatten auf Grund einer von ihm willkürlich verur-

¹⁰⁰⁵ BGHZ 1, 356 (358).

¹⁰⁰⁶ BGHZ 1, 356 (359).

¹⁰⁰⁷ BGHZ 1, 356 (360).

¹⁰⁰⁸ BGHZ 2, 68 ff.

¹⁰⁰⁹ BGHZ 2, 68 (70).

¹⁰¹⁰ BGHZ 2, 68 (72).

sachten Ehezerrüttung zu entsprechen, zumal wenn der Ehegatte sich (...) schon kurze Zeit nach Abgabe des Ehegelöbnisses von diesem losgesagt hat, ohne erst den ernstlichen Versuch gemacht zu haben, die eheliche Gemeinschaft zu verwirklichen.“

Nicht ganz dieser Linie entsprechend entschied der BGH in dem Urteil vom 10.05.1951.¹⁰¹¹ Die Streitteile waren seit knapp 30 Jahren verheiratet und seit knapp 11 Jahren getrennt. Die Beklagte hatte den Kläger in den 20er Jahren aufopferungsvoll während einer Lungentuberkulose gepflegt und aus der Ehe waren zwei Kinder hervorgegangen. Der Kläger hatte jedoch aufgrund der Einstufung in die Gruppe III seine Pensionsansprüche verloren und war bereits 62 Jahre und die Beklagte 55 Jahre alt. Nach diesen äußeren Umständen hätten an sich die Voraussetzungen für eine Ablehnung der Scheidung nach den Grundsätzen, die im Urteil vom 22.01.1951 aufgestellt wurden, vorgelegen. Der BGH entschied aber, dass der Widerspruch unbeachtlich sein könne, wenn die Frau durch ihre standhafte Weigerung den ehelichen Verkehr verhindert habe, dass sich eine eheliche Lebensgemeinschaft erst gar nicht habe entwickeln können.¹⁰¹² Durch die Weigerung der Frau sei die Loslösung des Ehemannes vorbereitet worden.¹⁰¹³ Der BGH übersieht hier aber, dass wenn dem so wäre, die Ehefrau in Wirklichkeit die Zerrüttung verursacht hätte, weil dann nämlich das Verhalten der Ehefrau erst Ursache für das Verhalten des Ehemannes – dass er sich einer anderen Frau zugewandt hat – war. Wenn aber die Ehefrau die Zerrüttung verursacht hätte, wäre ihr Widerspruch nicht unbeachtlich, sondern bereits unzulässig. Hauptmotivation für den BGH, dass er der Scheidung in diesem Fall offensichtlich den Weg bereiten wollte, war aber, dass der Kläger über keine Pensionsansprüche verfügte und die Beklagte daher auch nicht abgesichert war. Die Ehe bot der Ehefrau keinerlei finanzielle Vorteile, weil der Kläger bereits 62 Jahre alt war. Der BGH hat dies zwar auch ausführlich angesprochen, aber die Ersatzkonstruktion der Verweigerung des Geschlechtsverkehrs gewählt, um eine Brücke für die Unbeachtlichkeit des Widerspruchs bauen zu können.

Auf der Linie der vorhergegangenen Entscheidungen liegt jedoch wiederum die Entscheidung vom 04.06.1951.¹⁰¹⁴ Dort hatte der BGH entschieden, dass die innere Abwendung von der Ehefrau kein rein schicksalhafter Vorgang, sondern eine willentliche Entscheidung und damit schuldhaft war. Der Verlust der ehelichen Gesinnung könne mit der Preisgabe derselben, d.h. mit einem schuldhaften inneren Abfall von der Ehe, für den der Ehegatte verantwortlich sei, gleichbedeutend sein.¹⁰¹⁵

In einem Aufsatz¹⁰¹⁶ hatte der damalige Vorsitzende des BGH relativierend ausgeführt, dass von den 56 bis zum 01.11.1952 eingereichten Revisionen, allein 39 aus § 48 EheG

¹⁰¹¹ BGHZ 2, 98 ff.

¹⁰¹² BGHZ 2, 98 (104nf).

¹⁰¹³ BGHZ 2, 98 (105).

¹⁰¹⁴ BGHZ 2, 255 ff.

¹⁰¹⁵ BGHZ 2, 255 (258).

¹⁰¹⁶ Lersch, Revisionen aus § 48 EheG, NJW 1953, 290.

eingelegt wurden.¹⁰¹⁷ Von diesen 39 Fällen wurden nur 13%, also insgesamt 5 Verfahren, mit einer Scheidung beendet.¹⁰¹⁸ Lersch führt in diesem Aufsatz aus:

*„Solange § 48 Gesetz ist, hat der Richter ihn anzuwenden, auch wenn er persönlich ihn weltanschaulich ablehnt.“*¹⁰¹⁹

Dem BGH wurde trotz seiner hier dargestellten Entscheidungen mehrfach¹⁰²⁰ entgegengehalten, dass er der Scheidungsflut nicht vehement genug entgegengetreten wäre. In mehreren Veröffentlichungen aus der Zeit kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gewinnt man den Eindruck, dass die Zerrüttungsscheidung vielen zu weit ging und dass viele dadurch das Institut der Ehe in Gefahr sahen.¹⁰²¹ Habscheid hatte sodann auch in einem Aufsatz aus 1953 die Meinung vertreten, dass Art. 6 Abs. 1 GG die Ehe und die Familie unter den besonderen Schutz der Verfassung stelle und deswegen eine allzu großzügige Scheidungspraxis verfassungswidrig sein könnte.¹⁰²² An anderer Stelle wurde ausgeführt, dass die verschuldensunabhängige Scheidung gegen die objektive sittliche Ordnung und gegen das sittliche Bewußtsein der abendländischen Bevölkerung verstoßen würde und deswegen die verschuldensunabhängige Scheidung sachlich-rechtlich ungültig sei.¹⁰²³ Bereits 1953 konnte jedoch konstatiert werden, dass sich, im Vergleich zur früheren Rechtsprechung, eine Schwergewichtsverlagerung zu Gunsten der Aufrechterhaltung der Ehe vollzogen hatte.¹⁰²⁴ Von Seiten des Gesetzgebers wurde erst mit dem Familienrechtsänderungsgesetz vom 11.08.1961 auf die Strömung in der Rechtsprechung reagiert und die Zerrüttungsscheidung weitgehend eingeschränkt.¹⁰²⁵ Kritische Stimmen gegen diese Rechtsprechung wurden jedoch nur vereinzelt erhoben.¹⁰²⁶

4. Entscheidungen zu § 48 Absatz 3 EheG

Das OLG Oldenburg hat in seinem Urteil vom 27.03.1947¹⁰²⁷ festgestellt, dass die Prüfung des Wohles der Kinder ein von Amts wegen zu beurteilender Umstand ist, der unabhängig vom Widerspruch zu untersuchen ist.

¹⁰¹⁷ Lersch, Revisionen aus § 48 EheG, NJW 1953, 290 (290).

¹⁰¹⁸ Lersch, Revisionen aus § 48 EheG, NJW 1953, 290 (291).

¹⁰¹⁹ Lersch, Revisionen aus § 48 EheG, NJW 1953, 290 (291).

¹⁰²⁰ Z.B. in: Walther Habscheid, Kritische Gedanken zur Rechtsprechung des BGH zu § 48 EheG, MDR 1953, 337 (338); gegen eine zu leichte Ehescheidung: Hermann Nell, Die richtige Würdigung der Ehe im Scheidungsprozeß, DRZ 1949, 248 (248).

¹⁰²¹ Vgl. z.B. Günther Beitzke, Zum Ehegesetz vom 20.02.1946, DRZ 1946, 136 (137).

¹⁰²² Walther Habscheid, Kritische Gedanken zur Rechtsprechung des BGH zu § 48 EheG, MDR 1953, 337 (337).

¹⁰²³ Herbert Schneider, Die Rechtsprechung des BGH zu § 48 EheG, NJW 1953, 281 (281).

¹⁰²⁴ Herbert Schneider, Die Rechtsprechung des BGH zu § 48 EheG, NJW 1953, 281 (281).

¹⁰²⁵ Vgl. Paul Mikat, Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip, Fam-RZ 1962, 81 (81).

¹⁰²⁶ Z.B.: Werner Brinkmann, Das wohlverstandene Interesse der minderjährigen Kinder in § 48 Abs. 3 des Ehegesetzes, NJW 1947/48, 575 (576) oder Günther Beitzke, Zu § 48 des Ehegesetzes, DRZ 1948, 199 (200).

¹⁰²⁷ NJW 1947/48, 103.

Das OLG Frankfurt führte im Tenor seiner Entscheidung vom 08.05.1947¹⁰²⁸ aus, dass nicht schlechthin vom Interesse der Kinder auszugehen sei, sondern dass der Richter das wohlverstandene Interesse der Kinder zu prüfen habe. Danach sei vor allem zu erwägen, wie sich eine Scheidung der Ehe sowohl auf den Unterhalt für das Kind, als auch auf die Beziehung in häuslicher, erzieherischer und seelischer Hinsicht auswirke. Wenn bei einer Gesamtbetrachtung der Schluss zu ziehen sei, dass die Scheidung für das Kind mehr Schaden als Vorteile bringe, so gebiete das wohlverstandene Interesse des Kindes die Aufrechterhaltung der Ehe. Dem schloss sich das BayObLG mit seiner Entscheidung vom 12.01.1949 an.¹⁰²⁹

5. Entscheidungen zu sonstigen Fragen

In einer Reihe von Entscheidungen waren die Richter mit der Frage befasst, unter welchen Voraussetzungen eine Ehescheidungsklage aus § 48 EheG wiederholt werden dürfe. Das Reichsgericht ging in ständiger Rechtsprechung davon aus, dass es ausreiche, wenn erneut ein Zeitraum von 3 Jahren verstreiche. Dabei war nach § 616 ZPO eine erneute Klage unzulässig, wenn sie nur auf Tatsachen gestützt wurde, die bereits im Vorprozess geltend gemacht werden konnten. Da es sich bei der Heimtrennung um einen Dauerzustand handelte, war nicht unumstritten, ob § 616 ZPO überhaupt auf diese Klage anwendbar sein sollte.¹⁰³⁰

Dem stellte sich das OLG Celle mit seiner Entscheidung vom 12.09.1946¹⁰³¹ und später vom 14.08.1947¹⁰³² entgegen. Nach § 616 ZPO sei der Vortrag solcher Umstände unzulässig, die bereits Gegenstand des Vorprozesses waren oder hätten sein können. Demnach genüge allein der Ablauf weiterer drei Jahre, ohne dass neue Umstände hinzukommen würden, nicht, um eine erneute Klage aus § 48 EheG erheben zu können. Der eigentliche Grund für die Scheidung sei die unheilbare Zerrüttung. Das Tatbestandsmerkmal des Ablaufs von drei Jahren sollte lediglich die Scheidungsmöglichkeiten einschränken. Auch nach Ablauf von weiteren drei Jahren sei der eigentliche Scheidungsgrund die Zerrüttung und nicht der Umstand, dass drei Jahre vergangen seien. Wenn sich aber an der Zerrüttung nichts verändert habe, dann sei auch der Ablauf von drei weiteren Jahren bedeutungslos, so dass § 616 ZPO der erneuten Scheidungsklage entgegenstehe. Dabei wandte sich das OLG Celle gegen die Rechtsprechung des Reichsgerichtes, ohne zu benennen, dass diese ein Ausdruck der Bevölkerungspolitik war. Das Reichsgericht wollte offensichtlich nicht absolut vollendete Tatsachen zu Lasten einer Scheidung schaffen. Durch die weitgehende Negierung des § 616 ZPO, konnte die Scheidungsklage jederzeit wiederholt werden. Offenbar befürchtete das Reichsgericht, bei wörtlicher Anwendung von 616 ZPO, sich dem nachhaltigen Unwillen der NSDAP-Führung auszusetzen, wenn

¹⁰²⁸ SJZ 1948, 89 ff.

¹⁰²⁹ SJZ 1949, 628nf.

¹⁰³⁰ Vgl. hierzu: Karl Beisler, Wiederholbarkeit der Heimtrennungs-Klage (§ 48 EheG), DRZ 1948, 120 (120); Schönke, Die Rechtsprechung zum Zivilprozeßrecht seit dem Jahre 1946, DRZ 1949, 513 (514).

¹⁰³¹ SJZ 1946, 226.

¹⁰³² NJW 1947/48, 186.

es eine Scheidung nicht zuließ, weil Formvorschriften dies anordneten. Da war es offenbar besser, im jeweiligen Fall selbst die Ursache für die Ablehnung der Scheidung zu suchen, als in einer Formvorschrift. Dies unterstrich das Reichsgericht noch dadurch, dass es dann, wenn die Klage aus § 55 EheG wiederholt wurde, auch die Frage der Zulässigkeit und Beachtlichkeit eines Widerspruchs vollständig aufrollte, dass also die Schuldfrage neu gestellt werden konnte, obwohl eine gerichtliche Entscheidung zu den früheren Tatsachen vorlag.¹⁰³³

Das OLG Hamm entschied mit Urteil vom 28.08.1947¹⁰³⁴ hingegen, dass eine Wiederholung der Scheidungsklage zulässig sei, weil neue Tatsachen vorlägen (konkret im zu entscheidenden Fall: eine weitere Vertiefung der Zerrüttung) und zudem drei weitere Jahre seit der Trennung verstrichen seien. Damit stellte sich das OLG Hamm zwar nicht im Ergebnis gegen das OLG Celle, aber doch teilweise in der Begründung. Das OLG Hamm bezog sich dabei auch auf die Rechtsprechung des Reichsgerichtes (RGZ 166, 166 und RGZ 165,125). Im zu entscheidenden Fall kam es darauf zwar nicht an, weil sich auch die Zerrüttung vertieft hatte, dennoch spricht das Zitat der reichsgerichtlichen Rechtsprechung dafür, dass das OLG Hamm die erneute Scheidungsklage auch dann für zulässig gehalten hätte, wenn sich außer dem Zeitmoment keine Tatsachen verändert hätten.

Das OLG Dresden fand in seiner Entscheidung vom 17.06.1948 neue Tatsachen darin, dass sich die Parteien nach dem Zusammenbruch durch den Verlust der bisherigen Lebensgrundlage eine neue Lebensgrundlage aufbauen mussten und dies nicht gemeinsam getan hatten.¹⁰³⁵ Damit umgeht das OLG Dresden die Frage, ob der Ablauf von drei weiteren Jahren für eine Wiederholung der Ehescheidungsklage ausreichte, indem es diese neuen Tatsachen in den äußeren Umständen durch den Zusammenbruch und die allgemeine Lage der Bevölkerung gesehen hat.

Der OGH vertrat in seiner Entscheidung vom 21.07.1948¹⁰³⁶ ebenfalls die Auffassung, dass allein der Ablauf von drei Jahren seit der letzten Scheidungsklage, für sich allein nicht für die erneute Scheidungsklage ausreiche. Es müsste eine wesentliche Änderung der Sachlage eintreten, um eine erneute Scheidungsklage, entgegen § 616 ZPO, zu rechtfertigen. Der OGH führte aus, dass es einen denkgesetzlichen Widerspruch darstellen würde, wenn man in dem unveränderten Fortbestehen eines Zustandes nach drei Jahren eine Veränderung erblicken würde, die aber Voraussetzung für die erneute Scheidungsklage wäre. Der OGH argumentierte, wie das Reichsgericht, damit, dass die Lage eine andere werden kann, dass also die Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches anders beurteilt werden könne, wenn neue Tatsachen vorliegen würden. Dann komme es aber nicht darauf an, ob weitere drei Jahre verstrichen seien, weil die Mindestfrist von drei Jahren ja schon bei der ersten Ehescheidungsklage erfüllt sein musste.

¹⁰³³ So auch OLG Freiburg i.Br., MDR 1948,212 (214).

¹⁰³⁴ MDR 1948, 19.

¹⁰³⁵ NJ 1948, 228.

¹⁰³⁶ JR 1948, 221 ff.

In einer Entscheidung vom 11.11.1949¹⁰³⁷ führte der OGH aus, dass der Kläger aus § 48 EheG, in Abkehr zur reichsgerichtlichen Rechtsprechung, keine Mitschuldigerklärung des beklagten Teiles erreichen könne. Das Ehegesetz unterscheide zwischen Scheidungstatbeständen aus Verschulden und aus anderen Gründen. Bei Scheidungstatbeständen aus anderen Gründen sei daher der Ausspruch der Schuld des Beklagten nicht mit dem Gesetzeszweck vereinbar. Mit Urteil vom 03.11.1949 hatte zuvor schon das OLG Freiburg die gleiche Auffassung vertreten.¹⁰³⁸

6. Zusammenfassung und Wertung

Wie auch bei Einführung des Ehegesetzes 1938 war auch die veröffentlichte obergerichtliche Rechtsprechung zum Ehegesetz 1946, geprägt von der Frage, wann der Widerspruch der Beklagten gegen die Ehescheidung beachtlich sein sollte. Die Rechtsprechung zu den anderen Tatbestandsmerkmalen war dagegen nahezu zu vernachlässigen. Einig waren sich die Gerichte darin, dass der nationalsozialistischen Ideologie verhafteten Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht mehr zu folgen war. Die Ehescheidungsverfahren sollten kein gezieltes Instrument der Bevölkerungspolitik sein. So jedenfalls die sich durchziehende Argumentation. Dass aber die Verweigerung der Scheidung und die zunehmende Zuwendung zu einem sehr katholisch geprägten Scheidungsverhalten (jedenfalls bei der verschuldensunabhängigen Zerrüttungsscheidung) ebenfalls bevölkerungspolitische Zielsetzungen verfolgte, dass die Ablehnung der Scheidung, wenn die Versorgung der Ehefrau gefährdet war, ebenfalls bevölkerungspolitische Tendenzen hatte, wurde in keiner Entscheidung thematisiert.

Zunächst waren sich die meisten Oberlandesgerichte einig, anhand des Wortlautes des § 48 EheG davon ausgehen zu können, dass die Beachtlichkeit des Widerspruches die Regel und die Unbeachtlichkeit des Widerspruches die Ausnahme sein sollte. Als erstes Gericht wandte sich das OLG Freiburg gegen diese Schwarz-Weiß Sicht. Es sah keinen Grund dafür, auch wenn man die Sicht des Reichsgerichtes ablehnte, deswegen gleich in das andere Extrem zu verfallen. Dieser Ansicht schloss sich der OGH an und führte in seiner ersten veröffentlichten Entscheidung zu dieser Frage aus, dass es eine Einzelfallprüfung erfordere, ob der Widerspruch der Beklagten beachtlich sei. Dagegen wandten sich die Oberlandesgerichte in der US-Zone, allen voran das OLG München. Das OLG München war der Meinung, dass der Wortlaut des § 48 EheG eine Auslegung, wie sie der OGH vornahm, nicht zuließ. Dem schloss sich später auch das Bayerische Oberste Landesgericht an. Obwohl sich die Obergerichte der US-Zone gegen die Rechtsprechung des OGH wandten, kamen doch im Wesentlichen die gleichen Ergebnisse heraus. Die auf den ersten Blick gegensätzlichen Positionen waren doch im Grunde dieselben. Der OGH wollte zwar nicht von der grundsätzlichen Beachtlichkeit des Widerspruches ausgehen, stellte aber in seiner Entscheidung fest, dass dann, wenn der Sachverhalt eine klare Entscheidung, unter Weglassung von Regel-Ausnahme-Prinzipien, zunächst nicht zulasse, dann doch eher die Beachtlichkeit, als die Unbeachtlichkeit des Widerspruches inten-

¹⁰³⁷ MDR 1950, 215; DRZ 1950, 157; NJW 1950, 383.

¹⁰³⁸ DRZ 1950, 109.

diert sei. Also dann, wenn man keine klare Entscheidung treffen könne, solle sich das Gericht für die Beachtlichkeit des Widerspruches aussprechen. Vor allem das BayObLG lehnte zwar das Grundprinzip der Einzelfallentscheidung ab, führte aber aus, dass besondere Umstände nicht darzulegen seien, sondern von Amts wegen in alle Richtungen zu prüfen sei. Es sei von Amts wegen zu prüfen, ob es dem Kläger aus sittlichen Gründen zugemutet werden könne, an der Ehe festgehalten zu werden. Nur wenn eine sichere Entscheidung weder in die eine noch in die andere Richtung möglich sei, sollte nach dem Grundsatz der Beachtlichkeit des Widerspruches entschieden werden. Damit stellte sich das BayObLG zwar formal gegen die Rechtsprechung des OGH, weicht aber die Unterscheidungsmerkmale derart auf, dass das Ergebnis an sich dasselbe war.¹⁰³⁹

Mit der Implementierung des BGH wurde die verschuldensunabhängige Scheidung praktisch unmöglich gemacht. Auch wenn der BGH sich formal der Rechtsprechung des OGH anschloss und den Widerspruch nicht grundsätzlich für beachtlich hielt, stellte er einen Kriterienkatalog auf, der es dem aus der Ehe fortstrebenden Teil, der sich gegen den Ehepartner versündigt hatte, – was der Großteil der Fälle gewesen sein dürfte – praktisch unmöglich machte, eine Scheidung zu erreichen. Der BGH stülpte der an sich verschuldensunabhängigen Scheidungsmöglichkeit, derart viele Schuld-elemente auf, dass der Sinn und Zweck des § 48 EheG im Grunde nicht mehr verwirklicht werden konnte. Je mehr der Kläger die Zerrüttung verschuldet hatte, desto weniger wurde es ihm aus sittlichen Gründen erlaubt, sich aus der Ehe zu lösen. Dieses Element führte die verschuldensunabhängige Scheidung ad absurdum. Für die Zulässigkeit der Scheidung war es unerheblich, ob sich der Kläger gegen die Beklagte versündigt hatte, weil es sich ja gerade um eine von diesem Grund unabhängige Scheidungsform handelte. Die Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches war auch per se nicht an die Tiefe des Verschuldens des klagenden Teiles geknüpft. Durch dieses wesensfremde Element wurden die Scheidungsmöglichkeiten weitgehend eingeschränkt. Aber auch das zweite Kriterium, das der BGH einführte, engte den Rahmen noch weiter ein. Wenn die Ehe einmal eine echte Lebensgemeinschaft gewesen war und war es auch noch so lange her, wirkte die Sittlichkeit dieser heiligen ehelichen Verbindung auch über die Trennung hinaus fort, so dass die Scheidung sittlich nicht mehr gerechtfertigt war. Hatten die Ehepartner noch überhaupt keine echte eheliche Lebensgemeinschaft begründet, war der Widerspruch dennoch beachtlich. Es könne nicht hingenommen werden, dass ein Ehepartner aus Willkür die Verwirklichung einer ehelichen Gemeinschaft verhindern dürfe. Diese Willkür – der Kläger war im Kriege – wurde dem Kläger als Verschulden angerechnet, so dass die Beklagte widersprechen konnte. Auch die letzten möglichen Fälle der verschuldensunabhängigen Scheidung, nämlich wenn sich die Eheleute auseinander gelebt hatten und keinem ein rechter Schuldvorwurf gemacht werden konnte, wertete der BGH als Verschulden des Klägers. Die innere Abwendung von der Ehefrau sei kein schicksalhafter Vorgang, sondern eine willentliche Entscheidung und damit vom Kläger verschuldet.

¹⁰³⁹ Für die BGH-Rechtsprechung, die sich der Rechtsprechung des OGH angeschlossen hatte, im Ergebnis ebenso: Walther Habscheid, Kritische Gedanken zur Rechtsprechung des BGH zu § 48 EheG, MDR 1953, 337 (341).

Zwar erstaunt diese Rechtsprechung aus heutiger Sicht, da sie als sehr konservativ bezeichnet werden kann und an der Lebensrealität völlig vorbei geht. Sie zeigt aber anschaulich den in den späten 40er Jahren beginnenden Prozess der Entwicklung zu einem stark christlich geprägten Ehebild und der Vorstellung, dass eine einmal geschlossene Ehe ein Lebensmodell für das gesamte Leben sein sollte und auch nicht so ohne Weiteres wieder gelöst werden konnte.

IV. DAS LANDGERICHT AMBERG NACH DEM ZUSAMMENBRUCH

1. Statistische Erhebungen zu den Verfahren

a. Übersicht

Auch im zweiten Teil der Untersuchung stellten die Verfahren nach § 48 EheG lediglich einen Teilbereich der Verfahrensakten des Landgerichts Amberg in Familiensachen dar.

	1946	1947	1948	1949	Gesamt
Gesamtverfahren	329	447	433	502	1.711
Scheidungsverfahren	233	304	298	370	1.205
Klagen (inkl WK)	329	447	433	502	1.711
Widerklagen	96	143	135	132	506
Feststellung Vaterschaft	46	52	97	143	844
Klagerücknahmen	44	78	76	65	263
Armenrechtsverfahren	86	168	219	310	783
Geschiedene Ehen	209	289	275	354	1.127
Scheidungsquote	89,7 %	95,1 %	92,3 %	%	93,5 %
Fehlende Akten	21	27	14	12	74

aa. Entwicklung der Verfahrenszahlen

Auffallend ist, dass die Gesamtzahl der Verfahren stetig stieg. Im Jahre 1938 wurden vor dem Landgericht Amberg lediglich 59 familienrechtliche Verfahren durchgeführt, 1949 waren es schon fast 10mal so viele. Die hier zu untersuchenden Scheidungsverfahren müssen aber von der Gesamtzahl der Verfahren unterschieden werden. So wurden 1946 insgesamt 233 Scheidungsverfahren anhängig gemacht. Im Vergleich hierzu erscheinen die 41 Scheidungsverfahren aus dem Jahr 1938 erstaunlich wenig. Die Scheidungsverfahren stiegen aber bereits 1947 und 1948 auf über 300 an, um dann 1949 den Höchststand von 370 Scheidungsverfahren pro Jahr zu erreichen. Die genaue Ursache, weswegen die Scheidungsverfahren so dramatisch angestiegen sind, lässt sich anhand der hier vorliegenden Daten schwer beurteilen. Es dürfte aber wohl damit zusammenhängen, dass viele Männer nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst in Kriegsgefangenschaft gerieten und dann nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft zunächst nicht unmittelbar die Scheidungsklage erhoben wurde. Vielfach hatten sich auch die Frauen aufgrund der im Krieg erlangten Selbstständigkeit¹⁰⁴⁰ verändert und wollten sich anschließend nicht mehr so ohne weiteres den Männern unterordnen. Vielfach hatten sich auch die Männer aufgrund Kriegserfahrungen psychisch verändert, was ebenfalls zu Spannungen geführt haben mag.

¹⁰⁴⁰ Die Frauen mussten während des Krieges plötzlich selbst für alles sorgen. Vorher hatte der Ehemann in allen Angelegenheiten das Erstbestimmungsrecht, während die Frauen sich fügen mussten. Als im Krieg die Männer abwesend waren, genossen die Frauen viele Freiheiten, die sie vorher so nicht kannten.

bb. Entwicklung der Scheidungsquote

Obwohl zumindest die obergerichtliche Rechtsprechung sich sehr schnell nach dem Ende des Dritten Reiches an einem christlichen Familienbild orientiert hat und sich aus der obergerichtlichen Rechtsprechung eine Zurückhaltung in Scheidungssachen ablesen lässt, blieb bei den Amberger Verfahren die Scheidungsrate auf einem extrem hohen Niveau. Während des Dritten Reiches lag die Scheidungsquote durchschnittlich bei 88,3 %, während nach dem Ende des Dritten Reiches die Scheidungsquote sogar bei 93,5% lag. Dies erstaunt, da eigentlich zu erwarten gewesen wäre, dass die Scheidungsquote mit der Wende zu einem christlichen Weltbild, hätte sinken sollen. Aber gerade das Gegenteil war hier der Fall. Die Scheidungsquote schwankte jährlich von 89,7% auf bis zu 95,7% im Jahre 1949.

cc. Auswirkungen der Widerklagen auf die Scheidungsquote

Auch bei den Verfahren nach dem Dritten Reich ergibt sich kein erkennbarer Zusammenhang zwischen der Scheidungsquote und der Quote der Widerklagen. Man könnte vermuten, dass in den Verfahren, in denen beide Parteien geschieden sein wollten, schneller oder leichter eine Scheidung durchgesetzt werden konnte. Die höchste Anzahl an Widerklagen wurde 1947 und 1948 eingereicht. In diesen beiden Jahren lag aber die Scheidungsquote bei 95,1% bzw. bei 92,3% während im Jahr 1949, als die Anzahl der Widerklagen am geringsten war, die Scheidungsrate am höchsten war.

dd. Klagerücknahmen

Erstaunlich ist auch die Quote der Klagerücknahmen. Während im Dritten Reich in den letzten beiden Jahren die Quote für eine Klagerücknahme bei rund 30% lag, lag nach dem Ende des Dritten Reiches diese Quote bei rund 15% der Gesamtverfahren. Nur 1949 lag diese Quote bei rund 11%, was aber eher daran liegt, dass in diesem Jahr knapp dreimal so viele Klagen auf Feststellung der Vaterschaft bzw. Anfechtung der Ehelichkeit eingereicht wurden, wie 1946. Die Quote für die Klagerücknahmen war daher im Dritten Reich – jedenfalls zu Beginn des Untersuchungszeitraumes – annähernd gleich, wie nach dem Dritten Reich. Dass die Quote mit fortdauerndem Verlauf des Krieges immer weiter angestiegen ist, mag damit zusammenhängen, dass etliche Kläger, nachdem sie die Klage eingereicht hatten, zum Wehrdienst eingezogen wurden, oder aufgrund der Erfahrungen im Krieg für einen Ehescheidungsprozess keine Nerven mehr hatten.

ee. Zusammenfassung

Die Verfahrenszahlen schnellten nach dem Ende des Krieges vergleichsweise dramatisch in die Höhe. Die kriegsbedingte Abwesenheit vieler Männer mag dazu geführt haben, dass sich die Eheleute schneller auseinanderlebten und die Ehen dadurch schneller scheiterten, als vor dem Krieg. Möglicherweise führte aber auch das Frauenüberangebot dazu, dass einige Männer die Auswahl der Ehepartnerin noch einmal überdachten. Mit dem Anstieg der Verfahrenszahlen stieg auch die Scheidungsquote von einem sehr hohen Wert im Dritten Reich noch einmal an.

b. Verteilung der Scheidungsverfahren

Am häufigsten kamen in den von mir untersuchten Ehescheidungsverfahren die Scheidungsgründe aus §§ 42, 43 und 48 EheG vor. Die anderen Scheidungsgründe spielten praktisch keine Rolle. Der Scheidungsgrund des § 42 EheG entsprach dem früheren § 47 EheG. Damit machte der Kläger geltend, dass der andere Ehegatte die Ehe gebrochen hatte. Mit § 43 EheG, der dem früheren § 49 EheG entsprach, machte der Kläger geltend, dass der Beklagte durch eine schwere Eheverfehlung, schuldhaft die Ehe so tief zerrüttet hatte, dass dem Kläger eine Fortsetzung der Ehe nicht mehr zumutbar war. Mit der Kombination aus § 42 und § 43 EheG machte der Kläger schließlich geltend, dass sich der Beklagte ehewidrig verhalten habe. § 48 EheG entspricht dem früheren § 55 EheG und stellt die verschuldensunabhängige Zerrüttungsscheidung dar.

Die Entwicklung der Scheidungsverfahren gestaltet sich wie folgt:

	1946	1947	1948	1949
Klagen insgesamt	329	447	433	502
§ 43 EheG	152	316	238	279
Anteil	46,2 %	70,7 %	55 %	55,6 %
§ 42 EheG	107	66	115	123
Anteil	32,5 %	14,8 %	26,6 %	24,5 %
§§ 42,43 EheG	34	34	39	32
Anteil	10,3 %	7,6 %	9,0 %	6,4 %
§ 48 EheG	21	24	37	53
Anteil	6,4 %	5,4 %	8,5 %	10,6 %
andere	7	22	12	19
Anteil	2,1 %	4,9 %	2,8 %	3,8 %

aa. Entwicklung der Klagen aus § 43 EheG

Ähnlich wie im Dritten Reich, schwankte auch in der Zeit danach der Anteil der Klagen aus § 43 EheG stark. 1946 betrug der Anteil 46,2 %, während er im nächsten Jahr sprunghaft auf 70,7 % anstieg. In den beiden folgenden Jahren pendelte sich die klassische Verschuldensscheidung bei rund 55 % ein. Nach dem Ende des Krieges begann für viele Paare erst wieder das Zusammenleben nach der Trennung durch den Krieg. Dadurch, dass die Männer oft jahrelang nur tageweise zu Hause waren, haben sich vermutlich sehr viele Paare entfremdet. In dieser Entfremdung haben möglicherweise die Ehemänner eine schuldhafte Ehezerüttung gesehen.

bb. Entwicklung der Klagen aus § 42 EheG

Die Zahl der Klagen aus § 42 EheG korreliert mit der Quote der Klagen aus § 43 EheG. Der Tiefstwert an Klagen aus § 42 EheG wurde 1947 erreicht, als gleichzeitig der Stand der Verfahren aus § 43 EheG den Höchstwert erreichten. Ein Grund dafür könnte sein,

dass die Kriegsrückkehrer nicht mehr zu ihren Ehefrauen zurückkehrten, sondern gleich zu ihren Liebschaften. Vielleicht haben aber auch viele Frauen daheim Liebhaber gehabt, was den Ehemännern erst bei deren Rückkehr aus dem Krieg aufgefallen ist.

cc. Entwicklung der Klagen aus §§ 42, 43 EheG

Die Klagen aus §§ 42,43 EheG unterlagen anders als im Dritten Reich keinen so erheblichen Schwankungen, wie die Klagen aus § 42 EheG oder § 43 EheG. Lediglich ab 1949 ging die Quote der Klagen, die sowohl auf § 42, als auch auf § 43 EheG gestützt wurden deutlich zurück.

dd. Entwicklung der Klagen aus § 48 EheG

Der Anteil der Ehescheidungsklagen, die auf § 48 EheG gestützt wurden, war nach dem Ende des Dritten Reiches zunächst deutlich niedriger, als im Dritten Reich. Während im Dritten Reich der Anteil zuletzt bei rund 12% lag, wurden im Jahr 1946 und 1947 nur rund 6% der Klagen auf § 48 EheG gestützt.¹⁰⁴¹ Dies mag daran liegen, dass zunächst nicht so ganz klar war, in welche Richtung die Rechtsprechung den Wortlaut des § 48 EheG auslegen würde. Erst nachdem eine Reihe von obergerichtlichen Entscheidungen zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches ergangen waren, stieg der Anteil der Klagen aus § 48 EheG über 8,5% auf 10,6 % im Jahr 1949. Dies ist umso erstaunlicher, als die Rechtsprechung ja dazu neigte, den Anwendungsbereich des § 48 EheG immer weiter einzuengen. Man hätte daher erwarten können, dass die Anwälte ihren Mandanten von der Erhebung einer solchen Klage vermehrt abraten würden und daher die Anzahl der Klagen aus § 48 EheG zurückgehen würde.

ee. Zusammenfassung

Auch nach dem Ende des Dritten Reiches war die sonstige schwere Eheverfehlung die mit Abstand häufigste Klage auf Ehescheidung. Anders als im Dritten Reich jedoch korrelierte die Verschuldensscheidung mit der Scheidung wegen Ehebruchs. Die Klagen aus § 48 EheG nahmen, ausgehend von einem deutlich tieferen Stand wie noch im Dritten Reich, gegen Ende des Untersuchungszeitraumes deutlich zu.

c. Verteilung der ausgesprochenen Scheidungen

Vergleicht man die stattgegebenen Klagen miteinander, bekommt man einen Eindruck davon, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine Klage gewonnen wurde, bzw. bei welcher Klage eine ungewisse Erfolgsaussicht bestand.

¹⁰⁴¹ Einen ähnlichen Anteil ermittelte auch Löhnig in: Martin Löhnig, Die Justiz als Gesetzgeber 2010, S. 140.

	1946	1947	1948	1949	Gesamt
Klagen gesamt	329	447	433	502	1.711
§ 43 EheG	152	316	238	279	985
Stattgegeben	119	249	182	229	779
Anteil in %	78,3 %	78,8 %	76,5 %	82,1 %	79,1 %
§ 42 EheG	107	66	115	123	411
Stattgegeben	98	62	110	115	385
Anteil in %	91,6 %	93,9 %	95,7 %	93,5 %	93,7 %
§§ 42, 43 EheG	34	34	39	32	139
Stattgegeben	30	31	34	28	123
Anteil in %	88,2 %	91,7 %	87,1 %	90,6 %	88,5 %
§ 48 EheG	21	24	37	53	135
Stattgegeben	17	21	30	51	119
Anteil in %	81 %	87,5 %	81 %	96,2 %	88,1 %
Erfolgsquote	84 %	82,5 %	83 %	86,9 %	84,2 %

Die jeweilige Erfolgsquote ist deutlich niedriger als die Scheidungsquote. Die Ehe wurde auch dann geschieden, wenn z.B. die Widerklage abgewiesen wurde. Dies führt zu einem niedrigeren Ergebnis für den Klagegrund der WK, da diese Klage ja verloren wurde.

aa. Klagen aus § 43 EheG

Wie bereits im ersten Teil der Arbeit festgestellt, war der Anteil der Scheidungsklagen aus § 43 EheG am größten. Vergleicht man die Scheidungsquote der Klagen aus § 43 EheG mit der Gesamtscheidungsquote, liegt diese deutlich unter dem Durchschnitt. Es war demnach deutlich schwieriger, eine Klage aus § 43 EheG zu gewinnen, als zum Beispiel eine Klage aus § 42 EheG. Weswegen der Anteil der Klagen aus § 43 EheG von 1946 auf 1947 um mehr als das Doppelte angestiegen ist und anschließend 1948 wieder deutlich gesunken ist, bedürfte einer weitergehenden Untersuchung. Auf offensichtliche Umstände kann diese Entwicklung nicht zurückgeführt werden.

bb. Klagen aus § 42 EheG

Wie auch im ersten Teil der Arbeit klar geworden ist, war die Erfolgsquote einer Klage aus § 42 EheG sehr hoch und lag teilweise bei 100%. In den Verfahren nach dem Ende des Krieges wurde zwar ein 100% Wert nicht mehr erreicht, dies liegt aber auch daran, dass nach dem Ende des Krieges die Verfahren insgesamt deutlich mehr geworden sind und deswegen Quoten um die 100% nicht mehr erreichbar waren.

cc. Klagen aus §§ 42, 43 EheG

Die Klagen, die auf ehewidrige Beziehungen nach §§ 42, 43 EheG gestützt wurden, führten auch nach dem Ende des Dritten Reiches zu höheren Scheidungsquoten, als bei Verfahren nach § 43 EheG erzielt wurden. Die Erfolgsquote lag zwar deutlich über dem

Durchschnitt, erreichte aber nicht die Erfolgsquote einer Scheidungsklage wegen Ehebruchs.

dd. Klagen aus § 48 EheG

Angesichts der sehr restriktiven Rechtsprechung der Oberlandesgerichte zu § 48 EheG erstaunt die hohe Scheidungsquote in diesen Verfahren. Von 135 Verfahren wurden lediglich 16 abgewiesen. Die Untergerichte haben daher offensichtlich die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte entweder nicht vollzogen, oder die von den Oberlandesgerichten behandelten Fragen spiegelten für die Amberger Verfahren keine Rolle. Dies wäre zum Beispiel dann der Fall, wenn in diesen Verfahren mehrheitlich kein Widerspruch erhoben worden wäre. Ob dem so war, wird unten noch ausführlich dargestellt.

ee. Zusammenfassung

Wie auch schon im ersten Teil der Arbeit festgestellt wurde, lag die Wahrscheinlichkeit, eine Klage zu gewinnen am höchsten, wenn man nachweisen konnte, dass der andere Partner Ehebruch getrieben hatte. Eine Scheidung allein auf ein Verschulden des Ehepartners zu stützen, war demgegenüber am schwierigsten. Interessant ist jedoch, dass die Scheidungsquote nach dem Ende des Dritten Reiches höher war als im Dritten Reich. Dies erstaunt deswegen, da die obergerichtliche Rechtsprechung nach dem Ende des Dritten Reiches deutlich konservativer und scheidungsfeindlicher war, als die Rechtsprechung des Reichsgerichtes.

d. Verfahrensdauer

Bei der Verfahrensdauer ergibt sich folgendes Bild:

	1946	1947	1948	1949	Gesamt
Gesamtverfahren	329	447	433	502	1.711
Scheidungsverfahren	233	304	298	370	1.205
Verfahrensdauer Scheidungen insgesamt	6,7	6,7	7,3	5,6	6,6
§ 43 ohne WK	6	5,9	6,4	4,4	5,7
§ 42 ohne WK	4	4,2	5,9	4,6	4,7
§§ 42,43 ohne WK	7,3	3,8	7,5	4,2	5,7
§ 48 ohne WK	11	12,9	9,4	5,9	9,8
Verfahrensdauer bei K und WK gesamt	7,3	7,5	8,2	6,6	7,4
Verfahrensdauer ohne WK gesamt	6	6,2	7,6	4,9	6,2
Verfahrensdauer bei unterschiedlichem Scheidungsgrund der K und WK	9	7	9,7	11	9,2

K/WK aus § 43	6,3	7,7	8,2	6,2	7,1
K/WK aus § 42	4,5	5,4	3,4	6,3	4,9
K/WK 42 od 43 / 48	5,3	4,1	13,9	7,3	7,7

aa. Gesamtverfahrensdauer

Insgesamt haben die Ehescheidungsverfahren nach dem Ende des Dritten Reiches durchschnittlich 6,6 Monate gedauert. Hierbei fällt auf, dass die Verfahren im Vergleich zu der Zeit des Dritten Reiches deutlich schneller abgewickelt wurden. Im Dritten Reich dauerte ein Ehescheidungsverfahren im Gesamtdurchschnitt 8,3 Monate. Die Verfahren wurden daher um mehr als 2 Monate zügiger abgewickelt. Dies erstaunt umso mehr, als die Gesamtverfahrenszahl deutlich angestiegen war und 1949 zum Beispiel knapp 10mal so viele Ehescheidungsverfahren anhängig gemacht wurden, wie noch 1938.

bb. Verfahrensdauer bei einer Klage nur aus § 43 EheG

Im Gesamtdurchschnitt haben die Verfahren aus § 43 EheG 5,7 Monate gedauert, wurden also deutlich schneller abgehandelt, als ein durchschnittliches Ehescheidungsverfahren. Dabei korreliert aber die Schnelligkeit des Verfahrens nicht mit der Erfolgsquote, weil die bei den Verfahren aus § 43 EheG am niedrigsten war. Die Verfahren aus § 43 EheG wurden daher am schnellsten bearbeitet und hatten die geringste Erfolgsquote.

cc. Verfahrensdauer bei einer Klage nur aus § 42 EheG

Die Erfolgsquote bei den Verfahren aus § 42 EheG lag am höchsten. Die Verfahren aus § 42 EheG wurden auch mit Abstand am schnellsten bearbeitet. In nur 4,7 Monaten war ein Verfahren aus § 42 EheG abgeschlossen und hatte zudem auch noch die höchste Erfolgsquote. Man könnte vermuten, dass hier ein hoher Anteil an verdeckten einverständlichen Scheidungen enthalten sein könnte, wenn die Verfahren derart schnell abgehandelt werden konnten.

dd. Verfahrensdauer, wenn die Klage auf § 42, 43 EheG gestützt wurde

Wurde die Klage auf §§ 42, 43 EheG gestützt, dauerten die Verfahren genauso lange, wie bei den Verfahren, die nur auf § 43 EheG gestützt wurden. Dabei war jedoch die Erfolgsquote einer Klage aus §§ 42,43 EheG höher.

ee. Verfahrensdauer bei einer Klage nur aus § 48 EheG

Am längsten dauerten die Verfahren, die nur auf § 48 EheG gestützt wurden. Durchschnittlich 9,2 Monate vergingen, bis ein entsprechendes Scheidungsurteil vorlag.

ff. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage erhoben wurden

Wie auch schon im Dritten Reich dauerten auch nach dem Ende des Dritten Reiches die Verfahren deutlich länger, wenn eine Widerklage erhoben wurde. Dies erstaunt deshalb, weil dann, wenn eine Widerklage erhoben wird, eigentlich beide Parteien einig sind, dass

sie geschieden werden wollen. Dabei fällt bei den Verfahren nach dem Ende des Dritten Reiches auf, dass der Unterschied zwischen einem einfachen Klageverfahren und einem Verfahren mit Klage und Widerklage deutlicher ist, als in der Zeit des Dritten Reiches. Dies mag mit der deutlich stärkeren Beanspruchung der Richter nach dem Ende des Dritten Reiches liegen.

gg. Verfahrensdauer insgesamt ohne Widerklage

Wurde keine Widerklage erhoben, wurden die Verfahren deutlich schneller abgeschlossen. Interessanterweise wurden die Verfahren, die 1949 eingeleitet wurden, deutlich schneller abgeschlossen, als die Verfahren, die 1948 eingeleitet wurden. Während in den Jahren 1946 und 1947 die Verfahren ungefähr gleich schnell bearbeitet wurden, unterlagen die Verfahren, die 1948 und 1949 eingeleitet wurden, deutlichen Schwankungen.

hh. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage auf unterschiedliche Normen gestützt wurden

Wurde die Klage auf eine andere Rechtsgrundlage gestellt, als die Widerklage, dauerte das Verfahren länger. Während in nahezu allen Kategorien die Verfahren 1949 wesentlich schneller bearbeitet wurden als noch 1948, ergibt sich bei den Verfahren, in denen Klage und Widerklage auf unterschiedliche Rechtsgrundlagen gestellt wurden, ein gegenteiliges Ergebnis. Die Verfahren, die 1949 eingeleitet wurden, dauerten deutlich länger, als die Verfahren, die 1948 eingeleitet wurden.

ii. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage auf § 43 EheG gestützt wurden

Bei den Verfahren, bei denen Klage und Widerklage gleichermaßen auf § 43 EheG gestützt wurden, stieg die Verfahrensdauer von 1946 bis 1948 an und fiel dann 1949 um 2 Monate deutlich zurück. Ein Grund für den Anstieg der Verfahrensdauer mag darin liegen, dass die Anzahl der Verfahren von 1946 an deutlich gestiegen ist. Möglicherweise standen ab 1949 aufgrund der durchgeführten Entnazifizierung wieder mehr Richter zur Verfügung, die die Verfahren abarbeiten konnten.

jj. Verfahrensdauer, wenn Klage und Widerklage auf § 42 EheG gestützt wurden

Bei den Verfahren, bei denen Klage und Widerklage auf § 42 EheG gestützt wurden, also jeder der beiden Ehepartner dem jeweils anderen Ehebruch vorgeworfen hatte, verringerte sich erstaunlicherweise 1948 die Verfahrensdauer, während in allen anderen Verfahren im Jahr 1948 die Verfahrensdauer teilweise erheblich angestiegen war. So dauerte ein Klageverfahren aus § 42 EheG im Jahre 1948 im Durchschnitt 5,9 Monate, während im selben Jahr in Verfahren, in denen zusätzlich eine Widerklage aus § 42 EheG erhoben wurde, nur 3,4 Monate dauerte. Möglicherweise lag dies daran, dass die Verfahren, in denen beide Ehepartner dem jeweils anderen Ehebruch vorwarfen, am leichtesten zu beweisen und damit am schnellsten abzuhandeln waren, so dass diese Verfahren vorrangig bearbeitet wurden, während die anderen Verfahren zunächst zurückgestellt wurden.

kk. Verfahrensdauer, wenn Klage oder Widerklage auf § 48 EheG gestützt wurden

Ebenfalls nicht ganz nachvollziehbar ist, weswegen im Jahr 1948 die Verfahren, in denen Klage oder Widerklage auf § 48 EheG gestützt wurden, mit 13,9 Monaten mit weitem Abstand am längsten im Untersuchungszeitraum gedauert haben. Möglicherweise schlägt hier die geänderte Rechtsprechung der Oberlandesgerichte durch und die Fälle aus § 48 EheG wurden als schwieriger eingestuft und deswegen hinten an gestellt und nachrangig bearbeitet. Möglicherweise hatten die Richter den glatten und schnelleren Ehebruchsverfahren den Vorrang eingeräumt und diese eher bearbeitet, weswegen die restlichen Verfahren entsprechend länger dauerten.

ll. Zusammenfassung und Auswertung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Verfahren, in denen eine Widerklage erhoben wurde, insgesamt länger dauerten, als die Verfahren, in denen keine Widerklage erhoben wurde. Wurde die Klage auf § 43 EheG gestützt, konnte das Verfahren zwar schneller beendet werden, als im durchschnittlichen Vergleich. Dafür waren aber die Erfolgsaussichten auch geringer. Wurde die Klage auf § 42 EheG gestützt, wurde das Verfahren nicht nur am schnellsten beendet, sondern es waren auch die Erfolgsaussichten am größten. Interessanterweise dauerten die Verfahren, in denen Klage und Widerklage auf § 42 EheG gestützt wurden, von 1946 bis 1947 länger, als die Verfahren, in denen keine Widerklage erhoben wurde. Dieses Verhältnis änderte sich 1948. Wurde 1948 lediglich eine Klage auf § 48 EheG gestützt, dauerte das Verfahren im Durchschnitt 5,9 Monate während im selben Jahr ein Verfahren aus § 42 EheG, in dem auch eine Widerklage aus § 42 EheG erhoben wurde, lediglich 3,4 Monate dauerte, also deutlich schneller beendet werden konnte. Im Jahr 1949 kehrte sich dieses Verhältnis wieder um, so dass ein Verfahren mit Widerklage aus § 42 EheG um 1,7 Monate länger dauerte. Interessant ist auch die Entwicklung der Verfahren aus § 48 EheG. Von 1946 bis 1947 stieg die Verfahrensdauer in Verfahren ohne Widerklage von zunächst 11 Monate auf 12,9 Monate an, um 1948 auf eine Dauer von 9,4 Monaten zurückzufallen. Im Jahre 1949 dauerte ein Verfahren aus § 48 EheG vergleichsweise kurze 5,9 Monate. Anders sah dies hingegen in den Verfahren aus, in denen gegen eine Klage aus § 48 EheG eine Widerklage erhoben wurde. Wurde eine Klage aus § 48 EheG mit einer Widerklage kombiniert, dauerten diese Verfahren deutlich weniger lang, als die Durchschnittsverfahren. Anders war dies lediglich im Jahr 1948. In diesem Jahr dauerte ein durchschnittliches Verfahren 7,3 Monate, während ein Verfahren aus § 48 EheG mit einer Widerklage 13,9 Monate dauerte.

e. Zusammenfassung der statistischen Auswertung

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es zu einem dramatischen Anstieg der Ehescheidungsverfahren. Wurden im Jahr 1938 noch 46 Ehescheidungsverfahren anhängig gemacht, stieg dieser Wert 1946 schon auf 227. In den Jahren 1947 und 1948 blieb dieser Wert bei 319 bzw. 309 relativ konstant und stieg 1949 noch einmal deutlich auf 374 an. Innerhalb von 11 Jahren stiegen daher die Ehescheidungsverfahren um den Faktor 9 an. Dies erstaunt umso mehr, als die unmittelbare Nachkriegszeit von einer deutli-

chen Mangelwirtschaft und der Not der Bevölkerung geprägt war. Man würde angesichts der äußeren Umstände nicht unbedingt erwarten, dass unter diesen Bedingungen die Scheidungsfreudigkeit der Bevölkerung so deutlich zunahm. Der deutliche Anstieg der Verfahren änderte aber an der Scheidungsquote zunächst nicht viel. Die Scheidungsquote pendelte im Dritten Reich zwischen rund 83% und rund 95%. In der Zeit nach dem Ende des Dritten Reiches pendelte dieser Wert zwischen rund 90% und 95%, war aber tendenziell ein wenig höher, als im Dritten Reich. Dies ist zunächst einmal erstaunlich, weil ja gerade die Familienpolitik der Nationalsozialisten eine Scheidung zu Gunsten neuer bevölkerungspolitisch wertvoller Ehen erleichtern sollte und sich in der Zeit nach dem Ende des Dritten Reiches die Familienpolitik auf ein stärker christlich orientiertes Familienbild hin entwickelte.¹⁰⁴² Die dennoch unverändert hohe Scheidungsquote mag auf die kriegsbedingten Auswirkungen des Getrenntlebens der Eheleute zurückzuführen sein, aber auch darauf, dass sich viele Ehemänner durch den Kriegseinsatz verändert hatten und sich die Eheleute dadurch entfremdet hatten. Auch nach dem Ende des Dritten Reiches bildeten die Verschuldensscheidungen den Schwerpunkt der Verfahren mit einem Anteil von bis zu rund 70%. Den zweitgrößten Teil bildeten die Scheidungsverfahren, die auf Ehebruch gestützt wurden mit einem Anteil von bis zu 1/3. Interessant ist jedoch, dass der Anteil der Ehescheidungsverfahren, die auf den Zerrüttungstatbestand gestützt wurden, im Dritten Reich bei (mit einer Ausnahme) deutlich über 10% lag, nach dem Ende des Dritten Reiches aber der Anteil auf zwischen 5% und 10% zurück ging. Dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass die Gerichte und Rechtsanwälte zunächst zögerlich auf die Anwendung des typisch nationalsozialistischen Scheidungstatbestandes reagierten. Erst ab 1949 machte die Zerrüttungsscheidung wieder einen Anteil von über 10% der Verfahren aus. Dies liegt aber vermutlich weniger daran, dass der Tatbestand zu diesem Zeitpunkt mehr Anerkennung gefunden hätte, sondern eher daran, dass der Anteil der Flüchtlinge in Amberg stetig zunahm und sich viele Eheleute aufgrund der Vertreibung oder Flucht auseinander gelebt hatten und einen Neuanfang machen wollten. Hier wird bei den einzelnen Verfahren noch genauer zu untersuchen sein, ob sich der Zerrüttungstatbestand von einem durchaus streitigen Prozessverhalten im Dritten Reich zu einer einverständlichen Scheidung nach dem Ende des Dritten Reiches entwickelt hat. Dies würde auch zu der Entwicklung der Erfolgsquote einer Scheidung aus § 48 EheG passen. Während in den Jahren 1946 bis 1948 die Erfolgsquote einer Scheidung aus § 48 EheG unterdurchschnittlich war, stieg diese Quote in den Verfahren, die 1949 eingereicht wurden deutlich an und war dann überdurchschnittlich. Nahezu unverändert war die Verteilung der Erfolgsquoten der anderen Scheidungstatbestände. Wie auch im Dritten Reich war die Wahrscheinlichkeit eine Klage zu gewinnen am höchsten, wenn man sie auf einen Ehebruch stützen konnte. Auffallend ist hierbei jedoch, dass die Erfolgsquote nach dem Ende des Dritten Reiches nahezu konstant bei über 90% lag, während im Dritten Reich diese Quote stärkeren Schwankungen ausgesetzt war. Dies mag aber auch daran liegen, dass aufgrund der geringeren Gesamtzahl der Verfahren im Dritten Reich, einzelne Verfahren das Gesamtergebnis stärker be-

¹⁰⁴² Vgl. Martin Löhnig, Die Justiz als Gesetzgeber, 2010, S. 135.

einflussen konnten als nach dem Ende des Dritten Reiches. Wie auch schon im Dritten Reich waren die Erfolgsaussichten einer Ehescheidungsklage aus § 43 EheG am geringsten. Dafür wurden aber die reinen Verschuldensscheidungen überdurchschnittlich zügig durchgeführt. Am schnellsten ging es, wenn man sein Scheidungsverlangen auf einen Ehebruch stützen konnte. Nach durchschnittlich unter 5 Monaten konnte man hier mit einem Urteil rechnen, während ein durchschnittliches Verfahren, das auf eine reine Verschuldensscheidung gestützt wurde rund 6 Monate dauerte. Anders als im Dritten Reich dauerten die Verfahren, die auf die Zerrüttung gestützt wurden, deutlich länger. Man musste in einem solchen Verfahren rund 10 Monate kalkulieren, bis man eine Entscheidung erwarten konnte. Allein von den statistischen Vergleichswerten gab es einen deutlichen Unterschied zwischen den Verfahren, die im Dritten Reich durchgeführt wurden und denen, die danach anhängig gemacht wurden. In der nachfolgenden Untersuchung wird aufgrund dieser Ergebnisse ein besonderes Augenmerk auf die Veränderungen der äußeren Umstände zu legen sein. Wer waren die Parteien, die sich in einer Zeit der wirtschaftlichen Not scheiden ließen? Waren die Parteien überwiegend solche, die sich während des Krieges nicht zu einem Scheidungsverfahren entschließen konnten, oder hatte der Weltkrieg mit seinen Folgen auch die Persönlichkeiten der einzelnen Soldaten solche Auswirkungen, dass über diese persönlichen Veränderungen die Ehen zerbrachen?

2. Die Rechtsprechung des LG Amberg zu § 48 EheG nF

a. Einführung

Im Dritten Reich wurde die Scheidungsmöglichkeit aus § 55 EheG, der dem § 48 EheG von 1946 entsprach, sehr extensiv ausgelegt. Auch in der Zeit nach dem Dritten Reich war die Ehescheidungsquote sehr hoch. Gab es Unterschiede in den Verfahren vor und nach dem Ende des Dritten Reiches? Hatten sich die durchschnittlichen Kläger und Beklagte verändert? Welche Ehen wurden nach dem Ende des Dritten Reiches nach § 48 EheG geschieden? Gab es hier Veränderungen zum Dritten Reich oder eher Kontinuität?

	1946	1947	1948	1949	Gesamt
Alter ♂ / ♀	42,4 / 38	41,7 / 40,3	39,7 / 33,5	41,1 / 39,2	41,2 / 37,8
Ehedauer bis zur Klageerhebung	11,4	14,9	11,8	11,6	12,4
Ehedauer bis zur Trennung	5,8	8,9	7,9	7,2	7,5
Trennungszeit	4,5	6,6	4,2	4,4	4,9
Eheliche Kinder	1,4	1,0	0,9	0,9	1,1

Erstaunlich bei den hier untersuchten Verfahren ist, dass die Anzahl der ehelichen Kinder mit durchschnittlich 1,1 sehr gering ist. Bei den Verfahren im Dritten Reich war die durchschnittliche Anzahl an Kinder mit rund 1,9 deutlich höher. Im Durchschnitt hat eine Ehe bis zur Trennung 7,5 Jahre gedauert. Auch diese Zahl ist deutlich niedriger, als im Dritten Reich. Dort hatte eine Ehe durchschnittlich 9,5 Jahre gehalten. Die Tren-

nungszeit mit 4,9 Jahren ist ebenfalls deutlich niedriger, als im Dritten Reich. Dort hatten sich die Parteien im Schnitt rund 6,9 Jahre getrennt, bis die Klage auf Ehescheidung erhoben wurde. Dass nach dem Krieg die Eheleute knapp 2 Jahre schneller zum Scheidungsrichter gegangen sind, kann damit zusammenhängen, dass viele Ehepaare während des Krieges eine Scheidungsklage nicht durchführen wollten. Es kann aber auch damit zusammenhängen, dass sich die Zerrüttungsscheidung zu diesem Zeitpunkt langsam etabliert hatte und es tatsächlich einen (kleinen) Scheidungsstau vor der Einführung der Zerrüttungsscheidung gegeben hatte.

Untersucht man die Verfahren nach der Anzahl der Scheidungen und den Verfahren, in denen die Ehe aufrechterhalten wurde, ergibt sich folgendes Bild:

	Scheidung der Ehe (auch) wegen § 48 EheG	Abweisung § 48, Scheidung auf WK hin	Ehe aufrechterhalten	Gesamt
1946	12	5	4	21
1947	20	2	2	24
1948	29	4	4	37
1949	49	2	2	53
Gesamt	109	13	12	135

Insgesamt wurden rund 9% der Ehen aufrechterhalten. In 9,7% der Verfahren wurde die Ehe auf die Widerklage hin geschieden und die Heimtrennungsklage abgewiesen. In 81 % der Verfahren wurde die Ehe auch auf die Klage aus § 48 EheG geschieden. Im Dritten Reich war dieser Anteil zwar mit rund 85% rund 4 Prozentpunkte höher. Zieht man jedoch in Betracht, dass die Rechtsprechung im Dritten Reich bezogen auf die Heimtrennungsklage sehr großzügig war, während in der obergerichtlichen Rechtsprechung nach dem Dritten Reich die Heimtrennungsklage eher restriktiv positiv verbeschieden wurde, erscheinen die 4 Prozentpunkte Differenz eher relativ. Mit anderen Worten: Obwohl die Rechtsprechung nach dem Dritten Reich mit der Anwendung der Heimtrennungsklage eher vorsichtig umging, machte dies gemessen an der Scheidungszahl keinen großen Unterschied zum Dritten Reich. Hier muss man allerdings berücksichtigen, dass im Dritten Reich eine große Zahl der Fälle streitig entschieden wurde. Daher ist in der Zeit nach dem Dritten Reich auch die Zahl der einverständlichen Scheidungen zu betrachten, in denen ein Widerspruch nicht erhoben wurde:

	Widerspruch nicht erhoben	Anteil in %	Widerspruch unbeachtlich	Widerspruch beachtet	Gesamtverfahren aus § 48
1946	5	23,8	8	8	21
1947	16	66,7	4	4	24
1948	19	52,8	10	8	37
1949	40	75,5	9	4	53
Gesamt	80	59,7	31	24	135

In 80 der 135 Verfahren wurde ein Widerspruch erst gar nicht erhoben. Dabei fällt jedoch auf, dass der Anteil der einverständlichen Scheidungen gegen Ende des Untersuchungszeitraumes im Jahr 1949 mit über 75% den weitaus größten Anteil der Verfahren ausmacht. Hier machte sich offensichtlich bemerkbar, dass in Amberg viele Kriegsflüchtlinge gelandet waren, die nach dem Aufenthalt in Amberg häufig auswandern und vorher ihre Verhältnisse klären wollten. Ein Unsicherheitsfaktor bei diesen Zahlen ist jedoch, dass in einigen Verfahren die Erhebung der Widerklage als Widerspruch gewertet wurde, der für unbeachtlich gehalten wurde, in anderen Verfahren jedoch die Erhebung einer Widerklage nicht dazu führte, dass der Richter über einen „Widerspruch“ entscheiden musste. Demzufolge sind zum Teil die unbeachtlichen Widersprüche solche, die nicht als Widerspruch gegen die Scheidung erhoben wurde, während in einigen Verfahren, die unter der Rubrik „Widerspruch nicht erhoben“ geführt werden, Widerklagen erhoben worden. Da es jedoch auf die Einschätzung des jeweiligen Richters ankommt, wurde die Tabelle insoweit nicht bereinigt. Im Durchschnitt betrug der Anteil der einverständlichen Scheidungen rund 60%. Bei den im Dritten Reich entschiedenen Fällen betrug dieser Anteil lediglich rund 16%. Es hat daher in der Nachkriegsrechtsprechung eine Verschiebung von den streitigen Entscheidungen in Richtung der einverständlichen Scheidungen stattgefunden. Der Anteil der streitigen Entscheidungen, in denen die Amberger Richter gegen einen Widerspruch entschieden haben, also den Widerspruch für unbeachtlich hielten, war deutlich geringer als im Dritten Reich. Insoweit haben ein Umdenken in der Rechtsprechung und eine gewisse Anpassung an die obergerichtliche Rechtsprechung stattgefunden.

aa. Eheleiche Kinder

Auch in den Verfahren nach dem Ende des Dritten Reiches war die Anzahl der ehelichen Kinder erstaunlich gering.

Verfahren mit	Keinem Kind	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	Mehr als 5 Kindern	Auch keine vor-/ außer-eheliche Kinder
1946	9	5	4	0	2	1 (9)	7
1947	11	7	2	4	0	0	10
1948	14	14	8	0	1	0	14
1949	23	20	7	2	0	1 (5)	23
Gesamt	57	46	21	6	3	2	54

Bei den Verfahren, die nach dem Ende des Dritten Reiches durchgeführt wurden, hatten die Ehepaare weniger Kinder, als in den Verfahren, die im Dritten Reich durchgeführt wurden. In 42,5% der Fälle hatten die Eheleute keine (gemeinsamen) ehelichen Kinder. Im Dritten Reich betrug der Anteil der kinderlosen Ehen 40%, ist also in etwa vergleichbar. Dagegen hatten im Dritten Reich 23,6% der Eheleute, die keine ehelichen Kinder hatten, dafür außereheliche Kinder oder Kinder aus einer ersten Ehe. In den Ver-

fahren nach dem Ende des Dritten Reiches hatten 40,3% der Eheleute überhaupt keine Kinder, das heißt auch keine Kinder aus einer ersten Ehe oder außereheliche Kinder. Dieser Wert ist fast doppelt so hoch wie im Dritten Reich. Auch die restliche Verteilung differiert erheblich. Hatten im Dritten Reich noch 20% der Eheleute ein eheliches Kind, hatten nach dem Dritten Reich 34,3% der Eheleute ein eheliches Kind. Nach dem Dritten Reich war also der Anteil der Ein-Kind-Ehen deutlich höher, als im Dritten Reich. Bei den Zwei-Kind-Ehen nähern sich diese beiden Werte an. Im Dritten Reich hatten 14,5% der Paare zwei eheliche Kinder, während in der Zeit nach dem Dritten Reich 15,7% der Paare zwei eheliche Kinder hatten. Die Ehen mit drei Kindern machten im Dritten Reich einen Anteil von 10,9% aus, in der Zeit danach nur 4,5%. Ehepaare mit 4 Kindern waren im Dritten Reich in 7,3% der Verfahren vorhanden, in der Zeit danach nur in 2,2% der Verfahren. Noch deutlicher wird der Unterschied bei den Paaren mit 5 oder mehr ehelichen Kindern. Lag dieser Anteil im Dritten Reich noch bei 9,1%, kamen solche Paare nach dem Dritten Reich nur noch in 1,5% der Verfahren vor.

Der Anteil der kinderlosen Paare war im gesamten Untersuchungszeitraum nahezu gleich groß. Wenn sich die Paare jedoch für Kinder entschieden hatten, dann war der Anteil der Familien mit mehreren Kindern im Dritten Reich höher als danach. Mit anderen Worten geht die Schere bei der Anzahl der Kinder deutlich auseinander. Möglicherweise liegt dies an der Zeit, die die Eheleute im Durchschnitt miteinander verbracht haben.

bb. Trennungszeit

Ehe- dauer bis	Tren- nung unter 3 J	Tren- nung 3-6 Jahre	Tren- nung 6-12 J	Tren- nung über 12 J	Tren- nung vor 1933	Tren- nung im 3.Reich	Tren- nung nach 3.Reich	Durch- schnittli- che Ehe- dauer	Durch- schnittli- che Tren- nungs- zeit	Durch- schnittli- che Ehe- dauer bis Tren- nung
1946	2	15	1	1	1	19	2	11,7	4,4	6,0
1947	1	12	2	4	4	16	4	15,2	6,2	8,9
1948	6	24	2	1	1	19	13	12,0	4,1	7,9
1949	3	45	3	0	0	25	26	11,6	4,4	7,2
Ge- samt	12	96	8	6	6	79	45	12,6	4,8	7,5

Waren im Dritten Reich noch 17,6% der Paare bei der Klageerhebung weniger als 3 Jahre getrennt, lag dieser Anteil nach dem Ende des Dritten Reiches bei lediglich 9,8%. Das bedeutet, dass offensichtlich im Dritten Reich mehr Kläger während des Ehescheidungsverfahrens ihre Klage auf die Heimtrennungsklage gestützt haben. Der Anteil der Paare, die bei Klageerhebung zwischen 3 und 6 Jahren getrennt lebten, betrug im Dritten Reich 52,9%. Dies stellte im Dritten Reich den größten Anteil dar, ebenso wie in der Zeit danach mit 78,7%. Der Prozentsatz der Nachkriegszeit dürfte deswegen so hoch sein, weil viele Paare durch den Krieg jahrelang getrennt waren. Der Anteil der Ehen, in de-

nen die Paare zwischen 6 und 12 Jahre getrennt lebten, betrug im Dritten Reich 19,6%, in der Nachkriegszeit lediglich 6,6%. Die Paare, die mehr als 12 Jahre getrennt lebten, machten im Dritten Reich einen Anteil von 9,8% aus, in der Nachkriegszeit 4,9%. Zusammenfassend kann man daher feststellen, dass die Wirrungen des Krieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit einen deutlichen Einfluss auf die Eheleute hatten. Vergleicht man die gemeinsame Ehezeit miteinander, so kann man feststellen, dass in den Verfahren, die im Dritten Reich erhoben wurden, die Eheleute im Durchschnitt knapp 10 Jahre zusammengelebt hatten. In der Nachkriegszeit hatten die Eheleute nur durchschnittlich 7,5 Jahre zusammengelebt. Eine Ehe hat daher im Dritten Reich rechnerisch im Durchschnitt 2,5 Jahre länger gedauert, so dass dies möglicherweise der Grund dafür sein könnte, weswegen es im Dritten Reich mehr kinderreiche Familien gab, als danach.

cc. Alter der Parteien

Alter der Parteien bei Klageeinreichung	Unter 30 ♂ / ♀	30 bis 40 ♂ / ♀	40 bis 50 ♂ / ♀	Über 50 ♂ / ♀	Durchschnitt
1946	1 / 3	11 / 6	3 / 6	5 / 2	42,4 / 38,1
1947	4 / 2	10 / 9	6 / 5	3 / 2	41,7 / 40,3
1948	6 / 8	8 / 7	9 / 6	4 / 1	40,1 / 34,8
1949	7 / 8	18 / 17	17 / 11	8 / 4	41,2 / 38,8
Gesamt	18 / 21	47 / 39	35 / 28	20 / 9	41,4 / 38

Nicht in allen Verfahren war das Alter der Parteien bekannt, so dass die hier angegebene Gesamtzahl nicht mit den Verfahren insgesamt übereinstimmt.

Die meisten Parteien waren im Alter zwischen 30 und 40. Die Altersstruktur hat sich daher im Vergleich zu der Zeit im Dritten Reich nach unten verschoben. Dort waren die Parteien am häufigsten zwischen 40 und 50 Jahre alt. Auch das Durchschnittsalter der Parteien ist erheblich niedriger, als im Dritten Reich. In der Nachkriegszeit waren die Männer im Gesamtdurchschnitt 41,4 und die Frauen 38 Jahre alt. Im Dritten Reich waren die Männer im Durchschnitt um 3,3 Jahre und die Frauen sogar um 4,6 Jahre älter.

Bezogen auf den Altersunterschied der Parteien ergibt sich folgendes Bild:

Altersunterschied	♀ mehr als 5 Jahre älter	♀ weniger als 5 Jahre älter	♀ und ♂ gleich alt	♂ weniger als 5 Jahre älter	♂ mehr als 5 Jahre älter	Durchschnitt
1946	1	2	1	9	7	4,3
1947	1	3	1	10	3	1,9
1948	0	3	1	8	10	4,2
1949	2	11	4	10	12	2,1
Gesamt	4	19	7	37	32	3,1
Anteil	4,0 %	19,2 %	7,1 %	37,4 %	32,3 %	

Der Durchschnitt gibt die Anzahl an Jahren an, die die Männer durchschnittlich älter als die Frauen waren.

Erstaunlicherweise ist die durchschnittliche Differenz, die die Ehemänner älter als die Ehefrauen waren, mit 3,1 Jahren in der Nachkriegszeit genauso hoch, wie im Dritten Reich. Die Zusammensetzung der einzelnen Altersdifferenzen ist jedoch eine andere. Der Anteil der Frauen, die älter als ihre jeweiligen Ehemänner waren, lag im Dritten Reich bei insgesamt rund 22%, in der Nachkriegszeit bei 23,2%. Der Anteil der Ehen, in denen beide Ehepartner gleich alt waren oder der Ehemann bis zu 5 Jahre älter war, lag im Dritten Reich bei 54%. In der Nachkriegszeit lag dieser Anteil lediglich bei 44,5%. Der Anteil der Ehen, in denen die Männer mehr als 5 Jahre älter waren, differierte sogar um 8 Prozentpunkte. Im Dritten Reich lag der Anteil dieser Ehen bei lediglich 24%, während in der Nachkriegszeit gut ein Drittel der Ehemänner mehr als 5 Jahre älter waren.

dd. Religionszugehörigkeit

	Katholisch	Evangelisch	Gottgläubig	Beide gleiche Religion	Unterschiedliche Religion
1946	88,9%	5,6%	5,6%	77,8%	22,2%
1947	81,6%	15,8%	2,6%	73,7%	26,3%
1948	78,6%	17,9%	3,6%	82,1%	17,9%
1949	68,8%	29,2%	2,1%	83,3%	16,7%
Gesamt	79,5%	17,1%	3,5%	79,2%	20,8%

Für die Nachkriegszeit war keine Bevölkerungsstatistik vorhanden, die als Vergleich mit den Scheidungsverfahren hätte dienen können. Im Jahr 1939 waren 81,3% der Amberger Bevölkerung katholisch und 16,79% evangelisch. Im Gesamtdurchschnitt spiegeln sich auch vor dem Landgericht diese Zahlen wider. Jedoch ist eine Tendenz erkennbar, dass in der Nachkriegszeit der Anteil der Ehepaare, die evangelischer Religion waren, deutlich zugenommen hat, während der Anteil der katholischen Bevölkerung immer weiter zurückgegangen ist. Dies mag damit zusammenhängen, dass in Amberg als ehemaliger Garnisonsstadt sehr viele Notunterkünfte zur Verfügung standen, in denen die Flüchtlinge und Vertriebenen untergebracht wurden. Damit änderte sich auch der Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung. In immerhin 20,8% der Verfahren waren die Parteien unterschiedlicher Konfession. Das sind immerhin 5 Prozentpunkte mehr, als im Dritten Reich. Interessanterweise ist der Anteil der Eheleute, die sich als gottgläubig bezeichneten mit 3,5% und 3,66% im Dritten Reich nahezu gleich geblieben.

ee. Herkunft der Parteien

Soweit die Parteien Angaben dazu gemacht haben, woher sie ursprünglich stammten bzw. ob sie fest im Amberger Landgerichtsbezirk integriert waren, kann man folgende Verteilung von Auswärtigen und Einheimischen feststellen:

Herkunft	LG-Bezirk Amberg	Anteil in %	Außerhalb LG-Bezirk	Anteil in %
1946	13	61,9 %	8	38,1 %

1947	12	50 %	12	50 %
1948	12	34,3 %	23	65,7 %
1949	14	26,9 %	38	73,1 %
Gesamt	51	38,6 %	81	61,4 %

Da nicht in allen Verfahren bekannt war, wo die Ehe geschlossen wurde und wo die Streitteile geboren waren, differieren die hier genannten Zahlen von den Gesamtzahlen.

Während im Dritten Reich noch ein wenig mehr als die Hälfte der Streitteile aus der Amberger Gegend stammten (52,83%) sank dieser Anteil in den Verfahren nach dem Ende des Dritten Reiches insgesamt auf durchschnittlich 38,6%. Betrachtet man jedoch die Tendenzen gegen Ende des Untersuchungszeitraumes, so stellt man fest, dass der Anteil der Einheimischen von rund 62% auf nur noch rund 27% gefallen waren. Dies spiegelt auch die typische Nachkriegssituation wider. Die Städte waren geprägt von Heimatlosen, Vertriebenen und Flüchtlingen.

ff. Berufe

Die Streitteile arbeiteten in folgenden Berufen:

	Männer					Frauen				
	A	AB	GA	AK	S	A	AB	GA	AK	S
1946	0	9	5	2	5	15	5	0	0	1
1947	2	13	2	0	4	21	0	0	0	0
1948	0	13	11	4	9	31	1	0	0	5
1949	0	32	5	6	9	47	4	0	0	1
Gesamt	2	67	23	12	27	114	10	0	0	7
In % bezogen auf das jeweilige Geschlecht	1,5 %	51,1 %	17,6 %	9,2 %	20,6 %	87 %	7,6 %	0 %	0 %	5,3 %

A = Arbeitslos; AB = einfacher Arbeiter; GA = Gehobener Arbeiter; AK = Akademiker; S = Selbständig

Wie auch im Dritten Reich bezeichneten sich nur durchschnittlich 1,5% (im Dritten Reich 1,8%) der Männer als arbeitslos, während 87 % der Frauen keinen Beruf angaben (im Dritten Reich 80%). Die Beschäftigung der Frauen in den kriegswichtigen Betrieben wirkte sich hier offensichtlich auch in den Ehescheidungsverfahren aus. Wie auch im Dritten Reich (53,6%) waren in der Nachkriegszeit 51,1% der Männer einfache Angestellte. Lediglich 7,6% der Frauen bezeichneten sich in der Nachkriegszeit als einfache Angestellte. Dies waren im Dritten Reich mit 12,5 % deutlich mehr. Als gehobene Angestellte bezeichneten sich in der Nachkriegszeit lediglich 9,2% der Männer. Im Dritten Reich gehörten zu dieser Gruppe immerhin 26,8%. Waren die Frauen noch mit 1,8% im Dritten Reich in dieser Gruppe vertreten, war es in der Nachkriegszeit keine einzi-

ge Frau. Dafür ist der Anteil der Selbständigen in der Nachkriegszeit mit 20,6% deutlich höher, als im Dritten Reich mit 5,4%. Entsprechend dieses Anteils ist auch der Frauenanteil mit 5,3% deutlich höher als im Dritten Reich. Dort waren lediglich 3,2% der Frauen selbständig tätig.

Insgesamt fällt auf, dass in der Nachkriegszeit der Anteil der Selbständigen deutlich höher ausgefallen ist, als im Dritten Reich. Ob die Not der Nachkriegszeit hier dazu geführt hat, dass die Männer neuen Berufen nachgehen mussten, kann nicht eindeutig beantwortet werden, ist jedoch überwiegend wahrscheinlich die Ursache hierfür.

gg. Armenrechtsverfahren

	Verfahren ohne Armenrecht	Anteil in %	Armenrecht bewilligt	Anteil in %	Verfahren pro Jahr insgesamt
1946	9	42,9	12	57,1	21
1947	11	45,8	13	54,2	24
1948	16	43,2	21	56,8	37
1949	12	22,6	41	77,4	53
Gesamt	48	35,6	87	64,4	135

Im Dritten Reich wurden 34,5% der Verfahren ohne Armenrecht durchgeführt. Dieser Wert blieb in der Nachkriegszeit fast gleich bei 35,6%. Insoweit gab es keine Veränderung zum Dritten Reich. Dies spiegelt auch die Berufssituation wider. Die meisten Frauen waren nicht berufstätig. Ein Großteil der Männer arbeitete lediglich als einfache Hilfsarbeiter, so dass dieser Teil der Bevölkerung ein Scheidungsverfahren nicht bezahlen konnte.

hh. Sühneverfahren

Wie schon im ersten Teil der Arbeit ausgeführt, war ein Sühnever such grundsätzlich erforderlich. Im Dritten Reich wurde ein solcher insgesamt nur in 10 % der Verfahren durchgeführt. Auch in der Nachkriegszeit wäre an sich ein Sühnever such verpflichtend durchzuführen gewesen. Da aber häufig die Streitsteile durch die Nachkriegswirrnisse nicht mehr im gleichen Ort bzw. im gleichen Bundesland lebten, wurde schon allein aus diesem Grund häufig der Sühnever such erlassen. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild:

	Gesamt	Sühnever such erlassen	Anteil in %	Sühnever such durchgeführt	Anteil in %
1946	21	13	61,9	8	38,1
1947	24	17	70,8	7	29,2
1948	37	32	86,5	5	13,5
1949	53	45	84,9	8	15,1
Gesamt	135	107	79,3	28	20,7

Wie bereits im ersten Teil der Arbeit festgestellt, konnte in vielen Fällen nur durch Rückschlüsse aus der Akte entnommen werden, ob ein Sühnever such unternommen

wurde. Es wurde angenommen, dass es sich dann um einen Sühneversuch handelte, wenn die Parteien frühzeitig in einer gemeinsamen mündlichen Verhandlung erschienen waren und beide eine Aussage machten. Gerade die Nachkriegswirrnisse aus Flucht und Vertreibung machten in vielen Fällen den Sühneversuch obsolet. In einigen Fällen musste sogar die Klage öffentlich zugestellt werden, weil die klagende Partei den Aufenthaltsort der Gegenseite nicht bestimmen konnte oder weil die beklagte Partei in den ehemals deutschen Gebieten verblieben ist. In diesen Fällen war schon von vornherein klar, dass ein Versuch, die Parteien wieder zu vereinen aussichtslos sein würde. Aber auch in vielen anderen Fällen, in denen aus der Klageschrift bereits erkennbar war, dass jedenfalls für die klagende Partei eine Wiedervereinigung ausgeschlossen war, machte ein Sühneversuch keinen Sinn. Dementsprechend häufig hat das Landgericht Amberg auch auf den an sich obligatorischen Sühneversuch verzichtet.

ii. Anzahl der mündlichen Verhandlungen

Im Dritten Reich wurden im Jahr 1939 durchschnittlich 3 mündliche Verhandlungen angesetzt. Im Jahr 1942 wurden durchschnittlich 7,1 mündliche Verhandlungen angesetzt. Im Gesamtdurchschnitt wurden 4,4 mündliche Verhandlungen angesetzt. Dass die Anzahl der mündlichen Verhandlungen im Kriegsverlauf stark zugenommen hat, ist auf den ersten Blick erstaunlich. Die Gerichte mussten aber für die Schuldfeststellung häufig Zeugen vernehmen. Durch die Kriegswirrnisse waren diese häufig bei der Wehrmacht oder haben in anderen Städten gewohnt. Dann mussten die Zeugen vor ersuchten Richtern vernommen werden. Gerade in den Jahren 1942 und 1943 war die Anzahl der mündlichen Verhandlungen vor ersuchten Richtern auch am größten. An sich wäre in der Nachkriegszeit eine ähnliche Situation zu vermuten. Auch hier haben viele Parteien nicht schon immer im Landgerichtsbezirk Amberg gewohnt. In immerhin knapp 2/3 der Fälle waren die Parteien keine gebürtigen Amberger.

	Verhandlungen vor dem LG Amberg	Verhandlungen vor ersuchten Richtern	Gesamt	Durchschnittliche Anzahl an Verhandlungen pro Verfahren in Amberg	Durchschnittliche Anzahl der Vernehmungen durch ersuchte Richter
1946	74	9	83	3,5	0,4
1947	66	8	74	2,9	0,3
1948	125	26	151	3,5	0,7
1949	144	36	180	2,7	0,7
Gesamt	409	79	488	3,1	0,6

Bezogen auf Verhandlungen vor ersuchten Richtern und Verhandlungen im Landgericht Amberg, wurde im Gesamtzeitraum pro Verfahren im Schnitt 3,7mal mündlich verhandelt. Damit wurden zwar insgesamt gesehen im Vergleich zu den gesamtdurchschnittlich 4,4 mündlichen Verhandlungen im Dritten Reich weniger mündliche Verhandlungen durchgeführt. Auch in der Nachkriegszeit wurden im Durchschnitt gese-

hen, mehrere mündliche Verhandlungen durchgeführt, bevor ein Urteil erlassen wurde. Sieht man sich jedoch die absoluten Zahlen an, ergibt sich folgendes Bild:

Anzahl mV	1946	%	1947	%	1948	%	1949	%	Ge- sam	%
1	3	14,3	10	40	8	22,2	19	35,2	40	29,4
2	6	28,6	5	20	5	13,9	9	16,7	25	18,4
3	2	9,5	4	16	5	13,9	3	5,6	14	10,3
4	6	28,6	1	4	7	19,4	6	11,1	20	14,7
5	1	4,8	1	4	2	5,6	6	11,1	10	7,4
Mehr als 5	3	14,3	4	16	9	25	11	20,4	27	19,9

Ausgehend von den absoluten Zahlen wird deutlich, dass rund die Hälfte der Verfahren mit einer oder zwei mündlichen Verhandlungen abgeschlossen werden konnten. In lediglich einem Viertel der Verfahren wurde die statistische Durchschnittsverfahrensanzahl durchgeführt. Die durchschnittliche Anzahl der mündlichen Verfahren wurde durch die langwierigen Verfahren, in denen mehr als 5 mündliche Verhandlungen abgehalten wurden, nach oben gehoben. In fast 2/3 der Verfahren wurden weniger mündliche Verhandlungen durchgeführt, als der statistische Durchschnitt. Dies legt eine genauere Betrachtung der Verfahren nahe, in denen überdurchschnittlich viele mündliche Verhandlungen durchgeführt wurden. Diese Verfahren werden unten noch näher beleuchtet.

jj. Anzahl der geladenen Zeugen

Die Anzahl der Zeugen in den einzelnen Verfahren macht deutlich, welche Anforderungen das Landgericht Amberg an den Nachweis der einzelnen Tatbestandsmerkmale stellte. Unmittelbar nach der Wiedereröffnung der Gerichte stand nur wenig Personal zur Verfügung. Die Richter konnten in der Regel erst nach Durchlaufen eines Spruchkammerversfahrens wieder eingestellt werden. So standen zu Beginn des Untersuchungszeitraumes nur zwei Richter für die deutlich gestiegene Anzahl an Verfahren zur Verfügung. Wesentlich für die untersuchten Verfahren ist aber auch, dass sich die Ehescheidungsverfahren, in denen eine Scheidung nach § 48 EheG beantragt wurden, gerade gegen Ende des Untersuchungszeitraumes zu unstreitigen Verfahren entwickelten, in denen die Kläger und die Beklagten mit der Ehescheidung einverstanden waren und daher keine Beweiserhebung nötig war. Zur Begründung der unheilbaren Zerrüttung genügte es in der Regel, dass einer der beiden Eheleute diesen Umstand vortrug. Wenn kein Widerspruch erhoben wurde, reichte in der Regel die Einvernahme des Klägers, um die Klage zu stützen.

	Zeugen ins- gesamt	Durchschnitt- lich Zeugen pro Verfahren	Verfahren ohne Zeugeneinver- nahme	Verfahren ins- gesamt	Verfahren ohne Zeugen-einver- nahme

1946	36	1,8	12	21	57 %
1947	15	0,6	18	24	75 %
1948	30	0,9	24	37	64,8 %
1949	44	0,8	38	53	71,7 %
Gesamt	125	0,9	92	135	68,1 %

Während in den Verfahren, die im Dritten Reich durchgeführt wurden, in insgesamt 43,6% der Verfahren keine Zeugen vernommen wurden, lag dieser Schnitt bei den Verfahren nach dem Ende des Dritten Reiches bei insgesamt 68,1%. Dabei wurde in den Verfahren aus 1946 noch ein Durchschnitt an Verfahren ohne Zeugeneinvernahme erreicht, der mit dem aus dem Dritten Reich noch vergleichbar ist. In den folgenden Jahren lag dieser Durchschnitt an Verfahren ohne Zeugeneinvernahme deutlich höher, als im Dritten Reich.

Auch die Anzahl der pro Verfahren vernommenen Zeugen war deutlich niedriger, als im Dritten Reich. Wurden dort im Gesamtzeitraum durchschnittlich 1,5 Zeugen pro Verfahren vernommen, waren es in der Nachkriegszeit nur 0,9 Zeugen pro Verfahren im Gesamtdurchschnitt. Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes waren es jedoch noch 1,8 Zeugen pro Verfahren. Dies mag daran liegen, dass sich zu diesem Zeitpunkt noch keine höhergerichtliche Rechtsprechung gebildet hatte, die sich mit der Frage der weiteren Entscheidungspraxis zu der Zerrüttungsscheidung auseinandersetzte. Das Landgericht Amberg scheint daher gerade zu Beginn der Nachkriegszeit recht unsicher gewesen zu sein und hat daher offensichtlich umfangreicher Beweis erhoben, als dies später der Fall gewesen ist. Der deutliche Anstieg der Verfahrenszahl mag hierfür keine besondere Begründung liefern, schließlich stieg auch gegen Ende des Untersuchungszeitraumes die Anzahl der Ehescheidungsrichter.

kk. Umfang der Akten

Der Umstand, dass sich die 48er Verfahren in unstreitige Verfahren entwickelt haben, zeigt sich auch im Umfang der Akten. Im Dritten Reich waren die Akten im Durchschnitt 43,7 Blätter stark.

	Kürzeste Akte	Längste Akte	Durchschnittsakte	Umfang, wenn Rechtsmittel eingelegt wurden	Gesamtdurchschnitt
1946	22	258	48,0	87,5	52,4
1947	15	82	32,1	-	32,1
1948	10	85	36,0	117,5	41,1
1949	11	60	25,9	92,7	30,1
Gesamt	10	258	35,5	99,2	38,9

In der Nachkriegszeit war die Durchschnittsakte um rund 8 Seiten kürzer. Interessanterweise stammt aber die umfangreichste Akte aus dem gesamten Untersuchungs-

zeitraum von 1938 bis 1949 aus dem Jahr 1946. Diese Akte ist 258 Seiten stark. Hierauf wird weiter unten noch genauer einzugehen sein. Deutlich erkennbar ist jedoch ein Abnehmen des Aktenumfanges gegen Ende des Untersuchungszeitraumes. Dies deckt sich mit dem Umstand, dass auch in diesem Zeitraum sich die Zerrüttungsscheidung zunehmend zu einer einverständlichen Scheidung entwickelt hat, in deren Verfahren wenig gestritten wurde.

[1]. Umfang der anwaltlichen Schriftsätze

Der Umfang der Akten spiegelt sich auch im Umfang der anwaltlichen Schriftsätze wider. Im Dritten Reich ließ der Kläger im Durchschnitt 6,8 Seiten vortragen und der Beklagte 4,9 Seiten, was im Durchschnitt in 2,6 (Kläger) bzw. 1,8 (Beklagter) Schriftsätzen vorgenommen wurden.

	Gesamtumfang		Durchschnittlicher Umfang pro Akte		Gesamtanzahl Schriftsätze		Durchschnittliche Anzahl Schriftsätze	
	Kläger	Beklagter	Kläger	Beklagter	Kläger	Beklagter	Kläger	Beklagter
1946 (1)	114,75	140,5	2,0	2,6	52	50	2,7	2,7
1947 (2)	73,5	32,5	1,3	1,1	48	26	2,4	1,5
1948 (3)	205,5	154	1,9	1,7	98	82	2,9	3,7
1949 (4)	235,75	148	1,6	1,7	136	83	2,7	2,4
Gesamt	629,5	475	1,7	1,8	334	241	2,7	2,6

(1) 1946 war in einem Verfahren die Beklagte nicht anwaltlich vertreten, machte aber eine Aussage, (2) 1947 wurde in 5 Verfahren die Beklagtenseite nicht anwaltlich vertreten; in einem Verfahren wurde die Klage öffentlich zugestellt, (3) 1948 war in 11 Verfahren die Beklagtenseite nicht anwaltlich vertreten, in 4 Verfahren wurde die Klage öffentlich zugestellt, (4) 1949 war in 17 Verfahren die Beklagtenseite nicht anwaltlich vertreten, in 7 Verfahren wurde die Klage öffentlich zugestellt

Erstaunlicherweise ist der Umfang der Schriftsätze in der Nachkriegszeit deutlich geringer, als im Dritten Reich. Während der Kläger noch durchschnittlich 6,8 Seiten vortragen ließ, waren es in der Nachkriegszeit nur noch durchschnittlich 1,7 Seiten. Dabei fällt wiederum auf, dass bei den Verfahren, die 1946 anhängig gemacht wurden, noch deutlich umfangreicher argumentiert wurde. Dort wurden immerhin 2,0 (Kläger) bzw. 2,6 (Beklagter) Seiten vorgetragen. Nicht wesentlich verändert hat sich allerdings die durchschnittliche Anzahl der Schriftsätze der Kläger. Waren im Dritten Reich noch pro Verfahren durchschnittlich 2,6 Schriftsätze eingegangen, waren es in der Nachkriegszeit durchschnittlich 2,7 Schriftsätze. Deutlich erhöht hat sich allerdings die Anzahl der Schriftsätze der Beklagten. Im Dritten Reich wurden nur durchschnittlich 1,8 Schriftsätze eingereicht. In der Nachkriegszeit wurden von den Beklagten durchschnittlich 2,6 Schriftsätze eingereicht. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in insgesamt 34 Verfahren die Beklagten nicht anwaltlich vertreten waren und in 13 Verfahren die Klage sogar öffentlich zugestellt werden musste. Die Beklagtenseite war daher in den Nachkriegsverfahren deutlich aktiver, als im Dritten Reich. Dies mag auch daran liegen, dass sich in der Nachkriegsrechtsprechung für den beklagten Teil deutlich bessere Chancen ergeben haben, eine Klage aus § 48 EheG durch einen Widerspruch abzuwenden.

[aa]. Anzahl der anwaltlichen Schriftsätze mit rechtlichen Ausführungen

Die Rechtsanwälte trugen im Dritten Reich im Wesentlichen den Sachverhalt vor und beschränkten sich in der Regel in der rechtlichen Argumentation auf das unbedingt Notwendige. So wurde im Dritten Reich in durchschnittlich 29,1% der Verfahren durch den Klägervertreter auch eine rechtliche Bewertung des Sachverhaltes vorgenommen, in 32,7% der Verfahren durch den Beklagtenvertreter.

Anzahl der Verfahren	1946	1947	1948	1949	Rechtliche Ausführungen gesamt
Rechtliche Ausführungen durch Kläger	2 = 9,5 %	3 = 12,5 %	3 = 8,1 %	7 = 13,2 %	15 = 11,1 %
Rechtliche Ausführungen durch Beklagten	1 = 4,8 %	4 = 16,7 %	6 = 16,2 %	5 = 9,4 %	16 = 11,9 %
Gesamt	3	7	9	12	31
Verfahren insgesamt	21	24	37	53	135
Rechtliche Ausführungen in %	7,1 %	14,6 %	12,2 %	11,3 %	11,5 %
Zitat Rspr durch Kläger	1	2	1	5	9
Zitat Rspr durch Bekl	1	5	5	3	14

Dieser – mit heutigen Maßstäben gemessen – ohnehin schon sehr niedrige Wert, wurde in der Nachkriegszeit nochmal deutlich unterschritten. In lediglich 11,1% (Kläger) bzw. 11,9% (Beklagte) der Verfahren wurde rechtlich von Seiten der Anwälte argumentiert. Das ist immerhin um knapp 2/3 weniger, als in der Zeit des Dritten Reiches.

[a]. Ideologische Argumentation und Verhalten der Rechtsanwälte

Im Dritten Reich wurde in 22 von 55 Klagen durch den Kläger und in 19 von 55 Verfahren durch den Beklagten ideologisch argumentiert.

	Ideologische Argumentation durch Kläger	Ideologische Argumentation durch Beklagten
1946	1	2
1947	1	2
1948	1	3
1949	2	2
Gesamt	5	6

Erstaunlicherweise wurde in der Nachkriegszeit in 5 Verfahren durch den Kläger und in 6 Verfahren durch den Beklagten ideologisch argumentiert. Ideologische Argumentation lag vor, wenn sich die Verfahrensbevollmächtigten auf bevölkerungspolitische Aspekte beriefen oder wenn sie ansonsten typisch nationalsozialistische Begriffe verwendeten. Dabei kann nicht etwa festgestellt werden, dass die ideologische Argumentation vermehrt in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgetaucht wäre und gegen Ende des Untersuchungszeitraumes weniger geworden wäre. Die ideologische Argumentation hielt sich auf niedrigem Niveau, aber dafür konstant über den ganzen Untersuchungszeitraum. Die einzelnen Fälle werden unten noch näher dargestellt.

[b]. Umfang der Urteile

Im Dritten Reich war der Tatbestand eines Urteils im Durchschnitt 2,0 Seiten lang. Die Entscheidungsgründe im Durchschnitt 2,74 Seiten. Auf eine Seite Tatbestand kamen im Durchschnitt 1,37 Seiten Entscheidungsgründe.

	Tatbestand durchschnittlich	Gründe durchschnittlich	Kürzester/Längster Tatbestand	Kürzeste/Längste Gründe	Verhältnis TB/Grde
1946	1,9	2,4	0,5 / 8	0,5 / 17,5	1 : 1,3
1947	1,0	1,1	0,25 / 2	0,25 / 5	1 : 1,1
1948	1,4	1,7	0,25 / 4	0,125 / 8,5	1 : 1,2
1949	1,3	1,6	0,5 / 3	0,25 / 5,5	1 : 1,2
Gesamt	1,4	1,7	0,25 / 8	0,125 / 17,5	1 : 1,2

Die Urteile, die in der Nachkriegszeit ergingen, waren deutlich kürzer. Der Tatbestand war im Durchschnitt um 0,6 Seiten kürzer, die Entscheidungsgründe sogar durchschnittlich um 1,04 Seiten. Dabei fällt wiederum auf, dass sowohl der Tatbestand als auch die Entscheidungsgründe in den Verfahren, die 1946 erhoben wurden, mit 1,9 Seiten (Tatbestand) und 2,4 Seiten (Gründe) überdurchschnittlich lang waren und an die Werte aus dem Dritten Reich heranreichten. Insgesamt fällt jedoch auf, dass die jeweils kürzesten und längsten Tatbestände bzw. Gründe in der Nachkriegszeit kürzer bzw. deutlich länger waren, als im Dritten Reich. Das Landgericht Amberg hat daher zwar in der Nachkriegszeit im Durchschnitt deutlich kürzere Entscheidungen verfasst, wenn es aber darauf ankam, hat es sich im Vergleich zum Dritten Reich, auch mal deutlich ausführlicher erklärt.

[aa]. Rechtliche und ideologische Ausführungen in den Urteilen

Im Dritten Reich war die ideologische Argumentation deutlich ausgeprägt. In 38,2 % der Verfahren wurde im Urteil ideologisch argumentiert. In immerhin 21,8% der Urteile wurde Rechtsprechung zitiert.

	Gesamtverfahren	Zitat von Rspr.	rechtlichen Argumentation im Urteil	Ideologische Argumentation
1946	21	3	4	1

1947	24	1	3	0
1948	37	1	10	1
1949	53	5	13	1
Gesamt	135	10 = 7,4 %	30 = 22,2 %	3 = 2,2 %

Zwar gab es nicht bereits zu Beginn der Nachkriegszeit höhergerichtliche Rechtsprechung zu der Zerrüttungsscheidung. Diese entwickelte sich erst im Laufe des Untersuchungszeitraumes. Dennoch wurde lediglich in 7,4% der Urteile höhergerichtliche Rechtsprechung zitiert. Erstaunlicherweise wurde in den 1946 erhobenen Verfahren in 3 Urteilen Rechtsprechung zitiert. Da es zu diesem Zeitpunkt noch vergleichsweise wenig Entscheidungen zu der Zerrüttungsscheidung gab, werden diese Entscheidungen unten noch näher dargestellt. Überraschend ist auch der erstaunlich geringe Anteil an Entscheidungen, in denen das Gericht überhaupt rechtlich argumentierte. In lediglich 22,2% der Verfahren wurde rechtlich argumentiert. Als rechtliche Argumentation wird hier verstanden, wenn sich das Gericht mit den Tatbestandsmerkmalen auseinandersetzte und diese näher definierte oder erläuterte. In den restlichen Verfahren hat sich das Gericht in den Entscheidungsgründen überwiegend mit dem Sachverhalt auseinandergesetzt. In immerhin 2,2% der Verfahren argumentierte das Landgericht Amberg ideologisch. Dabei ist erstaunlich, dass diese Verfahren sich nicht auf die Anfangszeit konzentrierten, sondern verteilt auf den gesamten Untersuchungszeitraum stattfanden.

[bb]. Anteil der schriftlichen Verfahren nach § 7 EntlVO

Im ersten Teil der Arbeit wurde dargestellt, dass rund 29% der Verfahren schriftlich entschieden wurden. Ursprünglich wurde die Möglichkeit der Schriftlichkeit des Verfahrens eingeführt, um die Verfahren zu beschleunigen. In den Verfahren im Dritten Reich dauerten die Verfahren, die schriftlich geführt wurden, annähernd doppelt so lange, wie die Verfahren, die mündlich geführt wurden.

	Urteil nach § 7 EntlVO	Verfahrensdauer mit EntlVO	Verfahrensdauer ohne EntlVO	Gesamtverfahrensdauer	Verfahrensdauer Klagen originär aus § 48 EheG
1946	0	-	-	7,6	4,1
1947	2	21,5	11,0	11,9	8,1
1948	1	-	7,9	8,9	8,9
1949	3	8,7	6,9	7,0	6,7
Gesamt	6	15,1	8,6	8,9	7,0

Das Urteil aus dem Jahr 1948, das nach § 7 EntlVO erging ohne Datumsangabe, so dass die Verfahrensdauer nicht ermittelt werden konnte. Ein Verfahren aus dem Jahr 1948 dauerte 50 Monate; würde dieses nicht berücksichtigt, würde die durchschnittliche Verfahrensdauer 6,2 Monate betragen

Auch bei den Verfahren in der Nachkriegszeit dauerten die Verfahren, die zum Teil schriftlich geführt wurden deutlich länger, als die Verfahren, die mündlich geführt wurden. Nur 4,5% der Verfahren in der Nachkriegszeit wurden schriftlich geführt. Dies ist

ein deutlicher Rückgang im Vergleich zum Dritten Reich. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass im Dritten Reich auch Verfahren aus § 55 EheG durchaus streitig geführt wurden. Dies hat sich in der Nachkriegszeit mehr und mehr zu einer einverständlichen Scheidungsmöglichkeit entwickelt. Daraus folgte, dass streitige Reibungspunkte weitaus weniger häufig waren, als im Dritten Reich. Zu Beginn der Nachkriegsrechtsprechung mag auch noch unklar gewesen sein, ob die Entlastungsverordnung weiter Anwendung finden würde. Die Entlastungsverordnung spielte mit 4,5% der Verfahren in der Nachkriegszeit keine Rolle mehr.

[2]. Zusammenfassung

Im Dritten Reich schwankte die durchschnittliche Aktengröße erheblich. Diese Tendenz lässt sich in der Nachkriegsrechtsprechung nicht feststellen. Dort wurde die durchschnittliche Akte von 48,0 Seiten im Jahr 1946 kontinuierlich dünner bis auf durchschnittlich 25,9 Seiten im Jahr 1949. Anders als im Dritten Reich lieferten Kläger- und Beklagtenvertreter nahezu gleich viele Schriftsätze ab. Der Umfang dieser Schriftsätze wurde auch von 1946 bis 1949 kontinuierlich weniger. Während im Dritten Reich bezogen auf den Gesamtzeitraum die Klägervertreter durchschnittlich 6,8 Seiten Schriftsätze und die Beklagtenvertreter durchschnittlich 4,9 Seiten Schriftsätze lieferten, betrug der durchschnittliche Umfang der klägerischen Schriftsätze lediglich 1,7 bzw. der Umfang der Schriftsätze der Beklagtenvertreter 1,8 Seiten. Die Anwälte gaben also deutlich weniger umfangreiche Schriftsätze an das Gericht, weil im Dritten Reich auch die durchschnittliche Anzahl der Schriftsätze nahezu gleich blieb. Im Dritten Reich machten die Anwälte auch deutlich umfangreichere rechtliche Ausführungen. Verglichen mit heutigen Schriftsätzen erscheinen zwar auch die rund 30% der Schriftsätze, in denen im Dritten Reich rechtlich argumentiert wurde, sehr gering. Dieser ohnehin schon niedrige Wert sank in der Nachkriegsrechtsprechung deutlich auf nur noch 11,5%. Diese Tendenz zeigte sich auch in den Urteilen selbst. Der durchschnittliche Tatbestand wurde um rund eine halbe Seite kürzer. Deutlich kürzer wurden jedoch die Entscheidungsgründe. Von durchschnittlich 2,74 Seiten im Dritten Reich sank der Umfang auf durchschnittlich nur noch rund 1,7 Seiten. Dieser Wert ist deswegen interessant, weil ja durch die Richterbriefe unter anderem auch erreicht werden sollte, dass die Urteile kürzer würden. Dieser Effekt trat aber erst in der Nachkriegsrechtsprechung ein, obwohl die Richterbriefe dort nicht mehr fortwirkten. Interessant ist auch, dass trotz des gewaltigen Entnazifizierungsaufwandes der Amerikaner, dennoch in 5 Verfahren vom Kläger und in 6 Verfahren vom Beklagten ideologisch argumentiert wurde. In immerhin noch 3 Verfahren ließ sich auch das Landgericht Amberg dazu hinreißen, in den Urteilen ideologisch zu argumentieren. Auch in den Urteilen wurde im Vergleich zum Dritten Reich deutlich weniger rechtlich argumentiert. In lediglich 7,4% der Verfahren wurde überhaupt höhergerichtliche Rechtsprechung zitiert. Im Dritten Reich berief sich das Amberger Landgericht noch in rund 25% der Verfahren auf die höhergerichtliche Rechtsprechung. Während im Dritten Reich noch rund 29% der Verfahren zum Teil schriftlich geführt wurden, spielte die Entlastungsverordnung in der Nachkriegsrechtsprechung keine nennenswerte Rolle mehr.

II. Rechtsmittel

	Rechtsmittel insgesamt	Andere Entscheidung durch RM-Gericht	Davon Entscheidungen zu § 48	LG Amberg durch Berufung aufgehoben (nur § 48 EheG)
1946	8	3	3	2
1947	17	3	0	0
1948	11	6	2	2
1949	16	13	3	2
Gesamt	52	25	8	6
In %	100	48,1	100	75

Bei den Rechtsmitteln fällt auf, dass die Entscheidungen des Landgerichtes Amberg aus § 48 EheG viel häufiger aufgehoben wurden, als in den Verfahren insgesamt. Die Entscheidungen waren daher anfälliger für Rechtsfehler, als die restlichen Verfahren.

	Gesamtverfahren	Anzahl RM	Anteil in %	Verfahren nach § 48	Anzahl RM	Anteil in %
1946	233	8	3,4	21	3	14,3
1947	304	17	5,6	24	0	0
1948	298	11	3,7	37	2	5,4
1949	370	16	4,3	53	3	5,7
Gesamt	1.205	52	4,3	135	8	5,9

Bei den Verfahren aus § 48 EheG wurde in insgesamt 5,9% der Verfahren Rechtsmittel eingelegt. Bei den Gesamtverfahren wurde jedoch lediglich in 4,3% der Verfahren Rechtsmittel eingelegt. Die Rechtsmittel waren daher bei den Zerrüttungsverfahren häufiger anzutreffen und darüber hinaus auch noch deutlich erfolgreicher, als bei der Gesamtbetrachtung der Verfahren. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Anzahl der Verfahren, in denen Rechtsmittel eingelegt wurden, keinen großen Schwankungen unterlegen war. Dafür weicht die Anzahl der Rechtsmittelverfahren erheblich von dem prozentualen Anteil im Dritten Reich ab. Dort wurde insgesamt betrachtet fast doppelt so häufig ein Rechtsmittel eingelegt. Bei den Zerrüttungsverfahren lag der Anteil mit insgesamt 14,4% deutlich höher, als in der Nachkriegszeit. Dafür lag die Erfolgsquote bei den Zerrüttungsverfahren mit 72,8% nahezu auf gleichem Niveau. Auch die Gesamtverfahren lagen auf ähnlichem Erfolgsniveau. Im Dritten Reich erging in 41,7% der Verfahren eine andere Entscheidung durch das Rechtsmittelgericht. Der geringere Anteil der Rechtsmittelverfahren mag an der allgemeinen wirtschaftlichen Not in der Nachkriegszeit liegen. Nachdem die Rechtsmittel in der Nachkriegszeit ein ähnliches Bild abgeben, wie im Dritten Reich, ist die Wahrscheinlichkeit, dass der hohe Erfolgsfaktor der Rechtsmittel bei den Zerrüttungsscheidungen wahrscheinlich nicht der schwankenden Rechtsprechung des Reichsgerichts geschuldet. Die hohe Erfolgsquote liegt vermutlich eher daran, dass die Zerrüttungsscheidung, nach wie vor, ein neues Instrument war. Im Dritten Reich wurde die Zerrüttungsscheidung als Bevölkerungsinstrument gebraucht,

in der Nachkriegszeit wussten die Richter anfangs nicht, ob die reichsgerichtliche Rechtsprechung weiter angewendet werden konnte. Vermutlich war deswegen die Erfolgsquote höher, als bei den restlichen Verfahren, bei denen schon eine seit Jahrzehnten gefestigte Rechtsprechung vorhanden war.

mm. Vorherige Ehescheidungsklage

Bei den Verfahren, die im Dritten Reich durchgeführt wurden, war die Ehescheidungsklage aus dem Zerrüttungstatbestand in 27,3% der Verfahren bereits die zweite Ehescheidungsklage.

	Vorherige Scheidungsklage	Originäre § 48er Verfahren	Gesamtverfahren	Anteil
1946	3	6	21	29 %
1947	3	11	24	45,8 %
1948	2	17	37	45,9 %
1949	7	32	53	60,4 %
Gesamt	15 = 11,1 %	66	135	48,9 %

Wie die Tabelle zeigt, ist der Anteil der Ehescheidungsverfahren, bei denen die Streitteile schon vorher ein Ehescheidungsverfahren durchlaufen haben, in der Nachkriegszeit deutlich niedriger, als im Dritten Reich. In lediglich 11,1% der Verfahren wurde vorher schon einmal ein Ehescheidungsprozess durchlaufen.

nn. Einverständliche Scheidung ohne Widerspruch

In den Verfahren, die im Dritten Reich durchgeführt wurden, wurde in insgesamt nur 16,4% der Verfahren kein Widerspruch erhoben. Dies hängt auch damit zusammen, dass man gute Chancen hatte, wenn man eine Scheidungsklage auf den Zerrüttungstatbestand stützte, dass diese zu einer Scheidung führen würde, auch wenn der Beklagte Widerspruch erhob. Durch die Nachkriegsrechtsprechung mit der Umkehr des Regel-Ausnahme-Verhältnisses war dies schon deutlich schwieriger.

	Einverständliche Scheidung	Verfahren mit öffentlicher Zustellung der Klageschrift	Gesamtverfahren
1946	6 = 28,6 %	0	21
1947	13 = 54,2 %	1 = 4 %	24
1948	15 = 40,5 %	5 = 13,5 %	37
1949	29 = 54,7 %	8 = 15,1 %	53
Gesamt	63 = 46,7 %	14 = 10,4 %	135

Die Verfahren, die nach dem Ende des Dritten Reiches erhoben wurden, entwickelten sich zunehmend zu Verfahren, in denen die Eheleute einvernehmlich geschieden werden wollten. In insgesamt 46,7% der Verfahren handelte es sich um eine einverständliche Scheidung. Dabei entwickelte sich der Anteil der einverständlichen Scheidungen von

28,6% bis 54,7% im Jahr 1949. Damit einher ging die Zunahme der Verfahren, in denen die Klageschrift öffentlich zugestellt werden musste, weil aufgrund der Nachkriegswirren die Eheleute getrennt wurden und der Aufenthaltsort des jeweils anderen Ehegatten nicht bekannt war. Im Jahr 1946 wurde keine Klage öffentlich zugestellt. Dafür entwickelte sich diese Zahl von 1947 bis 1949 von 4% auf 15,1% der Gesamtverfahren aus § 48 EheG.

oo. Wertende Zusammenfassung und Vergleich mit dem Dritten Reich

Zunächst fällt auf, dass die Parteien im Vergleich zum Dritten Reich deutlich jünger waren. Die Männer waren durchschnittlich um rund 4 Jahre jünger, die Frauen um durchschnittlich sogar rund 5 Jahre jünger. Auch die durchschnittliche Ehedauer war bei den Verfahren, die in der Nachkriegszeit durchgeführt wurden um rund 4 Jahre kürzer. Die durchschnittliche Ehedauer bis zur Trennung war in der Nachkriegszeit um rund 2 Jahre kürzer. Eine Ehe hat daher bei den Ehescheidungsverfahren in der Nachkriegszeit durchschnittlich 7,5 Jahre gehalten. Analog hierzu haben die Parteien im Dritten Reich auch nach der Trennung länger gewartet, bis sie die Ehescheidungsklage eingereicht haben. Damit einher geht auch die geringere Kinderzahl. Im Dritten Reich hatten die Eheleute noch durchschnittlich 1,86 Kinder, in der Nachkriegszeit nur noch 1,1 Kinder. Die Parteien hatten sich also zusammenfassend in der Nachkriegszeit schneller dazu entschieden, sich scheiden zu lassen. Interessant ist, dass die Gesamtverfahrenszahl von 1938 an bis 1949 stetig gestiegen ist. Man kann also nicht einfach feststellen, dass sich die Bevölkerung in der Kriegszeit zurückgehalten hätte und nach dem Kriegsende deswegen die Scheidungszahlen so deutlich angestiegen sein. Das mag zwar verschärfend hinzugekommen sein, war aber nicht der alleinige Auslöser. Die kriegsbedingte Abwesenheit der Ehemänner mag dazu geführt haben, dass die Dringlichkeit des Scheidungswunsches zunächst zurückgestellt wurde, weil die Männer ohnehin nicht zu Hause waren. Ein Grund, weswegen die Scheidungszahlen verglichen mit 1938 so dramatisch angestiegen sind, war sicherlich in den Nachkriegsereignissen selbst zu suchen. Viele der von mir untersuchten Ehen wurden in der Kriegszeit geschlossen. Das bedeutet, dass viele Ehen keine Chance hatten, sich innerlich zu verfestigen, bevor es zu einer längeren Abwesenheit der Männer gekommen ist. Viele Männer hatten auch deswegen geheiratet, um ihre Frauen in den Genuss einer Versorgung im Falle des kriegsbedingten Ablebens kommen zu lassen. Bedingt durch die Endzeitstimmung in der Bevölkerung mag auch der Heiratswunsch nicht so sorgfältig abgewogen worden sein, wie es vielleicht der Fall gewesen wäre, hätte kein Krieg geherrscht. Daher mag es auch kommen, dass in den Nachkriegsverfahren um 5%Punkte mehr Parteien unterschiedlicher Religion waren. Als die Männer aus der Kriegsgefangenschaft oder auch ohne Gefangenschaft wieder zu ihren Familien zurückkehrten, herrschte eine Zeit des Mangels. Viele Familien wussten nicht, wie sie sich ernähren sollten. Die Wohnungssituation war unzureichend und es fehlte an allen möglichen Gegenständen. Viele der Männer waren durch die Kriegereignisse traumatisiert und zum Teil auch aufgrund von Verletzungen nicht mehr arbeitsfähig. All diese Umstände belasteten natürlich in größerem Maße Ehen, die sich noch nicht so ver-

festigt hatten, wie Ehen, die seit mehreren Jahren bestanden hatten. In vielen Fällen wurden die Parteien auch durch die Nachkriegswirren getrennt, in verschiedenen Lagern untergebracht oder lebten in den verschiedenen Besatzungszonen. Dies führte auch zu einem weiteren Auseinanderleben der Parteien. Obwohl die Nachkriegsrechtsprechung im Vergleich zu der reichsgerichtlichen Rechtsprechung, insbesondere zu § 48 EheG, strenger wurde, führte dies aber nicht zu einem nennenswerten Erhalt der beklagten Ehen. Während im Dritten Reich insgesamt 7,3% der Verfahren, die unter anderem auch auf die Zerrüttungsscheidung gestützt wurden zu einem Erhalt der Ehe führten, stieg dieser Wert lediglich auf 9,0% in der Nachkriegszeit. Die Änderung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses führte also nicht zu einem nennenswerten Anstieg der Ehen, die aufrechterhalten wurden.

Die enorme Anzahl an Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, spiegelt sich schließlich auch in den Scheidungsverfahren wider. Während im Dritten Reich rund 53% der Streitsteile aus dem LG Bezirk stammten, lag dieser Anteil in der Nachkriegszeit nur noch bei 38,6%. In immerhin 10,4% der Verfahren in der Nachkriegszeit musste die Klage öffentlich zugestellt werden, weil der Wohnsitz des Beklagten nicht bekannt war. Schaut man sich die Statistik an, welchen Berufen die Streitsteile nachgingen, stellt man fest, dass bei den Verfahren, die in der Nachkriegszeit eingeleitet wurden, in sehr vielen Verfahren die Männer angaben, selbständig zu sein. Dieser Wert hat sich im Vergleich zum Dritten Reich fast vervierfacht. Dagegen hat sich der Anteil der Männer, die sich als einfache Arbeiter bezeichneten, fast nicht verändert. Auch der Anteil der arbeitslosen Männer blieb nahezu unverändert. Dafür reduzierte sich der Anteil der Männer in gehobenen Positionen deutlich von 26,8% auf 17,6% in der Nachkriegszeit. Nahezu unverändert blieb die Erwerbstätigkeit der Frauen. Im Dritten Reich waren 80% der Frauen ohne Arbeit, in der Nachkriegszeit stieg dieser Wert auf 87%. Nahezu unverändert blieb auch der Anteil der Verfahren, die mit Armenrecht durchgeführt wurden. Im Dritten Reich wurden 65,5 % der Verfahren mit Armenrecht durchgeführt, in der Nachkriegszeit betrug dieser Wert 64,4 %. Die Parteistruktur veränderte sich daher im Vergleichszeitraum kaum. Auch die Einkommensverhältnisse blieben nahezu gleich. Lediglich der Anteil der Selbständigen unter den Ehemännern ist in der Nachkriegszeit deutlich angestiegen. Dies mag ein Ausfluss der Nachkriegssituation auf dem Arbeitsmarkt sein.

Eine Veränderung erfuhr der Anteil der Verfahren, in denen ein Sühneversuch mit den Streitteilen durchgeführt wurde. Während im Dritten Reich in nur 10% der Verfahren ein Sühneversuch durchgeführt wurde, stieg dieser Anteil in den Nachkriegsverfahren auf 20,7%. Im Dritten Reich wurden pro Verfahren durchschnittlich 4,4 mündliche Verhandlungen durchgeführt. Dieser Wert sank in der Nachkriegszeit auf 3,7 mündliche Verhandlungen. Erstaunlicherweise blieb aber die Anzahl der mündlichen Verhandlungen vor ersuchten Richtern, mit 0,6 pro Verfahren, im gesamten Untersuchungszeitraum gleich. Der Rückgang der mündlichen Verhandlungen ging einher mit einem Rückgang von Zeugenvernehmungen. Während im Dritten Reich pro Verfahren durchschnittlich 1,5 Zeugen vernommen wurden, sank dieser Wert auf 0,9 Zeugen pro Verfahren in der Nachkriegszeit. 43,6% der Verfahren im Dritten Reich wurden ohne Zeugeneinver-

nahme durchgeführt. Dieser Wert stieg auf 68,1% der Verfahren in der Nachkriegszeit. Daran wird deutlich, dass sich die Zerrüttungsscheidung allmählich zu einem unstreitigen, einvernehmlichen Verfahren entwickelte. Während im Dritten Reich aufgrund der reichsgerichtlichen Rechtsprechung zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches, die Ehescheidungsverfahren aus § 55 EheG durchaus auch streitig geführt wurden, änderte sich das Zerrüttungsscheidungsverfahren in der Nachkriegszeit allmählich zu einer Möglichkeit, sich einvernehmlich scheiden zu lassen. Streitige Ehescheidungsverfahren wurden in der Nachkriegszeit jedenfalls im Bereich des § 48 EheG zunehmend seltener. Damit hing auch zusammen, dass die Durchschnittsakte kürzer wurde. Von 43,7 Seiten im Dritten Reich reduzierte sich eine durchschnittliche Akte in der Nachkriegszeit auf 35,5 Seiten. Auch die Anwälte trugen dazu bei, dass die Akten weitaus weniger umfangreich wurden. Während im Dritten Reich der Klägersvertreter im Durchschnitt 6,8 Seiten und der Beklagtenvertreter 4,9 Seiten an Schriftsätzen bei Gericht abgaben, reduzierten sich die Schriftsätze auf nur noch 1,7 Seiten durch den Klägersvertreter und 1,8 Seiten durch den Beklagtenvertreter. Erstaunlicherweise blieb aber die Anzahl der klägerischen Schriftsätze mit 2,6 im Dritten Reich und 2,7 in der Nachkriegszeit nahezu unverändert. Nur die Beklagtenvertreter lieferten durchschnittlich 0,8 Schriftsätze pro Verfahren mehr ab. Aus der Reduzierung der Schriftsätze erfolgte auch eine Reduzierung der rechtlichen Ausführungen. Während in 32,7% der Verfahren im Dritten Reich rechtlich argumentiert wurde, reduzierten sich die rechtlichen Ausführungen in der Nachkriegszeit auf nur noch 11,5% der Verfahren. Noch deutlicher reduzierte sich erwartungsgemäß der Anteil der ideologischen Argumentation in den Schriftsätzen. Während im Dritten Reich 40% der klägerischen Schriftsätze bzw. 34,5% der Schriftsätze der Beklagten ideologische Argumentation enthielten, sank dieser Wert auf immer noch erstaunliche 3,7% bei den Klägern bzw. 4,4 % bei den Beklagten. Diese Verfahren werden unten noch genauer dargestellt.

Aber nicht nur die Schriftsätze, sondern auch die Urteile wurden kürzer in der Nachkriegszeit. Der durchschnittliche Tatbestand war in der Nachkriegszeit um 0,6 Seiten kürzer, die Entscheidungsgründe wurden um durchschnittlich eine ganze Seite kürzer. Auf höhergerichtliche Rechtsprechung berief sich das LG Amberg im Dritten Reich in 21,8% der Verfahren, obwohl in den Richterbriefen mitgeteilt wurde, dass in den erstinstanzlichen Verfahren Zitate von Entscheidungen nicht erforderlich gewesen wären. In der Nachkriegszeit wurden nur noch in 7,4% der Verfahren Rechtsprechung zitiert. In 38,2% der Entscheidungen im Dritten Reich wurde ideologisch argumentiert. In der Nachkriegszeit wurde nur noch in 2,2% der Verfahren ideologisch argumentiert. Obwohl in der Nachkriegszeit deutlich mehr Ehescheidungsverfahren zu bewältigen waren, dauerten die Verfahren fast gleich lang. Im Dritten Reich dauerte ein durchschnittliches Ehescheidungsverfahren 8,9 Monate in der Nachkriegszeit 8,2 Monate. Dafür wurden im Dritten Reich in durchschnittlich dreimal so vielen Verfahren Rechtsmittel eingelegt, wie in der Nachkriegszeit.

27,3% der Ehescheidungsverfahren war im Dritten Reich bereits ein vorheriges Scheidungsverfahren vorausgegangen. In der Nachkriegszeit war nur in 11,1% der Verfahren vorher schon einmal ein Ehescheidungsverfahren durchgeführt worden.

Deutlich wird die Entwicklung zu einer zunehmend einvernehmlichen Ehescheidungsmöglichkeit in der Nachkriegsrechtsprechung an der Zahl der einverständlichen Scheidungen. Während im Dritten Reich in lediglich 16,4% der Verfahren sich die Streitsteile einvernehmlich scheiden lassen wollten, betrug dieser Anteil in der Nachkriegsrechtsprechung 46,7%.

b. Entwicklung der Rechtsprechung zu den einzelnen Tatbestandsmerkmalen

aa. Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft

[1]. Einführung

Wie bei § 55 EheG, musste die häusliche Gemeinschaft seit mindestens 3 Jahren aufgehoben sein, was zum Zeitpunkt der Urteilsfällung vorliegen musste. Bei den Nachkriegsfällen war häufig problematisch, dass die Ehemänner nach dem Kriegsende in Kriegsgefangenschaft gerieten und dadurch der Zeitpunkt der Trennung nicht immer klar war, wenn der Ehemann nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft nicht mehr zur Ehefrau zurückkehrte. Häufig kam es auch dazu, dass die Eheleute durch Vertreibung und Flucht getrennt wurden.

[2]. 1946

In dem Verfahren R 59/46 wies das Gericht die Klage ab, weil die 3-Jahresfrist noch nicht abgelaufen war. Der Kläger war in seinen Urlauben von der Wehrmacht zu seiner Ehefrau gefahren. Dieser Umstand reichte aus, um eine Aufrechterhaltung der häuslichen Gemeinschaft anzunehmen.

Auch in dem Verfahren R 64/46 war die 3-Jahresfrist noch nicht abgelaufen. Der Kläger hatte noch in derselben Wohnung gewohnt und war immer wieder in das Schlafzimmer der Beklagten gegangen, um die Anwesenheit seiner Frau zu überprüfen. Die Beklagte hat dem Kläger auch die Wäsche gewaschen und ihm das Bett gerichtet. Dies führte dazu, dass das Gericht die Klage abgewiesen hatte.

Ebenfalls zur Klageabweisung führte der Sachverhalt in dem Verfahren R 212/46. Dort war der Beklagte aus der Gefangenschaft in die eheliche Wohnung zurückgekehrt, dort aber nur 3 Tage geblieben. Die Klägerin hatte im Laufe des Verfahrens zugegeben, dass es sich um eine kriegsbedingte Trennung handelte und der Wille zur Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft erst nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft gefasst wurde. Dementsprechend wurde auch die Klage abgewiesen.

In dem Verfahren R 235/46 hatte die Beklagte den Kläger aufgefordert, in die Scheidung einzuwilligen. Der Klägervertreter führte dies als Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft an. Das LG Amberg folgte dieser Argumentation und schied die Ehe.

[3]. 1947

In dem Verfahren R 68/47 wurde die Klage von Anfang an auf § 48 EheG gestützt. Der Klägersvertreter erklärte, dass die Klägerin dem Beklagten 1943 in einem Brief mitgeteilt habe, dass sie die Ehe mit ihm nicht mehr fortsetzen wolle. Der Beklagte war zu diesem Zeitpunkt bereits seit 4 Jahren bei der Wehrmacht. Sowohl der Beklagte als auch die Klägerin hatten ehebrecherische Beziehungen. Der Beklagte erhob gegen die Scheidung keinen Widerspruch. Ob die häusliche Gemeinschaft tatsächlich schon seit mehr als 3 Jahren aufgehoben war, lässt sich im Nachhinein nicht mehr feststellen. Das Gericht thematisierte diesen Umstand auch nicht weiter.

Erst im Laufe des Verfahrens lief im dem Verfahren R 117/47 die 3-Jahresfrist ab. Das Landgericht führte hierzu aus, dass der Kriegsdienst und die Gefangenschaft den Lauf der 3-Jahresfrist für sich genommen nicht in Gang setzen können. Das Gericht ging davon aus, dass erst ab Herbst 1946, als der Kläger den Aufenthalt der Beklagten erfuhr und ihr brieflich mitteilte, dass er die häusliche Gemeinschaft nicht wieder aufnehmen wolle, die Frist zu laufen begann.

Die häusliche mit der ehelichen Gemeinschaft setzte das LG Amberg in dem Verfahren R 167/47 gleich. Im Januar 1947 kündigte der Kläger in einem Telegramm seiner Ehefrau die Ankunft an. Das Gericht ging davon aus, dass die tatsächliche Trennung nur als eine zeitweilige und nicht dauerhaft gewollte gedacht war und nahm deswegen an, dass nach wie vor eine eheliche Gemeinschaft zwischen den Streitteilen bestand. Offensichtlich wollte das Gericht eine Scheidung nicht zulassen und subsumierte hier falsch. Es kam bei § 48 EheG nicht auf eine eheliche Gemeinschaft an, sondern darauf, ob die Parteien gewollt getrennt lebten oder nicht. Dieser Umstand wäre hier vorgelegen, so dass das Gericht zu einer Scheidung hätte kommen müssen, da auch die anderen Tatbestandsmerkmale vorgelegen hätten. Das LG Amberg hat die Klage abgewiesen. Rechtsmittel wurden hiergegen nicht eingelegt.

Schwieriger zu beurteilen wäre die Frage der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft in dem Verfahren R 191/47 gewesen, wenn das Gericht hierauf näher eingegangen wäre. Der Beklagte hatte nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft die häusliche Gemeinschaft nicht aufgenommen. Die Klägerin hatte von sich aus den Kontakt nicht aufgenommen. Der Beklagte hat schließlich seine Schwiegereltern angeschrieben und diese darum gebeten, ihm mitzuteilen, wo sich seine Ehefrau befand. Das LG Amberg umging dieses Problem, indem es für den Zeitpunkt der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft darauf abstellte, wann der letzte eheliche Verkehr stattfand. Der letzte eheliche Verkehr fand allerdings während des Krieges statt und der Beklagte kehrte nach seinem Urlaub, in dem der Verkehr stattfand, wieder an die Front zurück. Die Kriegsabwesenheit sollte aber gerade die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft nicht begründen können.

In dem Verfahren R 209/47 schrieb die Beklagte dem Kläger einen Brief, in dem sie ihm mitteilte, dass sie nicht beabsichtige, die Ehe mit ihm fortzusetzen. Das Gericht ging davon aus, dass ab diesem Zeitpunkt die häusliche Gemeinschaft aufgehoben war.

In dem Verfahren R 262/47 ging das LG Amberg davon aus, dass die häusliche Gemeinschaft auch in derselben Wohnung aufgehoben werden konnte, wenn eine vollkommene, tatsächliche Trennung innerhalb der Wohnung sich nicht nur in getrennten Schlafzimmern und getrennter Einnahme der Mahlzeiten manifestiere, sondern wenn die Besorgung der Hausangelegenheiten die Befriedigung der Bedürfnisse des Alltages getrennt erfolge.

In dem Verfahren R 424/47 wies das LG Amberg die Scheidungsklage ab, weil die 3jährige Trennungsfrist noch nicht abgelaufen war. Der Kläger war im Februar 1946 zu seiner Ehefrau zurückgekehrt und hatte diese nach 14 Tagen wieder verlassen. Diesen Umstand wertete das LG Amberg als Wiederaufnahme der häuslichen Gemeinschaft, so dass die 3-Jahresfrist zum Ende der letzten Tatsacheninstanz nicht verstrichen war.

In den restlichen Verfahren, die 1947 erhoben wurden, war der Ablauf der 3-Jahresfrist unproblematisch erfüllt.

[4]. 1948

In dem Verfahren R 94/48 machte die Beklagte geltend, dass die Trennung erst im September 1946 erfolgt sei. Das LG Amberg folgte dieser Argumentation und führte aus, dass die vorherige Trennung der Parteien durch die Nachkriegswirrnisse bedingt war und deswegen vom Willen der Parteien unabhängig war. Das Gericht wies aus diesem Grund die Klage ab.

Ähnlich entschied das Gericht in dem Verfahren R 180/48. Dort konnte die Beklagte aus der CSR nicht mehr ausreisen. Diesen Umstand wertete das Gericht als unfreiwillige Trennung, die es mit den Fällen der kriegsbedingten Abwesenheit der Männer gleichsetzte. Erst durch einen Brief des Klägers im Jahr 1946 sei die häusliche Gemeinschaft aufgehoben worden, so dass die 3-Jahresfrist zum Zeitpunkt der Entscheidung nicht abgelaufen war.

In dem Verfahren R 246/48 wurden die Parteien ebenfalls durch die Nachkriegswirrnisse getrennt. Es fand bis 1948 ein Briefwechsel statt, den das Gericht zum Anlass nahm, trotz der faktischen Trennung der Parteien, die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft zu verneinen. Genauso verhielt es sich in dem Verfahren R 206/48. Dort hatte der Kläger erst im Oktober 1946 der Beklagten mitgeteilt, dass er die häusliche Gemeinschaft nicht mehr aufnehmen wolle, nachdem sie durch die Nachkriegswirrnisse getrennt wurden.

Auch in dem Verfahren R 283/48 scheiterte die Scheidungsklage an der fehlenden Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft seit mehr als 3 Jahren. Der Kläger ließ vortragen, dass die Ehe schon seit fast 20 Jahren getrübt gewesen sei und trennte sich 1939 von der Beklagten, verbrachte aber seine Urlaube bei seiner Frau. Die Beklagte erwiderte hierauf, dass der Kläger noch von Ende Oktober bis Mitte Dezember 1947 bei ihr gewohnt habe. Der Kläger wollte diesen Umstand abschwächen, indem er ausführte, dass das Zusammensein von Oktober bis Dezember 1947 die häusliche Gemeinschaft nicht wieder begründen konnte. Hierzu berief sich der Kläger auf die Rechtsprechung des Reichs-

gerichts in RGZ 160, 284. Das LG Amberg folgte dieser Einlassung nicht, sondern entschied, dass die häusliche Gemeinschaft erst im Dezember 1947 aufgelöst wurde.

In dem Verfahren R 284/48 berief sich die Beklagte darauf, dass die 3-Jahresfrist noch nicht abgelaufen sei. Der Kläger habe sich in Kriegsgefangenschaft befunden, weswegen die Frist erst nach der Entlassung aus dieser beginnen konnte. Die Beklagte hatte dem Kläger aber, während sich dieser in der Kriegsgefangenschaft befand, geschrieben, dass sie geschieden sein wollte, was das Gericht zum Anlass nahm, anzunehmen, dass die 3-Jahresfrist ab diesem Zeitpunkt zu laufen begann.

Ähnlich verhielt es sich in dem Verfahren R 320/48. Der Kläger bekam Urlaub, um zu heiraten. Nach der Rückkehr an die Front geriet der Kläger in Gefangenschaft, aus der er im Juli 1948 entlassen wurde. Das LG Amberg nahm jedoch an, dass die häusliche Gemeinschaft seit mehr als 3 Jahren aufgehoben war und schied die Ehe, ohne näher auf diesen Umstand einzugehen.

Da das LG Amberg offensichtlich zu einer Scheidung der Ehe kommen wollte, nahm es die 3-jährige Trennung der häuslichen Gemeinschaft in dem Verfahren R 457/48 an. Der Beklagte war auswärts in einer meteorologischen Station tätig. Im Jahre 1944 besuchte er seine Frau, anschließend geriet er in russische Gefangenschaft, die Klägerin wurde vertrieben. Der Beklagte kehrte erst im August 1948 aus der russischen Gefangenschaft zurück. An sich hätte die 3-Jahresfrist erst ab diesem Zeitpunkt begonnen. Das Gericht nahm jedoch an, dass die Frist bereits abgelaufen war. Offensichtlich wollte es zu einer Scheidung kommen, da der Beklagte der Scheidung auch nicht widersprochen hatte. Eigentlich hätte das LG Amberg die Klage jedoch abweisen müssen, da die Tatbestandsvoraussetzungen des § 48 Abs. 1 EheG nicht vorlagen.

[5]. 1949

In dem Verfahren R 188/49 lag eine Kriegsehe vor. Die letzte Zusammenkunft fand im Juni 1944 statt. Die Klägerin hatte behauptet, dass die Parteien damals den Willen fassten, sich zu trennen. Der Beklagtenvertreter bestritt dies und führte aus, dass der Beklagte erst 1948 aus der Gefangenschaft entlassen wurde und deswegen die 3jährige Trennungsfrist noch nicht abgelaufen war. Der Beklagte sagte jedoch bei seiner Vernehmung aus, dass die Behauptung der Klägerin stimme. Das Gericht erließ sodann ein Stuhllurteil und schied die Ehe.

In dem Verfahren I R 228/49 wurde der Kläger als Volksdeutscher in Rumänien im Juni 1943 zur Wehrmacht eingezogen und kam anschließend in Gefangenschaft bis Juni 1946. In dem gesamten Zeitraum war der Kläger nicht mehr bei seiner Ehefrau, die sich anschließend weigerte zu dem Kläger zu kommen. Der Kläger konnte aufgrund seiner Wehrmachtvergangenheit nicht nach Rumänien kommen. Da mit Rumänien zu diesem Zeitpunkt kein Rechtshilfeabkommen bestand, wurde die Klage öffentlich zugestellt. Das Gericht ging davon aus, dass die Trennung nach der Entlassung aus der Gefangenschaft begann. Es führte hierzu aus, dass die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft nicht freiwillig erfolgt sein müsse.

Das Problem der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft umging das LG Amberg in dem Verfahren 2 R 260/49, indem es annahm, eine solche habe nie bestanden. 3 Tage nach der Eheschließung musste der Kläger wieder einrücken und geriet in Gefangenschaft. Erst im Mai 1947 habe er erfahren, wo sich seine Frau befand. Bei der Eheschließung wohnte der Kläger offensichtlich bei seiner Frau. Die Beklagte war mit der Scheidung einverstanden. Das LG Amberg führte aus, dass es nie zu der Aufnahme einer häuslichen Gemeinschaft gekommen sei und deswegen die 3 Jahresfrist abgelaufen sei. An sich war die 3 Jahresfrist aber nicht abgelaufen, weil die tatsächliche Trennung erst im Mai 1947 erfolgte, zu dem Zeitpunkt als der Kläger erfuhr, wo sich seine Frau aufhielt. Das LG Amberg schied die Ehe aber dennoch. Der Beklagten war zu Ohren gekommen, dass ihr Mann gefallen sei und knüpfte neue Bande und hatte bereits ein außereheliches Kind.

Anders als in dem Verfahren R 283/48 entschied das Gericht in dem Verfahren 2 R 374/49. Hatte es in dem zuerst genannten Verfahren noch angenommen, der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft laufe ein Urlaub oder gelegentlicher Geschlechtsverkehr zuwider, war es in dem letztgenannten Verfahren anderer Ansicht. Hier führte es aus, dass gelegentliche Besuche oder Geschlechtsverkehr der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft nicht entgegenstünden. Der Beklagte war im Juni 1947 bei der Klägerin und forderte diese auf, die Scheidungsklage einzureichen. Dieser Besuch sollte offensichtlich der einverständlichen Scheidung nicht im Wege stehen.

[6]. Zusammenfassung

Die Rechtsprechung zu der Frage der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft kann als sehr durchwachsen bezeichnet werden. Das LG Amberg hat für die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft einen subjektiven Parteiwillen vorausgesetzt, der an sich für das rein objektive Tatbestandsmerkmal überhaupt nicht notwendig gewesen wäre. Die kriegsbedingte Abwesenheit durch Gefangenschaft der Ehemänner hat es in Kontinuität der NS-Rechtsprechung nicht als Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft angesehen. Vermehrt kam es vor, dass das LG Amberg die häusliche Gemeinschaft mit der ehelichen Gemeinschaft gleichsetzte und als Zeitpunkt der Trennung den letzten ehelichen Verkehr annahm. Selbst ein Ausreiseverbot aus der CSR konnte nach Ansicht des LG Amberg die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft nicht begründen. Diese Rechtsprechung erscheint auf den ersten Blick sehr uneinheitlich. Betrachtet man aber einen an sich sachfremden Aspekt in Zusammenschau mit der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft, ergibt sich ein einheitlicheres Bild. In nahezu allen Fällen wurde die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft mit scheinbar beliebigen Argumenten begründet, wenn der Beklagte der Scheidung nicht widersprochen hatte. Wenn also beide Parteien geschieden werden wollten, war für das LG Amberg auch die fehlende Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft seit 3 Jahren kein Grund, die Klage scheitern zu lassen. Lediglich in den ganz eindeutigen Fällen nahm das LG Amberg die Vollendung der 3 Jahresfrist an, obwohl die Beklagtenseite der Scheidung widersprochen hatte. Insgesamt kann man daher feststellen, dass das LG Amberg in seiner Nachkriegsrechtsprechung die Auf-

hebung der häuslichen Gemeinschaft angenommen hatte, wenn so eine einverständliche Scheidung durchgesetzt werden konnte. War die Beklagtenseite gegen die Scheidung, nahm das LG Amberg die 3 Jahresfrist nur an, wenn sie ganz eindeutig erfüllt war. Das Gericht ist insoweit recht willkürlich mit diesem Tatbestandsmerkmal umgegangen.

bb. Unheilbare Zerrüttung der ehelichen Gemeinschaft

Weitere zwingende Voraussetzung für die Scheidung nach § 48 Abs. 1 EheG war, dass die eheliche Gemeinschaft unheilbar zerrüttet war.

In lediglich einem Verfahren war die unheilbare Zerrüttung problematisch. In dem Verfahren R 246/48 führte das Gericht aus, dass zum einen die 3-Jahresfrist noch nicht abgelaufen war und zum anderen, dass zuvor aus dem Fehltritt des Klägers ein uneheliches Kind entsprungen war, dies jedoch nicht zu einer unheilbaren Zerrüttung der Ehe geführt hat. Die Streitteile waren aufgrund des Krieges und der Nachkriegswirren getrennt worden, was aber aus Sicht des LG Amberg nicht zu einer unheilbaren Zerrüttung geführt habe und wies die Klage ab.

In dem Verfahren R 276/49 führte das Gericht aus, dass der Widerspruch beachtlich sei, weil die Beklagte die eheliche Gemeinschaft wieder aufnehmen wolle. Schon deswegen sei die Zerrüttung nicht unheilbar, weil anzunehmen sei, dass der Kläger wieder zur Beklagten zurückfinden werde. Diese Ausführungen verwundern, da das Gericht dann, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 des § 48 EheG, nämlich die unheilbare Zerrüttung, gegeben war, gar nicht zur Prüfung des zweiten Absatzes hätte kommen dürfen.

In allen anderen Verfahren wurde die unheilbare Zerrüttung nicht problematisiert, sondern in den Fällen, die zu einer Scheidung gelangten unproblematisch als bestehend angenommen, in den Fällen, die abgewiesen wurden, weil die 3-Jahresfrist noch nicht abgelaufen war, überhaupt nicht thematisiert.

Das Kriterium der unheilbaren Zerrüttung hatte daher in der Nachkriegsrechtsprechung als eigenständiges Tatbestandsmerkmal ebenso wie im Dritten Reich keine Bedeutung. Wenn die unheilbare Zerrüttung thematisiert wurde, dann ohne Stringenz in der Argumentation.

cc. Zulässigkeit des Widerspruchs

[1]. Einführung

Ebenso wie bei § 55 EheG, war auch bei § 48 EheG Voraussetzung für den Widerspruch, dass dieser zulässig war. Der Widerspruch des Beklagten war dann zulässig, wenn der Kläger die unheilbare Zerrüttung verschuldet hatte. Das Vorliegen der unheilbaren Zerrüttung wurde nur in einem einzigen Fall thematisiert, so dass der Schwerpunkt der Urteile bei der Zerrüttung und dem Verschulden hieran, bei dem Verschulden lag.

[2]. 1946

In dem Verfahren R 74/46 begründete das Gericht ausführlich das Verschulden an der Zerrüttung. Die Klage war zunächst auch auf § 43 EheG gestützt, wofür dem Beklagten

eine Eheverfehlung nachzuweisen gewesen wäre. Das Gericht gab dieser Klage statt. Auf die Revision hin wurde das Urteil aufgehoben und die Sache zur weiteren Verhandlung an das LG Amberg zurückverwiesen. Das LG setzte sich sodann über mehrere Seiten hinweg mit der Frage des Verschuldens auseinander und kam zu dem Ergebnis, dass die Klägerin die Zerrüttung nicht überwiegend verschuldet habe. Das Verfahren wird unten noch bei den besonderen Verfahren näher dargestellt.

Obwohl kein Widerspruch erhoben wurde, machte das Gericht in dem Verfahren R 91/46 Ausführungen dazu, dass die Klägerin die Zerrüttung nicht überwiegend verschuldet habe. Ebenfalls sehr ausführlich wurde das Verschulden an der Zerrüttung in dem Verfahren R 105/46 begründet. Auch hier wurde die Klage zunächst auf den Verschuldenstatbestand nach § 43 EheG gestützt.

Eine Denunziation war Argument für das Verschulden an der Zerrüttung in dem Verfahren R 144/46. Die Klage wurde zunächst auf § 43 EheG gestützt. Der Beklagte machte hierauf geltend, dass die Klägerin ihn bei der Spruchkammer denunziert habe, indem sie dieser mitgeteilt haben soll, dass er im Dritten Reich zwei Mädchen wegen Arbeitsverweigerung in ein KZ habe bringen lassen. Darüber hinaus habe die Klägerin die Ehe zerrüttet, weil sie unsauber gewesen sei. Zum Beweis hierfür legte der Beklagte getragene Wäsche der Klägerin vor. Es handelte sich also um ein ausgesprochen aggressiv geführtes Ehescheidungsverfahren. Im weiteren Verlauf des Verfahrens machte die Klägerin geltend, dass der Beklagte ein ausgesprochener Nazi gewesen sei. Der Beklagte erwiderte hierauf, dass auch die Klägerin Parteimitglied war. Das Gericht wertete die Anzeige bei der Spruchkammer als schwere Eheverfehlung, konnte aber, aufgrund zwischenzeitlich erfolgtem Geschlechtsverkehr und damit eingetretener Verzeihung, nicht nach § 43 EheG scheiden. Dafür sprach das Gericht bei der Scheidung das Verschulden der Klägerin aus.

[3]. 1947

In dem Verfahren R 52/47 machte das Gericht ausgiebige Ausführungen zu dem Verschulden an der Ehezerüttung. Zwischen den Parteien war es nie zu einer innigen ehelichen Gemeinschaft gekommen. Das Gericht führte aus:

„Die Beklagte, die in den Nerven völlig erledigt ist, einen körperlich völlig verbrauchten Eindruck macht, sich geistig wie eine Debile benimmt, in der ländlichen Volksschule nach ihrer Angabe nicht mitgekommen ist, bezeichnet den Mann als nicht normal, weil es mit ihm nie zu einem Vollzug des Beischlafs gekommen sei. Der Kläger, der allerdings einen sehr ruhigen leidenschaftslosen Eindruck macht und sich heute lediglich auf eine etwas geminderte Arbeitsfähigkeit beruft, versichert dagegen, daß sich seine Frau in den ersten Jahren der Ehe seinen geschlechtlichen Werbungsversuchen gegenüber steif und unbeweglich wie ein Holzklotz benommen habe. Ein Schluss aus dieser beiderseitigen Gefühlskälte gegenüber dem geschlechtlichen Verkehr auf ein Verschulden beider Ehegatten konnte deshalb nicht

überzeugend geschlossen werden. (...) Auch eine psychogene Impotenz gegenüber der völlig reizlosen Frau wäre kein Verschulden.“

Das Gericht hätte diese Ausführungen in dieser Art und Weise nicht machen müssen. Es hätte auch gereicht, wenn das Gericht, wie auch in anderen Fällen, lediglich festgestellt hätte, dass ein Verschulden an der Zerrüttung nicht festgestellt werden konnte. Das Gericht hätte nicht ausführen müssen, dass sich die Beklagte wie eine geistig Debiile benimmt und sogar gegenüber der völlig reizlosen Frau eine Impotenz kein Verschulden wäre. Diese Ausführungen überraschen, da sie eher in die Zeit des Dritten Reiches gepasst hätten.

In dem Verfahren R 112/47 führte das Gericht aus:

„Das Verschulden des Mannes an der Ehezerüttung überwiegt aber, weil er der Beklagten, die trotz ihrer Mängel eine nicht zu übersehende Bereitwilligkeit zu einer Aussöhnung und zur Fortführung der Ehe zeigt, eine schroffe Ablehnung der ehelichen Pflichten entgegensetzte, ohne daß er ausreichende Scheidungsgründe für ein Verschulden besaß.“

Das Gericht geht offenbar davon aus, dass die fehlende Bereitschaft zur Herstellung der ehelichen Gemeinschaft, ein Verschulden an der Ehegemeinschaft begründen kann. In anderen Fällen führte das Gericht lediglich aus, dass sich die Eheleute einfach auseinander gelebt haben. In dem Verfahren R 189/47 führte das Gericht beispielsweise aus, dass die beiden Streitteile von grundverschiedener Charakterveranlagung seien und die Ehe von Anfang an keine harmonische gewesen sei. Auch in dem Verfahren R 112/47 waren die Streitteile von unterschiedlicher Charakterveranlagung, dennoch nahm das Gericht das Verschulden des Ehemannes an der Zerrüttung an. Auch in dem Verfahren R 235/47 stellte das Gericht fest, dass die Streitteile nie zu einer wahren Lebensgemeinschaft zusammengefunden haben, weil sie verschiedener Lebensauffassung und charakterlicher Veranlagung seien. Eine Schuldzuweisung machte das Gericht in diesem Verfahren ebenfalls nicht.

[4]. 1948

In dem Verfahren R 97/48 hielt das Gericht den Widerspruch für unzulässig, da ein überwiegendes Verschulden einer der beiden Streitteile nicht festzustellen war. Das Gericht stellte hierzu fest, dass sich die Ehegatten „eben“ auseinander gelebt hätten und seien nicht mehr fähig und schließlich nicht mehr gewillt gewesen, die seit mehr als 3 Jahren aus gegenseitiger Gleichgültigkeit gelösten häuslichen Beziehungen herzustellen.

Gänzlich offen ließ das Gericht die Schuldfrage in dem Verfahren R 258/48. Das Gericht führte hierzu aus, dass zuverlässige Zeugen nicht zur Verfügung standen, so dass die Schuldfrage ungeklärt bleiben musste.

In dem Verfahren R 273/48 stellte das Gericht fest, dass ein überwiegendes Verschulden einer der Streitteile an der unheilbaren Zerrüttung nicht festzustellen war. Das Gericht hielt deswegen den Widerspruch für unbeachtlich. An sich war der Widerspruch

aber bereits unzulässig und über ihn wäre nicht zu entscheiden gewesen, weil er nicht ordnungsgemäß erhoben werden konnte.

Mangels ausreichender anwaltlicher Vertretung hielt das Gericht in dem Verfahren 1 R 472/48 den Widerspruch für unzulässig. Hilfsweise führte das Gericht aus, dass selbst für den Fall, dass die Beklagte ordnungsgemäß vertreten worden wäre, der Widerspruch unzulässig gewesen wäre, weil keinesfalls feststehe, dass der Kläger die Zerrüttung überwiegend verschuldet habe.

[5]. 1949

In dem Verfahren R 11/49 führte das Gericht aus:

„Schön äußerlich fällt ein erheblicher Unterschied zwischen den Ehegatten auf. Der Kläger ist groß und stattlich, ruhig, sachlich. Auf selbständige Frauen, die sich nicht gerne unterordnen möchten, macht er einen gewinnenden Eindruck, da er leicht lenkbar und beeinflussbar ist. (...) Die Beklagte ist klein, blass, legt Wert auf Betonung einer besonderen persönlichen Note, ist agil und jeder Situation gewachsen, neigt zu Spitzfindigkeiten, betont bei fast jeder ihrer Äußerungen ihre lautere, reine Gesinnung durch Auflegen der Hand aufs Herz, macht aber keinesfalls einen verbitterten, sich ungerecht zurück gesetzt fühlenden Eindruck.“

Der Kläger hatte ein außereheliches Verhältnis. Die Beklagte sei sich bei ihren Differenzen mit dem Kläger nicht bewusst gewesen, welche Missstimmungen sie dadurch beim Kläger hervorgerufen habe, weswegen eine Mitschuld an der Zerrüttung nicht festgestellt werden könne. Der Widerspruch der Beklagten wurde deswegen für zulässig gehalten.

In dem Verfahren R 81/49 stellte das Gericht fest, dass ein überwiegendes Verschulden einer der beiden Streitteile an der unheilbaren Zerrüttung nicht festgestellt werden könne. Dem Kläger könne geglaubt werden, dass Ursache für die ständigen Ehezerwürfnisse die verschiedenen Charakteranlagen der Parteien sei. In diesem Verfahren wurde die Klage von Anfang an auf § 48 EheG gestützt und die Beklagte war anwaltlich auch nicht vertreten.

Bis zur Trennung konnte in dem Verfahren R 181/49 ein überwiegendes Verschulden eines der beiden Streitteile nicht festgestellt werden. Der Kläger nahm jedoch nach der Trennung ein außereheliches Verhältnis auf. Diesen Umstand wertete das Gericht als weitere Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses, so dass der Kläger die Zerrüttung insgesamt überwiegend verschuldet haben soll. Der Widerspruch war daher aus diesem Grund zulässig. Das Gericht ging dabei nicht auf die Rechtsprechung des Reichsgerichtes ein, in der dieses annahm, dass bei einer zerrütteten Ehe eine weitere Zerrüttung nach der Trennung nicht mehr eintreten könne.

Offen gelassen hat das Gericht in dem Verfahren 2 R 242/49 die Frage, wer die Zerrüttung verschuldet hatte. Das Gericht führte aus, dass der Widerspruch jedenfalls nicht zu beachten wäre, weil die Beklagte einerseits der Scheidung widerspreche, andererseits

aber selbst Widerklage erhebe. Damit entschied das LG Amberg in Einklang mit der Entscheidung des OLG Nürnberg in dem Berufungsverfahren R 141/49. Dort führte das OLG in dem Berufungsurteil aus, dass der mit einer Widerklage verbundene Widerspruch stets unbeachtlich sei und berief sich dabei auf eine Entscheidung des Reichsgerichts (DR 1939, 779).

Nicht weiter auf die Verschuldensfrage ist das Gericht in dem Verfahren 2 R 278/49 eingegangen. Dort hatte die Beklagte eine Widerklage erhoben, so dass der Widerspruch in jedem Fall unbeachtlich gewesen wäre. Das Gericht führte aus, dass es der Überzeugung sei, dass seit 1943 die eheliche Gesinnung auf beiden Seiten erloschen sei. Hinsichtlich der Widerklage machte es Ausführungen zum Verschulden bei der Klage aus § 43 EheG, nicht aber bei der Klage aus § 48 EheG.

Ebenfalls dahingestellt ließ das Gericht die Frage des Verschuldens an der Zerrüttung in dem Verfahren 3 R 343/49. Dort hatte der Beklagte Widerklage erhoben. Das Gericht führte aus, dass zwar Anhaltspunkte dafür vorhanden seien, dass die Klägerin die Ehe schuldhaft zerrüttet hatte, dies aber dahingestellt bleiben könne, weil der Beklagte nicht einerseits die Scheidung mit der Widerklage begehren könne und andererseits der Scheidung widersprechen könne. Gleichwohl wies das Gericht die Widerklage aus § 43 EheG ab, obwohl es zuvor noch festgestellt hatte, dass Anhaltspunkte für ein Verschulden auf Seiten der Ehefrau erkennbar seien.

Bereits in einem früheren Ehescheidungsverfahren war das Verschulden an der Zerrüttung in dem Verfahren 3 R 354/49 geklärt worden. Das Gericht hatte in einem früheren Verfahren die Erlaubnis zum Getrenntleben ausgesprochen und war an die Feststellung aus diesem Urteil gebunden.

Obwohl kein Widerspruch erhoben wurde, machte das Gericht in dem Verfahren 2 R 507/49 Ausführungen zu dem Verschulden an der Zerrüttung. Zwar stellte das Gericht lediglich fest, dass ein überwiegendes Verschulden einer der beiden Parteien nicht zu erkennen war. Dennoch war diese Analyse angesichts des fehlenden Widerspruches überflüssig. In dem Verfahren 2 R 515/49 stellte das Gericht ebenfalls fest, dass ein überwiegendes Verschulden an der Zerrüttung nicht zu erkennen war, obwohl kein Widerspruch erhoben wurde. Immerhin erkannte das Gericht, dass das Verschulden nicht untersucht werden musste, weil kein Widerspruch erhoben wurde.

[6]. Zusammenfassung

Bei den Verfahren, in denen ein Widerspruch erhoben wurde, fällt auf, dass die Ausführungen zu der Zulässigkeit des Widerspruches unvergleichlich ausführlicher waren, wenn die Klage auch auf einen Verschuldenstatbestand gestützt wurde. Insgesamt kann man feststellen, dass das LG Amberg auch hier keine inhaltlich stimmige Rechtsprechung zu der Frage, wann die Zerrüttung verschuldet war und wann sich die Eheleute einfach nur auseinander gelebt hatten, entwickelte. In der Gesamtschau wirken die Feststellungen zur Zulässigkeit des Widerspruches ebenso willkürlich wie bei der Frage der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft. Auch im Dritten Reich fand das LG Amberg keine einheit-

liche Linie zu der Zulässigkeit des Widerspruches. Einmal konnte das Gericht keinerlei Verschulden feststellen, weil sich die Parteien einfach auseinander gelebt hatten. Im nächsten Fall stellte das Gericht fest, dass der Kläger sich bloß der Wesensart der Beklagten mehr hätte annehmen müssen, dann wäre es schon zu einer richtigen ehelichen Gemeinschaft gekommen. Das Auseinanderleben der Parteien wurde vom Gericht einmal als Verschulden gewertet, beim nächsten Verfahren stellte dies wiederum kein Verschulden dar. Einmal stellte das Gericht fest, dass bis zur Trennung keinem der Ehegatten ein Verschulden angelastet werden konnte, dann aber der Kläger die unheilbare Zerrüttung verschuldet hätte, weil er nach der Trennung eine außereheliche Beziehung aufgenommen habe. In erstaunlich vielen Fällen machte das Gericht Ausführungen zu einem Verschulden an der Zerrüttung, obwohl ein Widerspruch gar nicht erhoben wurde.

An sich musste der Kläger bei einer Klage aus § 48 EheG nur Unterhalt aus Billigkeitsgründen bezahlen, während bei der Schuldfeststellung ein regulärer Unterhaltsanspruch entstand. Dies wäre ein Erklärungsversuch, weswegen bei einer Vielzahl von Fällen der verschuldensunabhängigen Scheidung das Verschulden an der Zerrüttung einen so großen Stellenwert hatte. Bei näherer Betrachtung der einzelnen Entscheidungen lässt sich aber ein Zusammenhang zwischen den Ausführungen zum Verschulden in den Entscheidungsgründen und der Schuldfeststellung im Urteil nicht treffen. Insgesamt bleibt daher festzustellen, dass ein einheitlicher Maßstab anhand dessen das Verschulden an der Zerrüttung gemessen wurde, nicht – auch schon im Dritten Reich nicht – existierte.

dd. Beachtlichkeit des Widerspruches

[1]. Einführung

Im Dritten Reich war die Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches, die zentrale Fragestellung der veröffentlichten obergerichtlichen und höchstgerichtlichen Rechtsprechung. In der erstinstanzlichen Rechtsprechung war aber, wie im ersten Teil der Arbeit gezeigt wurde, diese Frage zwar nicht von untergeordneter Bedeutung, hatte aber bei Weitem nicht den Stellenwert, wie bei den Obergerichten. Wie auch schon bei der Einführung des Ehegesetzes stand zu Beginn des Untersuchungszeitraumes keine obergerichtliche Rechtsprechung zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches zur Verfügung, so dass das LG Amberg keine Orientierungspunkte für seine Rechtsprechung hatte. Anders als bei der Einführung des Ehegesetzes gab es in der unmittelbaren Nachkriegszeit keine politische Orientierung bzw. kein politisches Familienbild, dessen Mittel das Ehegesetz war. Auch in der Nachkriegsrechtsprechung beschäftigten sich die meisten veröffentlichten Urteile der Obergerichte mit der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches. Inwieweit diese Frage auch beim Landgericht Amberg zentral war, wird in diesem Kapitel untersucht.

[2]. 1946

In der ersten Entscheidung, in der die Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches eine Rolle gespielt hat, war das Verfahren R 50/46. Das Gericht führte aus, dass die Tatbestandsvoraussetzungen des § 48 Abs. 1 EheG erfüllt seien. Die Beklagte erhob Widerkla-

ge, was das LG Amberg als Widerspruch gegen die Scheidung aus § 48 EheG wertete und ohne nähere Begründung für beachtlich hielt.

Für beachtlich hat das Gericht den Widerspruch in dem Verfahren R 105/46 gehalten. Das Gericht hatte hierzu ausgeführt:

„Der Widerspruch ist beachtlich. Denn der Kläger hat die Zerrüttung der Ehe durch seinen von ihm glaubwürdig zugestandenen Ehebruch mit der früheren Untergaufferin Luise S.(...) selbst verschuldet und die häusliche Trennung ohne zulangenden Grund herbeigeführt.“

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass das Gericht offensichtlich der NS-Vergangenheit der Luise S. eine Bedeutung beimaß, sonst hätte es nicht ausgeführt, dass es sich hierbei um die frühere Untergaufferin gehandelt habe. Das Gericht hielt den Widerspruch für beachtlich und wies deswegen die Klage ab. Auf die Widerklage hinschied es jedoch die Ehe. In anderen Verfahren war das Gericht davon ausgegangen, dass der Widerspruch dann nicht beachtlich sein könne, wenn der beklagte Teil selbst die Scheidung der Ehe beantragte. Darauf ging das Gericht jedoch nicht ein, sondern wies ohne weitere Begründung die Klage ab und schied die Ehe auf die Widerklage hin.

In einer ähnlichen Konstellation hielt das Gericht in dem Verfahren R 144/46 den Widerspruch für unbeachtlich, weil der Beklagte Widerklage erhoben hatte. Das Gericht verwies auf den Palandt sowie die Rechtsprechung des Reichsgerichts. Danach war bei einer Widerklage der Widerspruch stets unbeachtlich, da das Ziel des Widerspruches, nämlich die Aufrechterhaltung der Ehe, bereits durch die Widerklage nicht mehr erreicht werden könne.

In dem Verfahren R 184/46 hielt das Gericht den Widerspruch für beachtlich. Die Beklagte hatte beantragt, die Klage abzuweisen und hatte Widerklage erhoben. Das Gericht führte aus, dass es der Beklagten nicht darauf ankomme, die Ehe zu erhalten. Trotz der Widerklage hielt das Gericht den Widerspruch für beachtlich.

Nicht ganz klar war, auf welchen Scheidungsgrund das Gericht die Klage in dem Verfahren R 187/46 stützte. Das Gericht führte zunächst aus, dass das Scheidungsverlangen der Klägerin aus § 43 EheG begründet war. Im nächsten Satz führte das Gericht aus, dass der Widerspruch gegen die Scheidung unbeachtlich sei. Einen Widerspruch gegen die Scheidung konnte der Beklagte aber nur in dem Verfahren aus § 48 EheG erheben. Der Klage aus § 43 EheG konnte man aber nicht widersprechen. Das Gericht schied die Klage aus Alleinverschulden des Beklagten, ohne weiter zu differenzieren, auf welchen Tatbestand die Klage gestützt wurde.

Auch in dem Verfahren R 193/46 war die Begründung für die Beachtung des Widerspruches nicht nachvollziehbar. Das Gericht stellte zunächst fest, dass der Kläger die Zerrüttung allein verschuldet hatte und dass nicht anzunehmen sei, dass die Eheleute sich wieder zusammenfinden würden. Das Gericht führte zur Beachtlichkeit des Widerspruches aus:

„Gleichwohl kann man bei einer richtigen Würdigung des Wesens der Ehe als einer festen Lebensgemeinschaft die Beachtung des Widerspruches der Be-

klagten als sittlich gerechtfertigt erscheinen lassen. Es ist ein grobes Unrecht des Klägers, das eheliche Band zu der Beklagten ohne ihre Schuld zu lösen, weil er sich nicht mehr zu ihrer Art verstehen will.“

Das Gericht verkennt hier in grober Weise den Sinn und Zweck der Zerrüttungsscheidung. Die Zerrüttungsscheidung soll gerade ohne Verschulden eine Ehescheidung ermöglichen. Das Gericht will den Kläger jedoch durch die Beachtung des Widerspruches bestrafen, weil er sich offensichtlich gegen die Beklagte versündigt hatte. Darüber hinaus hatte das Gericht nicht alle Beweisangebote gewürdigt und dennoch die Klage abgewiesen. Hiergegen wandte sich der Kläger mit der Revision gegen das Urteil. Hierauf erließ das OLG Nürnberg als Revisionsinstanz ein Stuhlorteil und hob das Urteil des LG Amberg auf und verwies zur erneuten Entscheidung an das LG zurück. Das LG Amberg vernahm darauf hin weitere Zeugen und gelangte erstaunlicherweise zu dem genauen Gegenteil des ersten Urteils. Zuerst hatte das LG festgestellt, dass die Beklagte keinerlei Schuld an der Zerrüttung treffe, nun stellte es fest, dass die Klage nicht nur aus § 48 EheG, sondern sogar aus § 43 EheG wegen eines Verschuldens der Beklagten gerechtfertigt sei. Gleichzeitig stellte das LG auch das Verschulden des Klägers fest. Hiergegen legte die Beklagte Revision ein. Das Revisionsgericht hob das Urteil des LG erneut auf und wies die Klage ab. Das Revisionsgericht führte aus:

„Die Revision führt aus, daß sie in dem Urteilsspruch, daß die Ehe aus Verschulden der Beklagten geschieden werde, eine Verletzung der §§ 43, 48 erblicke; praktisch sei der Urteilsspruch nichts anderes, als die typische Scheidung wegen Verschuldens nach § 43 EheG, während sich aus der Urteilsbegründung ergebe, daß die Scheidung nur nach § 48 EheG ausgesprochen werden wollte. Die Scheidung sei zwar in der Klage ausdrücklich auch auf § 43 EheG gegründet worden, das LG habe aber diesen Klagegrund nicht gewürdigt. Wenn es die Ehe aus Verschulden der Beklagten hätte scheiden wollen, hätte es der Klage aus § 43 stattgeben müssen und nicht auf dem Umwege über § 48 zu einer Scheidung aus Verschulden der Beklagten kommen dürfen.“

Das OLG führte weiter aus, dass der Widerspruch der Beklagten zulässig sei, da der Kläger die eheliche Gemeinschaft weit überwiegend verschuldet hat. Zu der Beachtlichkeit des Widerspruchs führte das OLG aus:

„Die Nachkriegsrechtsprechung weicht von den vom Reichsgericht zu § 55 EheG entwickelten Grundsätzen ab und vertritt den Standpunkt, daß die Beachtlichkeit des Widerspruchs die Regel und die Nichtbeachtung die Ausnahme darstelle. Wenn sie auch nicht ganz einheitlich ist, so besteht doch Übereinstimmung darüber, daß der Widerspruch nur beim Vorliegen besonderer Gründe, die vom Kläger darzutun sind, als nichtbeachtlich angesehen werden darf – vgl. Entsch. des OLG Hamburg v. 14.12.46 und Stuttgart v. 29.5.1946, abgedruckt in SJZ Jahrg. 1 S. 93, ferner DRZ 1946 S. 191, weiter Entsch. des OLG Freiburg v. 13.3.1947 in DRZ D. 339 und Entsch. des

OLG Frankfurt v. 26.8.1946 in Neue Juristische 1947/48, S. 104 – Besondere Gründe für die Nichtbeachtlichkeit des Widerspruchs hat der Kläger aber nicht geltend gemacht.“

Interessanterweise führt das OLG zwar aus, dass die Nachkriegsrechtsprechung von der des Reichsgerichts abweicht. Dennoch führte das OLG diejenigen Punkte zu Gunsten der Beachtlichkeit des Widerspruchs an, die auch das Reichsgericht für die Beachtlichkeit ausgeführt hatte. Die Ehe habe eine lange Zeit bestanden, die Beklagte habe dem Kläger ihre besten Jahre geopfert, dem Kläger 4 Kinder geboren und sie großgezogen. Sie sei über die Kindererziehung alt geworden und könne aufgrund ihres Alters nicht mehr für sich selbst sorgen. Das waren dieselben Argumente wie die der Opferrechtsprechung des Reichsgerichts. Obwohl mit der neuen Nachkriegsrechtsprechung das Gegenteil des bisherigen Grundsatzes – nämlich der nunmehr grundsätzlichen Beachtlichkeit des Widerspruchs – erreicht werden sollte, wurde die Rechtsprechung des Reichsgerichts – die ja für das Gegenteil stand – als Argument wiederum für die grundsätzliche Beachtlichkeit des Widerspruchs herangezogen.

In dem Verfahren R 202/46 stellte das Gericht fest, dass der Kläger die Zerrüttung der ehelichen Gemeinschaft verschuldet hatte. Das Gericht begründete auch in diesem Verfahren die Beachtlichkeit des Widerspruchs mit Verschuldensgesichtspunkten. Das Gericht führte hierzu aus:

„Es geht nicht an, dem Scheidungsbegehren des Klägers, der an der Zerrüttung der Ehe zumindest überwiegend schuld ist, stattzugeben, während die Beklagte bereit ist, ihm zu verzeihen und die eheliche Gemeinschaft wieder aufzunehmen.“

Der obergerichtlichen Rechtsprechung hätte es entsprochen, wenn das Gericht ausgeführt hätte, dass der Kläger die Gründe für die Unbeachtlichkeit des Widerspruchs hätte darlegen müssen oder hätte eine Einzelfallabwägung vornehmen müssen. Hier hat das Gericht Verschuldensaspekte herangezogen, die aber bei einer verschuldensunabhängigen Scheidung unerheblich sein müssten.

Auch in dem Verfahren R 238/46 argumentierte das Gericht mit sachfremden Erwägungen. Die Klage war auf § 43 und auf § 48 EheG gestützt. Beide Tatbestände sah das Gericht als erfüllt an. Das Gericht führte hierzu aus:

„Es kann nicht der Sinn und Zweck einer einmal geschlossenen Ehe sein, eine nicht vorhandene Gemeinschaft zweier Menschen künstlich aufrechtzuerhalten. Im übrigen ist der Beklagte schon seit vielen Jahren an das Leben ohne Ehefrau gewohnt.“

Für die Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs ist es aber unerheblich, ob der widersprechende Teil an das Leben ohne Ehepartner gewohnt ist.

[3]. 1947

In dem Verfahren R 112/47 hielt das Gericht den Widerspruch für unbeachtlich, weil die Ehe infolge des beharrlichen Weglebens von der abgelehnten Frau nicht mehr hergestellt und aufrechterhalten werden könne.

Ausführlich argumentierte das Gericht in dem Verfahren R 117/47. Das Gericht führte aus, dass der Widerspruch zulässig und damit in der Regel auch beachtlich sei. Das Gericht argumentierte weiter:

„(...) doch greift von dieser Regel eine Ausnahme Platz, wenn sich bei Würdigung aller Umstände des vorliegenden Falles ergibt, daß die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung ihres Wesens und des gesamten Verhaltes beider Parteien sittlich nicht gerechtfertigt erscheint. Ob dieser Ausnahmefall vorliegt, muss geprüft werden, denn nur wenn eine erschöpfende Würdigung des gesamten vorliegenden Tatsachenmaterials die sittliche Unhaltbarkeit der Ehe nicht eindeutig erkennen lässt, kommt die Regel über die Beachtlichkeit des Widerspruchs zur Geltung. Bei dieser Prüfung müssen alle Umstände, insbesondere Art und Dauer der Ehe, Alter der Ehegatten und bisheriger Verlauf der Ehe berücksichtigt werden.“

Das Gericht kam nach einer ausführlichen Abwägung zu dem Ergebnis, dass der Widerspruch unbeachtlich war.

Als einen rein förmlichen Einwand hat das Gericht in dem Verfahren R 155/47 den Widerspruch gewertet. Unter Betrachtung des bisherigen Gesamtverhaltens der Parteien und angesichts der offensichtlich gegenseitigen Entfremdung wertete das Gericht den Widerspruch als rein förmlichen Einwand. Dieser Widerspruch habe mit der Ehe als Lebenszusammenschluss der Ehepartner nichts zu tun und besitze keine sittliche, sondern nur eine verfahrensrechtliche Note.

Auch in dem Verfahren R 212/47 begründete das LG Amberg die Entscheidung über den Widerspruch ausführlich. Das Gericht argumentierte hierzu:

„Dieser Widerspruch ist nur dann nicht zu beachten, wenn die Aufrechterhaltung der Ehe nach ihrem Wesen und nach dem bisherigen Verhalten der Ehegatten sittlich nicht tragbar ist (...).“

Nach einer ausführlichen Abwägung kam das Gericht zu dem Ergebnis, dass ein Ausnahmefall für die Unbeachtlichkeit des Widerspruchs in dem vorliegenden Fall nicht gegeben wäre.

In dem Verfahren R 262/47 hielt sich das Gericht an die obergerichtliche Rechtsprechung und hielt den Widerspruch für beachtlich. Die Beklagte würde nicht aus eigensüchtigen Motiven heraus der Scheidung widersprechen, sondern weil sie an der Ehe festhalten wollte.

[4]. 1948

Verkürzt dargestellt war die Begründung in dem Verfahren R 35/48. Dort führte das Gericht aus, dass die auf § 48 EheG gestützte Klage unbegründet sei, weil die auf Verschulden gestützte Widerklage Erfolg habe. Der Erfolg der Widerklage hatte aber grundsätzlich keine Auswirkung auf die Scheidungsklage.

Für unbeachtlich hielt das Gericht in dem Verfahren R 92/48¹⁰⁴³ den Widerspruch, weil sie selbst Widerklage erhoben hat. Auch in dem Verfahren R 125/48 hielt das Gericht den Widerspruch für unbeachtlich. Allerdings folgte hier eine ausführlichere Begründung. Das Gericht führte aus, dass bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des Verhaltens beider Ehegatten deren Aufrechterhaltung sittlich nicht gerechtfertigt wäre. „Bei formeller Aufrechterhaltung der Ehe würde diese nur mehr nach dem Buchstaben des Gesetzes bestehen.“¹⁰⁴⁴ Die Beklagte erhob Widerklage gegen die Scheidung, weswegen der Widerspruch grundsätzlich für unbeachtlich gehalten wurde. Das Schlagwort, dass die Ehe nur noch nach den Buchstaben des Gesetzes bestehen würde, war indes auch schon im Dritten Reich eine gängige Floskel.

Ebenfalls für unbeachtlich gehalten wurde der Widerspruch in dem Verfahren R 216/48. Auch die Beklagte wollte geschieden werden und erhob Widerklage. Das Gericht führte aus, dass bei dieser Sachlage der Widerspruch unbeachtlich sei. Die Aufrechterhaltung dieser inhaltlosen Ehe sei bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten sittlich nicht gerechtfertigt.

Weil ein überwiegendes Verschulden nicht festzustellen war, hielt das Gericht in dem Verfahren R 273/48 den Widerspruch für unbeachtlich. An sich hätte es den Widerspruch bereits für unzulässig halten müssen. Ohne weitere Begründung für beachtlich hielt das Gericht in dem Verfahren 2 R 369/48 den Widerspruch. Das Gericht führte hierzu aus, dass der Wille der Beklagten, die Ehe aufrechtzuerhalten kein „starrer Eigensinn“ sei.

Sehr ausführlich begründete das Gericht in dem Verfahren 1 R 472/48 die Unbeachtlichkeit des Widerspruchs. Das Gericht führte zunächst sehr ausführlich aus, dass der Widerspruch schon nicht wirksam erhoben wurde, weil die Beklagte nicht anwaltlich vertreten war. Hilfsweise führte das Gericht aus, dass der Kläger, sofern der Widerspruch zulässig erhoben worden wäre, dieser unzulässig wäre. Aber auch, wenn er zulässig wäre, wäre er unbeachtlich. Die Parteien könnten schon rein äußerlich nicht wieder zueinanderfinden. Der Kläger könne bei seinem Alter nicht wieder in die USA emigrieren, die Beklagte würde aber für die Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft nicht nach Deutschland kommen. Schon aus diesem Grund sei der Widerspruch unbeachtlich, da eine wirkliche eheliche Gemeinschaft nicht mehr zu erwarten sei.

¹⁰⁴³ Weil der andere Streitteil ebenfalls Klage/Widerklage erhob, hielt das Gericht auch in den Verfahren R 242/48, R 258/48 für unbeachtlich.

¹⁰⁴⁴ R 125/48.

[5]. 1949

In dem ersten Verfahren aus 1949¹⁰⁴⁵ wurde die Unbeachtlichkeit des Widerspruchs ausführlich begründet. Die Beklagte war um 13 Jahre älter als der Kläger. Wahrscheinlich war das der Grund, warum das Gericht einer Scheidung stattgeben wollte.¹⁰⁴⁶ Das Gericht stellte fest, dass der Kläger die Beklagte nur geheiratet habe, weil diese von ihm schwanger war und er dem Kind nicht den Makel der unehelichen Geburt geben wollte. Der Kläger machte glaubhaft, dass er der Beklagten nach der Scheidung Unterhalt zahlen wollte.

Auch in dem Verfahren R 116/49 wurde die Unbeachtlichkeit des Widerspruchs ausführlich begründet. Die Ehe der Streitteile sei nur noch eine Namensehe. Auch der Beklagte würde nicht damit rechnen, dass eine Heilung der Zerrüttung eintreten könne. Auch der Beklagte würde ein erneutes Zusammenleben mit der Klägerin nicht mehr wünschen. Lediglich religiöse Gründe würden den Beklagten dazu bewegen, der Scheidung zu widersprechen.

Ohne nähere Begründung hat das Gericht in dem Verfahren R 141/49 die Beachtlichkeit des Widerspruches angenommen. Das Gericht führte lediglich aus, dass der Widerspruch beachtlich sei, weil der Kläger die Zerrüttung ganz verschuldet habe. Das Gericht beachtete hierbei aber nicht, dass die Beklagte eine Widerklage erhoben hatte. Der Kläger legte gegen das Urteil Berufung ein. Das Oberlandesgericht Nürnberg hob das Urteil des LG Amberg auf. Das OLG führte aus, dass der mit einer Widerklage verbundene Widerspruch stets unbeachtlich sei und stützte sich dabei auf eine Entscheidung des Reichsgerichts aus dem Jahre 1939. In dem Verfahren 2 R 242/49 entschied das Gericht sodann, dass dann, wenn Widerklage erhoben wurde, der Widerspruch stets unbeachtlich sei. In dem Verfahren 3 R 343/49 wiederum hielt es das Gericht für erforderlich, die Unbeachtlichkeit des Widerspruchs in dem Fall, dass die Beklagte ihrerseits Widerklage auf Scheidung erhoben hatte, ausführlicher zu begründen. Das Gericht führte in diesem Fall aus, dass ein innerer Widerspruch darin liege, auf der einen Seite der Scheidung zu widersprechen und auf der anderen Seite aber selbst die Scheidung die begehren. Es sei schwer einzusehen, dass ein Ehegatte, der seine Ehe selbst für hoffnungslos zerrüttet ansehe, andererseits selbst die Ehescheidung mit der Behauptung der hoffnungslosen Zerrüttung begehre.

Für unbeachtlich hielt das Gericht den Widerspruch in dem Verfahren R 281/49. Dort führte es aus, dass die Aufrechterhaltung dieser Ehe sittlich nicht gerechtfertigt sei. Wörtlich führte es aus:

„Eine Wiedervereinigung ist aussichtslos. Es erscheint nicht gerechtfertigt, den Kläger noch weiterhin an die Beklagte zu binden, nur weil diese trotz Erkenntnis der Zerrüttung der Ehe diesen nicht freigegeben will. Es ist das umso

¹⁰⁴⁵ R 11/49.

¹⁰⁴⁶ Für den BGH wäre dieser Umstand nicht entscheidungserheblich gewesen. Meike Hetzke, Die höchstrichterliche Rechtsprechung von 1948 – 1961 zum Scheidungsgrund des § 48 EheG 1946 wegen unheilbarer Zerrüttung, 2000, S. 229.

begründeter, als die Eheverfehlung des Klägers zu einer Zeit begangen wurden, als die Ehe schon zerrüttet war, also nur zur weiteren Zerrüttung beitrugen. Sie sind die Folge der schon vorhandenen Zerrüttung der Ehe und der Trennung, nicht aber ihre ursprüngliche Ursache.“

Nicht ganz klar wurde in dem Verfahren R 276/49, worauf das Gericht genau die Klageabweisung stützte. Es führte aus, dass der Widerspruch beachtlich sei, weil die Beklagte bereit sei, die eheliche Gemeinschaft wieder aufzunehmen. Schon deswegen sei die Zerrüttung nicht unheilbar, weil zu erwarten sei, dass der Kläger zu der Beklagten zurückfinden werde. An sich hätte das Gericht die Klage schon deswegen abweisen müssen, weil die Tatbestandsvoraussetzungen von § 48 Abs. 1 EheG, nämlich die unheilbare Zerrüttung nicht gegeben waren. Das Gericht hätte daher schon gar nicht auf den zweiten Absatz des § 48 EheG eingehen müssen.

In dem Verfahren 3 R 354/49 hielt das Gericht den Widerspruch ebenfalls für beachtlich. Die Beklagte erklärte sich bereit, die Ehe mit dem Kläger fortzusetzen.

Mit sachfremden Verschuldenselementen begründete das Gericht in dem Verfahren 3 R 483/49 die Beachtlichkeit des Widerspruchs, obwohl die Beklagte Widerklage erhoben hatte. Das Gericht führte aus:

„Dieser Widerspruch ist beachtlich; denn der Kläger hat die Zerrüttung der Ehe selbst ausschließlich verschuldet. Er hat, wie aus dem oben Gesagten hervorgeht, die Beklagte ohne Grund verlassen, weil er sich in seinen eigensüchtigen Beweggründen zur Eheschließung enttäuscht sah und lebte dann mit einer anderen Frau zusammen. Erst dadurch wurde die Ehe zerrüttet, nicht aber durch die verzögerte Übergabe oder durch ein anderes Verhalten der Beklagten. Die Aufrechterhaltung der Ehe wäre daher sehr wohl sittlich gerechtfertigt, weil kein vernünftiger Grund zur Trennung vorlag. Die Klage war daher abzuweisen.“

Das Gericht führte aus, dass der Widerspruch beachtlich sei, weil der Kläger die Zerrüttung selbst verschuldet hatte. Die Aufrechterhaltung der Ehe sei sittlich gerechtfertigt, weil der Kläger keinen Grund zur Trennung hatte. Damit begründete das Gericht die Beachtlichkeit des Widerspruches damit, dass die Beklagte keinerlei Schuld an der Trennung und Zerrüttung hatte und der Kläger nicht berechtigt war, die Beklagte zu verlassen. An sich hätte das Gericht ausführen müssen, dass der Widerspruch grundsätzlich beachtlich sei und besondere Umstände im Einzelfall vorliegen müssten, um ihn für unbeachtlich zu halten.

[6]. Zusammenfassung

Bei der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches fällt auf, dass hier die Rechtsprechung des Landgerichts Amberg sehr uneinheitlich war. Bei den im Jahre 1946 eingeleiteten Verfahren wurde in 5 Fällen der Widerspruch für beachtlich gehalten und deswegen die Klage abgewiesen. In 3 Verfahren wurde der Widerspruch für unbeachtlich gehalten. Dabei fällt auf, dass in mehreren Verfahren eine Widerklage erhoben wurde.

In drei Verfahren wurde der Widerspruch für beachtlich gehalten, obwohl die Beklagte eine Widerklage erhoben hatte. In einem Verfahren berief sich das LG auf die Rechtsprechung des Reichsgerichtes und hielt den Widerspruch für stets unbeachtlich, wenn eine Widerklage erhoben wurde. Dies liegt aber daran, dass das letzte Urteil ein anderer Richter gefällt hat. Die drei zuerst erwähnten Urteile wurden vom Landgerichtspräsidenten gefällt. Bei den im Jahre 1946 erhobenen Verfahren fällt weiter auf, dass sie in der Argumentation recht zurückhaltend waren. So wurde zum Beispiel in keinem Verfahren eine ausführlichere Begründung dafür gegeben, wann der Widerspruch beachtlich sein sollte und wann nicht. Insgesamt war das LG hier sehr zurückhaltend. Bei den Verfahren, die 1947 eingeleitet wurden, setzte sich das LG zunehmend mit der Frage auseinander, wann der Widerspruch beachtlich sein sollte. Dies war bei nahezu allen Verfahren, die 1947 eingeleitet wurden, sehr ausführlich der Fall. Bei diesen Verfahren begann sich auch schon in der obergerichtlichen Rechtsprechung eine Linie zu Gunsten einer grundsätzlichen Beachtlichkeit des Widerspruches herauszukristallisieren. Auch in den 1948 erhobenen Verfahren gab es unter den Richtern – wie auch 1946 – eine zerteilte Ansicht zu der Frage, ob der Widerspruch beachtlich sein kann, wenn eine Widerklage erhoben wurde. Wiederum vertrat hier ein Richter eine andere Auffassung. Allerdings wurde nur in einem Fall der Widerspruch bei einer Widerklage für beachtlich gehalten, während bei vier Verfahren bei Erhebung einer Widerklage der Widerspruch für grundsätzlich unbeachtlich gehalten wurde. Man kann allerdings nicht sagen, dass die Richter die obergerichtliche Rechtsprechung ignoriert hätten, denn der Richter, der in einem 1948 erhobenen Verfahren noch die Meinung vertreten hatte, dass ein Widerspruch auch bei einer Widerklage beachtlich sein könnte, hat bei einem späteren Verfahren nach Zurückverweisung der Entscheidung durch das Berufungsgericht, ebenfalls die Meinung vertreten, dass der Widerspruch unbeachtlich sei.

Insgesamt gewinnt man aus der obergerichtlichen Entscheidungspraxis eher den Eindruck, dass die Zerrüttungsscheidung tendenziell zurückhaltend angewendet werden sollte bzw. in der obergerichtlichen Rechtsprechung auch zurückhaltend angewendet wurde. Dies war jedoch beim Landgericht Amberg nicht der Fall. In dem von mir untersuchten Zeitraum wurden 19 Widersprüche zurückgewiesen und 15 Widersprüche für beachtlich gehalten. In der Mehrheit der Entscheidungen hielt man daher den Widerspruch für unbeachtlich.

ee. Zusammenfassung zur Rechtsprechung

Die Nachkriegsrechtsprechung des LG Amberg war von großer Diskontinuität¹⁰⁴⁷ und Unsicherheit geprägt. Bisweilen erscheint die Rechtsprechung auch recht willkürlich. Bei der Frage, wann die häusliche Gemeinschaft aufgehoben war, stellte das Gericht offensichtlich weniger darauf ab, wann tatsächlich die häusliche Gemeinschaft aufgehoben wurde, sondern darauf, ob gegen die Scheidung Widerspruch erhoben wurde oder nicht. Wurde der Scheidung widersprochen war das Gericht häufig geneigt, das Tatbestandsmerkmal der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft als nicht erfüllt anzusehen. Viel-

¹⁰⁴⁷ Ein ähnliches Ergebnis wurde auch bei Martin Löhnig, *Die Justiz als Gesetzgeber*, 2010, S. 114 gefunden.

leicht wollte das Gericht dadurch die Frage, wann ein Widerspruch beachtlich ist, umgehen. Jedenfalls ließ sich das Gericht auch dazu verleiten, die häusliche mit der ehelichen Gemeinschaft gleichzusetzen.

Wie auch schon im Dritten Reich spielte das Tatbestandsmerkmal der unheilbaren Zerrüttung nur eine untergeordnete Rolle und wurde in der Nachkriegsrechtsprechung lediglich in einem Fall problematisiert. Anders hingegen ist die Frage der Rolle des Tatbestandsmerkmals der Zulässigkeit des Widerspruches zu bewerten. Wurde dieses Tatbestandsmerkmal im Dritten Reich schon mal dazu genutzt, nationalsozialistische Ideologie umzusetzen,¹⁰⁴⁸ erscheint die Rechtsprechung zu diesem Tatbestandsmerkmal in der Nachkriegsrechtsprechung geradezu willkürlich. Mal wurde das Auseinanderleben der Parteien als Verschulden des Klägers gewertet, im nächsten Verfahren stellte dieselbe Situation wiederum kein Verschulden des Klägers dar.

Genauso uneinheitlich wurde die Frage, wann der Widerspruch beachtlich sein sollte, gelöst. Mehrfach wurde der Widerspruch für beachtlich gehalten, obwohl die oder der Beklagte selbst mit einer Widerklage die Ehescheidung erlangen wollte. Eine ausführliche Begründung, wann der Widerspruch beachtlich sein sollte, wurde ebenso wenig gegeben, wie die Frage nicht beantwortet wurde, was das Wesen der Ehe sein sollte. Insgesamt hielt das Landgericht jedoch mehr Widersprüche für unbeachtlich, als es für beachtlich hielt. Dies widersprach aber der – jedenfalls für Bayern – herrschenden obergerichtlichen Rechtsprechung, die den Widerspruch für grundsätzlich beachtlich hielt.

Interessant ist jedoch der Vergleich vom juristischen Handwerkszeug her gesehen. Hierzu muss man allerdings die Entscheidungen aus dem Dritten Reich außen vor lassen, in denen die Argumentation für das Ergebnis zurechtgebogen wurde. Dann muss man allerdings feststellen, dass die Urteile handwerklich im Dritten Reich besser waren. Hier passierten weniger Leichtsinnsfehler, etwa in dem Sinne, dass die eheliche mit der häuslichen Gemeinschaft gleichgesetzt wurde, oder dass das Gericht die Frage, wann die Ehezerüttung verschuldet war, einheitlicher beantwortete. In den Urteilen wurde sauberer argumentiert und die Verfahren insgesamt sorgfältiger geführt. Insgesamt wirken die Urteile in der Nachkriegszeit willkürlicher als die Urteile im Dritten Reich, was aber auch der enormen Fülle der Verfahren geschuldet sein kann. Wohl gemerkt, wenn man die Urteile im Dritten Reich außen vor lässt, die offensichtlich Gefälligkeitsurteile waren.

c. NS-Ideologie in den Verfahren nach dem Ende des Dritten Reiches?

aa. Einführung

Insbesondere in der Anwaltschaft wurde im Dritten Reich und in der Zeit danach Personalkontinuität bewahrt. Aber auch bei den Richtern gab es lediglich Versetzungen an andere Gerichte, die meisten Richter waren jedoch auch schon im Dritten Reich als Richter tätig. In dem folgenden Kapitel werden außergewöhnliche Verfahren beschrieben, die, nach einer Auswahl des Verfassers, als besonders berichtenswert erscheinen.

¹⁰⁴⁸ Zum Beispiel in den Verfahren R 6/41 oder R 27/42.

bb. Darstellung besonderer Verfahren

[1]. Instrumentalisierungsversuche des Dritten Reiches

In dem Verfahren 2 R 144/46 musste sich das Gericht mit der Argumentation der Klägerin auseinandersetzen, dass sie wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zum BDM als Ringführerin nicht mit einem Einkommen rechnen könne und deswegen auf den Unterhaltsanspruch gegen ihren Mann angewiesen sei. Ein Argument, weswegen die Klägerin das Sorgerecht für das gemeinsame Kind haben wollte, war, weil das Kind in der französischen Zone von der öffentlichen Fürsorge abhängig wäre und die Ernährungssituation in Bayern günstiger sei. Diese Argumentation zeigt, wie dramatisch 1946 die Situation in der Bevölkerung gewesen sein muss, wenn man als Argument dafür, wer das Sorgerecht bekommen sollte, darauf abstellt, in welcher Besatzungszone die Ernährungssituation besser war. Besonders auffällig ist, dass der Beklagtenvertreter getragene Unterwäsche der Ehefrau als Beweis dafür angeboten hatte, dass die Ehefrau unsauber war. Der Klägervertreter schrieb am 23.10.1948 nach weiteren Beweisangeboten von seiner Seite und von Seiten des Beklagtenvertreters an das Gericht:

„Ich bitte um Entscheidung über mein Armenrechtsgesuch vom 4.4.48. Ferner bitte ich um Weiterbehandlung der Sache, nachdem der Beweisbeschluß des Gerichts vom 26.6.48 immer noch nicht erledigt ist. Es handelt sich um einen der ältesten Ehescheidungsprozesse, der doch auch einmal zum Abschluß gebracht werden muß. (...) Um den sowieso so umfangreichen Prozeßstoff nicht noch mehr zu komplizieren, wird vorerst von der Aufstellung weiterer Behauptungen und von der Anbietung weiterer Zeugen, wozu die Klägerin ohne weiteres in der Lage ist, Abstand genommen.“

In der Widerklagebegründung führte sodann der Beklagtenvertreter aus, dass die Klägerin den Beklagten bei der Spruchkammer denunziert habe. Sie hätte wahrheitswidrig mitgeteilt, dass der Beklagte 2 Mädchen in das KZ Theresienstadt habe bringen lassen. Der Beklagtenvertreter führte hierzu aus:

„Wie festgestellt, handelt es sich um eine wissentlich falsche Anschuldigung. Die Tat ist umso verwerflicher, weil die Klägerin seit dem Jahre 1940 die antinazistische Einstellung des Beklagten kannte und selbst miterlebte. Bei der Schwere der Anschuldigung, Zusammenarbeit mit der Gestapo, bestand die größte Gefahr, daß der Beklagte als Hauptschuldiger für mehrere Jahre in ein Arbeitslager gewandert wäre. Dies muss wohl auch als Absicht der Klägerin angesehen werden, da sie gerade dieses Moment der angeblichen Zusammenarbeit mit der Gestapo wählte. (...) Wohl selten ist eine verwerflichere Tat begangen worden.“

Hierauf erwiderte die Klägerin, dass sie den Beklagten nicht denunziert habe. Wenn sie das gewollt hätte, hätte sie weitere Tatsachen berichten können, die den Beklagten wirklich belastet hätten. Die Klägerin führte hierzu weiter aus:

„In Wirklichkeit ist auch eine Schädigung des Beklagten, auf Grund dieser Angaben der Klägerin, nicht erfolgt. Es wäre aber wahrscheinlich eine ande-

re Einstufung des Beklagten vor der Spruchkammer erfolgt, wenn die Klägerin bereit gewesen wäre, eine Zeugin zu machen. Der Beklagte ist leider einer von den Personen, die heute nicht mehr wissen wollen, welche Gesinnung sie früher gehabt haben. Der Beklagte kann jedoch nicht ableugnen, daß er bis 1940 als SA-Sturmführer und als HJ-Fähnleinführer fungiert hat. Die Klägerin behauptet ferner, daß der Beklagte, wenn er seit 1940 bis Kriegsende in der Partei keine Tätigkeit mehr ausübte, so doch niemals antinazistisch eingestellt war und daß er, wenn er in Prag gegen Parteimitglieder Stellung genommen hatte, dies nur aus anderen Gründen getan hat, als aus politischen. Die Klägerin könnte noch weitere Angaben machen, sie sieht aber absichtlich davon ab, weil sie es eben nicht vorhat den Beklagten zu schädigen.“

Dies ließ der Beklagte nicht so stehen, sondern antwortete hierauf:

„In diesem Zusammenhang ist noch die Angabe der Klägerin, daß die beiden Hausmädchen auf 6-8 Wochen in das Konzentrationslager Theresienstadt verbracht worden seien, bezeichnend. Die straft sich selbst Lügen, da das Konzentrationslager Theresienstadt lediglich für Juden bestimmt war. (...) Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die Klägerin selbst Parteimitglied und BMD-Führerin (Ringführerin und stellv. Untergaueführerin) von 1933-1942 war. Aus diesem Grund hat sie auch Angst, in ihre Heimat zu fahren, was sie wiederholt anderen Leuten gegenüber wiederholt hat.“

Die Streitsteile versuchten mit dieser Argumentation ein Verschulden des jeweils anderen zu begründen. Sowohl Klage, als auch Widerklage waren zunächst auf Verschulden gestützt und wurden erst im Laufe des Prozesses auch auf § 48 EheG gestützt. Das Gericht kam schließlich am 3.7.1950 zu einer Entscheidung, nachdem das Verfahren bereits am 5.7.1946 eingeleitet worden war. Wurde im Dritten Reich vereinzelt die Gegnerschaft zur Partei instrumentalisiert, versuchten diese Parteien in der Nachkriegszeit die Mitgliedschaft bei der Partei zu instrumentalisieren. Das Gericht führte zu der Denunziation bei der Spruchkammer aus:

„Es kann dahingestellt bleiben, ob diese Mitteilung der Klägerin an die Spruchkammer richtig war oder nicht, ob sie noch ganz andere Dinge in Bezug auf die politische Belastung des Bekl. hätte melden können, wie sie behauptet. Es ist einhellige Rechtsprechung, daß Anzeigen des anderen Ehegatten immer als schwere Eheverfehlung zu werten sind, selbst wenn sie der Wahrheit entsprechen, sofern sie nicht zur Wahrung berechtigter Interessen erfolgen. Dies muß auch auf Anzeigen an die Spruchkammer entsprechend angewandt werden. Die Formulierung des Schreibens der Klägerin an die Spruchkammer, wenn auch keine schwerwiegenden Beschuldigungen des Beklagten darin enthalten sind, doch geeignet bei seiner Einstufung durch die Spruchkammer ungünstig ins Gewicht zu fallen, da doch der Vorwurf darin enthalten ist, der Beklagte habe 2 Mädchen, wenn auch nur für ein paar Wochen in das berüchtigte Lager Theresienstadt bringen lassen und habe sich

hierzu eigens mit der Gestapo in Verbindung gesetzt. (...) Die Klägerin hätte die Aussage verweigern müssen, weil sie ein Aussageverweigerungsrecht entsprechend der StPO gehabt hat. Auch wenn dieses Zeugnisverweigerungsrecht nicht mitgeteilt wurde, wäre es ihr zuzumuten gewesen, zu schweigen, weil keine Folgen angedroht wurden. (...) Außerdem durfte sie zumindest nicht von der Auslieferung von Menschen in die Hände der Gestapo und in das berüchtigte Lager Theresienstadt berichten. Die Klägerin ist auch sonst nicht so wahrheitsliebend und sagt übrigens selbst, daß sie auch in dieser Sache nicht alles gemeldet habe.“

Das Gericht wertete das Verhalten der Klägerin als schuldhafte Zerrüttung der ehelichen Gemeinschaft und führte hierzu aus:

„Die Beklagte hat sich, wenn sich auch hinsichtlich der letzten Punkte keine Eheverfehlungen ergaben, doch verschiedene Eheverfehlungen zu Schulden kommen lassen. Sie hat unberechtigterweise die eheliche Gemeinschaft mit dem Beklagten aufgegeben, hat ihn gegenüber Dritten herabgesetzt und hat ihn bei der Spruchkammer beschuldigt. Selbst wenn man mit Rücksicht darauf, dass die unberechtigte Trennung der Klägerin vom Beklagten nur kurz währte, da ihr schon mit Beschluß vom 19.2.47 das Recht zum Getrenntleben eingeräumt wurde, sowie daß durch den Brief der Frau L(...) vom 10.3.47 nur erwiesen ist, daß die Klägerin ggü nur einer Frau herabsetzende Äußerungen machte, sowie daß sie zu ihren Angaben ggü der Spruchkammer von dieser aufgefordert wurde, die Verfehlungen der Klägerin im einzelnen nicht als schwere Eheverfehlungen ansehen wollte, so müssen doch diese Verfehlungen in ihrer Gesamtheit als schwere Eheverfehlungen angesehen werden, zumal, wenn man auch das (...) (sonstige Verhalten) mit heranzieht, das, auch wenn es vor dem letzten ehelichen Verkehr liegt und als verziehen gilt, nach § 51 EheG klagestützend berücksichtigt werden kann.“

Die Klägerin wurde im Tenor als schuldig bezeichnet. Offensichtlich ließ sich das Gericht von der Instrumentalisierung der Parteizugehörigkeit beider Teile leiten. Dass die Klägerin nicht zu Gunsten des Beklagten aussagte, wertete das Gericht ebenso als Verschulden, wie dass die Klägerin – wie sie selbst sagte – Teile der Vergangenheit des Beklagten nicht preisgab. Dies sollte angeblich die fehlende Wahrheitsliebe der Klägerin widerspiegeln. Bei diesem Verfahren wird deutlich, dass sich das Gericht auch in der Nachkriegszeit von den Parteien instrumentalisieren ließ. In dem Verfahren wird aber auch deutlich, dass die Verhältnisse um die Konzentrationslager wohl in weiteren Kreisen bekannt waren, als der Satz „Davon haben wir nichts gewusst“ vermuten lässt. Dass ein KZ nur für bestimmte Insassen gedacht war, widerspricht der Behauptung, dass der Bevölkerung Fakten über die Gräueltaten der Nazis nicht bekannt waren. Der Schriftsatz des Beklagten, in dem er behauptet, die Klägerin strafe sich selbst Lügen, weil sie behauptet habe, er habe veranlasst, dass zwei Mädchen – offensichtlich nicht jüdischer Abstammung – in das KZ Theresienstadt gebracht werde, lässt erkennen, dass der Beklagtenvertreter damit zum Ausdruck bringen wolle, wie offensichtlich die Behauptung

der Klägerin gelogen war. Dies wäre aber nur dann der Fall gewesen, wenn solche Interna, wie zum Beispiel welche Insassen wo untergebracht wurden, bekannt gewesen wären. Dann kann aber die Behauptung, dass die Bevölkerung von dem System der Nazis nichts gewusst hätte, nicht stimmen. Ein weiterer Hinweis darauf, dass sehr wohl solche Interna bekannt geworden sind, ist auch, dass das Gericht im Urteil zweimal das KZ Theresienstadt als „berüchtigt“ bezeichnet. Wenn tatsächlich von dem Vorgehen in den Konzentrationslagern nichts bekannt gewesen wäre, hätte das Gericht das KZ Theresienstadt nicht als berüchtigt bezeichnen können. Interessant ist aber auch die deutliche Haltung des Gerichtes zum Dritten Reich. Im Urteil bezeichnet das Gericht zwar zweimal das KZ Theresienstadt als berüchtigt und bringt damit zum Ausdruck, dass bekannt war, was dort vor sich ging. Gleichzeitig verharmlost das Gericht das Verhalten des Beklagten, wenn es sich tatsächlich so zugetragen hätte, wie die Klägerin behauptet. Das Gericht geht offensichtlich von einer Differenzierung des Unrechts aus. Das Gericht führt den Vorwurf, dass der Beklagte die zwei Mädchen mit Hilfe der Gestapo ins KZ habe verbringen lassen, als geeigneten Umstand aus, dass er vor der Spruchkammer in einem schlechteren Licht gestanden habe. Diesen Umstand relativiert das Gericht dadurch, dass es sagt „wenn auch nur für ein paar Wochen“. Offensichtlich soll der Umstand, dass die Mädchen nicht dauerhaft in das KZ verbracht wurden, dadurch relativiert werden, dass es sich nur um ein paar Wochen gehandelt habe. Wie lange die Mädchen im KZ sein würden, konnte der Beklagte aber unmöglich beeinflussen. Das Gericht verharmlost damit den Umstand, dass die Mädchen ins KZ gebracht wurden. Aber noch ein weiterer Aspekt in der Argumentation des Gerichtes macht deutlich, dass die Nazivergangenheit des Beklagten verharmlost werden sollte. Das Gericht geht davon aus, dass die Klägerin – obwohl sie von der Spruchkammer nicht darauf hingewiesen wurde – im Spruchkammerverfahren die Aussage hätte verweigern müssen. Weiter unten im Urteil gibt das Gericht sogar zu, dass die Klägerin von der Spruchkammer zur Aussage aufgefordert wurde und es nicht so war, dass die Klägerin der Spruchkammer ihre Aussage aufgedrängt hätte. Die Klägerin war aber verpflichtet – so musste sie jedenfalls den Eindruck haben – gegenüber der Spruchkammer die Wahrheit zu sagen. Im Übrigen teilte die Klägerin mit, dass sie noch sehr viel mehr zu sagen gehabt hätte und deutet damit an, dass sie gegen den Beklagten aus seiner offensichtlichen Nazivergangenheit noch sehr viel mehr hätte berichten können. Das Gericht kommt einerseits zu dem Ergebnis, dass die Klägerin vor der Spruchkammer hätte schweigen müssen und wertet die Aussage als Eheverfehlung der Klägerin. Andererseits relativiert es den Umstand, dass der Beklagte offensichtlich die zwei Mädchen ins KZ gebracht hat. Weil die Klägerin nicht alles gesagt hat (also genau das getan hat, was das LG offensichtlich von einer Ehefrau im Spruchkammerverfahren erwartet), nehme es die Klägerin mit der Wahrheitsliebe nicht so genau. Die Klägerin wurde für schuldig erklärt.

Zwar ist es schwierig im Nachhinein, allein aufgrund von Urteilen und Protokollen, den tatsächlichen Ablauf des Verfahrens zu rekonstruieren und den Eindruck, den das Gericht von den Parteien gewonnen hat, zu ergründen. Hier wurde aber offensichtlich

ein früherer (?) Nazi in einem besonders guten Licht dargestellt und die Taten aus dem Dritten Reich relativiert.

Auch in dem Verfahren R 406/48 relativiert das Gericht die offensichtliche frühere (?) Gesinnung eines Streitteils. Der Kläger erklärte in der mündlichen Verhandlung:

„Meine Frau hat, wie die Amerikaner gekommen sind, die Hakenkreuzfahne rausgehängt. Meine Frau ist nicht ganz richtig im Kopf.“

Zwar ist das Verhalten der Ehefrau aus Sicht des Gerichtes zu Recht keine Eheverfehlung. Das Gericht war aber spürbar darauf bedacht, das Verhalten der Beklagten zu relativieren. Im Urteil führt es aus:

„Im Gegensatz hierzu läßt sich die Ehefrau aus ihrer Parteibekundung und ihrem Verhalten im Rechtsstreit als eine gutmütige, harmlose und anscheinend geistig etwas unbeholfene und führungsbedürftige Frau erkennen, die anfänglich mit grundsätzlich gutmütiger Gesinnung auf Erhaltung der Ehe bedacht war.“

Dass die Frau harmlos, geistig unbeholfen und führungsbedürftig ist, erweckt den Eindruck, als ob sie nicht recht wisse, was sie tat. Ob dem so war, lässt sich nicht mehr aufklären. Ein vager Eindruck, dass das Gericht hier die Frau bewusst als unzurechnungsfähig dargestellt hat, damit ihr das Verhalten beim Einzug der Amerikaner nicht mehr vorgeworfen werden konnte, bleibt jedoch.

[2]. Beispiele für unsaubere Subsumtion und Willkür durch das Gericht

Ein besonderes Verfahren, das an den oben aufgestellten Vorwurf der zunehmenden Willkür der Entscheidungen anschließt, ist das Verfahren R 74/46. In diesem Verfahren hatte die Klägerin ihre Klage unter anderem auf § 48 EheG gestützt. Der Beklagte hatte eine Widerklage erhoben, die ebenfalls auf § 48 EheG gestützt wurde. Das LG Amberg gab der Klage statt, wies aber die Widerklage ab, weil die Klage bereits erfolgreich gewesen sei. Das Revisionsgericht hob die Entscheidung des LG Amberg und verwies zur erneuten Entscheidung an das LG zurück. In der Begründung führte das OLG hierzu aus:

„Die Abweisung der auf Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft gestützten Widerklage ist unhaltbar, da die Voraussetzungen für das Scheidungsbegehren nach § 48 Ehegesetz auf Seiten des Beklagten ebenso vorliegen wie auf Seiten der Klägerin. Die auf Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft gestützten Widerklage wird auch nicht etwa dadurch unbegründet, daß sich eine auf Verschulden gestützte Scheidungsklage als begründet erwies.“

Das LG Amberg hat diesem Umstand sodann im erneuten Urteil Rechnung getragen und auch der Widerklage stattgegeben. Weswegen das LG Amberg davon ausgegangen ist, dass die Widerklage aus § 48 EheG abzuweisen war, weil schon die Klage aus § 48 EheG begründet war, ist nicht ersichtlich. Es gibt auch keinen vernünftigen Grund für diese Annahme, da ja die Tatbestandsvoraussetzungen vorlagen. Für die Klage ebenso wie für die Widerklage.

Ein gutes Beispiel für die Oberflächlichkeit der Urteile in der Nachkriegsrechtsprechung ist die Entscheidung in dem Verfahren R 193/46. In diesem Verfahren wurde die Klage auf §§ 43 und 48 EheG gestützt. Die Beklagte hatte der Scheidung widersprochen. Das LG wies die Klage ab, weil es den Widerspruch für beachtlich hielt. Das Gericht führte bei der Beachtlichkeit des Widerspruches aus, dass es ein grobes Unrecht des Klägers wäre, das eheliche Band zu der Beklagten ohne deren Schuld zu lösen, weil er sich nicht mehr zu ihrer Art verstehen wolle. Dieses Argument ist jedoch für eine Klage aus § 48 EheG unerheblich. Ob die Trennung ein grobes Unrecht darstellt oder nicht, ist keine Frage, die für eine Klage aus § 48 EheG relevant wäre. Der Verschuldensgesichtspunkt spielt für die Beachtung des Widerspruches nur insoweit eine Rolle, als die Zulässigkeit des Widerspruches ein Verschulden des anderen Teiles voraussetzt. Dies sah das Revisionsgericht ebenso und entschied per Stuhllurteil die Aufhebung des landgerichtlichen Urteils und ordnete eine erneute Entscheidung des Landgerichtes an. Zur Begründung führte es aus, dass die Beweismittel nicht erschöpfend gewürdigt worden seien. Daraufhin vernahm das LG die noch angebotenen Zeugen und schied die Ehe unter Ausspruch des beiderseitigen Verschuldens. Hiergegen wurde wiederum Revision eingelegt. Das Revisionsgericht hob die Entscheidung des Landgerichts erneut auf und wies die Klage ab. Das OLG ging nicht auf den (berechtigten) Vorwurf ein, dass die Ehe aus Verschulden der Beklagten geschieden wurde, das Gericht seine Begründung nur auf § 48 EheG gestützt habe und daher das Verschulden nicht habe aussprechen dürfen. Das OLG war der Meinung, dass der Beklagten hieraus keine Beschwer erwachse, weil sie trotz der Darstellung des Landgerichts die Zerrüttung auch, aber nicht überwiegend, verschuldet hatte. Das Verschulden des Klägers sei ungleich größer, weswegen der Widerspruch zulässig sei. Das Gericht hielt den Widerspruch auch für beachtlich, weswegen es die Klage abwies. Zu diesem Ergebnis hätte auch das Landgericht kommen können, wenn es den Sachverhalt ausreichend gewürdigt hätte. Zunächst wies das LG die Klage ab, obwohl nicht alle erforderlichen Beweisangebote gewürdigt worden waren. Nach nachträglicher Würdigung dieser Beweisangebote gab es der Klage mit einer offensichtlich falschen Begründung statt. Dieses Urteil zeigt deutliche handwerkliche Schwächen des Richters, der zugleich auch der Präsident des Landgerichtes war.

Ein weiteres Urteil des Landgerichtspräsidenten offenbart ebenfalls geradezu erschreckende Einsichten in die Entscheidungspraxis dieses Richters. In diesem Verfahren ist es die Ausdrucksweise des Richters, die berichtenswert erscheint. Liest man das Urteil ohne Zeitangabe, würde man den Entscheidungsinhalt eher in den zeitlichen Rahmen des Dritten Reiches setzen. Das Gericht führte in dem Verfahren R 52/47 aus:

„Die Beklagte, die in den Nerven völlig erledigt ist, einen körperlich völlig verbrauchten Eindruck macht, sich geistig wie eine Debile benimmt, in der ländlichen Volksschule nach ihrer Angabe nicht mitgekommen ist, bezeichnet den Mann als nicht normal, weil es mit ihm nie zu einem Vollzug des Beischlafs gekommen sei. (...) Auch eine psychogene Impotenz gegenüber der völlig reizlosen Frau wäre kein Verschulden.“

Das Gericht brauchte offensichtlich einen Grund, warum es die Interesselosigkeit des Klägers an der ehelichen Gemeinschaft nicht als Verschulden gegenüber der Beklagten werten musste. Das Gericht sah sich genötigt, der Beklagten zu attestieren, dass sie völlig reizlos und körperlich verbraucht sei. Warum das Gericht auf diese beleidigende Ausdrucksweise zurückgegriffen hat, ist nicht mehr nachvollziehbar.

Einen ähnlichen, wenn auch nicht ganz so extremen, Tonfall gebrauchte das Gericht in dem Verfahren R 133/48. Dort erhob die Beklagte gegen die Scheidung Widerspruch, den das Gericht für beachtlich hielt. Hierzu führte es aus:

„Sie ist schuldlos an dem Zerfall der Ehe. Sie hat insbesondere während der Einberufung des Mannes zum Heeresdienst ihre Arbeitskraft trotz der von der Schwiegermutter und vom Manne eingesetzten Widerstände opferwillig eingesetzt und soll nun wegen einer Laune ihrer eigensüchtigen Gegenspieler aus ihrer Stellung als Ehefrau gedrängt und dem ungewissen Los einer geschiedenen Bäuerin mit wesentlich verringerten Zukunftsaussichten ohne standesgemäßen Unterhalt überantwortet werden. Angesichts ihrer Schuldlosigkeit am Ehezerfall und ihrer rücksichtslosen und verletzen- den Verdrängung aus der ehelichen Häuslichkeit ins Ungewisse wäre es eine schwere Unbilligkeit, dem einseitigen Scheidungsverlangen des Klägers stattzugeben. Der Widerspruch war gem § 48 II zu beachten. Die Scheidung wäre sittlich nicht gerechtfertigt.“

Auch hier verwendete das Gericht eine sehr unsachliche Ausdrucksweise und vermischte die typischen Elemente der Verschuldensscheidungen mit der Heimtrennungsklage. Ob die Beklagte an der Zerrüttung einen schuldhaften Anteil hatte oder nicht, war lediglich für die Frage, ob überhaupt ein Widerspruch erhoben werden konnte, relevant. Nicht aber für dessen Beachtlichkeit. Dieses Urteil zeigt, wie unsicher das Landgericht in der Anwendung der Tatbestandsvoraussetzungen war und wie unsauber das Gericht in der Nachkriegszeit subsumierte.

In dieselbe Kategorie fällt die Wortwahl in der Entscheidung in dem Verfahren R 11/49. Hier führte das Gericht aus:

„Schon äußerlich fällt ein erheblicher Unterschied zwischen den Ehegatten auf. Der Kläger ist groß und stattlich, ruhig, sachlich. Auf selbständige Frauen, die sich nicht gerne unterordnen möchten, macht er einen gewinnenden Eindruck, da er leicht lenkbar und beeinflussbar ist. (...) Die Beklagte ist klein, blass, legt Wert auf Betonung einer besonderen persönlichen Note, ist agil und jeder Situation gewachsen, neigt zu Spitzfindigkeiten, betont fast bei jeder ihrer Äußerungen ihre lautere reine Gesinnung durch Auflegen der Hand aufs Herz, macht aber keinesfalls einen verbitterten, sich ungerecht zurück gesetzt fühlenden Eindruck. (...) Wenn auch infolge des ehebrecherischen Verhaltens des Klägers das Gericht nicht feststellen konnte, daß die Beklagte schuldhaft durch ihr Verhalten die Ehe mit zerrüttet hat, da die Beklagte sich bei den aufgetretenen Differenzen nicht bewußt gewesen ist,

dadurch eine erhebliche Mißstimmung bei dem Kläger und seinen Schwestern hervorzurufen, sodaß ein ehewidriges Verhalten ihrerseits nicht vorliegt, so musste doch der zu Übertreibungen neigende Charakter der Beklagten bei dem von ihr erhobenen Widerspruch Berücksichtigung finden.“

Auch diese Argumentation ist unsachlich und gegenüber den Parteien beleidigend. Der Kläger sei leicht lenkbar, die Beklagte klein und blass. Ihr Charakter sei bei der Würdigung des Wesens der Ehe zu berücksichtigen. Wenn der Charakter bei der Beurteilung der Beachtlichkeit des Widerspruches eine Rolle spielen würde, könnte die Frau mit ihrem Charakter einen Widerspruch in keinem Ehescheidungsverfahren erheben. Diese Ausführungen lassen erhebliche Zweifel an einer hinreichend differenzierten Abwägung aufkommen.

cc. Zusammenfassung

Zwar gibt es in der Nachkriegszeit im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Verfahren nur relativ wenige, wirklich ungewöhnliche, Verfahren. Insgesamt fällt aber auf, dass die Verfahren deutlich schlampiger durchgeführt wurden, als im Dritten Reich. In vereinzelten Fällen kommt zum Ausdruck, dass das Gericht die Vergangenheit der Parteien, wenn es NSDAP Mitglieder waren, in einem äußerst milden Licht betrachtete. Zum Teil wurde sogar der Umstand verharmlost, dass von den Streitteilen eine aktive Beteiligung am Unrechtsregime erfolgte. Auch die Verfahren, in denen das Gericht äußerst unsauber subsumierte und zum Teil sogar die Parteien im Urteil beleidigte, zeichnen ein erschreckendes Bild der Rechtsprechung des Landgerichts Amberg in der Nachkriegszeit.

d. Zusammenfassung

Die Parteien waren in der Nachkriegszeit deutlich jünger, als im Dritten Reich. Ebenso waren die Parteien in den Verfahren der Nachkriegszeit deutlich kürzer verheiratet. Die Parteien hatten auch im Durchschnitt fast 0,8 Kinder weniger, als im Dritten Reich. Sie haben sich also schneller dazu entschieden, sich wieder scheiden zu lassen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass während des gesamten Untersuchungszeitraumes die Gesamtzahl der Verfahren stetig gestiegen ist. Am Ende des Untersuchungszeitraumes musste sich das Landgericht Amberg mit rund 10mal so vielen Verfahren beschäftigen, als noch 1938. Man gewinnt den Eindruck, dass die Parteien in der Kriegszeit den Heiratswunsch weniger stark überdacht hatten, als in der Vorkriegszeit. So lässt es sich erklären, dass die Parteien, die während des Krieges die Ehe geschlossen hatten, deutlich häufiger unterschiedlicher Religion waren, als vor Ausbruch des Krieges. Der Wunsch der Ehefrauen in den Genuss einer Witwenversorgung zu gelangen, mag Auslöser dieses Unterschiedes sein, war doch die Religionszugehörigkeit zu der damaligen Zeit noch von entscheidenderer Bedeutung, als es heute der Fall ist. Hatte das Landgericht Amberg im Dritten Reich 7,3% der Ehen, deren Scheidung nach § 55 EheG verlangt wurde, aufrechterhalten, stieg dieser Wert trotz der restriktiven Nachkriegsrechtsprechung der Oberlandesgerichte lediglich auf 9,0 %. Eine restriktivere Haltung des Landgerichts Amberg in der Frage, wann eine Ehe aufrechterhalten werden sollte, ist daher nicht in dem Maße er-

kennbar, wie sich die obergerichtliche Rechtsprechung geändert hatte. Flucht und Vertreibung wirkten sich auch im Landgerichtsbezirk Amberg deutlich aus. Während im Dritten Reich noch rund 53% der Parteien gebürtig aus dem LG Bezirk stammten, sank dieser Wert in der Nachkriegszeit auf nur noch rund 39%. In rund 10% der Verfahren musste die Klage öffentlich zugestellt werden, weil der Aufenthaltsort der beklagten Partei nicht bekannt war. Der Anteil der Armenrechtsverfahren lag durchgängig im gesamten Untersuchungszeitraum bei rund 2/3.

Vermutlich bedingt durch den massiven Anstieg der Verfahren wurden in der Nachkriegszeit weniger mündliche Verhandlungen anberaumt und auch weniger Zeugen vernommen, als im Dritten Reich. Rund 68% der Nachkriegsverfahren wurden komplett ohne Zeugeneinvernahme durchgeführt, was einen deutlichen Zuwachs im Vergleich zu den rund 44% im Dritten Reich darstellt. Dies zeigt die Veränderung des Charakters der Zerrüttungsscheidung. Während im Dritten Reich eine Klage aus § 55 EheG, aufgrund der großzügigen Rechtsprechung des Reichsgerichts zu Gunsten der Unbeachtlichkeit des Widerspruches, durchaus auch noch dann durchgeführt wurde, wenn die Beklagten-seite mit einer Scheidung nicht einverstanden war, wandelte sich die Zerrüttungsscheidung in der Nachkriegszeit mehr und mehr zu einer einvernehmlichen Scheidungsart. Insgesamt wurden die Nachkriegsverfahren deutlich schlanker geführt. Es wurden weniger Zeugen vernommen, es wurden weniger mündliche Verhandlungen abgehalten, die Anwälte lieferten kürzere Schriftsätze, die Urteile wurden kürzer. Insgesamt wurden die Scheidungsakten deutlich kürzer als im Dritten Reich.

Bei der Subsumtion unter die einzelnen Tatbestandsmerkmale wurde die Rechtsprechung des Landgerichts sehr uneinheitlich. Die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft seit 3 Jahren wurde mit beliebigen Argumenten immer dann angenommen, wenn der beklagte Teil der Scheidung nicht widersprochen hatte. Wenn daher beide Teile geschieden sein wollten, nahm das Landgericht Amberg die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft seit 3 Jahren mit teilweise widersprüchlicher Argumentation an. Widerspruch der beklagte Teil der Scheidung, wurde die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft nur dann angenommen, wenn die 3-Jahresfrist tatsächlich abgelaufen war. Ob die Ehe unheilbar zerrüttet war, spielte in der Rechtsprechung sowohl im Dritten Reich als auch in der Nachkriegszeit, keine große Rolle. Nur in wenigen Fällen wurde dieses Tatbestandsmerkmal problematisiert. Ebenso wenig wie bei der Frage der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft entwickelte das Landgericht Amberg auch bei der Frage des Verschuldens an der Zerrüttung eine einheitliche, stimmige Linie. Genauso uneinheitlich war auch die Rechtsprechung des Landgerichts Amberg zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs. Trotz der Änderung der obergerichtlichen Rechtsprechung zu der Frage, wann ein Widerspruch beachtlich sein sollte, hielt das Landgericht Amberg in der Mehrzahl der Fälle den Widerspruch für unbeachtlich. Insgesamt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Urteile in der Nachkriegszeit willkürlicher ausfielen, als im Dritten Reich und dass die Richter in der Nachkriegszeit das juristische Handwerkszeug – nämlich eine saubere Subsumtion – weniger beherrschten, als im Dritten Reich.

In wenigen Verfahren wurde versucht, die NSDAP-Vergangenheit einzelner Parteien zu instrumentalisieren. Waren die Parteien durch das Verhalten im Dritten Reich belastet, wurde dies vom Landgericht Amberg jedenfalls sehr milde betrachtet. In der Nachkriegszeit mehren sich die Urteile, in denen der Richter entweder die Klage- oder Beklagtenpartei sogar beleidigte.

3. TEIL: DAS PERSÖNLICHE VERHALTEN DER JURISTEN IM UNTERSUCHUNGSZEITRAUM

Im dritten Teil der Arbeit wird das persönliche Verhalten der Juristen anhand der Personalakten, der Spruchkammerakten und der Beleuchtung des persönlichen Verhaltens aus den Prozessakten dargestellt. Wie bereits festgestellt wurde, hing es oftmals von den jeweiligen Richtern und dem Parteivertreter ab,¹⁰⁴⁹ wie in einem Verfahren argumentiert wurde und welche Beweismittel hierfür herangezogen wurden. Vielfach hing es vom jeweiligen Richter ab, ob es für die Parteien von Vorteil war, wenn sie ein Teil des Regimes waren. Aufgrund dieses Umstandes ist es daher erforderlich, die handelnden Personen näher zu betrachten. Wer waren also die Richter und Rechtsanwälte? Welcher Religion gehörten sie an? Waren sie verheiratet, geschieden oder verwitwet? Waren die Richter und Rechtsanwälte überzeugte Nationalsozialisten, sind sie der Partei überhaupt nicht beigetreten oder nur, weil es mehr oder weniger Dienstpflicht war? Hatten die Betroffenen durch einen Parteibeitritt Vorteile?

Zwar waren bzgl. der Rechtsanwälte noch Personalakten vorhanden, die diese Fragen hätten umfassend beantworten können. Die Rechtsanwaltskammer Nürnberg hat jedoch unter Hinweis auf den Datenschutz keine Akteneinsicht gewährt.¹⁰⁵⁰ Das Oberlandesgericht Nürnberg hat Einsicht in die Personalakten gewährt, soweit solche noch vorhanden waren. Der Verfasser musste sich jedoch bereit erklären, die Daten soweit zu anonymisieren, dass eine Erkennbarkeit der Personen ausgeschlossen ist. Zu insgesamt acht Richtern waren noch Personalakten vorhanden. Von den insgesamt 190 Urteilen haben diese acht Richter 121 Urteile verfasst. Mit 42 Urteilen entfällt dabei der größte Teil auf einen Richter, der sowohl im Dritten Reich, als auch danach als Richter tätig war. 28 Urteile entfallen auf einen Richter, der nahezu ausschließlich im Dritten Reich tätig war, aber auch nach dem Ende des Dritten Reichs als Richter tätig war. Weitere 39 Urteile entfallen auf zwei Richter, die zwar während des Dritten Reichs nicht in Amberg, aber in benachbarten Landgerichten tätig waren. Die restlichen 12 Urteile entfallen auf Richter, die sowohl vor dem Ende des Dritten Reichs, als auch danach in Amberg als Richter tätig waren.

Aber auch die meisten Rechtsanwälte waren sowohl vor dem Ende des Dritten Reiches, als auch danach vor dem Landgericht Amberg tätig. In den insgesamt untersuchten 190 Verfahren ergeben sich theoretisch 380 Mandate. Da aber in 41 Fällen auf Beklagenseite keine anwaltliche Vertretung stattgefunden hat, wurden 339 Mandate vergeben. Von den insgesamt 43 Rechtsanwälten, die in den erstinstanzlichen Verfahren tätig wurden, sind 12 Rechtsanwälte nur in jeweils einem Verfahren, sieben Rechtsanwälte in je-

¹⁰⁴⁹ So auch: Martin Löhnig, Die Justiz als Gesetzgeber, 2010, S. 114.

¹⁰⁵⁰ Es wurden ausweislich eines Schreibens der Rechtsanwaltskammer Nürnberg Verhandlungen mit dem Staatsarchiv Nürnberg wegen der Übernahme des Aktenbestandes geführt. Wann die Personalakten in den Aktenbestand des Staatsarchivs überführt werden und ob dann eine Akteneinsicht gewährt würde, konnte nicht mehr geklärt werden.

weils zwei Verfahren, fünf Rechtsanwälte in jeweils drei Verfahren und zwei Rechtsanwälte in jeweils vier Verfahren tätig geworden.

Die Untersuchung beschränkte sich auf die zehn Rechtsanwälte, die die meisten Verfahren bearbeitet haben. Diese zehn Rechtsanwälte haben insgesamt 230 Mandate bearbeitet. Von den zehn Rechtsanwälten waren acht über den gesamten Untersuchungszeitraum tätig, zwei waren nur nach dem Ende des Dritten Reiches tätig.

Die Rechtsanwälte, die in den Berufungsverfahren tätig wurden, wurden nicht näher untersucht, da die Anzahl der Berufungsverfahren und die Anzahl der Rechtsanwälte, die darin tätig wurden eine gesicherte Aussage kaum zulassen. Von den zehn Rechtsanwälten wurden nochmals diejenigen herausgegriffen, die die überwiegende Anzahl der Mandate bearbeitet hatten.

1. Richter

Bereits durch die neue Eidesformel,¹⁰⁵¹ die jeder Staatsdiener leisten musste, musste dem Richter im Dritten Reich klar werden, dass das Richteramt nicht mehr ein unpolitisches und unparteiisches sein konnte, obwohl formal § 1 GVG nicht außer Kraft gesetzt wurde. In der Weimarer Republik mussten die Richter schwören, nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden und keine Partei zu begünstigen und bei allen Handlungen nur die Gerechtigkeit und Wahrheit vor Augen zu haben. Nach der Machtergreifung mussten alle Richter Adolf Hitler Treue und Gehorsam schwören und schwören, die Gesetze zu beachten und die Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Die Vereidigung auf Adolf Hitler wurde ebenso massenwirksam organisiert wie alle anderen Veranstaltungen der NSDAP. Aus einem Brief des preußischen Finanzministers vom 22.08.1934¹⁰⁵² geht hervor, dass die Beamten sich kollektiv versammeln mussten und der Leiter der Behörde die Eidesformel vorsprach und dann alle Beamten in ihrer Gesamtheit den Eid nachsprechen mussten. In einer Hausverfügung vom 27.08.1934 ordnete der Reichsjustizminister an, dass sich alle Beamten am 28.08.1934 um 11.00 Uhr im Garten des Ministeriums in einem dunklen Anzug oder in Uniform einzufinden hätten, um die Vereidigung vorzunehmen.¹⁰⁵³ Von Gerechtigkeit und Wahrheit war in der Eidesformel keine Rede mehr. In einem Schreiben des Justizministers vom 12.10.1942 an die höheren Reichsjustizbehörden geht das Verständnis der Richter des Dritten Reiches hervor:¹⁰⁵⁴

„Der Richter nimmt unter den Staatsdienern eine Stellung eigener Art ein; er handelt als Lehnsmann des Führers kraft eines unmittelbar von ihm empfangenen Auftrags. Dadurch unterscheidet er sich grundlegend von allen anderen Beamten. Künftig soll diese Unterscheidung auch dadurch ihren staatsrechtlichen Ausdruck finden, daß der Richter aus dem Beamten-

¹⁰⁵¹ „Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“ BArch R 3001/21518.

¹⁰⁵² BArch R 3001/21518.

¹⁰⁵³ BArch R 3001/21518.

¹⁰⁵⁴ BArch R 3001/24495.

tum hervorgehoben wird. Im Hinblick auf diese künftige Entwicklung bitte ich, schon jetzt den Richter nicht mehr als Beamten zu bezeichnen, auch nicht mehr von richterlichen Beamten, sondern nur noch vom Richter zu sprechen.“

Dennoch wurde keiner der 16.000 Richter des Dritten Reiches aufgrund seiner Rechtsprechung aus dem Amt entfernt oder mit physischer Gewalt verfolgt.¹⁰⁵⁵

An den untersuchten Ehescheidungsverfahren haben insgesamt 20 Richter mitgewirkt. Am Anfang und am Ende des Untersuchungszeitraums war das Landgericht jeweils mit drei Richtern besetzt. Bei dieser Besetzung wurde in meiner Untersuchung dem Vorsitzenden die Entscheidung zugerechnet. Deswegen sind zwar insgesamt 20 Richter im Untersuchungszeitraum in den Kammern des Landgerichts vorhanden gewesen, es gibt aber vier Richter, deren Verhalten im Verfahren aus diesen Gründen einer Entscheidung nicht zuzurechnen ist. Die Entscheidungen verteilen sich auf die restlichen 16 Richter wie folgt:

Richter	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947	1948	1949	Gesamt
Z	2	2					2		13	8	9	5	41
S							3		7	11	13	4	39
Gt	4	3	5	1	1	9	3			1			27
H										1	4	19	24
J											5	11	16
Ber										1	2	10	13
E					4	2	1						7
Bem		1		3									4
M	2	2											4
K											2	1	3
Gs			2	1									3
Brer					2								2
F									1			1	2
V										1		1	2
T										1		1	2
W											1		1
Gesamt	8	8	7	5	7	11	9	0	21	24	37	53	190

¹⁰⁵⁵ Udo Reifner, Juristen im Nationalsozialismus, ZRP 1983, 13 (17).

Leider sind nicht mehr zu allen Richtern Personalakten vorhanden.¹⁰⁵⁶ Soweit Personalakten vorhanden waren, werden diese hier dargestellt. Weitere Informationen sind auch aus den Spruchkammerverfahren der Spruchkammer Amberg ersichtlich und wurden bereits zum Teil oben dargestellt.

a. Richter Z

aa. Persönliches

Richter Z hat mit insgesamt 41 Urteilen die meisten Entscheidungen zu § 55 EheG 1938 bzw. § 48 EheG 1946 erlassen. Auf die Zeit des Dritten Reiches entfallen 6 Urteile auf Richter Z, auf die Zeit danach insgesamt 35 Urteile. Richter Z hat danach zur Zeit des Dritten Reiches 12,7% der Entscheidungen und in der Zeit nach dem Dritten Reich 25,9% der Urteile zu § 55 EheG 38 / § 48 EheG 46 gefällt.

Z wurde am 18.03.1883 in Würzburg geboren, war verheiratet, hatte einen Sohn und zwei Töchter. Er war römisch-katholisch. Im ersten Weltkrieg war Z Frontkämpfer. Die erste Staatsprüfung hatte er 1908 (bestanden), die große Staatsprüfung im Dezember 1911 in Würzburg bestanden (Notensumme 92). Im Jahr 1919 wurde Z zum Amtsgerichtssekretär, 1920 zum Obersekretär ernannt. Von 1923 bis 1933 war Z Amtsrichter, seit 1933 war Z Landgerichtsrichter. Am 01.07.1950 wurde Richter Z in den Ruhestand versetzt.

Richter Z war seit 12.12.1933 Mitglied beim Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund, seit 01.08.1934 Mitglied bei der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und seit 01.06.1936 Mitglied beim Nationalsozialistischen Richterbund. Aus der Personalakte ergibt sich nicht, dass Richter Z auch Mitglied der NSDAP gewesen wäre. Die Mitgliedschaft bei der Partei wurde in den anderen Personalakten exponiert dargestellt, so dass wohl davon auszugehen ist, dass Richter Z tatsächlich kein Mitglied der Partei gewesen ist.

Am 25.11.1948 ist die Ehefrau des Richters Z verstorben. Am 12.12.1949 erlitt Richter Z bei einer Tagung einen Gehirnschlag. Eine Rückkehr in den Dienst fand nicht mehr statt.

bb. Dienstliche Beurteilungen

In der Beurteilung vom 25.06.1931 wurde Richter Z überaus positiv bewertet. Richter Z habe einen ausgezeichneten Charakter, ein strenges Pflicht- und Verantwortungsgefühl, er hätte ein großes Geschick im Umgang mit Menschen. Seine wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kenntnisse seien sehr groß und er sei ein Kenner der alten und neuen Literatur. Seine Geschäftsgewandtheit sei als sehr gut zu bezeichnen. Er wäre frei von Flüchtigkeiten, er arbeite rasch und sicher. Z sei unermüdlich fleißig, ruhig und dabei sehr bescheiden. Er erledige seine Geschäftsaufgaben mit größter Peinlichkeit und Ge-

¹⁰⁵⁶ Die folgende Darstellung beruht auf den jeweiligen Personalakten, die beim Oberlandesgericht Nürnberg vorhanden waren. Soweit Informationen aus anderen Quellen dargestellt werden, wird dies durch Fußnoten deutlich gemacht.

wissenhaftigkeit. Seine schriftlichen Arbeiten seien sachlich und rechtlich erschöpfend ausgearbeitet, kurz und bündig, dabei aber klar und verständlich dargestellt. Die Verhandlungen leite er sehr ruhig und unparteiisch, taktvoll, sicher und scharfsinnig. Sein mündlicher Vortrag sei besonders lobenswert.

Seine Rednergabe wurde bereits in einer dienstlichen Beurteilung vom 30.04.1920 besonders hervorgehoben. Ebenso seine regen Interessen auf schönggeistigem Gebiete. In dieser Bewertung wird darauf hingewiesen, dass Richter Z, der zuvor als Rechtsanwalt gearbeitet habe und Stadtrat war, das Vertrauen weiter Bevölkerungskreise genieße. Daraus darf geschlossen werden, dass Richter Z sich auch politisch betätigte, da er zum Stadtrat gewählt wurde.

Richter Z bewarb sich offenbar Anfang 1933 auf die Stelle eines Landgerichtsrats, auf die er dann auch befördert wurde. In der Personalakte ist ein Schreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten Nürnberg an das Bayerische Staatsministerium der Justiz enthalten, das die Beförderung „wärmstens“ befürwortet. Darin schreibt der Oberlandesgerichtspräsident, dass Richter Z durch seine guten Fähigkeiten, große Geschäftsgewandtheit und großen Fleiß das schlechte Ergebnis der Staatsprüfung wettgemacht habe.

Bei zwei Beurteilungen in den Jahren 1935 und 1936 wurde Richter Z weniger gut beurteilt. In der dienstlichen Beurteilung vom November 1935 wurde darauf hingewiesen, dass Z bereits 40 Jahre alt war, als er in den Richterdienst aufgenommen wurde. Seine Kenntnisse genügen für den regelmäßigen Verlauf des Dienstes, besonders schwierigen Aufgaben sei er vielleicht nicht restlos gewachsen. Aber auch in dieser Beurteilung steht, dass seiner politischen Einstellung nach, er vorbehaltlos dem neuen Staate diene. Sowohl in der Beurteilung vom November 1935, als auch in der vom November 1936 wird hervorgehoben, dass Z die Verhältnisse des täglichen Lebens manchmal durch die Brille seiner Veranlagung betrachte und beurteile und er dadurch manchmal zu Schlussfolgerungen komme, die dem tatsächlichen Leben nicht entsprechen würden. Ein konkretes Beispiel, was damit gemeint sein könnte, wird nicht angeführt. Es erscheint durchaus denkbar, dass Richter Z eben nicht vorbehaltlos dem Nationalsozialismus gewogen war und er deswegen manche Sachverhalte nicht durch die nationalsozialistische Brille betrachtete und damit zu abweichenden Meinungen kam. Ein Anhaltspunkt hierfür ergibt sich jedoch aus der Personalakte nicht.

Diese negativen Bewertungen wurden Richter Z erst nach dem Einmarsch der Amerikaner offen gelegt. In einer Stellungnahme berichtet Richter Z, dass er sich in bewusster Gegnerschaft der NSDAP ferngehalten habe. Bis zum 01.03.1933 hatte Z unter Verwendung eines Pseudonyms aktiv in der Presse die NSDAP und ihre Führung bekämpft, was zu einem Zeitungsverbot für drei Tage führte. Die negative Bewertung könne Richter Z nicht nachvollziehen, da er wenige Monate zuvor noch eine gute Bewertung erhielt und in der Zwischenzeit nicht an irgendwelchen Aufgaben versagt hätte. Richter Z schreibt in dieser Stellungnahme weiter, dass er zur Zeit des Dritten Reichs nicht befördert wurde und es unangenehm empfunden habe, von weit jüngeren Kollegen mit geringerer Erfahrung bei solchen Beförderungen überholt wurde.

Dabei fällt auf, dass die Beurteilungen 1935 und 1936 durch den Landgerichtspräsidenten vorgenommen wurden, der nach dem Ende des Dritten Reiches bei dem Spruchkammervorgang eines anderen Richters offenbar versucht hatte, dessen Parteizugehörigkeit im Dritten Reich zu beschönigen. Ob die weniger gute Bewertung damit zusammenhängt, dass Richter Z möglicherweise dem Nationalsozialismus weniger zugeneigt war, oder der Landgerichtspräsident aus anderen Gründen eine negative Bewertung abgegeben hat, ist nicht mehr nachvollziehbar. Ein Fragezeichen bleibt hierbei jedoch. Die beiden negativen Bewertungen wurden 1938, nachdem ein anderer Vorgesetzter die Bewertung übernahm, revidiert und Richter Z wurde wieder überaus positiv bewertet. In der Bewertung vom 28.06.1938 ist der Hinweis enthalten, dass Richter Z nationalsozialistischen Gedankengängen Rechnung trägt. Am Ende der Bewertung steht der Satz:

„Es besteht bei meiner Einschätzung kein Zweifel, dass Z(...) rückhaltlos hinter dem nationalsozialistischen Staat steht.“

cc. Spruchkammerentscheid

Die Spruchkammer Amberg, die zur Beurteilung der politischen Vergangenheit und der Beurteilung der Belastung eingerichtet wurde, bestätigte Richter Z, dass er vom Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus nicht betroffen war. Diese Beurteilung ergibt sich aus der Personalakte von Richter Z, eine Spruchkammerakte war nicht (mehr) vorhanden.

Richter Z war einer der drei Juristen, die nach dem Zusammenbruch als erstes wieder als Juristen zugelassen wurden. Neben Z war dies der Rechtsanwalt, der die meisten Verfahren bearbeitet hatte.

dd. Prozessverhalten im Dritten Reich

Richter Z war im Dritten Reich für 6 Entscheidungen aus § 55 EheG verantwortlich. In der Entscheidung R 43/1938 führte Richter Z aus, dass der heutige Staat ein viel größeres Interesse an der beabsichtigten neuen Ehe des Klägers als an der bisherigen habe, weswegen der Widerspruch der Beklagten unbeachtlich sei. In dem Verfahren R 54/1938 wies Richter Z die Klage ab, weil er davon überzeugt war, dass die bestehende Ehe noch nicht unheilbar zerrüttet sei und wieder eine für die Volksgemeinschaft wertvolle werden könne. Dieses Urteil wurde in der Berufungsinstanz aufgehoben und die Ehe geschieden. In dem Verfahren R 2/1939 war die Beklagte offensichtlich psychisch erkrankt. In der Berufungsinstanz wurde geltend gemacht, dass die Ehe wegen dieser Erkrankung zerrüttet war. Richter Z wollte offensichtlich die Beklagte nicht in Schwierigkeiten bringen, weswegen er diesen Umstand nicht weiter ausführte. Er legte es im Gegenteil dem Kläger zur Last, dass er ja die Begutachtung der Beklagten kannte und hierauf auch durchaus hätte Rücksicht nehmen können. Richter Z berief sich in der Entscheidung auf die reichsgerichtliche Rechtsprechung und setzt sich intensiv mit der ideologischen Begründung der Scheidung auseinander. Offenbar wollte er auch nicht so weit gehen, die Klage abzuweisen. In dem Verfahren R 39/1939 wurde die Klage abgewiesen, in den Entscheidungsgründen wurden jedoch keine ideologischen Argumente angeführt. In den Verfahren R

65/1944 und R 97/1944 wurden die Entscheidungen erst nach dem Ende des Dritten Reiches gefällt und enthielten keine ideologische Argumentation.

	Richter Z	Insgesamt
Anzahl der mündlichen Verhandlungen	3,33	4,4
Anzahl der geladenen Zeugen	0	1,5
Umfang des Urteiles (TB / Grde)	1,75 / 2,7	2,0 / 2,74
Verfahrensdauer	10,7	7,8
Rechtliche Ausführungen	50 %	21,8 %
Ideologische Ausführungen	66%	38,2 %
Rechtsmittel (erfolglos / erfolgreich)	50 % / 50 %	22,2 % / 77,7 %
Scheidungsquote	50 %	89,1 %

Richter Z brauchte für die Durchführung seiner Verfahren deutlich länger, als es bei den durchschnittlichen Verfahren der Fall war. Dies lag aber unter anderem daran, dass zwei der 6 Verfahren 1944 eingeleitet wurden und erst nach dem Ende des Dritten Reiches fortgesetzt wurden. Die Urteile, die Richter Z erlassen hatte waren im Vergleich zu den durchschnittlichen Verfahren ein wenig kürzer. Auffällig ist jedoch, in welchem Umfang Richter Z rechtliche und ideologische Ausführungen in den Urteilen anbrachte. Möglicherweise sollten die ideologischen Ausführungen den Umstand rechtfertigen, dass er entgegen der Intention des § 55 EheG, die ihm das Reichsgericht gegeben hat, deutlich weniger Scheidungen ausgesprochen hat.

[1]. Arbeitsweise in der Nachkriegszeit

Richter Z führte die in der Nachkriegszeit mit Abstand auffälligsten Verfahren. Wie bereits oben dargestellt wurde, verfiel Richter Z in den Entscheidungsgründen häufig in einen beleidigend anklagenden Ton gegenüber den Parteien. Dass er seine Verfahren nicht mehr besonders gründlich führte, mag folgendes Beispiel verdeutlichen. In dem Verfahren R 193/46 wurde die Entscheidung von Richter Z gleich zweimal von dem Rechtsmittelgericht aufgehoben. Bei der ersten Rechtsmittelentscheidung bemängelte das Oberlandesgericht Nürnberg, dass Richter Z die angebotenen Beweismittel nicht gewürdigt habe und daher zu einem falschen Urteil gelangt ist. Richter Z vernahm sodann die angebotenen Zeugen und gab der Klage statt. Das Oberlandesgericht bemängelte wiederum, dass die Beweismittel nicht richtig gewürdigt wurden und wies die Klage ab. An diesem Verfahren wird deutlich, dass Richter Z diese sehr oberflächlich geführt hat. Das OLG bemängelte weiter, dass Richter Z auch die neuere Rechtsprechung der Oberlandesgerichte zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruches nicht ausreichend gewürdigt hat. Insgesamt kann man zu der Rechtsprechung von Richter Z feststellen, dass sie sehr oberflächlich und zuweilen willkürlich wirkte. Diese Verfahren wurden oben schon genauer dargestellt, so dass hier darauf verwiesen werden kann.

Haben die Verfahren, die Richter Z im Dritten Reich geführt hat, noch länger gedauert, als die Durchschnittsverfahren, steigerte sich Richter Z in der Nachkriegszeit hier deutlich.

	Richter Z	Insgesamt
Anzahl der mündlichen Verhandlungen	2,5	3,1
Anzahl der geladenen Zeugen	0,5	0,9
Umfang des Urteiles (TB / Grde)	1,2 / 1,2	1,4 / 1,7
Verfahrensdauer	4,3	7,7
Rechtliche Ausführungen	5,7%	22,2 %
Ideologische Ausführungen	0	2,2 %
Rechtsmittel (erfolglos / erfolgreich)	0 / 100%	25 % / 75 %
Scheidungsquote	80 %	88,1 %

Die Urteile waren vor allem bei den Entscheidungsgründen deutlich kürzer als die Durchschnittsurteile. Wobei man hier allerdings berücksichtigen muss, dass Richter Z mit die meisten Verfahren in der Nachkriegszeit durchgeführt hat und daher dessen Arbeitsweise auch auf die Durchschnittsverfahren durchschlagen. Richter Z hat erheblich weniger rechtliche Ausführungen gemacht. Dafür wurde aber auch bei jedem Verfahren, in dem ein Rechtsmittel eingelegt wurde, die Entscheidung von Richter Z wieder aufgehoben. Insgesamt lieferte Z die qualitativ schlechtesten Urteile ab, obwohl er Landgerichtspräsident war.

ee. Zusammenfassung

Auf der einen Seite behauptet Z, dass er sich dem Nationalsozialismus entgegengestellt habe. Dafür spricht, dass Z während des Dritten Reiches lediglich im Jahr 1939 zum aufsichtsführenden Richter an das Amtsgericht Amberg abgeordnet wurde. Dafür spricht auch seine eigene Aussage, wonach er sich bis 1933 unter einem Pseudonym in der Presse dem Nationalsozialismus entgegengestellt haben soll. Auf der anderen Seite sind in den dienstlichen Bewertungen stets die Hinweise enthalten, dass Z dem neuen Staat rückhaltlos zur Verfügung stehe. Außerdem wurde Richter Z das silberne Treudienst Ehrungszeichen verliehen.¹⁰⁵⁷ Betrachtet man jedoch auch die Urteile, die von Richter Z stammen, neigt man dazu, der Einlassung, dass er ein Gegner des Nationalsozialismus war, zu glauben. In einem Verfahren hat er durch die ideologische Argumentation darüber hinwegzutäuschen versucht, dass er der psychisch kranken Frau helfen wollte. In einem weiteren Verfahren hat Richter Z die Klage abgewiesen, obwohl sich aus der reichsgerichtlichen Rechtsprechung ergab, dass der Widerspruch grundsätzlich unbeachtlich sein sollte. In einem weiteren Verfahren wurden keinerlei ideologische Argumente verwandt. Dass dennoch in seiner Beurteilung stand, dass er sich rückhaltlos dem neuen Staat zur Verfügung stelle, steht hierzu im Widerspruch. Bedenkt man aber, dass Zeug-

¹⁰⁵⁷ Diese Ehrung könnte aber auch regelmäßig an alle Richter gleichen Alters bzw. gleichen Dienstalters verliehen worden sein.

nisse grundsätzlich positiv gefasst waren und dass in anderen Zeugnissen über die NSDAP-Anhängerschaft z.B. stand, dass sich die betreffende Person „freudig zur Verfügung gestellt“ habe, erscheint die Formulierung „rückhaltlos“ doch in einem anderen Licht.¹⁰⁵⁸ Außerdem unterlag jeder Beamte der politischen Treuepflicht und die Partei war bei jeder Beamtenernennung und Beamtenbeförderung anzuhören.¹⁰⁵⁹ Daneben musste jeder Beamte beurteilt werden, auch wenn er zur Beförderung nicht anstand.¹⁰⁶⁰ Wahrscheinlich wurde die Formulierung, dass der zu beurteilende Beamte rückhaltlos dem neuen Staat zur Verfügung steht, nur deswegen gebraucht, um den jeweiligen Beamten nicht in Schwierigkeiten zu bringen.

In den Nachkriegsverfahren wandelte sich die Rechtsprechung von Richter Z insoweit, als er dazu übergang, teilweise die Parteien in den Urteilen zu beleidigen. Er verzichtete auf rechtliche Ausführungen und die Urteile von Richter Z waren deutlich kürzer, als die von allen anderen Richtern. Arbeitete Richter Z im Dritten Reich noch sorgfältig und darauf bedacht, vereinzelte Personen zu schützen, hatte er dies offensichtlich nach seiner Beförderung zum Landgerichtspräsidenten aufgegeben. Alle Entscheidungen, die mit einem Rechtsmittel angegriffen wurden, hatten Erfolg. In einem Verfahren wurde Richter Z sogar zweimal aufgehoben. Insgesamt muss man die Arbeitsweise von Richter Z in der Nachkriegszeit wohl als eher schlampig bezeichnen.

b. Richter S

aa. Persönliches

Über die persönlichen Hintergründe von Richter S ist nichts bekannt, da Personalakten nicht mehr vorhanden sind. Lediglich durch die Personalkarteikarte des Bundesarchivs sind wenige Eckdaten bekannt. Richter Dr. S wurde am 30.04.1906 geboren. Er war katholisch und verheiratet. Die Vereidigung von Dr. S fand am 25.03.1930 statt. Vermutlich wurde Dr. S als Referendar vereidigt, weil aus der Karteikarte hervorgeht, dass er erst am 01.04.1934 zum Gerichtsassessor ernannt wurde. Am 25.09.1934 wurde er zum II. Staatsanwalt beim Landgericht Kaiserslautern ernannt. Am 13.03.1936 wurde er zum Amtsgerichtsrat ernannt und ab dem 01.04.1936 in Amberg eingesetzt. Ab dem 15.04.1936 war Dr. S stellvertretender Vorsitzender des Anerbengerichts in Amberg.

bb. Spruchkammerverfahren

Im Spruchkammerverfahren¹⁰⁶¹ wurde Richter S in die Gruppe IV der Mitläufer eingestuft. Er war NSDAP Mitglied vom 01.05.1937 bis 1945. Daneben war er SA Mitglied vom 27.08.1933 bis 28.11.1934. Beim NSRB war er vom 01.06.1935 bis 1945. Ab dem 01.11.1943 war Richter S bei der Wehrmacht.

¹⁰⁵⁸ Möglicherweise lag dies auch am Alter von Richter Z. Immerhin war er 1938 bereits 55 Jahre alt. Dass bei älteren Richtern Schwierigkeiten in Bezug auf Lenkung im Sinne der NS-Ideologie bestand, wurde auch bei Hans Michelberger, *Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches*, 1. Auflage 1989, S. 284nf beschrieben.

¹⁰⁵⁹ Diemut Majer, *Nationalsozialismus im Lichte der Juristischen Zeitgeschichte*, 1. Auflage 2002, S. 60.

¹⁰⁶⁰ Diemut Majer, *Nationalsozialismus im Lichte der Juristischen Zeitgeschichte*, 1. Auflage 2002, S. 62.

¹⁰⁶¹ Spruchkammerakte der Spruchkammer Amberg-Stadt, St. 48.

Durch Sühnebescheid wurde er zu einer Sühne von 600,- RM verurteilt. Interessant bei dem Spruchkammerverfahren ist der Ergänzungsfragebogen, den S ausfüllen musste. Hier wurden unter anderem folgende Fragen gestellt:

Frage: Wie können Sie die Tatsache erklären, daß ehrbare Menschen, wie Richter und Juristen jeder Art, die geschworen hatte, das Recht und die Gesetze zu verteidigen, das deutsche Volk vor Unrecht und Willkür zu schützen, ohne Protest zu Hitlers und Himmlers Gestapo-Justiz übergangen?

Antwort S: Aus krankhaftem Geltungsbedürfnis und um rasch Karriere zu machen.

Frage: Haben Sie persönlich irgendwelchen Protestversuch gemacht, Ihr Amt niedergelegt, Ihre Praxis eingestellt?

Antwort S: Wäre zwecklos gewesen. Im Übrigen hatte ich kein politisches Referat.

Erklärung zur NSDAP-Mitgliedschaft: S: Die NSDAP brachte mir nie Vorteile, keine Beförderung usw.

Grund der Aufnahme: Im Sommer 1937 wurden die letzten, wenigen, noch nicht parteizugehörigen Beamten des Amtsgerichtes Amberg zum Beitritt in die NSDAP aufgefordert. Meiner Erinnerung nach war ich damals der einzige Richter des Amtsgerichts Amberg, der noch nicht Mitglied der NSDAP war. In Anbetracht meines Austritts aus der SA, den ich dienstlich gemeldet hatte, befürchtete ich für den Fall der Verweigerung des Parteibeitritts meine Entlassung. Die Sorge um Familie und Existenz zwangen mich also zu NSDAP.

Trotz der NSDAP Mitgliedschaft war Richter S einer der ersten Richter, die nach dem Ende des Dritten Reiches wieder zugelassen wurden.

cc. Prozessverhalten

[1]. Im Dritten Reich

Die drei Verfahren, die 1944 eingeleitet wurden, werden statistisch mit den Verfahren aus dem Dritten Reich verglichen, obwohl die Entscheidungen jeweils in der Nachkriegszeit ergingen. Zwar könnte man diese Verfahren genauso gut mit den Nachkriegsverfahren vergleichen, da Richter S vermutlich erst in der Nachkriegszeit an das Landgericht versetzt wurde und die Verfahren vorher von anderen Richtern geführt wurden, dies trifft aber auch auf eine Vielzahl anderer Verfahren aus 1944 zu, die ebenfalls dem Dritten Reich zugerechnet werden. Daher werden auch die Verfahren von Richter S mit denen aus dem Dritten Reich verglichen.

In dem Verfahren R 17/44 war der Kläger ein Major bei der Wehrmacht. Der Beklagte berief sich darauf, dass er nicht allein die Ehe zerrüttet habe, sondern dass die weltanschauliche Verschiedenheit von der Anschauung des Beklagten im Vergleich zur Schwiegermutter das eheliche Verhältnis getrübt habe. Die Klägerin habe sich auf die Seite der

Schwiegermutter gestellt und daher das eheliche Verhältnis zerrüttet. In dem Beklagten-schriftsatz wurde weiter vorgetragen, dass sich die Klägerin geweigert habe, mehr als zwei Kinder zu empfangen. Die Kinder seien von dem Beklagten ferngehalten worden, weil die Klägerin durch den Beklagten aufgrund dessen NSDAP-Zugehörigkeit eine negative Beeinflussung befürchtete. Dies wurde von der Klägerin jedoch bestritten. Das LG hat danach das Ruhen des Verfahrens angeordnet und erst nach dem Zusammenbruch im Jahre 1947 wieder fortgesetzt. Im Urteil setzte sich Richter S mit den gegenseitigen Vorwürfen, zur NSDAP-Vergangenheit nicht auseinander. Durch das Ruhen des Verfahrens musste Richter S im Dritten Reich keine Entscheidung fällen. Damit umging er eine Positionierung zur Frage des Verschuldens an der Zerrüttung durch die NSDAP-Gegnerschaft der Klägerin und der Schwiegermutter des Beklagten. Richter S schaffte es in diesem Verfahren, sich nicht zu den politischen Fragen positionieren zu müssen.

Auch in dem Verfahren R 70/44 wurden in der Klageschrift ideologische Ausführungen zur NSDAP-Gegnerschaft der Beklagten und der behaupteten Weigerung der Beklagten, Kinder zu empfangen, gemacht. Auch in diesem Verfahren erging im Dritten Reich keine Entscheidung mehr. Durch Zeugeneinvernahmen konnte das Verfahren so lange verzögert werden, bis eine Entscheidung in der Sache aufgrund des Zusammenbruchs nicht mehr möglich war. Nach dem Ende des Dritten Reichs musste sich Richter S nicht mehr mit der ideologischen Argumentation auseinandersetzen und erwähnte dies im Urteil auch nicht.

Auch in dem Verfahren R 88/44 wurde auf die gehobene NSDAP-Stellung des Beklagten hingewiesen. Ebenso wie in den beiden anderen Verfahren schaffte es Richter S sich nicht positionieren zu müssen. Nach dem Zusammenbruch spielte die NSDAP-Vergangenheit des Beklagten im Urteil keine Rolle mehr.

Drittes Reich	Richter S	Insgesamt
Anzahl der mündlichen Verhandlungen	9	4,4
Anzahl der geladenen Zeugen	3,3	1,5
Umfang des Urteiles (TB / Grde)	2,5 / 1,8	2,0 / 2,74
Verfahrensdauer	48	7,8
Rechtliche Ausführungen	33 %	21,8 %
Ideologische Ausführungen	0	38,2 %
Rechtsmittel (erfolglos / erfolgreich)	0	22,2 % / 77,7 %
Scheidungsquote	100 %	89,1 %

Bei den Verfahrenseckdaten fällt auf, dass Richter S deutlich mehr mündliche Verhandlungen durchgeführt hat, als es im Dritten Reich üblich war. Dies liegt aber daran, dass die Verfahren, die Richter S durchgeführt hatte, allesamt unterbrochen wurden und nach dem Ende des Dritten Reiches fortgeführt wurden. Dadurch ergab sich ein größerer Bedarf nach mündlichen Verhandlungen. Daher kommt auch die sehr lange Verfahrensdauer. Dafür waren die Entscheidungsgründe deutlich kürzer, als in den sonstigen Fällen aus dem Dritten Reich. Dies lag aber auch daran, dass in rund 38% der Verfahren

im Dritten Reich ideologische Ausführungen gemacht wurden, die bei Richter S vollständig fehlten.

[2]. In der Nachkriegszeit

Die meisten Verfahren führte Richter S in der Nachkriegszeit durch. Insgesamt 36 Verfahren wurden hier von ihm durchgeführt.

Die Einstellung von Richter S zu dem Institut der Ehe wird in dem Verfahren R 262/47 deutlich. Dort hatte der Kläger die Scheidung beantragt, weil er sich mit einer jüngeren Frau verheiraten wollte. Die Beklagte wäre bereit gewesen, mit dem Kläger die Ehe fortzusetzen. Richter S hielt den Widerspruch der Beklagten für beachtlich. Er hätte sich hier auf die obergerichtliche Rechtsprechung, die sich für die grundsätzliche Beachtlichkeit des Widerspruchs ausgesprochen hatte, berufen können. Richter S argumentierte jedoch, dass der Wunsch, sich von seiner gealterten Ehefrau zu Gunsten einer jüngeren und attraktiveren Frau scheiden zu lassen, nicht durchdringen könne. Weigerte sich jedoch die beklagte Partei, die Ehe fortsetzen zu wollen, hielt Richter S wie zum Beispiel in dem Verfahren R 125/48 trotz der obergerichtlichen Rechtsprechung den Widerspruch für unbeachtlich.

Richter S hielt auch durchgehend in allen Verfahren in der Konstellation Widerspruch mit gleichzeitiger Widerklage den Widerspruch für unbeachtlich, weil die beklagte Partei selbst die Lösung der Ehe begehrte.

Insgesamt kann man in der Rechtsprechung von Richter S eine klare Linie erkennen. Die unfreiwillige Trennung, zum Beispiel durch die Nachkriegswirren, war nach seiner Rechtsprechung nicht geeignet, das Tatbestandsmerkmal der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft zu erfüllen. Dies war nur dann anders, wenn in dieser Zeit ein subjektiver Wille einer der beiden Ehegatten erkennbar zum Ausdruck gebracht wurde. Lebten sich die Parteien auseinander, hielt Richter S einen Widerspruch in der Regel für unzulässig, da er ein überwiegendes Verschulden eines der beiden Parteien nicht erkennen konnte. Wurde ein Widerspruch erhoben, war dieser beachtlich, wenn eine der Parteien an der Ehe festhielt.

Nachkriegszeit	Richter S	Insgesamt
Anzahl der mündlichen Verhandlungen	2,8	3,1
Anzahl der geladenen Zeugen	0,6	0,9
Umfang des Urteiles (TB / Grde)	1,2 / 1,2	1,4 / 1,7
Verfahrensdauer	7,3	7,7
Rechtliche Ausführungen	16,7 %	22,2 %
Ideologische Ausführungen	0	2,2 %
Rechtsmittel (erfolglos / erfolgreich)	100 % / 0 %	25 % / 75 %
Scheidungsquote	88,9 %	88,1 %

Richter S führte seine Verfahren etwas schlanker, als die Durchschnittsverfahren geführt wurden. Zwar lag er bei der Anzahl der mündlichen Verhandlungen fast beim Durchschnittswert, ebenso wie bei den vernommenen Zeugen. Seine Urteile waren aber um durchschnittlich eine halbe Seite kürzer als es im Durchschnittsverfahren der Fall war. Die Verfahrensdauer lag auch fast beim Durchschnittswert. Auch die Anzahl der rechtlichen Ausführungen war fast durchschnittlich. Interessant ist jedoch die Untersuchung in Bezug auf Rechtsmittel. Wahrscheinlich gerade wegen der Stringenz der Entscheidungen wurde auch keine Entscheidung von Richter S in der zweiten Instanz aufgehoben. Hier unterscheidet er sich erheblich von den durchschnittlichen Verfahren, bei denen drei Viertel der Entscheidungen wieder aufgehoben wurden.

dd. Zusammenfassung

Richter Dr. S war Mitglied der NSDAP. Er machte geltend, dass er zwangsweise der NSDAP beigetreten war und nach seiner Erinnerung der letzte Richter am Amtsgericht Amberg war, der nicht Parteimitglied war. Interessant ist der Zusatzfragebogen, der sich in dieser Form nur in der Spruchkammerakte von Richter S befindet. Dort führte er aus, dass er der Meinung war, dass Juristen sich deswegen nicht dem Naziregime entgegensetzten, weil sie ein krankhaftes Geltungsbedürfnis hatten und rasch Karriere machen wollten.

In den Verfahren, in denen von Seiten der Parteien versucht wurde, die NSDAP – Vergangenheit zu instrumentalisieren – sei es in die eine oder andere Richtung – setzte sich S nicht weiter mit diesem Vorbringen auseinander. S war der einzige Richter am Landgericht Amberg im gesamten Untersuchungszeitraum, bei dem kein einziges Rechtsmittel Erfolg hatte. Die Entscheidungen von Richter S verwiesen zwar kaum auf obergerichtliche Rechtsprechung oder Kommentare, dafür entschied Richter S inhaltlich entsprechend der obergerichtlichen Rechtsprechung, so dass die Entscheidungen von Richter S in der zweiten Instanz nicht angreifbar waren. Insgesamt waren seine Entscheidungen in sich stimmig und nicht widersprüchlich. Er musste im gesamten Untersuchungszeitraum seine Rechtsprechung nicht ändern oder anpassen, wie es andere Richter (z.B. Richter Z) tun mussten. Wurde das Verfahren von Richter S geführt, war die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, auf einen gewissenhaften und neutralen Richter zu treffen, der eine sachgerechte Entscheidung fand.

c. Richter Gt

aa. Persönliches

Richter Gt war für insgesamt 26 Urteile verantwortlich. Von diesen 26 Urteilen wurden 25 in der Zeit des Dritten Reichs gefällt. Lediglich ein Urteil wurde nach dem Ende des Dritten Reiches zu § 48 EheG 46 gefällt. Damit hat Gt mit 45,45% der Urteile, also mit großem Abstand, die meisten untersuchten Urteile zu § 55 EheG 38, während des Drit-

ten Reiches, gefällt. Die Entscheidung nach dem Ende des Dritten Reiches stellt lediglich 0,77% der Gesamtzahl der Entscheidungen zu § 48 EheG 46 dar.

Richter Gt wurde am 23.12.1885 in Regensburg geboren, war römisch-katholisch. Gt war verheiratet und hatte ausweislich seiner Personalakte eine Tochter. Aus der Spruchkammerakte¹⁰⁶² ergibt sich jedoch, dass Gt (auch) einen chronisch erkrankten Sohn hatte. Die erste Staatsprüfung hatte er 1909 in Würzburg bestanden, die große Staatsprüfung in Regensburg mit der Notensumme 81. Im Ersten Weltkrieg wurde Gt bereits am 26.08.1914 verwundet und blieb in französischer Kriegsgefangenschaft bis 1920. Seit 01.04.1920 war Gt Amtsanwalt, seit 01.08.1922 Amtsrichter, seit 01.04.1932 Landgerichtsrat. Am 16.10.1945 wurde Gt vom Dienst enthoben und ab dem 01.09.1947 wieder eingesetzt. Bei einer Musterung am 28.03.1944 wurde Gt nur als bedingt kriegsverwendungsfähig befunden.

Gt war Mitglied der NSDAP seit dem 01.05.1935, jedoch ohne Amt. Er war auch Mitglied der angeschlossenen Verbände NSRB, NRB und NSV. Aus einem Schreiben des Gauleiters der NSDAP Bayreuth vom Juli 1936 geht hervor, dass Gt an den Parteiveranstaltungen und Schulungsabenden stets teilnehme.

bb. Dienstliche Beurteilungen

Die erste dienstliche Beurteilung aus der Personalakte stammt vom 02.08.1922. In dieser Beurteilung wird Richter Gt als tüchtiger Beamter bezeichnet. Gt sei aber lediglich bei einem kleinen Landgericht mit nicht zu großen und schwierigen Geschäftsaufgaben verwendbar.

In der etwas ausführlicheren dienstlichen Beurteilung vom 22.12.1924 wurden Richter Gt gute Fähigkeiten und Kenntnisse bescheinigt. Gt erledige seine Geschäftsaufgabe mit sehr großem Fleiß, Pflichteifer und anerkennenswerter Gewissenhaftigkeit. Die schriftlichen Entscheidungen seien klar und sorgfältig durchgearbeitet und verdienten Anerkennung. Im Allgemeinen hätte er ein sicheres Urteil und dürfte nur in seinen Entschlüssen etwas rascher sein.

Eine weitere dienstliche Beurteilung anlässlich des Versetzungsgesuchs vom 06.08.1930 ist überaus positiv und ausführlich. Darin wird bescheinigt, dass Gt einen ehrlichen Charakter habe, sehr großes Pflichtgefühl besitze, eine hohe Lebenserfahrung habe, sehr große Selbständigkeit besitze und große Verantwortungswürdigkeit hätte. Gt sei sehr gut begabt, hätte eine rasche und zutreffende Auffassungsgabe und Entschlussfähigkeit. Er besäße große Fachkenntnisse und bilde sich ständig fort durch Studium der ergangenen Entscheidungen und der einschlägigen Zeitschriften. Seine Geschäftsaufgabe würde er in kürzester Zeit und in bester Weise bei Vermeidung von Flüchtigkeiten und Umständlichkeiten gründlich erledigen. Die Entscheidungen könnten nur als gut bezeichnet werden. Sein mündlicher Vortrag wäre fließend und die Art der Sitzungsleitung sei in jeder Weise taktvoll und entschieden. In dieser Beurteilung wird Gt bescheinigt, dass er sich

¹⁰⁶² Spruchkammer Amberg-Stadt G 21.

für jede der von ihm angestrebten Stellen eignen würde und das Versetzungsgesuch befürwortet werde.

In den dienstlichen Beurteilungen 1935 und 1936 wird dieses positive Urteil wieder deutlich gedämpft. Auf der einen Seite werden sein unermüdlicher Fleiß, seine peinliche Gewissenhaftigkeit und sein Pflichtgefühl hervorgehoben. In der Beurteilung von 1935 wird darauf hingewiesen, dass Gt stets bemüht ist, zu Schlussfolgerungen zu kommen, welche dem gesunden Volksempfinden entsprechen. Daneben wird hervorgehoben, dass Gt mit Eifer alle neuen Gesetze verfolge und sich in der höchsten Rechtsprechung auf dem Laufenden hält. Negativ wird bemerkt, dass Gt schwer von Entschluss sei, dass er bei Beratungen nicht selten unentschlossen hin- und her schwanke und er dadurch bei seiner Arbeit etwas langsam sei. Für eine leitende Stelle werde Gt nicht empfohlen, es hafte ihm etwas Schwerfälliges an, es fehle ihm das nötige Temperament und die erforderliche Energie, um andere, ihm Unterstellte, leiten zu können. Die persönliche Erscheinung sei schwerfällig und die Art seines Gehabens und der Mangel an Beweglichkeit und Tatkraft empfehlen ihn nicht für eine leitende Stelle. Gt lebe still und zurückgezogen, er sei ein guter Katholik, hätte sich aber nie dem politischen Katholizismus verschrieben und stehe wohl ehrlich und vorbehaltlos auf dem Boden des Dritten Reichs. Wörtlich heißt es: „Politisch ordnet sich der stille Mann dem Staate Adolf Hitlers treu und vorbehaltlos unter.“¹⁰⁶³

Auch in der dienstlichen Beurteilung vom Januar 1939 werden die positiven Charakterzüge hervorgehoben. Daneben wird darauf hingewiesen, dass er immer arbeitswillig sei. Seine Kenntnisse im Zivilrecht seien als ganz besonders gut zu bezeichnen. Die Abfassung der Urteile entspreche allen Anforderungen. Der Sachverhalt werde nach allen tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkten klar und erschöpfend dargestellt. Der unermüdliche Fleiß gleiche jedoch seinen Mangel an Entscheidungsfreude aus, so dass es bei ihm niemals Rückstände gebe. Aufgrund seiner stets zutreffenden Urteilserfassung sei er für die Stelle eines Rats am Oberlandesgericht besonders geeignet.

In der dienstlichen Beurteilung vom Dezember 1942 wird darauf hingewiesen, dass Richter Gt sehr religiös veranlagt sei. Neben den positiven Merkmalen wird darauf hingewiesen, dass seine Sitzungsleitung straffer sein könnte. Es lägen keine Tatsachen vor, die Anlass gäben, an seiner politischen Zuverlässigkeit zu zweifeln.

Bei einer dienstlichen Beurteilung vom Juli 1948 wird Gt dagegen wieder überaus positiv beurteilt. Darin wird Gt als aufrechter Mann bezeichnet, der sich nicht nur größter Hochachtung bei allen Angehörigen des Amts- und Landgerichtes, sondern auch bei der ganzen Bevölkerung erfreue. Er sei ein Mann, der in seinem Beruf aufgehe und den Beruf des Richters von ganz hoher Warte aus betrachte. Zu dem Vorwurf der Schwerfälligkeit wird in der dienstlichen Beurteilung von 1948 darauf hingewiesen, dass dieses Urteil zu hart sei. Richtig wäre, dass er in der Erkenntnis seiner großen Verantwortung alle Fragen genauestens überlege und sie von allen Seiten prüfe. Ein anderer möge rascher

¹⁰⁶³ Personalakte Richter Gt, Dienstliche Beurteilung vom November 1936.

auf seine Entscheidung kommen, Gt könne jedoch für sich in Anspruch nehmen, dass er nichts übersehe.

cc. Spruchkammerverfahren

Gt wurde in dem Spruchkammerverfahren in die Gruppe IV der Mitläufer eingeteilt. Aufgrund der Mitgliedschaft in der NSDAP wurde Gt zunächst in die Gruppe II der Belasteten eingereiht, ihm gelang jedoch der Entlastungsbeweis. In der Begründung des Spruchkammerentscheids heißt es, dass der Parteibeitritt ohne innere Regung erfolgte, nur aus der Sorge um die Existenzerhaltung mit Rücksicht auf das chronisch kranke Kind. Gt sei zu keiner Zeit Gesinnungsgenosse gewesen. Er sei mit Klarheit dem tückischen, verlogenen Regime der Nazis gegenübergestanden. Seine richterliche Tätigkeit wird als einwandfrei und ohne Bezugnahme auf die Belange des Nationalsozialismus bezeichnet. In seinem Bekanntenkreis hätte er als einer der verbissensten Gegner des Nationalsozialismus gegolten. Aus seiner tief verwurzelten, kompromisslosen religiösen Einstellung resultierte zwangsläufig die Ablehnung des Nationalsozialismus. Auch die Polizei ordnete Gt als zwangsweisen Parteigenossen ohne aktive Tätigkeit ein. Die CSU urteilte über Gt im Spruchkammerverfahren, dass Gt als Nazi bekannt gewesen sei. Die KPD teilte mit, dass Gt als überzeugter Nazi bekannt sei und als starker Anhänger Hitlers auch heute noch nicht einwandfrei sei. Gt behauptete, dass durch einen späteren Austritt aus der Partei er seine Lage nur verschlimmert hätte. Er hätte sich aktiv nicht beteiligt, Versammlungen hätten ihm nichts bieten können und das Parteiabzeichen habe er meist nicht getragen, das Grüßen mit Heil Hitler wäre er zu vermeiden bestrebt gewesen.

dd. Prozessverhalten

[1]. Im Dritten Reich

Mit lediglich rechtstheoretischen Floskeln argumentierte Richter Gt in fünf Verfahren¹⁰⁶⁴. Ohne ideologische Ausführungen waren die Urteile in zehn Verfahren¹⁰⁶⁵ abgefasst. Dies lag aber vermutlich eher daran, dass diese Verfahren wenig Anlass zu ideologischen Ausführungen gaben. In dem Verfahren R 53/1938 war der Beklagte KPD Mitglied. Richter Gt stellte fest, dass dem Beklagten die eheliche Gesinnung abhandengekommen war, weil er sich sonst in die staatliche Ordnung gefügt hätte. Richter Gt prognostizierte, dass so wie die Dinge lägen, mit einer Wiedervereinigung nicht mehr zu rechnen wäre, weil eine Rückkehr des Beklagten aussichtslos erscheine. Möglicherweise war dieses Verfahren dafür ursächlich, dass die KPD im Spruchkammerverfahren mitgeteilt hatte, dass Richter Gt ein überzeugter Nazi sei. In dem Verfahren R 56/1938 wurde von Richter Gt ermittelt und im Urteil mitgeteilt, dass der Kläger in einer Heil- und Pflegeanstalt war, weil er Adolf Hitler schwer beschimpft habe. Da die Beklagte der Scheidung nicht widersprochen hatte, wäre es nicht nötig gewesen, näher auf die Angelegenheit einzugehen.

¹⁰⁶⁴ R 44/1938, R 44/1939, R 111/1943, R 113/1943 und R 20/1944.

¹⁰⁶⁵ R 12/1939, R 23/1939, R 20/1940, R 41/1940, R 59/1940, R 98/1942, R 9/1943, R 77/1943, R 123/1943 und R 12/1944.

hen. Dass der Kläger deswegen in einer Heil- und Pflegeanstalt gewesen ist, wurde auch von keinem der Prozessbeteiligten vorgetragen, so dass es nicht nötig gewesen wäre, diesen Umstand im Urteil zu erwähnen. In dem Verfahren R 57/43 war die Beklagte nicht anwaltlich vertreten. Gegen die Beklagte wurde ein Entmündigungsverfahren durchgeführt. Gerade in diesem Verfahren wäre es erforderlich gewesen, der Beklagten einen Anwalt beizuordnen. Gt unterließ dies jedoch, weil die Beklagte in der mündlichen Verhandlung sagte, dass sie ebenfalls geschieden sein wollte. Dennoch wäre es gerade unter dem Aspekt des Unterhaltes erforderlich gewesen, dass die Beklagte einen Antrag hätte stellen können. Stattdessen stellte Gt im Urteil fest, dass auch das Gericht der Auffassung sei, dass die Beklagte geistig nicht vollwertig sei. In dem Verfahren R 20/1940 argumentierte Richter Gt ohne Not mit der Behauptung der Beklagten, dass der Kläger widernatürlichen Geschlechtsverkehr durchführen wollte. Dennoch hielt er den Widerspruch für unbeachtlich, weil die Ehe für die Volksgemeinschaft völlig wertlos sei. In dem Verfahren R 47/1940 hielt Richter Gt den Widerspruch der Beklagten für unbeachtlich. Die Beklagte hatte sich auf die Opferrechtsprechung des Reichsgerichts berufen. Zwar lebten die Streitsteile bereits seit 27 Jahren getrennt, die Beklagte war jedoch über die Kindererziehung alt geworden. An sich wäre dies, ein Anwendungsfall der reichsgerichtlichen Opferrechtsprechung gewesen. Weswegen Richter Gt dennoch die Ehe geschieden hat, könnte damit zusammenhängen, dass er davon überzeugt war, dass die zu scheidende Ehe bevölkerungspolitisch wertlos war. In dem Verfahren R 6/1941, das auch oben schon wegen der darin enthaltenen Rechtsbeugung genauer ausgeführt wurde, hätte Richter Gt die Möglichkeit gehabt, die Ehe auch ohne die im Urteil ausgeführte absurde Argumentation scheiden können. Es wäre nicht notwendig gewesen, weiter auf die homosexuellen Neigungen des Beklagten einzugehen. Richter Gt hat jedoch diesen Umstand breit ausgeführt und damit die Entscheidung in einer Art und Weise begründet, die man eher in einer NS-Zeitung erwartet hätte. Auch das reine Gefälligkeitsurteil im Verfahren R 55/1943 erging zu Gunsten eines Parteigenossen.¹⁰⁶⁶ Ebenso lässt eine Äußerung im Verfahren R 57/1943 Zweifel über die angebliche Gegnerschaft Richter Gts aufkommen. In diesem Verfahren hatte Richter Gt im Urteil mitgeteilt, dass aufgrund der persönlichen Vernehmung, auch das Gericht der Ansicht sei, dass die Beklagte geistig nicht vollwertig sei. Nachdem die Beklagte keinen Widerspruch erhoben hatte, war diese Ausführung überflüssig. Im Verfahren R 58/1943 wurde zwar nicht ideologisch argumentiert, aber Richter Gt ließ zum Nachweis der Potenz des Klägers eine amtsärztliche Untersuchung durchführen. Diese Untersuchung wäre nicht erforderlich gewesen, weil die Beklagte keinen Widerspruch erhoben hatte und damit das Verschulden an der Zerrüttung nicht festgestellt zu werden brauchte. Überflüssig waren auch die Ausführungen zu den Vorstrafen des Beklagten im Verfahren R 115/1943. Der Beklagte suchte um einen Anwalt nach, was das Gericht aber nicht weiter verfolgte. Der Beklagte konnte so der Scheidung nicht widersprechen. Der Beklagte wurde scheinbar von Richter Gt als Gewohnheitsverbrecher eingestuft, weswegen die Ausführungen im Urteil hierzu gemacht wurden. Richter Gt reagierte hier offensichtlich auf den vierten Richterbrief, mit

¹⁰⁶⁶ Siehe hierzu die ausführliche Beschreibung des Urteils oben.

dem Reichsjustizminister Thierack die Auslöschung der Gewohnheitsverbrecher erreichen wollte. Da der Beklagte ohne anwaltlichen Vertreter keinen Antrag stellen konnte, stellte Gt im Urteil fest, dass der Widerspruch nicht zu prüfen sei, da er nicht rechtmäßig erhoben wurde. Dass der Beklagte aber aus dem Zuchthaus heraus Schwierigkeiten hatte, einen Anwalt zu finden und hierfür das Gericht einen Anwalt hätte beordnen können, wurde von Gt ignoriert. In dem Verfahren R 36/1944 brachte Richter Gt zum Ausdruck, dass das Verhalten vor 1933 anders zu beurteilen sei, als das Verhalten in der Zeit danach.

Ein eindeutiger Nachweis der Gesinnungsanhängerschaft Gts lässt sich aus den Akten nicht belegen. Andererseits hat Gt aber gerade die sensiblen Verfahren nicht die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt, sondern die Parteien geradezu vorgeführt. Dies lässt jedenfalls erhebliche Zweifel an der Gegnerschaft zur Partei aufkommen.

	Richter Gt	Insgesamt
Anzahl der mündlichen Verhandlungen	3,5	4,4
Anzahl der geladenen Zeugen	1,1	1,5
Umfang des Urteiles (TB / Grde)	1,9 / 2,5	2,0 / 2,74
Verfahrensdauer	4,2	7,8
Rechtliche Ausführungen	26,9 %	21,8 %
Ideologische Ausführungen	42,3 %	38,2 %
Rechtsmittel (erfolglos / erfolgreich)	50 % / 50 %	22,2 % / 77,7 %
Scheidungsquote	100 %	89,1 %

Richter Gt führte seine Verfahren schlanker und zügiger, als die durchschnittlichen Verfahren. In den Verfahren von Richter Gt wurden überdurchschnittlich häufig rechtliche Ausführungen gemacht. Überdurchschnittlich häufig wurden in den Urteilen von Richter Gt ideologische Ausführungen gemacht, die so nicht erforderlich gewesen wären.

[2]. In der Nachkriegszeit

Nach dem Ende des Dritten Reiches fällt Richter Gt nur noch in einem einzigen Verfahren eine Entscheidung zu § 48 EheG. Diese Entscheidung ist jedoch unspektakulär. Die Verfahrenskennzahlen dieser Entscheidung werden hier nur der Vollständigkeit halber wiedergegeben. Da ein Durchschnitt nicht gebildet werden kann, erübrigt sich eine detailliertere Auswertung.

Nachkriegszeit	Richter Gt	Insgesamt
Anzahl der mündlichen Verhandlungen	1	3,1
Anzahl der geladenen Zeugen	0	0,9
Umfang des Urteiles (TB / Grde)	0,25 / 0,5	1,4 / 1,7
Verfahrensdauer	15,5	7,7
Rechtliche Ausführungen	0	22,2 %

Ideologische Ausführungen	0	2,2 %
Rechtsmittel (erfolglos / erfolgreich)	0	25 % / 75 %
Scheidungsquote	100%	88,1 %

ee. Zusammenfassung

Auffällig ist, dass Gt in den beiden dienstlichen Beurteilungen besonders gelobt wurde, denen eine Beförderung folgte, bzw. folgen sollte. Möglicherweise sollte durch die positive Bewertung erreicht werden, Gt von seiner bisherigen Stelle „wegzuloben“. In einem Fall hat es offensichtlich funktioniert, im zweiten Fall geht aus der Akte nicht hervor, dass die Beförderung erfolgt wäre. Gt war seit 1935 Mitglied der NSDAP und nahm an allen Parteiveranstaltungen und Schulungsabenden teil. Ob Gt tatsächlich innerlich den Nationalsozialismus abgelehnt hat, ist schwer zu beurteilen. Dafür könnte sprechen, dass sich Gt offensichtlich schwer getan hat Entscheidungen zu fällen. Wenn er tatsächlich so kompromisslos katholisch eingestellt war, hätte er gerade in den Scheidungsverfahren Probleme damit haben müssen, die Scheidungsfreudigkeit des Reichsgerichts nachzuvollziehen. Andererseits war Richter Gt für mindestens ein als Gefälligkeitsurteil zu Gunsten eines Parteigenossen sowie für ein Urteil verantwortlich, das man als Rechtsbeugung bezeichnen kann. Zwar gab es etliche Urteile, in denen lediglich rechtstheoretisch mit der nationalsozialistischen Ideologie argumentiert wurde und viele Urteile, in denen keine nationalsozialistische Ideologie in den Urteilen vorkam. Dies lag aber wohl eher daran, dass in diesen Verfahren keine ideologischen Argumente anzubringen waren. Nach der Gesamtbetrachtung der Verfahrensakten und der Personalakte kann die Entscheidung der Spruchkammer nicht nachvollzogen werden. Möglicherweise war Richter Gt kein innerlicher Anhänger des Nationalsozialismus. Er hat aber die Ideologie bei der Entscheidungsfindung angewandt und sich hiervon erheblich beeinflussen lassen. Die Einreihung in die Gruppe IV ist daher schwer nachzuvollziehen.

Genauso schwer nachzuvollziehen ist die Personalbeurteilung nach dem Ende des Dritten Reiches. Dort hatte der Landgerichtspräsident ausgeführt, dass Richter Gt seine Entscheidungen nach allen Seiten hin abwäge und dass andere schneller zu einer Entscheidung gelangen mögen, Gt könnte jedoch für sich beanspruchen, nichts übersehen zu haben. Diese Beurteilung kann man angesichts der Auswertung der Ehescheidungsakten schwer nachvollziehen. Zum einen war Richter Gt überdurchschnittlich schnell bei seinen Entscheidungen, da die Verfahrensdauer kürzer war, als im Regelfall. Zum anderen hat Gt nicht nach allen Seiten, sondern hauptsächlich zu Gunsten der NSDAP, bzw. das, was er dafür hielt, abgewogen.

d. Richter H

aa. Persönliches

Richter H war im Zeitpunkt des Dritten Reiches nicht als Scheidungsrichter am Landgericht Amberg tätig, sondern am Amtsgericht Nabburg, das ca. 25 km von Amberg ent-

fernt liegt. Auf ihn entfallen 23 Entscheidungen aus der Zeit nach dem Dritten Reich, also 17,69% der in diesem Zeitraum gefällten Entscheidungen.

H wurde am 25.02.1901 in Thüringen geboren und war seit 1936 verheiratet. H war evangelisch und hatte vier Kinder. Den Universitätsabschluss 1927 bestand H mit ausreichend. Von 1927 bis 1930 war H Rechtsreferendar. Das zweite Staatsexamen bestand H ebenfalls mit ausreichend.¹⁰⁶⁷ H war Mitglied der SA seit 1933 und Mitglied der NSDAP seit 1937. Er war zweiter stellvertretender Blockwart und Rottenführer der SA, sowie Mitglied in NSRB und NSV.

bb. Dienstliche Beurteilungen

Dienstliche Beurteilungen aus der Zeit des Dritten Reichs liegen nicht vor. Es liegen lediglich Beurteilungen aus den Jahren nach dem Dritten Reich vor. In der Personalakte findet sich ein Schreiben des Landgerichtspräsidenten an den Oberlandesgerichtspräsidenten vom 29.10.1946. Darin teilte der Landgerichtspräsident mit, dass H ein Gesuch um günstigere Beurteilung gestellt habe. Da es sich um eine grundsätzliche Frage handele, die öfters vorkomme, bat der Landgerichtspräsident um Weisung, da er sich nicht in der Lage sah, eigenmächtig Änderungen an der Personalakte vorzunehmen. Mit dem Gesuch erstrebe H die Änderung von Unterlagen, die seinerzeit fälschlicherweise aufgenommen wurden, die H aber für die berufliche Förderung als vorteilhaft erschienen war. Für die politische Beurteilung sei aber nicht der Eintrag ausschlaggebend, sondern die innere Haltung des Betroffenen. Der Vorgang hätte deswegen eine besondere Bedeutung, weil H von verschiedenen Stellen eine politische Beurteilung erhielt, die mit dem vorgelegten Gutachten nicht in Einklang stünden.¹⁰⁶⁸

Daneben findet sich ein Schreiben des Landgerichtspräsidenten an den Oberlandesgerichtspräsidenten vom 24.01.1947, in dem der Landgerichtspräsident mitteilte, dass er eine Einsetzung Hs am Amtsgericht Nabburg mit Rücksicht auf die politische Belastung für nicht tunlich hielt. Die Verwendung Hs in Nabburg würde bei der dortigen Bevölkerung Widerspruch auslösen.

In der dienstlichen Beurteilung vom Oktober 1948 wurde H als gewissenhafter Mitarbeiter bezeichnet, dessen Tätigkeit und Kenntnisse brauchbar waren.

In einem Schreiben des Landgerichtspräsidenten an den Oberlandesgerichtspräsidenten vom 07.01.1949 teilte der Landgerichtspräsident dem Oberlandesgerichtspräsidenten mit, dass gegen die Wiedereinstellung des H keine Bedenken mehr bestünden. Die persönliche und berufliche Eignung des Gesuchstellers stehe aufgrund bisheriger Bewährung außer Zweifel. H sei ein tüchtiger Richterbeamter, von dem erwartet werden dürfe, dass er über die politischen, liberalen und moralischen Eigenschaften verfüge, die erwarten ließen, dass er zur Entwicklung und Förderung der Demokratie in Deutschland beitragen werde.

¹⁰⁶⁷ Karteikarte Bundesarchiv H 4407.

¹⁰⁶⁸ Mit dem Gutachten ist wohl das Gutachten zur Beurteilung der politischen Vergangenheit im Spruchkammerverfahren gegen meint.

In einer dienstlichen Beurteilung vom Mai 1953 wurde H wenig positiv beurteilt. Er komme nur schwer von einer einmal gefassten Meinung los und ringe sich manchmal auch nur zögernd zu einer Entscheidung durch. Er zähle also zu den nicht besonders Verantwortungsvollen. Außerordentlich breit würde H die Verhandlungen durchführen und sich oft von Nebensächlichkeiten aufhalten lassen, wozu es schon wiederholt zu Konflikten mit den Parteivertretern gekommen wäre. Durch die außerordentlich breite Vernehmungsmethode würden auch die Schreibkräfte über Gebühr in Anspruch genommen werden. Für die Verhandlungsleitung sei H als Vorsitzender etwas umständlich.

In der Beurteilung vom März 1955 wird der Landgerichtspräsident etwas deutlicher, indem er schreibt, dass die Gründlichkeit und Genauigkeit Hs manchmal der Pedanterie nahe kommen würden. Dagegen wurde besonders lobend hervorgehoben, dass H bestrebt sei, sich ständig weiterzubilden und er als Vorsitzender der kleinen Strafkammer, wo er hauptsächlich Verkehrsstrafsachen behandle sich auch in diesem Bereich praktische Erfahrungen zugelegt habe, indem er in seinem hohen Alter noch den Führerschein für Kraftfahrer erworben habe. Dagegen sei eine rasche und verbindliche Verhandlungsführung nicht seine Stärke. Er sei auf eine genaue Ermittlung aller Umstände bedacht, so dass die anvisierten Zeiten oft nicht eingehalten würden und die Zeugenvernehmungen erst am Abend enden würden. Die Anwälte würden über umständliche Verhandlungsführung und die lange Dauer der Sitzungen klagen, was aber den Vorzug hätte, dass der Prozessstoff vollständig ermittelt und geklärt würde. H hätte eine gute Allgemeinbildung und sei auch außerhalb seines Berufs geistig interessiert. Er hätte sich in die hiesigen Verhältnisse gut eingelebt, auch die Mundart seiner Heimat falle nicht mehr auf.

cc. Spruchkammerverfahren

In dem Spruchkammerverfahren wurde H als Mitläufer eingestuft. Die Hauptverhandlung vom 17.12.1946 habe ergeben, dass H aus ärmlichen Verhältnissen entstamme. Er wollte seinem alten Vater nicht neue Sorgen bereiten, indem er aus dem Justizdienst ausschied, so dass er der Partei beigetreten ist, weil auch schon viele ältere Richter in die Partei aufgenommen waren. Auf Anraten des damals zuständigen Leiters der Beamtenabteilung sei H zudem auch in die SA eingetreten. Der öffentliche Kläger hatte beantragt, H in die Gruppe III der Minderbelasteten einzustufen. Die Spruchkammer hat sich dem jedoch nicht angeschlossen, da sich aus 24 beigebrachten eidesstattlichen Versicherungen ergab, dass sich H politisch zurückgehalten habe, keine Rolle in der Partei gespielt habe und sich nicht für sie eingesetzt habe. H hätte nicht als überzeugter Nationalsozialist gegolten, da er sich in vielen Punkten mit der Partei und ihren Methoden nicht einverstanden erklärt hätte. Die Bevölkerung hätte ihn gern gehabt und er wäre seiner Kirche auch treu geblieben.

dd. Prozessverhalten

Persönlich beleidigende Töne fand Richter H in dem Verfahren R 11/49. Richter H führte aus, dass die Beklagte klein und blass sei und dass sie zu Spitzfindigkeiten neige. Die-

se Ausführungen waren für die Begründung der Unbeachtlichkeit des Widerspruches nicht erforderlich.

Eine etwas unlogische Argumentation gebrauchte Richter H in dem Verfahren R 276/49. Dort führte er aus, dass es Sache des Klägers gewesen sei, die Unheilbarkeit der Zerrüttung zu beweisen. Dies hätte er nicht vermocht, da er nicht in der Lage war, der Beklagten eine Eheverfehlung nachzuweisen. Der Kläger habe die Zerrüttung dadurch verschuldet, dass er seiner Ehefrau keine Zuzugsgenehmigung verschafft hätte und auch nicht mehr mit ihr zusammenleben wolle. Richter H nimmt an, dass der Kläger deswegen die Zerrüttung verschuldet habe. Zudem sei auch die Beklagte bereit, die Ehe mit dem Kläger fortzusetzen, weswegen die Zerrüttung nicht unheilbar sein könne. Richter H hielt deswegen den Widerspruch der Beklagten für beachtlich. Die Zerrüttung musste aber objektiv vorliegen und nicht gleichzeitig bei beiden Ehegatten. Die Ehe war auch dann unheilbar zerrüttet, wenn nur eine Partei die Fortsetzung der Ehe ablehnte. Zudem hätte Richter H dann auch nicht zur Frage der Zulässigkeit und Beachtlichkeit des Widerspruchs kommen dürfen, weil dann schon die Tatbestandsvoraussetzungen des § 48 Abs. 1 EheG nicht vorgelegen hätten und es auf § 48 Abs. 2 EheG gar nicht mehr angekommen wäre. Darüber hinaus ist es auch unlogisch anzunehmen, dass die unheilbare Zerrüttung durch eine Eheverfehlung begründet sein müsse. Die Parteien hätten sich auch einfach auseinanderleben können, ohne sich jeweils gegen den Partner zu verfehlen.

In dem Verfahren 2 R 507/49 führte der Beklagtenvertreter aus, dass der Kläger derart von der NSDAP und dem Führer eingenommen war, dass er auch nächste Bekannte und Verwandte der Partei auslieferte und auch der Beklagten mit einer Inhaftierung durch die Partei drohte. Richter H wertete dieses Verhalten allerdings nicht als schuldhaftes Zerrüttung der Parteien, sondern ging überhaupt nicht näher auf diesen Umstand ein. Eine Beweiserhebung zu diesem Thema fand nicht statt, was auch nicht erforderlich war, weil die Beklagte keinen Widerspruch erhoben hatte. Richter H führte aber dennoch aus, dass ein Verschulden eines der Parteien nicht feststellbar war. Wenn aber der Kläger der Beklagten mit einer Inhaftierung im KZ drohte, scheint dies doch ein erheblicher Umstand dafür zu sein, dass sich die Parteien auseinanderlebten, was in diesem Fall der Kläger verschuldet hätte. Dieses Verfahren ist für die Haltung der Juristen in der unmittelbaren Nachkriegszeit symptomatisch. Die NS-Vergangenheit wurde – auch angesichts der eigenen Vergangenheit der Juristen – von diesen in einem deutlich milderem Licht betrachtet, als dies bei objektiver Betrachtung hätte sein müssen.

	Richter H	Insgesamt
Anzahl der mündlichen Verhandlungen	4,2	3,1
Anzahl der geladenen Zeugen	0,9	0,9
Umfang des Urteiles (TB / Grde)	1,3 / 1,6	1,4 / 1,7
Verfahrensdauer	8,1	7,7
Rechtliche Ausführungen	12,5 %	22,2 %

Ideologische Ausführungen	4,2 %	2,2 %
Rechtsmittel (erfolglos / erfolgreich)	0 / 100 %	25 % / 75 %
Scheidungsquote	95,8 %	88,1 %

Bei der Betrachtung der Verfahrenskennzahlen fällt auf, dass Richter H deutlich mehr mündliche Verhandlungen durchführte, als in einem Durchschnittsverfahren durchgeführt wurden. Anzahl der geladenen Zeugen sowie Umfang der Urteile liegen nahezu exakt auf dem Durchschnittswert. Auch die Verfahrensdauer liegt nur unwesentlich über dem Durchschnittsverfahren. Dafür liegt der Anteil der rechtlichen Ausführungen deutlich unter dem Schnitt sowie der Anteil an ideologischen Ausführungen über dem Durchschnitt. Wenn ein Rechtsmittel eingelegt wurde, hatte dieses auch Erfolg. Die Scheidungsquote liegt deutlich über dem Durchschnitt. In allen Verfahren, die Richter H durchgeführt hatte, wurde nur in einem einzigen Verfahren die Ehe aufrechterhalten.

ee. Zusammenfassung

Zusammenfassend bleiben bei der Auswertung der Personalakte Hs mehrere Ungeheimheiten. Die Begründung der Spruchkammerentscheidung, dass H bei der Bevölkerung beliebt gewesen sei, steht im Widerspruch zu dem Schreiben des Landgerichtspräsidenten vom 24.01.1947, in dem dieser dem Oberlandesgerichtspräsidenten mitteilte, dass eine Einsetzung des H an seinem früheren Dienort bei der Bevölkerung Widerspruch auslösen würde. Auch die Tatsache, dass in der Personalakte keine Beurteilungen aus der Zeit des Dritten Reichs vorhanden sind, ist wahrscheinlich auf das Gesuch Hs auf Entfernung im Oktober 1946 zurückzuführen. Insgesamt erscheint die politische Treue Hs, angesichts der Mitgliedschaft in der SA und NSDAP, die nicht ohne Weiteres mit Zwang erklärt werden können, da andere Richter der Partei nicht beigetreten sind, als eher zweifelhaft. Andererseits ist H zu Gute zu halten, dass er zu der Zeit des Beginns des Dritten Reichs noch kein Richter war und erst während des Dritten Reichs als solcher eingestellt werden wollte. Richter Z z.B. war zu dieser Zeit bereits verbeamteter Richter, so dass der Druck auf einen verbeamteten Richter vielleicht geringer war, der Partei beizutreten, wie der Druck auf denjenigen, der sich erst noch beruflich etablieren wollte.

Besonders auffällig bei Richter H ist, dass er in einem Verfahren die Rolle, die einer der Parteien in der NS-Zeit gespielt hat, in einem besonders milden Licht betrachtete und selbst den Umstand, dass die Beklagte mit ursächlich die Verhaftung des Klägers und die daran anschließende Inhaftierung im KZ und bei der Gestapo nicht als Eheverfehlung gewertet hat. Auch seine frühere Nähe zur NSDAP spiegelte sich in den Nachkriegsverfahren wider, in denen er überdurchschnittlich häufig ideologisch argumentierte, wenn dies auch nur in einem kleinen Teil der Verfahren der Fall war.

e. Richter J

aa. Persönliches

Richter J war zur Zeit des Dritten Reiches nicht am Amberger Landgericht tätig. Aus der Zeit nach dem Ende des Dritten Reiches sind 16 Entscheidungen, d.h. 12,31 % der Entscheidungen von J gefällt worden.

J wurde am 06.09.1900 in Lindau am Bodensee geboren. Er war römisch-katholisch. Seit dem 29.09.1928 war J verheiratet, seit dem 07.07.1949 verwitwet und seit dem 02.12.1950 erneut verheiratet. J hatte zwei Kinder, die 1933 und 1937 geboren wurden. Die große Staatsprüfung hat J mit gut bestanden (Notensumme 70¹⁰⁶⁹). Ab 1926 war J als Assessor bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg tätig. Am 01.07.1927 wurde J zum III. Staatsanwalt in Amberg ernannt. Am 01.10.1933 wurde J zum I. Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Frankenthal ernannt. Vom 01.07.1934 bis zum 06.07.1936 war J als Oberreichsanwalt Zweigstelle Berlin später als Reichsanwalt beim Volksgerichtshof tätig. Von 1936 bis 1939 war J als Landgerichtsrat am Landgericht München tätig. Im Jahr 1937 war J für längere Zeit infolge nervöser Erschöpfungszuständen dienstunfähig.

J nahm bereits vom 17.12.1917 bis 22.11.1918 am Ersten Weltkrieg teil.¹⁰⁷⁰ J war von 1939 bis Mai 1943 beim Wehrdienst, von 1943 bis zum 30.05.1946 war J in amerikanischer Kriegsgefangenschaft. Im Militärdienst wurde J 1942 zum Weltkriegsgerichtsrat ernannt und in Afrika eingesetzt. Nach dem Ende des Dritten Reiches wurde J aus dem Dienst entfernt. Die Dienstentfernung war bis zum 15.01.1949 wirksam. Am 01.06.1963 ist J aufgrund eines am 23.06.1962 erlittenen Schlaganfalls in den Ruhestand getreten. In der Zwischenzeit zwischen Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft und Wiedereinstellung war J bei einem Amberger Rechtsanwalt tätig.

bb. Dienstliche Beurteilungen

Die erste dienstliche Beurteilung fand am 21.08.1926 statt. Darin wurde J als sehr fleißig und gut befähigt beurteilt. Seine Leistungen wurden als sehr gut eingestuft. Die nächste Beurteilung wurde im September 1929 erstellt. Darin wurde ebenfalls sehr positiv hervorgehoben, dass J sehr geschäftsgewandt arbeite und sich schnell in neue Rechtsgebiete vertieften Einblick verschaffen könne. Es handele sich um einen schlagfertigen Redner, der auch größere und schwierige Schwurgerichtssachen mit Erfolg zu vertreten verstehe. Eine weitere überaus positive Beurteilung erfolgte am 21.02.1930. Darin erhielt er die Beurteilung ganz besonders tüchtig. Eine weitere Beurteilung mit dem Prädikat ganz besonders tüchtig erhielt J bei einer dienstlichen Beurteilung vom 19.10.1931. Eine dienstliche Beurteilung durch den Reichsanwalt am Volksgerichtshof von 22.09.1936 ist nicht durchweg positiv. Darin werden ihm lediglich befriedigende Kenntnisse im Strafrecht bescheinigt, während ihm in den vorhergehenden Beurteilungen stets gute Kenntnis-

¹⁰⁶⁹ Karteikarten Personalbestand Reichsjustizministerium Bundearchiv J 284.

¹⁰⁷⁰ BAArch (ehem. BDC), PK, [Hinweis: Da eine Verpflichtung des Verfassers besteht, die Namen so unkenntlich zu machen, dass eine Erkennbarkeit ausgeschlossen ist, kann die Fundstelle beim Bundesarchiv Berlin nicht vollständig wiedergegeben werden, weil die Zitierung mit Nachnamen und Vornamen erfolgt.].

se bescheinigt wurden. Während seiner Tätigkeit kam es erstmals in seiner Laufbahn zu Verzögerungen der Bearbeitung der Verfahren. J habe dies auf eine gedrückte Stimmung zurückgeführt. Der Gesundheitszustand wurde mit befriedigend bewertet. Er habe jedoch einen lauterer Charakter und sei politisch zuverlässig. Bei einer Beurteilung im Juli 1938 wurden seine Fähigkeiten als ganz ausgezeichnet bewertet. Die allgemeine Begabung sei sehr gut, die Auffassungsgabe entsprechend der geistigen Beweglichkeit rasch und treffsicher. Die Gesundheitsverhältnisse wurden mit sehr gut bewertet. Eine Beurteilung vom 13.06.1938 bescheinigt Richter J, dass gegen die politische Zuverlässigkeit keinerlei Bedenken bestünden und dass er politisch vollkommen einwandfrei sei.¹⁰⁷¹ In der dienstlichen Bewertung vom 12.02.1941 des Landgerichts München, bei dem J nach seiner Tätigkeit beim Volksgerichtshof tätig wurde, ist zwar deutlich positiver gehalten, erreicht aber bei Weitem nicht das Prädikat aus den Beurteilungen vor der Tätigkeit am Volksgerichtshof. Darin heißt es, dass er über gute Fähigkeiten und Kenntnisse verfüge. Seine Leistungen bei der kurzen Verwendung in der Zivilkammer hätten jedoch wenig entsprochen. Die politische Zuverlässigkeit stehe außer Zweifel. Im Gesamturteil erhielt J die Bewertung befriedigend.

Nach dem Ende des Dritten Reichs wandte sich J an das Bayerische Staatsministerium der Justiz wegen seiner Wiederverwendung. In dem Schreiben vom 10.06.1948 wies J darauf hin, dass die 1934 erfolgte Abordnung zum Oberreichsanwalt ohne sein Zutun erfolgt sei und dass hierfür keine politischen Gründe verantwortlich waren. J war zu dem Zeitpunkt kein Parteimitglied, wohl aber Mitglied der SA. J behauptete aber, dass diese Mitgliedschaft dem Justizministerium bestimmt nicht bekannt gewesen sei. J schreibt wörtlich:

„Ich hatte in Folge meiner Tätigkeit in Berlin einen völligen Zusammenbruch erlitten, weil ich ihr seelisch nicht gewachsen war. Aus diesem Grunde erfolgte auch meine Abberufung. Dies wird auch in einer Beurteilung, die der Reichsanwalt (...) einige Zeit später abgab, angedeutet. Daraus ergibt sich, dass ich mit der Art und Weise, wie damals die Hochverratssachen behandelt wurden, nicht einverstanden war, obwohl zu dieser Zeit nach meiner Erfahrung der Volksgerichtshof sich noch der größten Objektivität befleißigte.“

J war in einem Sondergericht tätig, wobei er lediglich an zwei Sitzungen eines Sondergerichts teilnahm. In dieser Eigenschaft wirkte J bei einem Todesurteil mit. J wurde jedoch am Landgericht Amberg wiederverwendet. Anlässlich einer dienstlichen Beurteilung vom 02.05.1953 wurde J bescheinigt, dass er wieder in die alte Form zurückgefunden hätte.

J kam 1951 in finanzielle Schwierigkeiten, als seine Mutter pflegebedürftig wurde und sein Sohn anfang zu studieren. Im Jahr 1952 trennte sich J von seiner zweiten Ehefrau

¹⁰⁷¹ BArch (ehem. BDC), PK, [Hinweis: Da eine Verpflichtung des Verfassers besteht, die Namen so unkenntlich zu machen, dass eine Erkennbarkeit ausgeschlossen ist, kann die Fundstelle beim Bundesarchiv Berlin nicht vollständig wiedergegeben werden, weil die Zitierung mit Nachnamen und Vornamen erfolgt.].

und erhob Ehescheidungsklage. In einem Schreiben an den Landgerichtspräsidenten teilt J wörtlich mit:

„Dazu kommt meine Scheu vor einer Ehescheidungsklage, da ich an sich kein Freund von Ehescheidungen bin und auch genau weiß, daß meine Frau den Prozess außerordentlich unfair führen würde.“

Bei einer dienstlichen Beurteilung vom 13.10.1951 wurde darauf hingewiesen, dass J in mehreren Fällen die Verfahren verzögert habe. Dies wurde darauf zurückgeführt, dass die Ehefrau des J bekanntermaßen an einer unheilbaren Krankheit litt und an ihr schließlich verstarb, dass auch die Mutter des J nach längerer Krankheit verstarb. Nachdem J allerdings wieder geheiratet habe, hätten sich die Rückstände wieder verringert. In einer Beurteilung vom Dezember 1952 wurde wiederum bemängelt, dass J vor einer Entscheidung zu lange zögere. In dieser Beurteilung wurde darauf hingewiesen, dass J eine in seinem Wesen fest verankerte demokratische Gesinnung besitze.

cc. Spruchkammerverfahren

Im Spruchkammerverfahren wurde beantragt, J als Hauptschuldigen einzureihen. J war Mitglied der Organisation Reichskriegsflagge und war in dieser Organisation „an den Ereignissen des November 1923 beteiligt“¹⁰⁷² und bereits 1923 für Adolf Hitler im Hitlerputsch in München tätig. Durch den Eintritt in die SA und die Tätigkeit als Blockleiter sei erwiesen, dass sich J auch nach 1923 rückhaltlos für den Nationalsozialismus eingesetzt habe. Nur deswegen sei J zum I. Staatsanwalt am Volksgerichtshof in Berlin ernannt worden. J war ab 1.5.37 NSDAP-Mitglied und ab Juni 1933 Angehöriger SA im Range eines Scharführers.¹⁰⁷³ Daneben war J Mitglied folgender Organisationen:

- NS Studentenbund
- NS Altherrenbund
- NS Volkswohlfahrt
- NSRB
- Reichsbund der deutschen Beamten
- Reichsluftschutzbund
- Reichskolonialbund

J wurde entgegen dieses Antrags in die Gruppe IV der Mitläufer eingereiht. Der Mitwirkung am Hitlerputsch 1923 wurde entgegengehalten, dass der damals 23jährige J die politische Tragweite nicht übersehen konnte. Auch das ist jedoch kein Argument, weil wahrscheinlich im Jahre 1923 niemand vorhersehen konnte, wo der Nationalsozialismus enden würde. J gab in seiner Einlassung im Spruchkammerverfahren an, dass er 1923

¹⁰⁷² Spruchkammerakten der Spruchkammer Amberg-Stadt, J 53 (Seiten sind nicht nummeriert).

¹⁰⁷³ BAArch (ehem. BDC), PK, [Hinweis: Da eine Verpflichtung des Verfassers besteht, die Namen so unkenntlich zu machen, dass eine Erkennbarkeit ausgeschlossen ist, kann die Fundstelle beim Bundesarchiv Berlin nicht vollständig wiedergegeben werden, weil die Zitierung mit Nachnamen und Vornamen erfolgt.].

glaubte, dass ein Regierungswechsel und das Regime starker und energischer Männer das Allheilmittel gegen alle Not sei.¹⁰⁷⁴ Die Tatsache, dass J erst 1937 der NSDAP beigetreten sei, spräche dafür, dass er kein überzeugter Anhänger Hitlers gewesen sein konnte, auch wenn er vollkommen unfreiwillig an dem Hitlerputsch teilgenommen hatte. Diese Ausführungen überzeugen nicht, da J bei seiner Befragung angab, dass er als SA-Mann automatisch in die Partei überführt wurde.¹⁰⁷⁵ Darüber hinaus war die Einlassung Js in seiner Befragung nicht nachvollziehbar, denn er trat im Mai 1933 der SA bei, obwohl er in seiner Einlassung bei der Spruchkammer noch geäußert hatte, dass er schon damals die Besorgnis hatte, dass sich dann, wenn die NSDAP an die Macht käme, eine Diktatur entwickeln würde.¹⁰⁷⁶ Auch die Abordnung nach Berlin zum Volksgerichtshof schilderte J in dem Spruchkammerverfahren als freudiges Ereignis, weil er sich freute, zu so einer verantwortlichen Aufgabe herangezogen worden zu sein.¹⁰⁷⁷ Dem Vorwurf der Tätigkeit am Volksgerichtshof wurde entgegengehalten, dass J nicht zeichnungsbefugt war. J äußerte sich in dem Spruchkammerverfahren zu der Tätigkeit am Volksgerichtshof insoweit, als er dort versagte. Er wäre der seelischen Belastung nicht gewachsen gewesen. Er hätte die offizielle Einstellung zu den politischen Straftaten, je mehr er damit befasst gewesen sei, desto weniger teilen können. J war in der Hochverratsabteilung des Volksgerichtshofes eingesetzt.¹⁰⁷⁸ Auch sei der Volksgerichtshof zu seiner Zeit noch eine andere Institution gewesen, als zu der Zeit unter Roland Freisler.¹⁰⁷⁹ Der ehemalige Vorgesetzte am Landgericht München äußerte sich im Spruchkammerverfahren dahin gehend, dass bei der damaligen ziemlich radikalen Entwicklung der NSDAP es geboten war, Leute mit anständiger Gesinnung und Leute, die bereit waren, für Recht und Gesetz einzutreten und Willkür und Brutalität ablehnten, zu fördern und in gehobene Stellungen zu bringen, um ein Gegengewicht gegen die radikalen Vertreter der Partei zu schaffen.¹⁰⁸⁰

dd. Prozessverhalten

Eine unlogische Argumentation gebrauchte Richter J in dem Verfahren R 35/48. Dort führte er aus, dass die Klage aus § 48 EheG erfolglos sein musste, weil die Widerklage zur Scheidung der Ehe führte. Allein die Erhebung einer Widerklage war aber kein Grund dafür, die Klage aus § 48 EheG abzuweisen. Auch in dem Verfahren R 141/46 argumentierte J widersprüchlich. In diesem Verfahren hielt er den Widerspruch für beachtlich, obwohl die Beklagte mit ihrer Widerklage Erfolg hatte. Die Ehe konnte also durch den Widerspruch der Beklagten nicht aufrechterhalten werden. Diese Entscheidung widersprach auch der ständigen Rechtsprechung der Oberlandesgerichte und des Reichsgerichts. Ganz anders wiederum sah J dieselbe Sachlage in dem Verfahren 3 R 343/49. J führte hier aus, dass ein innerer Widerspruch darin liege, auf der einen Seite der Schei-

¹⁰⁷⁴ Spruchkammerverfahren, Spruchkammer Amberg-Stadt, J 53, (Seiten sind nicht nummeriert).

¹⁰⁷⁵ Spruchkammerverfahren, Spruchkammer Amberg-Stadt, J 53, (Seiten sind nicht nummeriert).

¹⁰⁷⁶ Spruchkammerverfahren, Spruchkammer Amberg-Stadt, J 53, (Seiten sind nicht nummeriert).

¹⁰⁷⁷ Spruchkammerverfahren, Spruchkammer Amberg-Stadt, J 53, (Seiten sind nicht nummeriert).

¹⁰⁷⁸ Spruchkammerverfahren, Spruchkammer Amberg-Stadt, J 53, (Seiten sind nicht nummeriert).

¹⁰⁷⁹ Spruchkammerverfahren, Spruchkammer Amberg-Stadt, J 53, (Seiten sind nicht nummeriert).

¹⁰⁸⁰ Spruchkammerverfahren, Spruchkammer Amberg-Stadt, J 53, (Seiten sind nicht nummeriert).

dung zu widersprechen, aber gleichzeitig die Scheidung zu begehren. Es sei schwer einzusehen, dass ein Ehegatte, der seine Ehe für unheilbar zerrüttet ansehe und geschieden sein wolle, berechtigt sein solle, den anderen Teil an der Ehe festzuhalten. Es kann hier nur spekuliert werden, ob die Einsicht von Richter J vielleicht damit zusammenhing, dass in den beiden erstgenannten Verfahren jeweils eine Frau der Scheidung widersprach und in dem letztgenannten Verfahren der Beklagte ein Mann war. Jedenfalls sei in dem zuletzt erwähnten Verfahren der Widerspruch „auf keinen Fall zu beachten.“ In dem Verfahren 3 R 483/49 wiederum hielt Richter J einen Widerspruch für beachtlich, obwohl eine Widerklage erhoben wurde. Man muss hier jedoch J zu Gute halten, dass dieses Urteil, obwohl die Klage später erhoben wurde, rund ein halbes Jahr vor dem Verfahren 3 R 343/49 erging.

Wie auch schon zum Beispiel bei Richter H festgestellt wurde, betrachtete auch Richter J eine Verstrickung mit dem Regime als besonders milde. In dem Verfahren R 212/46 wurde der Kläger wegen politischer Äußerungen von März 1939 bis Oktober verfolgt. Er äußerte, dass er teils bei der Gestapo und teils im KZ Oranienburg inhaftiert war. Der Kläger behauptete, dass die Beklagte an seiner Verhaftung beteiligt gewesen sei. Er hatte zuvor im Wirtshaus politische Äußerungen getätigt. Ein Gast hatte dann mit der Beklagten gesprochen, was er machen solle wegen der Äußerungen und die Beklagte gab selbst zu, dass sie gesagt habe, er könne machen, was er wolle. Der Kläger hatte seine Klage auf Verschulden gestützt. Richter J erkannte aber in dem Umstand, dass die Beklagte zuließ, dass der Kläger ins KZ kam, keine Eheverfehlung. Die Klage aus Verschulden wurde daher abgewiesen. Der hilfsweise erhobenen Klage aus § 48 EheG gab J jedoch statt. Bei der Würdigung des Verschuldens an der Zerrüttung spielte aber der Umstand, dass die Beklagte bei der Verhaftung des Klägers, zumindest indirekt beteiligt war, keine Rolle. Richter J betrachtete also den Umstand, dass der Kläger unter anderem wegen des Verhaltens der Beklagten politisch verfolgt wurde, als nicht so tragisch.

	Richter J	Insgesamt
Anzahl der mündlichen Verhandlungen	5,4	3,1
Anzahl der geladenen Zeugen	1,8	0,9
Umfang des Urteiles (TB / Grde)	1,8 / 1,7	1,4 / 1,7
Verfahrensdauer	8,3	7,7
Rechtliche Ausführungen	0	22,2 %
Ideologische Ausführungen	0	2,2 %
Rechtsmittel (erfolglos / erfolgreich)	0 / 100%	25 % / 75 %
Scheidungsquote	75 %	88,1 %

Richter J führte deutlich mehr mündliche Verhandlungen durch, wie in einem Durchschnittsverfahren anberaumt wurden. Vermutlich deswegen war auch der Tatbestand seiner Urteile länger als bei einem durchschnittlichen Verfahren. Die Entscheidungsgründe waren dagegen genauso lang, wie bei einem durchschnittlichen Verfahren. Grundsätzlich war bei den Verfahren aus der Nachkriegszeit der Tatbestand kürzer, als die Ent-

scheidungsgründe. Dieses Verhältnis war bei Richter J umgekehrt. Interessant ist auch, dass Richter J doppelt so viele Zeugen vernahm, wie in einem Durchschnittsverfahren vernommen wurden. Im Gegensatz zum Durchschnittsverfahren kam es bei Richter J häufiger vor, dass eine Klage abgewiesen wurde und dadurch die Ehe aufrechterhalten wurde. Die Scheidungsquote liegt mit 75% im Vergleich zu den durchschnittlichen 88,1 % deutlich unter dem Durchschnitt. Vielleicht auch deswegen war jedes Berufungsverfahren gegen eine Entscheidung von Richter J erfolgreich und führte zur Aufhebung der Entscheidung von Richter J.

ee. Zusammenfassung

Dass J praktisch ungewollt am Hitlerputsch 1923 teilnahm, ist unglaublich. J war damals 23 Jahre alt und musste sehr wohl wissen, wem er sich anschloss. Dass er ein Gegner des Nationalsozialismus war, ist ebenfalls nicht glaubwürdig. J sagte selbst, dass er die Befürchtung hatte, dass die NSDAP, wenn sie an die Macht käme, sich zu einer Diktatur entwickeln würde. Dass er dann aber trotzdem in die SA eintrat, kann ebenfalls nicht auf jugendlichen Leichtsinn zurückgeführt werden. J war damals 33 Jahre alt und hatte eine Familie. Zwar gab es bestimmt mehrere Werbungsversuche. Diesen sind aber andere Kollegen nicht unterlegen, zumal J zu dem Zeitpunkt, wie er selbst sagte, glaubte, dass eine Diktatur drohte. Dass J dennoch in die SA eintrat, kann nur damit erklärt werden, dass er mit dem Nationalsozialismus sympathisierte. Sein psychischer Zusammenbruch bei seiner Tätigkeit am Volksgerichtshof mag die persönliche Wende für J gewesen sein. Dass er mit dem Umgang mit „Hochverrätern“ nicht klarkam, wäre nachvollziehbar. Andererseits war die Tätigkeit des Volksgerichtshofes keine Geheimsache, so dass J auch vor der Versetzung nach Berlin wissen musste, wie mit „Hochverrätern“ umgegangen wurde. Genauso gut kann es sein, dass J der Wegzug aus Bayern und die Versetzung in eine fremde Stadt zu schaffen machte und er deswegen Probleme hatte. Es ist daher, unter Berücksichtigung der Personalakte und des Spruchkammerverfahrens, davon auszugehen, dass J tatsächlich ein überzeugter Nationalsozialist war, der es lediglich verstand, seinen Zusammenbruch vor dem Volksgerichtshof dazu zu nutzen, wieder in den Staatsdienst übernommen zu werden.

Interessant ist allerdings, dass J innerlich ein Gegner von Scheidungsverfahren war. Dies zeigt sich auch an der Scheidungsrate. Die Scheidungsrate in den von Richter J durchgeführten Verfahren lag deutlich unter dem Durchschnitt. Wie auch schon bei Richter H festgestellt wurde, betrachtete auch Richter J die persönliche Nazivergangen-

heit der Parteien in einem besonders milden Licht und wertete selbst die Beteiligung an der Verhaftung eines Klägers nicht als schwere Eheverfehlung der Ehefrau.

f. Richter E

aa. Persönliches

E war der Urheber von sieben Entscheidungen, also von 11,86% der Entscheidungen, während des Dritten Reichs. Nach dem Ende des Dritten Reichs fällt E am Landgericht Amberg keine Entscheidung zu § 48 EheG 1946. E wurde am 20.12.1897 in Würzburg geboren, war seit 05.07.1934 verheiratet, katholisch und hatte keine Kinder. Die beiden Staatsprüfungen legte E in Würzburg ab. Die zweite Staatsprüfung bestand E mit der Notensumme 67.¹⁰⁸¹ Im Januar 1926 wurde E zum Amtsanwalt ernannt. Danach wurde E zum III. bzw. I. Staatsanwalt ernannt. Am Landgericht Amberg war E von 1934 bis 1944 tätig. Ab 01.04.1948 war E Landgerichtsdirektor am Landgericht Nürnberg-Fürth. E war vom 08.05.1945 bis 12.08.1945 in russischer Kriegsgefangenschaft. Ende 1962 trat E mit Erreichen des 65. Lebensjahres in den Ruhestand.

bb. Dienstliche Beurteilungen

In einem Schreiben des Landgerichtspräsidenten an den Präsidenten des Oberlandesgerichts Nürnberg teilt der Landgerichtspräsident mit, dass E lediglich damit belastet war, dass er förderndes Mitglied der SS war. Der Beitritt sei angabegemäß nur erfolgt, weil E einen nicht ganz einwandfreien Nachweis arischer Abstammung hatte und sich deswegen absichern wollte.¹⁰⁸²

Die erste dienstliche Beurteilung erfolgte am 10.03.1931 durch den Präsidenten des Landgerichts Schweinfurt. E sei gut befähigt, besitze eine rasche und zutreffende Auffassungsgabe und eine große Entschlussfähigkeit. Er sei ein sehr fleißiger, gewissenhafter und geschäftsgewandter Richter. Seine Leistungen würden in besonderem Maße befriedigen. E wurde als ganz besonders tüchtig beurteilt. Bei einer weiteren dienstlichen Beurteilung vom 27.04.1933 wurde die Beurteilung von 1931 aufrechterhalten und bestätigt. Bei einer dienstlichen Beurteilung vom 13.09.1934 wurde E bestätigt, dass sein großer Fleiß, seine Gewissenhaftigkeit und sein Pflichteifer besonders hervorzuheben seien. Ihm wurde die Beurteilung ganz besonders tüchtig verliehen. Auch bei einer Beurteilung vom November 1935 wird E besonders gelobt, wenngleich seine Schrift kritisiert wird. In dieser Beurteilung wird darauf hingewiesen, dass sich E dem neuen Staat mit Freuden und ohne Vorbehalt zur Verfügung stelle. Eine ähnliche Beurteilung mit ei-

¹⁰⁸¹ BAArch (ehem. BDC), PK, [Hinweis: Da eine Verpflichtung des Verfassers besteht, die Namen so unkenntlich zu machen, dass eine Erkennbarkeit ausgeschlossen ist, kann die Fundstelle beim Bundesarchiv Berlin nicht vollständig wiedergegeben werden, weil die Zitierung mit Nachnamen und Vornamen erfolgt.]

¹⁰⁸² Spruchkammerverfahren, Spruchkammer Amberg-Stadt E 60; Dass auch andere Richter mit teilweise jüdischer Abstammung nicht aus dem Dienst entfernt wurden, stellte auch Kißener in: Michael Kißener, Widerstand und Verfolgung der Justiz. Richter am Amts- und Landgericht Karlsruhe 1933 – 1945, in: Franz Josef Düwell, Thomas Vornbaum, Themen juristischer Zeitgeschichte, Schwerpunktthema: Recht und Nationalsozialismus, 1. Auflage 1998, S. 34 fest.

nem ähnlichen Hinweis auf seine Staatstreue wurde im November 1936 abgegeben. Bei der Beurteilung vom 05.01.1939 wird darauf hingewiesen, dass E kein Mitglied der NS-DAP sei, aber an der politischen Zuverlässigkeit nicht der geringste Zweifel bestehe. Eine ähnliche Beurteilung wurde am 10.12.1942 abgegeben.

In einer Beurteilung vom 17.01.1948 wird darauf hingewiesen, dass E bereits 1936 zur Beförderung anstand, diese aber deswegen unterblieben sei, weil Mängel im Nachweis arischer Abstammung entgegenstanden. Bei einer Beurteilung im November 1953 heißt es wörtlich:

„Landgerichtsdirektor E(...) ist ein ernster Charakter, gereift während des Dritten Reiches im Kampf um seine nackte Existenz. Gerade weil er sich verlassen sah, ist er selbst verlässlich geworden.“

Im Spruchkammerverfahren teilte der frühere Vorgesetzte Richter Es mit, dass E von vorneherein wusste, dass er zu einer Beförderung nicht anstehen würde. E hatte auch nie ein Beförderungsgesuch eingereicht. Der Vorgesetzte teilte weiter mit:

„Wegen seiner nichtarischen Abstammung war Herr E(...) zudem auf der Stelle, auf der er die ganzen Jahre verbleiben musste, nicht unbeschränkt verwendungsfähig, einmal mit Rücksicht auf die Rassegesetzgebung an sich, zum anderen weil er stets bedacht sein musste, sich nicht zu exponieren. So war es z.B. wegen des Reichserbhofgesetzes trotz wiederholt eingetretenen Bedürfnisses nicht möglich, ihn zur selbständigen Vertretung eines auswärtigen Amtsgerichtes abzuordnen.“

Besonders hervorzuheben ist bei Richter E, dass er trotz nichtarischer Abstammung dennoch nicht aus dem Justizdienst entfernt wurde.

cc. Spruchkammerverfahren

Das Spruchkammerverfahren wurde eingestellt, weil E nicht betroffen war. E teilte der Spruchkammer wörtlich mit:¹⁰⁸³

„Ich habe mich – ebenso wie seinerzeit zum Beitritt als förderndes Mitglied der SS – nur auf Drängen hin dem seinerzeitigen Zellenwaller gegenüber bereit erklärt. Es geschah dies aus einer Zwangslage heraus, die sich vor allem aus der Tatsache ergab, daß ich jüdischer Abstammung bin – mein Urgroßvater war Jude-. Es war dies bei der Kreisleitung bekannt und ich musste bedacht sein, jeden Zusammenstoß mit einer Parteidienststelle zu vermeiden, wenn ich nicht meine Existenz aufs Spiel setzen und Schlimmeres riskieren wollte. (...) Es darf mir geglaubt werden, daß ich schon aus rassischen Gründen den nazistischen Ideen stets schroff ablehnend gegenübergestanden bin und daß ich alles vermieden habe, was auf eine Unterstützung des Nazismus hinauslaufen konnte. Ich habe mich 12 Jahre lang durch das nazistische System bedrückt gefühlt (...) und müsste es als besondere Härte empfinden,

¹⁰⁸³ Spruchkammerverfahren, Spruchkammer Amberg-Stadt E 60.

wenn ich wegen der in einer Zwangslage übernommenen geringfügigen Tätigkeit bei der NSV nun nicht endlich die unbelastete Rechtsstellung zurück- erhalten würde, die ich seit 1933 nicht mehr gekannt habe.“

In einem weiteren Schreiben teilte E mit:

„Wenn ich mich schließlich noch zum Beitritt zu einigen anderen neben- sächlichen Organisationen bewegen ließ, - als Beamter war man den Wer- bungen besonders ausgesetzt – so geschah dies keineswegs aus einer Mitläu- ferstellung heraus. Ich tat dies nur, weil ich meine an sich schwierige Lage nicht noch schwieriger machen wollte, und um zu vermeiden, daß man sich bei den Parteidienststellen mit meiner Person näher beschäftigte.“

Ein Anwalt, der ebenfalls in Amberg zugelassen war, teilte der Spruchkammer Folgen- des mit:

„Ich kann ohne Vorbehalt bestätigen, daß sich LGRat E(...) ständig be- müht hat im wirklichen Sinne rechtzusprechen und daß er in korrektester Weise geurteilt hat. Er vermied es auch geflissentlich nationalsozialistische Redensarten zu verwenden oder in Verhandlungsterminen nationalsoziali- stische Gesichtspunkte hervorzukehren. (...) Nach den damaligen Bestim- mungen konnte E(...) nicht befördert werden und war der ständigen Ge- fahr ausgesetzt, daß irgend jemand, der sich durch eine seiner richterlichen Entscheidungen benachteiligt glaubte, ihn in der Presse unmöglich machte.“

Richter E war nach diesen Feststellungen zwar Fördermitglied der SS und Blockwarter der NSV, aufgrund seiner Abstammung unterliegt es jedoch keinem Zweifel, dass er ein Gegner des Nationalsozialismus gewesen ist.

dd. Prozessverhalten

In dem Verfahren R 20/1942 urteilte Richter E, dass die Aufrechterhaltung dieser Ehe sittlich nicht gerechtfertigt sei, weil sie für die Volksgemeinschaft wertlos geworden sei. Im Verfahren 27/1942 war der Kläger SS Mitglied und seit 1933 bei der Wachtruppe im KZ Dachau. Aus der Ehe waren insgesamt 11 Kinder hervorgegangen und die Beklag- te war über die Kindererziehung alt geworden. An sich wäre das ein Anwendungsfall für die Opferrechtsprechung des Reichsgerichts gewesen. Danach wäre die Ehe aufrechtzu- erhalten gewesen. Offensichtlich wollte Richter E dem Kläger, der ersichtlich dem Re- gime nahe stand, einen Gefallen tun, indem er der Klage stattgab. In dem Verfahren R 35/1942 teilte der Klägersvertreter bereits in der Klageschrift mit, dass ein eingeleitetes Sterilisationsverfahren wegen normaler Intelligenz des Klägers nicht durchgeführt wurde. Richter E ordnete eine amtsärztliche Untersuchung des Klägers an. Richter E gab der Klage dennoch statt und teilte bzgl. des Widerspruchsrechts mit, dass die Aufrechterhal- tung der völkisch wertlos gewordenen Ehe sittlich nicht gerechtfertigt sei. Im Verfahren R 52/1942 ebenso wie in den Verfahren R 24/1943, R 66/1943 und R 1/1944 wurde über- haupt nicht ideologisch argumentiert.

	Richter E	Insgesamt
Anzahl der mündlichen Verhandlungen	5,7	4,4
Anzahl der geladenen Zeugen	2,3	1,5
Umfang des Urteiles (TB / Grde)	1,6 / 2,1	2,0 / 2,74
Verfahrensdauer	6,9	7,8
Rechtliche Ausführungen	14,3 %	21,8 %
Ideologische Ausführungen	42,9 %	38,2 %
Rechtsmittel (erfolglos / erfolgreich)	33 % / 66 %	22,2 % / 77,7 %
Scheidungsquote	100 %	89,1 %

Richter E führte deutlich mehr mündliche Verhandlungen durch, wie es in einem Durchschnittsverfahren der Fall war. Es wurden auch deutlich mehr Zeugen geladen, als in der Regel der Fall war. Dafür wurden die Verfahren aber zügiger durchgeführt, als im Regelfall. Leicht überdurchschnittlich oft wurden jedoch von Richter E ideologische Ausführungen in den Urteilen gemacht. Die Scheidungsquote mit 100% war erstaunlich hoch.

ee. Zusammenfassung

Bereits bei der Beurteilung im Jahr 1934 fällt der Hinweis auf, dass E der dienstälteste I. Staatsanwalt sei. Die Beförderung zum Landgerichtsrat erfolgte jedoch noch. Eine weitere Beförderung, wie sie für einen ganz besonders tüchtigen Beamten zu erwarten gewesen wäre, erfolgte nicht mehr. Andererseits erfolgte aber auch keine Abberufung Es vom Richteramt. Aufgrund der nichtarischen Abstammung verwundert es jedoch, dass Richter E nicht von seinem Posten enthoben wurde. Dies war wohl der von allen Seiten geschätzten Arbeit des Richters zu verdanken. Richter E hat in den Entscheidungen entweder überhaupt nicht ideologisch argumentiert oder nur sehr floskelhaft, ohne wirklich zu der nationalsozialistischen Ideologie Stellung zu nehmen. In einem Verfahren jedoch hat Richter E zu Gunsten eines Regimefunktionärs ein Gefälligkeitsurteil erlassen. Ob der Kläger Richter E möglicherweise gedroht hatte, oder ob sonst irgendwelche Beeinflussungsversuche im Hintergrund stattgefunden haben, ist nicht mehr aufklärbar. Dass Richter E jedoch möglicherweise Angst hatte, ein Urteil zu erlassen, das gegen einen Regimefunktionär gerichtet war, erscheint in Anbetracht dessen, dass E nichtarischer Abstammung war, nicht weiter verwunderlich. Aus der überdurchschnittlichen Anzahl der geladenen Zeugen sowie der häufigeren mündlichen Verhandlungen darf geschlossen werden, dass Richter E seine Verfahren besonders gründlich durchgeführt hat.

g. Richter K

Richter K ist lediglich für 3 Entscheidungen¹⁰⁸⁴, die nach dem Ende des Dritten Reichs gefällt wurden, verantwortlich. Wegen der NSDAP-Vergangenheit wird hier jedoch auch

¹⁰⁸⁴ Entspricht 2,3% der untersuchten Entscheidungen.

der Lebenslauf von Richter K geschildert, obwohl er die Ehescheidungsverfahren aufgrund der geringen Anzahl der Verfahren nicht entscheidend geprägt hat.

aa. Persönliches

K wurde am 09.01.1896 in der Oberpfalz geboren. K war katholisch und verheiratet und hatte zwei Kinder. 1924 bestand K die erste Staatsprüfung in Erlangen, die Große Staatsprüfung hat K 1927 bestanden. 1928 wurde K zum Gerichtsassessor, 1929 zum Amtsrichter, 1932 zum I. Staatsanwalt, 1934 zum Landgerichtsrat, 1949 zum Landgerichtsdirektor und 1953 zum Landgerichtspräsidenten ernannt. K war bereits seit 1933 Mitglied der NSDAP.

bb. Dienstliche Beurteilungen

Die erste dienstliche Beurteilung stammt von 1928. Darin wird K viel Eifer, große Gewissenhaftigkeit und Sachlichkeit bescheinigt. Bei einer Beurteilung im November 1935 wird K eine gute Allgemeinbildung, ein verständnisvolles Eingehen auf die Bedürfnisse und Anschauungen des Volkes bescheinigt. K sei Gemeinschaftsleiter der Rechtsreferendare. Diese würden mit Eifer und Freude an seinen Übungen teilnehmen. K stelle sich freudig und vorbehaltlos dem neuen Staat zur Verfügung. Bei einer dienstlichen Beurteilung im November 1936 wurde K bescheinigt, dass er ein sehr begabter Richter mit guter und rascher Auffassungsgabe sei und dass seine Kenntnisse auf allen Rechtsgebieten sehr groß seien. In den Arbeitsgemeinschaften mit den Rechtsreferendaren zeige er besonderes Geschick. In einer politischen Beurteilung vom 07.04.1936 anlässlich eines Beförderungsgesuchs wird K bestätigt, dass er sich vorbehaltlos zum Dritten Reich bekenne und in der Rechtsprechung stets bemüht sei, den Gesetzen eine Auslegung zu geben, die der nationalsozialistischen Weltanschauung gerecht werde.

Auffallend ist, dass weitere dienstliche Beurteilungen nach 1936 fehlen. K wurde später Landgerichtspräsident. Möglicherweise wurden dienstliche Beurteilungen auch später entfernt.

cc. Spruchkammerverfahren

Unterlagen zum Spruchkammerverfahren fehlen in der Personalakte K fast vollständig. Aus der Personalakte ergibt sich lediglich, dass K in der Gruppe IV als Mitläufer eingestuft wurde. Aufschlussreich in dieser Hinsicht ist jedoch die Personalakte des Richters Z, der im Spruchkammerverfahren des Richters K als Zeuge aufgetreten ist. Der Zeugenaussage Zs wurde jedoch nicht gefolgt und K dennoch als Mitläufer eingestuft. Von mehreren Seiten wurde Richter Z bei seiner Zeugenaussage in der mündlichen Verhand-

lung des Spruchkammerverfahrens unterbrochen und auf polemische Art und Weise angegriffen. In der mündlichen Verhandlung wurden mehrere Zeugen benannt. Richter Z war der letzte Zeuge. Bereits zu Beginn seiner Aussage wurde Richter Z, darauf hingewiesen, dass elf Zeugen bereits für Richter K ausgesagt hätten und Z der einzige Belastungszeuge sei. Z bezog sich bei seiner Aussage auf die Personalakte des Richters K. K habe seine Mitgliedschaft in der Bayerischen Volkspartei dazu verwendet, eine politische Gegnerschaft zu der NSDAP aufzubauen. Z weist darauf hin, dass K lediglich von Januar 1921 bis Oktober 1923 Mitglied der BVP war und damit keinen aktiven Widerstand gegen die NSDAP leisten konnte, da die NSDAP zu dieser Zeit keinen besonderen Aufstieg zu verzeichnen hatte. Z sagte in der Verhandlung weiter aus, dass es seiner Erkenntnis nach, bei K zwar um einen beruflich sehr tüchtigen Juristen handle, dieser aber ein kühner Streber sei, der sein politisches Verhalten seinem persönlichen Ehrgeiz unterordnete und dass K innerlich wohl den Nazismus ablehnte, sich aber nach außen im Berufsleben als tadelfreien und hörigen Parteigenossen darbot, um eine berufliche Förderung zu erlangen. Z führte weiter aus, dass es K verstanden habe, in bewusster Auswertung des Nationalsozialismus seine beruflichen Belange zu führen. Der Vorsitzende der Spruchkammer wies Richter Z anschließend darauf hin, dass die Qualifikationsbemerkung, K stelle sich freudig und vorbehaltlos dem Dritten Reich zur Verfügung, die Übliche gewesen sei. Die Rede, die K auf einer Gemeinschaftstagung gehalten habe, sei einwandfrei gewesen und die Anerkennung des Ministers habe nicht einmal die Unterschrift „Heil Hitler“ enthalten. Alle Zeugen hätten nichts Belastendes angeben können. Der Vorsitzende wies Z auf die Folgen seiner Aussage für K hin. Der Vorsitzende der Spruchkammer verwies auf die Aussage desjenigen, der im November 1935 und 1936 die dienstlichen Beurteilungen verfasst hatte. Z wies darauf hin, dass dieser die politische außergewöhnliche Qualifikation des K nachträglich abzuschwächen versucht habe.¹⁰⁸⁵ Richter Z legte ein Schreiben eines früheren Rechtsreferendars vor, aus dem hervorgeht, dass die Arbeitsgemeinschaften des K wegen seines zur Schau getragenen politischen Eifers gefürchtet waren. Richter Z wird im Rahmen seiner Aussage vorgeworfen, dass er ein schlechter Demokrat sei, denn 11 der 12 Zeugen hätten für K ausgesagt, so dass eben die Mehrheit entscheiden müsse.

Insgesamt erscheint das Spruchkammerverfahren sehr wohlwollend zu Gunsten Richter Ks geführt worden zu sein. In dem Spruch vom 03.10.1947¹⁰⁸⁶ heißt es, dass es verständlich sei, wenn der Betroffene der Partei beigetreten sei, weil er dadurch die Folgen, die ihm aus seiner früheren Tätigkeit für die BVP erwachsen wären, vermeiden konnte, so dass ein psychologischer Zwang vorlag. K war jedoch schon 10 Jahre vor der Machtübernahme aus der BVP ausgetreten. Insofern lag kein psychologischer Zwang vor. Der Spruch wurde auch maßgeblich auf die Aussage von Richter Gt gestützt,¹⁰⁸⁷ der seinerseits

¹⁰⁸⁵ Der Verfasser der dienstlichen Beurteilungen vom November 1935 und 1936 war auch derjenige, der Z in diesen Beurteilungen schlecht bewertete. Dies mag wohl an der fehlenden Parteibindung Zs gelegen haben.

¹⁰⁸⁶ Spruchkammer Amberg-Stadt, Verfahren K 34.

¹⁰⁸⁷ Spruchkammer Amberg-Stadt, Verfahren K 34.

Parteimitglied war und wie oben dargestellt, selbst als Nazi bezeichnet werden kann. In der mündlichen Verhandlung vom 03.10.1947 gab Richter K an, dass er in seiner ganzen richterlichen Tätigkeit keinen einzigen Beschluss und kein einziges Urteil gefällt habe, das eine typisch nationalsozialistische Auffassung wiedergab.¹⁰⁸⁸ Da Richter K unter anderem auch für Ehescheidungssachen zuständig war, ist es nicht glaubhaft, dass Richter K sich in keinem Urteil auf die Rechtsprechung des Reichsgerichts berief oder sonst bevölkerungspolitische Aspekte ausgeschlossen hätte. Diese Aussage stimmt darüber hinaus auch nicht mit der Beurteilung Richter Ks vom 07.04.1936, anlässlich eines Beförderungsgesuchs, überein. Darin wird Richter K bescheinigt, dass er stets bemüht sei, den Gesetzen eine Auslegung zu geben, die der nationalsozialistischen Weltanschauung gerecht werde. Auch die Aussage zu seiner Tätigkeit als Gemeinschaftsleiter für die Rechtsreferendare weckt Zweifel. Hierzu hatte K ausgeführt, dass es nahe gelegen hätte, die Referendare im nationalsozialistischen Sinne zu erziehen. Dies habe er jedoch abgelehnt, weil er dies als Aufgabe der Partei betrachtete. Dies mag zwar stimmen, der entscheidendere Grund, weswegen es keine weltanschaulichen Schulungen in den Arbeitsgemeinschaften gegeben haben mag, wird aber wohl eher in dem Schreiben von Rudolf Heß an den Reichsjustizminister vom 26.02.1938 liegen.¹⁰⁸⁹ Darin verbat sich Heß eine Einmischung staatlicher Dienststellen in die weltanschaulichen Schulungen, weil dies allein Sache der Partei sei.

dd. Zusammenfassung

Auf das Prozessverhalten von Richter K wird hier nicht weiter eingegangen, weil K nur für 3 Urteile verantwortlich war. Die Rolle Ks ist deswegen interessant, weil K später Landgerichtspräsident wurde. Wenngleich die Ausführungen Zs im Spruchkammerverfahren vorsichtig bewertet werden müssen, weil K zweifellos im Dritten Reich dem Z bevorzugt befördert wurde und auch nach dem Ende des Dritten Reichs sich auf die Stelle, die Z einnahm, beworben hatte und dann nach dem Ausscheiden Zs auch erhalten hat. Zudem hat Z im November 1935 und 1936 durch denselben Vorgesetzten eine schlechte dienstliche Beurteilung erhalten, während derselbe damalige Vorgesetzte dem K nicht nur gute Bewertungen gab, sondern auch im Spruchkammerverfahren die politischen Qualifikationen wieder in besserem Licht darzustellen versuchte. Möglicherweise waren persönliche Querelen Grund für das Verhalten Richter Zs im Spruchkammerverfahren. Auf der anderen Seite bleibt als Tatsache, dass K bereits 1933 ohne Not in die Partei eingetreten ist. Das Schreiben des ehemaligen Referendars, aus dem hervorgeht, dass K wegen seines offen zur Schau gestellten Eifers bei den Referendaren gefürchtet war und die politische Beurteilung, dass K stets versucht war, den Gesetzen eine dem Geiste des Nationalsozialismus entsprechende Auslegung zu geben, legt die Vermutung nahe, dass K tatsächlich den Nationalsozialismus gezielt ausgenutzt hatte, um seine persönlichen beruflichen Ziele zu fördern. Die Einschätzung Richter Zs, dass K ein kühner Streber sei, der seine politische Haltung der persönlichen Förderung untergeordnet hätte, entbehrt

¹⁰⁸⁸ Spruchkammer Amberg-Stadt, Verfahren K 34.

¹⁰⁸⁹ BA R 3001/24479.

nicht einer gewissen Glaubwürdigkeit. Der Spruch der Spruchkammer Amberg-Stadt ist in sich sehr widersprüchlich und auf die Aussagen anderer (Alt-)Nazis gestützt.

h. Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich darstellen, dass Richter Z und Richter E gezeigt haben, dass es nicht notwendig war, sich in der Partei besonders zu engagieren, um auf seinem Posten bleiben zu können.¹⁰⁹⁰ Anhand der Auswertung der Personalakten wurde aber auch deutlich, dass derjenige die besseren Aufstiegschancen hatte, der sich in der Partei engagierte und zumindest nach außen hin als Mitglied der Partei in Erscheinung trat. Das Beispiel des Richters E zeigt, dass selbst eine nicht einwandfreie arische Abstammung nicht zu einer Abberufung aus dem Richteramt führen musste. In anderen Arbeiten zu dem Thema Personalpolitik im Dritten Reich wurde gezeigt, dass es wohl an dem Mangel an überzeugten Nationalsozialisten unter den Richtern mangelte, dass offensichtliche Gegner des Regimes nicht aus dem Dienst entfernt wurden.¹⁰⁹¹

Bei der Ehescheidungspraxis lässt sich feststellen, dass nach dem Ende des Dritten Reiches eine Selbstreflexion mit dem Regime und dem Verhalten der Juristen im Regime nicht stattgefunden hat. Besonders bei Richter H und bei Richter J, die beide offensichtlich eine ausgeprägte Nazivergangenheit hatten, zeigt sich, dass sie in den Verfahren die Nazi-Vergangenheit der Klageparteien in einem besonders milden Licht betrachteten. Aber auch die Entscheidungspraxis der einzelnen Richter weist deutliche Unterschiede auf. So sind zum Beispiel die Entscheidungen von Richter S besonders hervorzuheben, der in keinem einzigen Rechtsmittelverfahren aufgehoben wurde. Richter Z wurde im Dritten Reich noch bei jedem zweiten Rechtsmittelverfahren aufgehoben, in der Nachkriegszeit sogar in jedem Verfahren. Auch die unterschiedliche Anzahl an vernommenen Zeugen und mündlichen Verhandlungen macht deutlich, dass es für die Parteien entscheidend darauf ankam, auf welchen Richter sie trafen. Richter J war zum Beispiel ein ausgesprochener Gegner von Scheidungen, was sich an seiner deutlich niedrigeren Scheidungsquote widerspiegelt. Andere Richter, wie zum Beispiel Richter Gt oder Richter E erreichten eine Scheidungsquote von 100%.

2. Rechtsanwälte

Da hinsichtlich der Rechtsanwälte, die offensichtlich noch vorhandenen Personalakten, von der Rechtsanwaltskammer Nürnberg nicht zur Verfügung gestellt wurden, sind lediglich die Spruchkammerakten vorhanden, die hier ausgewertet werden können. Diese Spruchkammerakten sind, ebenso wie die Ehescheidungsakten, im Staatsarchiv Amberg archiviert.

In folgenden Verfahren vertraten die Anwälte jeweils den Kläger/die Klägerin:

¹⁰⁹⁰ Ähnlich auch für die Richter des Reichsgerichts: Dieter Niksch, Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938-1944, 1990, S. 261.

¹⁰⁹¹ Z.B. Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933-1940, 2. Auflage 1988, S. 1113.

DAS LANDGERICHT AMBERG NACH DEM ZUSAMMENBRUCH

	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947	1948	1949	Ge- sam- t
Lei	1	2	1	0	0	3	4	0	7	6	2	3	29
Sch	1	0	0	0	1	3	2	0	2	4	4	6	23
Bir	1	1	0	2	1	0	1	0	3	4	6	3	22
Mug	0	0	0	1	0	0	0	0	3	6	5	3	18
Ste	1	0	1	0	1	2	2	0	0	0	3	1	11
Schn	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	1	3	7
Hös	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1	3	0	6
Grü	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1	3	6
Fel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	2	5
Nel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	1	2	5
Ker	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	2	5
Die	0	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1	4
Wir	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	3	4
Schi	0	1	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1	4
Hah	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1	3
Bre	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3
Auh	0	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3
Ruh	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3
Alt	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1	3
Rös	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	3
Wit	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	2
Job	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2
Lud	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2
Pro	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2
Gra	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2
Bra	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	2
Höc	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Lot	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Tal	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Tre	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Sta	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
And	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Bau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Bei	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Str	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1

3. TEIL: DAS PERSÖNLICHE VERHALTEN DER JURISTEN IM UNTERSUCHUNGSZEITRAUM

Rüf	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Gra	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Gme	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ode	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wey	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Har	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Hir	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Rie	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ge- samt	8	8	7	5	7	11	9	0	21	24	37	53	190

In den folgenden Verfahren vertraten die Anwälte jeweils den Beklagten/die Beklagte:

	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947	1948	1949	Ge- samt
Nicht ver- tre- ten	1	1	0	0	0	2	2	0	2	5	14	19	46
Lei	0	1	0	1	0	3	3	0	4	3	1	6	22
Bir	1	0	1	1	2	2	1	0	6	1	1	4	20
Sch	0	1	1	0	1	0	0	0	6	3	3	0	15
Mug	1	2	0	0	0	0	1	0	0	4	1	2	11
Ste	0	0	4	1	0	2	0	0	0	0	0	2	9
Grü	0	0	0	0	0	0	0	0	1	3	3	1	8
Die	1	1	0	0	0	2	1	0	0	0	0	1	6
Schi	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	3	1	6
Nel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	4	5
Hah	1	0	0	1	2	0	0	0	0	0	0	0	4
Hös	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	4
Wit	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	3
Bre	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Wir	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	1	3
Fel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	1	3
Schn	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	1	3
Ruh	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Tal	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	2	3
Bra	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	2
Höc	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Alt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1

Gra	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Sta	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Lud	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Ker	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Wey	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
And	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Bau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Rös	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Har	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Hir	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Rie	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Auh	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Lot	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gme	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Tre	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Job	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ode	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Pro	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gra	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Bei	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Str	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Rüf	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ge- samt	8	8	7	5	7	11	9	0	21	24	37	53	190

Insgesamt wurden die Anwälte wie folgt tätig:

	KV 3. Reich	BV 3. Reich	KV danach	BV danach	Insgesamt
Lei	11	8	18	14	51
Bir	6	8	16	12	42
Sch	7	3	16	12	38
Mug	2	4	17	7	30
Ste	7	7	4	2	20
Grü	0	0	6	8	14
Die	3	5	1	1	10
Nel	0	0	5	5	10
Schi	3	2	1	4	10
Hös	1	0	5	4	10

Fel	0	0	5	3	8
Hah	2	4	1	0	7
Wir	0	0	4	3	7
Schn	0	0	7	3	10
Bre	3	1	0	0	4
Wit	1	3	1	0	5
Ruh	3	2	0	0	5
Alt	1	0	2	1	4
Ker	0	0	5	1	6
Auh	1	0	0	0	1
Tal	0	0	1	3	4
Lud	0	0	2	1	3
Bra	1	0	1	2	4
Rös	0	0	3	1	4
Höc	1	1	0	0	2
Sta	0	0	1	1	2
Job	0	0	2	0	2
And	0	0	1	1	2
Bau	0	0	1	1	2
Pro	0	0	2	0	2
Gra	0	0	2	0	2
Lot	0	0	1	0	1
Gme	1	0	0	0	1
Tre	1	0	0	0	1
Gra	0	1	1	0	2
Ode	0	0	0	1	1
Wey	0	0	0	1	1
Bei	0	0	1	0	1
Str	0	0	1	0	1
Har	0	0	0	1	1
Hir	0	0	0	1	1
Rie	0	0	0	1	1
Rüf	0	0	1	0	1
Gesamt	55	49	135	95	334

Da einige Anwälte in nur sehr wenigen Verfahren aufgetreten sind, werden im Folgenden die Spruchkammerakten der Anwälte ausgewertet, die häufiger aufgetreten sind. Insgesamt fällt auf, dass bereits zur Zeit des Dritten Reiches und der Zeit kurz danach,

sehr viele Rechtsanwälte zugelassen waren. Das Prozessverhalten wird nur von den Anwälten Lei, Bir, Sch und Mug ausgewertet, weil diese am häufigsten aufgetreten sind und sowohl im Dritten Reich als auch in der Nachkriegszeit tätig wurden. Insgesamt wird so das Verhalten der Rechtsanwälte in 161 Vertretungen dargestellt. Von den übrigen Rechtsanwälten wird die Spruchkammerakte kurz wiedergegeben, aber nicht weiter untersucht, da hierfür zu wenige Vertretungen im Untersuchungszeitraum erfolgten.

a. Rechtsanwalt Lei¹⁰⁹²

aa. Persönliches

Rechtsanwalt Lei ist in insgesamt 53 Verfahren aufgetreten. In insgesamt 30 Verfahren war er Klägervertreter, in 23 Verfahren war er Beklagtenvertreter. Lei wurde am 17.11.1901 geboren und war Mitglied bei folgenden Vereinigungen:

- NSV von 1935 bis 1945
- NSRB von 1933 bis 1945
- DRK von 1928 bis 1945
- Opferring von 1938 bis 1945

bb. Spruchkammerverfahren

Das Spruchkammerverfahren gegen Rechtsanwalt Lei wurde mit Verfügung vom 20.08.1946 eingestellt. Die Polizei teilte in dem Spruchkammerverfahren mit, dass nichts Nachteiliges über Lei bekannt sei und er einen anständigen Charakter habe. Richter Z hielt ihn für einen glänzenden Juristen und viel beschäftigten Anwalt, ohne innere Beziehung zur Partei, die ihn ablehnte. Mit Schreiben vom 18.10.1937 teilte der Anwaltskollege Die Herrn Lei mit, dass er Lei ihm Auftrag der Kreisleitung der NSDAP vom Dienst in der parteiamtlichen NS-Rechtsbetreuung ausgeschlossen habe, nachdem Lei Juden vertrat. Der Kreisleiter der NSDAP wandte sich mit Schreiben vom 15.03.1943 an den Landgerichtspräsidenten, um Erkundigungen über Lei einzuholen. Der Kreisleiter schrieb:

„Zahlreiche, seit langen Jahren laufende Klagen, die auch im Kriege nicht abreißen, über den Rechtsanwalt Dr. Lei(...), Amberg, wonach dieser sämtliche Rechtsmittel benützt, um Prozesse vorwärtszutreiben, und in seiner Klagestellung bzw. Androhung von Wohnungsräumungen etc. beispielsweise auch vor Kriegersfrauen nicht halt macht, veranlassen mich, das dringende Ersuchen zu stellen, aus politischen, stimmungsmäßigen Gründen den Rechtsanwalt Dr. Lei(...) unter Bezugnahme auf den Schnellbrief des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (...) sowie den Schnellbrief des Reichsministers der Justiz (...) baldmöglichst zum Arbeitseinsatz zu bringen, da bei ihm in ganz besonderem Maße die im angezogenen Schnellbrief

¹⁰⁹² Die folgenden Angaben wurden aus der nicht durchnummerierten Spruchkammer Amberg-Stadt, L 71 entnommen.

die aufgeführte Tatsache stimmt, wonach die Tätigkeit solcher Rechtsanwälte und Notare, die nach ihren persönlichen Verhältnissen oder der Art ihrer Berufsausübung eine auf das Volksganze ausgerichtete Mitarbeit an der Volkspflege nicht erwarten lassen.“

Der Landgerichtspräsident teilte sodann dem Oberlandesgerichtspräsidenten mit Schreiben vom 16.03.1943 mit:

„Über die Angelegenheit Dr. Lei(...) habe ich vor wenigen Tagen mit dem Kreisleiter gesprochen. Ich habe ihm erklärt, daß ich seine Auffassung über die Stimmung gegen Dr. Lei(...) teile, daß es aber z.Zt. nicht möglich sein wird, für die Ursachen dieser Stimmung Tatsachenmaterial vorzulegen, soweit die Berufsausübung des Dr. Lei(...) bei Gericht in Betracht kommt. Wohl wird auch in Richterkreisen davon gesprochen, daß Rechtsanwalt Dr. Lei(...) aussichtslose Rechtsmittel einlegt, aber er wird sich immer darauf berufen können, daß er sich von diesen Rechtsmitteln Erfolg versprochen habe. Über die rigorose Art der Beitreibung seiner Kosten liegt aus letzter Zeit eine Beschwerde des (...) aus Schwarzenfeld (Opf) vor, -vorgelegt dem Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten am 10.II.1943.- Über die außergerichtliche Tätigkeit des Rechtsanwalts Lei(...) (Mahnschreiben, Klageandrohungen, Aufforderung zur Wohnungsräumung, zur Bezahlung von Kosten usw.), die wohl am meisten Anstoß erregt, kann ich keine Auskunft geben. Erwähnen will ich aber, daß trotz alledem RA Dr. Lei(...) der gesuchteste Anwalt von Amberg ist. Rechtsanwalt Dr. Lei(...) ist nicht Parteigenosse, seine Aufnahme wurde, wie mir der Kreisleiter mitteilte, abgelehnt.“

Rechtsanwalt Lei war offensichtlich ein Gegner des Nationalsozialismus. Dadurch, dass er offensichtlich ohne Rücksicht auf die NS-Belange, die Interessen seiner Mandantschaft durchzusetzen versuchte, wurde er sowohl von der parteiamtlichen Rechtsbetreuung ausgeschlossen, als auch zum Arbeitseinsatz herangezogen.

cc. Prozessverhalten

Rechtsanwalt Lei hat als Klägervorteiler in zehn Verfahren¹⁰⁹³ ohne ideologische Ausführungen argumentiert. In dem Verfahren R 54/1938 hat Lei als Klägervorteiler zunächst unideologisch argumentiert. Als dann der Beklagtenvertreter den Widerspruch gegen die Scheidung erhoben hatte, führte Lei aus, dass sich die Beklagte geweigert habe, zu empfangen. Dies hätte dem Wesen der Ehe derart widersprochen, dass sie zwangsläufig als zerrüttet betrachtet werden müsse. Aus diesem Grund sei auch der Widerspruch unbeachtlich, weil das Wesen der Ehe darin bestehe, die Fortpflanzung zu ermöglichen.

In den Verfahren, in denen Lei als Beklagtenvertreter tätig wurde, hat er in fünf Verfahren¹⁰⁹⁴ keinerlei Bezug zur nationalsozialistischen Ideologie hergestellt. Im Verfahren

¹⁰⁹³ R 12/1939, R 47/1939, R 41/1940, R 57/1943, R 58/1943, R 11/1943, R 17/1944, R 20/1944, R 65/1944 und R 88/1944.

¹⁰⁹⁴ R 21/1939, R 6/1941, R 77/1943, R 70/1944 und R 97/1944.

R 9/1943 wurde in der Klageschrift behauptet, dass eine neue Ehe des Klägers bevölkerungspolitisch noch erwünscht sei. Lei entgegnete hierauf, dass den Kläger höchstens eigensüchtige Motive veranlasst haben könnten, die Ehe aufzuheben. Eigensüchtige Motive könnten aber nicht Grundlage für die Aufhebung einer Ehe nach § 55 EheG sein. Lei stellt hier darauf ab, dass im Nationalsozialismus der Individualismus verpönt wurde und alles Handeln am Volksganzen zu messen war. Diese Argumentation ist jedoch, verglichen mit anderen Vorträgen, so harmlos, dass man sie schon fast als unideologisch bezeichnen könnte. In dem Verfahren R 66/1943 machte Lei geltend, dass der Widerspruch beachtlich sei, weil beide Streitteile unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten keine neue wertvolle Ehe eingehen könnten. In dem Verfahren R 1/1944 berief sich Lei auf die Rechtsprechung zum Eheschutz der gealterten Ehefrau.

Zusammenfassend kann das Prozessverhalten als nahezu unideologisch bezeichnet werden. Lei hat in 15 Verfahren überhaupt nicht ideologisch argumentiert. In vier Verfahren hat Lei lediglich rechtstheoretisch ideologisch argumentiert. Durch diese Argumentation, die im Wesentlichen sich lediglich mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts auseinandersetzte, kann kein nationalsozialistisch motiviertes Verhalten erkannt werden. Auf diesem Logo befand sich natürlich auch ein Hakenkreuz. Andere Kollegen haben dieses Logo sogar noch in einer vergrößerten Form auf jedem Briefkopf verwendet. Obwohl Lei Mitglied des NSRB war, fand sich auf keinem seiner Schriftsätze das Logo dieser Vereinigung.

Die Gegnerschaft von Rechtsanwalt Lei zu dem NSDAP-Regime wird in seinen Schriftsätzen immer wieder deutlich. In dem Verfahren R 155/1947 bezeichnet Lei die oberlandesgerichtliche Rechtsprechung zur Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs als „gekläutert“.

[1]. Klägervorteiler

Rechtsanwalt Lei war in insgesamt 51 Verfahren tätig. Davon war er 29 mal als Klägervertreter tätig.

	Rechtsanwalt Lei		Durchschnitt	
	Drittes Reich	Nachkriegszeit	Drittes Reich	Nachkriegszeit
Anzahl der Schriftsätze	3,1	2,5	2,6	2,7
Umfang der Schriftsätze	1,8	1,6	2,6	1,7
Rechtliche Argumentation	36,4 %	5,6 %	29,1 %	11,1 %
Ideologische Argumentation	18,2 %	5,6 %	36,4 %	3,3 %
Prozess gewonnen	81,8 %	66,7 %		

Bei der Auswertung der Verfahrenseckdaten kann man feststellen, dass Lei im Dritten Reich durchschnittlich einen halben Schriftsatz mehr an das Gericht schickte. Lei lag auch einen halben Schriftsatz pro Verfahren vor einem durchschnittlichen Verfahren. Jedoch lag der Umfang der Schriftsätze je Schriftsatz deutlich unter dem Durchschnitt. Lei schaffte es daher, in knapperer Form das Wesentliche mitzuteilen. Dabei machte Lei im

Dritten Reich auch rechtliche Ausführungen in 36,4 % der Verfahren und lag damit über dem Durchschnitt. In der Nachkriegszeit machte Lei in nur noch 5,6 % der Verfahren rechtliche Ausführungen, was nur der Hälfte des Durchschnittes entspricht. Mit ideologischer Argumentation in der Nachkriegszeit ist zum Beispiel das Instrumentalisieren der Stellung der Parteien im Dritten Reich gemeint. Dies machte sich Lei in einem Verfahren zu eigen. Mit einer Erfolgsquote von 81,8 % im Dritten Reich, war Lei auch recht erfolgreich. Im Gegensatz dazu sank diese in der Nachkriegszeit auf nur noch 66,7%, das bedeutet, dass Lei nicht mehr jedes 5. sondern jedes 3. Verfahren verlor. Die Erfolgsquote kann man jedoch nicht mit der Scheidungsquote gleichsetzen, weil in sehr vielen Verfahren die Klage abgewiesen wurde und der Widerklage stattgegeben wurde.

[2]. Beklagtenvertreter

Als Beklagtenvertreter war Lei im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit in insgesamt 22 Verfahren tätig.

	Rechtsanwalt Lei		Durchschnitt	
	Drittes Reich	Nachkriegszeit	Drittes Reich	Nachkriegszeit
Anzahl der Schriftsätze	2,5	2	1,8	2,6
Umfang der Schriftsätze	2,9	2,25	2,7	1,8
Rechtliche Argumentation	75 %	7,1 %	32,7 %	11,9 %
Ideologische Argumentation	37,5 %	0 %	36,4 %	3,5 %
Prozess gewonnen	75 %	50 %		

Als Beklagtenvertreter war Lei erfolgloser, als als Klägervertreter. Gewann er im Dritten Reich als Klägervertreter 81,8 % der Verfahren, waren dies als Beklagtenvertreter nur 75% der Verfahren, was aber immer noch recht erfolgreich ist, weil ja umgekehrt in 25 % der Verfahren die andere Seite verloren hat. In der Nachkriegszeit sank dieser Wert auf nur noch 50%. Das bedeutet zwar immer noch, dass er jedes zweite Verfahren gewonnen hat, aber dieser Wert ist schon deutlich niedriger, als im Dritten Reich.

Wie auch schon als Klägervertreter, fertigte Lei auch als Beklagtenvertreter im Dritten Reich überdurchschnittlich viele Schriftsätze. Dafür verfasste er in der Nachkriegszeit unterdurchschnittlich wenige. Jedoch stieg der Umfang der Schriftsätze an. Als Beklagtenvertreter im Dritten Reich machte Lei auffallend häufig rechtliche Ausführungen, nämlich knapp doppelt so häufig, wie im durchschnittlichen Verfahren. Als Beklagtenvertreter machte Lei in der Nachkriegszeit überhaupt keine ideologischen Ausführungen mehr, während er im Dritten Reich mit seinem Wert noch knapp genau im Durchschnitt lag.

dd. Zusammenfassung

Rechtsanwalt Lei wurde als Gegner des Nationalsozialismus bezeichnet. Nach der Auswertung der Spruchkammerakte und dem Verhalten, in den Verfahren, in denen Lei beteiligt war, kann man feststellen, dass Lei tatsächlich ein solcher Gegner war. Lei wurde

von der parteiamtlichen Rechtsbetreuung ausgeschlossen, weil er Juden vertreten hatte. Dies zeigt, dass er nicht nur ein heimlicher Gegner des Nationalsozialismus, sondern ein offener Gegner war. Dies tat seiner Karriere keinen Abbruch, wie das Schreiben des Landgerichtspräsidenten an den Oberlandesgerichtspräsidenten zeigte. Dennoch hielt dies Lei nicht davon ab, in seiner Rolle als Anwalt die ideologischen Gegebenheiten für seine Mandanten zu nutzen. Während des Dritten Reiches war dies in immerhin 37,5 % der Beklagtenvertretungen der Fall. Selbst in der Nachkriegszeit brachte Lei die Nazivergangenheit der Parteien in der Prozessvertretung unter. Den größten Erfolg hatte Lei als Klägervertreter im Dritten Reich. Dort hat er immerhin 81,8% seiner Verfahren gewonnen. Dies mag an dem in allen Verfahren überdurchschnittlich hohen Anteil an rechtlicher Argumentation liegen. Sowohl das Landgericht als auch die meisten Anwälte beschränkten sich auf den Tatsachenvortrag und die Tatsachenauswertung. Eine rechtliche Argumentation findet man relativ selten. Bei Lei war dies in immerhin 75% der Beklagtenvertretungen im Dritten Reich der Fall. Insgesamt gewinnt man den Eindruck, dass sich Lei recht engagiert für seine Mandanten eingesetzt hat. Immerhin hat Lei auf die gesamte Zahl der Vertretungen 2/3 der Verfahren gewonnen.

b. Rechtsanwalt Bir

aa. Persönliches

Rechtsanwalt Bir wurde am 01.02.1884 geboren.¹⁰⁹⁵ Er war von 1933 – 1935 Scharführer bei der SA. Daneben war Bir Mitglied der folgenden Organisationen:

- NSV von 1933-1945
- NSKOV von 1933-1945
- NSRB von 1933-1945
- NSRKB von 1937-1945
- NSKB von 1935-1945

Das Spruchkammerverfahren gegen Bir wurde aufgrund der Weihnachtsamnestie 1947 eingestellt. Der öffentliche Kläger hatte gegen den Spruch der Spruchkammer vom 20.05.1947, mit dem Bir in die Gruppe der Entlasteten eingereiht wurde, Berufung eingelegt. Bir wurde als früheres BVP Mitglied im Stadtrat Amberg am 26.06.1933 inhaftiert. Am 23.08.1944 erfolgte eine Verhaftung durch die Gestapo Regensburg. Bir wurde allerdings nach 7 Stunden wieder freigelassen. Bir war bereits vor der Machtergreifung Mitglied des Stahlhelm gewesen. Diese Organisation wurde jedoch in die SA überführt, so dass Bir dadurch automatisch Mitglied der SA wurde. Bir war 1935 aus der SA ausgetreten.

Bir wurde 1914 als Amtsanwalt beim Amtsgericht Bamberg angestellt und wurde 1919 aufgrund einer Kriegsbeschädigung pensioniert. Um eine Familie mit 3 Kindern ernähren zu können, musste sich Bir als Rechtsanwalt zulassen, um einen Zuverdienst zu der Pension zu erhalten. Unmittelbar nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden

¹⁰⁹⁵ Spruchkammerakte der Spruchkammer Amberg-Stadt B184; Seiten waren nicht nummeriert.

die pensionierten Beamten aufgefordert, sich wieder zur Verfügung zu stellen. Bir habe sich daraufhin zweimal beim Vorstand des Amtsgerichtes Amberg gemeldet und hierauf nicht einmal eine Antwort erhalten, während alle anderen pensionierten Beamten, soweit sie noch einigermaßen dienstfähig waren, weiter verwendet wurden. Bir führte dies darauf zurück, dass er bei der Kreisleitung als politisch unzuverlässig galt.

bb. Prozessverhalten

Unideologisch hat Rechtsanwalt Bir als Klägervertreter in allen 6 Verfahren¹⁰⁹⁶ im Dritten Reich argumentiert. Besonders hervorzuheben ist hierbei das Verhalten im Verfahren R 6/1941, weil es für die Klägerin ein Leichtes gewesen wäre, aus der Tatsache, dass ihr Ehemann wegen Unzucht mit anderen Männern verurteilt wurde. Bir hat jedoch nur vorgetragen, dass der Beklagte eine 3jährige Zuchthausstrafe verbüße.

Von den 9 Verfahren im Dritten Reich, in denen Rechtsanwalt Bir der Beklagtenvertreter war, hat er in 8 Verfahren ohne Bezugnahme auf nationalsozialistische Ideologie argumentiert.¹⁰⁹⁷ In dem Verfahren R 35/1942 griff Bir die Behauptung des Klägervertreters, dass das Sterilisationsverfahren gegen den Kläger wegen normaler Intelligenz nicht durchgeführt wurde, in der Klageerwiderung auf und behauptete, dass der Kläger ein Psychopath und schizophr sei. Dies ist an sich kein nationalsozialistisches Argument. Gerade aber im Dritten Reich wurden psychisch Kranke als wertlose Menschen betrachtet, so dass die Berufung auf die angebliche Schizophrenie des Klägers diesen in ernsthafte Schwierigkeiten bringen konnte. Andererseits war durch die amtsärztliche Untersuchung bereits festgestellt, dass das Sterilisationsverfahren wegen normaler Intelligenz des Klägers nicht durchgeführt würde.

In dem Verfahren R 212/47 trug Rechtsanwalt Bir erst die Behauptung vor, dass die Beklagte den Kläger denunziert habe und so dafür verantwortlich war, dass der Kläger von der Gestapo inhaftiert wurde. Das Gericht folgte der Behauptung nicht und hielt den Widerspruch für beachtlich. Bir hätte seine Klage auch auf § 43 EheG stützen können und aus dem Vorwurf, dass die Beklagte ihren Ehemann denunziert hatte, eine schwere Eheverfehlung machen können. Dies tat er vielleicht aus deswegen nicht, weil er sich nicht sicher sein konnte, dass das Gericht auch in der Denunziation eine schwere Eheverfehlung erblicken würde. Weil Bir in den restlichen Verfahren in der Nachkriegszeit keine rechtliche oder ideologische Argumentation verwandte, sind diese Verfahren insoweit unspektakulär.

[1]. Klägervertreter

Bir war als Klägervertreter im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit in insgesamt 22 Verfahren tätig.

	Rechtsanwalt Bir	Durchschnitt
--	------------------	--------------

¹⁰⁹⁶ R 21/1939, R 6/1941, R 98/1941, R 121/1941, R 52/1942 und R 12/1944.

¹⁰⁹⁷ R 58/1938, R 83/1940, R 8/1941, R 35/1942, R 98/1942, R 24/1943, R 111/1943 und R 65/1944.

	Drittes Reich	Nachkriegszeit	Drittes Reich	Nachkriegszeit
Anzahl der Schriftsätze	1,8	2,0	2,6	2,7
Umfang der Schriftsätze	2,1	1,7	2,6	1,7
Rechtliche Argumentation	33,3 %	0 %	29,1 %	11,1 %
Ideologische Argumentation	16,7 %	0 %	36,4 %	3,3 %
Prozess gewonnen	83,3 %	68,8 %		

Bei den Schriftsätzen fällt auf, dass sich Bir insgesamt kürzer fasste, als seine Kollegen, sowohl was die Anzahl der Schriftsätze, als auch deren Umfang betrifft. Im Dritten Reich argumentierte Bir noch in jedem dritten Verfahren rechtlich, in der Nachkriegszeit finden sich keine rechtlichen, aber auch keine ideologischen Ausführungen mehr in den Schriftsätzen. Im Dritten Reich war Bir auch deutlich erfolgreicher als Klägersvertreter, als in der Nachkriegszeit.

[2]. Beklagtenvertreter

Als Beklagtenvertreter war Bir im Untersuchungszeitraum in insgesamt 20 Verfahren tätig.

	Rechtsanwalt Bir		Durchschnitt	
	Drittes Reich	Nachkriegszeit	Drittes Reich	Nachkriegszeit
Anzahl der Schriftsätze	2,25	2,0	1,8	2,6
Umfang der Schriftsätze	2,0	1,8	2,7	1,8
Rechtliche Argumentation	0 %	0 %	32,7 %	11,9 %
Ideologische Argumentation	0 %	0 %	36,4 %	3,5 %
Prozess gewonnen	87,5 %	54,5 %		

Zwar fertigte Bir im Dritten Reich überdurchschnittlich viele Schriftsätze an, dafür waren diese aber kürzer als im Durchschnitt. Auffallend ist jedoch, dass Bir weder im Dritten Reich, noch in der Nachkriegszeit rechtlich oder ideologisch argumentierte. Dies hinderte ihn aber nicht daran, als Beklagtenvertreter im Dritten Reich sogar erfolgreicher zu sein, wie als Klägersvertreter. Lediglich die Erfolgsquote in der Nachkriegszeit liegt mit 54,5% deutlich niedriger, als im Dritten Reich.

cc. Zusammenfassung

Bir kann als Gegner der Nationalsozialisten bezeichnet werden. Er hat in den allen Verfahren unideologisch argumentiert. Sogar in dem Verfahren R 6/1941, in dem es für die Klagepartei von Vorteil gewesen wäre, sich auf die Homosexualität des Beklagten zu berufen, nutzte Bir diesen Umstand nicht aus, sondern führte in noch nicht einmal in seinen Schriftsätzen an. Lediglich in dem Verfahren R 35/1942 führte Bir aus, dass der Kläger ein Psychopath und schizophran sei. Allerdings war das bereits eingeleitete Sterilisationsverfahren nicht durchgeführt worden, so dass die Wahrscheinlichkeit, den Kläger durch diese Äußerung ernsthaft in Gefahr zu bringen, äußerst gering war. Zu

erwähnen ist auch, dass Bir auf keinem Schriftsatz das Hakenkreuzemblem des NSRB verwendete.

Obwohl Bir offensichtlich auch im Dritten Reich erkennbar kein Anhänger des Regimes war, änderte dies nichts an dem offensichtlichen Erfolg seiner Vertretungen. In 83,3% der Verfahren obsiegte Bir als Klägervertreter und sogar in 87,5% der Verfahren obsiegte Bir als Beklagtenvertreter im Dritten Reich, obwohl er als Beklagtenvertreter keinerlei ideologische oder rechtliche Ausführungen machte. In insgesamt 69,0 % der Verfahren gewann Bir den Prozess zu Gunsten seines Mandanten.

c. Rechtsanwalt Sch

aa. Persönliches

Sch wurde am 22.02.1905 geboren.¹⁰⁹⁸ Sch war Mitglied folgender Organisationen:

- | | |
|---------------------|---|
| • Fördermitglied SS | 1934-1938/39 |
| • NSV | 1937-1945 |
| • RLB | 1939-1945 |
| • NSRB | 1933-1945 |
| • NSDAP | 1938 wegen politischer Unzuverlässigkeit abgelehnt. |

Das Spruchkammerverfahren wurde am 16.10.1947 eingestellt. Die CSU teilte in dem Spruchkammerverfahren mit, dass Sch ein aktiver Gegner der Nazi gewesen sei. Sch war bis zur Machtergreifung ein Wahlkampfredner der BVP gegen die Nazis. Richter Z teilte in diesem Verfahren mit, dass Sch kein Parteigenosse war und bis zur Machtergreifung ein offener Gegner der Nationalsozialisten gewesen sei. Offensichtlich aus diesem Grunde wurde er im Juni 1933 festgenommen. Sch versicherte an Eides statt, dass er bis zum Jahre 1937 insgesamt 6 Judenfirmen vertreten habe. Anlässlich dieser Vertretung sei der Anwaltskollege Die gegen Rechtsanwalt Sch eingeschritten und habe ein Vertretungsverbot über ihn verhängt. Die war in höherer Position beim NSRB und in Amberg als Anwalt tätig. Sch war einige Wochen im Jahre 1938 Anwärter bei der NSDAP, wurde aber wegen dessen politischer Unzuverlässigkeit nicht in die Partei aufgenommen. In dem Spruchkammerverfahren sagten drei Zeugen aus, dass die Gesinnungsgenossen des Sch in der Zeit des Dritten Reichs, getarnt als Kegelklub, weiter Treffen abgehalten haben. Sie sahen Herrn Sch als Führer der Gegenströmung an.

bb. Prozessverhalten

In den insgesamt 10 Verfahren¹⁰⁹⁹ im Dritten Reich, in denen Rechtsanwalt Sch entweder als Kläger- oder Beklagtenvertreter auftrat, wurde in keinem Verfahren von Seiten des Sch ideologisch argumentiert. In dem Verfahren R 20/1942 äußerte sich Sch sogar da-

¹⁰⁹⁸ Spruchkammer Amberg-Stadt Verfahren Sch 26; Seiten waren nicht nummeriert.

¹⁰⁹⁹ R 53/1938, R 12/1939, R 24/1940, R 20/1942, R 98/1942, R 24/1943, R 66/1943, R 123/1943, R 36/1944, R 70/1943.

hingehend, dass er behauptete eine Beförderung beim Militär habe nichts mit dem Charakter zu tun, danach werde beim Militär nicht befördert. Aus dem Prozessverhalten ergibt sich, dass Sch keinerlei Bindung zum Nationalsozialismus hatte.

Auch in dem Verfahren R 144/46 wird deutlich, dass sich Sch vom Dritten Reich distanzierte und aus dem früheren Verhalten der Parteien keinen Vorteil ziehen wollte. Der Beklagte hatte in diesem Verfahren die Behauptung aufgestellt, die Klägerin habe ihn bei der Spruchkammer wegen seines Verhaltens im Dritten Reich denunziert. Rechtsanwalt Sch nahm zu diesem Vorwurf Stellung und führte aus, dass die Klägerin noch weitere Umstände aus der Vergangenheit des Beklagten hätte berichten können, was diesen aber scheinbar in Schwierigkeiten gebracht hätte, so dass die Klägerin hierauf verzichtete. Das Gericht glaubte dieser Einlassung nicht, sondern führte sogar aus, dass der Umstand, dass die Klägerin noch weiteres hätte berichten können ein Indiz dafür sei, dass sie nicht so wahrheitsliebend ist, wie sie tut und deswegen die Denunziation bei der Spruchkammer als Lüge wertete. Die restlichen Verfahren aus der Nachkriegszeit sind eher unspektakulär.

[1]. Klägervertreter

Rechtsanwalt Sch hat insgesamt 23 Klagevertretungen durchgeführt.

	Rechtsanwalt Sch		Durchschnitt	
	Drittes Reich	Nachkriegszeit	Drittes Reich	Nachkriegszeit
Anzahl der Schriftsätze	2,7	4,7	2,6	2,7
Umfang der Schriftsätze	3,1	1,5	2,6	1,7
Rechtliche Argumentation	14,3 %	25 %	29,1 %	11,1 %
Ideologische Argumentation	0 %	0 %	36,4 %	3,3 %
Prozess gewonnen	100 %	87,5 %		

Auffällig ist, dass Sch im Dritten Reich eine Erfolgsquote von 100% hatte. Das heißt, dass er jedes Verfahren gewonnen hat. Seine Prozessführung bezogen auf die Anzahl und Umfang der Schriftsätze entspricht knapp dem Durchschnitt. Im Dritten Reich hat er unterdurchschnittlich häufig, in der Nachkriegszeit überdurchschnittlich häufig rechtlich argumentiert. In keinem Verfahren nutzte er ideologische Argumente für seine Partei.

[2]. Beklagtenvertreter

In insgesamt 15 Verfahren war Sch als Beklagtenvertreter tätig.

	Rechtsanwalt Sch		Durchschnitt	
	Drittes Reich	Nachkriegszeit	Drittes Reich	Nachkriegszeit
Anzahl der Schriftsätze	1,3	2,3	1,8	2,6
Umfang der Schriftsätze	1,9	2,0	2,7	1,8

Rechtliche Argumentation	0 %	18,2 %	32,7 %	11,9 %
Ideologische Argumentation	0 %	0 %	36,4 %	3,5 %
Prozess gewonnen	33,3 %	90,9 %		

Bei der Beklagtenvertretung fällt im Gegensatz zur Klägerevertretung auf, dass Sch nur knapp halb so viele Schriftsätze ans Gericht lieferte und dass diese auch deutlich kürzer waren, als bei einer Klägerevertretung. Im Dritten Reich hat Sch nur jedes 3. Verfahren als Beklagtenvertreter gewonnen. In der Nachkriegszeit waren dies jedoch beachtliche 90,9 %. Auch bei den Beklagtenvertretungen fällt auf, dass Sch in keinem Verfahren ideologisch argumentiert hat.

cc. Zusammenfassung

Sch darf als Gegner des Nationalsozialismus bezeichnet werden. Zum einen hat er in den Verfahren, in denen er als Rechtsanwalt aufgetreten ist, nicht nur nicht ideologisch argumentiert, sondern in einem Verfahren sogar die Beförderungspraxis beim Militär kritisiert. Dass Sch ein Gegner des Nationalsozialismus war, ergibt sich auch daraus, dass er wegen der Vertretung von Juden zeitweise von der NS-Rechtsbetreuung ausgeschlossen war und dass die NSDAP ein Aufnahmegesuch wegen dessen politischer Unzuverlässigkeit ablehnte.

Obwohl Sch ein so offensichtlicher Gegner der NSDAP war, war er der erfolgreichste Anwalt im Untersuchungszeitraum. Lediglich bei den Beklagtenvertretungen hatte er kein so glückliches Händchen und gewann hier nur in 1/3 der Verfahren. Allerdings muss man dieses Ergebnis relativieren, denn immerhin waren es nur 3 Vertretungen, die Sch hier durchgeführt hat. Die Erfolgsquote von 100% bei den Klägerevertretungen im Dritten Reich blieb unter der Anwaltschaft unerreicht. Insgesamt konnte Sch eine Gesamterfolgsquote von 84,2 % der Verfahren aufweisen und lag damit weit vor seinen Anwaltskollegen. Sch bewies damit, dass es dem Erfolg keinen Abbruch tat, wenn man auf eine ideologische Argumentation vollständig verzichtete.

d. Rechtsanwalt Mug

aa. Persönliches

Rechtsanwalt Mug wurde am 06.08.1908 geboren.¹¹⁰⁰ Im Spruchkammerverfahren wurde Mug als Mitläufer in die Gruppe IV eingeordnet. Mug war Mitglied der folgenden Vereinigungen:

- NSDAP-Anwärter von 11.09.1939 bis 1945
- SA Rottenführer von 1939-1945
- NSV von 1938-1945
- NSRB von 1.7.1936-1945

¹¹⁰⁰ Spruchkammerverfahren Spruchkammer Amberg-Stadt M 206; Akte nicht durchnummeriert.

Richter Z teilte im Spruchkammerverfahren mit, dass er Mug als vaterländisch ausgeachtete Soldatennatur kenne, ohne dass dieser jedoch ein aktivistisches Interesse für die Partei gehabt habe. Es handele sich bei ihm jedoch um einen sehr anständigen Charakter mit jugendlich temperamentvollem Einschlag.

bb. Prozessverhalten

In den beiden Verfahren,¹¹⁰¹ in denen Mug im Dritten Reich den Kläger vertrat, argumentierte Mug nicht ideologisch zur Unterstützung des Klagevorbringens. Auch in zwei Verfahren,¹¹⁰² in denen Mug die Vertretung der/des Beklagten im Dritten Reich übernommen hatte, argumentierte er nicht ideologisch. In dem Verfahren R 39/1939 argumentierte Mug jedoch, dass der Lebenswandel des Klägers es nicht wünschenswert erscheinen lasse, dass eine neue Ehe geschlossen werde. In dem Verfahren R 44/1939 trug der Beklagtenvertreter Mug vor, dass der Kläger im Ersten Weltkrieg Liebesbriefe erhalten haben, welche auf eine homosexuelle Neigung hindeuten würden. Außerdem habe die Volksgemeinschaft kein Interesse an einer neuen Ehe des Klägers. Eine neue Ehe würde keinesfalls den völkischen Belangen, sondern ausschließlich den egoistischen Interessen des Klägers entsprechen. Mit diesem Vortrag konnte Mug den Kläger ernsthaft in Bedrängnis bringen. Der Hinweis auf die eventuellen homosexuellen Neigungen sollte den Kläger bzw. dessen beabsichtigte neue Ehe als minderwertig erscheinen lassen.

In dem Verfahren R 262/47 berief sich Mug auf die Opferrechtsprechung des Reichsgerichts und verwies dabei auf verschiedene Fundstellen der Entscheidungen. Die Opferrechtsprechung des Reichsgerichtes war ein Ausfluss der nationalsozialistischen Ideologie, weil das Familienbild der Nazis der in der Ehe gealterten Mutter vieler Kinder, im Alter Schutz vor einer Scheidung bieten wollte. Die Frau, die in der Ehe Opfer gebracht hatte, also genau das getan hat, was der nationalsozialistische Gesetzgeber von ihr wollte, sollte deswegen nicht einer Scheidung preisgegeben werden, wenn sie sich ansonsten nichts zu Schulden hatte kommen lassen (ansonsten wäre der Widerspruch bei gleich- oder überwiegendem Verschulden an der Zerrüttung nicht zulässig gewesen). Die Opferrechtsprechung ist daher Ausfluss der Ideologie des Dritten Reiches. Mug hätte auch ohne Zitat dieser Rechtsprechung argumentieren können. Offensichtlich hielt er aber die Argumentation mit Untermauerung durch die Rechtsprechung des Reichsgerichtes für überzeugender. Dies könnte man als Indiz dafür werten, dass Mug nicht bereit war, die vergangene Rechtsprechung kritisch zu überdenken, sonst hätte er keinen Vorteil in dem Zitat von alter Rechtsprechung gesehen. Mug ignorierte auch, dass die früheren Rechtsanschauungen kritisch zu hinterfragen waren. Hätte er eine kritische Würdigung nachvollzogen, hätte er zumindest seine Ansicht hilfsweise auf die Argumentation mit der reichsgerichtlichen Rechtsprechung stützen müssen. Er hat aber die reichsgerichtliche Rechtsprechung vorangestellt und als richtig gewertet, sonst hätte er sie nicht zitiert. Auch an diesem Beispiel wird deutlich, dass eine Selbstreflexion der belasteten Juristen nicht stattgefunden hat.

¹¹⁰¹ R 8/1941 und R 97/1944.

¹¹⁰² R 44/1938, R 17/1944.

[1]. Klägervertreter

Rechtsanwalt Mug führte im Untersuchungszeitraum insgesamt 19 Klagevertretungen durch.

	Rechtsanwalt Mug		Durchschnitt	
	Drittes Reich	Nachkriegszeit	Drittes Reich	Nachkriegszeit
Anzahl der Schriftsätze	2,5	2,2	2,6	2,7
Umfang der Schriftsätze	2,7	1,9	2,6	1,7
Rechtliche Argumentation	0 %	23,5 %	29,1 %	11,1 %
Ideologische Argumentation	50 %	0 %	36,4 %	3,3 %
Prozess gewonnen	50 %	94,1 %		

Der Umfang sowie die Anzahl der Schriftsätze von Rechtsanwalt Mug hielten sich im Dritten Reich in nahezu durchschnittlichem Umfang. Auffällig ist jedoch, dass Mug im Dritten Reich in keinem Verfahren rechtlich argumentiert hat, sondern nur in der Hälfte der Verfahren ideologisch. Seine Erfolgsquote mit 50% der Verfahren im Dritten Reich war dann auch recht bescheiden im Vergleich zu den anderen Anwälten. Im Vergleich dazu obsiegte Mug in der Nachkriegszeit in immerhin 94,1% der Verfahren.

[2]. Beklagtenvertreter

Als Beklagtenvertreter war Rechtsanwalt Mug in insgesamt 11 Verfahren tätig.

	Rechtsanwalt Mug		Durchschnitt	
	Drittes Reich	Nachkriegszeit	Drittes Reich	Nachkriegszeit
Anzahl der Schriftsätze	1,7	2,2	1,8	2,6
Umfang der Schriftsätze	4,1	2,0	2,7	1,8
Rechtliche Argumentation	0 %	57,1 %	32,7 %	11,9 %
Ideologische Argumentation	33,3 %	14,3 %	36,4 %	3,5 %
Prozess gewonnen	33,3 %	42,9 %		

Als Beklagtenvertreter machte Mug längere Ausführungen, als es in einem durchschnittlichen Verfahren der Fall war. Während Mug im Dritten Reich in keinem Verfahren rechtlich argumentierte, wandelte sich dies in der Nachkriegszeit. Hier machte Mug in beachtlichen 57,1 % der Verfahren rechtliche Ausführungen und lag damit weit über dem Durchschnitt. Aber auch mit der ideologischen Argumentation, wie oben bereits ausgeführt, lag Mug deutlich über dem Durchschnitt. Allerdings muss man hier Mug zu Gute halten, dass diese 14,3% lediglich 1 Verfahren darstellt. Mit einer Erfolgsquote von nur 33,3 % der Verfahren im Dritten Reich und 42,9% der Verfahren in der Nachkriegszeit zählte Mug nicht zu den erfolgreichsten Anwälten.

cc. Zusammenfassung

Mug war NSDAP-Anwärter, wurde aber nicht in die Partei aufgenommen. Er war jedoch Rottenführer bei der SA und damit politisch nicht unbelastet. Inwieweit Mug tatsächlich ein Anhänger des Nationalsozialismus gewesen ist, ist nicht mehr nachvollziehbar. Mug hat sich jedoch nicht geschämt, einen Vorteil für seinen Mandanten um jeden Preis zu erreichen. In dem einen Verfahren, in dem er vortrug, dass der Kläger verdächtigt werden könnte, homosexuell zu sein, hätte dies für den Kläger unter Umständen den Tod bedeuten können, wenn er deswegen von der Gestapo in ein KZ inhaftiert worden wäre, möglicherweise hat es dies sogar, weil nicht bekannt ist, was weiter aus dem Kläger geworden ist. Diese Skrupellosigkeit kann entweder daraus resultieren, dass es Mug egal war, was aus der gegnerischen Partei wurde, oder dass er tatsächlich ein Anhänger des Nationalsozialismus war, der davon überzeugt war, dass der Kläger keine wertvolle Ehe eingehen konnte.

Obwohl Mug jedenfalls dem Regime nicht fernstand, verhalf ihm dies nicht zu einer größeren Erfolgsquote bei seinen Vertretungen. In insgesamt nur 53,8 % der Vertretungen erreichte er das Ziel seines Mandanten und war damit der erfolgloseste der vier genauer untersuchten Anwälte.

e. Rechtsanwalt Hös

Rechtsanwalt Hös wurde am 23.02.1902 geboren, das Spruchkammerverfahren gegen ihn wurde mit Beschluss vom 25.10.1946 eingestellt.¹¹⁰³ Aus einem vertraulichen Bericht des stellvertretenden Ortsgruppenleiters an die Kreisleitung der NSDAP ergibt sich, dass Hös eine Aufnahme in die Partei ablehnte. Der stellvertretende Ortsgruppenleiter wies in diesem Bericht darauf hin, dass Hös mit dem Bankdirektor (...) verkehre, der dafür bekannt sei, ein Gegner der Partei zu sein. Sowohl Hös als auch dessen Vater, der ebenfalls Anwalt war, waren die einzigen Anwälte in den umliegenden AG-Bezirken, welche nicht NSDAP-Mitglieder waren. Wie die Partei darauf Einfluss nahm, dass missliebige Anwälte während des Dritten Reiches lukrative Mandate verloren, zeigt das folgende Schreiben des Kreisleiters der NSDAP in Cham vom 16.03.1938:

„Die jüdische Firma Teller und Klein ist durch den Besitzwechsel an Sie arisch geworden. Der Hausanwalt der jüdischen Firma Klein war Hös(...), Cham. Es wird angenommen, dass Rechtsanwalt Hös(...) versuchen wird den Vertrauensposten auch bei der nunmehr arisierten Firma beibehalten zu können. Da Genannter sich bis heute in seinem ganzen Verhalten noch negativ zum nat.soz.Staate stellt (Vor Machtübernahme war H. Agitator der Bayer. Volkspartei – im Jahre 1935 noch lehnte er die Aufnahme in die Partei ab) und überhaupt echt jüdische Allüren zeigt, wird ersucht, dem Ansuchen desselben im gegebenen Falle nicht stattgeben zu wollen. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass RA Hös(...) wegen seiner Vertretung von Juden bereits im „Stürmer“ stand und mir auch jüngst wieder bekannt wur-

¹¹⁰³ Spruchkammerverfahren der Spruchkammer Cham, H 179; Akte nicht nummeriert.

de, dass Hös(...) immer noch Juden vertritt. Es dürfte für eine rein arische Firma ein Hausanwalt mit einer so verwerflichen Gesinnungseinstellung alles andere als empfehlenswert sein.“

Hös kann damit als echter Gegner des Nationalsozialismus betrachtet werden.

f. Rechtsanwalt Nel

Rechtsanwalt Nel wurde am 05.08.1894 in Fulnek/CSR geboren, das Spruchkammerverfahren gegen ihn wurde mit Beschluss vom 24.02.1947 eingestellt.¹¹⁰⁴ Nel war mütterlicherseits nicht arischer Abstammung. Von 1922 bis 1938 führte er in der CSR antifaschistische Organisationen an und war ständiger Rechtsvertreter der Deutschen Sozialdemokratischen Partei. Zu den Auswirkungen der Besetzung der CSR erklärte Nel im Spruchkammerverfahren:

„Die Okkupation 1938 war (...) für mich und meine Familie ein schwerer Schlag. Ich verlor anfänglich die Nerven, denn ich musste mit Verhaftungen rechnen und den Ariernachweis und die Sippenforschungsstelle fürchten. Es war ein Leben voller Angst. Unter diesem Drucke glaubte ich, die sehr nachdrücklich von mir geforderten Beiträge zahlen zu müssen, um Zeit zu gewinnen, um den Rassenforschern zu entgehen und meine alte Mutter vor rassischen Verfolgungen zu schützen. Vorteile habe ich daher weder gehabt noch angestrebt. Ich wurde überall zurückgesetzt, z.B. als Rechtsanwalt nur vorläufig und zum jederzeitigen Widerruf zugelassen (...) Mein Einkommen wurde wesentlich geringer, weil viele meiner Klienten ins Ausland gegangen waren und die Nationalsozialisten mich boykottierten. Ich habe mich aber von 1939-1945 nicht nur passiv verhalten, sondern nachweisbar Opfer und Gegner des Regimes gefördert und unterstützt. (...) Nach dem Kriege wäre ich von den Nationalsozialisten bestimmt wegen meines Verhaltens und meiner Abstammung in meinem Beruf ganz ausgeschaltet worden. (...)“

In der Akte befinden sich insgesamt 18 eidesstattliche Versicherungen, in denen bescheinigt wird, dass Nel kein Nationalsozialist war. Auch Nel kann damit als echter Gegner der Nationalsozialisten bezeichnet werden.

g. Rechtsanwalt Auh

aa. Persönliches

Rechtsanwalt Auh wurde am 09.01.1902 geboren, im Spruchkammerverfahren wurde er in die Gruppe III der Minderbelasteten eingereiht.¹¹⁰⁵ Auh war vom 01.08.1937 bis 1945 Parteimitglied. Bei der Reserve SA hatte er den Rang eines Oberscharführers. Dort war er von 1933 bis 1945 Mitglied. Vor der Machtergreifung war Auh als Bezirksvorsitzender der BVP gegen die NSDAP als Wahlredner aufgetreten. Im Dritten Reich wurde er zweimal wegen seiner politischen Einstellung verhaftet, weswegen Auh in die Partei eintreten

¹¹⁰⁴ Spruchkammerverfahren der Spruchkammer Amberg-Stadt, N 19; Akte nicht nummeriert.

¹¹⁰⁵ Spruchkammerverfahren der Spruchkammer Burglengenfeld, A 26; Akte nicht nummeriert.

wollte, was zweimal wegen seiner politischen Unzuverlässigkeit abgelehnt wurde. Auh wurde Parteimitglied, als die SA in die NSDAP übergeführt wurde.

bb. Prozessverhalten

Rechtsanwalt Auh trat in insgesamt 3 Verfahren während des Dritten Reiches auf. In zwei dieser drei Verfahren argumentiert Auh nicht mit ideologischen Ausführungen,¹¹⁰⁶ brachte aber in jedem Verfahren den Mitgliedsstempel des NSRB mit dem darauf befindlichen Hakenkreuz an. In dem Verfahren R 36/1940 argumentierte Rechtsanwalt Auh jedoch ideologisch. Der Beklagte war wegen seiner SPD-Mitgliedschaft im KZ Dachau inhaftiert. Das Ausnutzen dieses Umstandes allein wäre schon schlimm genug gewesen. Auh machte darüber hinaus aber auch noch geltend, dass der Beklagte einen Lungendefekt habe, weswegen er schon in der Lungenheilanstalt Donaustauf gewesen wäre. In der Klageschrift führte er aus:

„Seine politische Haltung und seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus änderte sich auch dann nicht, als die politische Umwälzung kam und der von ihm bekämpfte Nationalsozialismus zur Regierungsgewalt kam. Er blieb der anfänglich offene, später heimliche Feind und betätigte sich zum Verdrusse und trotz aller Mahnungen und Bitten seiner Ehefrau auch entsprechend. Aus dieser Gesinnung heraus nahm er heimlich an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze Flugblätter in Empfang, brachte sie nach Schwandorf und gab sie an geheime Botengänger weiter. Seine Tat wurde entdeckt. Er wurde am 9.5.1934 verhaftet und kurze Zeit darauf vor dem Sondergericht München verhandelt. Er ist wegen eines Verbrechens der Vorbereitung des Hochverrats für schuldig befunden und zur Zuchthausstrafe von 2 Jahren und 11 Monaten verurteilt worden. (...) Nach Verbüßung der Strafe in den Zuchthäusern Amberg und Straubing wurde der Beklagte in das Konzentrationslager Dachau verbracht. Er ist seither dort und es ist nicht abzusehen, wann er das Konzentrationslager verlassen kann. (...) Mit einem Staats- und Volksfeind, dessen Gesinnung sich auch heute noch nicht geändert hat, kann und will sie nicht zusammenleben. Daß er seine Gesinnung noch nicht gewechselt hat, beweist am besten die Tatsache, daß er immer noch in Dachau bleiben muss. (...) Es gehört auch nach einer derartigen strafbaren Handlung, die als einer der schwersten Verbrechen gegen den Staat und die Ordnung betrachtet werden muss, mehr dazu um eine Verzeihung annehmen zu können, als lediglich die Tatsache, daß die Klägerin dem Beklagten ein paar Briefe mit der gewohnheitsmäßigen Anrede „Lieber (...)“ geschrieben (...) hat.“

Auh stützte seine Klage zunächst auf § 49 EheG. Die schwere Eheverfehlung sollte in der Eigenschaft als Staatsfeind erblickt werden. Hilfsweise stützte Auh die Klage auf § 52 EheG, in der er geltend machte, die Lungenkrankheit sei eine ansteckende, ekelerregende

¹¹⁰⁶ R 23/1939 und R 47/1940.

de Krankheit und höchst hilfweise auf § 55 EheG. Die Klage wurde im Prozessverlauf auf § 47 EheG (Ehebruch) umgestellt und geschieden. In der Berufung wurde das Urteil des Landgerichts Amberg aufgehoben und die Scheidung allein aus § 55 EheG ausgesprochen.

Das Prozessverhalten Auhs zeigt, dass er nicht davor zurückschreckte, die Inhaftierung des Beklagten in einem KZ als Mittel zu instrumentalisieren, um seinen Prozess zu gewinnen. Dass der Beklagte als Staatsfeind bezeichnet wurde und dass die Klägerin unter anderem deswegen die Scheidung begehrte, zeigt, dass Rechtsanwalt Auh als ein aktiver Anhänger des Nationalsozialismus bezeichnet werden kann.

cc. Zusammenfassung

Rechtsanwalt Auh kann als ein Anhänger des Regimes bezeichnet werden. Er schreckte nicht davor zurück, die Hilflosigkeit einer Gegenpartei zu instrumentalisieren, um seinen Prozess zu gewinnen.

h. Rechtsanwalt Ruh

aa. Persönliches

Rechtsanwalt Ruh wurde am 10.04.1904 geboren, im Spruch der Spruchkammer Burglengenfeld wurde Ruh in die Gruppe III der Minderbelasteten eingereiht.¹¹⁰⁷ Nach einer Bewährungszeit von 2 Jahren wurde Ruh mit Entscheidung vom 11.11.1948 in die Gruppe IV der Mitläufer eingereiht. Als Begründung wurde hierfür angegeben, dass durch das gute Verhalten des Betroffenen die Gewähr gegeben sei, dass er auch weiterhin seine Pflichten als Bürger eines friedlichen, demokratischen Staates erfüllen würde. Ruh war von 1933 bis 1945 NSDAP-Mitglied. Von 1935 oder 1936 bis 1939 bekleidete er das Amt des Kreishauptstellenleiters. Er war von 1933 bis 1945 Mitglied der SA und war dort von 1943 bis 1945 Sturmführer. Daneben war er Kreisrechtsamtsleiter, Kreisgruppenführer des NSRB, Beisitzer des Kreisgerichts, Bezirksgruppenführer des NS-Juristenbundes, Rechtsberater der SA-Standarte 26 und Kommissarischer Rechtsrat der Stadt Schwandorf.

Der Öffentliche Kläger beantragte die Einreihung in die Gruppe I der Hauptschuldigen. Der Betroffene wäre zwar ein überzeugter Anhänger des Nationalsozialismus gewesen, aber nicht der nazistischen Gewaltherrschaft. Jeder Fanatismus sei ihm fern gelegen. Der Betroffene hätte zugegeben, dass er der NSDAP aus Überzeugung beigetreten wäre, diese Überzeugung wäre jedoch erst während des Krieges ins Wanken geraten. Hauptsächlich wegen des großen Ansehens des Betroffenen in der Bevölkerung sowohl während des Dritten Reiches, als auch danach, wäre ursächlich für die Einstufung in die Gruppe III der Minderbelasteten gewesen.

Diese Einstufung erstaunt, wenn man das politische Führungszeugnis des Betroffenen vom 04.09.1934 liest. Darin heißt es:

¹¹⁰⁷ Spruchkammerakte Spruchkammer Burglengenfeld, R 90, Akte war nicht durchnummeriert.

„Ruh(...) ist, wie aus seinem Lebenslauf hervorgeht, zweifellos ein Mann, der, wenn auch erst im März 1933 wieder zu uns gekommen, die Belange unserer Bewegung bei jeder sich bietenden Gelegenheit vertreten hat. Im Jahre 1923 gehörte er bereits der Bewegung an. Er ist politisch unbedingt zuverlässig, gewandt im Auftreten, fleißig, strebsam und charakterlich einwandfrei. Er ist ein tüchtiger Jurist der Praxis, besitzt gute Menschenkenntnis und großes soziales Empfinden.“

Ein Belastungszeuge, der Jude war, führte aus:

„Derselbe war mitführend in der Progromnacht, er tat sich besonders hervor. Als die Juden auf der Polizei waren, spielte er den tapferen Nationalsozialisten, beschimpfte die Juden, die in einem Raum eingeschlossen waren auf das Gemeinste. In dieser Stunde hatte er vergessen, daß er nicht so lange Zeit vorher bei dem Juden (...) gegessen und gesoffen hat. Am Schuhhaus Bloch spielte er den großen Helden und zertrümmerte mit einem Hammer die Firmenschilder des Geschäftshauses.“

Angesichts dieser Ausführungen erstaunt es, dass die Spruchkammer davon ausgehen konnte, dass der Betroffenen kein Aktivist war.

bb. Prozessverhalten

In 3 Verfahren¹¹⁰⁸ hat Ruh keine nationalsozialistische Argumentation verwendet. In dem Verfahren R 43/1938, dem bereits 1937 eine Scheidungsklage vorausgegangen war, in dem erstmalig bei den untersuchten Verfahren nationalsozialistische Argumentation verwendet wurde, machte Ruh folgende Ausführungen:

„Obwohl sich beide Gerichte schon damals darüber im Klaren waren, dass die Ehe der Streitteile geschieden werden müsse, weil sie in Wirklichkeit keine Ehe mehr war, gaben die Bestimmungen des bürgerlichen Rechts keine Möglichkeit, die Ehe zu scheiden, nachdem sich die Beklagte beharrlich weigerte von sich aus die Scheidung zu betreiben. Mit diesen formalistischen und an der Grundlage des völkischen Lebens Gemeinschaftslebens vorbeigehenden Begriffen hat die Ehenovelle aufgeräumt. Die endgültige Abkehr von der Auffassung, dass die Ehe vorzugsweise eine Einrichtung zur Verwirklichung individualistischer Ziele sei und dass sie ihre innere Rechtfertigung mehr dem Nutzen verdanke, den die Ehegatten für sich selbst aus ihr erhoffen, als den Werten die über diesen erstrebten Vorteil hinaus für die Volksgemeinschaft erwachsen, hat dazu geführt, daß eine Ehe nicht deswegen bestehen bleiben muss, weil einer der Ehegatten, der seinen eigenen Vorteil nicht aufgeben will, sich einer Scheidung widersetzt.“

Die Ehe wurde antragsgemäß, jedoch mit Ausspruch des Verschuldens des Klägers, geschieden. In dem Verfahren R 20/1940 machte Ruh in der Klageschrift geltend, dass die Trennung der Streitteile erfolgt sei, weil die 5 Geschwister der Ehefrau an einer Lun-

¹¹⁰⁸ R 42/1938, R 44/1938, R 23/1939.

genkrankheit gestorben seien. Das Gericht ging jedoch auf diese Argumentation nicht ein, sondern stellte im Gegenzug beim Verschulden für die Zerrüttung ausführlich dar, dass der Kläger widernatürlichen Geschlechtsverkehr haben wollte.

cc. Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Einordnung in die Gruppe III der Minderbelasteten angesichts des Prozessverhaltens und des Verhaltes und der Stellung des Betroffenen, kaum gerechtfertigt war. Ruh hat als erster Rechtsanwalt in den untersuchten Verfahren nationalsozialistisch argumentiert. Dabei ging es weniger darum, durch diese Argumentation dem Kläger zu einer besseren Position zu verhelfen, sondern allgemein die ideologischen Vorteile des neuen Ehegesetzes herauszustellen. In dem zweiten Verfahren, in dem Ruh ideologisch argumentierte, versuchte er die Beklagte als im nationalsozialistischen Sinne minderwertig darzustellen, um seiner Mandantschaft eine bessere Position zu verschaffen. Das Gericht ging auf diesen Vortrag allerdings nicht ein. Ruh muss, nach alledem, als überzeugter Nationalsozialist bezeichnet werden, der nicht davor zurückschreckte, andere in Gefahr zu bringen, wenn es seiner Mandantschaft half. Dass er dennoch kein Aktivist gewesen sein soll, erscheint danach unglaublich.

i. Rechtsanwalt Schi

aa. Persönliches

Rechtsanwalt Schi wurde am 18.08.1885 geboren und durch Entscheidung der Spruchkammer Amberg-Stadt in die Gruppe IV der Mitläufer eingereiht.¹¹⁰⁹ Schi war von 01.05.1935 bis 1945 NSDAP-Mitglied. Er war in der SA von 1933 bis 1945. Ab dem 01.02.1942 war er Major der Reserve. Im November 1933 ist der Betroffene anlässlich der Überführung des Stahlhelms in die SA übernommen worden. Innerhalb dieser Gruppe hatte er den Rang eines Hauptsturmführers, hat aber angeblich nie in diesem Rang Dienst getan. Der Betroffene hätte in der Ausübung seines Berufes nie nationalsozialistische Auffassungen verbreitet. Richter E teilte jedoch mit, dass Schi in seinen Verteidigungen immer korrekt gewesen sei. In der Verteidigung wäre die neue Rechtslehre nicht vertreten gewesen. Der Bürgermeister teilte in dem Spruchkammerverfahren mit, dass Schi auch aktiv tätig gewesen wäre. Er habe mit dem Kreisleiter die erste Ansprache vor dem Rathaus gehalten. Dabei wäre die Schwarz-Rot-Goldene Fahne verbrannt worden. Die Polizei teilte in dem Verfahren mit, dass Schi ein Anhänger des Soldatentums gewesen sei und auch an sich für die NSDAP, weil er sich von ihr einen militärischen Aufbau erwartet habe. Daneben finden sich in der Spruchkammerakte noch folgende Zeitungsausschnitte:

Bayerische Ostmark Nr. 71, Jahrgang 1933 vom 26. April, Lokale Nachrichten, Kameradschaftsabend der Reichswehr:

¹¹⁰⁹ Spruchkammerverfahren der Spruchkammer Amberg-Stadt, Sch 73; Seitenzahlen nicht durchnummeriert.

„Major (...) ergriff nach einigen einleitenden Musikvorträgen das Wort und begrüßte (...) sowie die Führer des Stahlhelmes Rechtsanwalt Schi(...), (...) und (...).“

Amberger Volkszeitung Nr. 137, Jahrgang 1934, 19.Juni:

„Als Brigadeführer Dr. (...) mit seinem Stabe erschien, erstattete ihm Standartenführer Schi(...) Meldung. Der Brigadeführer nahm hierauf die Weihe der Sturmflaggen durch Berühren mit der alten Kampfflagge der Amberger SA vor und hob in einer Rede die besondere Bedeutung dieser Stunde hervor. Durch Standartenführer Schi(...) erfolgte dann die Verpflichtung der Stürme. In einer Ansprache würdigte er die Verpflichtung als Hingabe an Volk, Vaterland und den Führer. Nach dem Deutschland und Horst-Wessel-Lied fand der Vorbeimarsch der einzelnen Stürme statt. Ein Kameradschaftsabend im Josefschank bildete den Abschluss des Tages.“

Warum Schi nicht in die Gruppe II der Belasteten eingereiht wurde, ist nach diesen, der Spruchkammerakte beiliegenden, Berichten, nicht erklärlich.

bb. Prozessverhalten

Schi war in 3 Verfahren Klägervertreter und in 2 Verfahren Beklagtenvertreter. In dem Verfahren R 10/1939 ließ er als Klägervertreter vortragen, dass die Ehe nach den jetzt maßgebenden Anschauungen, um eine Lebensgemeinschaft, zweier nicht gleichgeschlechtlicher Personen, zum Zwecke der Fortpflanzung der eigenen Art und Erhaltung des Deutschen Volkes diene. In dem Verfahren R 25/1942 trug Schi vor, dass die Beklagte den ehelichen Verkehr verweigere und damit nicht die richtige eheliche Gesinnung gehabt habe. Lediglich in 2 Verfahren¹¹¹⁰ argumentierte Schi ohne nationalsozialistische Ausführungen. In dem Verfahren R 2/1939 trug Schi als Beklagtenvertreter vor, dass aus der Ehe weitere Kinder zu erwarten seien, weswegen der Widerspruch beachtlich sein müsse.

cc. Zusammenfassung

Schi kann zusammenfassend als Anhänger der Nationalsozialisten betrachtet werden. In seinen Verfahren argumentierte er auch dann ideologisch, wenn dies an sich nicht erforderlich gewesen wäre.

j. Rechtsanwalt Grü

aa. Persönliches

Rechtsanwalt Dr. Grü kam erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach Amberg.¹¹¹¹ Er wurde am 26.04.1881 geboren. Er wohnte von 1927 bis 1945 in Berlin und von 1939 bis 1943 zusätzlich in Prag. Ab Oktober 1945 wohnte er in Amberg. Dr. Grü war Mitglied folgender Vereinigungen:

¹¹¹⁰ R 77/1943 und R 20/1944.

¹¹¹¹ Spruchkammerakte Spruchkammer Amberg-Stadt G 194; Akte war nicht durchnummeriert.

- NSDAP von 1931 bis 1945
- NSKK von 1933-1935 (Oberscharführer von 1934-1935)
- NSRB von 1933-1945 (Kreiswalter von 1933-1944)
- Reichskolonialbund von 1918-1936 (Kreisverbandsleiter)

Angeichts dieser Mitgliedschaften erstaunt es, dass die Spruchkammer Dr. Grü in die Gruppe V der Entlasteten einreichte. Diese Einstufung erfolgte jedoch zu Recht. Obwohl der Kern, weswegen Dr. Grü in die Gruppe V eingereiht werden konnte, sich außerhalb des Landgerichtsbezirkes Amberg abgespielt hatte und dementsprechend mit dem erstinstanzlichen Prozessalltag vor dem LG Amberg nichts zu tun hat, soll dennoch auf den Inhalt der Spruchkammerakte eingegangen werden, weil es sich hier um ein ganz außergewöhnliches Verhalten des Rechtsanwaltes Dr. Grü handelt, das es verdient, in einem noch breiteren Rahmen, als es hier möglich ist, dargestellt zu werden.

Durch den Spruch der Spruchkammer Amberg-Stadt vom 15.01.1948 wurde Dr. Grü in die Gruppe V der Entlasteten eingereiht. Aus den Gründen dieses Spruchs geht hervor, dass Dr. Grü mit einer Jüdin verheiratet war. Diese Ehe wurde 1927 aus Verschulden der Ehefrau geschieden. Aus der Ehe war jedoch eine Tochter hervorgegangen. Infolge der Scheidung verlegte Dr. Grü seinen Kanzleisitz nach Berlin. Durch einen Abfindungsvertrag war Dr. Grü für eine Reihe von Jahren zur Zahlung einer Abfindung verpflichtet.¹¹¹² Dies, die Übersiedlung nach Berlin und die aufkommende Weltwirtschaftskrise, brachte Dr. Grü der NSDAP näher. Dr. Grü sah in der NSDAP die einzige Möglichkeit, der Weltwirtschaftskrise zu entkommen. Faktisch war jedoch die Mitgliedschaft bereits 1934 zu Ende, als angeordnet wurde, dass Juden und jüdisch Versippte nicht Parteimitglieder sein konnten. Um seine Tochter zu schützen, blieb Dr. Grü nichts anderes übrig, als formal Parteimitglied zu bleiben. Jedoch brachte diese Parteimitgliedschaft einen gewissen Schutz für Dr. Grü, der sich bei seiner jahrelangen Verteidigung von rassisch oder politisch Verfolgten vor dem Volksgerichtshof mehrmals den Unmut der Parteigenossen zuzog. Von seiner Stellung als Kreiswalter des NSRB wurde er 1941 nach Verfolgung durch die Gestapo suspendiert und 1944 als solcher endgültig entfernt. Durch die Ausstellung falscher Schriftstücke gelang es ihm in den Jahren 1937 und 1938 gemeinsam mit dem Generalkonsul von Paraguay eine große Anzahl von Juden aus einem Konzentrationslager zu befreien. Den Hauptwiderstand leistete Dr. Grü jedoch von 1939 bis 1943 in Prag, wo er die Gelegenheit wahrnahm, in zahlreichen Verteidigungen vor dem Volksgerichtshof und auch bei anderen Gelegenheiten sich für die Verfolgten und deren Familien einzusetzen. Aufgrund seines Engagements und Einsatzes für die Angeklagten wurde er mehrmals von der Gestapo verfolgt. Vom Reichssicherheitshauptamt wurden deswegen mehrere Verfahren eingeleitet. In einem Erlass des Reichsministers der Justiz wurden ihm deswegen schwere Vorwürfe gemacht. Darin heißt es wörtlich:

¹¹¹² Zur schlechten Einkommenssituation der Rechtsanwälte: Heiko Morisse, Rechtsanwälte im Nationalsozialismus, 1. Auflage 1995, S. 73.

„Diese Intervention für einen tschechischen Hochverräter bei einem Minister der Protektoratsregierung war mit der Stellung eines deutschen Rechtsanwalts unvereinbar und geeignet, staatswichtige Belange zu gefährden! Dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD habe ich über meine Auffassung unterrichtet.“

Dr. Grü wurde am 21.01.1944 durch einen Geheimerlass des Reichsjustizministers auf Lebenszeit verboten, Tschechen zu vertreten oder sich sonst im Protektorat zu betätigen. Durch den Kammergerichtspräsidenten wurde unmittelbar anschließend ein ehrengerichtliches Verfahren eingeleitet und die Gestapo verfügte die Ausweisung aus der Tschechoslowakei binnen 24 Stunden. Die Spruchkammer fuhr in der Entscheidung weiter fort:

„Eine Anzahl weiterer Erklärungen, die samt und sonders von verteidigten Tschechen oder deren Angehörigen abgegeben worden sind, ist der eindrucksvolle Kampf deutlich zu entnehmen, den der Betroffene gegen die Nazis vor dem Volksgerichtshof geführt hat. Dies ist insbesondere auch daraus zu ersehen, wenn man seiner Tätigkeit und seinem Auftreten die allgemeine Rechtsauffassung von Nazihenker und die Auffassung über die Stellung eines Verteidigers vor dem Volksgerichtshof gegenüberstellt. Danach war es ungeschriebene Vorschrift, daß jeder Verteidiger nur ein willfähiges Werkzeug des Gerichtshofes darstellen sollte, das dem Gericht bei der Findung und Begründung des verhängnisvollen Urteilsspruches behilflich sein sollte. In dem Schreiben des Präsidenten des Volksgerichtshofes vom 13.07.1943 wurde der Fall (...) besonders erwähnt, welcher im Verein mit den bisher geschilderten Vorkommnissen den Grund für den Ausschluss von diesem Gerichtshof bildete. Dazu schrieb (...) in seiner Erklärung vom 15. 9.1945:

Beim Beginn der zweiten Verhandlung beantragte der Staatsanwalt die Verhaftung von Dr. Grü(...) wegen Beeinflussung von Zeugen. Der Antrag des Staatsanwaltes wurde jedoch nach langer Beratung abgewiesen, jedoch gegen Dr. G. ein Verfahren eingeleitet, welches mit seinem Ausschluss von dem Volksgerichtshof endete.(...) An dieser Stelle muss gebührend hervorgehoben werden, mit welcher erstaunlichen Unerschrockenheit der Betroffene den Bluthenker des Naziregimes gegenüber aufgetreten ist. Zur besseren Veranschaulichung der dauernden Gefahr, der er ausgesetzt war, sei kurz auf die verfahrensmäßigen Gewohnheiten des Sondergerichts oder Volksgerichtshofes eingegangen: Durch Stempelaufdruck „Geheim“ wurde die Anklage grds als Staatsgeheimnis erklärt. Nach den §§ 88,89 StGB wurden Mitteilungen daraus als Hochverrat geahndet. Es war demnach verboten, sich mit Dritten über den Inhalt zu unterhalten, auch nicht mit solchen, die zur Aufklärung der Rechtslage unbedingt hätten informiert werden müssen. Es war durchaus keine Seltenheit, wenn Zuwiderhandlungen als Preisgabe von Staatsgeheimnissen verfolgt wurden. Obwohl sich der Betroffene der großen Gefahren, die damit verbunden waren, bewußt war, erörterte er unter Ver-

letzung obiger Vorschrift in den Fällen (...), (...) und (...) die Anklageschrift. Nur so war es ihm möglich die beiden letzteren zu retten, die bereits zum Tode verurteilt waren. (...) Alle diese Urkunden beweisen im Verein mit dem Erlass des RJM vom 21.1.44 den Erklärungen (...), (...), (...) und (...), dass der Betroffene niemals mit der Ideologie der Nazis übereingestimmt und nach seinen Kräften Widerstand geleistet hat. Das Voraufgeführte stellt aber noch lange nicht eine erschöpfende Zusammenfassung all dessen dar, was zur Beurteilung des Betroffenen und zur Erfüllung der Voraussetzungen des Art. 13 erforderlich ist. Für ein derartiges Unterfangen mangelt es an Zeit und Raum. Der Vollständigkeit halber sei aber doch noch kurz auf folgendes verwiesen. Der Betroffene verhalf im Jahre 1941 dem Juden (...) zur Flucht aus dem KZ Lager Wuhlheide, besorgte ihm Unterschlupf in Berlin, zunächst bei sich selbst, dann bei Bekannten. Ein ganzes Jahr versorgte er ihn aus eigenen Mitteln mit Lebensmitteln und rettete ihm somit das Leben. (...) Dem Juden, Ingenieur (...) bewahrte er vor dem Konzentrationslager und versorgte seine Familie in Prag. (...) In Berlin arbeitenden tschechischen Staatsbürgern, die dort als Zwangsarbeiter beschäftigt waren, gewährte er in seiner Berliner Wohnung Unterschlupf und Verpflegung und ermöglichte ihnen, bei ihm ausländische Nachrichtensendungen abzuhören. (...) Aus letzter Erklärung ergibt sich, dass er die Misshandlungen eines abgeschossenen englischen Fliegers des Nachts an seinem Garten verhinderte.“

In dem Spruchkammerverfahren gaben insgesamt 10 ehemalige, vor dem Volksgerichtshof Angeklagte bzw. deren Angehörige eine Erklärung ab, wonach Dr. Grü als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus zu gelten habe. Diese Erklärungen geben ein eindrucksvolles Zeugnis über den Prozessalltag vor dem Volksgerichtshof wider. Einer der ehemaligen Verurteilten gab folgende Erklärung ab:

„Ich wurde am 13.08.1941 wegen Hochverrats verhaftet. Wegen diesem Delikt wurde ich vom I.Senat des Volksgerichtshofes in Dresden am 19.01.1943 zum Tode verurteilt. Als Verteidiger wurde mir damals ex offo der Rechtsanwalt und Notar Herr Dr. Ernst Grü(...) zugeteilt. Bereits bei dieser Verhandlung zeigte sich Herr Dr. Grü(...) in seiner Verteidigungsrede sehr furchtlos und vertrat meine Interessen wie kein anderer der anwesenden Verteidiger der übrigen 14 Angeklagten und mit mir gleichzeitig Verurteilten. Nach der Verkündung des Todesurteils erklärte sich Herr Dr. Grü(...) nicht nur bereit ein Gnadengesuch für mich aufzugeben, sondern versprach mir gleichzeitig es zu versuchen, die Wiederaufnahme des Verfahrens für mich zu erzielen, da keine andere Berufung gegen das Todesurteil möglich ist. Während meines 6 monatlichen Aufenthaltes in der Todeskandidatenzelle hat mich Herr Dr. Grü(...) wiederholt persönlich in Dresden aufgesucht und machte mich mit allen rechtlichen Schritten, die er zu meinen Gunsten unternommen hat, bekannt. Er stand nicht nur mir, aber auch meiner Frau Ludmilla und meinem Schwager Franz (...) mit Rat zur Sei-

te, wie die Beschuldigung gegen mich abzuschwächen und endlich ist es seinen Bemühungen gelungen die Wiederaufnahme des Prozesses zu erzielen. Die neue Verhandlung fand wieder vor dem I.Senat des Volksgerichtshofes in Dresden am 15.Juli 1943 statt und trotzdem dass der Staatsanwalt neuerdings für mich die Todesstrafe beantragte wurde durch den Eingriff des Herrn Dr. Grü(...) das Todesurteil vom oberwähnten Senat aufgehoben und in eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren abgeändert. Welcher Strafe ich mir im Zuchthaus Straubing bis Mai 1945 abbüßte. Gleich bei der zweiten Verhandlung beantragte der Staatsanwalt die Verhaftung des Herrn Dr. Grü(...) - Dr. Grü(...) wurde zwar nach längerer Beratung vom Senat abgelehnt, aber gegen Herrn Dr. Grü(...) wurde ein Verfahren eingeleitet auf Grund dessen er von weiteren Verteidigungen beim Volksgerichtshof ausgeschlossen wurde. Nur der intensiven und furchtlosen Verteidigung des Herrn Dr. Grü(...) verdanke ich mein Leben und bedauere lebhaft, dass er durch meine Sache so weittragende Unannehmlichkeiten hatte. Die mit der Wiederaufnahme des Prozesses verbundenen Rechtsspesen berechnet Herr Dr. Grü(...) meiner Frau nur ganz minimal, so dass absolut nicht anzunehmen war, dass er sich meiner Sache aus irgendwelchen gewinnsüchtigen Gründen angenommen hätte. Während meiner langen Haft hat mich Herr Dr. Grü(...) bei seinen Besuchen stets ermuntert und mir nahe gelegt, dass ich auch eine selbst längere Zuchthausstrafe nicht abbüßen werde, da der Sieg der tschechischen Sache immer näher rückt. Nach meiner persönlichen Anschauung war er ein Verehrer des tschechischen Volkes und kritisierte in den Unterredungen mit mir von rechtlichen Standpunkt den unbegründeten Fortgang der Gestapo und des deutschen Volksgerichtshofes.“

Ein weiterer Betroffener teilte mit, dass Dr. Grü es ihm als Strafarbeiter in Berlin ermöglicht habe, tschechische Sender zu hören und ihn gepflegt habe. Ein Angehöriger eines weiteren Verurteilten teilte mit, dass Dr. Grü mit ihm die Anklageschrift besprochen habe, wodurch Dr. Grü seinerseits wiederum den Tatbestand des Hochverrats erfüllte. Das Todesurteil wurde in 12 Jahre Zuchthaus umgewandelt. Die Anwaltsgebühren hätten nicht einmal die baren Auslagen abgedeckt. Ein weiterer ehemaliger Verurteilter teilte mit:

„In den damaligen Verhältnissen konnte Dr. Grü(...) nur dadurch erfolgreich verteidigen, daß er auf die unmöglichen Methoden der Prager Gestapo hingewiesen hat. Ich kann bestätigen, daß Dr. Grü(...) sich zu mir und meiner Frau wirklich wie ein Mensch verhalten hat, was damals unter den Deutschen ein außergewöhnliches Verhalten war. Meiner Frau gab er vor der Verhandlung meine Anklageschrift zur Durchsicht, was damals von den deutschen Behörden strengstens verboten war.“

In der Spruchkammerakte finden sich noch weitere 3 Schreiben wieder, in denen ehemalige Angeklagte mitteilten, dass es nur der Verteidigung von Dr. Grü zu verdanken

war, dass die von der Staatsanwaltschaft beantragte Todesstrafe in eine Haftstrafe umgewandelt wurde. In einer weiteren Erklärung heißt es:

„Ich gebe die Erklärung ab, daß Dr. Grü(...) mich unerschrocken und zuverlässig verteidigt hat beim 1.Senat des Volksgerichtshofes und erkläre auch gern, dass nach dem Urteil er sich des zum Tode verurteilten Dr. (...) angenommen hat, dessen Advokat nicht dort war und sich mit der Familie Dr. (...) in Prag in Verbindung gesetzt hat, weil er öfter nach Prag gekommen ist. Wie mir auch weiter bekannt, hat Dr. Grü(...) sich mit den Familien anderer Angeklagter, die er verteidigte in Verbindung gesetzt und ihnen die Verbindung zu ihren Angehörigen ermöglicht.“

In einem weiteren Verfahren vor dem Volksgerichtshof hat Dr. Grü einen Freispruch erwirkt und die abschließende Abschiebung in ein KZ verhindert. In einer weiteren Erklärung heißt es:

„Dr. Grü(...) hat in den Jahren 1939-1943, während welcher Zeit er in Prag war, zahlreiche Tschechen vor dem Volksgerichtshof und anderen Deutschen Gerichten mit Unerschrockenheit verteidigt, vielen das Leben gerettet und andere vor dem Konzentrationslager bewahrt. Er führte dabei einen harten Kampf gegen die Methoden des Gerichts und der Gestapo. Auch auf anderen Gebieten hat Dr. Grü(...) in diesen Jahren eine stark antifaschistische Tätigkeit entwickelt, insbesondere auch die Tschechische Widerstandsbewegung erheblich gefördert. Deshalb wurde ihm später die Verteidigung von Tschechen verboten und er auch vom Volksgerichtshof ausgeschlossen. Ende 1943 wurde er und seine Frau aus dem Protektorat ausgewiesen. Dr. Grü(...) war auch wiederholt von der Gestapo verhaftet und war auch sonst fortgesetzten Drangsalierungen ausgesetzt. Kein anderer deutscher Rechtsanwalt hat so viel für die Tschechen getan.“

Der Generalkonsul der Republik Paraguay gab folgende Erklärung an Herrn Dr. Grü ab:

„In meiner Eigenschaft als Generalkonsul der Republik Paraguay in Berlin kamen in den Jahren 1937/38 Hunderte von Juden zu mir, um Einwanderungsgenehmigung nach dem von mir vertretenen Staat zu erwirken. Nach besten Kräften und erfolgreich hatte ich einer großen Zahl von Juden zur Auswanderung verholfen. Im Jahre 1938 erteilte meine Regierung die Anweisung nur noch solchen Juden, die in der Landwirtschaft gearbeitet hatten, einen Sichtvermerk zu geben, welche Bedingung nur von wenigen erfüllt werden konnte. Da Sie als Syndikus der Türkischen Botschaft in Berlin mit Konsularangelegenheiten vertraut waren und mir Ihre Einstellung gegen das Hitler-Regime bekannt war, habe ich mit Ihnen beraten, wie auch ohne Erteilung einer Einreisegenehmigung und unter Beachtung meiner Regierungsanweisung Leute aus dem KZ geholt werden konnten. Wir haben die Lösung

in Form eines Briefes an die Angehörigen der Inhaftierten mit folgendem Wortlaut gefunden:

„Es wird Ihnen hiermit mitgeteilt, dass Sie zur Empfangnahme der Einreisegenehmigung, bzw. des Visums persönlich im Generalkonsulat vorsprechen müssen.“

Auf Grund derartiger Schreiben wurden die Leute, in der Annahme der Lagerverwaltung, dass ein Visum wirklich erteilt werden würde, tatsächlich aus dem KZ entlassen. Auf diese Weise konnte ich mindestens 150 Leute aus den Lagern befreien.“

Ein Amtsgerichtsrat aus Berlin teilte im Spruchkammerverfahren mit, dass Dr. Grü ein absoluter Gegner des Nationalsozialismus war und nur durch die Größe der Stadt Berlin nicht entdeckt wurde. Der seinerzeitige Bürovorsteher der Kanzlei Dr. Grös teilte mit, dass Dr. Grü ein Gegner des Nationalsozialismus war und der Meinung war, nur wegen seiner Parteimitgliedschaft noch weiter Gutes tun zu können. Die Kanzlei von Dr. Grü wurde bei einem Bombenangriff am 01.05.1945 vollständig zerstört.

bb. Zusammenfassung

Wenn man die Spruchkammerakten der anderen Prozessbeteiligten liest und dann zum Vergleich das Verfahren gegen Dr. Grü untersucht, kommt man nicht umhin, Herrn Dr. Grü wegen seines Mutes zu bewundern. Andere sind in derselben Zeit NSDAP-Mitglied geworden, um sich keinen beruflichen Nachteilen auszusetzen, Dr. Grü hat in derselben Zeit mehrfach den Tatbestand des Hochverrates erfüllt, um seinen Mandanten zu helfen. Die Rettung von mehr als 150 Juden aus dem KZ sowie die Rettung von mehreren Angeklagten vor dem Volksgerichtshof kann man kaum in Worte fassen. Wie schwer muss es für Dr. Grü gewesen sein, wenn er in Amberg Richter J gegenüberreten musste, der seinerseits als Staatsanwalt beim Volksgerichtshof gearbeitet hatte. Wie schwer muss es den vom Regime Verfolgten und den Regimegegnern gefallen sein, wenn sie nach dem Dritten Reich vor Gericht wieder denselben Richtern gegenüberreten mussten, die Teil eines Unrechtsregimes waren?

k. Zusammenfassung

Über insgesamt 6 Richter und 10 Rechtsanwälte konnten genauere Details und persönliche Dinge herausgefunden werden. Erstaunlich ist allerdings, mit welcher Milde das Verhalten der Betroffenen in den Spruchkammerverfahren beurteilt wurde. Von den 16 Spruchkammerverfahren sind in 6 Verfahren die Entscheidungen der Spruchkammer nicht nachvollziehbar. Insbesondere bei den 6 Richtern sind in 4 Spruchkammerverfahren die Entscheidungen nicht nachvollziehbar. Bei den Rechtsanwälten waren hingegen von 10 Verfahren lediglich 2 Entscheidungen nicht nachvollziehbar. Überhaupt ist auch das unterschiedliche Verhalten der beiden Gruppen auffällig.

Rechtsanwälte	Nazi	Gegner	Vor 1933 pol. aktiv	Spruch	Spruch nachvoll- ziehbar	Verfolgt
Lei	-	+	- n.b.	Eingestellt	+	+
Bir	-	+	+ BVP	Eingestellt	+	+
Sch	-	+	+ BVP	Eingestellt	+	+
Mug	+	-	- n.b.	IV Mitläufer	+	-
Hös	-	+	- n.b.	Eingestellt	+	+
Nel	-	+	+ Antifa. Partei	Eingestellt	+	+
Auh	+	-	+ BVP	III Minder- belastet	+	+
Ruh	+	-	+ NSDAP 1923	III Minder- belastet	- aktiver Nazi	-
Schi	+	-	+ NSDAP?	IV Mitläufer	- Aktivist	-
Grü	-	+	+ NSDAP	V Entlastet	+	+
Gesamt	6x - 4x +	6x + 4x -	3x - 7x +		8x + 2x -	7x + 3x -

Bei den Rechtsanwälten fällt auf, dass diese Gruppe vor 1933 häufig politisch aktiv war und nach der Machtergreifung überdurchschnittlich häufig den Übergriffen des Regimes ausgesetzt war. Von 10 Rechtsanwälten waren 6 Gegner des Regimes.

Bei den Richtern ergibt sich folgendes Bild:

Richter	Nazi	Gegner	Vorher poli- tisch aktiv	Spruch	Spruch nachvoll- ziehbar	Verfolgt
Z	-	+	+ Stadtrat BVP	Eingestellt	+	-
Gt	+	-	- n.b.	IV Mitläufer	- Nazi	-
H	+	-	- n.b.	IV Mitläufer	-	-
J	+	-	+ NSDAP 1923	IV Mitläufer	- Nazi	-
E	-	+	- n.b.	Eingestellt	+	-
K	+	-	+ BVP	IV Mitläufer	- Nazi	-
Gesamt	2x - 4x +	2x + 4x -	3x + 3x -		2x + 4x -	

Betrachtet man sich die Richter näher, stellt man fest, dass diese tendenziell vor 1933 weniger politisch engagiert waren.¹¹¹³ Die Entscheidungen der Spruchkammer sind bei

¹¹¹³ So auch: Heinz Müller-Dietz, Recht und Nationalsozialismus, 1. Auflage 2000, S. 18; Michael Kißener, Widerstand und Verfolgung der Justiz. Richter am Amts- und Landgericht Karlsruhe 1933 – 1945, in: Franz Josef Düwell, Thomas Vornbaum, Themen juristischer Zeitgeschichte, Schwerpunktthema: Recht und Nationalsozialismus, 1. Auflage 1998, S. 33.

den Richtern weniger häufig nachvollziehbar. 2/3 der Richter waren Befürworter des Regimes oder haben sich diesem zumindest nicht entgegen gesetzt. Das Verhältnis der Gegner des Regimes ist nahezu genau umgekehrt, wie bei den Rechtsanwälten. Dort waren knapp 2/3 Gegner des Regimes, bei den Richtern nur 1/3.

Diese Tabellen machen deutlich, dass offensichtlich auf die Richter mehr Druck ausgeübt wurde, der Partei bzw. deren Organisationen beizutreten. Offenbar wurde auf die Richter auch mehr Druck ausgeübt, inhaltlich die Positionen der Nationalsozialisten zu vertreten. Auffällig ist, dass bei den Rechtsanwälten viel mehr Widerstand gegen das Regime vorhanden war, als zunächst vermutet.¹¹¹⁴

In den Verfahren selbst kann man jedoch nicht erkennen, dass das Gericht dem Umstand, ob die Anwälte Nationalsozialisten waren oder nicht, Bedeutung beigemessen hätte. Man kann also nicht feststellen, dass es den Anwälten etwas gebracht hätte, wenn sie Parteimitglied waren. Gerade das Beispiel von Rechtsanwalt Sch zeigt, dass die Anhängerschaft zum Regime Voraussetzung für eine erfolgreiche Vertretung war. Sch hat 100% seiner Verfahren als Klägervertreter im Dritten Reich gewonnen, obwohl er in keinem Verfahren nationalsozialistische Argumente verwendete.

Leider muss man aber auch feststellen, dass die Spruchkammerverfahren nicht zu der gewünschten Entnazifizierung beigetragen haben. Gerade die Richter, die selbst eine NSDAP-Vergangenheit hatten und Regimebefürworter waren, betrachteten in der Nachkriegszeit die NSDAP-Vergangenheit der Klageparteien in einem besonders milden Licht. Zu einer Selbstreflexion kam es dabei offensichtlich nicht.

¹¹¹⁴ Gegenteilige Ergebnisse finden sich bei: Rainer Schröder, „...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1. Auflage 1988, S. 258 nf.

4. TEIL: ZUSAMMENFASSUNG UND WERTUNG

In der vorliegenden Auswertung wurden die Ehescheidungsverfahren des Landgerichts Amberg aus dem Zeitraum von 1938 bis 1949 untersucht. Ziel der Untersuchung war es, ein realistisches Bild des erstinstanzlichen Prozessalltages darzustellen. Aus der Vielzahl von verschiedenen Scheidungsmöglichkeiten wurde die Zerrüttungsscheidung nach § 55 EheG (1938) und später § 48 (1946) herausgegriffen. Dabei wurden alle Verfahren untersucht, die entweder als Klage oder als Widerklage auf den Zerrüttungstatbestand gestützt wurden.

Die Zerrüttungsscheidung wurde in Deutschland erstmalig durch die Nationalsozialisten eingeführt. Zwar wurde bereits in der Weimarer Republik über die Einführung dieses, an sich sehr liberalen, Scheidungselementes diskutiert. Die Nationalsozialisten hatten jedoch nicht im Sinn, durch die Zerrüttungsscheidung die Ehescheidung zu liberalisieren, sondern wollten damit die Ehen als Keimzelle der Volksgemeinschaft stärken, weil nur die Ehen im nationalsozialistischen Sinne die Funktion einer Keimzelle erfüllen konnten. Zerrüttete Ehen brachten es mit sich, dass daraus keine ehelichen Kinder mehr entspringen konnten, so dass diese Ehen aus Sicht der Nationalsozialisten wertlos waren. Daher sollten genau diese Ehen, die nicht mehr die Funktion der Keimzelle der nationalsozialistischen Gesellschaft erfüllten, rigoros geschieden werden können. Waren die Eheleute noch jung, konnten sie noch neue wertvolle Ehen gründen und damit wiederum neue Keimzellen der nationalsozialistischen Bevölkerung bilden. Waren die Eheleute jedoch schon vorgerückten Alters konnten aus einer neuen Ehe keine eheliche Kinder mehr entspringen, so dass die Scheidung in diesen Fällen lediglich den individuellen Wünschen der Eheleute entsprach, die jedoch aus Sicht der Nationalsozialisten grundsätzlich unerheblich waren. Auch wenn die Ehefrau über die Kindererziehung alt geworden war und dem Ehemann ihre Jugend und Fruchtbarkeit geopfert hatte, konnte diese keine neue wertvolle Ehe mehr eingehen, weil daraus keine neuen wertvollen Kinder entspringen konnten. In diesen Fällen hatte sich die Ehefrau, in den meisten Fällen die Beklagte, genauso verhalten, wie es der nationalsozialistische Gesetzgeber erwartet hatte, weswegen eine Scheidung solcher Ehen nur zur Verwirklichung der individuellen Wünsche des Klägers, nicht in Frage kommen sollte. Vom Gesetzeswortlaut her war der Widerspruch grundsätzlich zu beachten. Lediglich wenn die Aufrechterhaltung der Ehe sittlich nicht gerechtfertigt war, sollte der Widerspruch unbeachtlich sein. Da das Reichsgericht sich jedoch bereits sehr frühzeitig – entgegen des Wortlauts – auf eine grundsätzliche Unbeachtlichkeit des Widerspruchs festgelegt hatte, konnte bis zuletzt keine stringente und konsequente Lösung der Frage herausgearbeitet werden, wie zu entscheiden war, wenn die zu scheidende Ehe trotzdem eine aus nationalsozialistischer Sicht wertvolle war. Das Reichsgericht machte es sich einfach, indem es vom Ergebnis her die Frage beantwortete, ob diese Ehe geschieden werden sollte oder nicht. Je nachdem, wie diese Frage entschieden wurde, hielt das Reichsgericht den Widerspruch für beachtlich oder unbeachtlich. Dies führte zu einer uneinheitlichen Sammlung von Einzelfallentschei-

dungen in der amtlichen Sammlung RGZ. Diese Entscheidungspraxis machte es jedoch für die unteren Gerichte äußerst schwierig, mit dem Scheidungstatbestand umzugehen, da sie voraussetzte, dass man zunächst bewertete, ob die Ehe aus nationalsozialistischer Sicht wertvoll war oder nicht. Gerade in dieser Frage konnte man höchst unterschiedlicher Ansicht sein, da die Antwort darauf ja gerade vom Reichsgericht in nahezu jedem Verfahren neu herausgearbeitet wurde und neu entschieden wurde. Die veröffentlichte Rechtsprechung, mit der das Landgericht Amberg im Dritten Reich umgehen musste, war daher sehr uneinheitlich.

Die Stadt Amberg hatte 1939 lediglich rund 28.900 Einwohner. Davon waren 81,3% katholisch und 16,79% evangelisch. Der Landgerichtsbezirk Amberg war insgesamt eher ländlich geprägt. Die letzten Wahlen vor der Machtergreifung der Nazis ließen nicht darauf schließen, dass Amberg besonders von den Nationalsozialisten geprägt gewesen wäre. Bei der letzten Reichsparteitagswahl im März 1933 erreichte die NSDAP hier nur 28,2% der Stimmen, während sie im übrigen Bayern immerhin 42,6% der Stimmen erhielt. Dies hielt die NSDAP aber nicht davon ab, den Stadtrat, entsprechend des Ergebnisses der Reichstagswahl, neu zu besetzen. Vom Krieg blieb Amberg weitestgehend verschont. Der erste Luftangriff fand erst in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges im April 1945 statt. Aufgrund dieses und eines weiteren Luftangriffes im April 1945 kamen in Amberg unmittelbar durch den Zweiten Weltkrieg 65 Menschen ums Leben. Man kann daher feststellen, dass der Nationalsozialismus – zumindest bei Machtergreifung Hitlers – nicht sonderlich ausgeprägt war und auch ansonsten das Leben in Amberg unmittelbar durch den Krieg nicht wesentlich beeinflusst wurde. In diesem Umfeld fanden die von mir untersuchten Ehescheidungsverfahren statt.

An sich würde man vermuten, dass ein Ereignis, wie der Zweite Weltkrieg, das öffentliche Leben lähmen würde. Die Gesamtverfahren nahmen jedoch trotz des Kriegeausbruches immer weiter zu:

	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	Gesamt
Gesamtverfahren	59	66	87	128	109	125	113	16	703
Scheidungsverfahren	41	38	38	39	47	58	56	8	325
Scheidungsquote	87,8	86,4	94,7	89,7	87,2	82,7	92,8	87,5	88,3
Zerrüttungsscheidung	8	8	7	5	7	11	9	0	55
Scheidungsquote	100	87,5	85,7	100	85,7	100	88,8	0	92,7
Anteil Zerrüttung an Gesamt	19,5	21,1	18,4	12,8	14,9	18,9	16,1	0	16,9

Während die Scheidungsverfahren von 1938 bis 1941 nahezu konstant bei rund 40 Verfahren im Jahr lagen, nahm in diesem Zeitraum die Gesamtverfahrenszahl erheblich zu. Von 59 Verfahren im Jahr 1938 bis 128 Verfahren im Jahr 1941. Dies lag an der starken Zunahme der Verfahren, in denen die Vaterschaft festgestellt wurde. Weswegen diese Verfahren so stark zugenommen haben, wurde hier nicht weiter untersucht, wäre aber eine nähere Untersuchung wert. Ab 1942 nahmen auch die Scheidungsverfahren deutlich zu. Von 47 im Jahr 1942 über 58 Verfahren im Jahr 1943 bis schließlich 56 Verfahren

1944 erhoben wurden. Selbst im Jahr 1945 wurden bis April immerhin noch 8 Ehescheidungsverfahren eingeleitet. Insgesamt waren die Zerrüttungsklagen mit einer tendenziell höheren Scheidungsquote verbunden. Dieser Wert ist aber wenig aussagekräftig, weil die Zahl der Zerrüttungsverfahren gemessen an der Gesamtverfahrenszahl zu gering war, um ein statistisch verlässliches Durchschnittsergebnis abbilden zu können. Daher konnten einzelne Verfahren das Gesamtergebnis stärker beeinflussen. Interessant ist, dass in den ersten drei Jahren seit Einführung der Zerrüttungsscheidung eine größere Anzahl an Verfahren auf diesen Tatbestand gestützt wurde, wie in den späteren Jahren. Da jedoch die Trennungszeit der einzelnen Parteien von durchschnittlich 8,4 Jahre auf bereits 6,1 Jahre im Jahre 1939 gefallen war, lag der hohe Anteil der Zerrüttungsscheidungsverfahren in den ersten drei Jahren, vermutlich nicht an einem „Scheidungsstau“, sondern vermutlich daran, dass die Rechtsanwälte bei diesem neuen Scheidungstatbestand eine höhere Erfolgsquote vermuteten, wie bei den herkömmlichen Scheidungstatbeständen. Zwar stieg die durchschnittliche Trennungszeit im Jahr 1940 wiederum auf 8,7 Jahre an, wenn aber ein Zusammenhang zwischen Scheidungsstau und Einführung der Zerrüttungsscheidung bestanden hätte, hätte im Jahr 1939 die durchschnittliche Trennungszeit nicht auf 6,1 Jahre zurückfallen dürfen, zumal die durchschnittliche Trennungszeit in den Folgejahren bei 6 bis 7 Jahren lag. Im Jahr 1944 fällt auf, dass die Trennungszeit bei nur noch rund 4 Jahren lag. Das war genau der Zeitraum, ab dem der Zweite Weltkrieg begonnen hatte. Offensichtlich wirkte sich der Kriegsausbruch hier unmittelbar auf die Familien aus.

Insgesamt wurden im Schnitt rund 17% der Verfahren auf den neuen Zerrüttungstatbestand gestützt. Bei Einführung der Zerrüttungsscheidung hatte man diesem neuen Instrument entgegengehalten, dass damit eine Scheidungsflut über die Gerichte hereinbrechen würde. Dies hat sich bei einem Durchschnitt von 17% der Verfahren nicht erfüllt. Allerdings muss man zugeben, dass die durchschnittliche Ehedauer im Untersuchungszeitraum bei den Zerrüttungsverfahren insgesamt abgenommen hat. Von rund 19 Jahren Ehedauer bis zur Klageerhebung bis nur noch 15,5 Jahre bei den Verfahren, die 1944 eingeleitet wurden. Die durchschnittliche Ehedauer bis zur Trennung der Streitteile war allerdings uneinheitlich über den gesamten Untersuchungszeitraum. Insoweit kam es nicht unmittelbar zu einer Beeinflussung des Verhaltens der Streitteile durch die Einführung der Zerrüttungsscheidung. Abgenommen hat allerdings die Trennungszeit, also die Zeit, die die Streitteile gewartet hatten, bis sie nach der Trennung die Scheidungsklage eingereicht hatten. In 60% der Verfahren hatten die Streitteile keine Kinder oder nur 1 Kind. In den meisten Ehen, die nach § 55 EheG geschieden wurden, war es daher gar nicht zu einer Ehe im nationalsozialistischen Sinne gekommen. Bei den Streitteilen selbst war der Mann im Durchschnitt 44,7 Jahre alt und die Frau durchschnittlich 42,6 Jahre alt. In 20% der Verfahren war die Ehefrau älter als der Mann. In immerhin 6% der Verfahren war die Frau sogar mehr als 5 Jahre älter als der Mann. In 6% der Verfahren waren Mann und Frau gleich alt. In den meisten Verfahren war der Mann bis zu 5 Jahre älter, wie die Frau (42%). In 24% der Verfahren war der Mann sogar mehr als 5 Jahre älter, als die Ehefrau. Bei diesen Zahlen fällt auf, dass es relativ viele Ehen gab, in de-

nen die Frau älter war, als der Mann. Da hierzu leider keine Gesamtstatistik aus dieser Zeit vorhanden ist, kann man diese Zahlen nicht vergleichen. 20% der Ehen erscheinen jedoch sehr viel und dürften auch deutlich über dem Gesamtdurchschnitt gelegen haben. Möglicherweise war dies ein Grund für das jeweilige Scheitern der Ehe. Ein weiterer Grund für das Scheitern der Ehen mag auch in der unterschiedlichen Religionszugehörigkeit gelegen haben. Immerhin 15% der Streitteile waren unterschiedlicher Religion. Da dieser Umstand damals eine viel größere Bedeutung hatte, als heute, mag auch darin ein Grund für das Scheitern der jeweiligen Ehe gelegen haben. Die Religionszugehörigkeit ist lediglich für die Stadt Amberg aus dem Jahre 1939 bekannt. 81,3% der Stadtbevölkerung waren katholisch und 16,79% waren evangelisch. 1,91% der Stadtbevölkerung waren anderer Religion bzw. gottgläubig. Da 1939 bereits ein Großteil der jüdischen Bevölkerung nicht mehr in Amberg wohnte, dürften 1,91% der Stadtbevölkerung keiner Religion angehört haben. Dabei kann insgesamt vermutet werden, dass die Bevölkerung auf dem Land tendenziell noch eher katholisch gewesen ist. Gerade im städtischen Bereich kam es eher zu einem Zuzug von Auswärtigen, die anderer Religion waren, als auf dem Land. Für den Landgerichtsbezirk darf daher insgesamt angenommen werden, dass der Anteil der katholischen Bevölkerung noch höher gewesen sein dürfte. Bei den von mir untersuchten Verfahren stellt sich jedoch die Verteilung der Religionszugehörigkeit anders dar. Hier waren im gesamten Untersuchungszeitraum nur 76,8% katholisch und 19,5% evangelisch. 3,66% der Streitteile gaben an, dass sie gottgläubig waren. Mit dieser Verteilung hängt auch zusammen, dass insgesamt nur 52,8% der Streitteile aus dem LG Bezirk Amberg stammten. Offensichtlich spielte in dem sehr ländlich geprägten Landgerichtsbezirk der Umstand, dass eine Scheidung ein Stigma bedeutete, für die Streitteile, aufgrund der (groß)familiären Bindung und Verwurzelung in der Gegend, eine stärkere Rolle, wie für diejenigen Streitteile, die nicht im LG Bezirk geboren waren. Offensichtlich waren diese nicht so sehr mit der Gegend und der Bevölkerung verwurzelt, so dass das Stigma der Scheidung eine geringere Rolle spielte.

Die nationalsozialistische Arbeitspolitik spiegelte sich auch bei den Streitteilen wider. Nur ein einziger Ehemann gab an, dass er arbeitslos war. Rund 54% waren einfache Arbeiter, rund 27% der Ehemänner waren in gehobener Arbeiterstellung tätig. Nur 4 Männer waren Akademiker, 3 Männer waren selbständig. Die Scheidung leisteten sich daher nicht nur elitäre Schichten der Bevölkerung, sondern überwiegend die durchschnittliche Arbeiterschicht. Dagegen waren 80% der Frauen nicht berufstätig. Nur eine einzige Frau war in einer gehobenen Arbeiterstellung, 3 Frauen waren selbständig. Immerhin 12,5% der Frauen waren als einfache Arbeiterinnen beschäftigt. Auch wenn keine Gesamtstatistik für den untersuchten Zeitraum vorliegt und daher kein Vergleich mit der Gesamtbevölkerung gezogen werden kann, liegt die Vermutung auf der Hand, dass es sich bei den Streitteilen um einen normalen Durchschnitt aus der Gesamtbevölkerung gehandelt hat. Die Frage, wer die Parteien eines Ehescheidungsprozesses im Dritten Reich waren, kann daher damit beantwortet werden, dass es sich hier überwiegend um Personen handelte, die zwar nicht einer Elite angehörten, aber dennoch zu immerhin fast 50% nicht im LG Bezirk geboren waren.

Eine weitere zentrale Frage war, wie ein normaler Ehescheidungsprozess abgelaufen ist. Insgesamt wurden pro Verfahren durchschnittlich 4,4 mündliche Verhandlungen anberaumt. Dabei wurden neben den Streitteilen durchschnittlich 1,5 Zeugen vernommen. Bei immerhin 24 Verfahren gab es, neben der Vernehmung der Streitteile, keine Zeugeneinvernahme, so dass dann, wenn Zeugen vernommen wurden, pro Verfahren durchschnittlich 2,6 Zeugen vernommen wurden. Die relativ hohe Anzahl an Verfahren ohne Zeugeneinvernahme belegt, dass die Zerrüttungsscheidung tendenziell eine Scheidungsart war, bei der weniger streitig verhandelt wurde. Zwar fehlt hier ein aussagekräftiger Vergleich, weil bei den anderen Verfahren, die nicht auf § 55 EheG gestützt wurden, die Anzahl der Zeugen und die Anzahl der mündlichen Verhandlungen nicht ermittelt wurden. Dass die Zerrüttungsscheidung tendenziell unstreitiger geführt wurde, kann aber vermutet werden.

Die Prozessakten waren im Dritten Reich im Durchschnitt 51,3 Seiten dick. Wobei hier die kürzeste Akte einen Umfang von nur 11 Seiten hatte, während die umfangreichsten Akte einen Umfang von 227 Seiten hatte. Im Durchschnitt verfassten die Klägervertreter 2,6 Schriftsätze mit einem Umfang von durchschnittlich 2,6 Seiten je Schriftsatz. Die Beklagtenvertreter verfassten dagegen nur durchschnittlich 1,8 Schriftsätze je Verfahren mit einem durchschnittlichen Umfang von 2,7 Seiten je Schriftsatz. Erstaunlich ist, dass lediglich in weniger als einem Drittel der Verfahren von Seiten der Anwälte rechtlich argumentiert wurde. Gerade weil der Zerrüttungstatbestand neu eingeführt wurde, hätte man hier ein anderes Ergebnis vermuten können. Das Gegenteil ist aber der Fall. In den meisten Fällen beschränkten sich die Anwälte darauf, den Sachverhalt vorzutragen. Relativ hoch ist jedoch der Umfang der ideologischen Argumentation durch die Anwälte. In 40% der Verfahren argumentierten die Anwälte ideologisch. Dabei wird unter ideologischer Argumentation auch verstanden, wenn ein Anwalt Gründe dafür lieferte, weswegen eine Ehe aus bevölkerungspolitischen Gründen wertlos war oder wenn ein Anwalt sich sonst der typisch nationalsozialistischen Ausdrucksweise bediente. Wann ein Argument oder ein Schriftstück als ideologisch gefärbt anzusehen ist, ist sehr umstritten. Vielfach wird vertreten, dass von der nationalsozialistischen Terminologie noch nicht auf den nationalsozialistischen Inhalt geschlossen werden könne. Wenn man rein auf eine subjektive Sichtweise abstellt, ist dieses Argument überzeugend. Für die Beurteilung einer Diktatur ist aber eine rein subjektive Sichtweise kein geeignetes Kriterium. Für das Funktionieren eines Regimes ist die Außenwirkung einzelner Handlungen entscheidend. Die Richter und Juristen waren zwar nur ein kleines Rädchen im Regime der Nationalsozialisten. Im Staatsaufbau spielte aber die Justiz eine nicht zu unterschätzende Rolle. Man kann daher die Person des Richters und des Anwaltes nicht von seiner Stellung abstrahieren, weil es darauf ankommt, wie diese Stellung nach außen vermittelt wurde. Wenn in 12,7% der Urteile folgenlos, keine nationalsozialistische Terminologie verwendet wird, in den restlichen Urteilen aber schon, dann kann dieser Umstand nicht einfach außen vor gelassen werden. Wenn die Beteiligten daher nicht gezwungen waren, sich der nationalsozialistischen Terminologie zu bedienen, dann hat der Umstand, dass diese Terminologie verwendet wurde, eine Bedeutung. Da-

mit ist noch nicht gesagt, dass derjenige, der diese Terminologie verwendet hat, zum Ausdruck bringen wollte, dass er ein Anhänger des Regimes war. Diese Sichtweise greift aber auch zu kurz. Bei der Beurteilung von Schriftsätzen und Urteilen kommt es weniger darauf an, welche Überzeugungen die Beteiligten selbst dabei hatten, sondern welche Wirkung sie mit dem Gebrauch der Terminologie erzielen wollten. Wenn zum Beispiel Richter Z in einem Urteil, das sich inhaltlich mit der nationalsozialistischen Ideologie in Widerspruch befand, durch eine auffallend deutliche Verwendung von typisch nationalsozialistischen Phrasen das Ergebnis als ein typisch nationalsozialistisches erscheinen lassen wollte, dann hat der Umstand, dass typisch nationalsozialistische Terminologie verwendet wurde eine Bedeutung, die der Terminologie weder in der Weimarer Republik, noch in der Bundesrepublik beigemessen würde. Daher kann man bei den Schriftstücken nicht einfach die Terminologie beiseitelassen. Richter Z wollte in dem erwähnten Urteil offensichtlich erreichen, dass derjenige, der das Urteil liest und keine vertiefte Kenntnis der reichsgerichtlichen Rechtsprechung hatte, zu deren Widerspruch das Urteil stand, davon ausging, ein typisch nationalsozialistisches Urteil vor sich zu haben. Die Verwendung der Terminologie war in diesem Beispiel geradezu notwendig für Richter Z, um sich selbst vor dem Vorwurf zu schützen, kein echter Nationalsozialist zu sein. Hier muss man bedenken, dass die Akten nach Urteilsverkündung der Staatsanwaltschaft vorgelegt wurden. Darüber hinaus konnte man nie sicher sein, wer die Akten noch zu Gesicht bekam. Die Richter konnten ja auch bei den Streitteilen nie sicher sein, welche Verbindungen diese zur Partei hatten. Die Richter mussten befürchten, dass die berückichtigte Urteilsschelte durch die Partei auch sie treffen konnte. Es gab mehrere Urteile, die in dem SS-Hetzblatt „Stürmer“ angeprangert wurden. Dabei konnten sich die Amberger Richter auch nicht darauf verlassen, dass sei aufgrund der Ländlichkeit des Gerichtsbezirks, für den Stürmer nicht interessant gewesen wären. Dies hatte Rechtsanwalt Auh gezeigt, der ebenfalls aus dem LG-Bezirk Amberg stammte und trotzdem im Stürmer diffamiert wurde. Die Richter mussten daher auch auf die Außenwirkung ihrer Urteile bedacht sein und konnten daher die Sprache nicht gedankenlos verwenden. Hierzu muss man allerdings hinzufügen, dass das Beispiel von Richter Z nicht pars pro toto steht. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle wurde die nationalsozialistische Terminologie von den Personen verwendet – gerade bei den Richtern z.B. von Richter Gt –, die selbst überzeugte Nationalsozialisten waren. Aber auch von Richter Gt kann vermutet werden, dass er dies nicht ohne Grund getan hat. Vermutlich hat sich Gt hier dadurch, dass er als waschechter Nationalsozialist gelten wollte, Karrierechancen erhofft. Daher ist die nationalsozialistische Terminologie integraler Bestandteil des Funktionierens des Regimes gewesen. Leider kann hier kein Vergleich mit den anderen Ehescheidungstatbeständen gezogen werden, da diese Akten nicht untersucht wurden. Insgesamt kommt man zu dem Ergebnis, dass 87,3% der Urteile in der Form weder in der Bundesrepublik noch in der Weimarer Republik ergangen wären.

Bei der Untersuchung der Rechtsprechung zu den einzelnen Tatbestandsmerkmalen stellt man fest, dass die Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs, die bei den reichsgerichtlichen Entscheidungen, eine zentrale Bedeutung hatte, bei der Rechtsprechung des

Landgerichts Amberg zwar auch eine wichtige Rolle spielte, aber nicht den Stellenwert erreichte, wie bei den veröffentlichten reichsgerichtlichen Entscheidungen. Bei dem Tatbestandsmerkmal der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft herrschte bei der Rechtsprechung des Landgerichts Amberg zunächst große Unsicherheit. In zwei Fällen wurde die häusliche Gemeinschaft mit der ehelichen Gemeinschaft gleichgesetzt. Erst ab dem Zeitpunkt, in dem das Reichsgericht zu dieser Frage Stellung genommen hatte, folgte das Landgericht Amberg dieser Rechtsprechung. Bei diesem Tatbestandsmerkmal kann man aber auch die nationalsozialistische Färbung der Rechtsprechung erkennen. War einer der Ehegatten (sprich: der Ehemann) inhaftiert, wurde ab der Inhaftierung von einer Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft ausgegangen. War der Mann jedoch in Kriegsgefangenschaft geraten, was bei den späteren Verfahren aus 1944 und in der Nachkriegszeit häufiger der Fall war, löste dieser Umstand jedoch nicht die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft aus. Damit wollte man offensichtlich vermeiden, dass diejenigen Ehemänner, die sich dem nationalsozialistischen Staate zur Verfügung stellten, bei der Frage der Ehescheidung schlechter gestellt wurden. An sich wären aber die Umstände durchaus vergleichbar gewesen, weil in beiden Fällen eine Inhaftierung eines Ehegatten vorlag.

Das Tatbestandsmerkmal der unheilbaren Zerrüttung der ehelichen Lebensgemeinschaft wurde in den meisten Fällen nicht weiter thematisiert, sondern als bestehend angenommen, wenn ein Streitteil Klage erhoben hatte. Hinsichtlich der Zulässigkeit des Widerspruchs der beklagten Partei unterschied das Landgericht Amberg häufig nicht zwischen der Zulässigkeit des Widerspruchs und dessen Begründetheit. Der Widerspruch konnte nur dann erhoben werden, wenn der klagende Teil die Zerrüttung allein oder weit überwiegend verschuldet hatte. In insgesamt 11 Verfahren ging das Landgericht Amberg davon aus, dass derjenige Teil, der die Ehe gebrochen hatte, auch die Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses verschuldet hatte. In einem Fall jedoch kehrte das Landgericht Amberg dieses Verhältnis in geradezu grotesker Weise um und stellte fest, dass die Ehefrau erst beim Ehebruch einen Vergleich zwischen ihrem Liebhaber und ihrem Ehemann anstellen konnte und erst dadurch bemerken konnte, dass ihre Ehe schon lange zerrüttet war. Auf dieses Urteil wird unten noch näher eingegangen. In einem weiteren Verfahren wurde die Zerrüttung der ehelichen Gemeinschaft in dem schlechten Zustand der Möbel gesehen. Dies konnte dem Kläger nicht angelastet werden, so dass die Zerrüttung unverschuldet und daher zu einer Unzulässigkeit des Widerspruchs führte. An diesen beiden Beispielen wird deutlich, dass der Widerspruch ein Einfallstor für willkürliche Entscheidungen war. Dies ist ein Unterschied zu dem oben erwähnten Beispiel der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft. Während bei der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft die nationalsozialistische Ideologie zu einer Besserstellung bestimmter Personen führte, führte diese Rechtsprechung aber nicht zu willkürlichen Ergebnissen, da das Ergebnis immer gleich war. Die Zulässigkeit des Widerspruchs hingegen war ein echtes Einfallstor für das typische Verhalten der Juristen im Dritten Reich. Die bestehenden Normen wurden mit einer abenteuerlichen Begründung einem passenden Ergebnis zugeführt. An diesen beiden Beispielen wird auch deutlich, dass die Gesamtzahl

der willkürlichen Urteile bzw. die Gesamtzahl der Urteile, in denen Rechtsbeugung betrieben wurde, keinerlei Aussagekraft darüber hat, ob ein Gericht zum Funktionieren des Regimes beigetragen hat. Von den 55 untersuchten Verfahren wurde natürlich nicht in allen Verfahren politisch Brisantes verhandelt. Gerade der kleine Teil der politisch brisanten Verfahren waren das Öl, das die Rädchen des Regimes schmierten. Wäre in jedem Verfahren Rechtsbeugung betrieben worden, hätte dies bedeutet, dass die Gerichte völlig willkürlich entschieden hätten. Wahrscheinlich hätte das nationalsozialistische Regime aber auch gar nicht funktionieren können, wenn jede Entscheidung dem Rechtsgefühl widersprochen hätte. Hier muss man unterscheiden zwischen den Urteilen, in denen nationalsozialistische Terminologie verwendet wurde und denen, in denen aktiv entgegen der Rechtsordnung die nationalsozialistische Ideologie umgesetzt wurde. Während jene nur die Zugehörigkeit zum Regime dokumentieren sollten, griffen diese Urteile aktiv dem Regime unter die Arme. An diesen Urteilen wird aber auch deutlich, dass die Funktionsträger des Regimes anders behandelt wurden, wie die normale Bevölkerung. Das macht aber gerade eine Diktatur aus. Eine solche funktioniert ja nur dann, wenn ein kleiner Teil der Bevölkerung den Rest dominiert. Daher ist es ja geradezu notwendig für das Funktionieren des Regimes, dass bei einem normalen Gericht, wie es im Dritten Reich sehr viele gab, der Anteil der deutlich willkürlichen Urteile nicht überwiegt, sondern einen geringen Teil ausmachen. Deswegen überrascht es nicht, dass gemessen an der Gesamtzahl der Urteile, nur wenige wirklich eine Beugung des Rechts darstellten. Aus diesem Grund ist der Umstand, dass nur wenige Urteile wirklicher Ausdruck der Willkür der Nazi Herrschaft waren, nicht dazu geeignet, das Verhalten der Juristen zu rechtfertigen und zu behaupten, dass das Zivilrecht vom Nationalsozialismus unberührt gewesen wäre. Genau das Gegenteil ist der Fall. Gerade weil die Richter auch im Zivilrecht an den entscheidenden Stellen das Recht gebrochen haben, haben diese zum Funktionieren des Regimes maßgeblich beigetragen. Dass es nicht mehr Fälle waren, ist lediglich dem Umstand geschuldet, dass das Zivilrecht ideologisch weniger anfällig war, wie zum Beispiel das Strafrecht. Wie beispielsweise Richter E gezeigt hat, wurden die immer knapper werdenden Personalkapazitäten gegen Ende des Dritten Reiches durchaus sowohl im Zivilrecht als auch im Strafrecht eingesetzt. Man kann daher schwerlich die „gute“ Ziviljustiz von der „bösen“ Strafjustiz absetzen, wenn vielfach in beiden Bereichen dieselben Personen tätig waren.

Entscheidend ist auch weniger, inwiefern ein bestimmtes Verhalten zu einem bestimmten Ergebnis geführt hat, sondern inwiefern ein bestimmtes Verhalten die Instrumentalisierung des Regimes zum Grundsatz hatte. Die Anwälte konnten zum Beispiel versuchen, das Regime zu instrumentalisieren, indem sie bestimmte Argumentationen verwendeten oder sie konnten komplett auf nationalsozialistische Argumente verzichten. In einem Fall verzichteten sogar beide Prozessvertreter darauf, den Umstand, dass der Beklagte wegen Unzucht mit Männern inhaftiert war, zu instrumentalisieren. Richter Gt recherchierte jedoch, weswegen der Beklagte inhaftiert war und führte aus, dass die Klägerin erst beim Ehebruch merken konnte, weswegen ihre Ehe bereits vor dem Ehebruch zerrüttet war. In anderen Fällen versuchten die Anwälte, die jeweils andere

Partei, in einem, aus nationalsozialistischer Sicht, besonders schlechten Licht erscheinen zu lassen. Allerdings haben sich die Richter in den wenigsten Fällen von einer derartigen Argumentation zu einem bestimmten Urteil verleiten lassen. In 14 Verfahren wurde thematisiert, dass einer der Parteien keinen Nachwuchs bekommen wollte, was dem nationalsozialistischen Familienbild widersprochen hatte. In 9 Verfahren versuchte einer der Parteien, durch den Umstand, dass er Mitglied der Partei war oder in einer besonderen Stellung in dieser war, einen Vorteil zu erlangen. In 13 Verfahren wurde behauptet, dass der andere Streitteil einen genetischen Mangel habe und in immerhin 5 Verfahren wurde behauptet, dass der andere Streitteil dem Regime Widerstand leisten würde. In 25 Verfahren wurde eher rechtstheoretisch argumentiert, weswegen die zu scheidende Ehe nicht wertvoll im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie war. Diese Beispiele zeigen, wie weit die Prozessvertreter mit ihren Instrumentalisierungsversuchen des Regimes gegangen waren. Dass der andere Streitteil dem Regime Widerstand geleistet haben soll, konnte für diesen unabsehbare Konsequenzen haben. Dieser Umstand war den meisten Beteiligten klar und dennoch wurde diese Argumentation vorgebracht. In den meisten Fällen wirkte sich die Art der anwaltlichen Argumentation nicht auf das Urteil aus. Gerade aber der Umstand, dass die Anwälte in vielen Fällen versuchten, das Regime zu instrumentalisieren, zeigt, dass die Verfahren in der Form nicht – wie verschiedentlich behauptet wurde – genauso auch in der Weimarer Republik oder in der Bundesrepublik geführt werden konnten.

Zusammenfassend lässt sich daher zum Dritten Reich feststellen, dass das Landgericht Amberg - wie auch die Prozessvertreter - integraler Bestandteil des Regimes waren. Die Verfahren, die im Dritten Reich geführt wurden, hätten in der Form nicht außerhalb dieser Diktatur geführt werden können. Obwohl die Ehescheidungsverfahren in den meisten Fällen nicht das politische Gewicht hatten, wie zum Beispiel Strafverfahren, wird deutlich, dass auch die Ziviljustiz mit ihrem Verhalten, zur Implementierung und Durchführung des nationalsozialistischen Regimes einen notwendigen Beitrag geleistet hatten. Es gab im Dritten Reich keinen Bereich, der außerhalb des Regimes gestanden hätte. Das Landgericht Amberg war ebenso, wie die einzelnen Rechtsanwälte Teil des Regimes, obwohl durchaus festzustellen ist, dass einzelne einen geringeren Beitrag zum Bestehen des Regimes geleistet haben, wie andere.

Nach dem Zusammenbruch blieben die Gerichte zunächst geschlossen. Der Wiederaufbau der Gerichtsbarkeit gestaltete sich schwierig, weil die meisten Richter eine NSDAP-Vergangenheit hatten. Neben dem Wiederaufbau des Staatswesens gestaltete sich aber auch der Alltag in der unmittelbaren Nachkriegszeit, insbesondere deswegen schwierig, weil es zunächst an allem fehlte. Es gab nicht genügend Nahrung, der Wohnraum war, angesichts gewaltiger Flüchtlingsströme, äußerst knapp und die heimgekehrten Männer waren vielfach von den Kriegserlebnissen traumatisiert. Durch die groß angelegte Entnazifizierungsoffensive der Amerikaner waren in Bayern zur Jahreswende 1945/46 rund 90.000 NS-Aktivisten interniert. Mit dem Gesetz zur Entnazifizierung vom 05.03.1946 wurde eine Entnazifizierungswelle angestoßen. Jeder Bewohner Bayerns, der über 18 Jahre alt war, musste einen Meldebogen ausfüllen. Bis Ende 1949

wurden so 6,7 Millionen Meldebögen eingesammelt. Bereits Ende 1946 waren in Bayern rund 200 Spruchkammern damit beschäftigt, die Einwohner auf ihre NS-Vergangenheit zu überprüfen. Dieser gewaltige bürokratische Aufwand beschäftigte allein in Bayern 12.000 Mitarbeiter in den Spruchkammern. Angesichts dieses gewaltigen Aufwandes war der Erfolg der Entnazifizierung geradezu enttäuschend. Von den 1946 geprüften Fällen wurden lediglich 7% vor der Spruchkammer verhandelt. In 4/5 der Verfahren kam die Spruchkammer zu dem Ergebnis, dass der Angeklagte als Mitläufer oder sogar Entlasteter eingestuft werden konnte. Insgesamt ein beschämendes Ergebnis, weil trotz dieses gewaltigen Aufwandes die früheren NSDAP-Mitglieder wieder auf ihre Posten zurückkehrten. 41,5% der leitenden Beamten der Münchner Ministerien waren frühere NSDAP-Mitglieder, bei den Richtern und Staatsanwälten betrug der Anteil der früheren NSDAP-Mitglieder im Jahre 1949 beachtliche 81%. Von einer Reinigung der Justiz kann man daher kaum sprechen. Dies lag aber auch daran, dass es einfach an geeigneten Bewerbern fehlte. So konnten im Jahre 1949 immer noch 204 Stellen in der Justiz nicht wieder besetzt werden.

Bei den Amberger Richtern waren in 10 Fällen Spruchkammerakten vorhanden. Bei 2 Richtern wurde das Spruchkammerverfahren, aufgrund der Weihnachtsamnestie, eingestellt. Ein Verfahren wurde ohne Amnestie eingestellt und in einem Verfahren findet sich ein Vermerk, dass die Akte verschickt wurde. Offensichtlich wurden die Akten in den Nachkriegswirren nicht mehr zurückgeschickt. In 6 Fällen wurden die Richter als Mitläufer eingestuft. Auffällig ist jedoch, dass nur 2 Verfahren schriftlich entschieden wurden, während 4 Verfahren öffentlich verhandelt wurden. Bei den Insgesamt-Verfahren wurden nur 13,5% überhaupt vor einer Spruchkammer verhandelt. Richter Gt war mit 26 Urteilen aus dem Dritten Reich, für die meisten Urteile in dieser Zeit verantwortlich. Obwohl der Ankläger eine Einstufung in die Gruppe der Belasteten beantragte und die KPD und die CSU Richter Gt als bekannten Nazi belasteten, wurde Gt als Mitläufer eingestuft. Auch im Verfahren gegen Richter K wurde deutlich, dass es sich bei den Spruchkammerverfahren um eine Farce handelte. In diesem Verfahren wurden 12 Zeugen befragt. Nachdem 11 Zeugen, die alle davon ausgehen mussten, dass K weiter als Richter tätig sein würde und deswegen deren Zeugenaussage als nicht unbeeinflusst gelten konnte, zu Gunsten Richter K ausgesagt hatten, machte Richter Z als Landgerichtspräsident eine belastende Aussage. Der Vorsitzende der Spruchkammer unterstellte Richter Z, dass dieser undemokratisch sei, weil bereits 11 Zeugen zu Gunsten Ks ausgesagt hätten und Z der einzige Belastungszeuge sei. K wurde schließlich als Mitläufer eingestuft und konnte sogar von seiner Beförderung im Nationalsozialismus weiter profitieren, weil er in gleicher Position weiter arbeiten konnte. K wurde schließlich später zum Präsidenten des Landgerichts Amberg befördert, obwohl er eine offensichtliche nationalsozialistische Vergangenheit hatte. Auch am Verfahren gegen Richter J wird deutlich, welche Farce die Spruchkammerverfahren waren. J war bereits beim Hitlerputsch 1923 beteiligt gewesen. Im Mai 1933 trat J der SA bei und war sogar als Staatsanwalt beim Volksgerichtshof tätig. J schilderte im Spruchkammerverfahren, dass er bereits vor 1933 erkannt hätte, dass

ein nationalsozialistischer Staat kein Rechtsstaat sein könne. Trotzdem wurde er lediglich als Mitläufer eingestuft.

Bei den Rechtsanwälten war in 13 Fällen eine Spruchkammerakte vorhanden. Auch bei den Rechtsanwälten wurde in den Verfahren, die nicht eingestellt wurden – insgesamt wurden 7 Verfahren eingestellt – nur 1 Verfahren schriftlich geführt und 5 Verfahren öffentlich. Die Verfahren, die eingestellt wurden, betrafen Anwälte, die ausweislich der Spruchkammerakten, im Dritten Reich deutliche Nachteile dadurch hinnehmen mussten, weil sie sich dem Regime entgegen gestellt hatten. Zwei Verfahren wurden aufgrund der Weihnachtsamnestie eingestellt, obwohl es sich dabei um aktive Nationalsozialisten mit einer Funktion im Regime handelte. Die 5 öffentlichen Verfahren endeten in 4 Fällen mit der Einstufung als Mitläufer, 1 Anwalt wurde als Entlasteter eingestuft. Die Anwälte waren häufig schon vor der Machtergreifung politisch auf kommunaler Ebene aktiv, was dazu führte, dass diese wegen der politischen Aktivitäten in der Weimarer Republik im Dritten Reich als politisch unzuverlässig angesehen wurden. Insgesamt waren die Anwälte weniger häufig in politischen Gliederungen integriert, als die Richter. Vermutlich wurde auf die Anwälte weniger Druck ausgeübt. Man könnte auch vermuten, dass die Richter durch die Parteizugehörigkeit Vorteile bei Beförderungen hatten, was bei den Anwälten ja keine Rolle spielte. Die Entnazifizierung kann bei den von mir untersuchten Verfahren, insgesamt als gescheitert bzw. wahrscheinlich sogar als kontraproduktiv angesehen werden. Die Parteimitglieder kehrten als reingewaschene Demokraten auf ihre früheren Posten zurück. Die Nichtmitglieder und die vom Regime Verfolgten wurden durch die Entnazifizierung auch nicht besser gestellt. Man stelle sich vor, welche Demütigung es für vom Regime Verfolgte bedeuten musste, wenn dieselben Personen, die im Dritten Reich für deren Verfolgung und Schlechterstellung verantwortlich waren, in der Nachkriegszeit und in der Bundesrepublik wiederum als angesehene Bürger galten. Auch in der Richterschaft selbst war höchstwahrscheinlich die Entnazifizierung kontraproduktiv. Die Richter, wie zum Beispiel Richter K, der als kühner Streber bezeichnet wurde und in der Partei aktiv war, wurde im Dritten Reich, wahrscheinlich aufgrund seiner Parteizugehörigkeit, befördert und konnte von dieser Beförderung auch in der Nachkriegszeit noch weiter zehren. Richter E, der eine teilweise jüdische Abstammung hatte, lebte im Dritten Reich in ständiger Angst um sein Leben und wurde auch wegen seiner Abstammung nicht befördert, obwohl er herausragende Noten und Bewertungen hatte. Schließlich wurde Richter K in der Bundesrepublik zum Landgerichtspräsidenten ernannt, obwohl E von der Qualifizierung her, wenn er nicht im Dritten Reich benachteiligt worden wäre, vermutlich eher für diese Stelle in Frage gekommen wäre. An diesen beiden Personen sieht man, wie sich die Vorteile, die eine Parteizugehörigkeit für die Richter hatte auch in der Bundesrepublik noch weiter positiv auswirkten.

Aber nicht nur die Bevölkerung wurde entnazifiziert, sondern auch die Gesetze. In der Nachkriegszeit galt der Zerrüttungstatbestand jedoch nahezu unverändert fort. Lediglich ein dritter Absatz wurde dem jetzigen § 48 EheG 1946 angefügt, mit dem besonders auf die Belange der minderjährigen Kinder zu achten war. Dies stellte aber die Gerichte vor eine neue Herausforderung, da die Frage, wann die Aufrechterhaltung der Ehe sitt-

lich gerechtfertigt war, wieder - wie auch schon 1938 - unbeantwortet war. Das Reichsgericht legte diese Frage strikt nach der nationalsozialistischen Familienpolitik aus, die in der Nachkriegszeit keinerlei Bedeutung mehr haben sollte. Ober- und höchstgerichtliche Entscheidungen gab es jedoch gerade zu Beginn des Untersuchungszeitraumes nicht. Auch hatten sich die Alliierten keine Gedanken – angesichts der viel dringenderen Probleme der Nachkriegszeit – über ein neues Familienbild gemacht. Es oblag daher allein der erstinstanzlichen Gerichtsbarkeit, sich hierüber ein eigenes Bild zu machen. Erst später kamen, quasi als Entscheidungshilfen, obergerichtliche Urteile, die ein ganz anderes Bild der sittlichen Rechtfertigung der Aufrechterhaltung der Ehe zeichnen, wie es noch im Dritten Reich der Fall war.

Bereits in den ersten Entscheidungen der Oberlandesgerichte – allen voran das Oberlandesgericht Hamburg – zeichnete sich eine Wendung in der Entscheidungspraxis zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs ab. Während das Reichsgericht mit seiner Entscheidungspraxis zur grundsätzlichen Unbeachtlichkeit des Widerspruchs die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik nachvollzogen hatte, zeichnete sich in der obergerichtlichen Entscheidungspraxis der Nachkriegszeit sehr schnell ab, dass diese Politik aufgegeben wurde. Erst im Frühjahr 1947 stellte sich das Oberlandesgericht Freiburg dieser totalen Umkehrung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses entgegen und entschied, dass die Frage, ob der Widerspruch beachtlich sein sollte, eine Frage des Einzelfalles sei. Das OLG Freiburg war der Meinung, dass es keinen Grund gebe, ausgehend von der Reichsgerichtsrechtsprechung, gleich in das gegenteilige Extrem zu verfallen und den Widerspruch für grundsätzlich beachtlich zu halten. Mit der Grundsatzentscheidung vom 31.05.1948 stellte sich auch der OGH der Rechtsprechung der Oberlandesgerichte entgegen und lehnte die grundsätzliche Beachtlichkeit des Widerspruchs ab. Dem stellte sich das OLG München in seiner Entscheidung vom 24.09.1948 wiederum entgegen, was vom Bayerischen Obersten Landesgericht mit seiner Entscheidung vom 27.04.1949 gehalten wurde. Damit kann man für die Nachkriegszeit von einer noch uneinheitlicheren obergerichtlichen Rechtsprechung zur Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs ausgehen, wie im Dritten Reich.

Das Landgericht Amberg hatte dagegen von Anfang an mit anderen Problemen zu kämpfen. Während am Anfang nur zwei Richter zur Verfügung standen, entwickelte sich die Gesamtzahl der Verfahren explosionsartig. Während 1938 nur 59 Verfahren anhängig gemacht wurden, waren es 1946 schon 329 Verfahren. Die Verfahrenszahl steigerte sich in den Folgejahren weiter, bis schließlich 1949 beachtliche 502 Verfahren anhängig gemacht wurden.

Insgesamt zeigt sich bei der Verfahrenszahl folgendes Bild:

	1946	1947	1948	1949	Gesamt
Gesamtverfahren	329	447	433	502	1.711
Scheidungsverfahren	227	319	306	374	1.226
Scheidungsquote	92,1	90,6	89,9	94,7	91,9

Zerrüttungsscheidung	21	24	37	53	135
Scheidungsquote	81	87,5	81	96,2	88,1
Anteil Zerrüttung an Gesamt	9,3	7,5	12,1	14,2	11,0

Bezogen auf den Nachkriegszeitraum musste das Landgericht Amberg 1.711 Verfahren abwickeln. Davon entfielen 1.226 Verfahren auf Ehescheidungsverfahren. Hiervon waren rund 11 % Verfahren, die auf die Zerrüttungsscheidung gestützt wurden. Auffällig ist, dass die Scheidungsquote der Zerrüttungsscheidung unter der allgemeinen Scheidungsquote lag. In den Verfahren, die im Dritten Reich durchgeführt wurden, lag die Scheidungsquote bei den Zerrüttungsscheidungen über der allgemeinen Scheidungsquote. Gerade in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch lag die Scheidungsquote 10 Prozentpunkte unter der allgemeinen Scheidungsquote. Auch der Anteil der Zerrüttungsklagen lag deutlich unter der Quote im Dritten Reich. Gerade in den ersten Verfahren in der Nachkriegszeit scheiterten viele Klagen an der fehlenden Trennungsfrist von 3 Jahren, wobei durchaus festzustellen ist, dass die Trennungszeit „passend“ gemacht wurde, wenn es sich um eine einverständliche Scheidung gehandelt hatte. Interessant ist, dass der Anteil der Zerrüttungsklagen im dritten Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges deutlich zugenommen hat. Vielfach wurde scheinbar eine 3-Jahresfrist nach dem Ende des Krieges abgewartet und dann die Klage auf § 48 EheG 1946 gestützt. In 108 von 135 Verfahren waren die Streitsteile bis zu 6 Jahre getrennt. Damit geht auch einher, dass die Scheidungsquote bei den im Jahre 1949 erhobenen Verfahren deutlich nach oben schnellte und einen Wert von über 96% erreichte. Dies hängt aber auch damit zusammen, dass in sehr vielen Verfahren die Scheidung einverständlich durchgeführt werden sollte. In 63 Verfahren wurde kein Widerspruch erhoben und in 14 Verfahren musste die Klageschrift öffentlich zugestellt werden. Damit korreliert auch die Verfahrensdauer. Während in den ersten Verfahren in der Nachkriegszeit die Verfahren aus § 48 EheG durchschnittlich 11 bzw. 12,9 Monate dauerte, sank die Verfahrensdauer 1949 auf nur noch 5,9 Monate. Die Verfahren wären aber noch schneller durchgeführt worden, wenn nicht in etlichen Verfahren die Klage öffentlich zugestellt hätte werden müssen, was zu einer weiteren Verzögerung der Verfahrensdauer geführt hatte. In rund 60% der Verfahren, die in der Nachkriegszeit eingeleitet wurden, wurde ein Widerspruch nicht erhoben. Auswirkungen der neuen obergerichtlichen Rechtsprechung zeigten sich in insgesamt 24 Verfahren, in denen der Widerspruch beachtet wurde. In 31 Verfahren wurde der Widerspruch für unbeachtlich gehalten. Daran zeigt sich, dass das Landgericht Amberg die neue obergerichtliche Rechtsprechung nur teilweise nachvollzogen hatte. Es wurde häufiger der Widerspruch für unbeachtlich gehalten, wie er beachtet wurde. Die neue obergerichtliche Rechtsprechung ging jedoch von einer grundsätzlichen Beachtlichkeit des Widerspruchs aus.

In 76,3 % der Verfahren hatten die Streitsteile kein Kind oder nur 1 Kind. In 17% der Verfahren war die Ehefrau bis zu 5 Jahre älter als der Ehemann. Hier hatten auch 20,8% der Ehepaare eine unterschiedliche Religionszugehörigkeit. Rund 80% waren katholischer, rund 17% evangelischer Religionszugehörigkeit. Interessant ist, dass diese Ver-

teilung der Religionszugehörigkeit fast die Verteilung der Religionszugehörigkeit in der Stadt Amberg aus dem Jahre 1939 entspricht. Die Anzahl der Eheleute mit unterschiedlicher Religionszugehörigkeit und der hohe Anteil der Ehen von immerhin 17 %, in denen die Frau älter war als der Ehemann, zeigt, dass die Ehen, die vielfach während des Krieges geschlossen wurden, nicht so reiflich überlegt waren, wie dies noch im Dritten Reich oder vorher der Fall gewesen war. Viele Männer zweifelten daran, dass sie das Ende des Krieges noch erleben würden und wollten Frauen in den Genuss einer Witwenversorgung kommen lassen. Der große Anteil an Flüchtlingen zeigt sich auch in der Herkunft der Parteien. Stammten im Dritten Reich noch 52,8% der Eheleute aus dem Landgerichtsbezirk Amberg, war dies in den Nachkriegsverfahren nur noch in 38,6% der Verfahren der Fall. Schaut man sich die Verteilung jedoch bezogen auf die einzelnen Jahre an, ergibt sich ein noch dramatischeres Bild. Während 1946 noch rund 62% der Streitsteile aus dem LG-Bezirk stammten sank dieser Wert im Jahr 1949 auf nur noch rund 27%. In rund 2/3 der Verfahren waren die Streitsteile daher entweder von vorneherein nicht im LG-Bezirk gebürtig oder sie waren Flüchtlingen oder Vertriebene. Auch die Berufsstruktur der Parteien änderte sich in den Nachkriegsverfahren deutlich. Waren im Dritten Reich nur 5,4% der Männer selbständig, lag der Anteil der Selbständigen in der Nachkriegszeit bei 20,6%. Zwar blieb der Anteil der einfachen Arbeiter mit 53,6% im Dritten Reich und 51,1% in der Nachkriegszeit fast gleich. Deutlich änderte sich jedoch auch der Anteil der Arbeiter in gehobener Stellung. Während im Dritten Reich hier noch fast 27% der Männer angaben, in einer solchen Stellung zu arbeiten, sank dieser Wert in der Nachkriegszeit um fast 10 Prozentpunkte. Auch bei den Frauen stieg der Anteil der Selbständigen an. Jedoch nur um wenige Prozentpunkte von 3,2 auf 5,3% in der Nachkriegszeit. Im Dritten Reich waren 80% der Frauen ohne Beschäftigung, in der Nachkriegszeit jedoch 87%. Dies hängt auch mit einem Rückgang des Anteils der Frauen zusammen, die angaben, einfache Arbeiterinnen zu sein.

Bei der Frage, wie sich der Nachkriegsalltag am Landgericht Amberg gestaltete, zeigte sich, dass in der Nachkriegszeit weniger mündliche Verhandlungen anberaumt wurden. Wurden im Dritten Reich noch durchschnittlich 4,4 mündliche Verhandlungen durchgeführt, sank dieser Wert in der Nachkriegszeit auf nur noch 3,1 mündliche Verhandlungen. Auch die Anzahl an Zeugenvernehmungen sank in der Nachkriegszeit deutlich. Im Dritten Reich wurden noch durchschnittlich 1,5 Zeugen pro Verfahren vernommen. In der Nachkriegszeit wurden durchschnittlich nur noch 0,9 Zeugen pro Verfahren vernommen. Im Dritten Reich wurde in rund 44% der Verfahren auf eine Zeugeneinvernahme verzichtet. Der Anteil der Verfahren ohne Zeugeneinvernahme nahm in der Nachkriegszeit mit rund 68% deutlich zu. Dagegen nahm der Umfang der Akten deutlich ab. War im Dritten Reich die Durchschnittsakte noch rund 51 Seiten dick, umfasste eine durchschnittliche Akte in der Nachkriegszeit nur noch rund 39 Seiten. Die kürzeste Akte war hier nur 10 Seiten lang, während es die dickste Akte auf 258 Seiten brachte. Zwar war die Anzahl der Schriftsätze der Klägervertreter mit 2,7 und 2,6 im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit fast gleich, aber der Umfang pro Schriftsatz nahm deutlich ab. War im Dritten Reich ein Schriftsatz noch durchschnittlich 2,6 Seiten lang,

sank der Umfang in der Nachkriegszeit auf nur noch 1,7 Seiten. Die Beklagtenvertreter waren dagegen in der Nachkriegszeit aktiver und verfassten mehr Schriftsätze wie im Dritten Reich, dafür waren diese kürzer. Der ohnehin schon geringe Anteil an anwaltlicher rechtlicher Argumentation im Dritten Reich sank in der Nachkriegszeit noch einmal deutlich. Nur rund 11% der Klageschriftsätze und nur rund 12% der Beklagtenschriftsätze enthielt eine rechtliche Argumentation. Erstaunlich ist, dass in 5 Fällen der Kläger und in 6 Fällen der Beklagte mit nationalsozialistischer Ideologie argumentierte. Auch die Urteile wurden in der Nachkriegszeit deutlich kürzer. War ein Urteil im Dritten Reich noch durchschnittlich 4,74 Seiten lang (2 Seiten Tatbestand, 2,74 Seiten Gründe), umfasste ein durchschnittliches Urteil in der Nachkriegszeit nur noch 3,1 Seiten (1,4 Seiten Tatbestand, 1,7 Seiten Gründe). In immerhin noch 3 Urteilen findet sich in der Nachkriegszeit nationalsozialistische Argumentation.

Bei der Rechtsprechung des Landgerichts Amberg zeigt sich auch ein anderes Bild, wie im Dritten Reich. Deutlich häufiger als im Dritten Reich, spielte in den Nachkriegsverfahren die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft seit 3 Jahren eine Rolle. Insgesamt war die Rechtsprechung zu der Frage der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft sehr uneinheitlich. Die kriegsbedingte Abwesenheit der Ehemänner hat das LG Amberg in Kontinuität zur Rechtsprechung im Dritten Reich nicht als Grund für die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft angesehen. Vielfach ist es vorgekommen, dass das LG Amberg die häusliche Gemeinschaft mit der ehelichen Gemeinschaft gleichsetzte und als Zeitpunkt für die Trennung auf den letzten ehelichen Verkehr abstellte, was an sich systemwidrig war. Für die Frage der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft kam es allein auf objektive Umstände an, so dass die Frage, ab wann die eheliche Gemeinschaft aufgehoben wurde, nicht mit der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft gleichgesetzt werden konnte. Ein einheitliches Bild ergibt sich erst, wenn man einen systemfremden Umstand mit in die Betrachtung einstellt. In nahezu allen Fällen wurde die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft mit scheinbar beliebigen Argumenten begründet, wenn der beklagte Teil der Scheidung nicht widersprochen hatte. Lediglich in ganz eindeutigen Fällen lehnte das LG Amberg auch in diesen Fällen eine Scheidung ab. Ebenso wurde nur in ganz eindeutigen Fällen eine Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft seit drei Jahren angenommen, wenn der beklagte Teil der Scheidung widersprochen hatte. Auffallend ist jedoch, dass das Tatbestandsmerkmal der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft in der Nachkriegszeit eine größere Rolle gespielt hat, wie im Dritten Reich.

Ähnlich wie im Dritten Reich spielte in der Nachkriegszeit das Tatbestandsmerkmal der unheilbaren Zerrüttung der ehelichen Gemeinschaft fast keine Rolle. Nur in wenigen Entscheidungen wurde dieses Tatbestandsmerkmal überhaupt thematisiert. Deutlich häufiger wurde das Tatbestandsmerkmal der Zulässigkeit des Widerspruchs behandelt. Ausführlich wurde auf die Zulässigkeit eingegangen, wenn die Klage auch auf einen Verschuldenstatbestand gestützt wurde. Insgesamt konnte das Landgericht Amberg aber auch hier keine stimmige und konsequente Rechtsprechung entwickeln. Die Frage, wann sich die Eheleute einfach auseinander gelebt hatten und wann die Zerrüttung verschuldet war, wurde eher zufällig entschieden. Einmal entschied das Landge-

richt Amberg, dass sich die Parteien einfach auseinander gelebt hatten, im nächsten Fall begründete das Landgericht Amberg die Zulässigkeit des Widerspruchs damit, dass sich der Kläger nur mehr um die Beklagte hätte bemühen müssen. Einmal entschied das Gericht, dass bis zur Trennung beiden Ehegatten kein Verschulden angelastet werden konnte, im nächsten Fall führte eine außereheliche Beziehung, die nach der Trennung aufgenommen wurde, zu einer schuldhaften Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses. Häufig machte das Gericht sogar Ausführungen zum Verschulden an der Zerrüttung, obwohl ein Widerspruch gar nicht erhoben wurde. Insgesamt wirkt die Rechtsprechung zu diesem Tatbestandsmerkmal recht willkürlich und liegt damit in Kontinuität zu der Linie im Dritten Reich.

Auch bei der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs war die Rechtsprechung des Landgerichts Amberg eher uneinheitlich. In drei Verfahren, die 1946 erhoben wurden, wurde der Widerspruch für unbeachtlich gehalten, obwohl der beklagte Teil eine Widerklage erhoben hatte und daher der Widerspruch gar nicht zur Aufrechterhaltung der Ehe führen konnte. Auch war die Argumentation zu der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs in den Verfahren, die 1946 erhoben wurde, recht zurückhaltend. Eine ausführliche Begründung, wann der Widerspruch beachtlich sein sollte, wurde in den Verfahren, die 1946 eingeleitet wurden, nicht gegeben. Erst ab den Verfahren, die 1947 eingeleitet wurden, setzte sich das Landgericht Amberg zunehmend mit der Frage der Beachtlichkeit des Widerspruchs auseinander und stellte nicht lediglich die Beachtlichkeit oder die Unbeachtlichkeit fest. Auch bei den Verfahren, die 1948 eingeleitet wurden, gab es eine unterschiedliche Ansicht bei den Amberger Richtern, wie mit dem Widerspruch bei gleichzeitiger Erhebung einer Widerklage umzugehen sei. Hier war ein Richter weiterhin der Ansicht, dass auch bei Erhebung einer Widerklage der Widerspruch beachtlich sein könne. Er änderte seine Meinung allerdings, nachdem in einem Verfahren Rechtsmittel eingelegt wurden und das Oberlandesgericht Nürnberg, sich in dieser Frage zu Gunsten der Unbeachtlichkeit des Widerspruchs positionierte. Obwohl die obergerichtliche Rechtsprechung hinsichtlich der Zerrüttungsscheidung sehr zurückhaltend war und in Richtung Klageabweisung bei Erhebung des Widerspruchs tendierte, vollzog das Landgericht Amberg diese Rechtsprechung nicht nach. Insgesamt wurden hier 15 Widersprüche für beachtlich gehalten, während 19 Widersprüche zurückgewiesen wurden. Es wurden also mehr Widersprüche für unbeachtlich gehalten, wie für beachtlich.

Vereinzelt musste sich das Landgericht Amberg mit dem Problem auseinandersetzen, wie mit der persönlichen nationalsozialistischen Vergangenheit der Parteien umzugehen war. In einem Verfahren führte der Beklagte aus, dass die Klägerin ihn bei der Spruchkammer denunziert habe. Sie hätte wahrheitswidrig ausgesagt, dass der Beklagte 2 Mädchen in das KZ Theresienstadt verbringen ließ. Hierauf entgegnete die Klägerin, dass sie noch ganz andere Sachen hätte berichten können, wenn sie wirklich den Beklagten denunzieren wollte. Der Beklagte entgegnete, dass bekannt gewesen sei, dass das KZ Theresienstadt nur für Juden bestimmt gewesen sei und die beiden Mädchen aber keine Jüdinnen waren. Deswegen würde eine Denunziation vorliegen, weil der behauptete Umstand überhaupt nicht stimmen könne. Seltsamerweise entschied das Gericht, dass die Klage-

rin vor der Spruchkammer, obwohl sie nicht über ein Zeugnisverweigerungsrecht belehrt worden war, hätte schweigen müssen. Sie hätte also, entgegen der Gepflogenheiten, vor der Spruchkammer nicht aussagen dürfen. Darüber hinaus stufte das Landgericht Amberg die Klägerin als Lügnerin ein, weil sie ja selbst gesagt habe, dass sie noch mehr Belastendes über den Beklagten hätte berichten können. Darüber hinaus verharmloste das Gericht den Umstand, dass die zwei Mädchen möglicherweise in ein KZ verbracht wurden, weil dies ja „nur“ für ein paar Wochen geschehen sei. Die Klägerin wurde für schuldig erklärt.

In einem weiteren Verfahren berichtete der Kläger, dass seine Frau nicht ganz richtig im Kopf sei, weil sie beim Einmarsch der Amerikaner die Hakenkreuzfahne aufgehängt hätte. Das Gericht bezeichnete die Frau als geistig unbeholfen und führungsbedürftig.

Insgesamt wirken die Entscheidungen aus der Nachkriegszeit recht willkürlich. In mehreren Verfahren wurde die Klage aus § 48 EheG abgewiesen, obwohl eine Widerklage erhoben wurde. In einem Fall wurde sogar die Widerklage aus § 48 EheG erhoben und trotzdem die Klage abgewiesen. Unerhebliche Aspekte wurden zum Teil für entscheidungserheblich gehalten. In einem Fall wurde zum Beispiel die Klage abgewiesen, weil es ein grobes Unrecht wäre, wenn die Ehe gelöst würde, ohne dass man der Beklagten einen Schuldvorwurf machen könne. Die Zerrüttungsscheidung wurde aber gerade deswegen eingeführt, um auch unabhängig von einem Schuldvorwurf zu einer Scheidung gelangen zu können. Zuweilen ging das Landgericht Amberg auch dazu über, die Streitteile im Urteil geradezu zu beleidigen. Insgesamt kann man feststellen, dass die Verfahren in der Nachkriegszeit deutlich schlampiger geführt wurden, als im Dritten Reich. Dies ist wohl dem Umstand zuzuschreiben, dass die Verfahrenszahl schlagartig nach oben schnellte, aber hierfür viel zu wenig Personal zur Verfügung stand. Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes entschied das Landgericht Amberg mit einer Besetzung von drei Richtern über 59 Verfahren. Am Ende des Untersuchungszeitraumes waren es fast 10mal so viele Entscheidungen. Dass hier innerhalb von wenigen Jahren die Arbeitsweise völlig umgestellt werden musste, liegt auf der Hand.

Interessant ist aber gerade im Zusammenhang mit der Art der Verfahrensführung die nähere Betrachtung der einzelnen handelnden Personen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde das Landgericht Amberg – zumindest in Sachen Ehescheidung – von den Richtern Z und S dominiert. Erst später kamen weitere Richter hinzu. Von ein paar Juristen konnte ein aussagekräftiges Bild gezeichnet werden, da neben den Prozessakten auch Personalakten und Spruchkammerakten vorhanden waren.

Der spätere Landgerichtspräsident Richter Z kam erst spät zum Staatsdienst, weil er nur mäßige Noten in den Examina hatte. Vor dem Dritten Reich wurde Z überaus positiv bewertet. Im Dritten Reich wurde Z in den Jahren 1935 und 1936 relativ schlecht bewertet. Warum genau diese Bewertungen eher schlecht waren, lässt sich nicht mehr genau belegen. Wahrscheinlich lag dies an der antinazistischen Einstellung des Richters. Vergleicht man die statistischen Eckpunkte der Verfahren von Richter Z im Dritten Reich mit den durchschnittlichen Verfahren, stellt man fest, dass Z offenbar ein wenig

langsamer war, als die anderen Richter. Obwohl er weniger mündliche Verhandlungen anberaumte, dauerten seine Verfahren im Durchschnitt rund 3 Monate länger. Dafür waren in seinen Entscheidungen häufiger rechtliche Ausführungen aber auch ideologische Ausführungen enthalten, wie in den durchschnittlichen Verfahren. Auch in der Nachkriegszeit führte Z weniger mündliche Verhandlungen durch. Dafür dauerten seine Verfahren nur noch fast halb so lang, wie die durchschnittlichen Verfahren. Diesem Umstand ist es wohl geschuldet, weswegen die Urteile so schlampig erscheinen. Rechtliche Ausführungen waren weit unterdurchschnittlich anzutreffen. Dass sich Z nicht so sehr mit den rechtlichen Aspekten beschäftigte, zeigte sich auch bei den Rechtsmitteln. Jedes Rechtsmittel, das gegen eine Entscheidung von Z eingelegt wurde, war erfolgreich. Daran sieht man, wie schlecht offenbar die Entscheidungen aufbereitet waren. Hierfür könnte eine Rolle gespielt haben, dass eine weitere Beförderung unwahrscheinlich war und Z hierarchisch, bezogen auf das Landgericht, bereits an höchster Stelle stand. Bedenklich ist jedoch, dass Z in seinen Entscheidungen auch zuweilen dazu überging, die Parteien mit seinen Ausführungen zu beleidigen.

Richter S war hingegen in vielerlei Hinsicht das Gegenteil von Z. Im Dritten Reich war S nicht an der Stelle im Landgericht vertreten. Erst in der Nachkriegszeit führte S Ehescheidungsverfahren durch. Auffallend ist, dass S viel weniger mündliche Verhandlungen durchführte, als es durchschnittlich der Fall war. Dies mag aber auch daran liegen, dass S ein erfahrener Richter war und deswegen vermutlich mit weniger mündlichen Verhandlungen ausgekommen ist. S brauchte auch weniger Zeugen, als der Durchschnitt. Dafür dauerten die Verfahren fast durchschnittlich lange und die Scheidungsquote lag auch fast im Durchschnitt. Was aber erheblich auffällt ist, dass keine einzige Entscheidung von Richter S in der zweiten Instanz aufgehoben worden ist. 100% der Rechtsmittel waren erfolglos. Im Durchschnitt waren 75% erfolgreich und nur 25% erfolglos. Dies lag wahrscheinlich daran, dass sich S inhaltlich an der obergerichtlichen Rechtsprechung orientierte.

Richter Gt war fast ausschließlich im Dritten Reich tätig. Hier hat er fast die Hälfte der Entscheidungen verfasst. Die dienstlichen Beurteilungen von Gt waren recht durchwachsen. In den Beurteilungen, die einer Versetzung oder Beförderung vorausgegangen waren, wurde Gt recht gut beurteilt. In den Beurteilungen dazwischen waren die Beurteilungen eher unterdurchschnittlich. Zum Beispiel wurde Gt 1924 bescheinigt, dass er in seinen Entscheidungen etwas rascher sein könnte. 1930 wurde Gt anlässlich eines Versetzungsgesuchs beurteilt. Hier wurde ihm eine rasche und zutreffende Auffassungsgabe bescheinigt. 1935 wurde relativierend ausgeführt, dass Gt bestrebt sei, immer zu Ergebnissen zu gelangen, die dem gesunden Volksempfinden entsprechen würden. Gt verfolge mit Eifer alle neuen Gesetze und die reichsgerichtliche Rechtsprechung. Dafür wurde Gt bescheinigt, dass er schwer von Entschluss sei und dass er bei Beratungen unentschlossen hin und her schwanke. Für eine leitende Stelle sei Gt nicht geeignet, weil ihm etwas Schwerfälliges anhafte. 1939 sollte er offensichtlich „weggelobt“ werden, weil die Beurteilungen von 1935 und 1936 wieder relativiert wurden. Er sei nunmehr für die Stelle eines Oberlandesgerichtsrates geeignet. 1948 wurde in der Beurteilung ausgeführt, dass

ein anderer zwar rascher zu seiner Entscheidung gelange, Gt könne aber für sich in Anspruch nehmen, dass er nichts übersehe. Gt war NSDAP-Mitglied und nahm stets an den Schulungsabenden und Parteiveranstaltungen teil. Gt brachte es im Dritten Reich auf eine Scheidungsquote von 100%. In 42,3% der Entscheidungen, die Gt verfasste wurde ideologisch argumentiert. Gt war im Dritten Reich für eine Entscheidung verantwortlich, die man als Rechtsbeugung bezeichnen kann. In einem weiteren Verfahren hat er ein offensichtliches Gefälligkeitsurteil erlassen. Warum Gt in die Gruppe der Mitläufer eingereiht wurde, obwohl Gt nicht nur bei allen Parteischulungen und Veranstaltungen dabei war, sondern auch in seiner Rechtsprechung die nationalsozialistische Ideologie förderte, ist nicht mehr nachvollziehbar. Im Spruchkammerverfahren äußerte die CSU, dass Gt als Nazi bekannt gewesen sei und die KPD ging sogar so weit zu behaupten, dass Gt auch in der Nachkriegszeit als überzeugter Anhänger Hitlers noch nicht einwandfrei sei. Gt kann daher insgesamt als Nazi und durchaus als politischer Richter bezeichnet werden. Trotzdem wurde Gt in der Nachkriegszeit wieder als Richter eingesetzt und konnte von seinen Beförderungen im Dritten Reich zehren.

Bei den Richtern H und J konnte man ebenfalls erhebliche Bedenken hinsichtlich ihrer Eignung als Richter in der Nachkriegszeit haben. H war im Dritten Reich in einem benachbarten Amtsgericht tätig und konnte dort aufgrund seines Verhaltens im Dritten Reich in der Nachkriegszeit nicht mehr verwendet werden. Trotzdem wurde H nicht nur weiter beschäftigt, sondern sogar am Landgericht eingesetzt, was einer Beförderung gleichkommen musste. Die Examina bestand H nur mit ausreichend. 1933 trat er der SA bei. Vielleicht war dies der Grund, weswegen H überhaupt in den Staatsdienst übernommen wurde. H stellte in der Nachkriegszeit ein Gesuch, die Beurteilungen aus dem Dritten Reich aus seiner Personalakte zu entfernen. Dem wurde offenbar stattgegeben, weil diese Beurteilungen in der Personalakte fehlen. Auch bei Richter J handelte es sich um einen offensichtlichen Anhänger der NSDAP. J war bereits 1923 beim Hitlerputsch beteiligt gewesen. Bereits ab 1933 war J Mitglied der SA. Vermutlich diesem Umstand war es geschuldet, dass J zur Reichsanwaltschaft am Volksgerichtshof berufen wurde. Immerhin wurde J erst 1949 wieder als Richter eingestellt. Bereits die dienstlichen Beurteilungen vor dem Dritten Reich waren sehr positiv. Erst am Volksgerichtshof war die Beurteilung nicht mehr durchweg positiv. Vom Volksgerichtshof wurde J wiederum abberufen und am Landgericht München eingesetzt. Offensichtlich litt J in der Zeit am Volksgerichtshof unter Depressionen. J behauptete selbst, dass er der Tätigkeit am Volksgerichtshof seelisch nicht gewachsen war. Vermutlich war deswegen auch die dienstliche Beurteilung negativ. Obwohl J eine Funktion in der SA hatte und NSDAP-Mitglied war und trotz der Tätigkeit am Volksgerichtshof wurde J nur in die Gruppe der Mitläufer eingestuft. J war offensichtlich ein Gegner von Scheidungen, was sich an seiner unterdurchschnittlichen Scheidungsquote abzeichnet und auch aus der Personalakte ergibt. Pikant ist allerdings, dass sich J selbst am Ende des Untersuchungszeitraumes scheiden ließ.

Richter E war teilweise jüdischer Abstammung und wurde trotzdem im gesamten Untersuchungszeitraum als Richter eingesetzt. In den dienstlichen Beurteilungen vor dem Dritten Reich wurde E als ganz besonders tüchtig bezeichnet, was eine sehr gute Bewer-

tung ist. Auch im Dritten Reich wurde E besonders gelobt und gut bewertet. E wurde jedoch im Dritten Reich nicht befördert, obwohl er hierfür beste Voraussetzungen gehabt hätte. Bei der Auswertung der Akten fällt jedoch auf, dass ausgerechnet E für ein offensichtliches Gefälligkeitsurteil verantwortlich war. Der Kläger war SS-Hauptscharwächter am KZ Dachau und wollte sich von seiner Frau scheiden lassen. Weil die Frau 11 Kinder zur Welt gebracht hatte, konnte sie sich auf die Opferrechtsprechung des Reichsgerichts berufen und an sich hätte der Widerspruch beachtlich sein müssen. E schied aber dennoch die Ehe, weil er davon ausging, dass die Ehe aufgrund des schlechten Zustands der Möbel schuldlos zerrüttet wurde. E wollte sich offenbar nicht einen KZ-Wächter zum Feind machen und erließ daher ein Gefälligkeitsurteil.

Bei den Richtern zeigt sich, dass diejenigen Richter, die selbst eine ausgeprägte NSDAP-Vergangenheit hatten, für Beschuldigungen, die mit dem Regime zusammen hingen, höchstes Verständnis hatten. Die NSDAP-Vergangenheit wurde in einem äußerst milden Licht gesehen und vielfach ein Verhalten, das man bei objektiver Betrachtung, als schuldhaftes Verhalten hätte ansehen müssen, als schuldlos gewertet. Leider stößt die vorliegende Arbeit hier an eine Grenze. Es wäre interessant zu untersuchen, wie sich die anderen Richter, also diejenigen ohne NS-Vergangenheit, bei solchen Vorwürfen, die mit einem Verhalten im Dritten Reich zu tun hatten, verhalten haben. Hatten diese Richter eine Denunziation im Dritten Reich als Eheverfehlung gewertet und deswegen einer Verschuldensscheidung stattgegeben? Wurde hier auch großzügig über die NS-Vergangenheit hinweggesehen? Diese Fragen können mit der vorliegenden Arbeit leider nicht beantwortet werden. Wurde das Verhalten als Verschulden angesehen, war der Scheidungstatbestand des § 43 EheG 1946 einschlägig, der hier aber nicht näher untersucht wurde.

Bei den Rechtsanwälten fällt auf, dass diese weit häufiger mit dem Regime im Dritten Reich aneinandergeraten waren wie die Richter. Rechtsanwalt Lei beispielsweise wurde von der parteiamtlichen Rechtsbetreuung ausgeschlossen, weil er immer wieder Juden vertrat. Lei war mit 51 Vertretungen, am häufigsten vor dem Landgericht Amberg aufgetreten. Aus der Spruchkammerakte ergibt sich, dass Lei ein Gegner des Nationalsozialismus war. Trotz dieser Gegnerschaft zur Partei, war Lei im Dritten Reich überaus erfolgreich. Fast 82% der Klagevertretungen und 75% der Beklagtenvertretungen hat Lei hier gewonnen. In der Nachkriegszeit sank dieser Wert bei den Klagevertretungen auf 66,7% und bei den Beklagtenvertretungen auf nur noch 50%. Dass Lei im Dritten Reich so erfolgreich war, lag vermutlich an dem hohen Anteil an rechtlichen Ausführungen. In 36,4% der Verfahren argumentierte Lei rechtlich. Im Durchschnitt wurde hier nur von 5,6% der Anwälte rechtlich argumentiert. Obwohl Lei ein Gegner des Nationalsozialismus war, hatte er aber immerhin in 18,2% der Klagevertretungen und in 37,5% der Beklagtenvertretungen ideologisch argumentiert. Wahrscheinlich ersetzte die ideologische Argumentation die rechtlichen Argumente.

Rechtsanwalt Bir hat im Dritten Reich nur in 16,7% der Verfahren ideologisch argumentiert. In einem Verfahren hat er sogar auf jegliche ideologische Argumentation verzichtet, obwohl es für seine Mandantin einen Vorteil gebracht hätte, anzuführen, dass ihr

Ehemann wegen Unzucht mit Männern eine Zuchthausstrafe verbüßte. In diesem Verfahren fällt auch auf, dass die Klage bereits von Anfang an auf § 55 EheG gestützt wurde und nicht etwa auf einen Verschuldenstatbestand. Bei Bir fällt auch der geringe Anteil an rechtlicher Argumentation auf. Nur in 1/3 der Klageverfahren im Dritten Reich hat Bir überhaupt rechtlich argumentiert. Sowohl in den Verfahren in der Nachkriegszeit als auch bei sämtlichen Beklagtenvertretungen hat Bir auf eine rechtliche Argumentation verzichtet. Dies tat seinem Erfolg aber keinen Abbruch. In 83,3% der Klagevertretungen im Dritten Reich sowie in 87,5% der Beklagtenvertretungen im Dritten Reich war Bir erfolgreich. Nur in der Nachkriegszeit war Bir mit einem Obsiegen in 68,8% der Klagevertretungen und 54,5% der Beklagtenvertretungen weniger erfolgreich. Bei Bir sieht man, dass es einer ideologischen Argumentation nicht bedurfte, um erfolgreich zu sein. Auch in kritischen Verfahren war es nicht notwendig, sich der Ideologie zu bedienen.

Auch bei Rechtsanwalt Sch wird deutlich, dass es auch einem Gegner der Nationalsozialisten im Dritten Reich möglich war, erfolgreich zu sein. Sch war im Dritten Reich weiter als Gegner der NSDAP aktiv und hat sich getarnt in einem Kegelklub weiter mit Gegnern des Regimes getroffen. Dies tat seinem Erfolg aber keinen Abbruch. Sch hat in keinem einzigen der untersuchten Verfahren ideologisch argumentiert. Trotzdem hat er 100% seiner Klagevertretungen im Dritten Reich gewonnen. In der Nachkriegszeit war er in immerhin 87,5% der Verfahren als Klägervertreter erfolgreich. Bei den Beklagtenvertretungen war Sch allerdings im Dritten Reich nur in 1/3 der Verfahren erfolgreich. In der Nachkriegszeit obsiegte Sch jedoch in 90,9% der Beklagtenvertretungen.

Rechtsanwalt Mug hingegen war als Scharführer in der SA politisch aktiv. Er scheute sich auch nicht, die gegnerische Partei ernsthaft in Gefahr zu bringen, indem er behauptete, dieser sei homosexuell. Dies konnte für den Mann unabsehbare Folgen haben. Mit einem Obsiegen in nur 50% der Klagevertretungen und 33,3% der Beklagtenvertretungen wird deutlich, dass diese Art der Prozessführung auch bei Gericht nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt hat. Obwohl Mug offensichtlich ein Anhänger der Partei war und in 50% der Klagevertretungen ideologisch argumentierte, gewann Mug nicht unbedingt besonders häufig. Vor allem wenn man berücksichtigt, wie scheidungsfreundlich das Landgericht Amberg war. In der Nachkriegszeit war Mug jedoch in 94,1% der Klagevertretungen und in 42,9% der Beklagtenvertretungen erfolgreich. Am Beispiel Mugs erkennt man, die Zwiespältigkeit der Rechtsprechung. Das Landgericht Amberg hat zwar dann, wenn ein Parteifunktionär Klage erhoben hatte, zuweilen das Recht gebrochen. Auch wurde in geeigneten Fällen, die politisch exponiert mit der Ideologie des Dritten Reiches korrelierten, mit einer abenteuerlichen Argumentation ein passendes Ergebnis gezimmert. Generell ließ sich das Landgericht Amberg aber nicht von der platten ideologischen Argumentation einzelner Anwälte beeindrucken. Obwohl eine Scheidungsquote von 88,3% erreicht wurde, erreichte Mug nur in 50% seiner Verfahren ein Obsiegen, obwohl er so ideologisch, wie wenig andere Anwälte, argumentierte. Hieran sieht man auch, dass das Regime des Dritten Reichs der Justiz nicht nur übergestülpt worden wäre, sondern zu einem wesentlichen Teil auch aktiv von den Entscheidungsträgern im Gericht selbst gelebt wurde.

Das Verhalten eines weiteren Anwalts erscheint noch besonders berichtenswert, obwohl dieser im Dritten Reich nicht in Amberg tätig war und auch in der Nachkriegszeit keine besondere Rolle am Landgericht Amberg spielte. Dennoch verdient das Verhalten von Dr.Grü als Exkurs einen Bericht an dieser Stelle. Dr. Grü war im Dritten Reich als Anwalt in Berlin tätig. Er war in erster Ehe mit einer Jüdin verheiratet gewesen und hatte aus dieser Ehe eine Tochter. Scheinbar hatte die Ehescheidung (aus Verschulden der Ehefrau) schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für Dr. Grü, weil er aufgrund eines Abfindungsvertrages größere Zahlungen leisten musste. Möglicherweise ist Dr.Grü deswegen bereits 1931 der NSDAP beigetreten. Auch in den verschiedenen Parteigliederungen bekleidete Dr.Grü Funktionärpositionen. Nach Erlass der Rassegesetze war jedoch die Parteimitgliedschaft eigentlich beendet, da jüdisch Versippte nicht mehr Parteimitglied werden konnten. Um seine halbjüdische Tochter zu schützen, blieb Dr.Grü jedoch in der Partei. Allerdings blieb Dr.Grü nicht im Hintergrund und wartete das Ende des Dritten Reiches ab, sondern nutzte seine Parteimitgliedschaft, um sich für die vom Regime Verfolgten einzusetzen. Dadurch gelang es ihm und seiner zweiten Ehefrau, in Berlin immer wieder tschechische Zwangsarbeiter zu verbergen und ihnen den Kontakt in die Heimat herzustellen. Dr.Grü versorgte auch auf eigene Kosten zahlreiche „Hochverräter“ und Juden, die er teilweise sogar bei sich daheim versteckte. Mit Hilfe des Konsuls von Paraguay gelang es Dr.Grü rund 150 Juden aus dem KZ zu befreien. In der Zeit von 1939 bis 1943 verteidigte Dr.Grü tschechische Hochverräter vor dem Volksgerichtshof. Dabei scheute Dr.Grü nicht davor zurück, sich selbst dem Vorwurf des Hochverrats auszusetzen, weil er den Angeklagten immer wieder die Akten zugänglich machte, was den Tatbestand des Hochverrats erfüllte. Schließlich wurde vom Staatsanwalt anlässlich einer Verteidigung die Verhaftung von Dr.Grü beantragt. Der Volksgerichtshof konnte sich jedoch zu einer Verhaftung nicht durchringen und so wurde Dr.Grü durch den Reichsjustizminister auf Lebenszeit verboten Tschechen zu verteidigen. Besonders eindrucksvoll sind die 10 eidesstattlichen Versicherungen in der Spruchkammerakte, in denen Personen angaben, in welcher Form Dr.Grü sie vor dem Tode bewahrt hatte. Die Kanzlei von Dr.Grü in Berlin wurde bei einem Bombenangriff am 01.05.1945 vollkommen zerstört, so dass Dr.Grü schließlich nach Amberg verzog.

Besonders bei Dr.Grü wird die Tragik der gescheiterten Entnazifizierung deutlich. Dr.Grü, der im Dritten Reich vielfach sein Leben aufs Spiel gesetzt hat und sich aktiv dem Regime widersetzt und so einer großen Anzahl von Menschen das Leben gerettet oder auch erleichtert hat, traf in der Nachkriegszeit auf die „reingewaschenen Demokraten“, die im Dritten Reich noch für das Regime das Recht gebrochen hatten. Besonders die Zusammenarbeit zwischen Richter J und Rechtsanwalt Dr. Grü dürfte für diesen besonders schmerzlich gewesen sein. J war im Dritten Reich als Staatsanwalt am Volksgerichtshof tätig und hat die Vorteile aus dem Regime (besonders gute Beurteilungen) ebenso wie Richter K mit in die Nachkriegszeit übernommen. Dr.Grü stand nach dem Ende des Dritten Reiches vor dem wirtschaftlichen Ruin und hat im Dritten Reich alles riskiert, um das Regime, das z.B. auch von den Richtern J und K repräsentiert wurde, zu bekämpfen und als das Regime endlich besiegt war, kehren die ehemaligen Nationalso-

zialisten wieder auf ihre Stellen zurück und können sogar noch von den Bevorzugungen aus dem Dritten Reich weiter zehren. Diese Ungerechtigkeit muss gerade in den ersten Nachkriegsjahren für die vom Regime Verfolgten und Bedrohten besonders schwierig gewesen sein.

Insgesamt kann man feststellen, dass es auf die jeweiligen Personen ankam, wie der Prozessalltag sich gestaltete. Gelangte man an Prozessvertreter und Richter, die dem Regime fernstanden, war es möglich, dass sich der Prozess unideologisch gestaltete. War jedoch Richter Gt tätig, konnte das Ergebnis des Verfahrens für die Beteiligten völlig offen sein.

Ganz zu Beginn der Arbeit wurden folgende zentrale Fragen gestellt, die durch die vorliegende Auswertung in knapper Form zusammengefasst wie folgt beantwortet werden konnten:

Bezogen auf das Dritte Reich:

- Inwieweit war das Landgericht Amberg integraler Bestandteil des Regimes? Wurde vom Landgericht Amberg die obergerichtliche Rechtsprechung nachvollzogen?

Das Landgericht Amberg war ein integraler Bestandteil des Regimes. Das Gericht ordnete sich in das Regime ein und vollzog die obergerichtliche Rechtsprechung weitestgehend nach. An den entscheidenden Stellen wurden Gefälligkeitsurteile und Urteile, mit denen das Recht zu Gunsten der Ideologie gebrochen wurde, erlassen. Zwar waren diese Urteile verglichen mit der Gesamtzahl der Entscheidungen des Landgerichts Amberg gering, dennoch waren sie für das Bestehen des Regimes notwendig. Nur durch solche Urteile konnte sich das Regime überhaupt durchsetzen. Dass es nicht mehr solche Urteile gab, lag zum größten Teil daran, dass die zivilrechtlichen Verfahren weniger politisch bedeutsam waren, wie zum Beispiel strafgerichtliche Verfahren. Man kann aber dennoch nicht die „schlechten“ Strafrechtsurteile von den „guten“ Zivilrechtsurteilen trennen, weil die handelnden Personen an beiden Gerichten zum Teil dieselben waren. Einen ideologiefreien Raum hat es im Dritten Reich nicht gegeben.

- Hatte es für das Prozessergebnis Auswirkungen, wenn die Streitteile ideologisch argumentierten oder eine besondere Stellung in dem Regime inne hatten?

Eine ideologische Argumentation der Prozessvertreter hatte auf das Ergebnis des Verfahrens keinen spürbaren Einfluss. Insbesondere haben sich die Richter nicht von der teilweise sehr platten Argumentation der Anwälte beeinflussen lassen. Auf der anderen Seite gereichte es den Parteien auch nicht zum Nachteil, wenn die Anwälte überhaupt nicht ideologisch argumentierten. Das Verhalten der Anwälte war daher kein Indikator für das Ergebnis des Prozesses. Höchstens insoweit, als Anwälte, wie zum Beispiel Rechtsanwalt Sch vermutlich vorher sehr gut abschätzen konnten, inwieweit eine Klage erfolgreich sein konnte und deswegen erfolglose Klagen von vorneherein nicht einreichten. Das Prozessergebnis beeinflussen konnte jedoch die hierarchische Stellung der Prozessparteien im Regime. Waren die Parteien in exponierter Stellung in der NSDAP oder

in einer ihrer Gliederungen war es sehr wahrscheinlich, dass das Landgericht Amberg ein entsprechendes Gefälligkeitsurteil erließ.

- Mit welchen Fällen musste sich das Landgericht Amberg in der Kriegszeit überhaupt beschäftigen? Wer waren die Streitteile, die im Zweiten Weltkrieg eine Ehescheidungsklage erhoben hatten? Wie gestaltete sich der allgemeine Alltag vor einem erstinstanzlichen Gericht im Dritten Reich?

Die meisten Streitteile waren eher gewöhnliche Mitbürger. Die Streitteile in herausragender Stellung in der NSDAP waren eher selten. Auffallend ist, dass die Religionszugehörigkeit der Streitteile nicht ein Abbild in der Bevölkerung findet. Die Streitteile waren zu einem großen Teil nicht im Landgerichtsbezirk Amberg geboren und waren daher in der Gesellschaft nicht so verwurzelt. Dies zeigt sich an der leicht unterschiedlichen Verteilung der Religionszugehörigkeit. Der allgemeine Prozessalltag war durchzogen von ideologischen Bezügen. Richter Gt hat zum Beispiel in seinem Spruchkammerverfahren ausgesagt, dass er das Parteiabzeichen meist nicht getragen habe und dass er den Hitlergruß zu vermeiden bestrebt gewesen sei. Das bedeutet vermutlich, dass das Parteiabzeichen ziemlich häufig zu sehen war und dass er vermutlich auch regelmäßig den Hitlergruß verwendet hat. Daraus folgt, dass die Parteien, wenn sie vor Gericht aufgetreten sind, schon allein an diesen Merkmalen erkennen mussten, dass der Gerichtssaal kein ideologiefreier Raum sein konnte. Auch vom Wortlaut der Entscheidungen her, mussten die Streitteile davon ausgehen, dass das Urteil eines des Dritten Reiches war und nicht ein Urteil eines freien und unbeeinflussten Richters. Das Dritte Reich hat daher den Prozessalltag entscheidend geprägt und spielte in den Entscheidungen eine große Rolle.

Bezogen auf die Nachkriegszeit:

- Wie wirkte sich der Zusammenbruch verbunden mit den typischen Erscheinungen der Nachkriegszeit, wie zum Beispiel Flucht und Vertreibung oder Entnazifizierung, auf das Landgericht Amberg aus?

Bedingt durch den Zusammenbruch waren die Gerichte zunächst geschlossen. Erst 1946 wurde das Landgericht Amberg wieder eröffnet. Durch die Entnazifizierung durften die meisten Juristen zunächst nicht wieder arbeiten. Die ersten Verfahren wurden vor dem Landgericht Amberg nur von zwei Richtern durchgeführt. Erst allmählich kehrten die Juristen (allesamt) wieder in ihren Berufsstand zurück. Die Verfahrenszahlen in der Nachkriegszeit schnellten nach oben. Im Jahr 1949 wurden fast 10mal so viele Verfahren anhängig gemacht, wie 1938. Ganz besonders prägte die Flucht und Vertreibung vieler Menschen den Alltag vor dem Landgericht Amberg. Die Anzahl der Streitteile, die nicht aus dem Landgerichtsbezirk stammten, schnellte gegen Ende des Untersuchungszeitraumes nach oben. Möglicherweise ist dies aber auch ein Spezifikum des § 48 EheG, weil in vielen Fällen die Klage öffentlich zugestellt werden musste und das Vorliegen der Tatbestandsmerkmale des § 48 EheG leichter zu beweisen war, wie zum Beispiel ein Schuldvorwurf begründet werden konnte.

- Inwieweit sind die Richter von der Rechtsprechung im Dritten Reich abgewichen? Konnte hier überhaupt ein Unterschied festgestellt werden?

Das Landgericht Amberg war schon im Dritten Reich sehr scheidungsfreudig. Auch in der Nachkriegszeit hielt die Scheidungsfreude an. Die Zahl an Klageabweisungen war jedoch höher, als im Dritten Reich. Die obergerichtliche Nachkriegsrechtsprechung ging zunächst von einer grundsätzlichen Beachtlichkeit des Widerspruches aus. Diese Rechtsprechung wurde vor dem Landgericht Amberg nicht nachvollzogen. Es wurden mehr Widersprüche für unbeachtlich gehalten, wie für beachtlich. Auch die häufig im Dritten Reich anzutreffende, floskelhafte ideologische Argumentation kam in der Nachkriegszeit praktisch nicht mehr vor. Es gab daher insgesamt von der Begründung her ein Abweichen von der Rechtsprechung im Dritten Reich.

- Hatte es für die Streitsteile Auswirkungen, wenn sie im Dritten Reich in einer besonderen Stellung im Regime waren? Wirkte die NS-Ideologie in der Nachkriegszeit fort?

Bei verschiedenen Richtern konnte festgestellt werden, dass sie Verfehlungen, die im Zusammenhang mit einem ideologiekonformen Verhalten im Dritten Reich standen, aber an sich als Eheverfehlung zu werten gewesen wären, nicht als solche gewertet wurden. Zum Teil wurden Streitsteile, die im Dritten Reich in einer besonderen Position gestanden hatten, auch in der Nachkriegszeit dadurch bevorzugt, dass deren Verhalten im Dritten Reich in einem besonders milden Licht betrachtet wurden. Mit dieser Auswertung konnte jedoch nicht geklärt werden, ob die anderen Richter, die keine NSDAP-Anhänger waren, diese Verfehlungen als schuldhaftes Ehezerrüttung werteten. In ganz wenigen Verfahren wurden weiterhin ideologische Argumentationsweisen gebraucht. Diese Verfahren stellten aber die absolute Ausnahme dar. Insgesamt kann die Rechtsprechung aus der Nachkriegszeit als weitestgehend ideologiefrei gewertet werden. Ein Fortwirken kann daher, trotz Personalidentität nicht festgestellt werden. Dafür neigten aber vereinzelte Richter in der Nachkriegszeit dazu, die Streitsteile in den Urteilen persönlich zu beleidigen. Diese Beleidigungen kamen im Dritten Reich nicht vor.

- Hat das Landgericht Amberg die obergerichtliche Rechtsprechung nachvollzogen, oder ist es hier einen eigenen Weg gegangen?

Eine Nachvollziehung der obergerichtlichen Rechtsprechung in der Nachkriegszeit kann nicht in dem Umfang festgestellt werden, wie im Dritten Reich. Die obergerichtliche Nachkriegsrechtsprechung ging mehrheitlich grundsätzlich von einer Beachtlichkeit des Widerspruchs aus. Erst gegen Ende des Untersuchungszeitraumes änderte sich die obergerichtliche Rechtsprechung in diesem Punkt. Die grundsätzliche Beachtlichkeit des Widerspruchs wurde jedoch am Landgericht Amberg nicht in der Ausprägung nachvollzogen. Das Landgericht Amberg war insgesamt in seiner Nachkriegsrechtsprechung sehr viel oberflächlicher und auch schlampiger, als im Dritten Reich. Dies ist aber vermutlich auf die nachkriegsbedingte Personalknappheit zurückzuführen.

- Wie gestaltete sich der allgemeine Alltag in der Nachkriegszeit? Wer waren die Parteien, die in der Nachkriegszeit eine Ehescheidungsklage erhoben hat-

ten? Mit welchen Schwierigkeiten wurde das Landgericht Amberg in der Nachkriegszeit konfrontiert?

Der allgemeine Prozessalltag war geprägt von der allgemeinen Nachkriegssituation in Deutschland. Die bessere Ernährungssituation in Bayern, im Vergleich zur französischen Besatzungszone, konnte schon einmal dafür eine Rolle spielen, welchem Elternteil das Sorgerecht für das gemeinsame Kind zugesprochen wurde. Das Landgericht Amberg sah sich einer explosionsartig steigenden Verfahrenszahl ausgesetzt, der es mit anfangs nur zwei Richtern begegnen musste. Erst nach und nach wurden die anderen Richter wieder zugelassen. Auch in der Nachkriegszeit waren die Streitteile einer Ehescheidungsklage keine Persönlichkeiten in exponierter Stellung, sondern ein allgemeiner Bevölkerungsdurchschnitt. Gegen Ende des Untersuchungszeitraumes wird jedoch deutlich, dass Flucht und Vertreibung auch für das Scheitern sehr vieler Ehen verantwortlich waren. Viele Flüchtlinge kamen in unterschiedliche Lager und lernten dort neue Partner kennen. Nicht wenige Flüchtlinge entschieden sich gleich nach Amerika oder sonst wohin auszuwandern. Vereinzelt wurde die Ehe geschieden, nachdem bereits beide Parteien in die USA ausgewandert waren. In vielen Fällen musste die Klage öffentlich zugestellt werden, weil der Wohnsitz der beklagten Partei nicht bekannt war. Wurde die Zerrüttungsscheidung – vermutlich aufgrund der sehr freizügigen reichsgerichtlichen Rechtsprechung – im Dritten Reich durchaus häufig auch in Fällen erhoben, in denen ein Widerspruch zu erwarten war, wandelte sich das Prozessverhalten tendenziell in Richtung hin zu einer einvernehmlichen Scheidungsvariante.

LITERATURVERZEICHNIS

Amtliche Begründung	Das neue Ehegesetz, Textausgabe, 1938
Angermund, Ralph	Deutsche Richterschaft 1919 - 1945, 1. Auflage 1990
Apelt, Willibald	Zum Kampf gegen den Rechtspositivismus, DRZ 1946, 174,
Auert, Hermann	Das neue großdeutsche Eherecht, 2.Auflage 1938
Bedau, Maren	Entnazifizierung des Zivilrechts, 1.Auflage 2004
Beisler, Karl	Wiederholbarkeit der Heimtrennungs- Klage (§ 48 EheG), DRZ 1948, 120,
Beitzke, Günther	Zum Ehegesetz vom 20.02.1946, DRZ 1946, 136,
Beitzke, Günther	Zu § 48 des Ehegesetzes, DRZ 1948, 190,
Benz, Wolfgang	Die Entnazifizierung der Richter, Diestelkamp Bernhard/ Stolleis Michael: Justizalltag im Dritten Reich, 1.Auflage 1988
Bernecker, Walther	Die Revolution 1918/19 – Von der Monarchie zur Republik, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Die Weimarer Republik – Das schwe- re Erbe, Band I 1918 - 1923, 2. Auflage 2001
Boberach, Heinz	Die Berichte der Oberlandesgerichts-Präsidenten und Generalstaatsanwälte aus Hessen im Zweiten Weltkrieg, Franz Josef Düwell, Thomas Vornbaum: Schwerpunktthema: Recht und Nationalsozialismus, 1.Auflage 1998
Boberach, Heinz	Richterbriefe, 1.Auflage 1975
Brinkmann, Werner	Das wohlverstandene Interesse der minderjährigen Kinder in § 48 Abs. 3 des Ehegesetzes, NJW 1947/48, 575,
Bruns	Anmerkung zu OGH, Entscheidung vom 31.05.1948, SJZ 1948, Sp. 703,
Caesar, Peter	Wiederaufbau der Gerichtsbarkeit nach 1945, NJW 1995, 1246,
Degen, Michael	Nicht alle waren Mörder, 2.Auflage 2010
Delbrück, Helmuth	Aus der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes in Zivilsachen, MDR 1948, 393,

Diedrichsen, Uwe	Nationalsozialistische Ideologie in der Rechtsprechung des Reichsgerichts zum Ehe- und Familienrecht, Dreier Ralf, Sellert Wolfgang, Recht und Justiz im „Dritten Reich“, 1. Auflage 1989
Diestel Barbara, Benz Wolfgang	Das Konzentrationslager Dachau 1933 - 1945, 1. Auflage 1994
Diestelkamp, Bernhard	Rechts- und verfassungsgeschichtliche Probleme zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1. Teil, JuS 1980, 401,
Diestelkamp, Bernhard	Die strafrechtliche Ahndung von NS-Unrecht, ZNR 1999, 417,
Dölle	Anmerkung zu OGH, Entscheidung vom 31.05.1948, DRZ 1948, 436,
Douma, Eva	Rechtsanwälte als Staatsdiener - Der „Einsatz“ der Rechtsanwälte in der Justiz während des Zweiten Weltkrieges, Justizministerium des Landes NRW: Justiz und Nationalsozialismus, 1.Auflage 1993
Dreier, Horst	Die Radbruchsche Formel – Erkenntnis oder Bekenntnis?, Festschrift für Robert Walter, 1. Auflage 1991
Ebel, Friedrich	Rechtsgeschichte, Band II Neuzeit, 1.Auflage 1993
Eisenhardt, Ulrich	Deutsche Rechtsgeschichte, 5.Auflage 2008
Endemann	Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 1.Auflage 1908
Etzel, Matthias	Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945 - 1948), 1.Auflage 1992
Fait, Barbara	Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner, 2.Auflage 1998
Fleißer, Hannelore	Amberg in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Amberg 1034 – 1984: Aus tausend Jahren Stadtgeschichte, Ausstellung des Staatsarchivs Amberg und der Stadt Amberg in den Rathaussälen zu Amberg auf Anlass der 950 – Jahrfeier der Stadt Amberg, 1.Auflage 1984
Fleißer, Hannelore	Zulassungsarbeit, Die NSDAP und ihre Gliederungen in Amberg im Bild der Amberger Presse (1919 – 1945), 1.Auflage 1980
Fraenkel, Ernst	Der Doppelstaat, 1.Auflage 1974
Frank, Hans	Einheit der Rechtsidee, JW 1936, 1517,

Frantz	Zur Rechtsprechung des Reichsgerichts auf familienrechtlichem Gebiet, NJW 1949, 448,
Godau-Schüttke, Klaus-Detlev	Von der Entnazifizierung zur Renazifizierung der Justiz in Westdeutschland, Erste Internetzeitschrift für Rechtsgeschichte, http://www.rewi.hu-berlin.de/FHI/zitat/0106godau-schuettke.htm , Ziff. 1,
Görtemaker, Manfred	Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1.Auflage 1999
Gritschneder, Otto	Sackgasse Säuberung. Eine kritische Denkschrift zum zweiten Jahrestag des Inkrafttretens des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.März 1946, Ohne Erscheinungsdatum
Gross, Raphael	Anständig geblieben, Bundeszentrale für politische Bildungsarbeit, 1.Auflage 2010
Gruchmann, Lothar	Das Ehegesetz vom 6.Juli 1938, ZNR 11(1989), 63,
Gruchmann, Lothar	Justiz im Dritten Reich 1933-1940, 2.Auflage 1990
Gutjahr, Herbert	Das neue deutsche Ehegesetz, DR 1938, 311,
Habscheid, Walther	Kritische Gedanken zur Rechtsprechung des BGH zu § 48 EheG Teil I, MDR 1953, 337,
Habscheid, Walther	Kritische Gedanken zur Rechtsprechung des BGH zu § 48 EheG Teil II, MDR 1953, 394,
Habscheid, Walther	Kritische Gedanken zur Rechtsprechung des BGH zu § 48 EheG, MDR 1953, 337,
Hackländer, Philipp	„Im Namen des Deutschen Volkes“, 1.Auflage 2001
Haensel, Carl	Nürnberger Probleme, DRZ 1946, 67,
Haff, Karl	Anmerkung zu OLG Braunschweig vom 10.12.1946, MDR 1947, 152,
Hattenhauer, Hans	Richter und Gesetz (1919 - 1979), SFR 106, 46,
Häusser Alexander, Maugg Gordian	Hungerwinter, Sonderausgabe 2010
Hetzke, Meike	Die höchstrichterliche Rechtsprechung von 1948 - 1961 zum Scheidungsgrund des § 48 EheG 1946 wegen unheilbarer Zerrüttung, 1.Auflage 2000

Hitler, Adolf	Mein Kampf, 1940
Hoerster, Norbert	Was ist Recht?, 1.Auflage 2006
Höffe, Otfried	Gerechtigkeit, 4.Auflage 2010
Holzhauser, Heinz	Die Scheidungsgründe in der nationalsozialistischen Familienrechtsgesetzgebung, Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte, NS Recht in historischer Perspektive, 1.Auflage 1981
Humphrey, Michael	Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip, 1. Auflage 2006
Igracki, Stefan	Die Positivismustheorie Gustav Radbruchs, http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/ss97/igracki/volltext.html , A. I. 2. , 1997
Jackson, Robert H.	Die Rechtsgrundlage für die Beschuldigung der Nazi-Organisationen als verbrecherische Organisationen, SJZ 1946, 56,
Kaufmann Arthur, Hassemer Winfried	Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart, 6. Auflage 1944
Kaufmann, Ekkehard	Das „sittliche Wesen der Ehe“ als Maßstab für die inhaltliche Bestimmung der Normen bei der Kodifizierung des Bürgerlichen Gesetzbuches, Festschrift für Adalbert Erler zum 70. Geburtstag , 1976
Kießener, Michael	Widerstand und Verfolgung in der Justiz, Richter am Amts- und Landgericht Karlsruhe 1933-1945, Düwell Franz Josef, Thomas Vornbaum: Schwerpunktthema: Recht und Nationalsozialismus, 1.Auflage 1998
Kleb-Braun, Gabriele	Es gibt nichts Schlechtes - außer man läßt es, Justizministerium des Landes NRW: Justiz und Nationalsozialismus, 1.Auflage 1993
Klefisch, Th.	Gedanken über Inhalt und Wirkungen des Nürnberger Urteils, JR 1947, 45,
Knapp, Manfred	Die Deutschlandpolitik der Westalliierten, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Der Neubeginn in Europa, 1.Auflage 2010
Knobelsdorf, Andreas	Das Bielefelder Landgericht 1933-1945, Justizministerium des Landes NRW: Justiz und Nationalsozialismus, 1.Auflage 1993
Köbler, Gerhard	Deutsche Rechtsgeschichte, 4. Auflage 1990

Kock Peter, Jakob	Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, Tremml Manfred, Geschichte des modernen Bayern, 2.Auflage 2000
Königseder, Angelika	Recht und nationalsozialistische Herrschaft, 1.Auflage 2001
Krille	Anmerkung zu OGH, Entscheidung vom 31.05.1948, NJW 1947/48, 472,
Kunz Karl-Ludwig, Martino Mona	Rechtsphilosophie Rechtstheorie Rechtssoziologie, 1. Auflage 2006
Landau, Peter	Die deutschen Juristen und der nationalsozialistische Deutsche Juristentag 1933, ZNR 16(1994), 373,
Lange	Nationalsozialismus und bürgerliches Recht, Frank, Nationalsozialistisches Handbuch für Bürgerliches Recht, 1935
Lanzinner, Maximilian	Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, 1.Auflage 1996
Larenz, Karl	Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 6. Auflage 1991
Lersch	Revisionen aus § 48 EheG, NJW 1953, 290,
Linsmayer, Eleonore	Das Naturrecht in der deutschen Rechtsprechung der Nachkriegszeit, 1.Auflage 1963
Löhnig, Martin	Scheidungsalltag an einem erstinstanzlichen Gericht vor und nach dem „Zusammenbruch“: Die Eheakten des Landgerichts Amberg aus den Jahren 1944 - 1946, Zeitschrift der Savigny Stiftung für Rechtsgeschichte, 2008,501,
Löhnig, Martin	Die Justiz als Gesetzgeber, 1.Auflage 2010
Loth, Wilfried	Die Deutschen bei Kriegsende: Hoffnungen, Befürchtungen, Erwartungen, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Der Neubeginn in Europa, 1.Auflage 2010
Majer, Diemut	Nationalsozialismus im Lichte der Juristischen Zeitgeschichte, 1. Auflage 2002
Mammeri-Latzel, Maria	Justizpraxis in Ehesachen, 1.Auflage 2002
Meinck, Jürgen	Justiz und Justizfunktion im Dritten Reich, ZNR 3(1981), 28,
Michelberger, Hans	Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches, 1.Auflage 1989
Mikat, Paul	Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip Teil I, FamRZ 1962, 81,
Mikat, Paul	Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip Teil II, FamRZ 1962, 273 ,

Mikat, Paul	Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip Teil III, FamRZ 1962, 497,
Mikat, Paul	Rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Erwägungen zum Zerrüttungsprinzip Teil IV, FamRZ 1963, 65,
Morisse, Heiko	Rechtsanwälte im Nationalsozialismus, 1.Auflage 1995
Mosler, Hermann	Der Einfluß der Rechtsstellung Deutschlands auf die Kriegsverbrecherprozesse, SJZ 1947, 362,
Müller-Dietz, Heinz	Recht und Nationalsozialismus, 1.Auflage 2000
Nathan, H.	Anmerkung zu OLG Dresden, Urteil vom 10.02.1949 Az 2 U 385/47 und LG Dresden Urteil vom 28.10.48 Az 7 R 173/48, NJ 1949, 171,
Nehlert, Gerhard	Das Ehegesetz des Kontrollrats für Deutschland, JR 1947, 69,
Nell, Hermann	Die richtige Würdigung der Ehe im Scheidungsprozeß, DRZ 1949, 248,
Nichelmann, Volker	Die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung Ambergs im 19. Und 20.Jahrhundert (1800-1945) , Amberg 1034 – 1984: Aus tausend Jahren Stadtgeschichte, Ausstellung des Staatsarchivs Amberg und der Stadt Amberg in den Rathaussälen zu Amberg auf Anlass der 950 – Jahrfeier der Stadt Amberg, 1.Auflage 1984
Niethammer, Lutz	Entnazifizierung in Bayern, 1.Auflage 1972
Niksch, Dieter	Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938 bis 1944, 1.Auflage 1990
Ostler, Fritz	Rechtsanwälte in der NS-Zeit, AnwBl. 1983, 50,
Otte, Gerhard	Die zivilrechtliche Gesetzgebung im „Dritten Reich“, NJW 1988, 2836,
Peters, Bele Carolin	Der Gütegedanke im deutschen Zivilprozeßrecht, Dissertation, 1.Auflage 2004
Planck's Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch	IV. Band, 4. Auflage 1928
Plöbl, Christine	Zulassungsarbeit, Geschichte der politischen Strömungen in Amberg, 1928 - 1933, 1.Auflage 1977
Prüfer, Thomas	1945 Untergang und Neubeginn, 1.Auflage 2005
Puerschel, Reginald A.	Trägerische Normalität, Klaus Bästlein, Helge Grabitz, Wolfgang Scheffler, „Für Führer, Volk und Vaterland“, 1.Auflage 1992

Radbruch, Gustav	Des Reichsjustizministeriums Ruhm und Ende, SJZ 1948, 57,
Radbruch, Gustav	Rechtsphilosophie, 8. Auflage 1973
Radbruch, Gustav	Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht, SJZ 1946, 105,
Ramm, Thilo	Eherecht und Nationalsozialismus, Günther Doeker, Winfried Steffani: Klassenjustiz und Pluralismus, Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag am 26. Dezember 1973, 1.Auflage 1973
Redaktion SJZ	Zur Erweckung des Naturrechts , SJZ 1949, 295,
Regler, Rudolf	Das Kriegsende in Amberg 1945, 1.Auflage 1995
Reifner, Udo	Juristen im Nationalsozialismus, ZRP 1983, 13,
Reindl, Elfriede	Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Amberg 1914 bis 1945, Diplomarbeit, 1.Auflage 1990
Roller, Walter	Stunde Null?, Weber Jürgen, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3.Auflage 2004
Roquette	Die Familie im völkischen Staat, DR 1943, 107,
Roth, Andreas	Grundriss der Deutschen Rechtsgeschichte, 11.Auflage 2006
Rüthers, Bernd	Von der „Normalität“ der Ziviljustiz im Dritten Reich, ZNR 11(1989), 184,
Rüthers, Bernd	Unbegrenzte Auslegung, 1.Auflage 2005
Rüthers, Bernd	Entartetes Recht, 2.Auflage 1989
Rüthers, Bernd	Recht als Waffe des Unrechts – Juristische Instrumente im Dienst des NS-Rassenwahns, NJW 1988, 2825,
Saar, Stefan Christian	Familienrecht im NS-Staat - ein Überblick, in: Peter Salje: Recht und Unrecht im Nationalsozialismus, 1985,
Scanzoni von, Gustav	Das großdeutsche Ehegesetz, 1.Auflage 1939
Schäfer, Johann Peter	Die Entstehung der Vorschriften des BGB über das persönliche Eherecht, 1.Auflage 1983
Schaich, Albrecht	Hundert Jahre Deutscher Anwaltverein, AnwBl. 1971, 1,
Scharnagl, Anton	Das neue deutsche Ehegesetz, 1.Auflage 1939

Schier, Wolfgang	Rechtsschein und Rechtswirklichkeit unter der nationalsozialistischen Herrschaft, 1.Auflage 1961
Schiller, Christof	Das Oberlandesgericht Karlsruhe im Dritten Reich, 1.Auflage 1997
Schlegelberger, Franz	Der Nürnberger Juristenprozeß, SJZ 1947, 215,
Schmidt, Rainer F.	Der Zweite Weltkrieg, 1.Auflage 2008
Schmitt, Carsten	Der Weg des deutschen Juristen, DJZ 1934, Sp. 691,
Schneider, Herbert	Die Rechtsprechung des BGH zu § 48 EheG, NJW 1953, 281,
Schönke, Adolf	Das Zivilprozeßrecht des Krieges, 1.Auflage 1940
Schönke, Adolf	Die Rechtsprechung zum Zivilprozeßrecht seit dem Jahre 1946, DRZ 1949, 513,
Schor, Ambros	„Machtergreifung“ und Gleichschaltung – Die Nationalsozialisten errichten den totalitären Staat, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit; Der Nationalsozialismus, Band I, Machtergreifung und Machtsicherung 1933 - 1935, 3. Auflage 1994
Schorn, Hubert	Der Richter im Dritten Reich, 1.Auflage 1959
Schröder, Friedo	Die anwaltliche Tätigkeit während der nationalsozialistischen Herrschaft , 1.Auflage 2001
Schröder, Rainer	Der zivilrechtliche Alltag des Volksgenossen, Diestelkamp Bernhard/Stolleis Michael: Justizalltag im Dritten Reich, 1.Auflage 1988
Schröder, Rainer	„...aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“, 1.Aufalge 1988
Simon, Dieter	Waren die NS-Richter „unabhängige Richter“ im Sinne des § 1 GVG?, Diestelkamp Bernhard/Stolleis Michael: Justizalltag im Dritten Reich, 1.Auflage 1988
Simson, Gerhard	Die Veränderungen des europäischen Ehescheidungsrechts im letzten Jahrzehnt, DRZ 1949, 289,
Stadt Amberg	Statistisches Jahrbuch, 11. Ausgabe 2006/2007
Stolleis, Michael/ Simon, Dieter	Vorurteile und Werturteile der rechtshistorischen Forschung zum Nationalsozialismus, Holzhauer Heinz: NS-Recht in historischer Perspektive, 1.Auflage 1981

Sunnus, Michael	Der NS-Rechtswahrerbund (1928 - 1945), 1.Auflage 1990
Thaler, Elfriede	Neue Probleme in Ehesachen , NJ 1949, 254,
Thiele-Fredersdorf, Herbert	Das Urteil des Militärgerichtshofes Nr. III im Nürnberger Juristen-Prozeß, NJW 1947/48, 122,
Treml, Manfred	Geschichte des modernen Bayern, 2.Auflage 2000
Ule, Carl Hermann	Beiträge zur Rechtswirklichkeit im Dritten Reich, 1.Auflage 1987
Vollnhals, Clemens	Entnazifizierung, 1.Auflage 1991
Vollnhals, Clemens	Abrechnung und Integration. Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in West- und Ostdeutschland am Beispiel der Entnazifizierung, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Der Neubeginn in Europa 1945- 1949, 2010
Vollnhals, Clemens, Schlemmer, Thorsten	Entnazifizierung – Politische Säuberung in den vier Besatzungszonen 1945 - 1949, 1.Auflage 1991
Walther, Manfred	Hat der juristische Positivismus die deutschen Juristen im „Dritten Reich“ wehrlos gemacht?, Dreier Ralf, Sellert Wolfgang: Recht und Justiz im „Dritten Reich“, 1.Auflage 1989
Warnener, Otto	Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich , Band II, 2. Auflage 1930
Weber, Jürgen	Deutsche Geschichte 1945 bis 1990, 3.Auflage 2004
Weigand, Wolf Volker	Bayern in der NS-Zeit (1933-1945), Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Geschichte des modernen Bayern, 2.Auflage 2000
Weinke, Anette	Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland, 1.Auflage 2002
Wieacker, Franz	Privatrechtsgeschichte der Neuzeit, 2. Auflage 1967
Willenborg, Karl-Heinz	Überleben nach dem Zusammenbruch, Weber Jürgen, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4.Auflage 1994
Willenborg, Karl-Heinz	Von Morgenthau zu Marshall, Weber Jürgen, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band I, 4.Auflage 1994

Wolf, Alfred	Das Zerrüttungsprinzip im Ehescheidungsrecht und die Nationalsozialisten , FamRZ 1988,1217,
Wolf, Ernst	Grundgesetz und Eherecht, JZ 1973, 647 ff,
Wolf/Lüke/Hax	Scheidung und Scheidungsrecht, 1.Auflage 1959
Wrobel, Hans	Der Deutsche Richterbund im Jahre 1933, DRiZ 1983, 157,
Zarusky, Jürgen	Gerichte des Unrechtsstaates, ZNR 22(1999), 503,
Zimmermann, Reinhard	Der oberste Gerichtshof für die Britische Zone (1948 – 1950) und die Fortbildung des Bürgerlichen Rechts, ZNR 1981, 158,

Zitate aus Internetquellen:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl#Ergebnisse_
der_Reichstagswahlen_1919-1933](http://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl#Ergebnisse_der_Reichstagswahlen_1919-1933)

Stefan Igracki, Die Positivismustheorie Gustav Radbruchs, [http://user-
page.fu-berlin.de/~roehrigw/ss97/igracki/volltext.html](http://user-page.fu-berlin.de/~roehrigw/ss97/igracki/volltext.html).

Klaus-Detlev Godau-Schüttke, Von der Entnazifizierung zur Renazifizierung der Justiz in Westdeutschland, Erste Internetzeitschrift für Rechtsgeschichte, <http://www.rewi.hu-berlin.de/FHI/zitat/0106godau-schuettkke.htm>, Ziff. 1

Rechtsgrundlagenverzeichnis:

Ehescheidungsakten des Landgerichts Amberg im Dritten Reich

• R 5/38	• R 2/39	• R 20/40	• R 6/41	• R 20/42	• R 9/43	• R 17/43
• R 42/38	• R 10/39	• R 24/40	• R 8/41	• R 25/42	• R 24/43	• R 12/43
• R 43/38	• R 12/39	• R 36/40	• R 26/41	• R 27/42	• R 55/43	• R 17/43
• R 44/38	• R 21/39	• R 41/40	• R 98/41	• R 35/42	• R 57/43	• R 20/43
• R 53/38	• R 23/39	• R 47/40	• R 121/41	• R 52/42	• R 58/43	• R 36/43
• R 54/38	• R 39/39	• R 59/40		• R 98/42	• R 66/43	• R 65/43
• R 56/38	• R 44/39	• R 83/40		• R 102/42	• R 77/43	• R 70/43
• R 58/38	• R 47/39				• R 111/43	• R 88/43
					• R 113/43	• R 97/43
					• R 115/43	
					• R 123/43	

Ehescheidungsakte des Landgerichts Amberg in der Nachkriegszeit

<ul style="list-style-type: none"> • R 41/46 • R 50/46 • R 59/46 • R 64/46 • R 74/46 • R 91/46 • R 93/46 • R 105/46 • R 133/46 • R 144/46 • R 181/46 • R 184/46 • R 187/46 • R 193/46 • R 202/46 • R 212/46 • R 213/46 • R 225/46 • R 235/46 • R 238/46 • R 283/46 	<ul style="list-style-type: none"> • R 12/47 • R 20/47 • R 52/47 • R 68/47 • R 112/47 • R 117/47 • R 155/47 • R 161/47 • R 167/47 • R 189/47 • R 191/47 • R 196/47 • R 209/47 • R 212/47 • R 225/47 • R 235/47 • R 254/47 • R 262/47 • R 290/47 • R 330/47 • R 367/47 • R 398/47 • R 424/47 • R 425/47 	<ul style="list-style-type: none"> • R 35/48 • R 75/48 • R 84/48 • R 92/48 • R 94/48 • R 97/48 • R 125/48 • R 133/48 • R 148/48 • R 180/48 • 3 R 215/48 • R 216/48 • R 242/48 • R 246/48 • R 258/48 • R 266/48 • R 273/48 • R 276/48 • R 283/48 • R 284/48 • R 311/48 • R 317/48 • R 320/48 • R 322/48 • R 329/48 • 1 R 365/48 • 2 R 369/48 • R 400/48 • R 402/48 • R 406/48 • R 437/48 • R 457/48 • R 458/48 • 1 R 472/48 • R 491/48 • 1 R 493/48 	<ul style="list-style-type: none"> • R 11/49 • R 15/49 • R 23/49 • 3 R 30/49 • R 33/49 • R 81/49 • R 103/49 • R 107/49 • R 116/49 • R 130/49 • R 138/49 • R 141/49 • R 149/49 • R 154/49 • R 156/49 • R 181/49 • R 188/49 • 4 R 198/49 • R 207/49 • R 212/49 • 1 R 228/49 • 1 R 233/49 • 2 R 242/49 • 2 R 248/49 • 2 R 260/49 • 3 R 270/49 • 2 R 271/49 • R 272/49 • R 276/49 • 2 R 278/49 • 1 R 283/49 • 2 R 340/49 • 3 R 343/49 • 1 R 346/49 • 1 R 347/49 • 2 R 349/49 • 2 R 353/49 • 3 R 354/49 • 2 R 358/49 • 1 R 359/49 • 2 R 374/49 • 1 R 390/49 • 2 R 392/49 • 3 R 452/49 • 3 R 483/49 • 2 R 494/49 • 2 R 507/49 • 2 R 515/49 • 3 R 528/49 • 1 R 529/49 • R 559/49 • R 569/49 • 3 R 594/49
---	--	--	--

R 1/44
 R 12/44
 R 17/44
 R 20/44
 R 36/44
 R 65/44
 R 70/44
 R 88/44
 R 97/44

Personalakten der Richter (geführt beim Oberlandesgericht Nürnberg):

- Ba¹
- Be
- Bro
- E
- Gt
- Ha
- J
- K
- St
- Tr
- V
- Z

Personalkarteikarten im Bundesarchiv Berlin

- H 4407
- J 284

Spruchkammerakten der Spruchkammer Burglengenfeld

- A 26
- R 96
- W 84

Spruchkammerakten der Spruchkammer Cham

- H 179

Spruchkammerakten der Spruchkammer Amberg-Stadt

- B 5
- B 146
- B 150
- B 184

¹ Aufgrund der Verpflichtung, die Personen aus Datenschutzgründen zu anonymisieren, werden hier nur die Anfangsbuchstaben der Personen genannt

-
- E 60
 - F 66
 - G 21
 - G 183
 - G 194
 - H 30
 - J 45
 - J 53
 - K 34
 - L 71
 - M 206
 - N 19
 - Sch 26
 - Sch 73
 - St 48

Allgemeine Akten des Bundesarchives in Berlin

- BA R 3001/21518
- BA R 3001/21736
- BA R 3001/22631
- BA R 3001/24495
- BA R 3001/24487
- BA R 3001/24479
- BA R 3001/24473

Aktenbestand des Staatsarchives Nürnberg

- Generalstaatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgerichte Nürnberg, Sammelakten, Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten (=3262), E 32
- Generalstaatsanwaltschaft in Nürnberg, Sammel-Akten, Beamtenpflichten, E 204
- Bestand Oberlandesgericht Nürnberg, Nr. 760, Rep.-Nr. 280/2
- Generalstaatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgerichte Nürnberg, Sammel-Akten, Staatsbürgerrecht im allgemeinen, E 110

Gesetze und Verordnungen im Reichsgesetzblatt:

-
- RGBI I 1914, 327
 - RGBI I 1915, 562
 - RGBI I 1933, 175
 - RGBI I 1933, 188
 - RGBI I 1938, 807
 - RGBI I 1938, 923
 - RGBI I 1938, 1403
 - RGBI I 1939, 1656
 - RGBI I 1939, 1658
 - RGBI I 1940, 1253
 - RGBI I 1942, 139
 - RGBI I 1942, 247
 - RGBI I 1942, 333
 - RGBI I 1943, 290
 - RGBI I 1944, 229

Maßnahmen des Alliierten Kontrollrates:

- ABI Allierter Kontrollrat Nr. 1, 29.10.45
- ABI Allierter Kontrollrat Nr. 1, 29.10.45, S. 22
- ABI Allierter Kontrollrat Nr. 2, 30.11.45, S. 26

Rechtsprechung des Reichsgerichts und Bundesgerichtshofes

Aus der amtlichen Sammlung RGZ und BGHZ

53.337	160.95	160.290	162.47	164.93	166.166	1
159.111	160.140	160.373	162.88	164.155	167.301	6
159.115	160.144	160.392	162.124	164.249	168.38	2

Bereits erschienen

Rechtskultur Wissenschaft

Band 1; Martin Löhnig, Die Justiz als Gesetzgeber: Zur Anwendung nationalsozialistischen Rechts in der Nachkriegszeit; 2010; ISBN 978-3-86646-401-8; 29,90 Euro

Band 2; Martin Löhnig (Hrsg.), Zwischenzeit: Rechtsgeschichte der Besatzungsjahre; 2011; ISBN 978-3-86646-403-2; 39,00 Euro

Band 3; Lena Stern, Der Strafgrund der Bekenntnisbeschimpfung; 2011; ISBN 978-3-86646-404-9; 39,00 Euro

Band 4; Ricardo Gómez Rivero, Die Königliche Sanktion der Gesetze in der Verfassung von Cádiz; 2011; ISBN 978-3-86646-405-6; 39,00 Euro

Band 5; Czeguhn/Sánchez Aranda (Hsrg.), Vom Diener des Fürsten zum Diener des Rechts: Zur Stellung des Richters im 19. Jahrhundert; Del servicio al Rey al servicio de la Justicia: el cargo de juez en el siglo decimonónico ; 2011; ISBN 978-3-86646-406-3; 39,00 Euro

Band 6; Geisenhanslüke/Löhnig (Hsrg.), Infamie - Ehre und Ehrverlust in literarischen in juristischen Diskursen ; 2012; ISBN 978-3-86646-407-0; 30,00 Euro

Band 7; Heiß, Dr. Karl Friedrich Ritter von Heintz - Königlich Bayerischer Staatsminister der Justiz 1848/49 Leben und Wirken, 1. Auflage 2012 ISBN: 978-3-86646-408-7, Preis: 49,00 EUR

Band 8; Hans-Georg Hermann/Hans-Joachim Hecker (Hrsg.), Rechtsgeschichte des ländlichen Raums in Bayern, 1. Auflage 2012 ISBN: 978-3-86646-410-0, Preis: 39,00 EUR

Band 9; Antonio Sánchez Aranda/Martin Löhnig (Hrsg.), Justizreform im Bürgerlichen Zeitalter - Rechtsentwicklungen in Spanien und Deutschland, 1. Auflage 2013 ISBN: 978-3-86646-412-4, Preis: 35,00 EUR

Band 10; Alexandra Maier, Geschiedenenunterhalt in Deutschland im 19. Jahrhundert, 1. Auflage 2013 ISBN: 978-3-86646411-7, Preis: 49,00 EUR

Rechtskultur Dogmatik

Band 1; Florian Weichselgärtner, Das AGG im Sport: Diskriminierungen im Sport; 2011; ISBN 978-3-86646-402-5; 39,90 Euro

Edition Rechtskultur

Harald Derschka, Rainer Hausmann, Martin Löhnig (Hrsg.); Festschrift für Hans-Wolfgang Strätz zum 70. Geburtstag; 2009; ISBN: 978-3-86646-400-1; 198,00 Euro

Leserservice & Bestellungen

www.Edition-Rechtskultur.de
eine Reihe der H. Gietl Verlag & Publikationsservice GmbH, Regensburg
E-Mail: info@Edition-Rechtskultur.de
Fax. 09402/9337 - 24 • Tel. 09402/9337 - 0